Henri Welschinger

Der Krieg von 1870

Ursachen und Verantwortungen

I

Der Krieg von 1870
Ursachen und Verantwortungen

Henri Welschinger
Mitglied des Institut de France

Der Krieg von 1870
Ursachen und Verantwortungen

Mit einer Übersichtskarte und drei Faksimiles

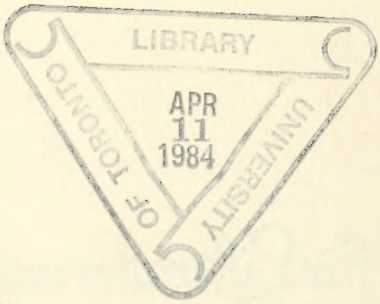
Autorisierte Übersetzung von
Th. J. Plange

Erster Band

Verlagsanstalt für Litteratur und Kunst in Berlin-Grunewald

Der Satz und Druck dieses Buches wurde ausgeführt in der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig. Den Einband fertigte H. Fikentscher in Leipzig. Den Titel zeichnete Bernhard Lorenz in Dresden.

Zweihundertundfünfzig numerierte Exemplare wurden als Luxusausgabe auf Büttenpapier abgezogen. Der Preis dieser Ausgabe beträgt für beide Bände des Werkes in echt Leder gebunden 30 Mark.



DC
292
W45
1910
v.1

Vorwort.

Wenn ich verſucht habe, in dieſem Werke die Urſachen des Krieges von 1870 zu erforſchen und die Verantwortungen derer aufzudecken, die ihn entfeſſelt haben, dann iſt das nicht aus einem verächtlichen Gefühle des Haſſes gegen Perſonen geſchehen. Ein edleres Gefühl hat mich dazu veranlaßt: das des Geſchichtsforſchers, der keine andere Leidenſchaft kennt, als die Ergründung der Wahrheit. In dieſem Werke, das in völliger Unabhängigkeit geſchrieben wurde, muß eine Geſtalt über allem ſchweben. Dieſes Bild iſt das Vaterland. Ihm allein waren alle Gedanken gewidmet, als ich dieſe lange und ſchwierige Arbeit unternommen habe. Durch die getreue und unparteiiſche Darſtellung der ſchmerzlichen Tatſachen, unter deren Folgen wir noch zu leiden haben, wollte ich Frankreich vor neuen Illuſionen und neuen Gefahren bewahren. Hat man nicht im Juli des Jahres 1909 in der Deputiertenkammer erklärt, wir hätten kurz vorher dicht vor einem Kriege geſtanden und ſeien nicht bereit geweſen? Man erinnert ſich wohl noch der Aufregung und der Überraſchung, die dieſe unheilvolle Erklärung in der Verſammlung hervorgebracht hat, und der ſchweren politiſchen Folgen, die ſie im Gefolge hatte. Trotz der nicht wegzuleugnenden Tatſache, daß Frankreich immer einem plötzlichen und unmittelbaren Konflikte ausgeſetzt ſein kann, verſucht eine antipatriotiſche Schule naiven Geiſtern einzureden, ein Krieg ſei in Zukunft ein Ding der Unmöglichkeit; daß die Völker ihn nicht mehr wollen und daß in zwanzig Jahren Europa eine einzige große Republik ſein werde, die zugleich mit den Armeen alles Unglück und alle ſozialen Unterſchiede abſchaffen werde. Und wagt nicht dieſe Schule zu lehren, das Vaterland ſei nur ein leerer Begriff, und wenn es ein Vaterland gebe, dann exiſtiere es nur da, wo man glücklich lebe: ubi bene, ibi patria?

Und ſagt ſie nicht auch, wenn von ungefähr der Feind käme, um unſer Gebiet zu überfluten, dann wäre das doch nur für eine beſtimmte Zeit, und das Unglück wäre nicht ſo groß, da das Land doch nicht weggenommen werden könne. Und wie viele verwirrte Köpfe glauben nicht an dieſe Dummheiten oder Tollheiten! Arme Menſchen, die ſich nicht erinnern, daß zwei unſerer Provinzen, die doch auch ſchöne fruchtbare

Ländereien enthielten, in die Hände des Siegers übergegangen sind! Welchen Enttäuschungen, welchen schrecklichen Gefahren setzen sich alle die nicht aus, die so verächtlichen Theorien anhängen? Wie soll man aufrichtig daran glauben, es gäbe keine Kriege mehr, und wenn zufälligerweise einer drohte, dann würde eine allgemeine Revolution alle Regierungen durch Schrecken und Gewalt dazu zwingen davon abzustehen, oder auch eine allgemeine Abrüstung brächte das von den Dichtern besungene goldene Zeitalter heran?... Als uns vor nicht langer Zeit eine äußere Krise bedrohte, hörte ich sagen: „Warum sollte man uns bekriegen wollen, da wir doch selbst keinen Krieg wollen?" Und man glaubte, damit einen entscheidenden Grund anzuführen, ohne daran zu denken, daß gerade die Leute, die in übertriebener Weise den Frieden lieben, fast sicher die gefährlichsten Feindseligkeiten auf sich ziehen.

Vor dem Konflikte, der den russisch-japanischen Krieg in Gefolge hatte, hörte man Leute, die behaupteten, gut informiert zu sein, ganz ernst die Bemerkung vorbringen: „Die wissenschaftlichen Entdeckungen und die neuen Sprengstoffe, wie Melinit und Roburit, die Mitrailleusen und vervollkommneten Kanonen, die neuen Torpedoboote und Unterseeboote tun solche Wirkungen, daß die Regierungen schon zögern werden, derartige Plagen zu entfesseln. Mit den Kriegen ist es aus und vorbei. Das eine vernichtet das andere." Die Antwort hat leider nicht auf sich warten lassen. Wir haben alle diese Sprengstoffe und Mordwerkzeuge mit unerhörter Wut arbeiten sehen, und Land und Meer des äußersten Ostens waren mit Leichen bedeckt. Das Geschick der Waffen ist für Rußland unglücklich gewesen, das sicher geglaubt hatte, siegreich kämpfen zu können und nach dem Kriege mit dem fremden Feinde hat eine schreckliche Revolution das Reich des Zaren an den Rand des Verderbens gebracht... Da sieht man, wie man vor zukünftigen Kriegen keine Furcht mehr zu haben braucht!

Die furchtbare Drohung Bismarcks, der am 11. Januar 1887 im Reichstage von einem möglichen Kriege sprach, muß immer im Gedächtnis der Franzosen bleiben: „Wir werden uns bemühen," sagte er, „Frankreich auf dreißig Jahre außerstand zu setzen, uns anzugreifen, und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 — ich weiß nicht wann — in seinen Wirkungen für Frankreich." Und bei dem Versprechen uns „bis auf den letzten Tropfen zur Ader zu lassen" jubelte der Reichstag „Bravo" und feierte den Redner. In derselben Sitzung gab der Kanzler dem Reichstage Ratschläge über die deutsche Armee, die unser Parlament bedenken kann und muß: „Ohne unser deutsches Heer", sagte er,

„eine der fundamentalsten Haupteinrichtungen und Grundlagen, ohne das Bedürfnis der gemeinsamen Verteidigung gegen auswärtige Angriffe, wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zustande gekommen. Vergegenwärtigen Sie sich das immer, wenn Sie diese Hauptbedingung seiner Existenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden; denn geschützt sein wollen wir alle, auch Ihre Wähler — rechnen Sie darauf."

Das müssen wir begreifen und für uns auch wollen. Es ist in der Tat unsere Pflicht, Frankreich durch seine materielle Macht und seine moralischen Fähigkeiten instand zu setzen, den ersten Platz auf dem Welttheater einzunehmen, der Gefahr ins Auge zu sehen und den Blick vor niemand zu senken. Wir sind nicht mehr da, wo Renan vom Doktor Strauß bescheiden für unser Vaterland „um etwas Großmut und Mitleid" bat. Wir werden es nicht mehr gestatten, daß ein Fremder, ebenso pedantisch wie kühn davon spricht „uns die gefährlichen Wege zu versperren". Wenn man sich an solche Unverfrorenheiten erinnert, dann würdigt man es erst recht, stark und bereit zu sein. Einige sagen, man brauchte keine neuen Katastrophen mehr zu befürchten, und der ruhige Zustand Europas ließe keine nahe Gefahr voraussehen. Darauf ist erlaubt zu antworten, wie Friedrich Dernburg das kürzlich getan hat: „Nichts ist ruhiger als eine Pulvermühle, bevor sie in die Luft fliegt!" Man wirft auch ein, in einer Republik seien die Bürger mehr Herren über ihr Geschick, als in einer Monarchie. Doch ist das souveräne Volk einer Republik nicht mehr gegen Schwäche und gegen Fallen geschützt als andere. Ein Minister kann Worte aussprechen, die nicht wieder gut zu machen sind und einen plötzlichen Einfall ins Land veranlassen. Ein Volk kann unter jeder Regierungsform in einen Krieg verwickelt werden, wenn es unvorsichtig oder schlecht unterrichtet ist, und die Ruhe und Kaltblütigkeit verliert. Es ist also denselben Gefahren ausgesetzt und seine Pflicht ist es, die zurückzuweisen, die seine Leichtgläubigkeit ausbeuten und es tollkühn in die gefährlichsten Abenteuer stürzen wollen.

Es war vor einigen Jahren, als eine internationale Revue, l'Européen, ihren Lesern aller Länder die Frage vorzulegen wagte: Ist Frankreich im Niedergange? Allerlei Leute antworteten, die einen, indem sie ihre Sympathien für Frankreich bekundeten, andere stellten fest, wir seien noch immer die ersten in Literatur und Kunst, sowie in der Mode und der Kochkunst. Man mußte sich auf unangenehme Antworten gefaßt machen, da man Fremde zu Richtern über unsere innere und äußere Lage setzte. Ohne aber aus dieser Frage eine Art internationalen geistreichen Spiels zu machen, ein Spiel, das ebenso beleidigend wie unnütz ist, ist es uns doch erlaubt uns selbst zu befragen, ob

wir aus den schrecklichen Ereignissen, die den Krieg von 1870 begleitet haben, irgendwelche nützliche Lehren gezogen haben, und dann offen und ehrlich zu untersuchen, ob unser Land nicht krankhafte Keime in sich trägt, die einen schlimmen Ausgang voraussehen lassen, und ob es nicht mehr Lebenskraft und Energie genug besitzt, um über die Übel zu triumphieren, die durch ein neues Unglück sein ganzes Dasein zerstören könnten.

Im Jahre 1868 stellte Prévost-Paradol in seinem Buche „La France nouvelle" fest, der Gedanke an den Tod widerstrebe der belebten Natur und wenn wir auch das Wort annähmen, unser Geist sich doch nur ungern mit der Sache befasse; und er fragte sich, wo das allmächtige Rom, das verführerische Athen, das tüchtige Polen geblieben sei. In Rom, Athen und Polen war der Untergang des Staates von vielen klugen Leuten ohne Nutzen vorausgesehen und vorausgesagt worden. „Die Menge selbst ist in einem Staate, der schwankt, zu ihrer Stunde durch die Vorahnung der Gefahr, die der nationalen Existenz droht, beunruhigt. Wie die Schiffsmannschaft, die einen Teil der Wahrheit auf dem Gesichte ihres Kapitäns gesehen hat, unruhig wird, ist auch die Menge gewöhnlich von dem herannahenden Sturme durch die zunehmende Trauer der guten Bürger unterrichtet."

Bei seiner Prüfung der Anzeichen, die den Völkern ihren eigenen Niedergang anzeigen, führt Prévost-Paradol unter anderem die Unordnung oder den Despotismus in der Gewalt, die Anarchie im Volke, den allgemeinen Kultus der Macht und die Mißachtung des Rechtes an. Er macht darauf aufmerksam, daß eine Nation nicht fähig ist, die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten, zur Ausübung der Freiheit zu gelangen und ihre Größe zu verteidigen, wenn sie nicht beständig ihre Einzelinteressen dem allgemeinen Interesse zum Opfer bringt, denn sonst wird das erschütterte Allgemeininteresse in seinem Falle die Sonderinteressen mit sich fortreißen. So ist es denn nötig, daß das Opfer der Sonderinteressen von der ungeheuren Mehrzahl der Bürger freiwillig gebracht werde, unter dem Einflusse der drei großen Beweggründe aller Moral und sicheren Führung: der Religion, der Pflicht, der Ehre. Durch die wirksame Tätigkeit des religiösen Gefühls, „des ewigen Schwungrades des menschlichen Lebens," werden die verderbten Instinkte zurückgedrängt, schlechte Handlungen verhütet, die Unordnung zum Nutzen der Gesetze und der allgemeinen Ordnung verhindert. Um ihren heilsamen Einfluß ausüben zu können, muß die Religion frei und geachtet sein. Wird sie verhöhnt, verfolgt und gehetzt, wie soll sie sich da die Achtung der Völker gewinnen und einen wohltuenden Einfluß ausüben? .. Der Gedanke der Pflicht, der für sich selbst betrachtet, einer der größten und edelsten Gedanken ist, muß ebenfalls gestützt werden, denn er ist

ein mächtiger Hebel zum Gehorsam vor den Gesetzen, und er steht in enger Verbindung mit dem religiösen Gedanken. Die Anarchisten, die die Verachtung der Gesetze predigen, wissen das recht gut, und darum haben sie die drohende Formel gefunden, die in vier Worten kurz und knapp ihre zerstörende Doktrin zusammenfaßt: „Weder Gott noch Herrn."

Die Ehre endlich, von der Prévost-Paradol sagt, sie sei der französischen Nation besonders teuer, — weil sie ebenfalls eine Quelle der Pflicht und des Opfers ist, — muß gestärkt, gelobt und in der Seele aller entwickelt werden. Was sie in diesem Lande schwächen und vernichten kann „ist der Anblick der triumphierenden Ungerechtigkeit, die Vorherrschaft der Macht über das Recht, die Mißachtung der Gerechtigkeit, das Rühmen des Betrugs und der Gewalttätigkeit."

Wir müssen den Mut haben uns zu sagen: „Wie steht es inbezug hierauf, muß man den Schrei des Schreckens oder den Schrei der Hoffnung ausstoßen?"

Es würde ebenso kindisch wie vergeblich sein uns zu verhehlen, daß Frankreich, wie andere Länder, schwerem Unheil ausgesetzt ist. Der Zustand der Trennung der Parteien, das Schwinden des religiösen und moralischen Gefühls, die Neigung, das Ideale durch einen groben Positivismus zu ersetzen, die schwankende Ausübung der Gerechtigkeit und der Geist der Unduldsamkeit, der schädliche Einfluß lärmender und aufrührerischer Minoritäten, die Gewöhnung an Arbeiterausstände, die unter dem Vorwande, ein natürliches Mittel zur Verbesserung der Arbeiter zu sein, ein brutaler Faktor von Gewalttätigkeiten und blutiger Aufstände geworden sind, die Überhandnahme des persönlichen Egoismus, der Verfall der Sitten durch verderbliche Ansteckung, der Niedergang der modernen Literatur und des Theaters, das zynischen Schriftstellern und Schauspielern ausgeliefert worden ist, das öffentliche Spiel, das unter der demoralisierenden Form des täglichen Wettens wieder eingeführt ist, die Mißachtung der Gesetze und jeder Einschränkung, die Willensschwäche der besseren Klassen, die überhandnehmende Neigung, den Staat für die Existenz und das Wohlergehen der Massen sorgen zu lassen, ihn überall und bei allem eingreifen zu sehen, und ihn sogar großherzige Initiativen verhindern und sogar das Vermögen von Privatleuten bedrohen zu sehen, das alles beunruhigt die guten Bürger und macht sie besorgt. Dazu kommen das gefahrdrohende Aufreizen gegen die Arbeitgeber und die Reichen, die Auflösung der Familie durch die immer häufiger werdenden Ehescheidungen, die Gefahren der Trunksucht und eine andere, ebenso schwere Gefahr, auf die Wohlunterrichtete hinzuweisen berechtigt sind, da sie Frankreich dahin bringen kann nur noch eine Macht dritter Ordnung zu werden, ich meine die Abnahme der Geburten.

Den materiellen Mitteln, die notwendig sind, solche Schäden zu bekämpfen, muß man moralische Heilmittel zugesellen, die von allen die wirksamsten sind, und einen unerbittlichen Kampf gegen alles führen, was über Prinzipien spottet, Überzeugungen verächtlich zu machen sucht, das Gewissen vom richtigen Wege ablenkt, die gute Sitte und damit die Lebenskraft des Landes verdirbt, schmäht und entehrt, und das, unter dem Vorwande, den Gedanken frei zu machen, ihn unter eine skeptische Tyrannei beugt, die ihn korrumpiert. Es ist angebracht den so gerechten Ausspruch anzuführen:

Quid tristes querimoniae
Si non supplicio culpa reciditur?
Quid leges sine moribus
Vanae proficiunt?

Soll man nun, nach diesem betrübenden Bilde, annehmen müssen, daß ein jedes Land, und natürlich auch das unsrige, wie jedes Einzelwesen von der Jugend zum reiferen Alter und dann zum Greisentum und einem endlichen Tode fortschreiten muß? Nein. Erinnern wir uns daran, daß Gott, wie es im Buche der Weisheit heißt, sagt, die Völker können gesunden. Dieses große und tröstende Wort sollte oft wiederholt und häufig bedacht werden.

Die Lehre, auf das geistige und moralische Leben der Völker das Gesetz des körperlichen Lebens anzuwenden, ist eine wesentlich materialistische Lehre; dieselbe Lehre, die darin besteht, diesen Völkern die Fähigkeit abzusprechen, ihre Irrtümer zu erkennen, ihre Fehler zu verbessern, die Tugenden, die ihnen fehlen, zu erlangen oder wiederzufinden, ist eine fatalistische Lehre. Sie verneint so, wie es einst der weise Amadeus von Margerie bemerkte, die moralische Freiheit, die sich darin kundgibt, durch einen kräftigen Aufschwung der Seele zum Guten zurückzukehren; sie läßt die Völker in die geringere Kategorie der Körper hinabsteigen, indem sie ihnen dieselben Phasen des Verfalls und des Zerfalls beilegt, und, entgegen den Grundsätzen einer gesunden Philosophie, lehrt, daß Krankheiten unheilbar und Bekehrungen unmöglich sind.

Immerhin ist es offenbar, daß ein Volk, das sich seinen Lastern überläßt, blindlings zum Selbstmorde schreitet, und es kann ihm zustoßen, was den Völkern des Altertums passiert ist, die nichts Übernatürliches in sich hatten und als Opfer ihrer sinnlichen Religion und ihrer falschen Philosophie zugrunde gegangen sind. Auch ist es sicher, daß alles zu befürchten ist, und ein Niedergang unvermeidlich wird, wenn der Atheismus in Frankreich die Übermacht erhält und auf das

religiöse Gefühl ein völliger Unglaube folgt. Aber Frankreich hat noch genug Widerstandskraft, um sich wieder aufzurichten und seine Geschichte ist da, um das siegreich zu beweisen. Hat es nicht in dem Augenblicke, als seine Feinde Finis Galliae riefen, im Jahrhundert der Jungfrau von Orleans, seinen Leichenstein fortgeschoben und ist es nicht wiederauferstanden? Aber um zu leben und wiederaufzuleben darf man sich nicht damit begnügen auf eine wundertätige Hilfe zu hoffen, man muß wollen, man muß handeln. Vor allem muß man die Sophisten und kalten Verstandesmenschen entschlossen bei Seite schieben, ihre verbrecherischen Doktrinen zurückweisen, die den Menschen dazu bringen würden, die Grundlagen des Lebens, den Mut, die Hingebung, das Opfer, mit einem Worte alles, was erhebt, veredelt, kräftigt und verjüngt, zu vernachlässigen.

Wir brauchen Lehrer der Energie, denn die moralische Energie ist, wie man mit Recht behauptet hat, noch wichtiger als die Erziehung. Die früheren Generationen wuchsen in der Achtung vor den alten Römern auf, deren höchste Triebkraft die Freiheitsliebe und das Vaterland waren. „Eins ließ sie das andere lieben," wie Bossuet es so schön ausdrückt, „und weil sie die Freiheit liebten, liebten sie auch ihr Vaterland wie eine Mutter, die sie in edlen und freien Gefühlen großzog." Die Armut schien ihnen auch als ein Mittel, ihre Freiheit besser zu bewahren und sie rechneten nur mit ihrer Arbeit, um unabhängig und geehrt zu leben. Die Tugend war ihnen die Gesamtheit aller der Eigenschaften, die wir männlich nennen. Wir wollen aber an uns nicht verzweifeln. Trotz der Beispiele von Habsucht und Egoismus, deren Zeugen wir leider sind, stehen die einfachen und redlichen Tugenden auf unserem alten französischen Boden noch in Ehren. Denkt man an dieses Frankreich, das so viele Denker und uneigennützige Gelehrte, so viele Künstler und hochherzige Schriftsteller hervorgebracht hat, das noch Legionen von opferwilligen, unternehmungslustigen und kühnen Männern, soviele Neuerer und Helden hervorkommen lassen kann, und das, trotz der Spöttereien, die eine systematische Verleumdung und ein schamloser Zynismus veranlaßt haben, jeden Tag sieht, wie seine Kinder zeigen, eine wie hervorragende Stelle sie bei allen Leistungen und jedem Fortschritt auf der Erde, auf dem Wasser und sogar in der Luft einnehmen; das neben so vielen Berühmtheiten und Kapazitäten eine so große Zahl von Männern und Frauen aufzählen kann, die sich den edelsten Werken der Wohltätigkeit, der Menschenliebe und der sozialen Zusammengehörigkeit widmen; das sicher ist, daß alle seine Kinder, auch die scheinbar ausgelassensten, in den Tagen großer Prüfungen in sich die heilige Flamme des Patriotismus fühlen und nicht zugeben werden,

daß ihr ruhmreiches Land anderen an Mut und Stärke nachstehe; wenn man das alles überdenkt, dann kann man sagen: „Nein! Frankreich ist nicht im Niedergange!" Wenn es, leider, schlechte Zeiten gekannt hat, wenn es Unglück und schweres Mißgeschick erlitten hat, dann hat es auch in seiner langen und glorreichen Geschichte, selbst am Tage nach Schicksalsschlägen wie die von 1870 und 1871, weniger traurige Stunden schlagen hören und mehr als einmal hat es in fernen Ländern, wo seine jungen Soldaten kämpften, im Sudan, in Madagaskar, in Marokko seine teure Fahne flattern sehen

So hoch, daß von des Himmels Blau
Etwas in ihren Falten blieb!

Es weiß, daß sein Name immer bei allen in Ehren steht, die es so oft bei der Verteidigung der Armen und Bedrückten gesehen haben, eine glorreiche Erbschaft, die es niemals verleugnet hat, und es hat noch vor kurzem einen Schauer gefühlt, als es auf der Erde Italiens die Taten seiner Helden hat wiedererzählen hören.

Das patriotische Feuer brennt immer auf diesem hochherzigen Boden, der in freiwilligen, unvergeßlichen Festen den Kultus betätigt hat, der diesem erhabenen Mädchen, der Heiligen des Vaterlandes gewidmet war, die in Tagen der Angst und des Elendes stolz das Banner Frankreichs hochgehalten und seine Feinde aus dem Lande getrieben hat. Haben wir nicht schließlich mit dem Schauer einer Hoffnung die schönen Worte gehört, die aus einem Lande kamen, das 1870 vom Blute unserer teuren Soldaten getränkt worden ist, und das trotz der Härte eines unerbittlichen Vertrages französisch bleibt und bleiben will: „Wir vergessen nicht, daß zwei Jahrhunderte lang und bis zum Schreckensjahre die Freuden und Schmerzen Frankreichs unsere Freuden und Schmerzen waren. Die Geschichte eines Landes besteht aus der lebendigen Erinnerung seines Ruhmes. Unsere Provinz, die häufig der Schauplatz heroischer Kämpfe war, hat eine besonders bewegte Geschichte. Unter den verschiedenen Herrschaften hat sie verstanden, sich selbst treu zu bleiben und sich nur denen hinzugeben, die sich bemühten, ihre Achtung und Liebe zu gewinnen. Sie bewahrt sorgfältig die Erinnerung an erhaltene Wohltaten und wird nie gestatten, daß man eine Seite zerreiße oder ausstreiche, auf der die glorreichen Taten ihrer Vergangenheit geschrieben sind[1])." Frankreich, das sich auch erinnert, wiederholt

[1]) Rede des Reichstagsabgeordneten für Elsaß-Lothringen am Grabe des Generals Abel Douay bei der Weißenburger Feier am 17. Oktober 1909. Kurze Zeit darauf hat der Redner die kühne Beurteilung der herausfordernden Haltung eines deutschen Gymnasialdirektors mit dem Verluste seiner Freiheit bezahlt und so noch einmal mehr die Ehre und Unabhängigkeit des Elsaß verteidigt.

gern die beiden Wörter, die auf der Fahne der elsässischen Veteranen stehen: „Vergessen? — Niemals!"

Wenn jetzt eine Katastrophe hereinbricht, wenn plötzlich eine furchtbare Prüfung kommt, dann erhebt sich dieses Land, von dem man sagte und glaubte, es sei ohne Energie und Spannkraft. Durch alle geht ein gleicher Schauer, der alle Bürger zum Handeln treibt. Hat nicht das durch die letzten Überschwemmungen hervorgerufene Unglück bei uns eine Hilfsbereitschaft, eine Großherzigkeit, eine Kaltblütigkeit und einen Mut sondergleichen hervorgerufen, über den die Welt erstaunt war? Priester, Soldaten, Seeleute, Polizeidiener, Arbeiter, Frauen aus hohen und niedrigen Ständen, Leute aller Klassen und Parteien, sie alle haben ihre Pflicht getan. Alle Taschen haben sich geöffnet, und Millionen sind daraus hervorgekommen. Ein Philosoph hat, um diese Bewegung zu kennzeichnen, einen ebenso wahren wie originellen Ausdruck gefunden: „Es war eine Tugendüberschwemmung." Reiche und Arme haben ihr Gold und ihr Scherflein, oder die Kraft ihrer Arme denen geliehen, die litten und alles verloren hatten. Solche Proben von Tapferkeit, von gutem und frischem Lebensmute, von Mildtätigkeit und vollständiger Zusammengehörigkeit sind dazu angetan, volles Vertrauen zu erwecken.

So mögen denn nun die Schwierigkeiten und die Besorgnisse in dieser Stunde noch so groß sein, man darf doch auf eine versöhnende Zukunft hoffen und braucht sich nicht durch ein Gefühl des Mißtrauens und der Entmutigung niederdrücken zu lassen. Was bedarf denn Frankreich, um den ganzen Platz wieder einzunehmen, der ihm gebührt, die ganze Wohlfahrt wiederzuerlangen, die sein Erbteil sein muß? Es braucht nur Vertrauen in sich selbst und in sein unsterbliches Genie zu haben, Achtung vor der Initiative des Einzelnen und vor der Würde der Persönlichkeit, ein besseres soziales Gleichgewicht, begründet auf politischer Gleichheit und die Einigkeit aller seiner Kinder in der weisen und wahren Freiheit, deren erzieherische und friedenbringende Fähigkeit ein beredter Mund in bewegten Worten gepriesen hat[1]). Ist das wirklich alles unmöglich für ein Land, das gleich nach der schrecklichsten Prüfung, die ein Volk durchmachen kann, Europa durch seine plötzliche Rückkehr zur Ruhe, zur Ordnung und zur Wohlfahrt in Erstaunen gesetzt hat, und das seitdem, trotz der von einem eifersüchtigen Feinde in den Weg gelegten Hindernisse seine koloniale Macht vergrößert hat, im Konzerte der Nationen eine Stimme hören läßt, auf die man achtet, und sich ernstliche Bündnisse geschaffen hat?

---

[1]) Rede A. Ribots im Senate am 5. November 1909.

Um dieses Werk zu vervollständigen, um Frankreich zu kräftigen und noch zu vergrößern, um es unverwundbar zu machen muß man von denen, die über das Wort, über die Feder, über Tatkraft verfügen, kühne, ausdauernde und aufrichtige Arbeit fordern. Und was muß nicht der französische Geschichtschreiber dafür versuchen und tun? Man sehe, was bei unseren Nachbarn, den Deutschen, geschehen ist. Wenn ihre Geschichtschreiber an ihren Universitäten und in ihren Büchern machtvoll an der Schöpfung der deutschen Einigkeit mitgearbeitet haben; wenn sie die Flamme des Patriotismus in der Seele ihrer Mitbürger genährt haben; wenn sie auf die strebsame Jugend einen entscheidenden Einfluß gehabt haben, deren Geist sie aufgeklärt und deren Begeisterung sie in die rechten Wege geleitet haben; wenn sie gesucht haben vor allem, was ein trügerischer Skeptizismus und entmutigender Pessimismus im Gefolge haben kann, Abscheu einzuflößen; wenn sie die Macht und die Größe des Krieges haben rühmen und preisen können: dann kommt das daher, daß sie zugleich die Ausübung der männlichen Tugenden haben anraten können, die heißen: Treue, Ehre, Mut, Tatkraft, Ergebenheit, Heldensinn. Sie haben es getan. Sie tun es noch. Warum sollte man es ihnen in dieser männlichen Arbeit nicht nachtun? Wir Franzosen brauchen keine Gebietseinheit zu schaffen; aber wir haben eine moralische Einheit zu kräftigen und zu stützen. Wir, die französischen Geschichtschreiber, müssen begreifen, daß die Geschichte vor allem und hauptsächlich eine edle Aufgabe hat, die Aufgabe der nationalen Erziehung. Beherzigen wir, was ein Mann sagte, der Deutschland genau kennt, J. Bourdeau: „Die Nationen müssen eine Geschichte haben, wie sie eine Religion haben müssen, einen stets springenden Quell starker Anregungen und inniger Verehrung für die großen Männer des Staates und des Krieges, die das Vaterland geschaffen haben und für das Volk die Verkörperung und das Wahrzeichen seiner edelsten Bestrebungen und seiner besten Regungen sind[1])."

Daher möge uns fern sein gewöhnliche Leichtfertigkeit und leerer Dilettantismus, spöttischer Skeptizismus und überfeinerter Intellektualismus, zersetzende Literatur und hohlklingendes Phrasentum, ungesunde Theorien, die geschickt unter einer verlockenden Form versteckt Verderben bringen, kurz alles, was mittelmäßige und leichtfertige Geister beschäftigt und beherrscht, alle die, die ästhetische Schwärmer, Genußmenschen, Weichlinge, aber keine Männer sind!... Vor dem Verfalle hatte Athen ein sorgfältigeres Auge für eine schöne Statue als für eine schöne Rüstung, ein aufmerksameres Ohr für einen klangvollen

[1]) Studie über Heinrich von Treitschke.

Vers oder eine abgerundete Phrase als für den durchdringenden Aufruf zum Kampfe. Um den Gefahren zu entgehen, die stets eine Demokratie umlauern, muß man jene sophistischen Schriften vermeiden, die mit ihrer bitteren Ironie und ihren hinterlistigen Andeutungen kein Verdienst, keine Macht, keinen Ruhm und keinen Ruf verschonen; die sich in täuschenden Sophismen, trügerischen Paradoxen und erniedrigenden Spitzfindigkeiten gefallen; die, wie es ein Philosoph so gut sagt[1]), die volle Freiheit wollen, ohne das Gegengewicht irgendeiner Verantwortung, die brutale Gleichheit oder vollständige Gleichförmigkeit aller Bürger, ohne einen Unterschied in der Intelligenz und den Verdiensten der Bürger, eine Nivellierung von unten und schließlich die Rückkehr zu einem barbarischen Zustande, den Triumph der Materie über den Geist, „den Triumph der Macht, der Zahl und der Hinterlist, das Zerbröckeln der Nation zugunsten der Einzelnen, der Gruppen, der Syndikate, die Vernichtung dieses großen Körpers, der das Vaterland ist!" Aufgeklärte Männer müssen sich daher diesen Doktrinen widersetzen, die die Geltendmachung der Rechte eines Staates bis zu einem Despotismus übertreiben, der die Rechte der Bürger zerstört; die an der Unbeständigkeit, der Verantwortungslosigkeit, und um das rechte Wort zu gebrauchen, an der Zusammenhangslosigkeit, an der Anarchie ihren Gefallen finden. Ein Volk, das klugen Ratgebern täuschende Sophisten vorzieht, ist ein Volk, das einem sicheren Untergange geweiht ist. Durch die Ausübung hoher und stolzer Tugenden können wir unsere Verluste ausmerzen und die Aufgabe erfüllen, die uns gegeben ist. Das ist es, was ein Geschichtschreiber, der sein Vaterland wirklich liebt und es groß und geachtet sehen will, lehren muß.

Welchen Nutzen würden unsere Arbeiten über diesen oder jenen Gegenstand und besonders über die Geschichte des letzten Krieges haben, wenn sie uns nicht unaufhörlich zur Einkehr führten und uns nicht ermöglichten, aus diesen ernsten Erinnerungen nützliche und wirksame Lehren zu ziehen? Wir finden hier auf jeder Seite das Wirken jenes Bismarck, der seinem Vaterlande einen glühenden und fast grausamen Kult geweiht hat. Durch das Studium, durch die Nachahmung dessen, was ein eiserner Wille vermag, den mächtige Hilfsmittel unterstützen, gelangen wir dazu von unserem Lande eine höhere Idee zu bekommen, seine Fehler und Vorzüge, seine Schwäche und seine Stärke zu erkennen, die großen und schönen Gedanken zu erfassen, von denen unsere Väter geleitet wurden und die ihnen gestattet haben, durch das Beispiel eines einigen, glorreichen und bewunderten Frankreichs das schönste

[1]) Alfred Fouillée, Revue des Deux Mondes vom 15. November 1909.

Beispiel von Tapferkeit und Weisheit zu geben, das anderen Nationen vorgehalten werden konnte. Wenn das Preußen von 1806, aus dem das Deutschland von 1871 entstanden ist, sich aus einer tiefen Erniedrigung zu seiner erstaunlichen Stellung hat erheben können, dann kommt das daher, daß es den Rat von Patrioten, wie Stein, gehört und verstanden hat, den diese ihm nach seinem Falle gegeben haben. Man soll nicht sagen dürfen, daß es in Frankreich nicht, wie im Preußen von 1808, eifrige Männer gibt, die fähig sind, ihre Glut und ihre Leidenschaft einem stets großen, stets leidenschaftlichen Lande mitzuteilen, das immer bereit ist, neben seinen Rechten und begründeten Interessen die heiligsten Sachen zu vertreten!

Sollten unsere Soldaten nicht mehr fähig sein, diese kurzen und beredten Worte zu verstehen, die täglich einem jungen und feurigen Volke wiederholt werden, das in dem Kriege in Ostasien kürzlich so große Proben seiner kriegerischen Fähigkeiten abgelegt hat:

— Was ist militärischer Geist?
— Gehorsam und Opfermut.
— Was verstehst du unter Tapferkeit?
— Nie auf die Zahl zu achten und stets vorwärts zu gehen.
— Woher kommt der Blutfleck, der deine Fahne gerötet hat?
— Von dem, der sie in die Schlacht getragen hat.
— Woran läßt dich dieser Fleck denken?
— An sein Glück!
— Was bleibt vom toten Manne übrig?
— Der Ruhm!

Ist dieser Katechismus der japanischen Rekruten nicht der alte Militärkatechismus der Franzosen?

Aber eine schmerzliche Tatsache drängt sich uns auf und versetzt uns in Aufregung: das ist der Triumph der brutalen Macht über das Recht. Das ist so, aber dieser Triumph ist nur ein augenblicklicher Triumph, denn früh oder spät lehnt sich das Recht gegen seinen Unterdrücker auf. Wie sollte man das nicht erkennen, wenn man die dramatischen Blätter dieser Geschichte liest? In der Tat, wenn sie uns an die außerordentlichen Erfolge Bismarcks erinnert, die er durch List und Gewalt errungen hat, lehrt sie uns nicht zugleich, daß dieser große Bewunderer der Macht und dieser große Verächter menschlichen Elends mit einem Schrei der Wut und des Schmerzes verschwunden ist? Seine Jahre der Ungnade waren erbärmlich. Man betrachte ihn vor seinem Werke. Der deutsche Kanzler, der uns so großes Übel zugefügt hat, fiel, als er den Gipfel

einer außergewöhnlichen Macht erreicht hatte, plötzlich vor der erstaunten Welt in unerhörte Ungnade. Er stürzte in dem Augenblicke, als er glaubte am sichersten zu sein, Leiter der Geschäfte zu bleiben, und die acht Jahre seines Grolles und seiner Wut, seiner Klagen, seiner Trauer, seiner grausamen Reue sind eine Vergeltung gewesen, die seine Opfer nicht erwartet hatten. Die Nationen, die er durch Haß oder Gleichgültigkeit zu trennen gesucht hat, nähern und verständigen sich endlich wieder. Die Bevölkerung, die er dem Reiche hat einverleiben wollen, lehnt sich gegen die Gewalt auf und bewahrt ihrem früheren Vaterlande eine rührende Treue. Die Sozialisten, die er hat vernichten wollen, vermehren von Tag zu Tag ihre Reihen und ihre drohenden Forderungen. Da sagt er, erbittert, Aufruhr, Katastrophen und sogar einen Zusammenbruch voraus und tritt gebeugt vom Alter, von Reue und Gewissensbissen, vor den höchsten Richterstuhl, der in derselben Wage die Taten der Minister, der Untertanen und der Könige abwägt.

Soll man nun leugnen, daß die Geschichte eine große Lehrerin ist, und wie Tacitus sagt „die Lehrerin des Lebens"?

In dem Werke, das ich geschrieben habe, soll die Aufmerksamkeit des Lesers hauptsächlich auf den Ursprung des Krieges von 1870 gelenkt werden, auf die Veranlassung, die ihn hervorgerufen hat, auf die Erklärung vom 6. Juli, die Garantieforderung vom 12., die Emser Depesche vom 13. und die schwerwiegenden Folgen derselben, die Kriegserklärung und die so delikate und umstrittene Frage der Vorbereitung und der Bündnisse, auf die Politik des Kabinetts Ollivier und besonders auf die Rolle des Ministerpräsidenten und des Ministers des Auswärtigen, auf die Verantwortlichkeit des Grafen Bismarck und seines Königs, die Napoleons III., der Kaiserin und ihrer Ratgeber, wie auch die der Presse und des Parlaments; auf die Intrigen Bazaines und die Gründung des Deutschen Reiches; endlich auf die Wiederaufrichtung Frankreichs nach seinem Unglück durch die edlen Bemühungen Thiers' und der Nationalversammlung. Die neuen Dokumente, die ich der Darstellung in bezug auf den Ursprung des Krieges, seiner Folgen und seiner wichtigsten Ereignisse habe beifügen können, die eigenen Betrachtungen, die ich angestellt habe, werden, wie ich hoffe, dazu dienen, den zum Teil bekannten Tatsachen eine deutlichere und schärfere Form zu geben, die hervorgehoben und ins Licht gesetzt werden mußten. In diesem Sinne hat Vauvenargues einen Ausspruch getan, der meine Absicht gut bezeichnet: „Es gibt viele Sachen, die wir schlecht kennen und die man wiederholen muß."

Als Attaché am Archiv der Gesetzgebenden Versammlung von 1868—1870, Archivsekretär der Nationalversammlung von 1871—1876, habe ich allen Parlamentsversammlungen beigewohnt und die wichtigsten historischen Vorfälle dieser Epoche aufgeschrieben. In diesen Stellungen habe ich alle Papiere, Depeschen, Berichte und Notizen über den Krieg von 1870 gesehen und studiert. Mit der Erlaubnis des Präsidenten der Deputiertenkammer habe ich mehrere Dokumente von besonderer Wichtigkeit wiedergegeben, den Protest der Deputierten Elsaß-Lothringens, die Erklärung des Sturzes des Kaiserreiches und die Karte der deutschen Gebietsansprüche im Jahre 1871. Ich habe einen Brief des Generals de Castagny an den Oberst Saussier über die Verbrennung der Metzer Fahnen hinzugefügt, den ich der Liebenswürdigkeit des Architekten Moreau verdanke. Anderen wichtigen Dokumenten und häufigen Unterredungen mit vielen Zeugen oder Mitwirkenden dieser großen Ereignisse, deren Erinnerungen ich habe sammeln können, habe ich das Studium der besten Werke, die über den Krieg in Frankreich und im Auslande erschienen sind, hinzugefügt. Man wird sie bei den verschiedenen Kapiteln dieses Werkes angeführt finden; eins aber möchte ich gleich allen anderen voranstellen: es ist die „Geschichte der Diplomatie des deutsch-französischen Krieges" von meinem betrauerten Freunde Albert Sorel. Wir haben oft darüber auf den langen Spaziergängen gesprochen, die auf unsere gemeinsame Arbeit folgten, und bei diesen ernsten Unterredungen habe ich die Bestätigung von vielen Dingen erhalten, die ich bei meinen Nachforschungen gefunden hatte. Ich wiederhole, daß mein Werk, das auf ernster Grundlage ruht, und mit vollständiger Aufrichtigkeit und gutem Glauben geschrieben ist, nur durch die Liebe zur Wahrheit und einer allen Franzosen gemeinsamen Liebe veranlaßt worden ist, der zum Vaterlande.

Möge auf den herrlichen Ausruf der Deutschen: „Deutschland, Deutschland über alles!" unser durchdringender und aufrichtiger Ruf antworten: „Frankreich, Frankreich, über alles!"

Paris, Juni 1910.

H. W.

Erster Band

Erstes Kapitel.

Kriegspräliminarien.

Ein früherer Gesandter der Vereinigten Staaten in Spanien, Karl Schurz, unterhielt sich im Jahre 1867 in Berlin mit dem Grafen von Bismarck über die Ergebnisse des Krieges mit Österreich. „Jetzt ist die Reihe an Frankreich", sagte ihm der Kanzler. Und als Karl Schurz darüber etwas erstaunt war, fuhr Bismarck ruhig fort: „Ja, wir werden Krieg bekommen, und der Kaiser der Franzosen wird ihn selbst anfangen. Ich weiß, daß Napoleon III. persönlich friedliebend ist und uns nicht aus eigenem Antriebe angreifen wird. Aber er wird dazu durch die Notwendigkeit, das kaiserliche Prestige aufrecht zu erhalten, gezwungen werden. Unsere Siege haben es in den Augen der Franzosen sehr herabgesetzt. Er weiß das und er weiß auch, daß das Kaiserreich verloren ist, wenn es sein Prestige nicht schnell zurückgewinnt. Unserer Berechnung nach wird der Krieg in zwei Jahren ausbrechen. Wir müssen uns darauf vorbereiten und das tun wir auch. Wir werden siegen und das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt. Deutschland wird seine Einigung vollziehen, außerhalb Österreichs, und er selbst wird am Boden liegen." Diese Äußerung, deren Inhalt und Form wegen ihrer kühnen Derbheit echt zu sein scheinen, wird durch andere Äußerungen bestätigt, die Bismarck zu derselben Zeit dem Rate Bernhardi gegenüber kurz nach der Luxemburger Angelegenheit getan hat. „Wer weiß," sagte der Kanzler, „ob der Krieg mit Frankreich nicht das beste Mittel ist, den neuen Verhältnissen in Deutschland den nötigen Zusammenhang zu geben?" Man blättre in den Gedanken und Erinnerungen und man wird dort an mehr als einer Stelle dasselbe Geständnis finden: „Den Krieg sah ich ... als eine Notwendigkeit an, der wir mit Ehren nicht mehr ausweichen konnten[1])." — „Es war mir niemals zweifelhaft, daß der Herstellung des Deutschen Reichs der Sieg über Frankreich vorhergehen mußte, und wenn es uns nicht gelang ihn diesmal zum vollen Abschluß zu bringen, so waren weitere Kriege ohne vorgängige Sicherstellung unsrer vollen

[1]) Bd. II, S. 106.

Einigung in Sicht[1])." Schon im Jahre 1866 forderten der Großherzog von Oldenburg und der Herzog von Sachsen-Meiningen die Einigung, und der Kronprinz schlug vor, dem künftigen Monarchen den Titel eines „Königs der Deutschen" zu geben. Bismarck teilte vollauf den Wunsch dieser Fürsten, riet aber günstigere Umstände abzuwarten, durch die die Völker und die Könige zu einem ernsten Einvernehmen gelangen würden. Er ging behutsam vor und wollte sich nicht dem aussetzen, irgendeine Unvorsichtigkeit zu begehen. Er faßte alle Möglichkeiten ins Auge und hielt sich bereit.

Alle Freunde des französischen Kaiserreichs hatten bedauert, daß es bei dem Angriffe Preußens auf Dänemark und Österreich untätig geblieben war. „Als man erfuhr," schreibt der Herzog de Persigny in seinen Memoiren, „daß es unseren glorreichen Verbündeten des ersten Kaiserreiches zugunsten Preußens im Stiche ließ, und besonders als man es die Verbindung Preußens mit Italien gegen Österreich begünstigen sah, wer hätte da nicht irgendeinen bedeutenden Umschwung in unserer Politik erwartet; aber nie hat man wohl eine bitterere Enttäuschung erlitten, und nie hat eine untergeordnetere Rolle einer größeren Erwartung entsprochen[2])."

Das französische Parlament übertrieb seine friedliche Neigung, und Napoleon ließ zu, daß die Kader der Armee aufgelöst würden, um Herrn Fould zu gestatten, zwölf Millionen zu ersparen. Man hatte damals nur eine Furcht: einen Krieg, und man sah doch nicht voraus, daß diese kleinliche Politik früher oder später dem Lande die gefährlichsten Feindseligkeiten unter den schlechtesten Bedingungen zuziehen müsse. Man verheimlichte die Ausgaben für Mexiko. Man vertuschte sie durch Übertragung auf das Kriegsbudget. Die Arsenale waren leer, die Truppen in ihre Heimat entlassen, jede ernstliche Demonstration war unmöglich geworden. Im geheimen Rate vertraten Persigny mit Drouyn de Lhuys, Walewski und Magne die allgemeine Unruhe. Einige Tage darauf erkrachte der Donnerschlag von Sadowa; da war es mit unserem Einflusse in Europa vorbei. Sogar die Zukunft wurde fraglich. Vergebens hatte Österreich vor dem Kriege heimlich zugestimmt, Venetien an Italien abzutreten unter der Bedingung, auf die Neutralität Italiens und Frankreichs zählen zu können; Napoleon III. hatte keine Verbindlichkeit eingehen wollen. Er hatte sich Italien gegenüber als solidarisch betrachtet und Preußen gegenüber für moralisch verpflichtet.

[1]) Bd. II, S. 133.

[2]) Mémoires du Duc de Persigny, S. 313, Plon, 1896.

Nach der Niederlage Österreichs und der Abtretung Venetiens an Italien bezeigte die Königin Sophie von Holland ihren Scharfblick, indem sie an Herrn d'André am 18. Juli 1866 diesen Brief schrieb, der dem Kaiser gezeigt wurde: „Sie machen sich sonderbare Illusionen. Ihr Prestige hat in den letzten vierzehn Tagen mehr verloren als während der ganzen Regierungszeit. Sie lassen zu, daß die Schwachen vernichtet werden. Sie lassen die Frechheit und Brutalität Ihres nächsten Nachbarn über alles Maß groß werden. Sie nehmen ein Geschenk an und wissen dem nicht einmal Dank, der es Ihnen macht. Ich bedaure, daß Sie mich in dieser Frage für interessiert halten und die drohende Gefahr eines mächtigen Deutschlands und eines mächtigen Italiens nicht sehen. Die Dynastie ist es, die bedroht ist, und sie wird die Folgen davon zu tragen haben ... Ich sage das, weil es die Wahrheit ist, wie Sie zu spät erkennen werden. Nachdem Venetien abgetreten war, mußte man Österreich zu Hilfe kommen, an den Rhein marschieren, Bedingungen stellen. Österreich hinschlachten lassen ist mehr als ein Verbrechen, es ist ein Fehler[1]) ..." König Wilhelm hat das selbst anerkannt, er sagte später dem Grafen Beust, Napoleon III. hätte im Jahre 1866 seinen Untergang vorbereitet, „da der Kaiser die preußische Armee von hinten angreifen konnte und mußte".

Und dabei hatte es in diesem unglücklichen Jahre Warnungen geregnet. Am 20. Juli übergab Magne, Mitglied des Geheimen Rates, Napoleon III. einen vertraulichen Bericht über die äußere Lage, worin er bedauerte, daß die Regierung sich nicht genug um die übertriebenen Forderungen Preußens und die durch nichts zu entschuldigende Undankbarkeit Italiens kümmre. Große Schwierigkeiten würden eintreten, wenn es sich darum handle, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. „Das nationale Gefühl wird zweifellos schwer verletzt sein, wie mir scheint, wenn Frankreich schließlich für sein Eingreifen nichts anderes bekommt, als nun zwei Nachbarn zu haben, die durch ihre übermäßig gewachsene Macht gefährlich geworden sind. Ein jeder sagt, daß die Größe nur eine relative Sache ist und daß ein Land kleiner werden kann, obwohl es genau dasselbe bleibt, wenn neue Kräfte sich um es herum ansammeln. Um eine derartige Beeinträchtigung des kaiserlichen Programms zu verhindern, wird das Land, das bisher so außerordentlich friedliebend war, sich ebenso begierig zeigen, die äußersten Mittel anzuwenden. Es wird nicht zögern, zum Kriege zu drängen, was ein großes Unglück wäre. Ich sehe nur ein Mittel das zu verhindern,

[1]) Papiers de la famille impériale, Bd. I. — Die Königin Sophie wiederholte so das Wort Fouchés nach der Erschießung des Herzogs von Enghien.

das ist, nach reiflicher Überlegung, was für Zugeständnisse möglich sind, klar und deutlich zu erklären, was Frankreich will, was es entschlossen ist zu beanspruchen, was es im Notfalle entschlossen ist mit Gewalt zu fordern. Man sagt aber seit einiger Zeit viel zu viel, daß Frankreich nicht bereit ist. Es ist natürlich, daß auf seine Stimme um so weniger geachtet werden wird, je mehr diese Ansicht verbreitet ist. Auf einem Kongresse, wie im Kriege liebt es das Glück denen zu folgen, die stark und entschlossen sind. Deshalb müssen die, denen es ernstlich um den Frieden zu tun ist, wünschen, der Kaiser möge alle Mittel anwenden, die in seiner Macht sind, um sich bereit zu machen seine Ansprüche zu unterstützen, wenn der Augenblick gekommen ist, sie zu stellen. Dann wird keine Zeit mehr sein, daran zu denken. Nichts könnte uns entschuldigen, wenn wir von Verwicklungen überrascht würden, die man so leicht voraussehen kann. Übrigens ist nichts so sehr dem Geiste der Zweckmäßigkeit mehr entgegen, als die Sorglosigkeit, die sich dem aussetzt, in einem gegebenen Augenblicke unter der Dringlichkeit und der Überstürzung der Vorbereitungen leiden zu müssen[1])." Diese sehr klugen Vorstellungen machten auf den Geist Napoleons III. einen gewissen Eindruck, der aber schnell wieder verwischt wurde.

Nach dem schweren Fehler, nach dem Siege von Sadowa nicht zwischen die Kämpfenden getreten zu sein, hatte der unglückliche Souverän den anderen Fehler begangen, Preußen in Deutschland Gebietszugeständnisse zu machen, ohne irgendeinen Vorteil für Frankreich zu verlangen. „So haben wir auf der einen Seite", bemerkt der Herzog de Persigny, „das Zusammenwirken der hauptsächlichsten Minister und einer ganzen unheilvollen Schule, um das Land gegenüber äußeren Verwicklungen entwaffnet zu halten und auf der anderen Seite einen Fürsten, der inmitten der schwierigsten politischen Kombinationen durch häusliche Szenen verwirrt und aufgeregt ist, und der endlich jeglichen ergebenen patriotischen Rates, sei es absichtlich oder nicht, entbehrt; das sind die unheilvollen Ursachen dieser grausamen Seite in der Geschichte, die Sadowa heißt." Persigny glaubt die Niederlagen der inneren und äußeren Politik des Kaiserreiches der Kaiserin zuschreiben zu können. Der frühere Minister mochte die Souveränin nicht leiden, die ihm ihrerseits seine Bemerkungen über die Ehe des Kaisers mit ihr nicht vergessen hatte. Sie wußte, daß er ihre Gegenwart im Ministerrate tadelte, was für die Feinde des Staates und für alle, die von vornherein vorkommendenfalls eine Regentschaft unmöglich machen wollten, Wasser auf die Mühle war, denn es genügte zu behaupten, ihr Einfluß

[1]) Papiers de la famille impériale, Bd. I, S. 241.

habe in dieser oder jener Angelegenheit, deren Ausgang unglücklich gewesen war, vorgeherrscht, um sie in Mißkredit zu bringen[1]). Das Schriftstück vom 11. November 1867, worin der Herzog die Kühnheit hatte, dem Kaiser selbst das zu schreiben, fiel der Kaiserin in die Hände, die ihr Eingreifen in die früheren Ereignisse energisch leugnete und sich so stellte, als wolle sie nicht mehr im Rate erscheinen, doch richtete sie es so ein, daß der zu unabhängige und zu offene Minister nicht wieder an die Leitung der Geschäfte kam.

Es ist bekannt, daß der Kaiser nach Sadowa ohne Wissen des Herrn de Persigny versucht hatte, von Preußen irgendwelche Gebietsentschädigung zu erlangen, entweder an den Ufern des Rheins oder in Belgien. Er wollte gern das französische Kaiserreich wieder in Besitz der Gebiete bringen, die in der Abgrenzung Frankreichs von 1814 einbegriffen gewesen waren, d. h. Preußen dazu veranlassen, von Bayern und Hessen die Abtretung der Gebietsteile zu erwirken, die Frankreich einst auf dem linken Rheinufer besessen hatte. Wenn das nicht ginge, verlangte der Kaiser vom Könige von Preußen durch ein Offensiv- und Defensivbündnis ihn mit aller seiner Macht zu unterstützen, falls er dazu gezwungen werde, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen und dieses Land zu erobern. Als Gegenleistung für diese Unterstützung wollte der Kaiser die von Preußen infolge seines Krieges gegen Österreich und seine Verbündeten gemachten Erwerbungen zulassen und anerkennen, auch sich nicht einer allgemeinen Vereinigung des Norddeutschen Bundes mit den Südstaaten, ausgenommen Österreich, widersetzen. Es ist auch bekannt, daß diese Vorschläge und Intrigen nur zum Unglück des Kaiserreichs ausgefallen sind, das nicht allein nichts erhielt, sondern auch noch die Schmach erleben mußte, seine Absichten auf Belgien am Tage nach der Kriegserklärung vom 15. Juli 1870, zum großen Schaden seiner Interessen, veröffentlicht zu sehen. Ohne Zweifel war der preußische Kanzler der Versucher gewesen. Schon 1865 hatte er Lefebvre de Béhaine gesagt, er würde gern Frankreich das Recht zugestehen, sich überall da auszudehnen, wo man französisch spräche. Ohne Zweifel wiederholte er demselben Diplomaten 1866 in Brünn, die kaiserliche Regierung könne dem König der Belgier sagen, bei den beunruhigenden Vergrößerungen Preußens sei das einzige Mittel, das Gleichgewicht wieder herzustellen, die Geschicke Belgiens durch so enge Bande mit Frankreich zu verknüpfen, daß die belgische Monarchie im

[1]) Mémoires du Duc de Persigny. S. 394. — So beschuldigte man die Kaiserin durch die Ermutigung klerikaler Ansprüche die Schwierigkeiten mit der Kirche hervorgerufen, dann der Politik zum Siege verholfen zu haben, die in Bezug auf Polen eine Niederlage erlitt und die Expedition nach Mexiko veranlaßt hatte.

Norden ein wahres Bollwerk für Frankreich bilde. Diesen Vorschlag hatte Bismarck Benedetti wiederholt und ihm gesagt, man müsse sich in Belgien eine Entschädigung suchen, wobei er Frankreich anbot, sich mit ihm darüber verständigen zu wollen. Der Kanzler hatte außerdem versichert, im Juni 1866 habe das Kaiserreich ihm vorgeschlagen, dreimal hunderttausend Mann gegen Österreich schicken zu wollen unter der Bedingung, daß ihm dafür das Gebiet zwischen Rhein und Mosel ohne Koblenz und Mainz abgetreten würde. Er hatte bemerkt, dieser Vorschlag sei nicht annehmbar, und hatte sich über die Ansprüche der französischen Diplomatie lustig gemacht. Benedetti hatte Unrecht daran getan, sich auf die von dem schlauen Kanzler ausgedachten Kombinationen einzulassen, sie nach seinem Diktate aufzuschreiben, dieses Schriftstück in dessen Händen zu lassen und sich seiner Diskretion anzuvertrauen. Bismarck sollte es zu der von ihm gewählten Stunde dreist Europa ausliefern, um zu beweisen, daß Frankreich nie aufgehört hätte, Preußen auf Kosten Deutschlands und Belgiens zu versuchen, und um zu behaupten, er habe es nie für möglich gehalten, Anerbietungen dieser Art anzunehmen. Es seien höchstens Illusionen, die er den französischen Diplomaten gelassen hätte, solange das im Interesse des Friedens nötig gewesen wäre. Der Kanzler behandelte die Sache „dilatorisch, ohne je Versprechungen zu machen“[1]).

In einer Mitteilung vom 29. Juli 1870 an seine diplomatischen Agenten im Auslande fügte Bismarck dann hinzu: „Die verschiedenen Phasen schlechter Laune und der Absicht, Frankreich mit Krieg zu überziehen, die wir von 1866—1869 durchgemacht haben, fallen recht genau mit der besseren oder schlechteren Bereitwilligkeit zu diesen Verhandlungen zusammen, die die französischen Diplomaten bei mir zu finden glaubten. So war ich auch von einer hochgestellten Persönlichkeit, die den Verhandlungen nicht fern stand, benachrichtigt worden, daß wir im Falle einer Besetzung Belgiens unser Belgien schon wo anders finden würden;

[1]) Nach der Volkszeitung vom 19. September 1898, die ihre Auskunft von Moritz Busch hatte, soll andererseits Bismarck dem Wiener Kabinette durch den Bruder des Generals Gablenz vor dem Kriege von 1866 Friedensvorschläge auf Grundlage des Dualismus gemacht haben, wodurch er bezweckte, die vereinigten Streitkräfte Preußens und Österreichs gegen Frankreich bereit zu haben, um den Elsaß wiederzuerobern und aus Straßburg eine Bundesfestung zu machen. „Das war gewiß“, gestand Bismarck, „kein gerechter Grund zu einem solchen Kriege, aber wir konnten den anderen Mächten sagen, Frankreich habe ebenso ungerecht gehandelt, als es den Elsaß und Straßburg wegnahm, von wo aus es Deutschland in einem fort bedrohte.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt, und der Krieg von 1866 fand statt. Das beweist, wie fruchtbar an Mitteln und wie gewissenlos Bismarck in seiner Absicht war, Frankreich unter irgendeinem Vorwande anzugreifen.

ebenso hat man mir bei einer früheren Gelegenheit zu verstehen gegeben, daß Frankreich bei der Lösung der orientalischen Frage seinen Anteil nicht im Oriente, sondern an seinen unmittelbaren Grenzen suchen würde. Ich glaube, daß die Überzeugung, durch uns nicht zu einer Vergrößerung des französischen Gebietes gelangen zu können, den Kaiser allein dazu bestimmt hat, sie durch einen Krieg gegen uns zu erhalten."

Die Unmöglichkeit, die Zustimmung Preußens zu einer Besitzergreifung Belgiens zu erlangen, obwohl Preußen unsere leichtgläubige Diplomatie dazu gedrängt hatte, veranlaßte 1867 Napoleon III. die Erwerbung Luxemburgs zu versuchen, um die Aufregung in Frankreich zu beruhigen, da man nicht begriff, wie unsere Neutralität während des österreichisch-preußischen Krieges belohnt worden sei. Auch dort erhielten wir, nach einem scheinbaren Erfolge, nur eine bescheidene Genugtuung: die Räumung der Luxemburger Festung von der preußischen Garnison. Diese Lösung wurde auf beiden Seiten schlecht aufgenommen, und auch weniger weitblickende Politiker begriffen, daß ein Krieg zwischen den beiden rivalisierenden Mächten nur eine Frage der Zeit sei. Man bereitete sich in Preußen entschlossen darauf vor. Auch in Frankreich ergriff man einige Maßregeln, die aber an dem Gesetzgebenden Körper zerschellten, da sowohl dessen Minderheit, wie die Mehrzahl, mit wenigen Ausnahmen ihre persönlichen Interessen den Forderungen der Wähler unterordnete und die Interessen Frankreichs dagegen zurückstellte. Doch wollte der Kaiser eine ernstliche Reorganisation der Armee versuchen. Er sagte es am 10. Januar 1870 zu Emile Ollivier: „Die Notwendigkeit derselben hat sich mir in Italien gezeigt. Es ist die Unzulänglichkeit unserer Armee und die Unmöglichkeit, eine zweite am Rhein zu haben, die mich zum Frieden von Villafranca gezwungen haben." Und er fügte hinzu: „Wie können wir, nach den Lehren des letzten Krieges, untätig bleiben?" Der neue Ministerpräsident antwortete, daß man für den Augenblick wenigstens die militärische Neuordnung in den Grenzen des Budgets und des augenblicklichen Bestandes halten müsse. Der Kaiser, der davon nicht überzeugt war, stützte sich vergebens darauf, daß die Zahl im Kriege eine entscheidende Bedeutung habe.

Und doch waren wir seit langem benachrichtigt. Am 28. Oktober 1868 hatte General Ducrot dem General Frossard geschrieben, der seine vertrauliche Mitteilung in den Tuilerien wiederholen sollte, die Gräfin de Pourtalès habe ihm, von Berlin kommend, eine Äußerung des Herrn von Schleinitz, des Hausministers des Königs, über die bevorstehende Erwerbung des Elsaß durch Preußen hinterbracht. Sie berichtete über die ungeheuren Vorbereitungen, die überall gemacht würden

und über das Vertrauen der Armee und aller Untertanen des Königs in den Erfolg. Herr von Moltke sagte: „Wenn wir in der Lage sind über den Elsaß zu verfügen — und das kann nicht lange mehr dauern — dann können wir, indem wir es mit dem Großherzogtum Baden vereinigen, eine herrliche Provinz bilden, die zwischen den Vogesen und dem Schwarzwalde liegt[1]) ..." Am 31. Januar 1869 hatte General Ducrot, der in Straßburg war, dem General Frossard über die Vorbereitungen Preußens in Mainz und in Rastatt berichtet. Allerdings hatte im November 1868 der Militärattaché, Oberstleutnant Stoffel, von Berlin den Polizeipräfekten Pietri benachrichtigt, den Besuch des Bankier Bleichröder, eines Vertrauten Bismarcks, erhalten zu haben. Dieser Bankier, der etwas wie ein zweiter Rothschild wurde, kam von Varzin und war beauftragt ihm zu sagen: „Der Minister will mehr als je den Frieden. Er wird sein möglichstes tun, ihn aufrecht zu erhalten. Er ist dabei um so aufrichtiger, als er selbst erklärt, warum der Norden heute die Annektierung der Südstaaten nicht wünschen kann; daß die Einigung Deutschlands sich auf natürliche Weise früher oder später von selbst vollziehen werde und daß seine, Bismarcks, Aufgabe nicht sei, dies zu beschleunigen, sondern vielmehr die Befestigung des Werkes von 1866." Stoffel, der von einer möglichen Zusammenkunft zwischen Napoleon III. und König Wilhelm sprach, um dies zu ermöglichen, fügte hinzu, daß das Mißtrauen und der Haß gegen Frankreich ganz allgemein wären. Er erklärte das auf diese Weise: „Preußen trachtet danach, ganz Deutschland zu einigen ... Welches Hindernis sieht Preußen diesen Wunsch zu erfüllen? Frankreich, nur Frankreich. Wir sind der ganzen preußischen Nation verdächtig; gewisse Parteien hassen uns; alle haben Mißtrauen gegen uns ... Daher kommt dieser allgemeine Zustand der öffentlichen Meinung, den ich in den Worten zusammenfasse: Mißtrauen oder allgemeiner Haß gegen Frankreich ... Das ist die unglückliche Folge der Ereignisse von 1866. Nichts kann daran geändert werden, solange die allgemeine Lage dieselbe bleibt, und der von mir bemerkte Zustand wird immer schlimmer werden[2])."

Vom 8. September 1866 bis zum 5. Juli 1870 hat Oberst Stoffel nicht aufgehört, dem Kriegsminister über die preußische Armee zu berichten: Bewaffnung, Instruktion, Ausrüstung, intellektueller und physischer Wert der Truppen, die neue Organisation, Kavallerie, Artillerie, Infanterie, Eisenbahngesellschaften, Mobilisation, Kriegs- und Friedensstärke, Bewaffnung der Linie und der Landwehr, vergleichende Schießübungen zwischen preußischen und fremden Kanonen, Winter-

[1]) Papiers de la famille impériale, Bd. I, S. 227.
[2]) Papiers de la famille impériale, Bd. I, S. 231.

übungen und Manöver aller Art, Studium der französischen Gesetze vom 1. Februar 1868 und der Kriegschancen, Militärtelegraph, Ausbildung der Rekruten, Generalstabsreisen, Zustand der Festungen usw. usw.[1]). Man kann also nicht behaupten, unser Generalstab und der Kriegsminister seien nicht über die geringsten Sachen, die auf die Militärmacht Preußens Bezug haben, auf dem laufenden gehalten worden. Diese Berichte beweisen, daß Stoffel vom ersten Monat seines Aufenthalts in Berlin an den Krieg mit Preußen vorausgesehen und die Überlegenheit des Feindes in bezug auf Vorbereitung und Disziplin erkannt hat. Zwischen dem 14. und dem 18. Juli meldete derselbe Offizier dem Marschall Le Boeuf, daß die Deutschen sich darauf gefaßt machten, eine französische Armee am Rheine erscheinen zu sehn und es ihnen an Schnelligkeit zuvorzutun, denn man hatte trotz allem noch eine hohe Idee von unserer Macht. Er ließ zu gleicher Zeit wissen, daß Preußen in einem Zeitraum von zwanzig Tagen vom 15. Juli ab mehrere Armeekorps von hunderttausend Mann an verschiedenen Stellen unserer Grenze zusammengezogen haben würden, während wir noch glaubten, dem Feinde acht Tage voraus zu haben. Die Berechnungen Stoffels waren richtig, denn vom 4. bis zum 6. August fanden die Schlachten bei Weißenburg, Fröschweiler und Forbach statt.

Und doch ist Stoffel der Vorwurf gemacht worden, über die preußische Armee falsch berichtet und seine Aufgabe schlecht erfüllt zu haben. Solche ungerechten Anschuldigungen sind auch gegen Benedetti vorgebracht worden, dem man vorgeworfen hat, das geheime Einverständnis zwischen den Kabinetten von Berlin und Madrid nicht bemerkt zu haben. Man hat direkt gesagt, er habe die kaiserliche Regierung schlecht berichtet, habe die Verhandlungen nicht gekannt, die stattfanden, um die Krone Spaniens einem Hohenzollern auszuliefern, habe blindlings die Unterstützung der Südstaaten versprochen, und so den Konflikt verursacht, bei dem unsere Armeen unterlagen. Emile Ollivier ist einer der strengsten gewesen und hat unserem früheren Botschafter in Berlin keinen Spott und keinen Vorwurf erspart[2]). Benedetti hatte aber, ganz im Gegenteil, die Regierung zur rechten Zeit über die militärische Entwicklung Preußens, über die Kandidatur des Prinzen Leopold, über die wirkliche Haltung der Südstaaten, über die Absichten des Berliner Kabinettes, über die patriotische Begeisterung, die Nord und Süd belebte und einigte, und über die schnelle Mobilmachung Preußens aufgeklärt.

So hatte er auch von 1866 ab dem Ministerium über die Stärke der preußischen Armeen Bericht erstattet. Er teilte viele Einzelheiten

[1]) Rapports militaires du colonel Stoffel. — 1872.

[2]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 166, 275, 301, 387, 399.

über den Norddeutschen Bund und über die geheimen Absichten Preußens mit. Am 5. Januar 1868 enthüllte er die Haltung dieser Nation, die beabsichtigte, ihre Macht auf ganz Deutschland auszudehnen. Man könnte behaupten, dieser Diplomat, dessen vorgebliche Ungeschicklichkeit das Thema so vieler ungerechter Reden gewesen ist, habe die ungeheuren Fehler des Kabinetts Ollivier vorausgesehen, als er einen schrecklichen Krieg prophezeite, aus dem die Einheit Deutschlands und die unerhörten Forderungen hervorgehen würden, unter denen Frankreich leiden sollte. Er entlarvte die Pläne Bismarcks und am 27. März 1869 telegraphierte er nach Paris, daß der Gesandte Spaniens in Wien, der frühere Gesandte in Berlin, Herr Rances y Villanueva nach Berlin gekommen sei, unter dem Vorwande, am Geburtstagsfeste des Königs teilzunehmen und für das Wohlwollen zu danken, dessen er sich fünf Jahre lang zu erfreuen gehabt hätte. Ohne zu behaupten, das Madrider Kabinett verhandle in bestimmter Form mit dem Berliner, meldete Benedetti dem Minister: „Ew. Exzellenz wissen jedoch, daß man den Erbprinzen von Hohenzollern unter den souveränen Familien genannt hat, die auf den Thron Spaniens erhoben werden könnten ... Sollte man von neuem an den Prinzen gedacht haben? Ich weiß das nicht, es schien mir aber angebracht, Sie über diese Annahme nicht in Unkenntnis zu lassen, die Ihnen behilflich sein kann, alle anderen Nachrichten darüber zu kontrollieren." Darauf ersuchte der Minister unseren Botschafter, seine Annahme genau zu prüfen. Dieser antwortete am 31. März, er habe Herrn von Thile gefragt, der „ihm die Versicherung gegeben habe, zu keiner Zeit von irgendeinem Anzeichen Kenntnis gehabt zu haben, das eine derartige Mutmaßung berechtigt erscheinen lasse". Herr von Thile gab dafür sogar sein Ehrenwort. Nun aber von zwei Dingen eins: entweder wußte Herr von Thile wirklich nichts von den Plänen Bismarcks, — was nicht angenommen werden kann — oder aber er war ungewöhnlich dreist, um nicht mehr zu sagen. Auf jeden Fall ist Kaiser Napoleon von Benedetti selbst über die Sache unterrichtet worden, der ihm sagte, daß die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern ganz gegen die Interessen der Nation sei. „Das Land wird sie nicht zulassen, und man muß ihr entgegenarbeiten." Darauf sprach Benedetti mit Bismarck darüber, der sich darauf beschränkte ihm zu antworten, die Souveränität des Prinzen Leopold könne nur eine ganz kurze Dauer haben und werde ihm noch mehr Gefahren als getäuschte Hoffnungen bereiten. In dieser Überzeugung, sagte er, „wird der König sich sicher enthalten, ihm den Rat zu geben, der Abstimmung der Cortes Folge zu leisten." Er fügte hinzu, Fürst Anton, der Vater des Prinzen Leopold, sei keineswegs geneigt, sein

persönliches Vermögen aufs Spiel zu setzen, um seinem Sohne zu helfen den Thron Spaniens zu besteigen. Das waren nur leere Ausreden, die ernstliche Absichten verbergen sollten. Es versteht sich von selber, daß der Kanzler nach den Vorteilen suchte, die seine Politik aus der Vakanz des spanischen Thrones ziehen könnte, und er bereitete langsam und sicher die Falle vor, in die die französische Leichtgläubigkeit gehen sollte. In seiner Unterhaltung mit Benedetti ließ Bismarck durchblicken, Prinz Friedrich Karl sei geneigt gewesen, das Abenteuer in Spanien zu wagen, wenn die protestantische Religion, zu der er gehörte, nicht ein unübersteigliches Hindernis gewesen wäre.

„Dieser Prinz," fügte Bismarck hinzu, „ein tüchtiger Offizier, hat übrigens noch keine Probe von politischer Fähigkeit abgelegt, es würde ihm daher schwer werden, sich in den spanischen Verwicklungen zurechtzufinden." Aus allen diesen Tatsachen geht hervor, daß der Kanzler sich darauf beschränkt hatte, den König von der Verantwortlichkeit zu entbinden, aber keine förmliche Versicherung gegeben hat, daß die Kandidatur eines Hohenzollern auf die spanische Krone unmöglich sei. Diese Einzelheiten zeigen deutlich, daß das Ministerium des Äußeren Frankreichs und die französische Regierung notwendigerweise lange vor 1870 über die von Preußen angezettelte Intrige unterrichtet waren.

Am 2. Oktober 1869 machte Emile Ollivier, den Clément Duvernois sondierte, ob er wohl geneigt sei, ein Ministerium zu bilden, diesen mit den Bedingungen bekannt, unter denen er bereit sei, als Minister die Verantwortung für den Kampf der Freiheit gegen die Revolution zu übernehmen[1]). In bezug auf die äußere Politik sagte er: „Ich glaube, daß der Krieg, weit davon entfernt etwas zu entscheiden, eher alles verwirrt und kompromittiert. Wenn die Kaufleute ihn nicht fürchteten, würden alle viel ruhiger sein. Der Augenblick, Preußen aufzuhalten, ist vorbei, unwiderruflich vorbei, und das Heil und die Größe des Kaiserreichs können nur noch in der Achtung des Nationalitätenprinzips gesucht werden. Der Kaiser hat es auf den Schild erhoben; wenn er es bekämpft, wird er von ihm besiegt werden. Folglich gebe ich zu, daß man untersucht, ob man sich der Annektierung der Südstaaten durch den Norddeutschen Bund widersetzen soll, wenn Preußen das mit Gewalt tun will; ich gebe aber nicht zu, daß man dem unter irgendeinem Vorwande entgegentrete, wenn diese Verschmelzung durch den Willen der Bevölkerung geschieht[2])."

---

[1]) Papiers de la famille impériale, Bd. I, S. 257.

[2]) Am 1. Januar 1867 hatte Emile Ollivier dem Grafen Walewski geschrieben, daß man sich auf die Hilfsmittel des Budgets und die augenblickliche Truppenstärke beschränken müsse. Er betrachte die deutsche Einigung als eine unwiderrufliche Tat-

Die Rolle, die der künftige Ministerpräsident dem Kaiser lassen wollte, wurde von Clément Duvernois am 8. November 1869 in einem an Napoleon III. gerichteten Briefe so festgesetzt:

„Ollivier ist durchaus nicht der Ansicht, daß der Kaiser eine Nebenrolle spielen solle, ebensowenig, daß der Thron ein leerer Sessel sein dürfe. Er wünscht, daß der Kaiser mit der öffentlichen Meinung und im Sinne der öffentlichen Meinung regiere. Er will um keinen Preis ein Prestige vermindern, das er mit Recht als eine der besten Garantien der Ordnung betrachtet. Seine (etwas zarte) Ergebenheit für Ew. Majestät bestärkt ihn noch in seiner Überzeugung." Emile Ollivier wollte auch noch einer Verwirrung in den Ministerien ein Ende machen, deren Unzuträglichkeiten der Kaiser verschiedentlich gerügt hatte; und er gedachte einer wohldisziplinierten revolutionären Opposition eine Regierung entgegenzusetzen, die nicht weniger diszipliniert wäre. Clément Duvernois, der sich persönlich zurückhielt, gab am Vorabende der Bildung des liberalen Ministeriums, am 31. Dezember 1869 seinem Freunde den klugen Rat: „Umgeben Sie sich ja mit klugen und vorsichtigen Leuten, die Sie mäßigen werden."

Am 2. Januar 1870 brachte das Journal officiel die Notiz: „Emile Ollivier, Deputierter, ist zum Siegelbewahrer, Minister der Justiz und des Kultus ernannt worden, an Stelle des Herrn Duverger, dessen Entlassungsgesuch angenommen wurde.

Für den Kaiser,

Der Siegelbewahrer:
Duverger."

Darauf folgten die anderen Erlasse, wodurch Graf Daru zum Minister des Auswärtigen; Chevandier de Valdrôme zum Minister des Innern; Buffet zum Finanzminister; Marschall Le Boeuf zum Kriegsminister; Admiral Rigault de Genouilly zum Marineminister; Marquis de Talhouët zum Minister der öffentlichen Arbeiten; Segris zum Minister des öffentlichen Unterrichts; Louvet zum Minister des Ackerbaues; Marschall Vaillant zum Minister des kaiserlichen Hauses; Maurice Richard zum Minister der schönen Künste; de Parieu zum Präsidenten des Staatsrates ernannt wurden. Alle diese Erlasse waren von Emile Ollivier gegengezeichnet, der offenbar der Führer des neuen Kabinettes war, wie General de Palikao der des neuen Kabinettes vom

---

sache, die Frankreich „ohne Gefahr oder Schaden hinnehmen könne" ... „Alles, was man gegen Preußen unternehmen werde, erleichtere ihm eher seine Aufgabe, anstatt sie zu verhindern." (Vgl. die Rede Olliviers vom 15. März 1867.)

9. August sein wird, der die Erlasse, wodurch seine Kollegen ernannt werden, ebenfalls gegenzeichnet.

In seiner Antwort auf die Anschuldigungen des Pays, die er am 22. April 1880 in der Estaffette erscheinen ließ, hat Ollivier gesagt, er sei nicht Kabinettspräsident gewesen, daß dieser Titel und seine Vorrechte nur dem Kaiser zugestanden hätten. Doch hatte Ollivier mehr als drei Monate gebraucht, um das Kabinett vom 2. Januar zusammen zu bringen; er hatte alle Mitglieder gewählt und den Kaiser wissen lassen, was „seine Politik" sein würde. Vielleicht befand er sich in der falschen Lage, die Mühen und Verantwortungen eines Ministerpräsidenten zu tragen, ohne die Disziplinargewalt zu haben, die sonst überall mit diesem Titel verbunden ist? Er wollte aber so sehr eine persönliche Politik haben und seine Kollegen darauf beschränken, sie zu verteidigen, daß er die Abdankung des Grafen Daru unter Umständen veranlaßte, die bewiesen, wie groß seine Macht war. Wir müssen die Einzelheiten dieser eigentümlichen Geschichte von ihm selbst hören.

Bismarck hatte im Anfang des Jahres 1870 die Mächte sondiert wegen der Umänderung des Titels eines Präsidenten des Norddeutschen Bundes in den eines deutschen Kaisers; darauf antwortete Graf Daru, „daß hieße moralisch über den Main gehen, und Frankreich würde das ungern sehen". Der Minister des Auswärtigen Frankreichs suchte nicht im geringsten Streit, aber er wollte sich gern das Widerstreben der Südstaaten, in die deutsche Einheit einzutreten, zunutze machen. Nun suchte Bismarck der nationalliberalen Partei eine augenblickliche Genugtuung zu geben, indem er sich bereit erklärte, den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund zulassen zu wollen. Ollivier war der Meinung, man könne dies anerkennen, da diese Tatsache dem Nationalitätenprinzipe entspräche, er gesteht aber heute, daß er damals mit seiner Ansicht allein dagestanden habe[1]). Er wirft dem Grafen Daru drohende Hintergedanken vor; er tadelt ihn, mit zu großer Aufmerksamkeit alle Vorgänge in Süddeutschland verfolgt zu haben, ohne zu bedenken, daß das geschah, um im Notfalle schnelle Entschlüsse zu fassen, denn Daru wollte nicht zugeben, daß die Lage zum Nachteil Frankreichs geändert würde. Nun kam Ollivier auf den Gedanken, eine allgemeine Abrüstung vorzuschlagen, was der deutsche Kanzler ablehnte. Diese Weigerung war nach der Meinung des französischen Kabinettschefs die Aussicht auf einen nahen Krieg. Wenn das also die wirkliche Absicht Bismarcks war, warum ergriff man denn nun nicht sofort Maßregeln, um mit Vorteil einen Angriff zurückzuweisen, den man als un-

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIII, S. 22.

vermeidlich ansah? Aber anstatt sich vorzubereiten, verminderte man das jährliche Kontingent; diese Verminderung der Truppenstärke war ebenso gefährlich wie unnütz, denn das friedliche Zugeständnis verringerte nicht im geringsten die feindlichen Absichten Preußens. Graf Daru glaubte die Ansprache des Königs an den Reichstag tadeln zu müssen, die, wie er meinte, dem europäischen Gleichgewichte Abbruch tat, und, wenn man von Worten zu Taten überging, den Kaiser veranlassen mußte die Frage vor die Kammern zu bringen, um an die öffentliche Meinung zu appellieren. Der Minister beschwerte sich beim deutschen Botschafter, Freiherrn von Werther, darüber, daß Bismarck die nationalliberale Partei ermutige und allzusehr für die Einheit begeistert sei. Diese Haltung mißfiel Ollivier, der fand, daß die Politik des Ministers des Auswärtigen vom Ministerprogramm abweiche. Mußte er nicht, um so urteilen zu können, wirklich die Rechte eines Kabinettschefs ausüben? Wäre er nur ein einfacher Siegelbewahrer gewesen, dann hätte er sich auf die Tätigkeit eines Justizministers beschränken müssen und durfte nicht suchen, seinen Willen auf die auswärtige Politik auszudehnen. „Täglich", sagt Ollivier, „entschied Daru nach seiner Ansicht, die der meinigen vollständig entgegengesetzt war, über offne Fragen; er teilte weder dem Ministerrate noch mir irgendeine seiner Depeschen mit und auch keine seiner Gesandten im Auslande. Doch war ich sowohl über seine Sprache, als auch über den schlechten Eindruck, den sie in Deutschland machte, unterrichtet. Der Gedanke, daß man mich damit einverstanden glauben konnte, die Politik eines Mouştier, Rouher oder Thiers weiterzuführen und das vorzeitige Geflenne über die unvermeidlichen Folgen der Tatsachen gutzuheißen, die wir durch unser Geschehenlassen unwiderruflich gemacht hatten, erfüllte mich mit Kummer und Verwirrung ..."

Was tat nun Emile Ollivier? Da er nicht wollte, daß man ihn, im Falle einer innigen Verbindung des Südens mit dem Norden, für fähig halten könnte, diese Änderung als einen Eingriff in die Interessen Frankreichs anzusehen, glaubte er sich berechtigt, ganz Deutschland wissen zu lassen, die Ansichten des Ministers des Auswärtigen entsprächen nicht den seinen. Und da sah man, wie er sich an Dr. Levison, den Korrespondenten der Kölnischen Zeitung, wandte, um ihn über seine Uneinigkeit mit dem Grafen Daru zu benachrichtigen, und diesen bat zu sagen, er sei kein entschiedener Gegner der preußischen Politik. Er erklärte sogar, einer der wenigen Franzosen zu sein, die ein volles Verständnis für die deutsche Bewegung hätten, und sei mit seinen Kollegen von wohlwollenden Gefühlen bewegt, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Preußen. Er verriet dem preußischen Korrespondenten

die Absicht des Kabinetts, den General Fleury, der damals persona grata bei Alexander war, nicht auf dem in Sankt Petersburg eingeschlagenen Wege fortschreiten zu lassen, weil dadurch unsere Beziehungen zu Preußen verschlechtert würden. Das war eine bedauernswerte Sprache, denn wenn das Kaiserreich Rußland das zugestanden hätte, was dieses seit langem forderte, seine Zustimmung zu der Revision des Vertrages von 1856, dann würde Frankreich nicht genötigt gewesen sein Rußland und Preußen eine enge Verbindung gegen sich eingehen sehen zu müssen, wodurch mehr, als durch alles andere Österreich und Italien in Schach gehalten worden sind.

Entgegen den Anweisungen des Grafen Daru ließ Ollivier durch den preußischen Journalisten sagen, die Rede des Grafen Bismarck, wodurch die Leidenschaften der Einigungspartei erregt worden waren, habe auf das Kabinett „einen günstigen Eindruck" gemacht, da sie den Willen des Kanzlers bezeuge, die Lösung der Einheitsfrage nicht zu überstürzen. Er fügte hinzu, es würde in Frankreich keine Aufregung entstehen, wenn sich die Einigung Deutschlands „mit der Zeit vollzöge, durch eine so starke Volksbewegung, daß jeder Widerstand kindisch und unberechtigt erschiene". Er ging sogar soweit zu erklären, in dem Falle könne man dem französischen Volke sagen: „Halt! das geht euch nichts an!" Nach der Ansicht Olliviers war es das einzige Mittel Deutschland zu beruhigen und die Berechnungen des Kanzlers zu durchkreuzen, wenn man ihn den Kampf mit dem Partikularismus und dem deutschen Liberalismus auskämpfen ließe. Ob diese Anschauung richtig ist, oder nicht — ich für meinen Teil halte sie für ebenso falsch wie mittelmäßig, — sie hätte dem Ministerrate vorgelegt und dort verhandelt werden müssen. Aber der Kabinettschef hält sich, gegen jeden Gebrauch, für berechtigt, sich darüber hinwegzusetzen, und er macht einem Fremden gegenüber, solche unvorsichtige Geständnisse. Die Kölnische Zeitung veröffentlicht die Mitteilung Emile Olliviers ohne ihn zu nennen, läßt aber ihren Urheber erraten. Natürlich wundert sich Graf Daru darüber und wird unruhig. Er bedauert, daß eine deutsche Zeitung, nach einer autorisierten Quelle, habe sagen können, General Fleury habe aufhören müssen, sich über die Nichtausführung des Artikels 5 des Prager Vertrages zu beschweren. Am 24. März 1870 antwortet die Kölnische Zeitung auf die Beschwerden des Grafen Daru, daß die vorhergegangene Mitteilung, die ihn so sehr aufgebracht habe, vom Justizminister selbst stamme. „Herr Emile Ollivier", behauptet Dr. Levison, der Korrespondent der Kölnischen Zeitung, „hat mir noch vor kaum achtundvierzig Stunden gesagt, es gäbe in diesem Augenblicke keine deutsche Frage." Der Siegelbewahrer hätte wissen müssen, daß eine

andere Frage existierte, durch die die deutsche Frage sich verschärfen würde, die spanisch-preußische Frage; die schien er aber zu ignorieren. Im französischen Kabinette finden heftige Auseinandersetzungen statt über den Zwischenfall mit der Kölnischen Zeitung. Emile Ollivier sagt vor dem Kaiser, der ihn gewähren läßt, er sei entschlossen seine Ansicht auszusprechen, so oft Graf Daru aus der durch das Ministerprogramm vorgeschriebenen Zurückhaltung herausträte. Es war dies das erstemal in unserer Geschichte, daß man einen Kabinettschef sich an eine fremde Zeitung wenden sah, die Frankreich feindlich gesinnt war, um ihr derartige Mitteilungen zu machen, die den elementarsten Gebräuchen einer wirklichen Regierung zuwiderlaufen.

Um sich zu entschuldigen, erklärt Ollivier, „das käme von der schiefen Lage, in der er sich befinde, die Verpflichtungen und die Verantwortung eines Premierministers zu tragen, ohne sich der gesetzlichen Disziplin bedienen zu können, die überall mit dieser Stellung verbunden sei". Hier bestreitet es der Siegelbewahrer nicht, die Verpflichtungen und die Verantwortung eines Ministerpräsidenten zu haben. Er bedauert nur, nicht das Recht der gesetzlichen Disziplin zu haben. Um seine unglücklichen Mitteilungen an die deutsche Presse zu rechtfertigen, führt er den Ausspruch Lord Palmerstons an: „Wenn der Minister des Auswärtigen eine wichtige Depesche abschickt, ohne sich über die Meinung des Premierministers zu bekümmern, ist er einer Verletzung seiner Pflicht schuldig[1])." Wenn also Ollivier feststellt und öffentlich feststellt, daß die Depeschen des Grafen Daru über die Reden König Wilhelms und seines Kanzlers diesen Charakter hatten, dann hat er doch die Rechte eines Premierministers oder Präsidenten des Ministerrates regelrecht, allerdings in ungeschickter Weise, wahrgenommen. Daß er den Titel nicht geführt hat, ist von untergeordneter Bedeutung. Tatsache ist, daß er geglaubt hat als Ministerpräsident zu handeln, und der Kaiser hat ihn gewähren lassen. Dieser hat ihm sogar zugestimmt, da er kurze Zeit darauf zugelassen hat, daß Graf Daru zurücktrat, und Emile Ollivier den als Ersatz vorschlagen konnte, den er „einen armen Kerl" zu nennen gewagt hat, den Herzog d'Agénor de Gramont, dessen Scharfblick, Entschlossenheit, Kenntnis der Kanzleien und Höfe, Geschäftserfahrung er in fast dithyrambischen Ausdrücken rühmte. Der Kaiser nahm mit einer Art Gleichgültigkeit an, indem er sagte: „Einerlei wer, da wir entschlossen sind, nichts zu tun!" Obgleich dieser Ausspruch eine bedauernswerte Saft- und Kraftlosigkeit bezeugt, wäre es doch besser gewesen, er sei wahr geworden, eher als daß er durch eine Tätigkeit widerlegt worden ist, die für ewig unheilvoll bleibt!

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIII, S. 86.

In der kurzen Zeit, die auf den Abgang des Grafen Daru folgte, übernahm Emile Ollivier, um seine persönliche Politik zu betonen, interimistisch die Leitung des Ministeriums des Äußeren. Damals war es, als ihm Rothan, der Hamburger Generalkonsul, am 19. April schrieb, daß die öffentliche Meinung jenseits des Mains den überflutenden Neigungen Preußens nicht so sympathisch sei, als Bismarck behauptete; daß zwischen der parlamentarischen Opposition Württembergs und Bayerns ein geheimes Einvernehmen bestehe, ihre Selbständigkeit zu verteidigen; daß die Kammern des Südens um die Kredite für die Umwandlung der Armeen nach preußischem Muster feilschten und sich bemühten, die Ausführung der Bündnisverträge, die ihnen nach Sadowa aufgezwungen seien, zu verhindern; daß die Könige von Württemberg und Bayern im Falle eines Krieges nicht leicht ihre Länder zu einem Kampfe mitfortreißen würden, dessen Charakter nicht national sei; daß diese Länder sogar verweigern würden mit Preußen zu marschieren, wenn Frankreich und Österreich ihre Selbständigkeit verteidigten. Rothan glaubte hinzufügen zu müssen, das Wiener Kabinett, das sich gleichgültig stelle, habe Unrecht, in Stuttgart und München in den Hintergrund zu treten, und daß Frankreich Preußen durch seine innere Zerspaltung beunruhige. „Man fürchtet oder man hofft," sagte dieser kluge Ratgeber, „der Kaiser, dessen Prestige und Autorität seit den Ereignissen von 1866 Schaden genommen hatte, werde durch eine ableitende Politik fortgerissen und würde, wenn sich ihm ein annehmbarer Vorwand böte, Krieg zu erklären, diesen willig ergreifen. Man behauptet, Frankreich ertrüge die deutsche Umgestaltung nur mit schlecht verhehlter Eifersucht und es würde sehr zufrieden sein, einem Konflikte mit Preußen einen patriotischen Charakter geben zu können." Rothan hob die Vorsichtigkeit und Geschicklichkeit des Berliner Kabinettes hervor, das nichts dem Zufall überlasse, er wies auf die Übertreibungen der demokratischen Partei in Württemberg, auf die dynastischen Sorgen des Königs Ludwig hin, der einen sehr tätigen Anteil an den Geschäften zu nehmen schien, in einem Sinne, der dem bayrischen Gefühle sehr wenig entspräche. Er glaubte behaupten zu können, daß das nationale Gefühl, auf dem die ganze Politik Preußens basiere, in Deutschland schwächer würde. Es sei unsere Aufgabe, es nicht zu entfachen, sondern noch mehr zu vermindern. Es sei unsere Pflicht, die preußische Diplomatie zu überwachen und mit Geschick, ohne die nationalen Leidenschaften zu verletzen, die Umwandlung zu verzögern, die sie beabsichtige[1]). Das war es, was Graf Daru so klugerweise gewollt hatte, und das wurde die Veranlassung zu seinem Weggange.

[1]) L'Allemagne, Bd. I, S. 354.

Ollivier antwortete, ohne es einzugestehen, Rothan am 26. April: „Die Auffassung über die allgemeine Lage Deutschlands und über die Stimmungen der verschiedenen Parteien in diesem Lande, die in Ihrem Briefe enthalten ist, scheint mir sehr richtig zu sein. Die Achtsamkeit, die die Regierung des Kaisers den Ereignissen schenken muß, die jenseits des Rheins vor sich gehen und der Art sind, auf die Politik der anderen Nationen einen Einfluß ausüben zu können, veranlaßt mich allem, was über den Gang der deutschen Angelegenheiten Licht verbreiten kann, großen Wert beizulegen." Und der Minister versichert persönlich Rothan „des Interesses", mit dem er den Brief gelesen habe. Wenn in seinen Augen die Auffassung des Hamburger Generalkonsuls ebenso richtig wie interessant war, dann schien er jetzt zu erkennen, daß gewisse Südstaaten nicht so geneigt wären ihre Selbständigkeit zu opfern, wie er geglaubt hatte, und daß eine europäische Vereinigung, die sich ihrer Interessen angenommen hätte, wohl Preußen zur strikten Befolgung seiner internationalen Verpflichtungen hätte veranlassen können.

Emile Ollivier hätte diese so wichtige Warnung Rothans wohl berücksichtigen müssen, der weniger als zwei Monate vor der Erklärung vom 15. Juli die Befürchtung aussprach, der Kaiser möge sich zu einer ableitenden Politik verleiten lassen und willig eine annehmbare Veranlassung ergreifen, Krieg zu erklären. Er hätte auch bemerken müssen, wie richtig die Beurteilung der Bismarckschen Politik war, der, unter Vermeidung jeder Veranlassung zu einem Proteste der Großmächte, nicht geneigt war, vertragsmäßige Bürgschaften für seine Mäßigung zu geben und seinem Ehrgeize durch eine einschränkende Auslegung der Nikolsburger Präliminarien Zügel anlegen zu lassen, wenn nicht Rußland, Österreich und Frankreich entschlossen zusammen vorgingen, was für den Augenblick wenig wahrscheinlich war. Die Aufmerksamkeit des interimistischen Ministers des Auswärtigen war also auf die Machenschaften der preußischen Politik gelenkt worden, die die Einheitsbewegung etwas mäßigte und die Verwirklichung ihres Programmes auf eine nahe Zukunft verschob. Es war nötig, diese Manöver scharf zu überwachen, ohne aus einer vorsichtigen Zurückhaltung herauszugehen und ohne das augenblicklich schwächer gewordene deutsche Gefühl von neuem anzuregen.

War der Herzog de Gramont fähig, eine derartige Politik zu verfolgen? Würde er klüger, vorsichtiger, kaltblütiger sein als der ehrenwerte Graf Daru, dessen Fehler, — wenn das für einen Minister des Auswärtigen einer ist, — eine beständige Sorge um die geringsten Einzelheiten und eine peinliche Aufmerksamkeit war. Man hat den

kleinlichen Geist des Grafen Daru bekritteln mögen; man hat aber nie sein kluges Betragen und seinen Sinn für Ordnung, seine Ruhe, Mäßigung und Besonnenheit in Zweifel ziehen können[1]).

Emile Ollivier entwirft im dreizehnten Bande seines Empire libéral ein äußerst schmeichelhaftes Bild des Herzogs de Gramont. Er lobt seinen Adel, seine vornehme Art, seine elegante und stolze Haltung, seinen gleichmäßig angenehmen Umgang, sein scherzhaftes und geistreiches Wesen. „Er sah", sagte er, „die Sachen aus der Vogelperspektive (sic) und hatte keinen Gefallen daran, sich in ihren Tiefen zu verlieren, aber sein Blick war klar und scharf. Er kannte die Diplomatenklugheit, aber hat die List derselben stets ignoriert." Es steht fest, daß der Herzog de Gramont eher feierlich als fein war, mehr eingebildet als scharfblickend, mehr hochmütig als hinterlistig. Er brüstete sich bei jeder Gelegenheit mit dem Wappenspruche seines Hauses: Gratia Dei sum id quod sum. Er sollte es mit einem Gegner zu tun haben, der außerordentlich geschickt war, der sein Handwerk aus dem Grunde verstand und weder Kunstgriffe noch Listen, weder Verwegenheit noch Verstellung scheute. Bismarck hatte, wie es scheint, eines Tages Herrn de Gramont, der sich für einen großen Politiker hielt, im groben Scherz „den dümmsten Mann Europas" genannt, er hatte ihn sogar „ein Rindvieh" genannt. Diese unfeine Bezeichnung hatte den Stolz des französischen Diplomaten beleidigt, der es sich zugeschworen hatte, dem Kanzler zu zeigen, daß er früher oder später mit ihm zu tun haben würde. Das ist eine der geheimen Ursachen, die den entstehenden Konflikt zwischen Preußen und Frankreich sofort verschärften. Sobald er die Übernahme des Auswärtigen durch den Herzog de Gramont erfahren hatte, der während seiner Botschafterzeit in Wien mehr als einmal seiner Politik in die Quere gekommen war, verwandelte Bismarck den neuen Minister in einen Menschen, der für die europäische Sicherheit gefährlich sei. Er ließ durch die Reptile der preußischen Presse verbreiten, daß die enge Verbindung Gramonts mit Beust, dessen Wunsch, die in Salzburg eingeleitete Annäherung zwischen Napoleon und Franz Joseph fester zu gestalten und diese in Deutschland und im Orient zu entwickeln, den Frieden beeinträchtigen könnten. Freiherr von Varnbüler sagte damals zu Herrn de Saint-Vallier, die Wahl dieses Ministers habe in Deutschland Unruhe erregt, und der Kaiser der Franzosen habe ihn gewiß gewählt, um für eine abenteuerliche Politik „einen mehr gefälligen als ernsten

[1]) Herr Buffet war kurz vor dem Grafen Daru ausgeschieden, da er der Politik eines Plebiszits entschieden abgeneigt war. Er wurde im Finanzministerium durch Herrn Segris ersetzt; kurze Zeit darauf folgte Herr Plichon dem Marquis de Talhouët im Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

Minister zu haben". Man machte auch noch darauf aufmerksam, daß die Ernennung des Herzogs de Gramont in eigentümlicher Weise mit der seines früheren Kollegen in Wien, des Grafen von Bray, als Ministerpräsident in München zusammenfalle. Die preußische Presse gab zu verstehen, Österreich könne sich beglückwünschen zu sehen, wie Diplomaten, die noch vor kurzem in Wien akkreditiert gewesen seien, zwei wichtige Posten in Bayern und Frankreich inne hätten, Länder, deren Unterstützung seiner Politik sehr wertvoll sei; man setzte aber mit deutlicher Absicht hinzu, der Norddeutsche Bund sei, dank seiner Rüstungen, imstande allen Gefahren und allen Möglichkeiten die Spitze zu bieten. Der Einzug des Herzogs de Gramont ins Ministerium des Auswärtigen war also nicht, wie Emile Ollivier glaubte, eine Friedensgarantie. Obgleich der neue Minister die Ereignisse von 1866, mit Aufrechterhaltung des im Prager Vertrage Festgesetzten, annahm, schob ihm die preußische Diplomatie doch ehrgeizige und drohende Absichten unter.

Am 22. Mai überreichte der Herzog de Gramont dem Kaiser von Österreich sein Abberufungsschreiben. In Wien erfuhr er vom Grafen von Beust von den geheimen Verhandlungen, die zwischen Napoleon III., Franz Joseph und Victor Emanuel wegen einer Allianz stattgefunden hatten, um den Ehrgeiz Preußens unter Wahrung des Prager Vertrags in seinen Grenzen zu halten. Diese Verhandlungen hatten unter dem Ministerium La Valette stattgefunden, der im Einverständnis mit Napoleon bei dieser delikaten Angelegenheit keinen Zwischenhändler wollte, selbst nicht den französischen Botschafter. Der Vertrag zwischen den drei Mächten war im Stadium des Entwurfes geblieben, weil Napoleon nicht zugestimmt hatte, Victor Emanuel das Recht zu geben eventuell Rom zu besetzen. Die Vorbesprechungen waren daher eingestellt worden, nachdem durch eigenhändige Briefe der drei Souveräne der Wunsch einer gegenseitigen Annäherung festgestellt war. Franz Joseph versprach kein Bündnis mit einem Dritten eingehen zu wollen, ohne sich vorher mit den beiden anderen ins Einvernehmen gesetzt zu haben, und Victor Emanuel erklärte „als ergebener und treuer Freund", er werde, nachdem die Hindernisse gegen eine Besetzung Roms beseitigt seien, dem Abschlusse eines Allianzvertrages Folge geben können, der seinen Gefühlen entspräche. Bei seiner Rückkehr nach Paris machte Herzog de Gramont dem Kaiser Vorwürfe darüber, ihm nicht sein ganzes Vertrauen geschenkt zu haben. Napoleon entschuldigte sich, keine Zeit gehabt zu haben, da seine Abreise nach Wien zu sehr überstürzt gewesen sei. Der Minister des Auswärtigen verhehlte seinen Unwillen nicht und verlangte als Bestätigung der Beteuerungen die

Abberufung La Valettes und Benedettis, der Botschafter in London und Berlin. Napoleon hätte wohl zugestimmt, Benedetti abzurufen, er zögerte aber bei La Valette, der bei der Kaiserin sehr in Gunst stand. Da die beiden Diplomaten zugleich abberufen werden mußten, und die Kaiserin sich der Entlassung unseres Botschafters in London widersetzte, blieben beide auf ihrem Posten[1]).

Der Kaiser war so mysteriös — er hatte ja auch sein Geheimnis —, daß er diese Einzelheiten sogar Ollivier verheimlicht hatte, der sie erst nach dem Kriege durch Gramont erfuhr. Es war das Gerücht umgegangen, Napoleon habe die Absicht, das Ministerium des 2. Januar, das er für unfähig hielte, zu ändern und habe sich an den Baron Haußmann gewandt, um ihm die Aufgabe zu übertragen, „ein großes Ministerium" zu bilden. Es scheint, daß das nicht wahr ist und daß der Kaiser nie diesen Gedanken gehegt hat. Sollte es wahr sein, daß das Schweigen, das er über das Einvernehmen mit Österreich und Italien bewahrt hat, ein Beweis dafür war, daß er die begonnenen Verhandlungen in Hinsicht auf Möglichkeiten, an die er nicht glaubte, für überflüssig hielt? Das ist wenig wahrscheinlich; denn wenn er nicht daran glaubte, warum hätte er dann verhandelt oder verhandeln lassen? Es ist wohl richtiger anzunehmen, daß der unglückliche Souverän keinen festen Plan mehr fassen konnte, und daß er, von den Umständen überrascht und durch unvorhergesehene Ereignisse bedrängt, immer neue Pläne machte, ohne zu einem festen Entschlusse zu kommen. Als sich jedoch die Möglichkeit eines Krieges bot infolge der eingestandenen Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern, kam er auf diese Verhandlungen zurück, die auf seiten Frankreichs vom Herzog de Gramont, auf seiten Österreichs vom Fürsten von Metternich und dem Grafen von Vitzthum und auf seiten Italiens von Nigra und Vimercati geführt wurden.

Ich werde diesem so wichtigen Punkte der kaiserlichen Politik ein eigenes Kapitel widmen und hoffe neues Licht darüber zu verbreiten[2]).

Das Ministerium vom 2. Januar, mit dem Grafen Daru als Minister des Auswärtigen, hatte sich anfangs versöhnlich und ruhig gezeigt. Es betonte seine friedlichen Absichten, ließ aber durchblicken, im Notfalle sich einer Verletzung des Prager Vertrages widersetzen und die Selbständigkeit des Südens verteidigen zu wollen. Als Bismarck seine Absichten durch diese geschickte Politik vereitelt sah, fand er kein anderes Mittel die Monarchien des Südens zu beunruhigen, als auf den in Frankreich immer vorherrschenden revolutionären Geist und auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß das Kaiserreich Krieg führen müsse,

[1]) Les Coulisses de la Diplomatie, par Jules Hansen, S. 212.

[2]) Kapitel VI, Die Bündnisse im Jahre 1870.

um inneren Zwistigkeiten zu entgehen. Da aber der partikularistische Geist sich auf beiden Seiten des Mains regte, der Norddeutsche Bund als ein schlecht gezimmertes Werk erschien, und die Einheitsfrage um keinen Schritt weiter vorwärtskam, beschloß der Kanzler die Zustimmung der deutschen Fürsten einzuholen, um zu der so sehr ersehnten Einigung zu gelangen. Er verhandelte insgeheim in München, in Stuttgart — wie ich oben schon gesagt habe —, um die Umänderung des Titels eines Königs von Preußen in den eines Deutschen Kaisers zu erlangen. Er hatte sich den Großherzögen von Baden, Oldenburg und Weimar eröffnet und im Einverständnis mit diesen den Königen von Württemberg und Bayern sagen lassen, das Berliner Kabinett habe, als es den Kaisertitel für den König von Preußen verlangte, nur den Zweck im Auge gehabt, die Vereinigung aller deutscher Dynastien gegen die Revolution zu befestigen, die in Württemberg schon versucht hatte die Republik auszurufen und die nur eine aufständische Bewegung in Frankreich abwarte, um mehr zu wagen. Der Augenblick schien daher günstig, die Einheit Deutschlands ein für allemal dem Auslande gegenüber zu bestätigen und so den Krieg und zugleich die Revolution zu beschwören. Diese Vorschläge aber, so verführerisch und gemäßigt sie auch erscheinen mochten, da es sich ja keineswegs darum handelte, die Bündnisverträge zu ändern, wurden von den Königen von Bayern und Württemberg abgelehnt, was in Berlin einen höchst schlechten Eindruck hervorrief. Das erklärt es, warum einen Monat später der König von Preußen bei der Eröffnung des Parlamentes mit Stolz das Recht für Preußen in Anspruch nahm, sich außerhalb jeder internationalen Kontrolle seinen Wünschen gemäß einrichten zu können. Das französische Ministerium und besonders der Herzog de Gramont waren also benachrichtigt, daß Frankreich sich, ohne die Weigerung der Könige von Bayern und Württemberg, plötzlich dem deutschen Kaiserreiche gegenüber befunden hätte, wodurch es in seinem Prestige geschädigt und in seiner Sicherheit bedroht worden wäre.

Es war nun nötig, gut acht zu geben, denn der preußische Kanzler, der auf diesem Gebiete eine Schlappe erlitten hatte, mußte nun notwendigerweise ein anderes suchen, auf dem er zu triumphieren hoffte. Da er auf friedlichem Wege die Einheit nicht hatte herstellen können, würde er nun rauhere und wirksamere Mittel anwenden. Er wollte den Krieg, aber so, daß Europa den Eindruck und die Gewißheit hätte, er sei durch ein ehrgeiziges Kaiserreich, durch ein streitsüchtiges Frankreich dazu herausgefordert worden. Der Augenblick war gekommen, wo große Gefahren die äußere Sicherheit bedrohen sollten. Mehr als je waren an der Leitung der öffentlichen Ämter erfahrene, ruhige,

kluge und entschlossene Männer nötig, die Kraft genug besaßen, die Ereignisse zu beherrschen und nicht Sklaven der schlecht unterrichteten öffentlichen Meinung waren.

Das Plebiszit hatte einen Augenblick die Lage des französischen Kaiserreiches zu befestigen geschienen. Kein Mensch konnte daran denken, daß Napoleon III., dessen Gesundheit schwankend war, und zwar viel mehr als man verlauten ließ, den Gedanken haben könnte, sich plötzlich in einen äußeren Krieg zu stürzen. Das Ministerium betonte noch diese friedlichen Neigungen. Es hatte die Truppenstärke vermindert und eine Streichung von 13 Millionen im Kriegsbudget zugelassen. Der Kaiser war darüber besorgt und hätte sich persönlich an jeden einzelnen Deputierten wenden mögen, um sie vor der gefährlichen Streichung zu warnen. Eine Notiz vom Februar 1870, die man unter den Papieren der Tuilerien gefunden hat, bemerkte, daß Norddeutschland im Kriegsfalle auf 900 000 Mann zählen könnte. „Man vergleiche", sagte der Kaiser, „und dann urteile man, ob die, die unsere nationale Truppenmacht vermindern wollen, über die wirklichen Interessen des Landes wohl unterrichtet sind!" Diese Notiz wurde den Deputierten nicht zugeschickt[1]), und der Kaiser ließ es geschehen. Ollivier sagt uns, daß im Monat Mai 1870 der Kriegsminister dem Generalintendanten Blondeau, der einen nachträglichen Kredit

---

[1]) Im 4. Bande seines Werkes über Canrobert, S. 125, führt G. Bapst folgende Auszüge aus dieser Notiz an:

„Das Kriegsbudget ist stets den Angriffen Kurzsichtiger ausgesetzt, die, um sich einen Anstrich von Popularität zu geben, nicht fürchten, unsere Armee zu desorganisieren, ohne das Budget dadurch erheblich zu entlasten.

Im Jahre 1865 übten die öffentlichen Gewalten einen wirklichen Druck auf die Minister aus, um Streichungen zu erlangen.

Die Folge dieser Maßregeln war verderblich. Frankreich konnte inmitten der Ereignisse (Sadowa) nicht die seiner würdige Rolle spielen, und unsere Achtung in der Welt litt darunter ... Gewiß war der Einfluß Frankreichs stark genug, um den Sieger vor den Toren Wiens aufzuhalten, aber seine Stimme würde besser Gehör gefunden haben, wenn wir bereit gewesen wären, Krieg anzufangen. Das nationale Gefühl begriff bald die Gefahr, in der unser Land geschwebt hatte, da es seine Armee vernachlässigte, und es war kaum ein Jahr vergangen, seitdem man sie vermindert hatte, um 5 oder 6 Millionen zu ersparen, als die Kammer 280 Millionen bewilligte, um unsere Kader wieder herzustellen, unsere Bewaffnung zu vervollkommnen und die Festungen instandzusetzen.

Aber die gemachten Verminderungen desorganisierten unsere Truppen ohne bemerkenswerte Ersparnisse zu machen. Sie zwangen uns, dem bewaffneten Europa gegenüber eine andere Haltung anzunehmen als Frankreich angestanden hätte.

Es gibt Leute, die durch Erfahrung nicht klug werden ... Deutschland gegenüber, das eine Million ausgebildeter Soldaten aufstellen kann, spricht man noch davon, die Kader zu verringern. Wir werden die französische Armee mit der Armee des Nord-

von 3 Millionen für Futter verlangte, gesagt habe, wir befänden uns im tiefsten Frieden und man sähe keinen Krieg voraus. Auf jeden Fall bereitete sich Preußen fieberhaft darauf vor, und wir taten nichts. Im Vertrauen auf seine Friedensliebe und, da es fest entschlossen war, keine Herausforderung zu machen und alles zu vermeiden, daß eine gemacht würde, nicht daran glaubend, daß man suche uns anzugreifen, wiegte sich das Ministerium in ebenso vollkommener wie unvernünftiger Sicherheit. Es war nutzlos, daß von allen Seiten Warnungen kamen, wie die Benedettis vom 27. Januar 1870: „Ein verfrühter Schritt, ein unvorsichtiges Wort würde genügen das öffentliche Gefühl zu verletzen. Die preußische Regierung würde alles zugestanden bekommen, was sie verlangt." Alles zeigte uns das Intrigennetz, das uns umgab, und die Minister des Krieges, der Marine und der Ministerpräsident bewahrten eine Ruhe, eine Sicherheit ohnegleichen[1]). Und was für wenig versteckte Herausforderungen fanden nicht statt! Am 25. Mai hatte Bismarck im Reichstage infolge einer Interpellation über die Subvention zum Bau der Sankt-Gotthardbahn gesagt: „Die Rücksichten, welche die Regierungen zur Unterstützung dieser Linie bestimmen, sind ... zum Teil so delikater Natur, daß ich Sie bitte, mich

---

deutschen Bundes vergleichen und bei unserer schlechteren Beschaffenheit wird man, wie wir überzeugt sind, darauf verzichten, unsere militärische Organisation noch schwächen zu wollen.

Und das Bild, das der Kaiser entwarf, zeigte, daß der Norddeutsche Bund, ohne Süddeutschland, 900 000 ausgebildete Soldaten zur Verfügung hatte.

Man vergleiche und dann urteile man, ob die, die unsere nationale Truppenmacht vermindern wollen, über die wirklichen Interessen des Landes wohl unterrichtet sind!" — Diese Notiz war vernünftig, aber sie zeigte, leider, wie wenig Einfluß der Kaiser auf seine Minister hatte, und 1870, fünf Monate nach dieser Notiz, stimmte er dem Kriege zu!

[1]) Es ist angebracht darauf hinzuweisen, daß das Kaiserreich, infolge des neuen liberalen Regimes, den Frieden mit einer parlamentarischen Regierung vorzuziehen schien. „Man ging also in Frankreich daran," bemerkte der General Govone, „das Kriegsbudget herabzusetzen. Man verminderte das jährliche Kontingent um 10 000 Mann. Auch Österreich betrat den Weg militärischer Sparsamkeit, wobei es aber im Einvernehmen mit dem französischen Generalstab einen möglichen Feldzugsplan studierte und Frankreich wissen ließ, zweiundvierzig Tage nötig zu haben, um zu mobilisieren, so daß man es im Notfalle früh genug benachrichtigen müsse. Italien, das schon den Weg der Ersparnisse betreten hatte, stellte dem Kaiser Fragen, ehe es sich entschloß, auf diesem Wege noch entschlossener vorzugehen. Er antwortete, er sähe keinen Konflikt voraus, er hoffe, seiner Regierung würde es gelingen, Preußen dazu zu bewegen, seine Militärausgaben einzuschränken und habe die Hoffnung, alle Regierungen könnten sich den Werken des Friedens widmen" (Mémoires S. 357). Le Boeuf, den die Streichungen in Schrecken versetzten, die man unserer Truppenstärke noch auferlegen wollte, hatte vom Rücktritt gesprochen. Nur durch äußerst friedliche Versicherungen ließ er sich bestimmen zu bleiben.

davon zu dispensieren, sie hier darzulegen... Es müssen gewiß die verbündeten Regierungen tief von der Überzeugung durchdrungen sein, daß die politischen Interessen es empfehlen, zwischen Deutschland und Italien eine Verbindung zu schaffen, welche lediglich von dem neutralen Zwischenlande, der Schweiz, abhängig ist und nicht im Besitze einer der großen europäischen Mächte sich befindet... Für uns ist das Hauptinteresse, eine fast direkte Verbindung mit dem befreundeten, und wie wir glauben, auf die Dauer befreundeten Lande zu haben." Diese Behauptung des Kanzlers, die zu zeigen suchte, daß Italien, dem Frankreich so viele Dienste erwiesen hatte, von der französischen Allianz abgelenkt und mit Deutschland verbunden werden könne, war höchst beunruhigend. Bei einer Interpellation, die am 20. Juni in der Gesetzgebenden Versammlung über die Gotthard-Eisenbahn stattfand, die Ollivier hatte vertagen wollen, indem er zu dem Interpellanten, dem Grafen de La Tour, sagte: „Sie wissen wohl nicht, wie gespannt die Lage zu Preußen ist, so daß bei dem ersten Streiche des Herrn von Bismarck der Krieg unvermeidlich wird?" war Herzog de Gramont gemäßigter als man dachte. Er beschränkte sich darauf zu erklären, Frankreich könne sich der begonnenen Arbeit nicht widersetzen und habe nicht, wie anderwärts, nötig, an den Patriotismus der Kammer zu appellieren. Aber man merkte auf beiden Seiten, daß das Terrain unterminiert war und der erste Funke eine furchtbare Explosion hervorbringen würde. Man wußte es noch besser in Preußen, da von dort aus der Funke ausgehen sollte und man viel mehr als bei uns für alle Fälle bereit war. Man suchte ein Mittel uns zu überraschen und das war recht leicht, da das französische Kabinett, trotz aller Warnungen, keineswegs an einen nahe bevorstehenden Krieg dachte, hatte es doch Thiers die festesten Friedensversicherungen gegeben[1]). Es dachte nur an seine liberalen Reformen, und als der Streit ausbrach, bekannte der Kabinettschef seine Überraschung in diesen dramatischen Ausdrücken: „Ein Zyklon stürzt sich auf mein Werk, zerbricht es und wirft mich zur Zahl der durch den Ostrazismus verurteilten." Er erinnert hierbei an ein klassisches Beispiel: die Schildkröte, die auf Äschylus herabfällt und den Dichter in dem Augenblicke tötet, wo er ein schönes tragisches Gedicht machte. Er fügt aber hinzu, wie grausam auch dies Ende Äschylus

[1]) Jedoch schien der Kaiser sich zur Offensive vorzubereiten, denn er hatte den General Lebrun nach Wien geschickt, um sich mit dem Erzherzog Albrecht darüber zu verständigen, wie man, im Einvernehmen mit Österreich und Italien, einen Feldzug gegen Preußen führen könne, und das ohne Wissen seiner Minister. Ollivier bekam von diesem Schritte erst im Jahre 1875 Kenntnis (vgl. die Memoiren des Generals Lebrun).

gewesen sei, er habe nichtsdestoweniger doch ein schönes Gedicht gemacht. Es bleibt nur zu wissen übrig, ob das liberale Gedicht von 1870 genügt, um die Nation für ihre ungeheuren Schmerzen und Verluste zu trösten.

Ohne jeden Zweifel haben die Minister, die vor vierzig Jahren die gefährlichste aller Partien begonnen haben, nicht von den ersten Verhandlungen an die Absicht gehabt, die öffentliche Meinung irre zu führen und nicht wieder gut zu machenden Fehler zu begehen. Sie haben aufrichtig erklärt, sie liebten Frankreich, sie wollten ihm ehrlich dienen, sie beabsichtigten mit der äußersten Energie seine Ehre und seine höchsten Interessen zu verteidigen, indem sie eine schändliche Intrige aufdeckten und eine Herausforderung annahmen, die sie nicht erdulden konnten. Sie haben gesagt, es mit Gegnern zu tun gehabt zu haben, die aller Skrupel bar gewesen seien, und hätten deren Gleisnerei und Betrug nicht mit demselben Vorgehen erwidern wollen. Es ist aber unbestreitbar, daß sie, gegenüber unehrlichen und listigen Spielern, nichts von deren tückischem Spiele begriffen haben. Bei einer Verhandlung, die an und für sich schon schwierig war und durch die Listen des Gegners noch schwieriger wurde, haben sie nicht alle Geschicklichkeit und alle Hilfsmittel der Politik und der Diplomatie anzuwenden verstanden. Der Geschicklichkeit, der Verschlagenheit, der Kühnheit eines Staatsmannes, der in allen Sätteln gerecht war, haben sie nur fruchtlosen Dünkel oder hochmütige Naivität entgegensetzen können.

Wenn man vorgibt, hohe Politik treiben zu wollen, wenn man die so schwere Bürde auf sich nimmt, die Geschäfte seines Landes führen zu wollen, dann muß man deutlich sagen können, was man will und wohin man steuert; man muß seine eigenen Hilfsquellen kennen und seine eigenen Kräfte. Wenn man die Absicht hat die Waffen zu kreuzen, dann muß man selbst tüchtig bewaffnet sein und ebensogut zu parieren wie anzugreifen verstehen, ausweichen und zurückschlagen, die Stärke und Schwäche seines Gegners erspähen können, seine Feinheiten und Listen zu erraten wissen, zu komplizierte Stöße vermeiden und im rechten Augenblicke abbrechen können; mit einem Wort, man muß ebenso geschickt, ebenso erfindungsreich, ebenso schnell und entschlossen wie er sein. Albert Sorel hat in kurzen Worten alles zusammengefaßt, was man von einer Regierung fordern kann: „Sie erfüllt ihre Pflicht nicht," sagt er, „wenn sie weder den Angriff vorherzusehen, noch ihn zurückzuweisen versteht." Das war es, was dem Kabinett Ollivier im Juli 1870 passiert ist.

Was den Kaiser Napoleon betrifft, so ist seine Verantwortlichkeit nicht weniger ins Auge springend, wie die seiner Minister und Räte.

Ein glänzender und gebildeter Geist, aber Träumereien und Hirngespinsten nachhängend, oft von den überraschendsten Widersprüchen erfüllt, der es sich in den Kopf gesetzt hatte, um Frankreich herum mächtige Staaten zu gründen, die, wie er glaubte, unter seiner Vormundschaft stehen sollten, der ein Italien gebildet hatte, das ihn selbst durch seine Undankbarkeit in Erstaunen setzen sollte, der das getreue Dänemark hatte erdrücken und Österreich schwächen lassen, das für uns ein sicherer und nützlicher Verbündeter hatte sein können, der für Preußen, das ihm die Zukunft zu verkörpern schien (und was für eine Zukunft!) die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte: er merkte es nicht, daß er das Werk unserer besten Politiker untergrub und bald das ganze Gebäude zum Einsturze bringen sollte. Dieser Fürst, dem man geheimnisvolle und großartige Pläne zuschrieb, hatte häufig sonderbar einfältige Einfälle. Er glaubte an Hirngespinste, wie die internationale Verbrüderung und an die Dankbarkeit gut versorgter Völker. „Wir gehen langsam dem Niagarafalle entgegen", schrieb am 9. Januar 1861 schon Lamartine an seinen Freund Dargaud. „In zwei Jahren allgemeines Ausreißen! Sie kennen meine Ansicht über die italienische Einheit, das Vorspiel der deutschen, zwei Dummheiten und Verrätereien von Franzosen begangen! Nie ist das quos vult perdere dementat deutlicher gewesen!"

Auf der einen Seite die kleinen zerstückelten Staaten durch große und kräftig geeinte ersetzen und andererseits die Rechte der Schwachen der Begierde der Stärkeren opfern, das hieß die Macht und die höheren Interessen seines eigenen Landes kompromittieren und es früher oder später der Züchtigung aussetzen, die abenteuerlustigen, gleichgültigen oder mitschuldigen Geistern vorbehalten ist. Der Kaiser glaubte zweifellos nicht an den Erfolg der waghalsigen Politik des Grafen Bismarck und spottete ein wenig über ihn, den er für einen genialen Wilden hielt. Er liebte es über seine Phantasien und sarkastischen Bemerkungen, über seine Geständnisse oder seine sonderbaren Bekenntnisse zu lächeln, und fragte sich oft sogar, ob der Mann wohl wirklich ernsthaft sei. Er war es, leider, nur zu sehr! Und unter dem scherzenden oder ironischen Äußern war ein starker und zäher Wille verborgen, eine grimmige Energie, eine unermüdliche Ausdauer. Nichts konnte ihn von seinem Ziel ablenken, d. h. von der Einheit Deutschlands, die unter großen Hammerschlägen auf dem eisernen Ambos geschmiedet werden sollte, in Feuer und Blut.

Plötzlich, durch eine unerwartete Änderung, schenkte Napoleon III. den Versprechungen dieses Preußen, den er vorher verspottet hatte, Glauben, und wurde nun von ihm zum Narren gehalten. Er nahm seine zu

Kopfe steigenden Einflüsterungen, die sich auf die Abtretung des Gebietes zwischen Mosel und Rhein bezogen, ernsthaft. Er sah in Preußen den Förderer seiner Wünsche und ließ ihm durch eine wohlwollende Neutralität die Arme frei, um gegen Österreich zu unternehmen, was es wollte, das in seinen Augen eine unglückliche Vergangenheit darstellte. Die vorsichtigen Ratgeber des Kaisers konnten das Vertrauen nicht erschüttern, das bald die Gestalt von Leichtgläubigkeit annahm. Der Kaiser nahm die größten Trinkgelder und umfassendsten Entschädigungen an, als hätte sie ihm sein Partner zugesichert. Der Donnerschlag von Sadowa hatte den Souverän wohl etwas erschüttert, aber bald wieder von seiner Aufregung hergestellt, hatte er versucht mit dem Sieger zu verhandeln, der fortfuhr ihn zum Narren zu halten und ihn dahinbrachte, seine Wünsche auf Luxemburg und Belgien zu verraten. Und vier Jahre später sollten, wie man weiß, diese Wünsche durch den Grafen Bismarck dem überraschten und tugendhaft entrüsteten Europa bekanntgegeben werden. Obwohl Napoleon seine Vorherrschaft und einen Teil seines Prestiges eingebüßt hatte, bestätigte er doch selbst die Macht und den Glanz seines Reiches, indem er sich auf die Wunder der Weltausstellung von 1867 stützte, um der Welt die Hilfsquellen und die Stärke Frankreichs zu zeigen. Er wollte nicht zugestehen, daß die Größe des kaiserlichen Regimes schon im Schwinden sei, daß das Land an Macht verliere und sich über sein Schwächerwerden aufzuregen beginne, daß die bestürzte öffentliche Meinung unruhig würde. Er versuchte immerhin aus seinen Illusionen herauszukommen, um etwas Praktisches zu versuchen. Unter dem Einflusse eines sehr beredten Mannes, der aber Redner geblieben ist, ohne ein wirklicher Staatsmann zu werden, der auch nur eine unvollkommene oder falsche Kenntnis der diplomatischen Welt und der auswärtigen Angelegenheiten hatte, schuf er das liberale Kaiserreich und merkte nicht, daß alle Zugeständnisse, die er der Opposition machte, nur dazu dienten, das Kaisertum zu schwächen. Infolge des Hinundherschwankens seiner Ideen, des Unbestimmten und Planlosen seiner Absichten sah er sich dazu verurteilt, die Einigung Deutschlands sich verwirklichen zu sehen, oder versuchen zu müssen, sie bei der ersten Gelegenheit durch einen Krieg auf Leben und Tod zu verhindern.

Der Kaiser nahm den Gedanken eines solchen Krieges wohl auf, ohne aber etwas Gewisses zu unternehmen, um den Krieg auch wirksam zu gestalten. Er begann Reformen, die er nicht imstande war zu Ende zu führen; er unternahm Vorbereitungen, die er nicht bis zu ihrer normalen Entwicklung zu bringen vermochte; es gelang ihm nicht, die Trägheit oder den schlechten Willen einer Majorität zu bezwingen,

die sich mehr um ihre Wahlinteressen bekümmerte, als um die Interessen des Landes. Er tat allerdings heimlich bei ihr Schritte, die aber trotz seines Drängens nicht zum Ziele führten, denn er konnte es nicht erreichen, daß man ihm gehorche oder ihn fürchte, und er hatte unter seinen eigenen Räten Männer, die sich gegen seine besten Absichten stemmten. Er zählte blindlings auf die Neutralität der Südstaaten, wo doch die Agenten Bismarcks den Glauben verbreiteten, Frankreich sei das einzige Hindernis der deutschen Einheit. Er verhandelte über Allianzen mit Italien und Österreich, die aber leider im Zustande des Entwurfes blieben. Er begnügte sich mit den majestätischen Briefen eines Kaisers und eines Königs an Stelle förmlicher Verträge. Ein Spielzeug seiner eigenen Willkürlichkeiten und kraftloser Anwandlungen, betrogen von seinen Räten und seinen Freunden, führte er das Land einem unglückseligen Kriege entgegen, ohne bestimmte Pläne, ohne genügende Hilfsmittel, ohne Unterstützung von außen. Er schmeichelte Italien und beleidigte es zu gleicher Zeit, er machte Österreich bedeutungslose Versprechungen, das nicht an die vollständige Aufrichtigkeit seiner Absichten zu glauben wagte und immer irgendeinen schlechten, im Dunkel vorbereiteten Streich von ihm befürchtete. Er schien auf das loyale Wohlwollen Rußlands zu zählen, dessen Orientpolitik er durchkreuzte, taub gegen seine Aufforderungen, die richtig verstanden, die Pläne Preußens wohl hätten über den Haufen werfen mögen.

Seit der Vakanz des spanischen Thrones im Jahre 1868 war Napoleon, wie man gesehen hat, darüber unterrichtet, daß eine Intrige der Hohenzollern gegen das Kaiserreich in Vorbereitung war und als Vorwand zum Kriege dienen sollte, der eine unvermeidliche Folge der Tage von Düppel und Sadowa war. Im Jahre 1869 wußte er bestimmt, daß sie feste Gestalt annahm, aber er achtete nicht darauf. Im Juni 1870 sah er sie aus dem Dunkel hervortreten, diesmal aber drohend. Er erfuhr zu derselben Zeit, daß Rußland ihn verließ, um sich der preußischen Politik anzuschließen. Er war davon unterrichtet, daß Graf Bismarck sich anschickte mit teuflischer Geschicklichkeit Frankreich als die Ursache aller Unruhen vor Europa hinzustellen, das durch seine übermäßigen Ansprüche den allgemeinen Frieden störe. Er wußte, daß Prinz Friedrich Karl, der Sieger von Sadowa, einen Augenblick daran gedacht hatte, die Krone Spaniens selbst anzunehmen; daß der frühere Botschaftssekretär in Berlin, Salazar y Mazarredo dem Grafen Bismarck den Prinzen Leopold von Hohenzollern vorgeschlagen hatte, der unter gewissen Bedingungen, die aber nur zum Scheine da waren, angenommen hatte. Er wußte auch, daß der König von Preußen, der

sich dagegen verwahrte, den Prinzen ermutigt zu haben, als Familienoberhaupt dieser Kandidatur zugestimmt hatte. Es war ihm nicht unbekannt, daß der Kanzler dem Marschall Prim gesagt hatte, diese Kandidatur könne unter Umständen „recht gelegen" kommen.

Alles das hatte er hier und da, durch seine diplomatischen Agenten und durch die Presse erfahren. Ob der König von Preußen als Familienoberhaupt oder als Staatsoberhaupt handelte, das hätte Napoleon begreifen müssen, daß sein guter Bruder sich im geheimen einer Intrige anschloß, die gegen ihn und sein Reich gerichtet war, und daß er sie kräftig unterstützen würde, wenn Aussicht da war, das zu erreichen, was man von ihr hoffte, die er aber aufgeben könnte, wenn sie zum Üblen ausschlug. Hätte er einen entschlosseneren Charakter gehabt, würde er die Herausforderung geschickt haben annehmen und Europa zeigen können, nur Preußen bedrohe den Frieden, daß es sich da nicht nur um eine einfache Familienangelegenheit handle, sondern um eine europäische von äußerster Wichtigkeit, und daß die Hohenzollernsche Kandidatur nur ein Vorwand war für unsere Erbfeinde. Dann hätte man aber mit ebensoviel Klugheit wie Energie vorgehen müssen, und mit ebensoviel Geschicklichkeit wie Entschlossenheit. Die kaiserliche Regierung zeigte leider keine dieser notwendigen Eigenschaften. Von da ab sollte Bismarck über die Ungeschicklichkeit und Unentschlossenheit eines Fürsten, der wohl nur aus Ironie ein Souverän genannt wurde, triumphieren. Bis zur letzten Minute glaubte der Kaiser, der seine Schwäche unter strengen Worten und drohenden Gebärden verbarg, den Frieden durch ein neues und feierliches Quos ego! aufzwingen zu können. Er vertraute auf den Zufall, auf die Laune der Ereignisse. Aber der Zufall, die Laune, die Chance — man mag sie nennen, wie man will, diese sonderbaren Glückbringer — helfen in der Regel nur denen, die zur Kühnheit Scharfblick und Kaltblütigkeit gesellen. Hier fehlte es nun Napoleon III. an allem, und er war verurteilt in einen langen und beschwerlichen Feldzug zu ziehen, mit gebrochenem Körper, die Seele noch kränker, den Geist beunruhigt durch die dunkelsten Ahnungen.

So gingen die Armee, die Verwaltung, das Land, die einer unheilvollen Leitung überlassen waren, wie durch eine Art Geschick von betrübenden Enttäuschungen zur allertragischesten Katastrophe. Und unter den Ratgebern, die Napoleon umgaben, hatte keiner den Abgrund erblicken können, in dem alles versinken sollte. Das ist es, was wir vor vierzig Jahren erlebt haben, und das könnten wir noch einmal wiedersehen, wenn man die Vergangenheit vergißt, wenn man sich nicht mit aller Macht und beständig gegen immer mögliche Feind-

seligkeiten vorbereitet, wenn man die Arsenale nicht füllt, wenn man die Festungen nicht im Stande hält und ihre Bewaffnung nicht vervollständigt, wenn man die Reserven nicht tüchtig ausbildet, wenn man endlich die Moral der Nation nicht kräftigt, ihre Energie, ihre Disziplin, ihre Mannhaftigkeit.

Ich habe gesagt und bleibe dabei trotz der Vorwürfe, die man ihm von verschiedenen Seiten gemacht hat, daß Benedetti ein rühriger und scharfsichtiger Berichterstatter gewesen ist. Albert Sorel hat das zur Genüge in seiner Diplomatischen Geschichte des deutsch-französischen Krieges bewiesen, und es liegt nicht in meiner Absicht auf die Einzelheiten dieses Gegenstandes zurückzukommen. Ich will nur die Tatsachen zusammenfassen, um die Ursachen und Verantwortungen des Krieges von 1870 deutlich darzustellen — was ja die Aufgabe dieser Arbeit ist. Es geht aus dem Studium der authentischen Dokumente hervor, daß der König von Preußen, der im Jahre 1869 die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern als gefährlich und unangebracht bezeichnet hatte, ihr im Jahre 1870 nicht mehr denselben Widerstand entgegensetzte, als ihn die deutsche Armee vollständig organisiert däuchte und er einen Vorteil über die französische Armee, die weniger zahlreich und weniger gut vorbereitet war, erhoffen konnte. Er gestattete also dem Prinzen Leopold den spanischen Vorschlägen, die von Bismarck unterstützt wurden, Gehör zu schenken und hütete sich wohl der kaiserlichen Regierung von seiner Autorisation Mitteilung zu machen, was ohne Zweifel eine wenig höfliche und sogar herausfordernde Handlungsweise war. Ich behaupte nämlich, wie alle unparteiischen Geschichtschreiber, daß die Herausforderung direkt von Preußen ausgegangen ist, muß aber gestehen, daß wir vor dieser Herausforderung nicht die Kaltblütigkeit und die notwendige Geschicklichkeit haben bewahren können, um Europa auf unsere Seite zu bringen.

So wurde denn die Hohenzollernsche Kandidatur schon im Oktober 1868 aufgestellt. Sie wurde von Benedetti der kaiserlichen Regierung gemeldet, die sich aber nicht darum kümmerte. Andere Pläne verdrängen diese Kandidatur einige Zeit, und dann kommt Marschall Prim am 27. Mai 1869 wieder darauf zurück. Rances y Villanueva begibt sich nach Berlin, um sie von neuem aufzustellen und zu befürworten. Napoleon III., von Benedetti benachrichtigt, erklärt diesmal, daß er sie nicht gestatten werde. Bismarck nimmt, wie ich oben erwähnt habe, die Sache auf die leichte Schulter und glaubt nur behaupten zu können, die dem Prinzen Leopold angebotene Souveränität werde nicht von langer Dauer sein. Im geheimen läßt er sie aber Serrano durch

Bleichröder empfehlen. Einige Monate später, am 17. September, kommt Don Eusebio Salazar y Mazarredo nach der Weinburg, eingeführt von Herrn von Werther, dem preußischen Gesandten in München, um dem Prinzen die Krone anzubieten, der antwortet, er könne sie nicht anders annehmen, als wenn er von den Cortes einstimmig und ohne Konkurrenten gewählt würde. Im Monat Oktober glaubt Salazar, der nach Deutschland zurückgekehrt ist, Prim in einer sehr sorgfältig ausgearbeiteten Denkschrift auf die Gefahren aufmerksam machen zu müssen, die die Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern bei der französischen Regierung im Gefolge haben würde. Prim antwortet ihm heftig: „Sind wir zuerst zu einem preußischen Prinzen gegangen, um ihm die Krone anzubieten? Was hat das französische Volk nicht alles über unsere Fehlbitten in Lissabon, in Cintra, in Florenz und in Harlow gesagt? Sollte darum das Septemberwerk zu einem ewigen Interregnum verurteilt sein? Was hat Frankreich von einem preußischen Prinzen zu befürchten, der auf den Thron Spaniens berufen würde? In erster Linie gehört Leopold dem katholischen Zweige Preußens an; an zweiter Stelle, kann ein parlamentarischer König sein Land in einen fremden Krieg verwickeln? Andererseits, was schuldet Prinz Leopold Preußen? Absolut nichts. Er würde alles dem Willen der Cortez zu verdanken haben. Die preußische Regierung hat bei diesen Verhandlungen nicht eingegriffen, und der König von Preußen ist erstaunt gewesen, als der Prinz ihm seinen endgültigen Entschluß aus Höflichkeit nach Ems geschrieben hat... So würde denn Leopold ein spanischer König sein, der keinen Verdacht erregen könnte, weder wegen seiner Haltung, noch wegen der Bande, die ihn mit unserem mächtigen Nachbarn verknüpfen. Wie auch die Kandidatur des Prinzen Leopold ausfallen mag, ich glaube meinem Lande einen Dienst erwiesen zu haben[1])." Die republikanische Partei in Spanien, der diese Manöver hinterbracht worden waren, regt sich und beschuldigt Prim, wie ein Diktator vorgehen zu wollen. Dieser will nun zum Abschluß kommen und sendet Salazar am 17. Februar 1870 wieder nach Berlin. Nachdem Bismarck mit ihm verhandelt hat, stellt er in einer besonderen Denkschrift an den König die Bedeutung dar, die die Annahme der spanischen Krone für Deutschland haben würde.

Am 15. März hört man in einem Rate, dem der König präsidiert, und wo neben dem Fürsten Anton und Prinzen Leopold von Hohenzollern Graf Bismarck, von Thile, von Roon, von Moltke, von Schleinitz und Delbrück sitzen, wie der Kanzler die Kandidatur mit Eifer verteidigt

[1]) Auszug aus dem Journal des Debats vom 12. Juli 1870.

und zum Prinzen Leopold sagt: „Es ist eine patriotische Pflicht für einen Preußen.“ Der Prinz weigert sich noch und Bismarck drängt: „Es ist eine politische Notwendigkeit.“ Immer noch weigert sich der Prinz. Da sendet Bismarck einen seiner Getreuen, Lothar Bucher, mit dem Major von Versen nach Spanien, um die politische Lage und den wirklichen Wert der spanischen Armee zu studieren. Nachdem seine Untersuchung beendet war, bittet er den Fürsten Anton alles zu tun, um den Prinzen Leopold zu bewegen, die Krone „im Interesse Deutschlands“ anzunehmen. Von solchem Drängen bewogen nimmt Leopold endlich am 4. Juni an, weil es „das Staatsinteresse fordert“, und der König von Preußen gibt seine Zustimmung als Familienoberhaupt. Der König hat immer gesagt, daß er diese Intrigen nicht gekannt habe. Die Dokumente und die Tatsachen beweisen im Gegenteil, daß er sie recht gut kannte[1]).

Am 10. Juni teilt Prim, dem Bismarck hat sagen lassen: „Vergessen Sie nicht, daß alles zwischen uns beiden vorgehen muß, da der König von Preußen dafür gelten muß, nichts zu wissen“, den Cortes mit, er habe einen Kandidaten gefunden, läßt sie aber am 24. ihre Sitzungen schließen, da er sich einbildet, Napoleon III. persönlich bewegen zu können, die Kandidatur Leopolds anzunehmen. Er weiß, daß Bismarck alles vermeiden will, was eine politische Gärung in Frankreich hervorrufen könnte, und vorzieht, Prim möge auf eine Anfrage aus diesem Lande etwa so antworten: „Was wollt ihr? ... Habt ihr die Absicht, der spanischen Nation und einem deutschen Privatmanne Vorschriften zu machen?“ So wollte er Frankreich ins Unrecht setzen, indem er bewies, daß es sich, trotz des Prinzips der Nicht-Intervention, um die Wahl einer Nation bekümmerte, ohne Furcht sie zu verletzen. Die Kunst des deutschen Kanzlers war, aus dem Marschall Prim eine Art Herausforderer zu machen und ihn allein zu einem abenteuerlichen Unternehmen zu veranlassen. So aber verwirrte der unerwartete Schluß der Cortes den ersten Teil des Bismarckschen Planes. Um auf Napoleon einzuwirken und ihn zu bewegen, der Kandidatur des Prinzen Leopold zuzustimmen, war es wichtig, daß die Sache geheim blieb. Am 24. Juni benachrichtigte Mercier de Lostende, unser Gesandter in Madrid, vertraulich den Minister des Auswärtigen von dem Plane Preußens. „Es ist ein Projekt,“ sagt er, „das schon einmal dagewesen ist, dann für den Augenblick aufgegeben worden ist, das aber wieder auferstehen kann. Das wäre eine Schlappe, über die ich mich nie trösten würde. Obwohl ich Herrn von Bismarck dafür wohl fähig halte, begreife ich

[1]) Man sehe unter anderem das Buch des Dr. Oncken, Unser Heldenkaiser, das nach den Archiven des Reiches geschrieben ist.

aber doch nicht recht, warum er ein Abenteuer versuchen will, bei dem er schließlich alles verlieren und so wenig gewinnen kann." Dieser feine Diplomat behauptete, daß ein Hohenzoller Mühe haben würde, in Spanien festen Fuß zu fassen, aber er wiederholte, daß „da etwas nicht ganz in Ordnung sei und daß man achtgeben müsse"[1]).

Ein sehr hervorragender Journalist, G. de Coutouly, befand sich zu der Zeit in Madrid und verkehrte viel mit dem französischen Gesandten. Er bemerkte, daß die Nachricht von den Schritten Prims in Deutschland die öffentliche Meinung Spaniens nicht allzusehr aufgeregt hätte und daß diese abwarte, wie der Eindruck in Paris sei. Der barbarische Name des Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen gab Veranlassung zu Scherzen unter dem Volke und die Straßenjungens schrien: „Olé! Olé! Siga meringa! (Vorwärts, vorwärts! Her mit den Meringeln!)" Die Karrikaturisten amüsierten das Publikum, indem sie in einer mit Kieselsteinen angefüllten Ebene eine Meringel mit einer Pickelhaube darstellten. Offenbar war die Wahl Prims nicht sehr populär. Die Radikalen machten sich auch darüber lustig und zogen sie ins lächerliche, was sie bei den Kandidaturen des Infanten Alfonso und des Herzogs de Montpensier, die ihnen ernster vorkamen, nicht getan hatten. Mercier de Lostende, der die Hohenzollernsche Kandidatur überwachte, glaubte nicht, daß sie Erfolg haben würde; er dachte, Fürst Anton würde die seinem Sohne gegebene Autorisation zurücknehmen und so würde das Kaiserreich einen wirklichen diplomatischen Sieg davontragen. Der Optimismus des französischen Gesandten dauerte aber länger als es vernünftigerweise hätte geschehen dürfen, und er versuchte aufs lebhafteste die Unruhe des Herrn de Coutouly zu beschwichtigen, der das Spiel des Grafen Bismarck besser durchschaut hatte[2]).

Um allzu unbequemen Fragen aus dem Wege zu gehen, begab sich Prim zur Jagd in die Berge von Toledo, aber am 28. Juni enthüllt die Indiskretion eines Dritten plötzlich die beabsichtigte Kandidatur und diesmal schlug es ein. Prim erschrickt. „Arbeit verloren, Kandidatur verloren! Wollte Gott, daß es nur das wäre!" ruft er. Am 30. Juni verhandelt man im Gesetzgebenden Körper über das Gesetz, betreffend die Truppenstärke und Thiers erhebt sich, um die von der Regierung geforderte Anzahl zu verteidigen. Gegen die von Garnier-Pagès und seinen Freunden geforderten Kürzungen sagte der Redner: „Wissen Sie, warum Österreich mit seiner prächtigen Armee, einer

[1]) Catalogue d'autographes de Noël Charavay, 13 décembre 1902, p. 33.

[2]) Vgl. den Temps vom 11. Januar 1910. — Le dernier ambassadeur de Napoléon III en Espagne.

Armee, die dem Kaiser ergeben ist, so großes Unglück hat ertragen müssen? Deshalb, weil man durch unvorsichtige Streichungen im Kriegsbudget die österreichische Regierung in die Unmöglichkeit versetzt hatte, allen Bedürfnissen für einen Krieg zu entsprechen." Thiers beteuerte, man habe mit einem Kontingent von 90 000 Mann kaum das Notwendige. „Ihre Politik würde unvollständig sein," fügte er hinzu, „wenn sie, obwohl sie entschlossen friedliebend ist, nicht auf ausreichenden Rüstungen beruhte ... Wissen Sie, warum man bei Sadowa ein so unvorhergesehenes Schauspiel erlebt hat, — denn es gab gewiß wenig Menschen, die an einen Sieg Preußens über Österreich glaubten, — deshalb, weil man in Wien nicht vorbereitet war und in Berlin es seit Jahren war; weil ein Mann da war, der weit vorausblickend seine Kräfte vorbereitet hatte, und aus Gründen dieser Art entstehen Reiche oder gehen sie zugrunde... Man muß keinen Krieg anfangen, wenn er nicht unvermeidlich ist; tut man es aber, dann ist es menschlich, ihn schnell, geschickt, energisch zu führen, denn das ist das Mittel zugleich Geld und Blut zu sparen. Deshalb wollen heute die großen Nationen in der Armee des Friedens die Schule des Krieges haben ... Die Nationen, die aufhören an diese großen Prinzipien zu glauben, diese Nationen sind sehr bedroht ... Sie befinden sich in einer politischen Lage, die Ihnen einen aufmerksamen und sorgfältig beobachtenden Frieden auferlegt, aber ein solcher Frieden braucht eine Verwaltung, die für die Größe und Sicherheit des Landes die nötigen Opfer zu bringen versteht ..." Dieses wurde von der Mehrheit und besonders von den Ministern des Kriegs und der Marine angehört und beklatscht. Diese so klarblickende, patriotische Rede sollte, wie man bald sehen wird, von den Gegnern Thiers in eine Rede umgewandelt werden, die den Krieg befürwortet, und in der der Redner vergessen habe, die Kammer und das Land über die wirkliche Lage unserer Macht aufzuklären. — Am 2. Juli war Prim gezwungen, sich mit dem Gesandten Mercier de Lostende auszusprechen, der nicht wußte, daß der preußische Gesandte Befehl erhalten hatte, in Madrid zu bleiben, und an nichts Arges dachte: „Ich muß mit Ihnen über eine Sache sprechen," sagte Prim zu Mercier, „die, wie ich fürchte, dem Kaiser nicht angenehm ist; Sie müssen mir helfen, damit er es nicht übel aufnimmt." Er gesteht also, daß man ihm die neue Kombination unter die Hand gegeben hat und er sie nicht zurückweisen kann. Mercier gibt nur diese kurze Antwort, die Prim gewaltig in Verlegenheit setzt: „Frankreich nimmt das nicht an[1])!"

[1]) Vgl. Jehan de Witt, Quinze ans d'histoire (1866—1881), S. 150.

Der französische Gesandte war fest überzeugt, Frankreich könne, wenn Preußen seine Ansprüche aufrecht erhielte, unter den günstigsten Bedingungen und mit Aussicht auf einen sicheren Erfolg in den Kampf ziehen. Er glaubte an den Haß der Württemberger, der Hessen, der Bayern und der Badener gegen die Preußen und bildete sich ein, der anmaßende Triumph von 1866 habe bei diesen Völkern den alten Groll gegen die Franzosen in Vergessenheit geraten lassen. Er wollte die Möglichkeit nicht zugeben, in einem Frankreich erklärten Kriege die Südstaaten mit Preußen vereinigt zu sehen. Er wußte, daß die Herren von Bray und von Varnbüler im Einverständnisse mit dem Grafen von Beust zu verstehen gegeben hatten, sie würden verweigern ihre Truppen zu den Preußen stoßen zu lassen, wenn Preußen Frankreich herausfordere. Er war aber weit davon entfernt vorauszusehen, daß die verschlagene Politik Bismarcks die Südstaaten zu dem Glauben bringen werde, Napoleon wolle nicht allein Preußen bedrohen, sondern ganz Deutschland und werde sich jenseits des Rheins nicht als Befreier zeigen, sondern als unersättlicher Feind. Herr de Coutouly, der schärfer blickte, zweifelte nicht daran, daß trotz des im Süden seit dem böhmischen Feldzuge bestehenden Hasses, ein plötzlicher Anfall von Chauvinismus daraus einen Helfer für den Norden machen könnte, wenn irgendein Anschein dem Norden gestatte, sich als Opfer eines napoleonischen Angriffs hinzustellen. Die ungeschickte Haltung des Kabinetts Ollivier betrübte ihn, und er konnte Mercier de Lostende seine Trauer nicht verbergen, der seine Sorgen mit einer Ruhe zurückwies, über die man sich wundern muß. Die Ereignisse sollten bald zeigen, daß der Journalist die Lage besser beurteilt hatte, als der Gesandte[1]).

In dem Augenblicke, wo alles eine höchst gefährliche äußere Krise vermuten ließ, fand in den Tuilerien eine durch die schlechte Gesundheit des Kaisers nötig gewordene ärztliche Konsultation statt, die einen so schlimmen Zustand erkennen ließ, daß der bloße Gedanke an einen Feldzug hätte aufgegeben werden müssen[2]). Man verheimlichte der Kaiserin die Wahrheit, und so zögerte denn auch der Kaiser, der selbst nur an einen heftigen rheumatischen Anfall glaubte, nicht, es für möglich zu halten das Kommando der französischen Armeen zu übernehmen, als die Lage plötzlich eine drohende Wendung nahm. Am 3. Juli teilte die Agentur Havas der Presse die Nachricht von der Hohenzollernschen Kandidatur mit. Es entstand eine allgemeine Aufregung. Die vorsichtigen Leute — es war das die kleinere Zahl — wurden unruhig.

[1]) Vgl. den Temps vom 11. Januar 1910.

[2]) Papiers des Tuileries, Bd. II, S. 59.

Die anderen waren entzückt von dieser Nachricht und schrien, daß endlich eine Gelegenheit gekommen sei, Sadowa zu rächen.

Der Herzog de Gramont beauftragte sofort Le Sourd, den Geschäftsträger in Berlin, während Benedettis Abwesenheit dem Berliner Kabinette zu sagen, daß der Eindruck, den diese Kandidatur hervorbringe, schlecht sei. Le Sourd übermittelte diesen Auftrag Herrn von Thile, der erklärte, die preußische Regierung wisse nichts von dieser Sache. Gleichzeitig benachrichtigte der Herzog de Gramont den Botschafter Preußens in Paris, Herrn von Werther, Frankreich werde nicht gestatten, daß sich ein preußischer Prinz auf den Thron Spaniens setze. Am 5. wurde die Nachricht bekannt, die Cortes würden zur Königswahl einberufen werden. Dieses vermehrte die Aufregung. In der Gruppe, die sich im linken Zentrum um Thiers scharte, war die Besorgnis groß und Männer wie Cochery, Baron d'Yvoire, Le Cesne, d'Hésecques, Riondel, Genton und Planat beantragten eine Interpellation. „Sie entsprach", sagt Albert Sorel, „den Sorgen der öffentlichen Meinung; aber es war ein schwerer Fehler, denn Herr Cochery und seine Freunde schnitten jede diplomatische Vermittlung Europas dadurch ab, daß sie die Sache auf die Tribüne brachten." Mit der Zustimmung Thiers erklärte Herr Cochery seinen Mitunterzeichnern, er werde nur die Frage stellen und wenn die Antwort der Regierung nicht zufriedenstellend sei, werde Thiers das Wort ergreifen. Dieser hatte nicht die Absicht, zum Kriege zu treiben, wie gewisse Leute das haben glauben machen wollen, sondern er wollte nur auf die gefährliche Lage aufmerksam machen, die aus der Errichtung einer deutschen Monarchie in Spanien folge. Die in der besten Absicht eingebrachte Interpellation hatte jedoch den Fehler, die aufgeregte bonapartistische Partei dazu zu verleiten, die Tatsachen zu übertreiben und die von Bismarck erfundene Intrige in eine deutsche Machenschaft zu verwandeln, und das französische Ministerium zu bedauerlichen Kundgebungen zu veranlassen, indem es von Beleidigungen gegen Frankreich und Bedrohung des Friedens sprach. Der Herzog de Gramont sprach mit einer solchen Lebhaftigkeit zu den Botschaftern Englands und Österreichs, daß diese begriffen, die kaiserliche Regierung sei vollständig entschlossen, sich der Kandidatur des Prinzen Leopold zu widersetzen. Es war das ihr Recht, es war sogar ihre Pflicht, aber es mußte mit Ruhe, mit Kaltblütigkeit geschehen, ohne zu vernachlässigen, Europa für die französische Sache zu interessieren. Ollivier, der ebenso hitzig war wie der Herzog de Gramont, sagte zu Lord Lyons, daß das Vorgehen Deutschlands eine Beleidigung sei und daß er sich der öffentlichen Entrüstung, die sich schon in der Presse und auf der Straße in

leidenschaftlicher Weise kundgab, vollständig anschlösse. Die Interpellation Cocherys, die bei den Zeitungen Zustimmung fand und noch übertrieben wurde, da man sie schon als eine energische Antwort auf eine freche Herausforderung betrachtete, kam nicht zur Verhandlung. Ehe dieser nämlich das Wort ergriffen hatte, gab der Minister des Auswärtigen eine Erklärung ab, die den Funken ins Pulverfaß warf.

Ich werde mich bei dieser so wichtigen Erklärung länger aufhalten müssen, da ich Tatsachen vorbringen werde, die wenig bekannt sind. Gramont glaubte, eine schnelle Offensive unserer Truppen werde den Süden zur Neutralität zwingen; Österreich und Italien würden uns, selbst ohne schriftliche Verpflichtungen, günstig gegenüberstehen, und unsere ersten Erfolge, die seiner Meinung nach gewiß waren, würden uns ihre Bündnisse sichern. Marschall Le Boeuf, der zu den diplomatischen Talenten seines Kollegen, sowie zu der Neutralität Österreichs und der Südstaaten vollkommenes Vertrauen hatte, hoffte in vierzehn Tagen 350 000 Mann ins Feld stellen zu können und im Anfange es nur mit 400 000 Deutschen zu tun zu haben. Er rechnete mit der Tüchtigkeit unserer Truppen, um den Feind in den ersten Gefechten zu schlagen und zweifelte nicht an unseren Erfolgen. Die Mehrzahl der Minister teilte diese Hoffnung und zögerte nicht, da sie sich zu einem unvermeidlichen Kriege gedrängt glaubte, auf eine energische Kundgebung zu dringen.

Der König von Preußen, dem man über diese Gärung berichtete, schrieb am 5. Juli der Königin Augusta: „Die spanische Bombe ist plötzlich geplatzt, aber in anderer Weise als man erwartet hat. Der Vetter hatte uns davon kein Wort wissen lassen."

Die Erklärung dieses Ausspruches ist leicht. Zu derselben Zeit, als er dieses an die Königin Augusta schrieb, benachrichtigte der König den Fürsten Anton, daß er sich darüber wundre, daß Prim die Annahme des Prinzen Leopold Mercier de Lostende anvertraut habe, ehe die Cortes einberufen seien. Er bedauerte es jetzt, daß man nicht, wie sein Vetter vorgeschlagen hatte, vorher die Zustimmung Frankreichs nachgesucht habe. Er gestand, daß die Verantwortung auf Prim fiele, der das Geheimnis verraten hätte, und auf Bismarck, der für jede Nation das Recht beansprucht habe, sich in voller Freiheit einen König zu wählen. Herr von Thile hatte seinerseits wiederholt, daß Preußen der Frage vollständig fremd gegenüberstände. Das war eine Tragikomödie, deren Szenen und Rollen vollständig geregelt waren. „In Paris", fügte König Wilhelm in seinem Schreiben an die Königin Augusta hinzu, „hat der Minister (Gramont) ebenfalls Werther befragt, der mit reinem Gewissen hat sagen können, nichts davon zu wissen."

Dieser Botschafter, dem man erklärt hatte, Frankreich könne die Kandidatur eines Hohenzollern nicht zugeben, reiste nach Ems, wie man sagte, um seinem Könige seine Aufwartung zu machen, in Wirklichkeit aber um Verhaltungsmaßregeln zu erhalten. Die Verwicklung bestand nun, aber der alte König schien sich in diesem Augenblicke darein zu finden und rief aus: „Mag es gehen, wie es will! Wer es erlebt, wird es schon sehen[1])!“ Bismarck, der genau unterrichtet war über die inneren Schwierigkeiten Frankreichs, über die friedliche Gesinnung des Kabinettes, die er für Vorsicht hielt, die durch eine augenblickliche Unfähigkeit, sich den Gefahren eines Krieges auszusetzen, begründet war, glaubte, daß unser Land die Erhebung eines preußischen Prinzen auf den spanischen Thron leiden würde und nicht mit Preußen und Spanien zugleich zu tun haben wolle. Wenn nun Frankreich sich gegen die Kühnheit der preußischen Regierung auflehnen sollte, dann würde man eben ihm die Schuld zuschieben, und man könnte Europa sagen, daß es den Krieg gewollt habe, daß es ihn gesucht hätte.

---

[1]) Oncken, Unser Heldenkaiser.

Zweites Kapitel.

Die Erklärung vom 6. Juli 1870 und die Garantieforderung.

Am 6. Juli, bei Beginn der Sitzung, — ich habe alle Einzelheiten notiert, denn ich habe ihr beigewohnt, — bat der Präsident Schneider die Deputierten, einen Augenblick auf den Minister des Auswärtigen zu warten, da er ihnen eine Mitteilung zu machen hätte. Der Saal des Gesetzgebenden Körpers war voll; die Tribünen waren besetzt von Neugierigen, das ganze diplomatische Korps war anwesend. Die Erregung war sehr groß.

Als Emile Ollivier und der Herzog de Gramont auf ihren Bänken erschienen, entstand eine feierliche Stille, dann ging der Minister des Auswärtigen zur Tribüne und verlas die Erklärung, die ich mit allen Bewegungen, die sie hervorgebracht hat, wiedergeben will:

„Ich komme, um auf die Interpellation zu antworten, die gestern von dem ehrenwerten Herrn Cochery eingebracht worden ist.

Es ist wahr, daß der Marschall Prim dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens angeboten, und daß der Prinz sie angenommen hat. (Erregung.) Aber das spanische Volk hat sich noch nicht erklärt, und wir kennen die Einzelheiten der Unterhandlung noch nicht genau, die uns verheimlicht worden ist. (Bewegung.) Daher kann eine Diskussion jetzt noch zu keinem praktischen Ergebnis führen, wir bitten Sie, sie zu vertagen.

Wir haben nicht aufgehört, der spanischen Nation unsere Sympathien zu bezeugen und alles zu vermeiden, was den Anschein einer Einmischung in die Angelegenheiten einer edlen und großen Nation, die ihre Souveränitätsrechte ganz ausübt, erwecken könnte. Wir haben den Boden einer strikten Neutralität gegenüber den verschiedenen Prätendenten auf den Thron nicht verlassen und haben nie für einen derselben Bevorzugung oder Ablehnung gezeigt. (Beifall.) Wir beharren in dieser Haltung. Aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines benachbarten Volkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht zu unserem Nachteil das bestehende Gleichgewicht der europä-

ischen Mächte verschieben darf, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, (lebhafter Beifall) und die Interessen und die Ehre Frankreichs in Gefahr bringt. (Erneuter Beifall und anhaltende Bravos.) Dieser Fall wird, wir haben die feste Hoffnung, nicht eintreten. Um das zu verhindern, zählen wir sowohl auf die Weisheit des deutschen Volkes, wie auf die Freundschaft des spanischen Volkes."

Man kann wohl behaupten, daß diese Erklärung, wenn sie da aufgehört hätte, keine Veranlassung gegeben hätte zu den Bemerkungen, die sie in Europa und bei den Freunden Frankreichs hervorgerufen hat. Sie war klar, energisch und ruhig; sie stellte unsere Rechte fest; sie schützte unsere Interessen, sie vermied einen Eingriff in die Angelegenheiten einer benachbarten Macht, sie beabsichtigte nur das europäische Gleichgewicht zu verteidigen. Sie hatte aber den Fehler, mit dieser drohenden Phrase zu schließen: „Sollte es anders sein, so würden wir, gestützt auf Ihren Beistand und den der Nation, unsere Pflicht zu erfüllen wissen, ohne Zögern und ohne Schwäche!" Diese energische und drohende Phrase rief auf allen Bänken der Majorität enthusiastischen Beifall hervor und versetzte die Minorität in Schrecken. Die Sitzung wurde eine halbe Stunde lang tatsächlich unterbrochen, und man konnte bei allen Gruppen die inhaltsschweren Worte hören: „Das ist Krieg! Das ist Krieg!"

Ich habe später, bei dem Taxator Charavay, das Manuskript der Erklärung vom 6. Juli gesehen, das am Sonnabend dem 13. Dezember 1902 in öffentlichem Verkaufe für 350 Franken von einem Unbekannten erstanden wurde. Dieses Dokument, das Herr Noël Charavay amtlich geprüft hatte, stammte aus dem Nachlaß eines Herrn Brenot und hatte alle Anzeichen einer unbestreitbaren Echtheit.

Der erste Entwurf der Erklärung war vom Herzog de Gramont vorbereitet worden. Dieser wurde dem Ministerrate vorgelegt und erfuhr verschiedene Einwürfe und Änderungen, wie der Herzog selbst anführt. Er begann: „Unsere Informationen bestätigen, daß der Marschall Prim ... usw." Emile Ollivier, der die Feder führte, setzte an Stelle dieser Worte: „Es ist wahr, daß ..." Er machte darauf einige formelle Änderungen. Er strich das Wort nicht in der Phrase: „Wir kennen noch nicht," um es durch die Worte nicht genau zu ergänzen. Er strich das Bindewort und in der Phrase „und wir bitten Sie, sie zu vertagen." Der Absatz, der mit den Worten beginnt: „Aber wir glauben nicht" und schließt: „die Interessen und die Ehre Frankreichs in Gefahr bringt", war ursprünglich nicht so scharf ausgedrückt, und schloß mit den Worten: „um einen Plan zu vereiteln, der auf nichts weniger geht, als das europäische Gleichgewicht zum Schaden unserer Interessen zu ver-

nichten." Nach der Aussage Emile Olliviers fand der Kaiser dies nicht energisch genug und schlug die Abänderung vor, worin von der Gefahr für die Interessen und die Ehre Frankreichs die Rede ist. Ollivier redigierte darauf diese Abänderung und fügte die hochtönende Ergänzung bei, die er gefunden hatte: „indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt[1])."

Was die kriegerische Phrase anbetrifft, die aus der Erklärung eine Art Ultimatum machte, so hatte Herzog de Gramont auf den Entwurf geschrieben: „Der Schluß ist im Ministerrate besprochen und von Herrn Ollivier dem Konzepte hinzugefügt worden, nachdem er vom Ministerrate einstimmig angenommen und festgestellt worden war." Schließlich hat der Minister des Auswärtigen als Erklärung folgende Notiz hinzugefügt: „Aus diesen Elementen, nämlich: dem ersten Entwurfe (mit den Verbesserungen und Hinzufügungen, die er enthielt) ist die endgültige Erklärung fertiggestellt worden, die zweimal im Ministerrate verlesen, angenommen und als ne varietur bestimmt worden ist, vom Minister selbst bei seiner Ankunft niedergeschrieben und zwei Attachés des Kabinetts diktiert und von ihm in der Kammer eine Viertelstunde darauf vorgelesen wurde."

Der erste, vom Herzog de Gramont verfaßte Entwurf ist also auf Verlangen des Kaisers und Emile Olliviers geändert worden, im Einverständnis mit dem Ministerrate, und der drohende Teil: „Sollte es anders sein, usw." ist von der Hand Emile Olliviers geschrieben. „Es ist nicht wahr," sagt er, „daß Gramont einen heftigen Text vorgelegt hat, den wir gemildert haben. Wir haben dem etwas farblosen Texte, den er vorbereitet hatte, mehr Ansehn und Nachdruck gegeben ... Wenn die Tatsache, den Gedanken gehabt und die hauptsächlichen Teile redigiert zu haben, die Urheberschaft ausmacht, dann gehört diese mir[2])."

Diese wenigen Zeilen, deren Bedeutung man erst in der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers selbst recht erfaßte, so groß war die Erregung, die sie hervorbrachten, bedeuteten in ganz naher Zukunft den unvermeidlichen Zusammenprall zweier großer Nationen, Tausende von Toten, schreckliche Verwüstungen und für uns die Herausgabe von Milliarden und zweier Provinzen. Eine außergewöhnliche Tatsache, die die Leichtfertigkeit seines Urhebers kennzeichnet, ist es, daß Emile Ollivier, der sagte von den friedlichsten Absichten erfüllt zu sein, durch die Schlußphrase unfehlbar den Krieg herbeiführen sollte. Auf Befragen der Untersuchungskommission über diese Erklärung sagte Marschall Le Boeuf: „Der Ministerrat war über die Fassung geteilter Meinung. Mehrere

[1]) Er erkennt das selbst an im XIV. Bande des Empire libéral, S. 107 und 570.
[2]) L'Empire libéral, Bd. XV, S. 107, 108.

Mitglieder fanden sie zu lebhaft, obwohl sie zugaben, daß die vorgeschlagene Fassung durch das Vorgehen Preußens gerechtfertigt sei. Es sei mir gestattet, zu sagen, daß der Kaiser dieser Ansicht war. Man änderte die Fassung in der Sitzung selbst, aber wir fanden, als wir in die Kammer kamen, eine große Aufregung unter den Deputierten. Das patriotische Gefühl war lebhaft überreizt. Man ließ sich mit fortreißen und der Entwurf wurde auf der Tribüne verlesen." Auf eine Frage Saint-Marc-Girardins, der genauere Einzelheiten kennen wollte, antwortete der Marschall: „Es waren am ersten Entwurfe im Ministerrate Änderungen vorgenommen worden, sie wurden nicht vorgelesen. Ich wiederhole, man ließ sich mit fortreißen."

Auf die Aufforderung, sich vor der Untersuchungskommission über denselben Gegenstand zu erklären, antwortete der Herzog de Gramont: „Die Erklärung wurde von mir verfaßt und war allerdings etwas ruhiger. Es geschah nun, daß ich in der Sitzung des Ministerrates aus Achtung vor der Meinung meiner anderen Kollegen eine Stelle hinzufügte, die schärfer betont war. Das ist die Wahrheit." Diese Erklärung ist nicht recht klar, denn auf dem Konzept sagt Herr de Gramont selbst, daß der „Schluß im Ministerrate besprochen und von Herrn Ollivier dem Konzepte hinzugefügt worden ist." Und man hat soeben gesehen, daß der frühere Siegelbewahrer laut die Urheberschaft für sich in Anspruch nimmt. Er nimmt sie nicht nur in Anspruch, er rühmt sich derselben sogar. „Diese Erklärung", sagt er, „ist tadellos und ich lese sie nach so vielen Jahren mit Genugtuung. Sie ist ohne Zweifel bestimmt und schließt ein Ultimatum ein für den Fall, daß man keine Rücksicht darauf nähme. Deshalb gerade war sie wirkungsvoll[1])." Auf erneute Fragen Saint-Marc-Girardins antwortete der Herzog de Gramont: „Ich kam zum Ministerrate mit einem fertig redigierten Blatte. Man fand, daß es vielleicht nicht lebhaft genug der außergewöhnlichen Lage entspräche, in die uns Preußen versetzte, d. h. einer Weigerung zu verhandeln. Auf Verlangen derer, die diese Bemerkung machten, änderten wir die Note. Nachdem das geschehen war, waren alle Minister solidarisch, und ich am ersten." Es ist von der Bemerkung des Kaisers keine Rede mehr. Es sind die Minister, die die Note nicht scharf genug gefunden haben. Welche? Herzog de Gramont sagt es nicht.

Saint-Marc-Girardin wiederholt darauf dem Herzog de Gramont, was der Marschall Le Boeuf ausgesagt hatte, nämlich, daß auf eine Bemerkung des Kaisers selbst und mehrerer Minister, die die Note zu lebhaft gefunden hätten, die Fassung während der Sitzung geändert worden sei, im Gesetzgebenden Körper jedoch, auf Drängen der sehr

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 110.

aufgeregten Deputierten, sei die Regierung, die nicht weniger empfindlich wie sie gegen die Weigerung Bismarcks, zu verhandeln, bleiben wollte, zu ihrer ersten Fassung zurückgekehrt. Herzog de Gramont erklärte diese Aussage für vollständig ungenau. „Die Fassung ist im Ministerrate in Saint-Cloud festgestellt worden. Ich bin im Ministerium des Auswärtigen angekommen, wo ich kaum Zeit hatte, sie zwei Beamten meines Kabinetts zu diktieren. Kein Wort ist daran geändert worden, kein Deputierter hat mich vor der Verlesung in den Gängen gesehen. Ich habe die Note vorgelesen, wie das beschlossen war. Ich hätte mir ein Gewissen daraus gemacht, ein Komma daran zu ändern. So wie sie in Saint-Cloud abgefaßt worden war, ist sie in der Kammer verlesen worden."

Nach dieser Erklärung glaubte Saint-Marc-Girardin schließen und sagen zu müssen, daß der Unterschied zwischen den beiden Aussagen nicht groß sei, denn nach dem einen wäre die Note zum Ministerrate lebhafter hingekommen, als sie herausgegangen sei, und nach dem anderen wäre sie gemäßigter hingekommen, als sie herausgegangen sei. Aber die Lebhaftigkeit, die sie im Ministerrate angenommen hatte, hätte sie in der Kammer gewissenhaft bewahrt. „Die gemäßigten Personen sind allerdings nach den Aussagen nicht dieselben; aber in beiden Aussagen sieht man mehr oder weniger deutlich, daß im Rate ein Streit zwischen den Gemäßigten und den Kriegerischen stattgefunden hat."

Doch ist noch etwas anderes dabei. Le Boeuf behauptete, die Änderungen, die der Erklärung einen kriegerischen Sinn gaben, seien in der Kammer, infolge der allgemeinen Begeisterung, wieder aufgenommen worden und daß andererseits der Kaiser, den man als so leidenschaftlich hinstellte, die Note selbst zu lebhaft gefunden habe[1]). Es beweise dies eine Stelle in einer Broschüre, die Napoleon III. in Wilhelmshöhe geschrieben hat und für die der Marquis de Gricourt die Vaterschaft übernommen hat: „Das Ministerium beging den groben Fehler, eine Art Herausforderung auf die Tribüne zu bringen, die jedes politische Arrangement schwierig machte[2])." Immerhin verteidigten der Minister

[1]) Es scheint, daß der Marschall Le Boeuf in der Intimität stets daran festgehalten hat, die Erklärung vom 6. Juli habe in der letzten Stunde wichtige Retuschen erhalten, da der Gesetzgebende Körper zu vage und zu schwache Phrasen nicht zulassen würde. Andererseits aber veröffentlicht Emile Ollivier folgende Erklärung des Marschall Le Boeuf an den Herzog de Gramont: „Vor den Beteuerungen meiner früheren Kollegen muß ich meine persönlichen Erinnerungen zurücktreten lassen. Ich behalte mir jedoch vor, mit Ihnen bei unserem nächsten Zusammentreffen über die Umstände zu sprechen, auf die meine Erinnerungen sich gründen." Es ist da, wie man sieht, ein Vorbehalt zu bemerken.

[2]) Les Relations de la France avec l'Allemagne sous Napoléon III. — Bruxelles Rozez, 1871.

des Auswärtigen und der Siegelbewahrer eine Erklärung, durch die man einem Nachbarn, der ein Gegner geworden war, den Handschuh hinwarf, ohne zu ahnen, daß man dadurch dessen eigenem Wunsche entgegenkam. Es ist ganz offenbar, daß die letzten Worte die preußische Regierung vor die Alternative stellte, sich entweder zu entschuldigen oder zu schlagen. „Das war, wie Albert Sorel richtig sagt, ein diplomatisches Woerth. Preußen mußte sich unterwerfen, sonst war der Krieg da. Dieses Dilemma setzte Europa in Verlegenheit, da es den Krieg nicht wollte, aber auch den König Wilhelm nicht nötigen mochte." Nach der Verlesung der Erklärung telegraphierte Lord Lyons an Lord Granville, „daß das französische Ministerium sich keinen Ausweg offen gelassen hätte."

Bei der Aufregung des Gesetzgebenden Körpers und als Antwort auf eindringliche Fragen Garnier-Pagès, Cremieux, Jules Favres und Picards antwortete Herr Ollivier: „Die Regierung ist unbesorgt. Zu keiner Zeit ist ihr die Erhaltung des Friedens in Europa so gesichert erschienen." Und er gab als Beweis dafür die Herabminderung des Kontingents. Er fügte hinzu, daß er und seine Kollegen sich in ihrer Sprache mit den Vertretern der fremden Mächte versöhnlich und entschlossen gezeigt hätten. Und doch hatte der Minister des Auswärtigen und der Siegelbewahrer dem Fürsten Metternich und Lord Lyons gesagt: der eine, „Preußen müsse ganz einfach nachgeben;" und der andere, „daß er das Vorgehen Preußens wie eine Beleidigung empfunden habe und daß jede Regierung, die zugäbe, einen Hohenzollern König von Spanien werden zu lassen, gestürzt werden würde." Diese Entrüstung ist begreiflich. Nur war es nicht nötig, das über alle Dächer zu schreien und man hätte einem heimtückischen Manöver eine geschickte Kaltblütigkeit und entschlossene Festigkeit entgegenstellen müssen. Das englische und das österreichische Kabinett urteilten so, denn sie tadelten rückhaltlos die zu bestimmte Erklärung vom 6. Juli[1]). „Es war nötig, antwortete der Herzog de Gramont, daß die Sprache der französischen Regierung in ganz besonderer Weise betont war, und daß sie auf dem einzigen Wege, der ihr noch offen stand, zu wissen tat, daß die Hohenzollernsche Kandidatur nicht angenommen würde." Es würde aber ge-

[1]) „Um zu vermeiden, daß die vollendete Tatsache an Stelle eines einfachen Projektes träte," sagte Gramont, „war es nötig, der Sprache der französischen Regierung vom 6. Juli einen so besonderen Nachdruck zu geben." (Untersuchung vom 30. Dezember 1871.) Er fügte hinzu: „Wir standen vor der Weigerung zu verhandeln und waren daher gezwungen kräftig zuzuschlagen, um dem, was geschehen sollte, Einhalt zu tun. Die Cortes waren für den 20. einberufen und man wollte uns vor eine vollendete Tatsache stellen." (Untersuchung vom 24. Januar 1872.)

nügt haben, ohne dem Fasse den Boden auszuschlagen, die guten Dienste Londons und Wiens anzunehmen, um das preußische Kabinett in eine so schwierige Lage zu versetzen, daß die wohlgesinnten Mächte Zeit behielten die Sache zu studieren, sich zu verständigen und zu handeln. Die Störenfriede, die Nervösen, die Tolpatsche, die sich für Politiker hielten, wollten das nicht. Durch einen geschickten Streich überrascht, rannten sie auf gut Glück mit dem Kopfe voran. Doch hatten sie selbst zum Teil die Krise herbeigeführt, in der sie mit dem Kaiserreiche selbst zu Grunde gehen sollten. Weil sie im Namen des Kaisers die Kandidatur des Herzogs von Montpensier bekämpft hatten, gaben sie Bismarck Gelegenheit, die des Prinzen Leopold wieder hervorzuholen.

Die Aufregung in Europa war allgemein. In seinen Memoiren macht General Govone folgende Bemerkungen: „Es war eine Annahme da, die niemand ins Auge gefaßt hatte, oder wenn man sie ins Auge gefaßt hatte, doch sofort zurückgewiesen hatte, so unmöglich war sie wegen ihrer Abgeschmacktheit. Niemand konnte glauben, daß Frankreich, nachdem es die Verhandlungen, die es eingeleitet hatte um sich Allianzen zu schaffen, wegen Interessen, die nicht die seinen waren, abgebrochen hatte; nachdem es die Reform seiner inneren Politik unternommen hatte, einer Politik, die nur der Frieden möglich machen konnte; nachdem es seine an sich schon recht ungenügende militärische Macht geschwächt hatte; nachdem es seinen Freunden und möglichen Verbündeten geraten oder gestattet hatte, zur Entwaffnung zu schreiten; nachdem es vernachlässigt hatte, sie zu benachrichtigen oder sich mit ihnen zu verständigen: daß Frankreich, das selbst darauf verzichtete, die langen diplomatischen Verhandlungen, die gewöhnlich Kriegen vorauszugehen pflegen, abzuwarten, sich leichten Herzens und mit gesenktem Kopfe in das Verderben stürzen würde! Das war eine Annahme, phantastisch, undenkbar, dazu angetan, die Vernunft und den gesunden Menschenverstand noch mehr als die Voraussicht außer Fassung zu bringen, die sich jedoch verwirklichen sollte!"[1])

Emile Ollivier, der selbst über die durch die Erklärung hervorgebrachte frenetische Aufnahme bei der Majorität, über die dreifache Beifallssalve und die Zustimmung erstaunt war, telegraphierte sofort dem Kaiser, „daß die Bewegung über die Absicht hinausgegangen sei und man sie für eine Kriegserklärung hätte halten können." Indem er sich dagegen verwahrte, Feindseligkeiten heraufbeschwören zu wollen, sah er doch klar. Es war der unvermeidliche Krieg. Und was sagt er heute? Er ist be-

[1]) Général Govone, Mémoires (S. 359) veröffentlicht vom Kommandanten Weil.

friedigt von seinem Werke. Er beglückwünscht sich sogar, daß es als ein „Ultimatum" aufgefaßt wurde. Um so zu sprechen, mußte man sicher sein, vollständig sicher seiner Stärke, seiner Vorbereitungen, seiner Bündnisse. Man war aber über nichts von dem sicher. Es war also ein großer Fehler, so dem Feinde eine Kriegsdrohung an den Kopf zu werfen. Zu diesem ersten Fehler sollten sich noch schwerere Fehler gesellen, unverbesserliche Fehler.

Ein überzeugter Imperialist, der frühere Minister Ernest Pinard, hat selbst in seinem „Journal" erzählt, die Ansicht aller mit den diplomatischen Gebräuchen vertrauten Männer sei die gewesen, daß der Minister am 6. Juli zuviel gesagt hätte, als er auf die Weisheit Deutschlands und die Freundschaft Spaniens nachdrücklich hingewiesen habe. „Seine Sprache", sagt er, „berührte die patriotische Ader, es lag aber etwas Hochmütiges darin, das nicht dazu angetan war, eine Verhandlung zu begünstigen; der Minister hat besonders daran gedacht, der nationalen Eigenliebe zu schmeicheln und eine überreizte öffentliche Meinung zu schonen." Die bonapartistische Presse jubelte. Die gemäßigte Presse wurde unruhig. Eine große republikanische Zeitung, der Temps drückte durch Herrn Nefftzer ihre Befürchtungen folgendermaßen aus: „Das ist vielleicht der Anfang eines Krieges, verhängnisvoll entweder für unsere Freiheit oder für unsere politische Stellung, auf jeden Fall ist es aber ein Tag, an dem eine dunkelhafte Regierung in vollem Maße ihre Unfähigkeit bewiesen hat. Der Siegelbewahrer hat seine große Friedensliebe beteuert, nachdem der Minister des Auswärtigen eine im Ministerrate abgefaßte Note verlesen hat, die in den Augen eines jeden vernünftigen Menschen den Frieden aufs äußerste kompromittiert." Dasselbe sagten, unter anderen, die Depeschen Englands und Österreichs. „Diese Note ist in der Tat", sagte Nefftzer weiter, „eine öffentliche Herausforderung Preußens und Spaniens, und sie versetzt diese beiden Mächte fast in die Unmöglichkeit, ohne Schande zurückzuweichen, wenn die Sache wirklich zwischen ihnen ernstlich eingeleitet ist, was wir noch nicht wissen. Die Regierung weiß es ebenfalls nicht, und es ist für die öffentliche Meinung besonders beleidigend, daß sie ein Ultimatum stellt und ihr Veto einlegt, obwohl sie gesteht, noch keine genügenden Informationen zu haben." Sie sagt, daß ihr die Verhandlungen verheimlicht worden seien. „Wer hatte denn die Pflicht, sie auf dem laufenden zu halten, wenn es nicht ihre Diplomatie ist? ... Es lag doch auf der Hand, die Rückkehr des Herrn von Werther abzuwarten. Man wartet nicht darauf. Man benutzt die Interpellation Cochery, um sich auf die Tribüne zu stürzen und zu erklären, nicht in der Lage zu sein,

darauf antworten zu können. Doch antwortet man darauf und das in einer Weise, die die Frage in vielleicht nicht wieder gut zu machender Art verwickelt. Eine derartige Haltung ist Überstürzung und Blindheit, das ist nicht Politik." Diese Bemerkungen sind zweifellos richtig, und die Zeit hat das bewiesen. Das Journal des Debats betonte auch die Ernsthaftigkeit der Erklärung und stellte fest, daß die Kandidatur eines Hohenzollernprinzen in Frankreich eine unberechtigte Überraschung und vorzeitige Erregung hervorgerufen habe. In der Tat war es nicht das erstemal, daß die Möglichkeit dieser Kandidatur aufs Tapet gebracht worden war. Als der Marschall Prim den Cortes „die Reisen des jungen Anacharsis auf der Suche nach einem Könige" erzählte und von einer verschleierten Kandidatur sprach, die einen ihrer Räte ausgesandt habe, das Terrain zu sondieren, wußte man, daß es sich um ebendiesen Prinzen handelte, und die Debats hatten das gemeldet. Die Zeitung hätte hinzufügen können, daß seit dem Jahre 1868 Benedetti die Regierung darüber informiert hatte, und die Archive des Ministeriums des Auswärtigen den Herzog de Gramont darüber hätten aufklären müssen. Die Debats fanden, daß die Aufregung der Minister vorzeitig sei, da noch nichts geschehen sei, und es möglich wäre, daß nichts geschähe.

In einem etwas zu humoristisch gehaltenen Artikel machte sich John Lemoinne über die Lärmmacher lustig. „Der schwarze Adler ist das schwarze Tier unserer Träume geworden, und Herr von Bismarck ist der Sündenbock für alle unsere Unzufriedenheit. Wir halten Herrn von Bismarck nicht für einen solchen Träumer und nicht für so ungeschickt. Wir würden nicht erstaunt sein, wenn er diesem spanischen Plan gänzlich fremd gegenüberstände." Der geistreiche Artikelschreiber war offenbar nicht über die Bismarckische Politik unterrichtet und hat kurze Zeit darauf seinen Mangel an Scharfblick bedauern müssen. Die Wahrheit war, daß die unterrichteten Leute, die leider nicht zahlreich waren, die Lebhaftigkeit des Ultimatums vom 6. Juli bedauerten und voraussahen, daß es die Absicht des Kanzlers begünstige, dessen ganze Politik darin bestand, seinen Gegnern die Kaltblütigkeit zu rauben, um sie in die Falle gehen zu lassen, die er ihnen gestellt hatte. Anfangs schien die Haltung Preußens recht gemäßigt zu sein. Mit der Geschicklichkeit, von der Bismarck so oft Probe abgelegt hatte, begriff er, daß die Kandidatur eines Hohenzollern nicht genügen werde, um die deutsche Nation zu einem so gefährlichen Kriege mit fortzureißen, wie es der mit Frankreich war; er ließ sich also von unseren Ministern den Vorwand geben, dessen er bedurfte, und sich diese selbst in ihre Drohung verwickeln. Er schien die Verantwortung der Angelegenheit auf Spanien zu wälzen, das dem An-

ſcheine nach allein verantwortlich war[1]). Wenn der König dem Prinzen Leopold erlaubt hätte, die angebotene Krone anzunehmen, ſo habe er das als das Oberhaupt des Hauſes Hohenzollern getan, nicht als König von Preußen. Bismarck überging natürlich den Miniſterrat vom 15. März 1870, der unter dem Vorſitze des Königs ſtattgefunden hatte, worin einſtimmig der Entſchluß gefaßt worden war, daß die Annahme des Thrones Spaniens „die Erfüllung einer patriotiſchen Pflicht eines Preußen ſei." Der König ſelbſt wollte, obwohl er im geheimen gereizt war, in der Kandidatur ſeines Neffen keinen casus belli ſehen. „Wenn die franzöſiſchen Miniſter", ſchrieb er der Königin Auguſta, „ſich auf die Ehre Frankreichs berufen, die ſie mit Entſchloſſenheit und Energie verteidigen, wird niemand dagegen etwas einzuwenden haben. Es handelt ſich aber darum zu wiſſen, inwiefern die Ehre Frankreichs ſoweit angegriffen wird, um deshalb Krieg zu führen, wenn Spanien einen anderen König wählt, als Frankreich gewollt hat." Er geſtand es ebenſowenig wie Bismarck, daß die Kandidatur des Prinzen Leopold mit ſeiner Zuſtimmung vorbereitet war, und er wollte in der Haltung Frankreichs nur die Kundgebung verletzter Eitelkeit ſehen, wie am Tage nach Sadowa. Er glaubte zu wiſſen, ſo wie es ihm Freiherr von Werther geſagt hatte, daß Frankreich den Prinzen von Aſturien als König von Spanien vor-

---

[1]) Nachſtehend ſieht man, wie Bismarck die Erklärung vom 6. Juli würdigte oder erklärte, in einer Note, die er am 13. Juli für die deutſche Preſſe abgefaßt hat. Dieſer Kommentar war eine Antwort auf eine Note des Staatsſekretärs.

Gramont hat auf die Interpellation Cocherys konſtatiert, daß Prim dem Erbprinzen von Hollenzollern die ſpaniſche Krone angeboten (Bemerkung: „Kann er gar nicht, nur die Cortes") und daß der Prinz ſie angenommen habe (Bem.: „Wird ſich erſt erklären können, wenn er gewählt iſt"). Das ſpaniſche Volk aber habe ſich noch nicht ausgeſprochen. (Bem.: „Das iſt aber die Hauptſache.") Die franzöſiſche Regierung kenne die Verhandlungen nicht. (Bem.: „Es gibt keine anderen als die zwiſchen Spanien und etwaigen Kandidaten des Thrones.") Er bitte demgemäß, die Diskuſſion, die augenblicklich zwecklos (Bem.: „Sehr") ſein würde, zu vertagen. Die Regierung werde in der neutralen Haltung, die ſie bisher beobachtet, beharren, ſie werde aber nicht dulden, daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den ſpaniſchen Thron ſetze (Bem.: „Das beabſichtigt ſchwerlich eine außer Frankreich")und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe. Sie vertraue auf die Weisheit Deutſchlands (Bem.: „Hat damit nichts zu tun") und auf die Freundſchaft des ſpaniſchen Volkes. (Bem.: „Iſt die Hauptſache.") Sollte ſie ſich aber in ihrer Hoffnung täuſchen, ſo werde ſie ohne Zögern und ohne Schwäche ihre Pflicht tun. (Bem.: „Wir auch.")

Vgl. M. Buſch, Tagebuchblätter, Bd. I, S. 34.

NB. — Zu dieſem herriſchen Kommentar ſollte Bismarck am 16. Juli vor dem Bundesrate hinzufügen, daß die Aufnahme, die die Erklärung Gramonts vor dem Geſetzgebenden Körper gefunden hätte, ſowie die Haltung der franzöſiſchen Regierung keinen Zweifel zuließen, die Abſicht dieſer Regierung ſei, Preußen zu demütigen oder den Krieg heraufzubeſchwören.

gezogen hätte, und das nach Ausschluß der Bourbonen. Nach seiner Annahme hing alles von den Cortes ab, und mit Geld könnte man deren Stimmen erkaufen. Was ihn anbeträfe, würde er soweit nicht gehen. „Es ist sicher", sagte er, „daß wir nicht einen Taler ausgeben werden, um eine Stimme zu kaufen; deshalb hat Frankreich auch leichtes Spiel!" Frankreich aber hatte keinen Kandidaten, und das war seine Schwäche. „Unter uns gesagt," fügte König Wilhelm hinzu, „ich möchte ebensogern, daß Leopold nicht gewählt würde." Die Erregung Frankreichs beunruhigte ihn, und er begann einzusehen, daß die Intrige Bismarcks etwas zu gewagt sei, denn der Kanzler hatte ihn glauben lassen, der Kaiser würde keine ernsten Einwendungen gegen die Wahl eines Hohenzollern machen.

Herr von Thile sagte auf Anregung Bismarcks dem Botschafter Englands, die Frage existiere für die preußische Regierung nicht; sie ginge ausschließlich Spanien an, von dem das Anerbieten herkäme, und den Prinzen, der es angenommen habe. Er bekräftigte, der König von Preußen habe als Familienoberhaupt, aber nicht als Staatsoberhaupt gehandelt; man müsse die Entscheidung der Cortes abwarten. Gegenüber diesen Behauptungen und offiziösen Nachrichten, die durchblicken ließen, der König von Preußen könne auf ehrenhafte Weise dieser unerwarteten Krise ein Ende bereiten, wenn man weder seine persönliche Ehre, noch die Würde seiner Regierung beleidige, gab der Herzog de Gramont am 7. Juli Benedetti den Befehl, seinen Aufenthalt in Wildbad zu verlassen, um sich nach Ems zum Könige zu begeben. Warum eine solche Eile? Hätte man nicht die Antwort König Wilhelms abwarten können, dem Werther die Bemerkungen des Herzogs de Gramont überbracht hatte? Dieser Fürst, an dessen Weisheit man so dringend appellierte, wunderte sich schon darüber, daß man so brüsk von der französischen Tribüne herab ein Ultimatum gestellt hatte. Unter diesen Umständen wäre es nötig gewesen, kaltes Blut zu bewahren, anstatt Ungeduld und Zusammenhangslosigkeit zu zeigen. Das Kabinett Ollivier wollte aber, mit fortgerissen von einer hochmütigen Majorität, einer unvorsichtigen Presse und einer überreizten öffentlichen Meinung, Preußen sofort die Schuld zuschieben und ihm vor Europa eine kräftige Lektion geben. Wäre es zum Kriege bereit gewesen, hätte es die Sicherheit gehabt dem Feinde zuvorkommen zu können und ihn gleich im ersten Treffen zu schlagen, dann könnte man diese waghalsige Übereilung entschuldigen. Aber so stürzte es sich, schlecht vorbereitet, aus dem Stegreif auf einen Feind, der alles vorausberechnet hatte und es festen Fußes auf einem Terrain erwartete, das sicherer war, als man glaubte.

In einem Privatbriefe ersuchte der Herzog de Gramont unseren Botschafter, zu erlangen, daß der König dem Prinzen Leopold befähle, seine Kandidatur zurückzuziehen, die er ohne seine Erlaubnis angenommen hätte. Hätte Benedetti diese Instruktion zur Ausführung gebracht und einen solchen Befehl verlangt, dann wäre der Bruch sofort erfolgt, denn auf der einen wie der anderen Seite war man erbittert und beleidigt. „Er war ruhig", bestätigt der König vom Botschafter, „ausgenommen, wenn er die französischen Zeitungen anführte, die seinen Kopf und ein Tribunal verlangten, um ihn zu richten." Diese heftigen Angriffe der Presse kamen von der in der Erklärung vom 6. Juli enthaltenen Anschuldigung gegen unsere Diplomaten, wo es hieß, die Verhandlungen Preußens und Spaniens seien der Regierung verheimlicht worden. Auf den von Benedetti mit Anstand ausgesprochenen Wunsch wegen der Rücknahme der Kandidatur, antwortete der König, das hinge nicht von ihm ab, sondern vom Kandidaten, von dem er keinerlei Nachrichten habe. Zu derselben Zeit schrieb er an die Königin Augusta, er habe auf sein Schreiben noch keine Antwort erhalten, was anzudeuten scheint, der König habe heimlich den Fürsten Anton aufgefordert, seinen Sohn zu bitten, seine Kandidatur zurückzuziehen. Er gestand das aber nicht öffentlich, weil er selbst den Prinzen aufgefordert hatte, sie anzunehmen, und weil er persönlich keine Zugeständnisse machen wollte, die der Kanzler und die Militärpartei streng getadelt haben würden; er wollte sich auch schließlich nicht Forderungen fügen, die einen drohenden Ton angenommen hatten. Der Herzog de Gramont wußte von alledem nichts. Er war derart ungeduldig, daß er am 7. Juli Benedetti schrieb, er müsse eine sofortige und bestimmte Antwort haben, da man im Falle einer nicht befriedigenden Antwort die Truppenbewegungen beginnen würde, um in vierzehn Tagen ins Feld rücken zu können. Er begnüge sich nicht mit einer Erklärung, durch die man den Prinzen Leopold seinem Schicksal überlasse. Es sei nötig, daß der König ihm Befehl gäbe, sich zurückzuziehen und seine Regierung tadle, die dazu beigetragen hätte, eine bedauernswerte Lage zu schaffen. „Wenn Sie vom Könige erlangen, daß er die Annahme des Prinzen von Hohenzollern widerruft, wird das ein ungeheurer Erfolg und ein großer Dienst sein. Der König wird dann seinerseits den Frieden Europas gesichert haben. Wenn nicht, dann gibt es Krieg." Es scheint, der Minister des Auswärtigen hat gewissermaßen die Fenster einschlagen wollen, und das in dem Augenblicke, als Österreich und England ihm Mäßigung anrieten. Er gehorchte offenbar dem Einflusse des Hofes und besonders der Kaiserin, die im Glauben, daß die Gelegenheit günstig sei, Preußen die Schmach eines öffentlichen Rücktrittes antun, oder aber, im Falle einer Weige-

rung, einen Krieg erklären wollte, den sie für uns als siegreich voraussetzte. Und während so Gramont vom Könige eine Mißbilligung der Haltung des Prinzen Leopold forderte, riet er doch Benedetti, den Prinzen aufzusuchen, um ihn zu bewegen, sich selbst zurückzuziehen. Emile Ollivier schien so wenig über diese Angelegenheit, die alle Welt beschäftigte, auf dem laufenden zu sein, daß er in einem Privatbriefe Auskunft über die früheren Fälle „Nemours, Leuchtenberg usw." erbat und an den Botschafter Frankreichs in Madrid schreiben ließ, um von ihm genaue Angaben zu erhalten, um in der Kammer auf die Frage antworten zu können: „Wie haben Sie von der Kandidatur Hohenzollern überrascht werden können, und haben Sie sie nicht vorausgesehen?"[1])

Der König von Preußen wiederholte, im Einverständnis mit Bismarck, unserem Botschafter, die französische Regierung möge sich an die spanische Regierung halten, die ihre Wahl freiwillig getroffen habe. Aber Benedetti, der nach den Instruktionen Gramonts ging, wollte sich nicht damit begnügen, da er das als ein Ausweichen betrachtete. Er bestand darauf, daß dem Prinzen der Befehl gegeben werde, auf die Krone zu verzichten. Er glaubte, ein Wort des Königs werde alles in Ordnung bringen. Da nahm der König, der sich durch seinen Kanzler zum Widerstande ermutigt fühlte, falls man von ihm etwas verlangte, was wie eine Entschuldigung aussähe, einen stolzen Ton an. Er antwortete, die französische Regierung habe den am 6. Juli begangenen Fehler gutzumachen, d. h. die gegen Preußen geschleuderte Anklage, das, wie er sagte, mit der Sache nichts zu tun habe[2]). Die unvorsichtigen Redensarten des Herzogs de Gramont zu Lord Lyons und Metternich waren nach Ems gedrungen. Graf von Solms hatte von Paris aus dem Könige gemeldet, Frankreich werde keinen preußischen Prinzen auf dem Throne Spaniens dulden; es halte das für eine Beleidigung, der es sich mit allen Mitteln widersetzen werde; daß die kaiserliche Regierung mit einem Worte Krieg wolle. Offenbar sagte der König nicht ganz die Wahrheit, wenn er behauptete, daß er als Staatsoberhaupt nichts mit der Sache zu tun habe, daß Spanien frei sei, und er dem Prinzen nur als Familienoberhaupt seine Zustimmung gegeben habe. Aber was tut das? Man mußte sich mit der Erklärung begnügen, durch die er sich bereit erklärte, die Verzichtleistung auf den Thron gut zu heißen, wenn der Prinz dazu geneigt war.

Es war ja ganz selbstverständlich, daß man eine öffentliche und sofortige Zurücknahme des gegebenen Einverständnisses vom Könige

[1]) Catalogue d'autographes, Noël Charavay, vom 13. Dezember 1902.

[2]) Oncken, Unser Heldenkaiser.

doch nur unter Androhung bevorstehender Feindseligkeiten verlangen konnte. Das war ein neues Ultimatum und keine höfliche Verhandlung. Es war angebracht, den Prinzen zu bewegen, zurückzutreten und dem Könige Zeit zu lassen, den Rücktritt gut zu heißen, ohne sich um eine erkünstelte, von den Ultras in der Gesetzgebenden Versammlung und in der Presse hervorgerufene Erregung zu bekümmern. Ein energisches Ministerium, das wußte, was es wollte, hätte sich leicht aus der Affäre gezogen. Es hätte den großen Intrigenmacher, der Europa überrascht und unzufrieden gesehen hatte, zum Schweigen und vielleicht zum Rücktritte gezwungen. Man durfte ihm nicht die Möglichkeit lassen, den Spieß umzukehren und zu beweisen, daß der wirkliche Angreifer nicht er sei, sondern die französische Regierung. Aber das begriff man nicht, oder man wollte es nicht begreifen.

Benedetti versuchte die Mäßigung auf unsere Seite zu bringen und wollte die Antwort der Hohenzollern abwarten, die der König ihm versprochen hatte. Fürst Anton antwortete am 10. Juli ablehnend. „Er ist sehr erregt", vertraute der König der Königin Augusta an, „aber er erklärt, man könne nicht mehr zurück." Man ahnt hier den Rat Bismarcks, der den Fürsten nach seinem Gutdünken handeln läßt. Er war es, der dem Prinzen Leopold einen Ausflug in die Alpen angeraten hatte, um ihn jedem Einflusse zu entziehen, der seinen Plänen entgegen war, und auf seine Anordnung hatte dieser Prinz noch keine persönliche Antwort gegeben. Anstatt nun aber abzuwarten, forderte der Herzog de Gramont, trotz der Abmahnung Lord Lyons, so schnell wie möglich eine entscheidende Antwort. „Die öffentliche Meinung lodert auf," sagte er ... „Wenn der König dem Prinzen nicht raten will zu verzichten, nun wohl, dann haben wir sofort Krieg, und in einigen Tagen sind wir am Rhein!" Leider sollten wir uns in einigen Tagen, trotz des Mutes unserer Truppen, auf die Mosel zurückziehen.

Der unglückselige Minister des Äußeren hatte als einzige Entschuldigung einer solchen Überstürzung nur anzuführen: „Die öffentliche Meinung ist überreizt; sie überflutet uns von allen Seiten, und wir zählen die Stunden. Wir müssen morgen eine Antwort haben." Wären die Männer des Ministeriums entschlossen und stark und sich ihres Wertes bewußt gewesen, hätten sie sich nicht so dem launischen Winde der öffentlichen Meinung ausgesetzt. So mußten sie sich vor Europa anschuldigen lassen, am 6. Juli die Frage so herrisch gestellt zu haben, daß sie keine normalen Verhandlungen mit einer Regierung mehr führen konnten, die vorgab, an der spanischen Angelegenheit nicht interessiert zu sein. Sie hatten es aber mit Gegnern zu tun, die listig und verschlagen waren, was sie hätten wissen müssen, um deren Ränke zu hintertreiben.

Es ist klar, daß in den aufschiebenden Antworten des Königs und der hinausgezogenen Entscheidung des Prinzen Leopold etwas Aufregendes und Beleidigendes lag. Da man aber in Wirklichkeit nicht des sofortigen Triumphes unserer Armeen vollständig sicher war; da man nicht darüber in Zweifel war, daß unsere Vorbereitungen, was man auch sagen mochte, denen Preußens nicht gleichkamen, und unsere Mobilisation länger dauern würde als die ihrige; da man endlich wissen mußte, daß die Staaten, deren Bündnis wir wünschten, die ganze Überstürzung tadelten und Zeit brauchten, um sich vorzubereiten und sich ihrerseits zu entschließen, wäre es angebracht gewesen, weniger dringend und weniger anspruchsvoll zu sein.

Ich weiß recht gut, man wird die Ungeduld des Gesetzgebenden Körpers und die Erregung der Zeitungen und der Boulevards dagegen anführen. Aber Paris war nicht allein in die Angelegenheit verwickelt. Das Land war ruhig und fragte nicht viel nach einem Kriege mit Preußen. Der Handel, die Industrie, die Finanzen wollten ihn nicht. Wenn das Ministerium einen persönlichen Willen gehabt und weniger auf den Hof, auf die äußerste Rechte und die überspannte Presse gehört hätte, wenn es deutlich gewußt hätte, was es wollte, was hätten dann zwei oder drei Tage mehr ausgemacht, da es sich um das öffentliche Wohl handelte? Ich gebe selbst zu, die Ungeduldigen hätten es gestürzt; dann hätten diese Ungeduldigen allein die Verantwortung für die schrecklichen Feindseligkeiten getragen, und das Ministerium vom 2. Januar hätte seinen Charakter bewahrt, der darin bestand, Frankreich Freiheit zu geben, nicht aber es blindlings in den Abgrund zu stürzen. Hätten die, denen die Geschicke Frankreichs anvertraut waren, vorausgesehen, daß die Folgen des Krieges für uns in dem Verluste zweier Provinzen, fünf Milliarden Kriegsentschädigung, neun Milliarden Kriegskosten, 130 000 Toten und 140 000 Verwundeten bestehen würden, hätten sie dann wohl so leichtsinniger Weise einen solchen Einsatz gewagt?

Am 11. Juli benachrichtigte der König von Preußen die Königin, einen neuen Brief des Fürsten Anton erhalten zu haben. „Er ist", sagte er, „natürlich sehr aufgeregt über die Wendung, die die Angelegenheit in Paris annimmt, er glaubt aber nicht zurücktreten zu können, und ich müsse abbrechen." Man kann auch hier wieder behaupten, ohne sich zu irren, daß der Fürst nicht ohne den Rat des Kanzlers so dreist vorgegangen wäre. Der König aber, der in die zukünftigen Vorteile Preußens weniger Zuversicht und für die Bildung des deutschen Reiches mehr befürchtete, als sein Minister, erklärte: „Er könne nichts tun, würde aber mit Freuden der Entsagung zustimmen." Er sagte der Köni-

gin, Benedetti habe den Wunsch telegraphieren zu können, der König rate dem Prinzen Leopold, sich zurückzuziehen. Er hatte dem Botschafter geantwortet, der Prinz sei auf einer Reise in den Alpen, worauf Benedetti erwidert hatte, man glaube nicht an die Abwesenheit des Prinzen. Der König war darüber mit deutlichem Mißfallen erstaunt, daß man an seinem Worte zweifle; da er aber über die Wendung der Ereignisse besorgt war, ärgerte es ihn, von seinem Neffen noch keine Antwort zu haben. „Ich erwartete", schrieb er am 11. Juli der Königin, „von dem Kandidaten innerhalb vierundzwanzig Stunden Nachricht zu haben; ich habe den Oberst von Stratt nach Sigmaringen geschickt, mit einem Briefe und dringenden Empfehlungen ... Gott gebe, daß die Hohenzollern vernünftig sind!"

Währenddessen benachrichtigte Lord Lyons den Herzog de Gramont, daß Nachrichten aus Spanien, von denen er persönlich Kenntnis erhalten habe, die Zurücknahme der Kandidatur meldeten, und bat ihn Geduld zu haben, um Frankreich einen Krieg zu ersparen, den alle bedauern würden. Wenn die öffentliche Meinung den französischen Ministern Langsamkeit und Mangel an Energie vorwürfe, müsse man die Leute reden und einen vorübergehenden Verlust der Popularität über sich ergehen lassen. Wie groß würde nicht das Verdienst derer sein, die diesen großen Zwiespalt zur Ehre und zum Vorteil Frankreichs beendeten? Aber das Ministerium schwankte in Unschlüssigkeit. Die Mehrzahl seiner Mitglieder war jedoch zum Frieden geneigt. Der Kaiser, den Krankheit niederdrückte, dachte nicht daran, auf nahe bevorstehende Feindseligkeiten zu drängen und beauftragte Olózaga (den spanischen Botschafter) Prim zu bewegen, zum Rücktritt des Prinzen Leopold zu raten. Seine Umgebung war kriegerischer gesinnt, und die Kaiserin, die das Zögern Preußens nicht begriff, glaubte darin im Gegenteil eine List zu sehen, um über die französische Armee einen Vorteil zu gewinnen.

Herzog de Gramont erklärte in der Gesetzgebenden Versammlung, die Regierung begriffe die Ungeduld der Deputierten und des Landes, er warte aber noch auf die Antwort, von der seine Entschlüsse abhingen. Er behauptete etwas kühn, alle Kabinette schienen die Berechtigung unserer Vorwürfe anzuerkennen, während doch Rußland mit Preußen zusammenging, England die Neutralen von einem möglichen Eingreifen abspenstig zu machen suchte, Österreich unser Ultimatum vom 6. Juli bedauerte, und Italien sich vorsichtig beiseite hielt. Nach der Sitzung, wo er kalt empfangen worden war, — denn seine Erklärungen waren wenig klar und beruhigend gewesen, — forderte Herzog de Gramont Benedetti auf, seiner Sprache in Ems mehr Nachdruck zu geben

und vom Könige zu verlangen, dem Prinzen von Hohenzollern zu verbieten, seine Kandidatur noch länger aufrecht zu erhalten, denn das Schweigen und Ausweichen würde wie eine Weigerung betrachtet werden.

Auf das erneuerte Drängen Benedettis erklärte der König noch einmal, seine Zustimmung als Familienoberhaupt könne weder den Souverän noch seine Regierung verpflichten. Der Botschafter antwortete darauf, er könne zu seinem großen Bedauern in ihm diese beiden Eigenschaften nicht trennen, da er als König ipso facto das Oberhaupt der Familie Hohenzollern sei. Er bat ihn dringend, den Prinzen zu veranlassen, zurückzutreten. Der Monarch erwiderte, es sei keine Gefahr im Verzuge und ein oder zwei Tage Aufschub könnten nichts verschlimmern. Dieser Aufschub wäre, wie Benedetti sagte, der seine Bitte wiederholte, für den Frieden gefährlich. Der König entgegnete, Frankreich mache Kriegsvorbereitungen, und er sei genötigt auch welche zu machen. Dann ersuchte er nochmals darum, ihm die nötige Zeit zu lassen, um in nützlicher Weise dem Frieden dienlich sein zu können. Er fügte hinzu, er würde noch an demselben Abende, — es war am 11. Juli — oder am folgenden Tage eine Antwort vom Prinzen Leopold erhalten und versprach sofort die seine. Dann gestattete er dem Freiherrn von Werther nach Paris zurückzukehren, woraus Benedetti schloß, der Botschafter habe den Auftrag dem Minister des Auswärtigen den Wunsch zu überbringen, es sei die Absicht des Königs, eine friedliche Lösung zu erlangen und sie selbst zu erleichtern.

Die Verzögerung der Antwort des Prinzen, das Ausweichen des Königs, die ungeduldigen Forderungen des französischen Ministers und die beunruhigenden Nachrichten aus Paris hatten Bismarck aufgeregt, der sein Schloß Varzin verließ und nach Berlin reiste, von wo er sich nach Ems begeben wollte, um in der einen oder anderen Weise der Sache ein Ende zu machen. Er hatte den König gewähren lassen, Benedetti drei Audienzen zu geben; er fand, daß es nun genug sei. Man mußte die Prinzen bestimmen, zu handeln. „Er ist immer noch innerlich für die Kandidatur," schrieb der König an die Königin, „aber er sagt, daß die Angelegenheit nun so ernsthaft geworden ist, daß man die Hohenzollern beiseite lassen und es ihnen anheimstellen müsse, ihre Entscheidung zu treffen und daß wir uns nicht damit befassen dürften." War das aufrichtig? Ich glaube es nicht, und die Folge zeigt, daß Bismarck ein doppeltes Spiel trieb.

Das französische Ministerium hätte die Antwort annehmen müssen, die ihm Benedetti übermittelte, wodurch es benachrichtigt war, Prinz Leopold würde aus eigenem Antriebe auf die Krone verzichten, und der

König nicht zögern, diesen Entschluß gut zu heißen. Mehr konnte man vom Könige nicht verlangen. Das war auch ursprünglich die Ansicht des Herzogs de Gramont, wie man oben gesehen hat. Einen persönlichen Widerruf unter einer Kriegsandrohung, das konnte man ihm doch nicht zumuten. Es genügte den König zu bewegen, die Verzichtleistung gut zu heißen. Das wäre noch dazu eine offenbare Schlappe für die intrigante Politik Bismarcks gewesen. Unsere aufrichtigen Freunde in Europa waren alle dieser Ansicht.

Fürst Anton von Hohenzollern, der sich dem Wunsche des Königs fügte, den der Oberst F. von Stratt, der politische Agent des Fürsten von Rumänien in Paris, ihm überbracht hatte, und den Bitten seiner Frau, der Fürstin, nachgab, meldete am 12. Juli dem Marschall Prim und Olózaga, daß er im Namen seines Sohnes Leopold dessen Kandidatur auf den Thron Spaniens zurückziehe. Er gab als Grund dieses Zurücktretens „die Verwicklungen, die diese Kandidatur hervorzurufen scheine, und die peinliche Lage, in die die letzten Ereignisse das spanische Volk versetzt hätten, das so vor einer Wahl stände, wo es nur von seiner Unabhängigkeit Rat annehmen dürfe." Der Schwäbische Merkur brachte auf Befehl des Erbprinzen von Hohenzollern die Nachricht, daß er auf die Kandidatur verzichte, da er „fest entschlossen sei, aus einer Familienangelegenheit, die für ihn nebensächlich sei, keine Kriegsfrage entstehen zu lassen." Ganz Europa kannte diese so wichtige Nachricht, die Olózaga sofort Napoleon III. übermittelt hatte. Das hatte König Wilhelm so gewollt. Er beabsichtigte seine Zustimmung nur dann der freiwilligen Verzichtleistung des Prinzen zu geben, wenn dieser sie offiziell bekannt gemacht hätte. Um den Frieden zu sichern, genügte es also, von dieser Verzichtleistung Notiz zu nehmen. Man wußte durch Benedetti, daß der König versprochen hatte, seine Zustimmung zu geben und daß Herr von Werther die bestimmte Versicherung davon mit nach Paris gebracht hatte. Man begreift wohl noch, daß der Herzog de Gramont, um den Ungeduldigen und Ungläubigen Genugtuung zu geben, Benedetti aufgefordert hat, festzustellen, daß diese Verzichtleistung ihm vom Könige von Preußen oder von seiner Regierung „angezeigt, mitgeteilt oder übermittelt worden sei."

Es liegt kein Grund vor anzunehmen, der König hätte sich geweigert diese Erklärung zu bestätigen, nachdem das Telegramm in ganz Europa bekannt war und er die Genugtuung hatte, festgestellt zu sehen, daß die Verzichtleistung des Prinzen eine freiwillige Handlung war. Das sollte am 13. Juli stattfinden. Aber schon hatte Bismarck, der das vom Schwäbischen Merkur und allen Zeitungen veröffentlichte Telegramm zur Kenntnis erhalten hatte, diese Tat als eine Schlappe empfunden und sich ge-

weigert nach Ems zu kommen „um nicht, wie der König der Königin schrieb, zu einem faulen Kompromiß zu gelangen“[1]). Er beabsichtigte sogar, dem Könige seinen Rücktritt aus dem Dienste zu melden. Das beweist, wie sehr er das der französischen Regierung gemachte Zugeständnis tadelte und bedauerte; wie schmerzlich er es empfand, seine Ränke hintertrieben zu sehen. Wenn das Kabinett Ollivier hätte vierundzwanzig Stunden warten wollen, konnte es für unser Land einen unvergleichlichen diplomatischen Sieg verzeichnen und der preußischen Diplomatie eine ungeheure Schlappe beibringen. Die Lage der Dinge hatte sich geändert.

Der König von Preußen war so wenig für den Krieg, daß er ausrief: „Mir ist ein Stein vom Herzen gefallen!“ als er das Telegramm des Obersten Stratt erhielt, das ihm den Rücktritt des Prinzen Leopold meldete. Er hielt nur darauf, den Vorwurf zu vermeiden, ein persönliches Zugeständnis gemacht zu haben, den ihm die deutsche Presse sicher nicht erspart haben würde. Es war nötig, daß alles den Hohenzollern zur Last falle. „Sprich zu keinem Menschen davon,“ schrieb er der Königin, „damit die Nachricht nicht von uns ausgeht! Ich werde Benedetti nichts davon sagen, bis wir morgen den Brief Stratts in Händen haben. Es ist also nötig, daß du geflissentlich sagst, ich hätte alles der Diskretion der Hohenzollern überlassen, entweder um anzunehmen, oder um einen festen Entschluß zu fassen.“ Das ist das ganze Geheimnis der scheinbar so sonderbaren Ausflüchte des Königs Wilhelm, und dies Geheimnis verstand das französische Kabinett nicht zu erraten. Eine Unbesonnenheit ihres Chefs verwandelte einen sicheren Erfolg in eine nicht wieder gut zu machende Schlappe.

Ollivier hatte kaum von dem Rücktritte des Prinzen von Hohenzollern durch den Minister des Innern Kenntnis erhalten, der das vom Fürsten Anton an Olózaga gesandte Telegramm gesehen hatte, als er auch schon in die Gesetzgebende Versammlung eilte. Er ließ seinem Kollegen, dem Herzog de Gramont, nicht die Zeit, von Benedetti die versprochene Gutheißung durch den König zu erbitten und ließ das Telegramm in den Wandelgängen zirkulieren. Er behauptete, und sicher in guter Absicht, — denn er wollte den Frieden, — das sei die von Preußen der Regierung zugestandene Genugtuung, da er ohne Zweifel nichts von dem Versprechen des Königs wußte, offiziell zustimmen zu wollen, wie Benedetti berichtet hatte, was am folgenden Tage geschah. „Wir haben Frieden,“ sagte Ollivier immer wieder, „wir haben Frieden .. Wir werden ihn nicht fahren lassen!“ Er glaubte öffentlich von einer

[1]) Oncken, Unser Heldenkaiser.

Sache sprechen zu können, die in kurzer Zeit allen bekannt sein würde, und begriff nicht, daß es besser gewesen wäre, ehe er die Depesche dem Publikum zur Kenntnis brachte, sich mit dem Minister des Auswärtigen und den anderen Ministern zu verständigen, um daraus eine offizielle Mitteilung zu machen, die ein ganz anderes Aussehen gehabt haben würde und vielleicht Intrigen und schädliche Proteste verhindert hätte. Er war erfreut über eine so glückliche Lösung und ließ seine Freude darüber aus. Leider freute er sich zu früh. Die bonapartistische Partei, die den Krieg wollte, denn sie rechnete auf den Sieg und dadurch auf den Untergang der liberalen Partei, machte sich über die „Depesche des Papa Anton" lustig, die man ohne weitere Zeremonien bekannt gab. Die Kaiserin, der man die Depesche nach Saint-Cloud brachte, las sie mit zorniger Erregung und sagte zum General Bourbaki: „Es ist eine Schande! Das Kaiserreich wird in die Hände von Weibern fallen!"[1]) Die Deputierten der Majorität tadelten laut die Leichtgläubigkeit, die Schwäche, die Feigheit der Minister. Die Journalisten mischten sich darein und fanden nicht genug Scherze, um so naive Leute zu verspotten.

Der ausgelassenste unter ihnen, Emile de Girardin, verlangte, man solle die Preußen, anstatt einen lächerlichen Rücktritt anzunehmen, mit Fußtritten über den Rhein treiben[2]). Vergebens brachte der Constitutionnel, die offiziöse Zeitung des Ministeriums, auf Veranlassung Olliviers die Notiz: „der Prinz von Hohenzollern wird nicht über Spanien herrschen: wir verlangen nicht mehr und nehmen diese friedliche Lösung mit Stolz an, es ist ein großer Sieg, der uns keine Träne, keinen Tropfen Blut kostet! . . ." Das hätte wahr sein können, wenn man die nun sichere Zustimmung des Königs abgewartet hätte, aber die unvorsichtige Überstürzung, mit der man die Depesche mitgeteilt hatte, war ein tödlicher Streich für die Sache des Friedens. Der frühere Minister des Kaiserreichs, Pinard, der dem Verdachte der Parteilichkeit oder des Hasses nicht ausgesetzt ist, hat aufrichtig in seinem Journal gesagt, es sei ein Fehler gewesen, die Entsagung des Fürsten Anton im Namen seines Sohnes nicht direkt der Kammer angezeigt zu haben, und der Krieg habe notwendigerweise auf diese Unvorsichtigkeit folgen müssen. „Daß man sie offiziös den Deputierten und Journalisten mitteilte, anstatt sie auf die Tribüne zu bringen," schreibt er, „führte zu unentwirrbaren Ver-

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 253.

[2]) Man vergleiche das Urteil seines Freundes, des Prinzen Napoleon, über Emile de Girardin (Papiers de la famille impériale, Bd. I, S. 393). Emile Ollivier hatte ihn in hochherziger Weise am 27. Juli 1870 auf die Liste der neuen Senatoren gesetzt, „aus Rücksicht auf die von ihm als Journalist geleisteten Dienste"!

wicklungen. Denen, die am meisten Geräusch machen, soviel Willfährigkeit zeigen, hieß soviel, wie sich selbst dazu verurteilen, ihnen auch bis ans Ende zu folgen. Der Minister des Innern hatte die Berichte seiner Präfekten, die fast alle den sehnlichen Wunsch nach Frieden aussprachen, besonders in der Landbevölkerung. Aber das Geschrei der Hauptstadt schien eine unmittelbare Gefahr zu sein, der man vorbeugen mußte." Die ergebenen Freunde des Ministeriums stellten ihm die äußerste Rechte dar, als sei sie bereit sein Zögern benutzen zu wollen, um es zu stürzen. Und wenn es verschwände, würde dann nicht sein ganz neues Verfassungswerk mit ihm untergehen? Zur Zeit der ersten Revolution hatten die Girondisten einen Krieg angefangen, um inneren Schwierigkeiten zu entgehen. Das Ministerium des 2. Januars mußte es ebenso machen. Indem es in seiner Furcht auf die hörte, die seiner Meinung nach die öffentliche Meinung bildeten, wollte es ihnen nicht nur Genugtuung geben, sondern ihnen noch zuvorkommen. Jene hatten den Kriegsruf ausgestoßen; und das Ministerium wiederholte ihn, und um zu zeigen, daß es mehr als alle anderen die Beleidigung gefühlt hätte, die man der nationalen Ehre zugefügt habe, erklärte es zuerst diesen Krieg, den es nicht gewollt hatte[1]).

Die bonapartistische Rechte suchte den Glauben zu verbreiten, das allzu naive Ministerium sei von Bismarck und dem Könige hintergangen worden. Sie bestand darauf, daß das Zögern des Königs nur dazu dienen sollte, die Rücknahme der Kandidatur nicht gutheißen zu wollen. Sie machte sich über den freudigen Eifer lustig, mit dem Emile Ollivier das vom Fürsten Anton angekündigte Zurücktreten aufgenommen und verbreitet hatte. Einer der Mitarbeiter des Temps erzählte die Begebenheit folgendermaßen: Wir haben von Herrn Ollivier selbst inmitten einer Gruppe bestimmt erklären hören: „Wir haben niemals mehr als die Zurücknahme der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern verlangt. Wir haben nie mehr verlangt als das, und unsere Verhandlungen mit Preußen haben nie den Prager Vertrag berührt. Es existiert also keine Kandidatur mehr. Wir wollten sie nicht. Also keine Schwierigkeit mehr." Und der Redakteur fügte hinzu: „Die französisch-preußische Krise ist beendet. Jede Kriegsgefahr ist glücklicherweise beseitigt." Nefftzer sagte seinerseits, die Regierung müsse sich für befriedigt erklären. „Sie erhält vollständig, was sie verlangt, obgleich sie das in wenig gebräuchlicher Form getan hat, die nicht dazu angetan war, eine günstige Antwort zu bekommen. Wenn wir die Sache weiter verfolgen wollten, indem wir neue Anklagen erhöben, würden wir uns in ein schlechtes

[1]) E. Pinard, Mon Journal, Bd. II, S. 17—18.

Licht setzen und uns gegenüber der nationalen Erhebung und ganz Europa gegenüber in einer bösen Lage befinden." Das sollte leider geschehen.

Als die äußerste Rechte von der Depesche des Fürsten Anton Kenntnis erhalten hatte, die Emile Ollivier den Deputierten und Journalisten in den Wandelgängen mitgeteilt hatte, versammelten sich Clément Duvernois und andere Überspannte in einem der Bureaus und das Ergebnis ihrer Verhandlungen war die Eingabe einer Interpellation, die lautete: „Wir bitten das Kabinett über die Garantien interpellieren zu dürfen, die es verlangt hat, oder zu verlangen gedenkt, um neuen Verwicklungen mit Preußen vorzubeugen." Duvernois, der es Ollivier nicht verzeihen konnte, ihn vom Ministerium ausgeschlossen zu haben, hatte schon am Morgen gesagt, er werde, wenn die Angelegenheit friedlich verliefe, interpellieren. Das war ein beklagenswertes Manöver, denn es sollte das Ministerium dazu zwingen, neue Ansprüche zu erheben und den Frieden ein zweites Mal in Gefahr zu bringen. Jérôme David verlangte auch das Kabinett zu interpellieren und tat das in den beleidigendsten Ausdrücken, indem er die Verschleppung der Verhandlungen brandmarkte. Der Minister, der im vollen guten Glauben so freudig die Depesche des Fürsten Anton mitgeteilt hatte, konnte sich nicht auf der Tribüne einfinden, um irgendeine Erklärung abzugeben, denn er hatte die Gesetzgebende Versammlung verlassen, um mit dem Kaiser zu verhandeln, der gern gesehen hätte, daß die Depesche des Fürsten an den Marschall Prim den Deputierten angekündigt würde, indem man dabei hervorhöbe, der Zurücktritt sei auf Veranlassung des Königs erfolgt. Aber es war zu spät, und Ollivier hatte nicht daran gedacht, die Minister zu versammeln. Herzog de Gramont, der nicht um Rat gefragt worden war und gern dem Hofe gefällig sein wollte, beschränkte sich darauf, die Vertagung der Interpellation zu beantragen, während er mit einigen geschickten Worten hätte bemerken können, der Verzichtleistung des Prinzen Leopold, die Fürst Anton gemeldet hatte, würde die Zustimmung des Königs folgen, und daß man leicht vierundzwanzig Stunden warten könne, um beruhigt zu sein. In seinem Eifer jedoch, Bismarck zu zeigen, daß er es mit einem gefährlichen Staatsmann zu tun habe, setzte er sich aufs hohe Pferd, wie ihm das Duvernois und seine Freunde rieten, ohne zu bemerken, daß er mit dem Kopfe voran in die ihm gestellte Falle stürzte. Er bemerkte, die Verhandlungen seien noch im Gange und beunruhigte so von neuem die Gemüter. Bis dahin hatte er sich begnügt, die Teilnahme des Königs an der Zurücknahme der Kandidatur zu verlangen; nun wollte er mehr. Das Wort „Garantien" war gefallen. Zu unserem Unglücke wurde es aufgenommen.

In dem Augenblicke, als Herzog de Gramont über die Formel nachdachte, unter der er von Preußen Garantien fordern sollte, erhielt er den Besuch des Freiherrn von Werther, den der König offenbar in der Absicht gesandt hatte, den nötigen Berührungspunkt zu finden, um die Sache zu ordnen, ohne die königliche Würde zu kompromittieren. Es war etwas vor drei Uhr. Kaum hatten sie einige Worte gewechselt, als der spanische Botschafter eine Audienz erbat „für eine eilige Nachricht von großer Wichtigkeit." Herzog de Gramont bat den Freiherrn von Werther im Interesse der Sache, die sie beschäftigte, gestatten zu wollen von der Mitteilung des Herrn Olózaga Kenntnis zu nehmen. Es war die entscheidende Bestätigung, daß Spanien aus sich selbst den Antrag des Thrones an den Prinzen Leopold zurücknähme. Fürst Anton hatte es in der Tat für seine Pflicht gehalten, den Vertreter Spaniens in Paris im Namen seines Sohnes von der Zurücknahme seiner Kandidatur zu benachrichtigen. Olózaga beglückwünschte sich dazu, denn nach der Ansicht des Madrider Kabinettes war diese Lösung um so vollständiger, als sie, im Einverständnis mit dem Kaiser, das Werk des spanischen Botschafters war. Deficiente causa, tollitur effectus . . . Aber der Herzog de Gramont verstand dieses unerwartete Glück nicht zu benutzen. Er deutelte und krittelte wie ein schlechter Sachwalter. Er sagte, in der Depesche stände kein Wort von Frankreich, kein Wort von Preußen; alles wickle sich zwischen den Hohenzollern und Spanien ab. Wenn jedoch der Botschafter zum Quai d'Orsay käme, um offiziell die Mitteilung zu machen, dann handele es sich doch wohl um Frankreich und Preußen, die mehr als alle anderen Mächte bei der Sache interessiert wären. Herzog de Gramont fügte hinzu, die Depesche sei in gewöhnlicher Schrift geschickt worden und alle Welt kenne sie schon. Sie war aber nur durch die Mitteilung des Ministerpräsidenten an einige Deputierte und einige Journalisten bekannt. Ferner sagte Gramont, es sei in der Depesche eine gewisse Behauptung des Fürsten Anton, wodurch er sage, Frankreich habe Spanien in die Verlegenheit setzen wollen nur auf das Gefühl seiner Unabhängigkeit zu hören. Aber eben dasselbe Spanien fühlte sich so wenig beleidigt, daß es selbst ein Dokument mitteilte, das dazu bestimmt war, den Konflikt zu beendigen. Der Minister des Auswärtigen nahm auf das alles keine Rücksicht und entließ Olózaga enttäuscht, indem er ihm zu verstehen gab, er werde auf neue Auskunftsmittel bedacht sein.

Darauf kehrte er zum Freiherrn von Werther zurück und fragte ihn, ob der König sich nicht darüber Rechenschaft abgelegt hätte, durch die Erlaubnis, die er dem Prinzen Leopold gegeben habe, den Thron Spaniens anzunehmen, Frankreich beleidigt zu haben. Werther antwortete,

der König habe gedacht, daß diese Kandidatur wegen der Beziehungen des Prinzen zum Kaiser nicht schlecht aufgenommen werden könne. Gramont bemerkt dagegen, daß Frankreich als nächster Nachbar Spaniens ein besonderes Interesse daran habe, wer den Thron dieses Landes einnehme. Das Geheimnis, das man über die Kandidatur Hohenzollern bewahrt habe, hätte es beleidigt, und die Gesetzgebende Versammlung habe darüber ihre Unzufriedenheit kundgegeben. Dann vergaß er auf einmal die Instruktionen, die er Benedetti gegeben hatte, vom Könige zu verlangen einzugreifen, wenn nicht durch Befehl, so doch durch seinen Rat, um den Prinzen Leopold aufzufordern, von seiner Kandidatur zurückzutreten, und sagte zu Werther, „daß er die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern auf den Thron Spaniens als eine Nebensache betrachte, denn die französische Regierung würde nie gestattet haben, daß er ihn einnähme." Er war der Ansicht, daß man vor allem die freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen wieder herstellen müsse, und er wende sich daher an den Botschafter, um zu wissen, ob er nicht auch glaube, das beste sei ein Brief des Königs an den Kaiser. Und darauf schlägt er gleich dem Freiherrn von Werther die Note vor, in deren Sinne der König etwa schreiben solle: „Indem der König dem Prinzen Leopold gestattete, die Krone Spaniens anzunehmen, glaubte er nicht den Interessen und der Würde Frankreichs zu nahe zu treten. Seine Majestät schließt sich der Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern an und drückt den Wunsch aus, daß in Zukunft jedes Mißverständnis zwischen seiner Regierung und der des Kaisers vermieden werde." Herzog de Gramont war sogar noch weiter gegangen, er hatte schon den Entwurf des Briefes aufgesetzt, den der König schreiben sollte. Er lautete:

„Indem mein Vetter, der Prinz von Hohenzollern, freiwillig auf den Thron von Spanien, der ihm angeboten worden war, verzichtet hat, hat er einem Vorfalle ein Ende gemacht, dessen Ursprung man schlecht ausgelegt und dessen Folgen man übertrieben hat. Ich lege zu viel Wert auf die freundschaftlichen Beziehungen Norddeutschlands zu Frankreich, als daß ich mich nicht zu einer Lösung beglückwünschen sollte, die diese aufrecht erhält[1])." So brauchte der König nur diese einfache Erklärung zu unterschreiben und der Meinung des Ministers nach war dann alles gut. Doch begnügte er sich nach einiger Überlegung mit der unpersönlichen Note, die er für passender und eher für geeignet hielt die erwünschte Wiederannäherung zu erleichtern. Er hat gut sich entschuldigen, das wäre kein um Entschuldigung bitten gewesen; es ge-

[1]) La France et la Prusse avant la guerre, S. 123.

nügt die Note zu lesen, um zu begreifen, daß sie den preußischen Botschafter überrascht und die Bemerkung hervorgerufen hat, dieser Schritt sei äußerst schwierig, besonders nach der Erklärung des Herzogs de Gramont vom 6. Juli, die Worte enthielt, „die S. M. den König aufs tiefste beleidigt haben mußten."

In diesem Augenblicke kam Emile Ollivier hinzu, den der Minister eintreten ließ, nachdem er ihn „mit zwei Worten" über die Sachlage unterrichtet hatte. „Er unterstützte mit allen Kräften", sagt Gramont, „die Gründe, die ich schon vorgebracht hatte. Er führte neue an, um den Freiherrn von Werther recht davon zu überzeugen, daß es galt, im Interesse des Friedens zu handeln." Der Botschafter, der die Note Gramonts mit in seinen Bericht an den König aufnahm, sagte diesem: „Herr Emile Ollivier drang mit Eifer darauf, es sei notwendig im Interesse des Friedens zu handeln und hat mich inständig gebeten, Ew. Majestät den Gedanken eines Briefes in diesem Sinne nahe zu legen." Werther meldete außerdem diese eigentümlichen Forderungen der Minister: „Alle beide sagten mir, wenn ich nicht glaube, das unternehmen zu können, würden sie sich genötigt sehen, den Grafen Benedetti damit zu beauftragen, diese Frage aufzuwerfen. Die beiden Minister hoben hervor, ein Arrangement dieser Art nötig zu haben, um die erregten Gemüter zu beruhigen und fügten hinzu, mit einem solchen Briefe könnten sie als Verteidiger gegen die Angriffe auftreten, die sicher gegen Seine Majestät gerichtet werden würden ... In ihrem lebhaften Wunsche die Sache zu beeilen, wünschten die beiden Minister, ich möchte diese Unterredung auf telegraphischem Wege mitteilen; ich habe das aber nicht für notwendig erachtet."

Emile Ollivier glaubt jetzt behaupten zu können, die Unterredung habe bei seinem Dazukommen aufgehört offiziell zu sein. „Sie wurde", sagt er, „eine der freien Unterhaltungen, wie sie Politiker unter sich haben[1])." Das geht aber aus dem Berichte Werthers keineswegs hervor, der in dieser Beziehung keine Einschränkung macht, sondern im Gegenteil das Drängen der beiden Minister, ihre Absicht den Briefentwurf Benedetti anzuvertrauen, wenn der Botschafter das nicht übernehmen könne, ihr Versprechen, den Monarchen gegen die unvermeidlichen Angriffe zu verteidigen, endlich ihren Wunsch sehr schnell ein Arrangement selbst auf telegraphischem Wege zu treffen hervorhebt. Das war doch gewiß keine gewöhnliche Unterhaltung, sondern ein offizieller Schritt, charakterisiert durch genaue und schwerwiegende Forderungen. Dieser Schritt war aber ebenso unangebracht, wie unvorsichtig und mußte

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 248.

den König beleidigen, sowohl durch die Bedingungen, die erwähnt wurden, wie durch die ungewöhnlichen und wenig diskreten Ausdrücke des Entwurfes. Der König konnte sich denn auch in der Tat nicht enthalten zu sagen, als er davon Kenntnis bekam, Werther hätte sich unverzüglich zurückziehen und die Herren de Gramont und Ollivier an Bismarck verweisen müssen. Doch will Emile Ollivier nichts darin erblicken, was den Charakter der Verhandlungen hätte ändern können. Er findet im Gegenteil „einen freundschaftlichen Schritt" darin, geeignet die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen den beiden Staaten wieder herzustellen und seinem Kollegen und ihm das Mittel zu geben, ihr friedliches Werk fortzusetzen. Er macht auf den Umstand aufmerksam, daß die Bitte, die er „eine Anregung" nennt, weder vom Kaiser noch vom Ministerrate anerkannt worden sei, und somit keinerlei offiziellen Wert gehabt hätte, während der Herzog de Gramont seinerseits behauptet, „nichts sei offizieller", als diese Unterredung.

Sicherlich muß man in der von den beiden Ministern an den Botschafter Preußens gestellten Forderung keinen „frechen und herausfordernden Anschlag" sehen, sondern das, was sie wirklich war: ein ungeschicktes und besonders ein ungeheuer gefährliches Ansinnen, das mit einer solchen Schnelligkeit formuliert oder vielmehr zusammengeschrieben wurde, daß keiner die drohende Gefahr richtig würdigte.

Nach dieser Besprechung versichert Herzog de Gramont seinem Kollegen, vor dem Ministerrate am folgenden Tage keinen weiteren Entschluß mehr fassen zu wollen und begibt sich nach Saint-Cloud, um mit dem Kaiser über die Lage zu sprechen und ihn über die Unzufriedenheit der Deputierten und Senatoren zu benachrichtigen, die eine vollständige Demütigung Preußens gewollt hätten. Er erzählt ihm seine Unterredung mit Herrn von Werther und setzt ihn über die Garantien in Kenntnis, die er im Einverständnisse mit Emile Ollivier vom Könige von Preußen geglaubt hat fordern zu müssen. Der Kaiser, der im ersten Augenblicke in den Tuilerien vor Emile Ollivier selbst anerkannt hatte, daß das Zurücktreten des Prinzen jeden Vorwand zum Kriege entferne, läßt sich durch den Gedanken beeinflussen, daß die Kammern und der Hof die Annahme der Verzichtleistung als eine „Schmach" bezeichneten. Und da der Minister des Auswärtigen Benedetti nichts von der Forderung von Garantien, die man dem Freiherrn von Werther aufgedrungen hatte, gesagt hatte, — eine sonderbare Unterlassung, die sehr schlimme Folgen haben konnte, — forderte er den Herzog de Gramont auf, dem französischen Botschafter eine Depesche nach Ems zu schicken, die erklären sollte, warum die Regierung, nach dem Empfange der Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern durch den Botschafter Spaniens,

es für notwendig hielte, daß der König von Preußen sich dem anschlösse und die Versicherung gäbe, er würde diese Kandidatur nicht wieder zulassen. Aber der Minister des Auswärtigen erwähnte in seiner Depesche nicht die an den Freiherrn von Werther und an den König in den angeführten Ausdrücken gestellte Forderung, was eine sonderbare Art zu verhandeln bekundet. Es war das eine Unterlassung, deren sich die französische Diplomatie recht sehr zu beklagen haben sollte.

Obwohl Napoleon III. bedauerte, daß ihn die Interpellation Duvernois nötigte, die Erklärungen, die hinzuziehen die Klugheit zwang, zu beeilen, gab er es doch zu, daß Benedetti vom Könige eine Versicherung verlange, die die Zukunft sicherstelle, denn die Erregung war derartig, daß es ihm unmöglich schien, sie zu beherrschen. Man hat gesagt, daß die mit dem Kaiser befreundeten Deputierten, wie Clément Duvernois und de Leusse, heimlich von ihm angestiftet worden seien zu interpellieren, um die für notwendig gehaltenen Garantien zu erlangen. Diese Deputierten leugneten das jedoch ab und erklärten, nur in ihrem eigenen Namen interpelliert zu haben, ohne Wissen des Kaisers, denn sie seien, wie die Mehrzahl der Zeitungen, überzeugt gewesen, man müsse es verhindern, daß die Kandidatur Hohenzollern ein drittes Mal auftauche, wie sie schon zweimal erschienen war, in den Jahren 1868 und 1869, so daß endlich ein modus vivendi zwischen den beiden Ländern zustande käme[1]).

So sandte denn Gramont am 12. Juli bei seiner Rückkehr von Saint Cloud um sieben Uhr abends eine Depesche an Benedetti über die an den König zu stellende Forderung der Versicherung, daß er die Kandidatur des Prinzen Leopold nicht wieder gestatten wolle. Herzog de Gramont begnügte sich nicht mehr damit, wie er es an demselben Tage um 1 Uhr 40 getan hatte, Benedetti aufzufordern, festzustellen, daß die Verzichtleistung des Prinzen ihm vom Könige von Preußen gemeldet oder übermittelt worden sei. Er wollte nun eine Garantie für die Zukunft. Im XIV. Bande seines Empire libéral bedauert Emile Ollivier sehr diese Depesche, die er für einen unerwarteten Zwischenfall erklärt, denn er ist der Ansicht, der König von Preußen würde am folgenden Tage Benedetti die offizielle Verzichtleistung des Prinzen Leopold, die er von Sigmaringen erwartete, mitteilen[2]).

Er würde sie seinem Versprechen gemäß ohne Rückhalt gutgeheißen und unseren Botschafter berechtigt haben, zugleich mit dem Rücktritte seine persönliche Zustimmung zu melden. So würde man die beiden von uns seit Beginn des Konfliktes gewünschten Bedingungen erhalten haben: die Zurücknahme der Kandidatur Hohenzollern und die Teil-

[1]) Vgl. die Zeitung L'Ordre vom 15. Januar 1871.

[2]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 255.

nahme des Königs an dieser Verzichtleistung. Bismarck, dessen Pläne und Intrigen über den Haufen geworfen worden wären, hätte seine Entlassung einreichen müssen, und Frankreich hätte einen glänzenden diplomatischen Sieg davongetragen. Emile Ollivier kann sich nicht über einen Fehler trösten, an dem er, wie er behauptet, keinen Teil gehabt hat, d. h. an der offiziellen und ungewöhnlichen Garantieforderung. Er kann nicht genug Tadelsworte finden, um die Depesche vom 12. Juli zu kritisieren, die um sieben Uhr abends abgesandt worden war. Er sagt uns, wie sehr er überrascht und verzweifelt war, als er an demselben Abend um elf Uhr erfuhr, der Herzog de Gramont habe ohne ihn zu benachrichtigen, diese unglückselige Depesche abgeschickt. Untersuchen wir, was in dieser Kritik und diesem Bedauern Begründetes ist.

Ohne allen Zweifel war das, was Herzog de Gramont getan hatte, außerordentlich bedauernswert, obwohl es durch die Zustimmung und einen späteren Brief des Kaisers gedeckt worden ist. Aber warum sollte diese Depesche bedeutungsvoller sein, als die Werther diktierte Note für den König und die Erklärungen, die die beiden Minister dazu gegeben hatten? Ollivier betrachtet die Depesche von sieben Uhr als eine Tat persönlicher Machtvollkommenheit, die ihn und Gramont anschuldigen werde, den Krieg gewollt und in der Kandidatur Hohenzollern nur einen Vorwand, ihn herbeizuführen, gesehen zu haben. Diese Bemerkung ist richtig. Aber der Bericht Werthers existiert darum nicht weniger und die unpolitischen Forderungen, die er enthält, bilden ebensogut gegen den Ministerpräsidenten wie gegen den Minister des Auswärtigen eine Haupturkunde.

Emile Ollivier erklärt in seinem letzten Bande, er habe zugleich mit der Depesche von sieben Uhr einen Brief Napoleons III. kennen gelernt, in dem er Gramont aufforderte, diese Depesche noch schärfer zu fassen[1]). Der Siegelbewahrer glaubt zu erraten, der Einfluß des Hofes von Saint-Cloud habe die Depesche, über die er sich beklagt, und die heftigen Vorwürfe Jérôme Davids und Cassagnacs den Brief Napoleons veranlaßt. Er behauptet getäuscht worden zu sein. Es war

[1]) Ich weiß von einem früheren, sehr hervorragenden Diplomaten, der sehr gut über die Tatsachen des Krieges unterrichtet war, daß Nigra mit Metternich zum Kaiser gerufen worden seien, sobald dieser von der Depesche des Fürsten Anton von Hohenzollern Kenntnis genommen hatte. Napoleon sagte ihnen freudig, der Friede sei gesichert. Die beiden Botschafter stellten nur fest, daß der General Bourbaki, der Flügeladjutant des Kaisers, sein Bedauern darüber nicht verbarg, sondern lebhaft kundgab. Nigra fuhr noch denselben Abend zur Prinzessin Mathilde, um ihr die gute Nachricht zu überbringen. Die Freude war da ebensogroß wie in den Tuilerien. Die recht zahlreiche Gesellschaft bei der Prinzessin brachte viele Toaste auf den Frieden aus und Nigra rief aus, „daß dies ein großer moralischer Sieg für Frankreich sei". Am folgenden

in der Tat mit dem Kaiser abgemacht, jeder Entschluß solle bis zur Ministerzusammenkunft vom folgenden Morgen verschoben werden, und nun befand er sich um elf Uhr abends einem höchst wichtigen Entschlusse gegenüber, der ohne seine Zustimmung gefaßt worden war. Es kam ihm darauf der Gedanke, Gramont zu bitten, mit ihm zum Kaiser zu gehen, um ihn zu bewegen, die beabsichtigte Verschärfung zurückzunehmen. Er bedachte aber, daß es Mitternacht wäre und er den Kaiser nicht wecken könne; und wenn er es auch getan hätte, würde er ihn überzeugen und Benedetti einen rechtzeitigen Gegenbefehl haben zukommen lassen können? „Es lag eine unwiderrufliche Tatsache vor", sagte er. „Ich konnte nur zwischen zwei Dingen wählen, entweder durch eine Abdankung protestieren oder suchen, die Folgen dieser Tatsache aufzuheben, die ich nicht mehr verhindern konnte[1])." Er entschied sich für das zweite und verfaßte eine neue Depesche an Benedetti, die um 1 Uhr 45 in der Nacht abging und in Ems am 13. Juli um $10^1/_2$ Uhr eintraf. Diese weniger drohende Depesche sagte, es sei unerläßlich, daß der König uns wissen lasse, er werde dem Prinzen nicht gestatten auf die Kandidatur zurückzukommen, über deren Verzichtleistung Fürst Anton Mitteilung gemacht hätte. „Sagen Sie dem König," besagte sie weiter, „daß wir keinen Kriegsvorwand suchen und nur in ehrenvoller Weise aus einer Schwierigkeit herauswollen, die wir uns nicht selbst geschaffen haben." Emile Ollivier glaubt in dieser neuen Depesche eine bedeutende Abschwächung zu sehen, da sie eine friedliche Versicherung und eine Verringerung der Garantieforderung enthielt. Der Herzog de Gramont fand den Rat des Siegelbewahrers ausgezeichnet, befolgte ihn aber nur halb. „Er stellte den Text, der die Garantie für den Augenblick verminderte, neben den, der sie für die Zukunft verlangte", und brachte so in die neue Depesche, die er an Benedetti schickte, einen Widerspruch. Dadurch sah sich Emile Ollivier vom Kaiser oder vom Minister des Auswärtigen betrogen oder verraten; er war das Spielzeug des Hofes oder einer Faktion; er merkte das und blieb!... Das war doch wahrlich zuviel Schwäche.

Kommen wir aber auf die zweite Depesche zurück, durch die Ollivier die erste abzuschwächen, das Gebiet der Erörterungen beschränken und alles zu beruhigen glaubte. Es ist nötig zu bemerken, daß diese Depesche,

---

Tage ging Prinzessin Mathilde nach Saint-Cloud, um dem Kaiser zu gratulieren. Sie wurde von ihm sehr traurig empfangen. Napoleon spazierte, gealtert und müde, langsam am Arme des Generals Renaud auf und ab und antwortete auf ihre Glückwünsche: „alles hat sich leider geändert und wir stehen von neuem wieder vor dem Kriege!"

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 270.

ebenso sinnreich wie harmlos, leider ganz unnütz war, denn sie konnte erst lange nach der von sieben Uhr ankommen, nachdem der französische Botschafter schon mit dem Könige von Preußen gesprochen hatte. Andererseits hatte diese Unterredung, in der der König von Benedetti die neue Forderung der Garantien erfuhr, ihn wohl verstimmt aber doch nicht verhindert, Benedetti für denselben Tag eine neue Audienz zu versprechen. Nun kam aber in der Zwischenzeit der Bericht des Freiherrn von Werther an, dessen unerhörte Ausdrücke den König Wilhelm in einer Weise beleidigten, daß er beschloß, mit dem französischen Botschafter nur noch durch Vermittlung seines Adjutanten, Prinzen von Radziwill, zu verkehren. Es genügt, den Brief des Königs an die Königin Augusta vom 13. Juli zu lesen, um sich von seiner Entrüstung zu überzeugen: „Hat man je eine solche Insolenz gesehen? Ich soll vor der Welt als reuiger Sünder dastehen!" Dieser Monarch, der von der königlichen Würde die erhabenste Vorstellung hatte, der mehr als alle anderen Souveräne Europas auf das geringste seiner Vorrechte hielt, konnte solche „unerklärliche Vorgänge" nicht zulassen und er war erstaunt darüber, daß der Kaiser der Franzosen sich von denen mitfortreißen ließ, die er „unerfahrene Faiseure" nannte[1]).

Und in einem Billett, das der König an den Rat Abeken schrieb, nachdem er den Bericht gelesen hatte, findet man diese erregten Zeilen: „Es ist doch notwendig an Werther zu chiffrieren, daß ich indigniert sei über die Zumutung der französischen Minister und mir das weitere vorbehalte!" Ollivier hat in diesem Billett das Wort Zumutung durch Suggestion übersetzt; das ist ein Irrtum, denn Zumutung sagt mehr als Suggestion, es liegt darin das „Sonderbare" einer Forderung. So hatte also der König in der Bitte, den Brief zu schreiben, die die beiden Minister an ihn gerichtet hatten, eine Forderung und nicht eine Anregung gesehen. Daher ließ denn auch die von ihm versprochene Sanktion nicht auf sich warten. Werther erhielt Order, Paris sofort zu verlassen. Der König verhandelte nicht mehr direkt mit Benedetti, und Bismarck, der auf einen Fehler seiner Gegner wartete, um seine Rache zu nehmen, ergriff die Gelegenheit, den Funken ins Pulverfaß zu werfen, indem er, wie man sehen wird, der Depesche, die ihm Abeken im Auftrage des Königs übersandte, in tückischer Weise eine herausfordernde und drohende Form gab. Zu sagen, daß der Bericht Werthers die Haltung des Königs von Preußen unserem Botschafter gegenüber keineswegs geändert habe, heißt denn doch sich in sonderbarer Weise täuschen. Benedetti, dem die beiden Minister nichts von den Werther von ihnen unterbreiteten For-

[1]) Oncken, Unser Heldenkaiser. — Briefe des Königs an die Königin Augusta.

derungen gesagt hatten, hat ganz recht zu sagen, — wie er es vollständig gerechtfertigt und offen getan hat, — der Bericht des Botschafters Preußens habe den König „in der beklagenswertesten Weise beeinflußt" und seine Haltung verändert. „Es sind unsere Vorschläge letzter Stunde," erklärte er, „die Bismarck gestattet haben, die französische Regierung vor die Wahl zu stellen, die größte Beleidigung einzustecken oder das Schwert zu ziehen."

Es war also nicht so sehr die Depesche vom 12. Juli 1870, sondern die vom Minister des Auswärtigen und dem Siegelbewahrer an Werther gestellte Forderung, die den schweren, den nicht wieder gut zu machenden Fehler bedeutet.

Das ist der wirkliche Grund der Weigerung des Königs, die von Bismarck mit verderbenbringender Geschicklichkeit ausgebeutet, dazu beigetragen hat, den Krieg zu entfesseln. Der unumstößliche Beweis dafür, daß die offizielle Mitteilung der Verzichtleistung des Prinzen Leopold durch Spanien für den Augenblick ausreichend war, ist die Verwunderung Lord Lyons, die er dem Herzog de Gramont in dem Augenblicke, als sie bekannt wurde, darüber ausdrückte, sie nicht als eine Lösung der Streitfrage angenommen zu sehen. Er erinnerte den Minister daran ihm die Ermächtigung gegeben zu haben, der Regierung der Königin mitzuteilen, wenn der Prinz Leopold seine Kandidatur zurückzöge, sei alles beendet. Er stellte fest, die Verzichtleistung habe die Stellung Frankreichs vollständig geändert und ließ die schwerwiegenden Worte vernehmen: „Wenn nun Krieg ausbricht, wird ganz Europa sagen, es sei die Schuld Frankreichs, und daß Frankreich sich ohne ernstlichen Grund in den Streit gestürzt habe, aus reinem Hochmute und aus Rache." „Jetzt kann Preußen darauf hoffen," sagte Lyons, „Deutschland um sich zu scharen, um einen Angriff zurückzuweisen, der nur böser Absicht und der Eifersucht Frankreichs zugeschrieben werden könne. Frankreich werde in der Tat die Meinung der ganzen Welt gegen sich haben und sein Gegner habe den großen Vorteil, offenbar zum Kriege gezwungen zu sein, um sich zu verteidigen und einen Angriff abzuwehren." Trotz dieser ernsten Ermahnung telegraphierte der Herzog de Gramont doch noch an Benedetti: „Ich habe Grund anzunehmen, daß die anderen Kabinette uns gerecht und gemäßigt finden." Und was noch viel falscher war: „Der Kaiser Alexander stimmt uns vollständig zu[1])." Eine Tatsache in dieser so wichtigen Angelegenheit, aus der unfehlbar ein Krieg hervorgehen mußte, setzt in Erstaunen, daß die beiden Minister, ohne ihre Kollegen, ohne die Männer, die, wie Chevandier de Valdrôme,

[1]) Archives diplomatiques, 1870—1871.

Segris, Mège und Plichon, im Grunde für den Frieden waren, um Rat zu fragen, sich das Recht anmaßten, zu so gefährlichen Mitteln zu greifen, und das alles nur wegen der Aufregung im Gesetzgebenden Körper und wegen der heftigen Artikel eines Teiles der Presse. Das Ministerium war in seiner Stellung ernstlich bedroht, wenn man den König von Preußen nicht dazu veranlaßte sich zu entschuldigen. Der Herzog de Gramont und Emile Ollivier wollten also das Ministerium um jeden Preis retten.

Hätten die Männer, die dem Botschafter Preußens eine unerhörte Note diktiert hatten, um daraus die Unterlage eines Briefes zu machen, den sein Souverän abfassen sollte, voraussehen können, welche schreckliche Folgen ihre Forderung haben sollte, sie würden sicherlich einem Clément Duvernois oder Jérôme David die schwere Verantwortung überlassen haben ein neues Kabinett zu bilden. Sie sahen aber eine so ungeheuerliche Zukunft nicht voraus und glaubten naiverweise, ihr neues Ultimatum würde den König zum Nachgeben zwingen und dem Kaiserreiche einen der größten Triumphe sichern. Was kommen sollte, kam. Die Garantiefrage sollte alles kompromittieren[1]).

Als der französische Botschafter am Morgen des 13. Juli den König auf der Brunnenpromenade getroffen und ihm gesagt hatte, aus Paris die Nachricht von der Verzichtleistung erhalten zu haben, betrachtete der König die Sache als erledigt. Als aber Benedetti vom Könige verlangte, die feste Versicherung zu geben, seine Zustimmung zu verweigern, wenn die Frage je wieder auftauchen sollte, lehnte das der König rundweg ab. Er blieb auch bei seiner Weigerung, als Benedetti wieder darauf zu sprechen kam und in immer dringenderer Form seine Forderung wiederholte[2]). Benedetti hatte am Tage vorher den Herzog de Gramont benachrichtigt, er sei sehr energisch in den König gedrungen, sofort einen Entschluß zu fassen und der französischen Regierung davon unverzüglich Kenntnis zu geben. Er hatte das jedoch mit Mäßigung getan und stellte fest, er würde den Anschein erweckt haben, wir wollten den Krieg, wenn er bei seiner Ankunft in Ems dem Könige ein Ultimatum gestellt hätte. Nun aber war er beauftragt, ein Ultimatum zu stellen. Am 13. Juli um zehn Uhr morgens hatte also der Botschafter, wie man

[1]) Das hat Benedetti dem Standard am 12. Dezember 1870 erklärt. Er hat dieser Zeitung versichert, der Friede sei gerettet gewesen, „als wir neue Forderungen stellten, die uns in diesen verhängnisvollen Krieg trieben". Er hat das in seinem Buche „Meine Mission in Ems" wiederholt: „Diese neue Forderung war es, die alles unmöglich machte"; was er auch in seinen Essais diplomatiques von 1895 von neuem behauptet hat.

[2]) Offizieller Bericht über das, was sich in Ems zugetragen hat, verfaßt unter der Aufsicht König Wilhelms.

gesehen hat, den König gebeten zu sagen, er werde aus eigener Autorität sein Veto einlegen, wenn der Prinz wieder auf sein Vorhaben zurückkommen sollte. „Sie verlangen von mir", antwortete der König, „eine Verpflichtung für immer und auf alle Fälle. Das kann ich nicht tun." Der König erklärte, er könne die Freiheit seines Entschlusses nicht binden und müsse sich die Möglichkeit bewahren, bei den verschiedenen Fällen, die vorkommen könnten, auf die Umstände Rücksicht zu nehmen, er habe aber keinerlei verborgene Hintergedanken; diese Sache habe ihm übrigens zu viele Sorgen bereitet, als daß er nicht wünschen sollte, sie wäre für immer aus der Welt geschafft. Er machte der Unterredung ein Ende, indem er sein Bedauern ausdrückte, „ein neues und unerwartetes Zugeständnis" nicht machen zu können. Das ist die Wahrheit.

Ohne jeden Zweifel hat der König, wie ich wiederhole, nicht recht daran getan, seine Zustimmung zur Verzichtleistung des Prinzen Leopold auf sich warten zu lassen; seine einzige Entschuldigung war, daß Deutschland begreifen solle, er wolle dem Prinzen die volle Initiative lassen, damit er für sich selbst den Vorwurf eines übereilten Zugeständnisses vermeide. Er wollte feststellen, daß er als Familienoberhaupt gehandelt habe und daß er, da er als König nicht befohlen habe, die Kandidatur auf den spanischen Thron anzunehmen, nicht verlangen könne sie zurückzuziehen. Er sagte das und wollte, daß es geglaubt werde. Er wartete auf den Brief des Prinzen, der von Sigmaringen kommen sollte, um sich dann auszusprechen und der Verzichtleistung zuzustimmen. Diese Genugtuung, die auf sich warten ließ, die aber doch stattfinden sollte, abzuwarten, lag im Interesse unserer Politik.

Aber die Minister wollten nicht nur, daß sie sofort gegeben werde, sie verlangten auch, daß der König zugleich die Versicherung gäbe, dem Prinzen nicht mehr zu gestatten, auf seine Kandidatur zurückzukommen. So lag die Sache. Obwohl man die vorhergehenden ausweichenden Antworten des Königs mit Recht tadeln kann, so bleibt es doch nicht weniger wahr, daß durch die neue Forderung des französischen Kabinetts die Unzufriedenheit, die der Rücktritt des Prinzen Leopold in Deutschland hervorgerufen hatte, vergrößert wurde, für den die Verantwortung weniger auf den Prinzen als auf den König fiel, wenn dieser der neuen Verpflichtung zustimmte. Das hatte Bismarck vorausgesehen, der übrigens, wie man jetzt weiß, dem Könige geraten hatte, abzuwarten, welchen Eindruck die Nachricht von der Verzichtleistung in Paris machen würde, ehe er seine Zustimmung gäbe. Das war die Falle, die er aufgestellt hatte und in die man blindlings gehen sollte.

„Benedetti ist auf die Promenade gekommen," schrieb der König an die Königin Augusta, „und anstatt sich über die Verzichtleistung des

Prinzen erfreut zu zeigen, hat er von mir verlangt zu erklären, daß ich für immer und unter allen Umständen meine Zustimmung versagen werde, wenn diese Kandidatur sich wiederhole. Natürlich habe ich das energisch abgelehnt und da er dringender und fast unverschämt wurde, habe ich ihm schließlich geantwortet: „Setzen wir einmal den Fall, Ihr Kaiser selbst nehme diese Kandidatur an, dann würde ich ja, wegen dieses Versprechens, das man von mir verlangt, mit ihm selbst in Widerspruch geraten müssen[1])." Indem er sich weigerte dieser neuen Forderung zuzustimmen, sagte der König Benedetti, er würde ihn rufen lassen, sobald er den Brief aus Sigmaringen erhalten hätte, der die offizielle Verzichtleistung bringe.

Nun kam aber in der Zwischenzeit der Bericht des Botschafters an. „Leider", schrieb der König der Königin, „hat Werther nach einer solchen Zumutung nicht sofort das Zimmer verlassen und seine interlocuteurs an den Minister Bismarck verwiesen!" Nun war der gefürchtete Name des Kanzlers ausgesprochen. Von nun an sollte alles anders werden!

Die authentischen Depeschen beweisen, daß Herzog de Gramont sich im Anfange mit der einfachen Verzichtleistung begnügt haben würde. Erst infolge der übertriebenen Forderungen der bonapartistischen Partei, der bevorstehenden Interpellationen und der heftigen Artikel gewisser Zeitungen hat er, wie man weiß, mehr verlangt. Was man auch sagen und erfinden mag, — man kann das nicht genug wiederholen, — es steht fest, daß die ganze Angelegenheit zu unserem Vorteil ausgefallen wäre, wenn man die durch den spanischen Botschafter übermittelte Verzichtleistung angenommen und die Geduld gehabt hätte, die Zustimmung des Königs abzuwarten. Bismarck fürchtete das einen Augenblick und machte sich bereit zurückzutreten. Es waren die in den Bericht Werthers aufgenommene Note vom 12., ferner die an demselben Tage auf Veranlassung des Herzogs de Gramont und dann auf Befehl des von der Kaiserin und dem Hofe gedrängten Kaisers an Benedetti gesandten Depeschen, die die schließliche Katastrophe herbeigeführt haben. Die Verantwortung für diese so schwerwiegende Tatsache verteilt sich: auf eine stürmische Minderheit des Gesetzgebenden Körpers, die ihren Willen der Majorität und dem Kabinette aufzwingt, auf eine betörte Presse und Hauptstadt, die nur auf ihre Leidenschaften und ihren Groll hören, auf einen Souverän und eine Souveränin, die sich durch eine schlecht unterrichtete öffentliche Meinung und durch unwissende Höflinge leiten lassen, und auf einen Ministerpräsidenten und einen Minister des Auswärtigen, die hochmütig und unbesonnen sind.

---

[1]) Onden, Unser Heldenkaiser.

Wenn, wie Emile Ollivier behauptet, die Politik des Kaisers eine Rückkehr zu den Machenschaften des persönlichen Regiments bedeutete, wenn der Herzog de Gramont seine Rechte überschritten hatte, dann mußte er den Souverän auf seine verfassungsmäßigen Pflichten aufmerksam machen und den Herzog de Gramont zwingen, sich zurückzuziehen, oder aber selbst zurücktreten. Das geschah aber nicht. Der Kurier von Sigmaringen kam endlich in Ems an, nach dem Berichte Werthers, um ein Uhr. Der König hatte Benedetti versprochen, ihn rufen zu lassen; um aber eine neue Diskussion zu vermeiden, schickte er den Prinzen von Radziwill, seinen Flügeladjutanten, zu ihm, der ihm zunächst den offiziellen Rücktritt des Prinzen Leopold anzeigte und ihm sagte, der König betrachte die Sache als erledigt. Benedetti bedankte sich beim Prinzen von Radziwill, bestand dann aber darauf, die Gewißheit haben zu wollen, daß der König nicht gestatten werde, daß die Kandidatur des Prinzen Leopold sich in Zukunft wiederhole. Prinz von Radziwill überbrachte seinem Souverän die Bitte des Botschafters und brachte diese offizielle Antwort: „Der König hat eingewilligt, seine volle Zustimmung zur Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern rückhaltlos zu geben. Er kann nicht mehr tun." Der König autorisierte den Botschafter, diese Antwort sofort nach Paris zu übermitteln.

Benedetti, der sich persönlich mit diesem Zugeständnisse begnügt haben würde, mußte, obwohl ungern, den ausdrücklichen Befehlen, die er erhalten hatte, gehorchen, und ersuchte um eine neue Unterredung mit dem Könige. Dieser ließ ihm durch denselben Flügeladjutanten antworten, er sei gezwungen es absolut zu verweigern, in neue Verhandlungen über eine Versicherung zu treten, die ihn für die Zukunft verpflichte. Der König hätte am Morgen in dieser Angelegenheit sein letztes Wort gesagt und der Botschafter müsse sich damit begnügen. „Aus diesem Grunde", sagt der offizielle Bericht, „verweigerte der König eine neue Audienz, da er keine andere Antwort geben konnte und von diesem Augenblicke an alle weiteren Verhandlungen durch Vermittlung der Minister zu geschehen hätten. Der König hat dem Wunsche des Grafen Benedetti willfahren, von ihm bei seiner Abreise Abschied nehmen zu dürfen, indem er den Botschafter am Bahnhofe begrüßte, als er nach Koblenz abreiste." Alfred Mézières, der sich zu derselben Zeit in Ems befand, stimmt mit Benedetti darin überein, daß es bei dieser Gelegenheit „weder einen Beleidiger noch einen Beleidigten" gegeben habe, und daß die Beziehungen zwischen dem Könige und dem Botschafter bis zur letzten Minute die vollständigste Höflichkeit zur Schau getragen hätten. Er nahm denselben Zug wie der Botschafter, der sie

nach Paris führte, und er hatte Zeit, sich mit ihm über diese unbestreitbare Wahrheit ins Einvernehmen zu setzen.

Aus der Weigerung des Königs, weiter über die Hohenzollernsche Angelegenheit zu sprechen, geht hervor, daß er seine Person nicht mehr zu Besprechungen hergeben wollte, die aufhörten den Charakter einer persönlichen Unterredung zu haben und für ihn beleidigend wurden. Das war die Übergabe der politischen Angelegenheit in die Hände Bismarcks, dem der König „einen Bericht und eine Auseinandersetzung, die in seinem Auftrage und unter seiner direkten Zustimmung abgefaßt waren", zukommen ließ. Dieser Bericht und diese Auseinandersetzung waren vom Prinzen von Radziwill verfaßt[1]). Die berühmte Emser Depesche, die Depesche Abekens, kam erst später. Sie hat zu zahlreichen Kommentaren Veranlassung gegeben, über die Art, wie sie von Bismarck zugerichtet und zugeschnitten worden ist. Sie hat Veranlassung zu einer Legende gegeben, die, wie Albert Sorel gezeigt hat, „die Gemüter in Deutschland und Frankreich gleichmäßig in Flammen setzen sollte. Man sollte in der Tat sehen," sagt er, „wie die kaiserliche Regierung die heimtückische Waffe ergriff, die ihr Bismarck bot, um sich derselben zu bedienen, die öffentliche Meinung in Frankreich in Erregung zu bringen, dieser selben Erfindung einer Beleidigung, deren man sich in Deutschland bediente, um die Masse aufzureizen. Dieselbe Fabel täuschte die beiden Länder." Ich werde im nächsten Kapitel einige ergänzende Einzelheiten darüber bringen.

Es scheint, daß am Tage nach der Garantieforderung im Ministerrate am Morgen von gewissen Ministern heftige Proteste gegen die neuen Instruktionen erhoben worden sind, die ohne ihre Zustimmung Benedetti gegeben worden waren. Um den Gerüchten über diese Mißhelligkeiten ein Ende zu machen, veröffentlichte der Constitutionnel eine halbamtliche Mitteilung, in der behauptet wurde, das Ministerium sei „einig wie am ersten Tage, einig mit der Kammer und dem Lande in der Absicht den Frieden Europas zu wahren, ohne die Ehre und die Interessen Frankreichs darum zu opfern." Diese Einigkeit war nur scheinbar, denn die Politik des Herzogs de Gramont war nicht die Emile Olliviers, obgleich dieser durch die Umstände gezwungen war ihr zuzustimmen. Der Minister des Auswärtigen hatte einen Stolz und eine Selbstzufriedenheit, die bei ihm die Verdienste ersetzen mußten.

Ich glaube ihn noch zu sehen, wie er nach Verlesung der Erklärung am 6. Juli auf einer der Bänke in den Wandelgängen saß, mit dem Rücken an eins der großen Fenster gelehnt, die auf den Ehrenhof des

---

[1]) Vgl. die Archives diplomatiques (1871—1872) Nr. 107 und 108.

Palastes Bourbon gehen. Vor ihm standen sieben oder acht Deputierte der Rechten, die ihn mit achtungsvoller Ehrerbietung betrachteten. Er war noch wie unter dem Banne der enthusiastischen Beifallsbezeugungen, die seine drohenden Worte erhalten hatten, und tat sich gütlich an dem, was er für einen Triumph hielt. Sein stolzer Kopf überragte einen großen Kragen, den eine breite und lange Krawatte von schwarzer Seide umgab. Seine feine Hand ruhte auf einem Portefeuille, das mit Papieren angefüllt war, in dem jeder von seinen Bewunderern die Geheimnisse Europas enthalten glaubte. Seine stolze Haltung imponierte. Er hielt sich gut. Er schien der lebendige Schiedsrichter über unsere Geschicke zu sein. „In achtundvierzig Stunden", sagte er seinen entzückten Zuhörern, „wird der deutsch-französische Zwischenfall erledigt sein!" Ich begreife, daß beim Anblicke dieses umschwärmten, beglückwünschten, belobhudelten Ministers mit der ernsten und feierlichen Miene, mit dem Blicke eines Metternich und dem Lächeln Talleyrands, mehr als ein Mitglied der Majorität, wenig bekannt mit den diplomatischen Geschäften und ihn für ein Orakel haltend, geglaubt hat, in diesem Augenblicke habe der Graf von Bismarck endlich seinen Meister gefunden[1]). Weniger selbstzufrieden dem Anscheine nach, aber doch ebenso seiner Unfehlbarkeit sicher, jedoch erregter und fieberhafter, erschien Emile Ollivier. Groß und mager, immer schwarz gekleidet, als sei er zu irgendeiner Trauerfeierlichkeit geladen, die goldene Brille beständig vor den sehr beweglichen Augen, das bleiche und glattrasierte Gesicht eingefaßt von einem schmalen Backenbarte, der Mund kräftig und hervortretend, mit hoher Stirn, von schnellen und kurzen Bewegungen, die Sprache durchdringend und überstürzend, immer zu einer Antwort bereit, gestützt

---

[1]) Ludovic Halévy, der am Vorabende des Krieges einer Aufführung der Stummen in der Oper beiwohnte, wo Marie Sasse auf Befehl die Marseillaise sang, hat uns diese Schilderung des Herzogs de Gramont, den er in einer kleinen Loge auf dem Theater bemerkt hatte, hinterlassen: „Neben dem Kammerherrn de Laferrière befand sich unser Minister des Auswärtigen, Herr de Gramont, ein sehr angenehmer Herr, wie es scheint, der aber den Fehler hat, sich in den Kopf gesetzt zu haben, ein Genie zu sein. Das war seine Bestimmung nicht. Er hat der französische Bismarck sein wollen und wir wissen, was daraus entstanden ist. Der Herzog de Gramont ist einer von den Leuten, die sich vom Morgen bis zum Abend sagen: Seien wir Herr Talleyrand! Einem meiner Freunde, der im Jahre 1870 in einer Audienz empfangen wurde, tischte er diese außergewöhnliche Phrase auf: „Ein Diplomat muß stets mit Stillschweigen zuhören und wenn der andere zu sprechen aufhört, antworten: Ich wußte das." Mein Freund glaubte nicht recht gehört zu haben und ließ sich die Phrase wiederholen. Der Herzog de Gramont ist schön, ein wenig zu schön. Steif, kalt, würdig, bemühte er sich offenbar, während Marie Sasse die Marseillaise sang, undurchdringlicher und ruhiger als sonst zu sein. Er sagte sich: „Man darf auf meinem Gesichte nichts lesen können", und man las nichts darauf, absolut nichts.

auf seinen großen Ruf als Advokat und politischer Redner, es mit jedem Gegner auf irgendwelchem Gebiete aufnehmend und jederzeit zu den verschiedensten Streitfragen bereit, ohne je eine Ermüdung zu fühlen. Seit dem 2. Januar war er unzählige Male auf die Tribüne gestiegen um über die Amnestie, den Prozeß des Prinzen Pierre Bonaparte, die Verfolgung Henri Rochefforts, den Arbeiterausstand in Creusot, das Regime der Presse, die Verwaltung, die offiziellen Kandidaturen, Algier, das Plebiszit, die Reform der Gesetzgebung, die Öffentlichkeit der Generalräte, die Ernennung der Bürgermeister, die auswärtige Politik des Ministeriums, die Verbannung der Bourbonen, die Kandidatur Hohenzollern zu sprechen. Begabt mit einer Sicherheit, die auf seiner leidenschaftlichen Beredsamkeit und seinen reichen geistigen Hilfsmitteln beruhte, hatte er die schwere Bürde auf sich genommen, die ihm in der Hoffnung, mit der Gewißheit angeboten worden war, er werde alle Hindernisse überwinden. Aber sein Scharfblick glich seiner Beredsamkeit nicht. Wie hätte man daran glauben können, wenn man am 30. Juni 1870, sechs Tage vor der Rede des Herzogs de Gramont, vierzehn Tage vor der Kriegserklärung aus seinem Munde diese überraschende Behauptung auf eine dringende Anfrage Jules Favres hörte: „Die Regierung ist ohne Unruhe. Zu keiner Zeit ist ihr die Erhaltung des Friedens gesicherter erschienen. Wohin man die Blicke richten mag, sie sieht keine Frage, die beunruhigen könnte; alle Kabinette begreifen, daß die Achtung der Verträge allen geboten ist. Es sind zwei Verträge da, mit denen der Friede Europas besonders verknüpft ist: es ist das der Vertrag von 1856, der den Frieden im Orient sichert, und der von Prag, der ihn in Deutschland sichert. Es steht heute bei der europäischen Diplomatie fest, daß sie beide geachtet werden. Wenn die Regierung die geringste Sorge hätte, würde sie Ihnen in diesem Jahr nicht eine Verminderung des Kontingents um 10 000 Mann vorschlagen."

Und die Majorität, die vertrauensvoll diesen so entschiedenen Versicherungen Beifall zollte, ahnte nicht, daß in kurzer Zeit der Prager Vertrag nur noch ein Wisch sein würde, und der Pariser Vertrag dem Gutdünken einer Konferenz überliefert werde, an der Frankreich nicht teilnahm!... Zwei Tage darauf nannte sich Ollivier den Vermittler der großen Stimme der Massen, des Volkes von Frankreich, „das gestern uns noch zurief: Frieden! Frieden!" Am 6. Juli erklärte er, wenn er den Krieg für unvermeidlich hielte, würde das Kabinett, dessen Chef er wäre, ihn nicht beginnen, ohne vorher die Unterstützung des Parlaments erbeten und erhalten zu haben. Er erbat sie allerdings, aber erst als die Frage schon derart vorgeschritten war, daß jede Hoffnung, noch zu einer friedlichen Lage gelangen zu können, vollständig ausgeschlossen war.

Er verlangte sie mit ergreifendem Feuer, mit einer unbestreitbaren Überzeugung, war aber in diesen tragischen Umständen mehr Redner als Staatsmann, mehr Dichter als ein Mann der Tat, mehr Künstler als Politiker. Ob er es will oder nicht, sein gesuchter Stil, seine geschraubte Denkart, seine vorbereiteten Phrasen, seine erregte Sprache, sein feierlicher Ton können wohl auf Zuhörer, die stets für Beredsamkeit empfänglich sind, Eindruck machen, aber alles Talent und alle diese Effekte werden die Fehler nicht auslöschen, die er in schroffer Weise auf andere schiebt, die jetzt nicht mehr da sind und ihm nicht antworten können, Fehler, die ihm eine besondere und unverwischbare Verantwortung auferlegen. Wenn er sich ganz allein in das schreckliche Abenteuer von 1870 verirrt hätte, würde man ihn nach allem haben beklagen können, aber wie soll man mit seinem persönlichen Geschick Mitleid haben, wenn man bedenkt, was das Schicksal des Landes gewesen ist? ... Es ist gewiß eine schöne Phrase, wenn er sagt: „Es gibt wenig so tragische Epochen in der Geschichte, als die des Ministeriums vom 2. Januar. Sie erinnert an die Musiker in Romeo und Julia, die, zu einem Hochzeitsmahle eingeladen, kamen, um Grabgesänge zu singen." Leider ist es nur eine Phrase.

Zu dem Archivar des Auswärtigen Amtes, Herrn Deluns-Montaud sagte Emile Ollivier eines Tages: „Ich wollte in Saint-Cloud meine Entlassung einreichen, als man mir mitteilte, daß der Krieg erklärt sei, ohne mich weiter um Rat gefragt zu haben. Was sollte ich da machen? Was wollen Sie, das ein Ehrenmann tue, wenn das Land in Gefahr ist? Bleiben. Und ich blieb. Und nun bedenke man nur, wem ich mich gegenüber befand: Bismarck, diesem schamlosen Betrüger, einem kranken Kaiser, einer betörten Frau, schließlich einer allmächtigen Kamarilla, die nur einen Gedanken hatte: dem Souverän den wahren Zustand Frankreichs und seiner gefährlichen Gegner zu verbergen! Wohin sollte das alles führen?" Es ist offenbar, daß Emile Ollivier gedacht hat, seinen Mut zu beweisen, als er unter diesen Umständen an der Regierung blieb, aber seine Gegenwart ließ die Mehrheit in dem Glauben, unsere Klagen seien berechtigt und unsere politische Haltung habe keine Vorwürfe zu fürchten brauchen. Kein Mitglied des Gesetzgebenden Körpers, selbst nicht die Heißsporne, waren über die Handlungen und Schwankungen unserer Politik auf dem laufenden. Alle glaubten, unsere Forderungen hätten stets dasselbe Ziel im Auge gehabt, und jede Genugtuung sei ihnen verweigert worden. Alle waren überzeugt, wir gingen in den Krieg mit dem guten Rechte auf unserer Seite, mit vorzüglichen Vorbereitungen, mit einer aufs beste versehenen Armee, mit einem deutlich gefaßten Plane, mit sicheren Bündnissen. Wie sollte die Majorität eine Regierung nicht

unterstützen, von der sie glaubte, sie sei vorsichtig und fest? Sie wußte nicht, daß es in diesem Ministerium, das sie für einig und entschlossen hielt, Männer gab, die durchaus für den Frieden waren. Sie wußte nicht, daß der Souverän an demselben Tage und mehrere Male an einem Tage von einer Idee zur anderen übersprang, unschlüssig, ob er mobilisieren sollte oder nicht. Sie wußte nicht, daß der Marschall Le Boeuf und der Admiral Rigault de Genouilly mit ihrem Rücktritte drohten, wenn man ihnen nicht die sofortige Möglichkeit gäbe, die Reserven einzuberufen. Sie wußte nicht, daß ihre Weigerung, dem Ministerium die Mittel zur Verteidigung und notwendigen Tätigkeit zu geben, die Kader und den Effektivbestand geschwächt hatten. Sie hatte das Gesetz von 1868 gegen ihren Willen gemacht, indem sie dabei alle zu seiner Wirkung notwendigen Mittel verweigerte und die Kredite zu seiner normalen Anwendung beschnitt.

Auch die Opposition hatte bei dieser Frage eine große Verantwortung übernommen, und niemand hat vergessen, daß Garnier-Pagès, Jules Favre, Eugène Pelletan und andere die für unsere Militärmacht notwendigen Ausgaben bestritten und die Möglichkeit eines Einfalles geleugnet hatten. Die Majorität hatte der Verminderung des Kontingents zugestimmt, und am 2. Juli fand Ernest Picard diese Verminderung noch nicht groß genug. Der Majorität war es unbekannt, daß England am 13. Juli die kaiserliche Regierung auf die Verantwortlichkeit aufmerksam gemacht hatte, die sie auf sich lüde, wenn sie sich nicht mit der Verzichtleistung des Prinzen Leopold für befriedigt erklärte. Die Regierung sagte ihr von alledem nichts. Die Majorität ging, aufgeregt durch die Kundgebungen und die kriegerischen Artikel der Presse, blindlings in den Krieg, da sie den Verlust der Popularität fürchtete, wodurch ihre Zukunft vernichtet würde, und da sie im Lande einiges Prestige wieder zu erlangen suchte. Am 14. Juli beschränkte sich der Herzog de Gramont, anstatt alle Mißverständnisse zu zerstreuen und zu versichern, daß die Zustimmung des Königs, wie Benedetti gemeldet hatte, auf die Verzichtleistung des Prinzen Leopold folgen würde, darauf, den offiziellen Rücktritt, der durch Vermittlung Spaniens gemeldet war, anzukündigen und zu sagen, die Verhandlungen mit Preußen seien noch nicht zum Abschluß gelangt. Diese Mitteilung wurde durch enttäuschtes Gemurmel und durch Ausrufe der bonapartistischen Rechten beantwortet, die nur danach trachtete, dem Ministerium Ollivier einen Possen zu spielen. Die Kriegspartei gewann die Oberhand. Beim Verlassen des Gesetzgebenden Körpers, der die unheilschwangere Interpellation Clément Duvernois' und Jérôme Davids vertagt hatte, erhielt Herzog de Gramont die Depesche Benedettis, die ihm die Wei-

gerung des Königs, eine Garantie für die Zukunft zu geben, anzeigte. Der Minister glaubte auf dieser Forderung bestehen zu müssen, trotz des entgegengesetzten Rates Lord Lyons', der überrascht und betrübt war über dieses so unpolitische Drängen. Der Herzog forderte also Benedetti auf, einen letzten Versuch zu machen, um vom Könige ein einfaches Verbot zu erlangen, daß Prinz Leopold seinen Entschluß ändere. Es war zu spät. Der Bericht Werthers hatte seine Wirkung getan, und der König, gekränkt darüber, daß die beiden französischen Minister gewagt hatten, ihm durch den Botschafter eine solche Zumutung zu machen, entschloß sich, die Notwendigkeit eines Krieges ins Auge zu fassen.

Da geschah es, daß Bismarck, der seit 1868 alles vorbereitet hatte, aber behauptete, von der Kandidatur Hohenzollern nur zufällig durch eine der Privatpersonen, die in die spanischen Verhandlungen verwickelt waren, Kenntnis erhalten zu haben, der geduldig die Intrige geschürzt hatte, bei der er fast einen Augenblick seinen Ruf als geschickter Politiker und seine Stellung als Kanzler eingebüßt hätte, wieder die Oberhand bekam. Er reizt die preußischen Zeitungen auf, berichtet öffentlich über Deutschlands Unzufriedenheit, bedauert die übergroße Mäßigung des Königs und spricht von Genugtuung, die man von Frankreich fordern müsse. Nun sollte die französische Regierung die Worte des Herzogs de Gramont zurücknehmen, sonst würden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden. Er hatte sieben Tage gehabt, um über die Erklärung vom 6. Juli nachzudenken, die er für Preußen als ebenso drohend wie beleidigend erklärt. Er sagt, die Kandidatur Hohenzollern sei nur ein Vorwand, und Frankreich suche nur die Demütigung von Sadowa zu rächen. Er will nun auch „Garantien", Garantien gegen die Gefahr eines plötzlichen Angriffs. Er verlangt von der französischen Regierung die Bestätigung, daß der spanische Zwischenfall erledigt sei, und daß sie der Mäßigung des Königs Gerechtigkeit widerfahren lasse. Als er so alles in Feuer und Flammen gesetzt hat, ist er zum Handeln bereit, und dann kommt die Emser Depesche.

Bismarck wagt in seinen Gedanken und Erinnerungen[1]) zu behaupten, die Affäre Hohenzollern als eine spanische und nicht als eine deutsche Frage betrachtet zu haben. Er gesteht aber, nicht versäumt zu haben, alle möglichen Folgen unter dem Gesichtspunkte deutscher Interessen erwägt zu haben. Das war übrigens seine Pflicht. Er dachte aber mehr an wirtschaftliche als an politische Beziehungen, denen ein spanischer König deutscher Abstammung förderlich sein könnte. Was der Kanzler

[1]) Bd. II, S. 100.

vom Prinzen Leopold erwartete, war die Geschicklichkeit, das Land zu beruhigen und die monarchische Macht zu befestigen. Natürlich würde der neue König berufen sein, mit Deutschland ausgedehnte industrielle und kommerzielle Beziehungen zu unterhalten. Für die deutsche Politik wäre kein Grund vorhanden, dieses, seinen Interessen günstige Element abzuweisen, es sei denn, daß man die Besorgnis, Frankreich könne unzufrieden sein, als Grund gelten lassen wolle. Diese Macht brauchte aber nicht beunruhigt zu sein. In der Tat würde der König von Spanien beim Eintritt des früher oder später vorauszusehenden deutsch-französischen Krieges, auch wenn er den besten Willen gehabt hätte, nicht daran denken können, Frankreich anzugreifen. Was das später bewiesen habe, sei die Haltung Spaniens in dem Konflikt Hohenzollern gewesen. Der Kanzler bemüht sich zu erklären, politisch der Frage ziemlich gleichgültig gegenüber gestanden zu haben, und Fürst Anton wollte sie, ebensowenig wie er, auf Kosten des Friedens zum Ziele führen. Er leugnet die Ministerkonferenz, in der in Berlin die Frage erwogen worden sei. Ebenso leugnet er, die Hohenzollernsche Kandidatur „une excellente chose" genannt zu haben. Er behauptet, die Politik Napoleons habe von Anfang an einen unberechtigten und provozierenden Charakter gehabt. Er beschuldigt den Kaiser, den ersten Vorwand ergriffen zu haben, um mit Preußen Händel zu suchen. Er wundert sich darüber, daß Spanien, eine selbstbewußte Nation, mit Gewehr bei Fuß zugesehen habe, wie die Deutschen sich auf Tod und Leben gegen Frankreich schlugen, um ihnen die freie Königswahl zu sichern; er bedauert, daß das spanische Ehrgefühl, das sich später in der Karolinen-Frage so empfindlich angestellt, 1870 sich nicht ebenso gezeigt habe Er wiederholt, daß sein Ministerium im Anfange von der Hohenzollernschen Frage nichts gewußt habe, da sich alles auf die persönlichen Beziehungen zwischen dem Könige und einem Prinzen seiner Familie beschränkt habe. Anstatt sich an Spanien zu halten, das für seine Wahl verantwortlich wäre, habe Frankreich das Unrecht begangen, sich an den König von Preußen zu wenden, den zu dieser Angelegenheit nichts als der Familienname und die deutsche Landsmannschaft in Beziehung brachte. Der beleidigende Charakter der französischen Zumutung wurde verschärft durch die drohenden Herausforderungen der Presse und durch die Verhandlungen in der Gesetzgebenden Versammlung. Die Erklärung vom 6. Juli war also eine offizielle Bedrohung mit der Hand am Degengriff.

Das ist die Darstellung Bismarcks. Wenn man seinen Versicherungen Glauben schenkt, hatte er mit der Hohenzollernintrige nichts zu tun. Er hat sie weder vorbereitet noch gekannt. Frankreich hat aus einer sehr

einfachen Sache eine gefährliche gemacht. Es hat irgendeinen Vorwand gesucht, um Preußen zu bedrohen und es zu einem unmöglichen Rückzuge zu zwingen, wobei Frankreich die Ehre und Unabhängigkeit dieser Nation seinen ungerechten Forderungen aufopfern wollte. Sich dem zu unterwerfen würde eine ganz andere Demütigung gewesen sein als die von Olmütz. Der Kanzler betrachtete also den Krieg als eine Notwendigkeit, doch wälzte er die ganze Verantwortung auf Frankreich. Man weiß aus dem, was ich gesagt und festgestellt habe, was man von einer solchen kühnen Behauptung zu halten hat.

Drittes Kapitel.

Die Emser Depesche.

Ich habe im vorigen Kapitel gesagt, daß der offizielle Bericht über die Emser Vorgänge am 13. Juli, der unter der Aufsicht König Wilhelms abgefaßt worden ist, so schloß: „Der König hat dem Wunsche des Grafen Benedetti willfahrt, von ihm bei seiner Abreise Abschied nehmen zu dürfen, indem er den Botschafter am Bahnhofe begrüßte, als er nach Coblenz abreiste." Diese Höflichkeit des Königs, der dem französischen Botschafter gegenüber, seit dessen Ankunft in Ems, keinen Augenblick sein verbindliches Wesen geändert hatte, reizte Bismarck, der es lieber gesehen hätte, wenn sein Herr von der ersten Audienz an ihn von oben herab behandelt und ihn barsch darauf verwiesen hätte, mit dem preußischen Kanzler zu verhandeln. Das war eine delikate Sache, da gleich bei der ersten Besprechung der Unterstaatssekretär von Thile erklärt hatte, die preußische Regierung wisse absolut nichts von dieser Angelegenheit, die sie im übrigen nichts anginge. In seinen Gedanken und Erinnerungen hat sich der Kanzler über die persönliche Politik seines Herrn beklagt: „Unter dem Drucke von Drohungen hatte der König während seiner Badekur vier Tage hintereinander den französischen Botschafter in Audienz empfangen. Er hat, ohne den Beistand eines Ministers, seine monarchische Person der unverschämten Bearbeitung durch diesen fremden Agenten exponiert. Durch diese Neigung, die Staatsgeschäfte persönlich und allein auf sich zu nehmen, war der König in eine Lage gedrängt worden, die ich nicht vertreten konnte. Meines Erachtens hätte Seine Majestät in Ems jede geschäftliche Zumutung des ihm nicht gleichstehenden französischen Unterhändlers ablehnen und ihn nach Berlin an seinen Minister des Auswärtigen verweisen müssen. Der hätte dann durch Vortrag in Ems oder, wenn man dilatorische Verhandlung nützlich gefunden, durch schriftlichen Bericht die Entscheidung des Königs einzuholen gehabt. Aber bei dem hohen Herrn, so korrekt er in der Regel die Ressortverhältnisse respektierte, war die Neigung, wichtige Fragen persönlich zwar nicht zu entscheiden, aber doch zu verhandeln, zu stark . . . Daß der König sich nicht mit dem ihm in so großem Maße eigenen Gefühle seiner hoheitvollen Würde der Benedettischen Aufdringlichkeit

von Haus aus entzogen hatte, daran lag die Schuld zum großen Teile in dem Einflusse, den die Königin aus dem benachbarten Coblenz her auf ihn ausübte. Er war 73 Jahre alt, friedliebend und abgeneigt, die Lorbeeren von 1866 in einem neuen Kampfe aufs Spiel zu setzen. Aber vom weiblichen Einflusse befreit, blieb das Ehrgefühl des Erben Friedrichs des Großen und des preußischen Offiziers in ihm stets leitend. Gegen die Konkurrenz, die seine Gemahlin mit ihrer weiblich berechtigten Furchtsamkeit und ihrem Mangel an Nationalgefühl machte, wurde die Widerstandsfähigkeit des Königs abgeschwächt durch sein ritterliches Gefühl der Frau und durch sein monarchisches Gefühl einer Königin und besonders der seinigen gegenüber. Man hat mir erzählt, daß die Königin Augusta ihren Gemahl vor seiner Abreise von Ems nach Berlin in Tränen beschworen habe, den Krieg zu verhüten im Andenken an Jena und Tilsit. Ich halte die Angabe für glaubwürdig bis auf die Tränen[1])."

Bei seiner Ankunft in Berlin von Varzin aus hatte der Graf von Bismarck die Nachricht erhalten, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe. Diese unerwartete Lösung machte ihn bestürzt, so daß sein erster Gedanke war aus dem Dienste zu scheiden. Der König hatte ihm telegraphieren lassen, zu ihm nach Ems zu kommen. Bismarck hatte das verweigert unter dem Vorwande, seine Anwesenheit in Berlin sei notwendig. In Wirklichkeit blieb ihm eine Hoffnung, daß der Herzog de Gramont die ganze Bedeutung der Zurücknahme der Kandidatur nicht begreifen und noch mehr verlangen würde. Wie eine Spinne im Hintergrunde ihres Netzes verborgen wartete er darauf, daß ihm sein ungeschickter Gegner die so sehr erwünschte Beute ausliefern würde; und so geschah es. Es ist heute allgemein bekannt, wie Bismarck Mittel und Wege fand, die Feindseligkeiten zu überstürzen, indem er eine neue Depesche aus Ems vom Nachmittage des 13. Juli änderte, und wie er nicht davor zurückgeschreckt ist, daraus die unvermeidliche Ursache des Krieges zu machen. Zweiundzwanzig Jahre nachher hat er sich dessen gerühmt in einem Interview oder vielmehr in einer Mitteilung an die Neue Freie Presse vom 20. November 1892. Ich bin genötigt auf diese so schwerwiegende Tatsache zurückzukommen, denn es ist von Wichtigkeit ein für allemal festzustellen, wie der preußische Kanzler vorgegangen ist. Man hat allzu lange an die Unversehrtheit der im Namen des Königs von Abeken am 13. Juli um 3 Uhr 50 abgeschickten Depesche geglaubt und man hat nicht scharf genug auf den Unterschied aufmerksam gemacht. Die Depesche besteht in der Tat aus zwei Teilen: einer ist vom Könige Abeken diktiert worden und der andere ist ein Bericht oder eine Erklärung

[1]) Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, S. 106 und 107.

von Abeken selbst, wie später der Reichskanzler von Caprivi festgestellt hat. Wie ich an anderer Stelle nachgewiesen habe[1]), hat Bismarck aus einer Depesche von hundertzweiunddreißig Wörtern eine von hundert Wörtern gemacht, indem er den Anfang und das Ende des ursprünglichen Textes unterdrückte und den Sinn der Sätze so veränderte, daß die Deutschen an eine Beleidigung ihres Souveräns durch den französischen Botschafter glaubten, und die Franzosen an eine brutale Verabschiedung dieses Botschafters durch den König glauben mußten. Diese Depesche wurde am 23. November 1892 vom General Graf von Caprivi, dem Nachfolger Bismarcks, dem Reichstage vorgelegt.

Depesche, die von Abeken dem Grafen von Bismarck aus Ems am 13. Juli um 3 Uhr 50 abends gesandt wurde.

Seine Majestät der König schreibt mir: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei."

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter weiter nichts zu sagen habe.

Seine Majestät stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte.

Man muß den letzten Absatz mit Aufmerksamkeit betrachten: „Seine Majestät stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte." Bismarck legte diese Entscheidung, die seinem freien Willen überlassen zu sein schien, in seinen

[1]) Bismarck, Collection des Hommes d'État, S. 92. — 1900.

Enthüllungen in der Neuen Freien Presse so aus: „Ich war berechtigt die Streichungen vorzunehmen, die mir notwendig schienen. Man hatte es mir anheimgestellt, die Depesche in extenso zu veröffentlichen oder im Auszuge. Ich habe es nicht bedauert, davon einen Auszug gemacht zu haben." Der von Abeken geschriebene Absatz enthielt aber keineswegs diese Ermächtigung, er ließ ihm nur die Freiheit, den deutschen Gesandten und den Zeitungen die neue Forderung Benedettis und die Weigerung des Königs mitzuteilen, ohne aber von Auszügen zu sprechen und besonders ohne Streichungen zu gestatten. Er bezog sich nicht auf die Weigerung, den Botschafter zu empfangen, sondern nur auf die Weigerung, der Garantieforderung zu entsprechen. So hätte er denn die Emser Depesche so wie sie war veröffentlichen müssen und dann würde man erfahren haben, daß Benedetti den König auf der Promenade angesprochen hatte, um von ihm die Ermächtigung zu erbitten, telegraphieren zu dürfen, er verpflichte sich seine Zustimmung nicht mehr zu geben, wenn die Hohenzollern von neuem als Kandidaten aufträten. Man würde dann auch erfahren haben wie der König erklärt hatte, er sei der Ansicht, daß seine Regierung infolge der Verzichtleistung des Prinzen außer Spiel sei. Dieser Teil der Depesche enthielt, wie man sieht, nichts Brutales oder Beleidigendes. Abeken erklärt dann Bismarck, wie der König Benedetti gesagt hatte, er erwarte einen Brief des Prinzen Leopold; dieser Brief sei in der Zwischenzeit angekommen und der König habe, nachdem er ihn, Abeken, und den Grafen Eulenburg gehört hatte, beschlossen, Benedetti wegen seiner Forderungen nicht mehr zu empfangen. Doch ließ er dem Botschafter durch seinen Flügeladjutanten mitteilen, „es sei vom Fürsten von Hohenzollern die Bestätigung der Nachricht eingetroffen, die Benedetti schon von Paris erhalten hätte, **und er habe ihm weiter nichts mehr zu sagen.**"

Es ist gestattet, zu glauben und es ist sogar sicher, daß Abeken und Eulenburg der Depesche des Königs, die mit den Worten beginnt: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab" und schließt „daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei," eine Erklärung hinzugefügt haben[1]). Ihre Erklärung war nur nicht genau: Die Depesche war um 3 Uhr 50 abgesandt worden, und seit der Unterredung zwischen Benedetti und dem Könige vom Morgen bis zu dieser Stunde waren zwei Sachen vorgefallen, die nicht einen, sondern zwei Besuche des Flügeladjutanten Prinzen Radziwill bei Benedetti veranlaßt haben. Bei dem ersten Besuche hat der Flügeladjutant Benedetti von der offiziellen Verzichtleistung des Prinzen Leopold auf die Kandidatur benachrichtigt

[1]) Bismarck selbst nennt sie „die Redaktion Abekens".

und ihm gesagt, Seine Majestät betrachte diese Angelegenheit „als erledigt". Benedetti hat darauf um eine neue Audienz nachgesucht, um den König zu bitten, die Verzichtleistung des Prinzen gutzuheißen und die Versicherung zu geben, ihn in Zukunft nicht wieder ermächtigen zu wollen, auf die Kandidatur zurückzukommen. Bei einem zweiten Besuche hat der Flügeladjutant Benedetti benachrichtigt, der König heiße die Verzichtleistung gut, für das übrige aber bliebe es bei dem, was er am Vormittage gesagt habe.

Abeken und Eulenburg haben aber diese beiden so wichtigen Tatsachen nicht erwähnt, daß nämlich der König die Verzichtleistung des Prinzen Leopold gutheiße und die Angelegenheit als erledigt betrachte. Sie wußten das schon um 3 Uhr 50 und ließen dem Kanzler die Freiheit darüber zu entscheiden, ob die neue Forderung Benedettis und die Weigerung den Vertretern Preußens und den Zeitungen mitgeteilt werden sollten. Es ist mehr als zweifelhaft, daß der König diese Berechtigung erteilt hat, denn er mußte dadurch unfehlbar einen Bruch herbeiführen und sich zu sich selbst in Widerspruch setzen. Wie hätte er sonst am 14. Juli der Königin schreiben können, „er müsse die Verhandlungen nach Berlin überweisen", und wie hätte er Benedetti an demselben Tage, als er ihn in dem reservierten Salon des Emser Bahnhofes empfing, sagen können, „daß die Verhandlungen, die etwa noch stattfinden könnten, von seiner Regierung fortgesetzt werden würden."

Das Geständnis Bismarcks der Neuen Freien Presse gegenüber, wie sehr der König über die allgemeine patriotische Aufregung erstaunt gewesen sei, die er bei seiner Rückkehr nach Berlin bemerkt habe, ist auch noch ein Beweis, daß dieser den Kanzler nicht berechtigt hatte, „alles, was er wollte" mit seiner Depesche zu machen. „Er begriff zunächst nicht, was in der Zwischenzeit vorgefallen sei", sagt er. Und dann der Brief des Königs an die Königin vom 17. Juli: „Die Anekdote eines preußischen Zirkulars, welches die Kriegserklärung mit herbeiführte, ist köstlich, da doch ein solches Zirkular gar nicht existiert — daher trotz allen Verlangens in der Kammer nicht hat produziert werden können!!... Es ist zu miserabel so zu lügen[1])." Es ist also offenbar, daß Bismarcks sophistisches Vorgehen in der letzten Stunde dem Könige verheimlicht worden war.

Warum hat nun aber Bismarck so gehandelt? Weil ihm die Ausdrücke der Depesche, die der König ihm schicken ließ, obgleich sie die Zustimmung zur Verzichtleistung des Prinzen und die Versicherung, daß die Angelegenheit nun beendet sei, nicht enthielt, fade und farblos

[1]) Oncken, Unser Heldenkaiser.

erschienen. In der Phrase „er müsse doch einsehen, daß mein Gouvernement außer Spiel sei", sah der Kanzler eine Art Entschuldigung. Man begreift, wie er bei der Aufregung, in die die Nachricht von der Zurücknahme der Kandidatur ihn sowie Moltke und Roon versetzt hatte, sehr niedergeschlagen war. Die Emser Depesche beschränkt sich schließlich darauf, zu sagen, der König wolle den Botschafter nicht mehr empfangen, weil er dem, was er am Vormittage gesagt hätte, nichts mehr hinzuzufügen habe. Dem Kanzler war das aber nicht kurz und nicht schneidig genug. Daher benutzt er die Freiheit, die Abeken ihm ließ, zu entscheiden, ob er den Botschaftern und Zeitungen die Garantieforderung und die ihr entgegengesetzte Weigerung mitteilen wolle, und tut es in den wenigen scharfen Zeilen: „Seine Majestät hat es abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Aus der Antwort war ein brüsker Abschied geworden.

Der von Bismarck zugestutzte Text lautet:

Ems, den 13. Juli 1870.

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf die Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe[1])."

Und als diese so sophistisch veränderte Depesche ihre verderbliche Wirkung hervorgebracht hatte, hat der Kanzler am 18. Juli den zynischen Mut, in einem Zirkular an seine diplomatischen Agenten zu sagen, „es existiere keine Note oder Depesche, durch die die preußische Regierung den Kabinetten Europas eine Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen, angezeigt hätte. Es existiert nichts als das aller Welt bekannte Zeitungstelegramm, das den deutschen Regierungen und einigen unserer Vertreter bei außerdeutschen Regierungen mitgeteilt worden ist, um sie über die Natur der französischen Forderungen und die Unmöglichkeit ihrer Annahme zu unterrichten. Dieses Telegramm

[1]) Es ist dies die Depesche, die Liebknecht die gefälschte Depesche nennt.

enthält übrigens nichts Verletzendes für Frankreich." Hier ist es angebracht, ein Lieblingswort Bismarcks anzuführen: „Er lügt wie telegraphiert!"

Es ist wichtig, daran zu erinnern, wie der Korrespondent der Neuen Freien Presse die Sache nach den Erklärungen Bismarcks in der Nummer vom 20. November 1892 dargestellt hat. Der Verfasser der folgenden Zeilen hat am Abende das, was er aus dem Munde des Kanzlers über die entscheidenden Stunden vor der Kriegserklärung gehört hatte, niedergeschrieben.

„Um große Ereignisse, sagte der Reichskanzler, windet sich immer ein Legendenkranz, und das ist oft sehr gut. Gewisse Legenden sollte man nicht zerstören. Der König war in Ems, ich war in Varzin, als in Paris der Spektakel wegen der Kandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern auf den spanischen Thron losbrach. Die Franzosen benahmen sich so kopflos wie nur möglich. Allen voran die Regierung mit Ollivier an der Spitze, welcher der Situation in keiner Weise gewachsen war und nicht ahnte, was er mit seinen unvorsichtigen Prahlereien im Gesetzgebenden Körper anrichtete. Die Situation lag für uns damals äußerst günstig. Wir waren tatsächlich die Provozierten, und da die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Frankreich uns allen längst klar war, erschien der jetzige Augenblick zum Losschlagen sehr geeignet. Ich verließ also Varzin, um mich in Berlin mit Moltke und Roon über alle wichtigen Fragen auszusprechen. Unterwegs erhielt ich die telegraphische Mitteilung: „Fürst Karl Anton von Hohenzollern hat um des lieben Friedens willen die Kandidatur seines Sohnes Leopold zurückgezogen. Es ist alles in schönster Ordnung!"

Ich war von dieser unerwarteten Lösung ganz bestürzt, denn ich fragte mich: Wird sich je wieder eine so günstige Gelegenheit darbieten? Als ich in Berlin eintraf, rief ich Rolandt und sagte ihm: „Telegraphieren Sie nach Hause, daß ich in drei Tagen zurückkomme." Zugleich reichte ich in einer Depesche nach Ems bei Sr. Majestät meine Entlassung als Ministerpräsident und Bundeskanzler ein. Ich erhielt darauf eine Depesche vom König: Ich solle nach Ems kommen. Ich hatte mir die Situation längst klar gemacht und sagte mir: Wenn ich nach Ems gehe, wird alles verzettelt; wir kommen im günstigsten Falle zu einem faulen Kompromiß; die allein mögliche, die allein ehrenhafte und große Lösung ist dann ausgeschlossen; ich muß tun, was ich tun kann, um Se. Majestät nach Berlin zu bringen, wo er den Pulsschlag des Volkes deutlicher fühlen wird, als es in Ems möglich wäre. In ehrerbietigster Weise motivierte ich daher mein Nichtkommen; ich sei in diesem Augenblick in Berlin absolut unabkömmlich.

Zum Glück taten inzwischen die übermütig und kurzsichtig gewordenen Franzosen alles, um den Karren wieder zu verfahren. Sie ließen an den König das Ansinnen stellen, einen Brief zu unterzeichnen, der einer tiefen Demütigung gleichkam. Der König fragte mich telegraphisch um meinen Rat, und ich antwortete ihm mit bestem Gewissen: die Unterzeichnung ist unmöglich."

Aus diesen ersten Zeilen sieht man schon die Absicht des Kanzlers, den König nach Berlin zurückhaben zu wollen, um ihn sicherer in seiner Gewalt zu haben. Man sieht auch, daß der König seinen Premierminister um seine Meinung über den Vorschlag des Herzogs de Gramont und Emile Olliviers wegen der Garantien für die Zukunft befragt und daß der von jedem Zugeständnisse in dieser Beziehung abgeraten hatte. Hierüber waren der König und Bismarck im Einvernehmen. „Ich hatte", fährt der Kanzler fort, „am Abend des 14. Juli Moltke und Roon zu Tische geladen, und wir besprachen alle Eventualitäten. Wir alle teilten die Hoffnung, daß das törichte Vorgehen Frankreichs, das an unseren König gestellte unerhörte Ansinnen die Gefahr eines schwächlichen und unrühmlichen Ausganges doch noch beseitigen würde. Da traf, während wir bei Tische saßen, eine Depesche aus Ems ein. Die Depesche begann mit den Worten: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten." Nun folgt eine lange Auseinandersetzung, deren Sinn etwa war, der König habe sich auf das berufen, was er bereits dem Grafen Benedetti mitgeteilt habe. Graf Benedetti habe die Antwort dankend entgegengenommen und er würde sie seiner Regierung übermitteln[1]). Indessen hat Benedetti noch einmal vom Könige empfangen zu werden, wenn es auch nur wäre, um nochmals aus des Königs Munde die Bestätigung dessen zu empfangen, was auf der Promenade gesagt worden war.

Dann fügte die Depesche hinzu: „Seine Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen, Seine Majestät habe dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen." Wenn man die beiden

[1]) Diese beiden Absätze beziehen sich aber auf den Bericht des Prinzen Radziwill als auf die Emser Depesche. Das hat schon Saint-Marie bemerkt. — Vgl. La lumière sur 1870. Mulhouse, 1908.

Texte zusammenhält, kann man leicht sehen, daß das Gedächtnis Bismarcks an dieser Stelle nicht ganz treu gewesen ist. Er verwechselt die von Abeken im Namen des Königs gesandte Depesche mit dem Berichte Radziwills und mit dem Texte der von ihm zugestutzten Depesche aus Ems. Glücklicherweise wachte sein Nachfolger, der General Graf Caprivi. In der Sitzung des Reichstags vom 23. November 1892 hat er die echte Lesart der Emser Depesche gegeben, so wie sie Bismarck erhalten hatte und bei ihm, Roon und Moltke eine tiefe Niedergeschlagenheit hervorgerufen hatte. Dann folgen die bekannten Einzelheiten, wovon diese noch erwähnt sein möge: „Ich setzte mich an einen kleinen runden Marmortisch, der neben dem Speisetisch stand, las die Depesche aufmerksam durch, nahm meinen Bleistift und strich die ganze Stelle über Benedettis Bitte um eine nochmalige Audienz usw. fort." Wenn diese Erzählung wahr ist, dann muß man annehmen, daß Bismarck auf den Radziwillschen Bericht hin vorgegangen zu sein glaubt, da die Bitte um eine Audienz nicht in dem Texte der Depesche erwähnt ist, die Caprivi dem Reichstage vorgelesen hat. „Ich ließ eben nur Kopf und Schwanz stehen", sagt er.

Um diese Sophisterei recht zu verstehen, muß man wissen, daß der Kanzler den am Anfange der Depesche stehenden Worten: „... daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen" einfach das Ende der Abekenschen Erklärung hinzugefügt hat, indem er diese beiden beleidigenden Zeilen zusammenfaßte und -schmiedete: „Seine Majestät der König hat es abgelehnt, den Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß er ihm nichts mehr zu sagen habe."

Man kann also wohl behaupten, der König würde dem Kanzler, wenn er über diese neue Fassung der Depesche befragt worden wäre, nicht gestattet haben, sie so zu entstellen. In seinen Gedanken und Erinnerungen hat Bismarck den Text, den Caprivi im Reichstage verlesen hat, verstärkt und gewissen Worten eine heftige Wendung gegeben, die sie nicht hatten. Er hat zu behaupten gewagt, in der neuen Form, die er ihr gegeben hat, um sie den Gesandtschaften und Zeitungen zu übersenden, sich darauf beschränkt zu haben zu streichen, ohne ein Wort hinzuzufügen oder zu ändern: „Der Unterschied in der Wirkung des gekürzten Textes der Emser Depesche im Vergleiche mit der, welche das Original hervorgerufen hätte, war kein Ergebnis stärkerer Worte, sondern der Form, welche diese Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaktion Abekens nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erscheinen würde[1])."

[1]) Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, S. 112.

So machte denn der Kanzler aus einer Sache, die, wie der König selbst sagte, noch Gegenstand weiterer Verhandlungen hätte sein können, eine abgeschlossene und unter welchen Bedingungen! Man höre und urteile: „Der Erfolg", sagt er, „hängt wesentlich von den Eindrücken bei uns und andern ab, die der Ursprung des Krieges hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen seien, und die gallische Überhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Öffentlichkeit, soweit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstags möglich ist, verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten." Diese schönen Worte erzeugen bei seinen Gästen eine freudige Stimmung. Roon und Moltke, die bei der Verlesung der Abekenschen Depesche sehr niedergeschlagen gewesen waren, werden so vergnügt, daß es den Kanzler selbst überrascht. „Sie hatten plötzlich die Lust zu essen und trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune." Sie erwarten geduldig den Erfolg der mit so vieler Geschicklichkeit zugestutzten Depesche. „Sie schlug ein wie eine Bombe", sagte Bismarck der Neuen Freien Presse. „Während man unserem Könige eine beleidigende Zumutung gemacht hatte, wirkte die Depesche bei den Franzosen so, als ob ihr oberster Vertreter von unserem Könige brüskiert worden sei. Der gesamte Boulevard-Janhagel war der Ansicht, daß man sich das nicht bieten lassen dürfe. Der Ruf: „A Berlin! A Berlin!" wurde von den johlenden Massen ausgestoßen. Die Stimmung war da.

Und gerade wie drüben wirkte die Sache hüben ... Wie sich die Sachen weiterentwickelten, ist Ihnen bekannt. Das ist der Punkt, über den Gramont in seinen Memoiren sein aufrichtiges Erstaunen ausspricht. Er begriff nicht, woher auf einmal, nachdem die Sachen eine ganz friedliche Wendung genommen hatten, das Kriegerische wieder die Oberhand gewann. „Une apparition sinistre survint. Tout d'un coup tout est changé. Qu'était-il arrivé? Monsieur de Bismarck à Berlin." So ähnlich steht es ja wohl in Gramonts Memoiren. Ich zitiere aus dem Gedächtnis. Jedenfalls war ich die „unheimliche Erscheinung".

Ja er war da, wie die Personifikation eines bösen Geistes, der weder vor der Doppelzüngigkeit noch vor der Lüge zurückschreckte, um seinen Zweck zu erreichen.

Wie hat General von Caprivi nach alledem sagen können, die Depesche Bismarcks sei neben der des Königs „nichts anderes als die einfache Ausführung des königlichen Befehls und eine Fälschung liege nicht vor?" Wie hat er behaupten können, der frühere Kanzler habe „in korrekter Weise" den Auftrag ausgeführt, den ihm der Souverän erteilt habe? Bismarck hat ebensowohl die Texte gefälscht wie er die öffentliche Meinung in den beiden Ländern getäuscht und irregeführt hat. An der wohl-

wollenden Bemerkung des Königs am Schlusse der Emser Depesche: „Er müsse wohl einsehen, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei", hat nicht nur Bismarck sondern auch General von Caprivi Anstoß genommen, der sie am 23. November 1892 im Reichstage nicht mit vorgelesen hat, unter dem Vorwande, sie sei unverständlich. So wollte also die deutsche Regierung noch zwanzig Jahre später nicht zugestehen, daß ihr König Frankreich im Interesse des Friedens eine Art Zugeständnis gemacht hatte.

Nach allen diesen von Bismarck im Jahre 1870 hergerichteten Texten hat General Caprivi unter dem Beifall des Reichstages gesagt: „Frankreich ist über uns hergefallen!" Die Wahrheit ist, daß Frankreich, das von einem unfähigen Kabinette geleitet wurde, den Angriffen die Flanke geboten hat und hat glauben lassen, es habe den Krieg durch eine letzte unannehmbare Forderung herbeiführen wollen. Wäre aber die Gesetzgebende Versammlung über die Tatsachen unterrichtet worden, so würden die Zeugen der Ereignisse von 1870 sofort erkannt haben, der einzige Herausforderer sei Preußen gewesen, da sein Kanzler eine Fälschung begangen hatte, um diesen Krieg zu entfesseln, und daß der preußische Generalstabschef der Meinung gewesen sei, lieber die Feindseligkeiten schnell zu eröffnen als sie in die Länge zu ziehen.

In einer Depesche, die Bismarck am 19. Juli an Herrn von Bernstorff, den Botschafter Preußens in London, sandte, wagte er zu behaupten, der König habe nie daran gedacht den Prinzen Leopold auf den spanischen Thron zu erheben, während doch in der Sitzung vom 15. März 1870, die unter dem Vorsitze des Königs stattgefunden hatte, die Annahme beschlossen worden war. „Es ist eine willkürliche Erfindung," sagte er weiter, „uns einen Hintergedanken oder feindliche Absicht gegen Frankreich zuschreiben zu wollen. Die angebliche Notifikation an die Kabinette hat niemals stattgefunden, ebensowenig wie eine Weigerung, mit dem Botschafter des Kaisers der Franzosen zu verhandeln. Im Gegenteil hat der Botschafter amtliche Verhandlungen mit der königlichen Regierung niemals versucht, sondern nur mit Seiner Majestät persönlich und privatim in Ems die Fragen besprochen[1])."

Auf diese letzte Bemerkung kann man antworten, der König habe bei den ersten Eröffnungen Benedettis erklären können, er müsse sich

[1]) Am 14. Juli hatte Bismarck auf eine begütigende Mitteilung Granvilles, die Graf Bernstorff ihm übersandte, geantwortet, jedes spätere Zugeständnis Preußens gleiche einer Unterwerfung unter die Willkür Frankreichs, was ganz Deutschland als eine neue Beleidigung betrachten würde. „Deutschland ist zu der Überzeugung gelangt, daß ein Krieg, selbst unter den schwierigsten Umständen, einer Unterwerfung des Königs unter die ungerechtfertigte Forderung vorzuziehen sei."

an seine Minister wenden. Das hat der König aber nicht getan, denn seinem eigenen Geständnisse nach betrachtete er diese Angelegenheit als eine Familienangelegenheit und keineswegs als eine politische. Die Bemerkung Bismarcks ist also unrichtig. Es ist ja auch bekannt, daß Herr von Thile geantwortet hatte, diese Angelegenheit gehe die preußische Regierung nichts an. Die Aussage dieses selben Ministers vom 20. Juli im Reichstage ist ebenso ungenau. Er erinnerte daran, daß auf die Frage Benedettis im Anfang des Julis nach der Kandidatur des Prinzen Leopold, Bismarck geantwortet hätte, er wisse nichts davon. Das entsprach nicht der Wahrheit, da er selbst die Kandidatur hervorgerufen hatte. Zu derselben Zeit, als er der Emser Depesche einen ausfallenden und für Frankreich beleidigenden Charakter gab, diktierte er seinem Vertrauten Busch eine Notiz für die deutsche Presse, in der er erklärte: „wenn sich Napoleon unter der Hand nach Berlin gewandt hätte, würde Preußen ihm geholfen haben, die öffentliche Meinung in Paris zu beschwichtigen. Die Lage aber war durch den ausfallenden Ton Gramonts und die direkt an den König gerichteten Forderungen verändert. Dieser Umstand hatte in Deutschland eine solche Entrüstung hervorgerufen, daß viele Leute die Verzichtleistung des Prinzen Leopold bedauerten." Der Kanzler fügte hinzu, daß alle Besprechungen Benedettis mit dem König „für die Beziehungen der Regierungen untereinander ohne Wert seien. Alle persönlichen Erklärungen, die man von Seiner Majestät dem Könige im Wege anscheinend wohlwollender Privatkonversation zu erlangen versucht hat, und die vielleicht, wenn Seine Majestät nicht die ihm eigene Charakterfestigkeit auch auf die Haltung im Privatleben übertrüge, hätten erreicht werden können, würden doch niemals staatliche Akte gewesen sein, sondern persönliche Äußerungen, solange sie der Monarch nicht in dieser seiner staatsrechtlichen Eigenschaft anderweitig bekräftigt und dadurch seinen Willen bekundet hätte, sie zu Staatsakten zu machen."

Bismarck suchte also, mit einem übertriebenen Gefühle für seine Rechte, festzustellen, daß die Worte des Königs an den Botschafter keine endgültigen Verpflichtungen seien und daß es der Zustimmung seiner Regierung bedurft hätte, um sie zu solchen zu machen. Da es sich aber um eine Zustimmung handelte, die er als Familienoberhaupt gegeben hatte, was brauchte da die preußische Regierung einzugreifen? Und wenn man andererseits annehmen will, der König hätte sein Wort als König gegeben, würde der Minister wohl sein Wort dementiert haben? Das sind Ausflüchte, die zeigen, mit welchem verschlagenen Gegner es die französische Regierung zu tun hatte und wie sehr sie sich vor ihm hätte in acht nehmen müssen.

Auf die Depesche des 13. Juli zurückkommend sagt der Kanzler dem Reichstage, daß „das bekannte Zeitungstelegramm" für das französische Ministerium als schließlich einzige Ursache des Krieges übrig geblieben sei und auch nur dadurch zu dem Zwecke habe benutzt werden können, daß man es als eine Note bezeichnet habe, die von seiten der königlichen Regierung an andere Regierungen erlassen sei. „Ich will mich auf die Definition von Noten nicht einlassen, aber die Mitteilung eines Zeitungstelegrammes, die dazu bestimmt war, unsere Vertreter bei den deutschen und den anderen Regierungen, die wir für uns befreundet hielten, darüber zu orientieren, wie die Entwicklung der Sache augenblicklich liegt und wie unsere Stimmung eine festere sei, als auf anderer Seite vielleicht geglaubt wurde, nachdem wir an den Grenzen, die uns die nationale Ehre zieht, angekommen zu sein glaubten, — eine solche Zeitungsmitteilung hat das französische Ministerium öffentlich als Note qualifiziert. Die Herren haben sich wohl gehütet, dem Drängen der wenigen besonnenen Oppositionsmitglieder in Paris nachzugeben und dieses Aktenstück vorzulegen; denn das ganze Gebäude, die ganze Unterlage der Kriegserklärung wäre in nichts verflogen, sobald die Volksversammlung dieses angebliche Aktenstück gekannt hätte und namentlich seine Form — es war kein Aktenstück, es war ein benachrichtigendes Telegramm!" Am 23. November 1892 hat aber General von Caprivi dem Reichstage gesagt, daß die Depesche, die Abeken von Ems geschickt hatte, wohl die Bismarcksche Depesche geworden sei, die am 13. Juli um 11 Uhr 15 Minuten abends an die Vertreter Deutschlands in Dresden, Stuttgart, Hamburg und München und um 2 Uhr 30 Minuten morgens am 14. Juli an ganz Europa gesandt wurde. Jetzt war es nicht mehr „das Zeitungstelegramm", von dem Bismarck am 18. Juli 1870 im Reichstage gesprochen hatte, nun war es die offizielle Depesche. Es geht aus dem Vorstehenden hervor, daß Bismarck, wenn er die Ermächtigung gehabt hätte, die ganze Depesche oder einen Teil derselben zu veröffentlichen und sie nach seinem Gutdünken herzurichten, nicht bis zu seinem Rücktritte aus seinen Ämtern gewartet haben würde, sich damit zu brüsten. In der Tat ist der preußische Kanzler nicht vor einer solchen Handlungsweise zurückgeschreckt, um zwei große Völker glauben zu machen, sie wären an demselben Tage in der Person ihres Königs und ihres Botschafters beleidigt worden; trotz allen Leugnens des Generals von Caprivi bleibt das doch für alle, wie es Liebknecht anerkannt hat, „eine gefälschte Depesche", eine Fälschung.

Fassen wir also diese traurige Angelegenheit noch einmal zusammen. Im Juli 1870 lag Bismarck daran, Europa an einen förmlichen Angriff von Frankreich aus glauben zu lassen. Um den Erfolg seiner Pläne sicher zu

stellen, um die Neutralität oder die wohlwollende Unterstützung gewisser Mächte und die Teilnahme der Südstaaten am Kriege zu erlangen, war es nötig, daß man Preußen als den Gegenstand eines ungerechtfertigten Angriffes betrachte. Und Bismarck hütete sich vor jeder persönlichen Herausforderung. „Gerade in dem Augenblicke, wo er sich damit beschäftigte, die Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege zu verwirklichen, wurde er von den unsinnigen Forderungen und Drohungen überrascht", sagt er. Obgleich alle Dokumente beweisen, daß er diesen Krieg gewollt hat, daß er ihn seit 1866 geschickt vorbereitete, sagte er doch in seinen Depeschen, vor dem Reichstage und überall, daß Frankreich, das Kaiserreich, die alleinige Ursache dieses bedauernswerten Krieges seien. Das muß man wohl wieder sagen und wiederholen. Als aber dieser Krieg die erwünschten Erfolge gehabt, als er selbst durch seine Ungnade seine ganze Freiheit zu sprechen und zu handeln wiedererlangt hatte, da wagt er es sich zu rühmen, die Emser Depesche zurechtgestutzt und die entscheidende Stunde beschleunigt zu haben. Die offizielle deutsche Welt errötete zuerst über dieses Geständnis. Staatsmänner, Denker, Geschichtsforscher wollten an so viel Zynismus, an eine solche Kühnheit nicht glauben. Dann überlegte man es sich in Deutschland und gewisse Leute beglückwünschten den, der durch eine schöne patriotische Lüge den Krieg entfesselt hatte, ohne den die Einheit nicht zustande gekommen wäre.

„Gesegnet sei die Hand," sagt Hans Delbrück, „die die Emser Depesche gefälscht hat!"[1]) Man las aufmerksam diese Depesche, man machte Erklärungen dazu, man ließ sie alles sagen, was sie nicht sagte; man veröffentlichte sie unter verschiedenen Formen. Man fand endlich nach zweiundzwanzig Jahren einen offiziellen Text, der den früheren Kanzler ermächtigt hatte ihn zu arrangieren und ihn ganz oder teilweise den Gesandten und den Zeitungen mitzuteilen.

Für viele Deutsche hatte Bismarck sich selbst verleumdet, als hätte er einen zu großen Teil Kühnheit und Prahlerei für sich beansprucht. In Wirklichkeit hätte er nur von der ihm vom Könige selbst erteilten Erlaubnis Gebrauch gemacht und nur den günstigsten Augenblick gewählt, um aus der offiziellen Depesche Nutzen zu ziehen. „Er hat kein Wort gesagt, was nicht wahr wäre," bemerkt Karl Andler, der sich der deutschen Mehrheit anschließt, „nur hat er nicht alles gesagt, was er wußte. Er hat einen Strich über die Stelle gemacht, die von der Höflichkeit Wilhelms gegen Benedetti sprach. Das war sein Recht." Nein, das war nicht sein Recht, da er durch Wegstreichung dieser Stelle an eine brüske Ver-

[1]) L'Allemagne nouvelle et ses historiens par A. Guilland. S. 319.

abschiedung des französischen Botschafters und den Abbruch der Verhandlungen glauben machte, und das war nicht wahr. Nein, das war nicht sein Recht, und der Beweis dafür liegt darin, daß er in seiner Depesche an die Vertreter Norddeutschlands im Auslande vom 18. Juli 1870 die Emser Depesche beschnitten hat. Er hat, wie ich gezeigt habe, ein Zeitungstelegramm und nicht eine offizielle Depesche daraus gemacht. Und um zu bemänteln, was der zweite und letzte Teil dieses verstümmelten Telegrammes Beleidigendes für den französischen Botschafter enthielt, hat er später einen offiziellen Bericht vom 13. Juli, der unter den Augen des Königs abgefaßt worden war, und einen Bericht des Adjutanten Radziwill veröffentlicht, worin die ganze Höflichkeit des Königs Benedetti gegenüber zutage tritt, und die Audienzverweigerung, die in dem Telegramme behauptet wurde, dementiert wird. Er hat die Kühnheit, dem Grafen von Bernstorff in London dasselbe zu sagen, und indem er verleugnet, was er getan hatte, d. h. die Streichung der Zeilen, die feststellten, daß die Verhandlungen noch nicht abgebrochen waren, hat er die vorgebliche Autorisation, durch die der König ihn berechtigt haben sollte, das Telegramm nach Gutdünken zu ändern und einen Teil oder das Ganze an die Gesandten und die Zeitungen zu senden, weggelassen. Es muß bemerkt werden, daß, wenn das Telegramm ihm diese Autorisation gegeben hätte, dieses kein „Zeitungstelegramm" mehr war, sondern ein offizielles Telegramm. Bismarck stellt sich selbst zwischen zwei entgegengesetzte Behauptungen. Er hat ja übrigens selbst später, im Jahre 1892, dieses ganze künstliche Gebäude durch sein brutales Geständnis der Zustutzung der Emser Depesche zerstört. Streichen, fortlassen und zusammenfassen war nicht sein Recht, und Andler, der dieses gutheißt, hat unrecht, die Emser Depesche mit den gewöhnlichen Mitteilungen zu vergleichen, die unsere Minister den Journalisten für ihre letzten Nachrichten geben, in denen sie den Bericht über die Handlungen der Regierung abkürzen und zustutzen. Bismarck verwahrt sich also vergeblich dagegen, seinen Agenten und Europa eine herausfordernde diplomatische Note übersandt zu haben; er hat durch Vermittlung der Zeitungen aus der Emser Depesche eine wirklich beleidigende offizielle Note gemacht, und man weiß, welche schreckliche Folgen dies gehabt hat[1]).

[1]) Am 11. Juli 1879 erinnerte Bismarck den Fürsten Hohenlohe daran, daß er an diesem Tage die Depesche abgesandt hätte, die den Krieg herbeigeführt hatte. „Wenn sie aber", sagte er damals, „ihren Zweck nicht erreicht hätte, dann würden wir die Demütigung haben hinnehmen müssen und wären im Ungewissen geblieben." Bei dieser Gelegenheit erzählte Bismarck, daß Werther dem Könige einen Briefentwurf zum Unterzeichnen übersandt habe, der Entschuldigungen enthielt mit dem Versprechen,

Wie kühn und wie zahlreich auch die Entschuldigungen und die Zustimmungen der vielen Verehrer Bismarcks sein mögen, so muß doch festgestellt werden, daß viele Deutsche nicht so geurteilt haben:

„Jeder Deutsche", sagte die Germania, „wird schamrot werden, wenn er infolge des vom früheren Kanzler selbst gemachten Geständnisses feststellen muß, daß Deutschland über den Krieg von 1870 in unwürdiger Weise getäuscht worden ist, einen Krieg, den Herr von Bismarck nicht nur gewünscht, sondern auch mit allen Mitteln herbeigeführt hat. Die guten Deutschen sind hingegangen sich zu schlagen, beseelt von der Überzeugung, es handle sich um einen heiligen Krieg, um den frivolen und ungerechtfertigten Angriff der Franzosen abzuweisen und die Ehre König Wilhelms zu verteidigen, der in grober Weise von Frankreich beleidigt worden sei. Und alle diese guten Deutschen waren nur Puppen in der Hand des Mannes von Blut und Eisen, dessen Berechnungen durch die Ereignisse recht gut hätten umgestoßen werden können, und dessen Handlungsweise mit den Prinzipien in direktem Widerspruche stand, die er später selbst in bezug auf Angriffskriege im allgemeinen aufgestellt hat."

Es ist wichtig, in dieser Beziehung daran zu erinnern, was Bismarck bei der Aufregung von 1875, wo Preußen angeblich mit Frankreich Händel suchte, einem seiner Biographen, Hans Blum, gesagt hat, und was er selbst in noch bestimmterer Form in seinen Gedanken und Erinnerungen niedergeschrieben hat:

„Ich habe stets einen Krieg, den wir begonnen hätten, ohne daß er uns aufgezwungen würde, für ein Verbrechen gehalten[1])." Es geht aber aus den Intrigen von 1868, 1869 und 1870 deutlich hervor, daß der Kanzler den Krieg gegen Frankreich vorbereitet und um jeden Preis gewollt hat. Seine Gegner haben, wie ich wiederhole, nicht genügend Geschicklichkeit gehabt, um sich aus der Schlinge zu ziehen, die er ihnen gelegt hatte, das mag sein. Wie groß aber auch die Unvorsichtigkeit und Unwissenheit solcher Männer wie Gramont und Ollivier sein mag, nichts kann die von Bismarck begangene Fälschung entschuldigen. Die Vossische Zeitung hat ihren Unwillen nicht verbergen können, als sie den Zynismus sah, mit dem der Kanzler seine Haltung zu rühmen wagte. Sie sagte, wenn man auch zugeben wolle, Deutschlands Einigkeit

es nicht wieder tun zu wollen. Der König habe ihm den Brief zugeschickt, um seine Meinung zu hören, und er habe dann Werther sofort von seinem Posten abberufen. „Es war dies", sagte er, „die größte Dummheit, deren dieser Diplomat sich schuldig machen konnte!"

[1]) Und doch kam nach der Aufregung von 1875 die von 1877 und später haben Bismarcks Nachfolger 1905 und 1908 dieselben Manöver wiederholt.

sei ohne den Krieg nicht zustande gekommen, so entschuldige das doch nicht eine Redaktion der königlichen Depesche, die sehr einer Fälschung gliche. Bismarck, fügte sie hinzu, konnte nicht mit mehr Entschlossenheit sich selbst umbringen und seinen Ruhm zerstören, als indem er das Wort bekanntgab, durch das der Generalfeldmarschall von Moltke sein Tun beurteilt hatte, als er sagte, er habe an Stelle einer Chamade eine Fanfare gesetzt. Dieselbe Zeitung gestand zu, die französische Presse habe recht, den vom Fürsten Bismarck gemachten Enthüllungen Beifall zu zollen. Selbst die weiteste Moral gestatte nicht, auch wenn es sich um einen als unvermeidlich hingestellten Krieg handle, die Dinge so darzustellen, wie das in der Emser Depesche geschehen sei. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das offizielle Organ des Bundeskanzleramtes, beschränkte sich darauf, die sich entgegenstehenden Ansichten über diese Angelegenheit zu notieren. Sie druckte ohne Kommentar die Erklärung der National-Zeitung ab, nach der der veröffentlichte Text nicht der der wirklichen Depesche sein sollte. Sie fügte in diplomatischer Weise hinzu, diese Erörterungen schienen verfrüht zu sein, da die gegenwärtige Generation noch zu nahe stände, um über diesen Gegenstand ein unparteiisches Urteil fällen zu können. Die Hamburger Nachrichten, das Blatt des Fürsten, erkannte offen an, Bismarck habe durch die Änderung der Depesche Frankreich gezwungen, die Initiative zu ergreifen und die Verantwortung für den Krieg auf sich zu nehmen und dadurch habe er sich um das Vaterland verdient gemacht. Hätte er anders gehandelt, würde der Krieg nicht stattgefunden haben. „Dieser Krieg war notwendig, um Deutschlands Einheit zu schmieden. Wenn man diese Gelegenheit vorbeigehen ließ, war man genötigt einen anderen Vorwand zu suchen, der vielleicht weniger geeignet gewesen wäre und Deutschland die Sympathien Europas entfremdet hätte."

Es war das Wort Bismarcks zu einem Journalisten, der sich über dieses Mittel wunderte: „Oh, wenn das nicht geholfen hätte, würde man ein anderes gefunden haben!"

Die fremde Presse stimmte diesem Vorgehen nicht zu. So sagte der Daily News: „Nichts hat mehr dazu beigetragen Frankreich zu isolieren als der allgemeine Glaube, es habe aus nichtigen Gründen den Krieg erklärt. Diese Kriegserklärung kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel, denn es war keine Wolke am Horizont. Man hat geglaubt, die Franzosen hätten sich in ihrer unverbesserlichen Eitelkeit auf alle Fälle schlagen wollen, und sie hätten, da ihnen durch die Zurücknahme der Hohenzollernschen Kandidatur eine Backe hingehalten worden sei, nun noch gefordert, daß man auch die andere hinhalte. Es ist zu bedauern, daß die Verantwortung für das größte Verbrechen der Geschichte so lange

dem Unrechten zugeschrieben worden ist." Der Osservatore Romano nannte die Tatsache, zwei große Nationen ohne gerechten Grund gegeneinandergehetzt zu haben und dadurch Europa in einen Zustand versetzt zu haben, an dem es noch krankte, ein „Mysterium der Ungerechtigkeit".

In seinen Erklärungen zu den Gedanken und Erinnerungen [1]) stellt Horst Kohl es als ein außerordentliches Faktum hin, daß König Wilhelm seinen Minister autorisiert habe, die Emser Depesche den Gesandten und den Zeitungen mitzuteilen. „Die Form", sagt er, „war Sache des Ministers, und es ist eine ganz unqualifizierbare Unverschämtheit unserer vaterlandslosen Sozialdemokraten, daß sie immer von neuem von einer Fälschung der Emser Depesche sprechen, während Bismarck nur in Erfüllung eines königlichen Auftrages, unter Zustimmung von Moltke und Roon, und unter dem Zwange eines hochgespannten Ehrgefühls handelte. Bismarck übersah den uneinbringlichen Nachteil einer weiteren Nachgiebigkeit für unsere Entwicklung zur Einheit, und überzeugt, daß die Kluft, die die Verschiedenheit des dynastischen und Stammesgefühls und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlandes im Laufe der Geschichte geschaffen hatte, nicht wirksamer überbrückt werden könne, als durch einen gemeinsamen nationalen Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbar, gab er der Mitteilung an die Öffentlichkeit eine Fassung, die die Franzosen in die Zwangslage brachte, ihrerseits den Krieg zu erklären oder die Ohrfeige einzustecken, die ihnen Bismarck versetzte." Diesen beleidigenden Vergleich wird Bismarck selbst auf seine Rechnung nehmen: „Wir hatten", sagte er, „von Frankreich eine Ohrfeige erhalten, und indem wir nachgaben, versetzten wir uns in die Lage, als Händelsucher dazustehen, wenn wir den Krieg anfingen, der allein den Flecken abwaschen konnte."

Horst Kohl fährt fort Bismarck zu entschuldigen und sagt: „Der Unterschied in der Wirkung des gekürzten Textes der Emser Depesche im Vergleich mit der, welche das Original hervorgerufen hätte, war kein Ergebnis stärkerer Worte, sondern der Form, welche diese Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaktion Abekens nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde."

„Es ist echt deutscher Doktrinarismus und deutsche Nörgelei, wenn immer von neuem gemäkelt wird an der Art, wie der Krieg zum Ausbruche kam. Statt dem Hüter unserer nationalen Ehre zu danken, daß

[1]) Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.

er den Mut der Verantwortlichkeit besaß, die sein Amt von ihm forderte, lassen wir ihn von Buben und gefühlvollen Schwätzern beschimpfen und helfen so selbst den Ast absägen, auf dem wir sitzen." Machen wir schließlich auf das Geständnis dieses Historikers aufmerksam, auf den man in Deutschland viel hört: „Ist der Krieg durch deutsche Schuld zum Ausbruch gekommen, so sind die Franzosen ganz berechtigt, über rohe Gewalt zu klagen und Elsaß-Lothringen zurückzufordern, das als Kampfespreis in deutschen Händen blieb."

Das hat unter anderen auch Liebknecht in seiner bekannten Broschüre „Die Emser Depesche" anerkannt[1]). Gleich bei Bekanntwerden des Artikels der Neuen Freien Presse hatte er sich gegen das von Bismarck begangene und eingestandene Verbrechen aufgelehnt und die strafrechtliche Verfolgung nicht gescheut, um seine ganze Entrüstung laut werden zu lassen. Er konnte nicht begreifen, wie „der Fälscher" hatte wagen können ein solches Geständnis zu machen, um sich zu rechtfertigen. Er prüfte eingehend die Fälschung und kam zu folgendem Schlusse: „Die echte Emser Depesche meldete den friedlichen Verlauf der letzten Verhandlungen in Ems. Sie war der Friede. Die gefälschte Emser Depesche stellte den Verlauf so dar, daß ein kriegerischer Ausgang unvermeidlich war. Sie war der Krieg." (S. 58.) „Diese Fälschung, diese falsche Nachricht, diese Umänderung des Friedens in Krieg wird von den Lobhudlern Bismarcks eine geniale Tat genannt. Figaro kann sich aufhängen und der Italiener Lumpazius Riccaut auch." Liebknecht fährt fort: „Die gefälschte Emser Depesche war in Wirklichkeit eine Privatdepesche der Wolffschen Agentur und kein offizielles Dokument der preußischen Regierung, und wenn die französische Regierung das gewußt hätte, würde sie diesem Schriftstücke ebensowenig Wichtigkeit beigelegt haben wie sonst irgendeiner unangenehmen Zeitungsbeleidigung. Aber der Fälscher hatte dafür gesorgt, die Wolffsche Depesche allen Regierungen zukommen zu lassen in einer Form, die ihr einen offiziellen Anstrich gab." Denen, die behaupten, der Krieg wäre auf jeden Fall ausgebrochen und Bismarck habe politisch klug gehandelt, indem er Frankreich zwang, den Angriff unter Bedingungen zu machen, die Deutschland günstig waren, antwortet Liebknecht, er wolle sich bei der scheinheiligen oder vielmehr verbrecherischen Logik dieser Begründung nicht aufhalten, er will sich nur gegen die Annahme verwahren, zwischen den beiden Ländern sei ein Krieg unvermeidlich gewesen. Die letzte Zeile seines Buches ist ein Urteil, das unwiderleglich ist: „Die gemeine menschliche Moral verdammt das Verbrechen und brandmarkt den Verbrecher."

---

[1]) Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei. — Nürnberg, 1899.

Liebknecht geht mit den Anhängern Bismarcks nicht besser um wie mit Bismarck selbst, und er hat nicht Verachtung genug für Hans Blum, der schreibt: „Die Franzosen wurden überrascht, und das war das unbestreitbare und unvergeßliche Verdienst des Verfassers der Depesche." Er stellt fest, daß die deutsche Einheit und das Deutsche Reich auf einer Fälschung beruhen.

Wenn andere deutsche Geschichtschreiber, wie H. von Sybel, im Gegensatz zu Liebknecht die Kühnheit des Kanzlers bewundern, der durch die Kürze seiner Redaktion und die offizielle Veröffentlichung der Depesche das Gewicht einer beleidigenden Weigerung verzehnfacht hat, und über die Franzosen spotten, die vor die Frage gestellt wurden, ob sie die bittere Pille hinunterschlucken oder ihre Drohungen verwirklichen sollten, so tadeln doch andere, wie Bleibtreu, eine gewollte Beleidigung oder bedauern, wie Rathlef, das Schweigen der Depesche über die höfliche Haltung des Königs, über die wiederholte Sendung des Adjutanten zu Benedetti, über die Bismarck anheimgestellte Veröffentlichung der erneuten Bitte des Botschafters und der Weigerung des Königs. Es scheint ihnen dies dem diplomatischen Gebrauche entgegen, der will, daß eine Verhandlung solange vollständig geheim gehalten werde, als sie nicht offiziell abgebrochen ist. Emil Marcks endlich, der begeisterte Verteidiger Wilhelms I. und Bismarcks, gibt selbst zu, daß der Kanzler die wirkliche Absicht des Königs überschritten habe und unvermutet von der Verteidigung zum Angriff übergegangen sei, indem er Frankreich eine Ohrfeige versetzte. Der selbst bei den Anhängern Bismarcks vorherrschende Eindruck ist, daß die Beleidigung beabsichtigt war.

Der Hauptbeweggrund, warum sich Bismarck durch sein späteres Geständnis der Kritik seiner Mitbürger so offen ausgesetzt hat, ist leicht zu begreifen. Da sich der frühere Kanzler nicht über die Ungnade trösten konnte, in die er 1890 gefallen war, lag ihm daran, urbi et orbi zu zeigen, daß die deutsche Einheit sein persönliches Werk war, daß er sie trotz des Widerstandes des Hofes und des Parlaments mit Feuer und Schwert zustande gebracht hatte; daß das letzte Mittel, die Einheit vollständig und unerschütterlich zu machen, ein Krieg mit Frankreich war, den der König von Preußen mehr als jeden anderen fürchtete. Bismarck wollte, daß man überall wisse, er habe ihn dazu gezwungen, wie er das 1866 getan hatte; und daß er es am Ende sei, er allein, dem Deutschland die so lange ersehnte Einheit zu verdanken habe, und nicht seinem Könige oder seinem Kaiser. Was wäre aber passiert, wenn ihm das mißglückt wäre? ... Bismarck hätte sich vielleicht eine Kugel vor den Kopf geschossen, wie er das vor dem Siege von Königgrätz gewollt hatte.

Man erinnert sich in der Tat — er selbst hat es erzählt — wie er am 3. Juli 1866, als die Ereignisse seine Pläne zerstören zu wollen schienen, eine bestimmte Zeit festgesetzt hatte, um seine Sattelpistole fertig zu machen, um sich inmitten der Schlacht zu töten, wenn die preußischen Truppen, die zu wanken begannen, nicht siegreich unterstützt worden wären.

Um sich an der Undankbarkeit Wilhelms II. zu rächen, der in seiner Person den Gründer des Deutschen Reiches ungerechterweise hatte in Ungnade fallen lassen, hatte er auf einmal enthüllt, wie er nicht davor zurückgeschreckt war, einer offiziellen Depesche eine beleidigende Form zu geben, um so den Krieg unvermeidlich zu machen. Er glaubte durch so viel Kühnheit und Genie verdient zu haben, ewigen Dank einzuheimsen! Das war sicher der Beweggrund zu dem Verhalten des Kanzlers.

So war denn die französische Regierung gezwungen, der angeblichen Mäßigung der preußischen Regierung offen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Was hatte es nun aber dem Kanzler so leicht gemacht, unseren Forderungen in so gefährlicher Weise entgegenzutreten? Benedetti wird es uns sagen.

„Es waren unsere Forderungen letzter Stunde, die Herrn von Bismarck gestatteten, die französische Regierung vor die Wahl zu stellen, die größte Beleidigung einzustecken oder den Degen zu ziehen. Der Kanzler hielt den Krieg mit Frankreich für unvermeidlich; er wollte diesen Krieg; er hatte seit einem Jahre diese Kandidatur eines Hohenzollernprinzen auf die Krone Spaniens in Bereitschaft, mit der Absicht, aus derselben gegen uns Nutzen zu ziehen. Aus diesem Grunde ist und bleibt er der hauptsächliche und verantwortliche Urheber des Krieges. Er hätte aber doch nicht den Krieg entfachen können ohne unsere unglücklichen Forderungen vom 13. Juli. Nehmen wir einmal einen Augenblick an, man habe sich in Paris am 12. Juli strenge in den Grenzen der mir gesandten Instruktionen gehalten; daß man, wie es der Kaiser gewollt hat, auf die vom Fürsten Anton gesandte Depesche keine Rücksicht genommen hätte; daß man keine neue Forderung gestellt hätte; daß man im Gegenteil, wie man sich verpflichtet hatte, geduldig abgewartet hätte, bis die vom Könige verlangte und von uns zugestandene Frist abgelaufen wäre; — was wäre dann geschehen? Am Tage darauf, am 13., am verabredeten Tage gab mir der König seine Erklärung ab, die ich nach Paris weitergesandt hätte. Was für eine Wirkung würde das nun auf die Kammer und die öffentliche Meinung gemacht haben? Diesmal wäre die Verzichtleistung doch Frankreich gemeldet worden,

und durch wen? Durch den König von Preußen, den wir direkt darum angegangen hatten, und der die Berechtigung unserer Forderungen dadurch anerkannt haben würde, daß er die Verzichtleistung und folglich auch das Recht unseres Eingreifens guthieß. Fürst Anton, der spanische Botschafter, die zwischen ihnen ausgetauschten Mitteilungen, alles das wäre vor dem Schritte des Souveräns zurückgetreten, den wir darein verwickelt hatten. Wie hätten wir wohl eine größere Genugtuung verlangen können, und gewiß hätte sie die allgemeine Zustimmung des Landes und seiner Vertreter gefunden!"[1])

Derselbe Benedetti hat im November 1892, auf die Frage eines Redakteurs des Gaulois, als Bismarck seine Enthüllung gemacht hatte, geantwortet:

„Wir hatten die Verzichtleistung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron verlangt und der König von Preußen schien geneigt, sie uns zu bewilligen. Er wurde nicht durch meine Bitten dazu bewogen, diesen Entschluß zu fassen, sondern eher durch die Haltung Europas dazu gedrängt, da man es übel empfand, mit Frankreich ohne irgendeinen Vorwand, ohne Grund Streit anfangen zu wollen. Der König wünschte, diese Verzichtleistung solle stattfinden, ohne daß er persönlich dabei kompromittiert werde, denn es war das eine sehr heikle Sache, besonders bei der Stellung, in die ihn der Sieg von Sadowa gebracht hatte, auf den er sehr stolz war. Er wünschte, daß die Verzichtleistung vom Prinzen von Hohenzollern selbst ausginge. So hätte Frankreich einen bedeutenden diplomatischen Erfolg errungen. Im Grunde hatte Preußen große Lust, mit uns Krieg anzufangen. Graf Bismarck hätte am liebsten gar kein Zugeständnis gemacht und den Kampf sofort aufnehmen wollen. Doch bestand der König auf seinem Entschlusse, uns die Verzichtleistung des Prinzen Leopold zuzugestehen. Dieser Entschluß mißfiel in Paris ebensosehr wie in Berlin. Die französische Regierung wurde interpelliert, und man fragte, welche Garantien sie für die Zukunft fordern werde. Infolgedessen tat sie in Ems einen Schritt, der alles in Frage stellte. Der Minister des Auswärtigen hielt es für angebracht und notwendig den König aufzufordern, an den Kaiser einen für die Öffentlichkeit bestimmten Brief zu richten, in dem er jede beleidigende Absicht in Abrede stellte. Er drückte diesen Wunsch dem Botschafter Preußens in Paris aus, der sich in die Notwendigkeit versetzt sah, darüber nach Ems zu berichten. Der Rücktritt des Prinzen Leopold wurde aber von den Kabinetten und der ausländischen Presse als eine Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens aufgenommen; man glaubte, daß er nun

[1]) Essais diplomatiques. 1895.

gesichert sei. Ohne sich bei Formfragen weiter aufzuhalten, nahm man vom Sieger von Sadowa das Unterpfand dafür an, das er unter Umständen gab, die für seine persönliche Achtung sehr schwierig waren. Die vom Pariser Kabinette aufgestellte neue Forderung wurde dagegen als ein neues und bedauerliches Hindernis zur Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen angesehen." Daher machte sich Bismarck denn das auch zunutze, um die Lage kühn umzukehren und den Bruch sofort herbeizuführen.

Viertes Kapitel.

Die Verhandlungen vom 13. und 14. Juli.

Am 13. Juli wurde der Ministerrat in Saint-Cloud um 9 Uhr morgens eröffnet. Pierre de La Gorce hat über diese Sitzung nach den unveröffentlichten Aufzeichnungen Plichons und Louvets ausführlich berichtet. Als der Herzog de Gramont die erste Depesche vom vorigen Tage, die sich auf die Garantieforderung bezog, zur Kenntnis gebracht hatte, gaben die in der Minorität befindlichen Herren Segris, Plichon, Louvet und de Parieu ihrer Überraschung und ihrem Bedauern Ausdruck. Der Minister des Auswärtigen antwortete, er habe keine Zeit verlieren wollen und habe sich keines Widerspruchs im Kollegium versehen. Der Kaiser beharrte in rätselhaftem Schweigen. Der Marschall Le Boeuf tadelte, nach der Erzählung Emile Olliviers[1]), die unentschlossene Politik der Regierung. Durch die sich widersprechenden Befehle, die bald die Vorbereitungen beschleunigten, bald sie aufschöben, verlöre man viele wertvolle Zeit, kompromittiere man das Wohl des Landes. Wer mit Aufmerksamkeit die Einzelheiten der Tage vom 11., 12., 13. und 14. Juli verfolgt, muß sich über die Zusammenhanglosigkeit der Gedanken und Handlungen derer verwundern, die damals beauftragt waren, Frankreich zu leiten. Die Verwirrung, die Zerfahrenheit, das Schwanken, die Überstürzung, alles das ließ die Niederlage, den Zusammenbruch vorausseben. Dieselben, die die Garantie verlangt hatten, bildeten sich naiverweise ein, sie könnten die verderblichen Folgen dieser Handlung wieder gut machen. „Wir befanden uns", gesteht Ollivier ein, „vor einer vollendeten Tatsache, die sich uns aufdrängte, mit der wir rechnen mußten und gegen die es keine andere Möglichkeit gab aufzukommen, als wenn wir abdankten. Niemand sprach davon." Doch hätte der Siegelbewahrer, der Ministerpräsident, in diesem Augenblicke, der von ungewöhnlicher Bedeutung war, das Gefühl der Mißbilligung zu erkennen geben müssen, das bei ihm das unerhörte Vorgehen des Kaisers hervorgerufen hatte, der eine so wichtige Entscheidung getroffen hatte, ohne die Minister zu befragen. Es lag da eine persönliche

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 285.

Handlung vor, zu der sich Gramont, wie er sagte, aus handwerksmäßiger Gewohnheit hergegeben hatte. Er mußte wenigstens dagegen protestieren, um der Wiederholung so gefährlicher Maßregeln vorzubeugen. Das konnte aber Ollivier aus dem gebieterischen Grunde nicht, weil er selbst die Forderung eines Entschuldigungsbriefes, der dem Könige von Preußen auferlegt werden sollte, energisch unterstützt hatte. Jetzt erkannte er den begangenen Fehler, es war aber zu spät, ihn wieder gut zu machen. An eine Abdankung dachte er aber im Ernste nicht. Und warum? Wenn er sich zurückgezogen hätte, war ein kriegerisches Ministerium, das schon fertig vor der Tür stand, da, das ihn ersetzt und die Sache noch verschlimmert hätte. Das hätte soviel bedeutet wie zurückgehen, um noch tiefer zu fallen. Unter diesen Umständen und aus den Gründen, die ich angeführt habe, war der Krieg nun unvermeidlich. Noch drei Wochen, und das Ministerium Palikao sollte am Tage nach unserer Niederlage die Regierung in die Hand nehmen. Ollivier glaubt jedoch in unbegreiflicher Verblendung, die Garantieforderung ungeschehen machen oder doch bedeutend abschwächen zu können. So bleibt er also auf seinem Posten. „Dadurch", schließt er, „machte ich mich offiziell solidarisch mit einer Handlung, die ich bedauerte. Anscheinend stimmte ich ihr zu, aber wie der Blitzableiter sich mit dem Blitze verbindet, um ihn unschädlich zu machen[1])." Leider sollte, um im Bilde zu bleiben, diese eiserne Stange, zerbrechlich und schlecht befestigt, aus den Wolken, die sich am Horizonte auftürmten, nur ein zerstörendes Feuer auf das Gebäude hervorlocken, das sie glaubte schützen zu können.

Sollte man nun die Einberufung der Reserven befehlen und der Garantieforderung den Charakter eines Ultimatums geben? In diesem Augenblicke kam eine Depesche Lord Granvilles an Lord Lyons, worin er die kaiserliche Regierung dringend bat, sich mit der Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern zu begnügen und so den Streitfall zu beendigen.

Granville stellte der Regierung des Kaisers „die ungeheuere Verantwortlichkeit vor, die sie übernähme, wenn sie den Konflikt weiter ausdehne und sich nicht sofort durch die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern befriedigt erkläre." Der edle Lord erinnerte daran, daß bei Beginn der Angelegenheit Frankreich die Regierung der Königin gebeten habe, ihren Einfluß zu benutzen, um den wirklichen Zweck, die Zurücknahme der Kandidatur zu erreichen, — was diese unverzüglich getan habe. Der englische Minister war daher der Ansicht, seine Regierung habe die Pflicht, bei der kaiserlichen Regierung in ebenso dringender

[2]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 274.

wie freundschaftlicher Weise darauf zu bestehen, die Verzichtleistung des Prinzen Leopold „als eine befriedigende Lösung" anzunehmen. Diese Depesche, die in einem Briefe Lord Lyons enthalten war, wurde um zehn Uhr morgens dem Kaiser in Gegenwart der Kaiserin und des Ministerrats überreicht. Ollivier, den diese Mitteilung sehr erregt hatte, bekämpfte nun die Einberufung der Reserven und erhielt für seinen Vorschlag acht gegen vier Stimmen. Er bildete sich ein, auf die Weise die Folgen der Garantieforderung aufgehoben zu haben. Er hatte nicht mit der verderblichen Geschicklichkeit des gefährlichsten aller Gegner gerechnet. Er sah nicht voraus, wie weit die Kühnheit Bismarcks gehen könnte. Groß war der Zorn des Marschalls Le Boeuf gegen diese Abstimmung der Minister. Die Kaiserin verhehlte ihre Unzufriedenheit auch nicht und die Majorität des Gesetzgebenden Körpers zeigte sich entschieden feindlich. Das Ministerium machte also in einer kurzen Erklärung bekannt, es sei augenblicklich unmöglich, dem Lande und der Kammer einen allgemeinen Überblick über die Angelegenheit zu geben, wodurch die Unruhe der Friedensfreunde vergrößert und die, die den Krieg um jeden Preis wollten, aufgestachelt wurden. Clément Duvernois, den Rouher im geheimen zum Vorgehen antrieb, beantragte die Regierung zu interpellieren und Jérôme David spottete „über die lächerliche Langsamkeit der Verhandlungen". Die Mißbilligung dieses Ausspruches war dem Ministerium günstig, und die Interpellationen wurden, wie man oben gesehen hat, auf Freitag, den 15. vertagt.

Als die Sitzung aufgehoben war, gab Thiers, der mit Lord Lyons gesprochen hatte, der es bedauerte, daß die Regierung sich nicht einfach darauf beschränkt habe zu sagen, der Streitfall mit Preußen und Spanien sei erledigt, Ollivier den Rat, recht vorsichtig zu sein und die englische Vermittlung anzurufen; dann sagte er in einer Privatunterredung im Gesetzgebenden Körper zu Segris, Chevandier de Valdrôme, Maurice Richard, Mège und Louvet, es sei kein zwingender Grund, einen Krieg zu beginnen, wenn Preußen das Unrecht auf seine Seite gebracht habe. Der Augenblick sei außerdem recht schlecht gewählt. Man müsse sich noch gedulden, die günstige Stunde abzuwarten, bis der Süden, beunruhigt durch den Ehrgeiz und die Forderungen des Nordens, an unser Land als seinen Befreier appelliere. Die Zeugen dieser Unterredung haben später ihre Zustimmung zum Kriege dadurch rechtfertigen wollen, daß sie behaupteten, Thiers habe ihnen nicht ausdrücklich gesagt, Frankreich sei nicht bereit und wenige Tage vor der Kriegserklärung bestimmt behauptet, „wir seien stark". Mußte man nicht aus den bestimmten Bemerkungen: „der Augenblick sei noch nicht gekommen ... Ihr habt keine Bündnisse ... Der Krieg wird Europa gegen uns in Flammen

ſetzen ... Die Umſtände ſind ſehr bedenklich ..." mußte man daraus nicht ſchließen, der Krieg ſei eine Unvorſichtigkeit, eine Torheit? Thiers hatte allerdings im Geſetzgebenden Körper nicht geſagt, wir ſeien nicht bereit, aber er konnte das doch auch nicht öffentlich vor dem Auslande ſagen. Er hat aber ſeine Kollegen und die Miniſter nachdrücklichſt gebeten, nicht leichtſinnig einen gefährlichen Krieg heraufzubeſchwören, ohne Bündniſſe und mit der Gewißheit, Europa feindlich gegen ſich zu haben. War das nicht ausreichend, und wie kann man heute Thiers Vorwürfe darüber machen, nicht genau die Lage unſerer Streitkräfte und unſerer Vorbereitungen feſtgeſtellt zu haben? Er hatte gegen einen Krieg angekämpft, den er für ungünſtig und verderblich hielt. Er hatte deutlich auf die ſchwerſte der Unvorſichtigkeiten hingewieſen, die darin beſtände, ſich auf einen ſo ſtarken Gegner zu ſtürzen, ohne ebenſo ſtark zu ſein wie er, und das, ohne ſich irgendeines Bündniſſes verſichert zu haben. Dieſe Gründe hätten den verderbenbringenden Entſchluß verhindern müſſen, das vermochten ſie aber nicht bei der Heftigkeit, mit der die Leidenſchaften entfeſſelt waren, und dem Irrtum, in dem ſich die größere Mehrzahl befand. Der Senat war noch kriegeriſcher als die Kammer. Larrabit, Hubert-Delisle, Brenier, Chabrier waren die hitzigſten unter den verſammelten Vätern, und es fehlte wenig, daß alle den Sturz des Kabinetts Ollivier verlangt hätten. Die Preſſe ſtimmte mit ein und bedeckte die Miniſter mit Spott und Hohn. Wie! Der Sieg war ſicher, und man wich zurück!

Während dieſer Zeit ſpannte Bismarck ſein Netz aus und zweifelte nicht daran, daß ſeine Gegner blindlings hineingehen würden. Gramont war über die Zuſtimmung unterrichtet, die der König der Verzichtleiſtung des Prinzen Leopold gab, und er wagte zu ſagen, das ſei wenig!

Lord Lyons ſuchte den Miniſter des Auswärtigen auf und ſtellte ihm noch einmal ganz offen die Überraſchung und das Bedauern der engliſchen Regierung vor. Der Prinz Leopold hatte ſich zurückgezogen und man war nicht befriedigt? Spanien hatte die Verzichtleiſtung offiziell angezeigt; Preußen hatte nicht die geringſte Einwendung dagegen gemacht, und man verlangte noch mehr? Das Miniſterium fürchtete unbeliebt zu werden, aber das würde nicht lange dauern, und der größte Anſpruch auf die öffentliche Achtung würde die Löſung der Frage zum Vorteile und zur Ehre Frankreichs ſein, ohne daß ein Tropfen Blut vergoſſen würde. „Wenn jetzt noch Krieg ausbräche," ſagte der Botſchafter vorausahnend, „dann wird ganz Europa ſagen, es ſei die Schuld Frankreichs." Lyons wiederholte, was Granville ſelbſt zu La Valette geſagt hatte: „Wenn man ſagen kann, die Kandidatur des Prinzen Leopold

habe ohne die Zustimmung des Königs von Preußen nicht stattfinden können, so kann man nun den Grund andersherum anführen und sagen, die Zurücknahme konnte ebenfalls nur unter derselben Bedingung erfolgen. Warum sollte man denen Vorschub leisten, die Frankreich darstellten, als suche es Krieg anzufangen, ohne daß eine Notwendigkeit dazu vorhanden sei? Auf diese so weisen Bemerkungen antwortete Gramont, Spanien sei außer Spiel, aber Preußen habe Frankreich nichts zugestanden; der König habe kein Wort der Erklärung abgegeben; er habe nichts getan, absolut nichts. Frankreich verlange von ihm „einfach", dem Prinzen Leopold zu verbieten, seinen Entschluß zu widerrufen. „Wenn er das tut," sagte der Minister des Auswärtigen, „dann ist der ganze Zwischenfall erledigt." Lyons wunderte sich darüber, daß die französische Regierung im Ernste daran denken könnte, der Prinz würde noch einmal als Kandidat auftreten, oder von der spanischen Regierung als solcher angenommen werden. Gramont ließ sich durch so vernünftige Gründe aber nicht erschüttern und wiederholte mit staunenerregender Hartnäckigkeit, wenn der König sich weigere, dieses Verbot für die Zukunft auszusprechen, „würde Frankreich dementsprechende Maßregeln ergreifen". Man hat gesehen, wie es sie ergriffen hat. Es hatte die Einberufung der Reserven vertagt, nachdem es sie gerade beschlossen hatte.

Aber warum nun dieses hartnäckige Bestehen auf dieser Forderung beim Herzog de Gramont? Weil er durch seine Depeschen an Benedetti und hauptsächlich durch die Werther übergebene Note gebunden war. Der Minister fühlte es nun wohl selber, daß die Garantieforderung ein großer Fehler gewesen war; anstatt das aber Lord Lyons einzugestehen, verheimlichte er es und beschränkte sich nur darauf, zu sagen, der König brauche nur dem Prinzen Leopold zu verbieten, auf seine Kandidatur zurückzukommen, das würde genügen. Lord Lyons wunderte sich über diese neue Forderung, und nach dieser Unterredung wagte der Herzog de Gramont Benedetti zu schreiben, man fände diese Forderung gerecht und mäßig.

Am 14. morgens trat Herzog de Gramont ganz bestürzt bei Ollivier ein und übergab ihm eine Depesche unseres Geschäftsträgers Lesourd in Berlin. Diese Depesche war so abgefaßt: Ein Extrablatt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, das um zehn Uhr abends erschienen ist, enthält inhaltlich dieses: „Der König hat sich geweigert den Botschafter Frankreichs, der von Seiner Majestät dem König die Autorisation verlangt hatte nach Paris telegraphieren zu dürfen, er verpflichte sich für die Zukunft seine Zustimmung nicht zu der Kandidatur der Hohenzollern zu geben, wenn sie von neuem aufgestellt werden sollte, zu empfangen und hat ihm durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, er habe

ihm nichts mehr mitzuteilen." Am 14. morgens also, — es ist nötig, das festzuhalten — empfing der Minister des Äußeren von seinem eigenen Agenten in Berlin die fast vollständige Abschrift der Depesche, die durch die Wolfsche Agentur der Agentur Havas übermittelt worden war und in allen Zeitungen erscheinen sollte[1]). Außerdem hatte Benedetti am 14. Juli, in der ersten Stunde, um 12 Uhr 30 nachts dem Minister des Auswärtigen telegraphiert, er habe dieselbe Depesche in der Kölnischen Zeitung gesehen, und er leitete ihren Ursprung auf das Kabinett des Königs zurück, das uns seit einigen Tagen offenbar feindlich gesinnt wäre. Der Text der Depesche Lesourds enthielt die Worte: „Die Nachricht von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern ist der kaiserlich französischen Regierung durch die königlich spanische Regierung amtlich mitgeteilt worden." Sie führte also alles an, was den Bruch entscheiden sollte, d. h. den Hauptteil, und weder der Herzog de Gramont noch Emile Ollivier hatten das Recht, nach dieser Mitteilung zu sagen, sie kennten diese Depesche nicht, die den Krieg herbeiführen sollte.

Hat nun am 14. Juli morgens ein Ministerrat stattgefunden? Darüber und über die im Laufe dieses Tages ergriffenen Maßregeln ist zwischen Plichon und Emile Ollivier eine große Meinungsverschiedenheit entstanden. Louvet und Plichon behaupteten, am 14. morgens habe eine Sitzung stattgefunden, sie sei am Mittag unterbrochen worden und um ein Uhr wieder aufgenommen worden, um bis sechs Uhr zu dauern. Ollivier widerspricht dem aufs entschiedenste: „Am 14. Juli", schrieb er am 9. Januar 1886 an Plichon, „haben nicht drei Sitzungen stattgefunden, eine am Morgen, die andere am Nachmittag und die dritte am Abend. Es haben nur zwei stattgefunden: die erste in den Tuilerien, während der Kammersitzung, die von ein Uhr bis etwa sechs Uhr gedauert hat; die zweite in Saint-Cloud am Abend, ohne Sie, Segris und Louvet. Am Morgen hat nur eine Unterredung zwischen Ministern in der Kanzlei stattgefunden." Unterredung oder Ministerrat — streiten wir uns nicht um Wörter — auf jeden Fall hat der Herzog de Gramont seinen Kollegen die am 13. um 12 Uhr 5 Minuten mittags aus Ems abgeschickte Depesche zur Kenntnis gebracht, in der Benedetti ihn

[1]) Diese Privatdepesche war so wenig geheim, daß Lord Lyons am 14. Juli Lord Granville darüber in folgenden Ausdrücken informierte: „Man hat ein Telegramm des französischen Geschäftsträgers in Berlin erhalten, das meldete, in der ministeriellen Norddeutschen Zeitung sei ein Artikel erschienen, der sage, der Botschafter Frankreichs habe den König aufgefordert zu versprechen, er werde nie dem Prinzen von Hohenzollern gestatten, sich wieder als Kandidat für den Thron Spaniens aufstellen zu lassen; seine Majestät habe sich darauf geweigert, den Botschafter zu empfangen, und ihm durch seinen Adjutanten antworten lassen, er habe ihm nichts mehr zu sagen." (Archives diplomatiques).

benachrichtigte, er habe darauf aufmerksam gemacht, wenn die Entsagung des Prinzen Leopold eine Garantie für die Gegenwart sei, wir außerdem eine für die Zukunft haben müßten, „der König habe sich aber absolut geweigert, ihn zu berechtigen, eine solche Autorisation zu übermitteln". Gramont hatte dieser Depesche den Bericht des Botschafters beifügen müssen, der die Depesche selbst erklärte und erläuterte. Benedetti gab darin aber Einzelheiten von der größten Wichtigkeit: diese, unter anderen, die sich auf den aus Sigmaringen erwarteten Kurier bezog: „Ich bin ins Hotel zurückgekehrt und habe dort Ihr Telegramm von der vorigen Nacht um 1 Uhr 45 vorgefunden." Es war das, was Emile Ollivier um 11 Uhr 45 ausgeheckt hatte, mit dem er die Anmaßung der Werther übergebenen Note abzuschwächen glaubte. „Ich habe gedacht, wenn der König gut informiert sei — und das mußte ich nach dem, was er mir hatte mitteilen wollen, annehmen, daß dann der Kurier aus Sigmaringen vor Mittag ankommen müsse, und daß er dann zu mir schicken werde, wie er es mir gesagt hatte, um mich mit der Antwort des Prinzen von Hohenzollern bekannt zu machen, so daß ich dann Gelegenheit haben würde, mich von neuem mit Seiner Majestät auszusprechen. Der König hat nun in der Tat einige Stunden darauf die Botschaft erhalten, die man ihm zugeschickt hatte; da er aber wohl meine Absicht vorhersah, hat er, anstatt mich zu empfangen, einen seiner Adjutanten damit beauftragt, mir in seinem Namen zu sagen, der Prinz Leopold habe seine Kandidatur zurückgezogen, und daß Seine Majestät mich bäte, Ihnen zu telegraphieren, er betrachte diese Angelegenheit als definitiv erledigt." Das war doch eine stillschweigende Zustimmung, an der man nicht mehr zweifeln konnte.

Benedetti hatte sich nicht damit begnügt. Um den aus Paris erhaltenen Befehlen zu gehorchen, hatte er den Adjutanten darauf aufmerksam gemacht, er habe um die Ermächtigung gebeten, seiner Regierung mit der Verzichtleistung des Prinzen die ausdrückliche Zustimmung Seiner Majestät übermitteln zu dürfen. Er fügte hinzu, von seinem Minister ein neues Telegramm erhalten zu haben, auf den Garantien zu bestehen; er sähe sich daher in die Notwendigkeit versetzt, über diese beiden Punkte bestimmte Antwort zu verlangen. Der Adjutant war zum Könige zurückgekehrt, um sich dieses Auftrages zu entledigen; darauf war er gekommen, um zu erklären, Seine Majestät hieße die Verzichtleistung gut. Über den zweiten Punkt, über den der König nichts gesagt hatte, meldete Benedetti durch eine Depesche vom 13. Juli um 3 Uhr 45 abends, er habe eine neue Audienz nachgesucht, um mit dem Könige darüber zu verhandeln. Auf diese Bitte hatte der König antworten lassen (es ist dies der Gegenstand einer dritten Depesche Benedettis vom 13. Juli

um 7 Uhr abends), Seine Majestät berufe sich auf seine Bemerkungen, die er am Morgen gemacht hätte. „Der König hat zugestimmt, hat mir sein Gesandter im Namen Seiner Majestät gesagt, seine volle und rückhaltlose Approbation zu der Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern zu geben. Er kann nicht mehr tun." Und in dem Berichte hatte Benedetti über die geforderten Garantien gesagt: „Alles läßt mich glauben, der König sei fest entschlossen, uns diese Genugtuung zu verweigern. Trotz der offenbar liebenswürdigen Aufnahme, die er meinen Forderungen stets entgegengebracht hat, habe ich feststellen können, daß Seine Majestät sich, mit ebenso großem Bedauern wie Widerwillen vor unserer Haltung, dazu herbeigelassen hat die Schwierigkeit zu beseitigen, zu deren Entstehung er beigetragen hat, und er verheimlicht sich auch ohne Zweifel nicht, wie groß die Schlappe ist, der er sich persönlich ausgesetzt hat. Unter solchen Umständen ist der König der Ansicht, die Unzufriedenheit, die die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern in Deutschland hervorrufen wird, und deren Verantwortung weniger auf diesen Kandidaten als auf Seine Majestät fällt, zu vergrößern, wenn er der Verpflichtung zustimmt, die wir von ihm verlangen. Ich sehe sogar voraus, daß es mir von jetzt ab weniger leicht sein wird, zu ihm zu gelangen, und zweifle nicht, daß er vermeiden wollte, mir dazu Gelegenheit zu geben, als er einem seiner Offiziere den Auftrag gegeben hat, mir den Entschluß des Prinzen von Hohenzollern mitzuteilen."

So war der Minister durch den Bericht und die Depeschen vollständig über die Lage unterrichtet, nicht nur für den Augenblick, sondern auch über das, was folgen könnte. Was für Manöver unsere Gegner auch anstellen mochten, er wußte am 14. morgens, daß der König seine „volle und rückhaltlose" Zustimmung zu der Verzichtleistung des Prinzen gegeben hatte und die Sache als erledigt betrachtete. Er wußte, daß der König seinen Adjutanten nicht deshalb zum Botschafter gesandt hatte, um ihn zu beleidigen, sondern um die Frage nicht mehr zu berühren, die ihm unangenehm war und in der er seine Absicht sehr deutlich erklärt zu haben glaubte. Er wußte schließlich auch den Grund, warum der König die verlangte Garantie nicht geben konnte, weil nämlich eine solche Verpflichtung ihn der Unzufriedenheit seiner Untertanen aussetzen und in ganz Deutschland nicht nur als eine persönliche Schlappe für ihn, sondern als eine für die Nation angesehen werden würde. Da der König durch den Prinzen Radziwill sagen ließ und den Botschafter autorisierte nach Paris zu telegraphieren, daß alles beendet sei, mußte man ihn beim Wort nehmen und es ein für allemal damit gut sein lassen. Wirkliche Politiker würden das getan haben.

Die Emser Depesche, die öffentlich die Weigerung des Königs bekannt gab, Garantien für die Zukunft zuzustimmen und den Botschafter zu empfangen, mußte von einem klugen Manne als ein Winkelzug des preußischen Kanzleramtes erkannt werden. Ehe man den Kopf verlor und bestürzt wurde, ehe man von Beleidigung sprach und Rache forderte, mußte man sich erkundigen und eine rasche Untersuchung anstellen. Es war am 14. morgens, als Herzog de Gramont die von Lesourd übermittelte Nachricht empfing. Wie kommt es, daß er nicht unverzüglich eine Depesche an Benedetti gesandt hat, wodurch er anfragen konnte, was an dem von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Telegramme Wahres sei und ob sie wirklich einen offiziellen Charakter hätte? Man begreift es nicht, daß der Minister des Auswärtigen nicht sofort den Botschafter befragt hat, um zu wissen, ob der König selbst die Übersendung einer solchen Information an die Presse autorisiert habe. Er hatte Zeit genug, eine deutliche Antwort zu erhalten, da Benedetti aus eigenem Antriebe an demselben Tage, um 2 Uhr nachmittags, eine Depesche abschickte, worin die Veröffentlichung der Emser Depesche, die er dem Kabinette des Königs zuschrieb, meldete und dabei meldete, der König werde ihn in dem reservierten Salon des Bahnhofes empfangen. Und derselbe Benedetti ließ um 3 Uhr 45 Minuten mit Bezug auf diese Audienz wissen, der König habe ihm gesagt, „die Verhandlungen, die noch weiter stattfinden könnten, würden von seiner Regierung fortgesetzt werden". Diese beiden so wichtigen Depeschen, die auf die Lage ein so helles Licht warfen und durch ihre Fassung die Depesche dementierten, wodurch die französische Regierung so sehr in Unruhe geraten war, kamen am Abend des 14. und in der Nacht vom 14. auf den 15. im Ministerium des Auswärtigen an.

Mit etwas kaltem Blute und einigem Scharfblicke hätte der Minister des Auswärtigen und seine Kollegen leicht herausfühlen können, was die berüchtigte Emser Depesche in Wirklichkeit war: ein ebenso gewagtes wie verächtliches Manöver, dessen ganzes Gewicht sie auf den hinterlistigen Verfasser fallen lassen konnten. Aber nein. Der Herzog de Gramont und Emile Ollivier regen sich gleich von Anfang an auf, werden ungeduldig und bilden sich ein, alles sei unwiderruflich kompromittiert und verloren. Sie telegraphieren dem Kaiser, in die Tuilerien zu kommen, um beim Ministerrate den Vorsitz zu führen.

Währenddessen kommt der Botschafter Preußens im Ministerium des Auswärtigen am Kai d'Orsay an und sagt dem Minister niedergeschlagen, seine Regierung habe ihn wegen der Aufnahme, die er den Forderungen der beiden Minister bei ihrer Unterredung am 12. gewährt habe, getadelt. Er verkündet, den Befehl erhalten zu haben, sofort in

Urlaub zu gehen. Diese plötzliche Abreise, die Bismarck am 19. Juli in einen einfachen Urlaub aus persönlichen Gründen umänderte, war ein Ereignis, das die ohnehin schon kritische Lage zu erschweren und die Verwirrung und Unruhe Gramonts zu vermehren scheint. Der Minister erfährt zu derselben Zeit, daß Lord Granville beim Könige von Preußen einen neuen Schritt unternommen habe. Der englische Minister des Auswärtigen hat den König gebeten, dem Kabinette der Tuilerien seine Zustimmung zur Entsagung des Prinzen Leopold offiziell mitteilen zu wollen, wenn Frankreich seine Garantieforderung zurückzöge. Der König hatte dieses Zugeständnis aber schon gemacht, und der Herzog de Gramont fand, daß das „wenig sei". Lord Lyons ließ aber den Mut nicht sinken und schickte dem Minister eine dringende Mahnung, durch die er ihn bat, keine überstürzten Maßregeln zu ergreifen und der Regierung nicht durch eine vorzeitige Erklärung in der Kammer Verbindlichkeiten aufzuerlegen. Alle diese Warnungen kamen zusammen, und doch verschlimmerte sich die Lage. Alles läßt einen schlimmen Ausgang voraussehen. Herzog de Gramont geht melancholisch und besorgt durch eine erregte und wütende Volksmenge, die sich auf die beunruhigenden Nachrichten aus Berlin und wegen der Verzögerung der ungeduldig erwarteten Erklärungen um den Gesetzgebenden Körper und den kaiserlichen Palast versammelt hatten, zu den Tuilerien.

Er kommt um halb eins in den Ministerrat und sagt seinen Kollegen, daß der Krieg unvermeidlich sei, und wenn man ihn nach dem von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Telegramm ablehne, er sein Portefuille nicht einen Augenblick länger behalten werde. Le Boeuf stimmt ihm zu. Er erklärt, man dürfe keinen Augenblick mehr verlieren und müsse sofort mobilmachen. Die anderen Minister sind weniger hitzig. Sie erkennen an, daß die Emser Depesche die Lage drohend gestaltet habe; das hindere aber nicht, daß die Verzichtleistung bestätigt worden sei. Muß man sich nicht, ehe man sich für den Krieg entscheidet, genau erkundigen? Sie prüfen aufmerksam das Extrablatt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und finden darin eine ungemein beleidigende Absicht für Frankreich und seine Regierung. Die Weigerung, den Botschafter zu empfangen, die ganz Deutschland und dem Auslande in kurzen und harten Zeilen mitgeteilt worden war, bedeutete eine Beleidigung, die man nicht hinnehmen konnte, auf die man sofort mit der Einberufung der Reserven antworten müsse; das wurde um 4 Uhr 40 nachmittags beschlossen. Einen Augenblick schlug Emile Ollivier vor, auf die Emser Depesche keine Rücksicht zu nehmen und dem Gesetzgebenden Körper zu sagen, alles sei beendet. Er war natürlich darauf gefaßt, gestürzt zu werden, der Kaiser widersetzte sich aber diesem Opfer

und sagte, er könne sich von seinem Kabinette in dem Augenblicke nicht trennen, wo es ihm am nötigsten wäre[1]). Die Aufregung der Kammer wird immer größer, die nach dem Ausdrucke eines Journalisten „einer Leydener Flasche gleicht". Da erhält der Ministerrat eine Depesche Benedettis, worin die Sprache des Königs versöhnlicher dargestellt ist. Man faßt wieder etwas Hoffnung und schließt sich einem neuen Vorschlage des Herzogs de Gramont an, der, bei der Unruhe und dem Zögern des Kaisers, begriffen hat, daß man das Unmögliche versuchen müsse. Er spricht den Gedanken eines Kongresses aus, dem Napoleon III. sich sofort eifrig anschließt. Er faßt ihn in der Form einer Mitteilung an die Kammern in folgende Worte zusammen:

„Wir glauben, daß es ein von Europa stillschweigend angenommener Grundsatz ist, kein Prinz einer der regierenden großen Familien dürfe ohne vorhergehende Verständigung einen fremden Thron besteigen, und wir ersuchen die zu einem Kongresse vereinigten europäischen Großmächte, diese internationale Rechtsfrage zu bestätigen." Der Herzog de Gramont hatte die Gewißheit, England und Rußland, Österreich und Italien würden diese Friedensgarantie für die Zukunft annehmen. Wenn Preußen sich geweigert hätte zuzustimmen, würde es sich von Europa getrennt haben, und diese Isolierung würde es der moralischen Unterstützung beraubt haben, die dann Frankreich ganz zugute gekommen wäre. „Dieser Vorschlag", sagt Albert Sorel sehr richtig, „wäre ein Meisterstück gewesen ... Der Kongreß hätte Preußen überrascht und seine Berechnungen durcheinandergeworfen. Er würde es vor Europa kompromittiert und gezwungen haben, den Schiedsspruch der Mächte anzunehmen oder deren moralische Unterstützung zu verlieren. Die politische Unfähigkeit der französischen Staatsmänner war aber so groß und die Stellung Bismarcks so stark, daß er nicht allein dieser Gefahr entging, sondern daß seine Haltung Napoleon III. sogar zwingen sollte, den Krieg zu erklären[2])."

Emile Ollivier verteidigte den Kongreß mit seiner gewohnten Beredsamkeit, obwohl er dieses Auskunftsmittel für sehr abgenutzt hielt, und erhob sich „zu den erhabensten Bemerkungen". Er sagt das selber mit diesen Ausdrücken und beruft sich, um es zu beweisen, auf den Beifall seiner Kollegen[3]). Das hindert ihn aber nicht, kurz darauf zu sagen, diese Schwäche lasse ihn erröten, und seine Familie und sein Sekretär Philis haben Worte der Entrüstung ausgestoßen, als sie dies von ihm erfuhren. Sie hatten unrecht, denn wenn dieser Vorschlag zur rechten

[1]) L'Empire libéral. Bd. XIV, S. 363.
[2]) A. Sorel. La Diplomatie de la guerre franco-allemande. Bd. I, S. 171.
[3]) L'Empire libéral. Bd. XIV, S. 365.

Zeit gemacht und in der Kammer mit der gleichen Beredsamkeit wie im Ministerrate unterstützt worden wäre, hätte er Preußen in große Verlegenheit setzen können. Man muß aber aus der Erfolglosigkeit des Vermittlungsversuches Lord Granvilles, der von Gramont schlecht aufgenommen und von Bismarck zurückgewiesen worden war, nicht schließen, daß England dem Kongresse nicht zugestimmt haben würde, und daß ihm Rußland darin gefolgt sei? Nur würden daraus Forderungen entstanden sein, die vielleicht von den Ultra-Bonapartisten nicht zugelassen worden wären. Doch war alles das noch besser als eine blinde Überstürzung. Der Kaiser hätte gern gesehen, daß der Vorschlag zu einem Kongresse sofort der Kammer mitgeteilt werde. Man fand, es sei zu spät. Das war sehr zu bedauern, aber der Ministerrat war nach einer sechsstündigen Sitzung übermüdet und wie es scheint außerstande, dem Sturm der Opposition zu widerstehen. Doch trennte man sich mit friedlichen Gesinnungen, und der Kaiser schrieb an den Marschall Le Boeuf wieder einmal, die Einberufung der Reserven aufzuschieben.

Dieser war sehr überrascht. Man muß zugestehen, daß diese Überraschung des Kriegsministers sehr begreiflich ist. Seit mehreren Tagen verlangte man von ihm, die Reserven einzuberufen, dann wieder es aufzuschieben, bald Vorbereitungen zum Kriege zu treffen und dann wieder darauf zu verzichten. Da er so dem Schwanken und dem Zögern ausgesetzt war, das aus dem Kaiser und den Ministern veränderliche und unentschlossene Wesen machte, konnte er der nationalen Verteidigung nicht die ganze Sorgfalt angedeihen lassen, wie er es gern gewollt hätte. Dieses Hinundherschwanken des Kabinetts Ollivier in den Tagen vor dem Kriege beweist eine unerhörte Ungewißheit und Unentschlossenheit. Immer schlug der Wind um, und das gegenüber einem Feinde, der ruhig und kaltblütig blieb, der wußte, was er wollte und wohin er steuerte.

Le Boeuf hatte am 14. abends in Saint-Cloud nach dem Diner den Kaiser gefragt, was die endgültige Entscheidung sei. Sollte man nun die Mobilisation noch hinausschieben? Als der Kaiser ihm von der Möglichkeit eines Kongresses sprach, schien der Marschall diesem Projekte zuzustimmen und glaubte, daß der Friede dadurch gesichert werden könne. Die Kaiserin hörte, wie er einen Gedanken guthieß, dessen Zweckmäßigkeit sie bestritten hatte, und bezeigte ihre Überraschung darüber mit solcher Heftigkeit, daß der Kaiser sich darüber verwunderte. Sie bezeichnete das Zusammentreten eines Kongresses als eine Feigheit und öffentliche Schande. Sie geriet in eine solche Aufregung, daß sie, als sie wieder ruhiger geworden war, den Marschall bitten mußte, ihre Lebhaftigkeit zu vergessen[1]). Es wurde eiligst eine neue Versammlung der Minister

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 371.

beschlossen, an der Segris, Louvet und Plichon nicht teilnahmen, da sie ihre Einladung nicht früh genug erhalten hatten.

Unter dem Drucke der Ereignisse und auf Veranlassung der Kaiserin sollte der Ministerrat Entschlüsse von der größten Wichtigkeit fassen. Man kann nicht in Abrede stellen, daß die Kaiserin auf die Kriegserklärung einen überwiegenden Einfluß gehabt hat[1]). Während ihre Umgebung an die Beständigkeit des Regimes glaubte oder zu glauben vorgab, hatte sie seit einem Jahre die größten Besorgnisse. Die Wahlen von 1869, die die republikanische Partei verstärkt und den offiziellen Kandidaten viele Enttäuschungen bereitet hatten, die unaufhörliche Aufregung in der Hauptstadt, die heftigen Angriffe der Oppositionspresse, der Erfolg des Pamphletes Rocheforts, die schwankende Gesundheit des Kaisers, das geringe Vertrauen, das die Kaiserin in die liberale Politik setzte und die Furcht vor den Zugeständnissen, die sie für gefährlich hielt, die Rückkehr eines Parlamentarismus, der sich in alles mischte und an allem mäkelte, die Gesamtheit aller dieser Tatsachen ließ sie glauben, die Tage des Kaiserreichs wären ohne einen außergewöhnlichen Glücksfall gezählt. Sie ergriff daher eifrigst die Gelegenheit, die ihr die Kandidatur eines deutschen Prinzen für den Thron Spaniens zu bieten schien. Da sie sich auf Versicherungen verließ, die sie leider nicht hat prüfen lassen, und auf Generäle und Höflinge hörte, die ruhm- und ehrsüchtig waren und ihr einen sicheren Triumph voraussagten, bezeigte sie ein unbegrenztes Vertrauen zu den Streitkräften Frankreichs, die sie denen Preußens für überlegen hielt. Sie glaubte, und nicht ohne Grund, die Franzosen, die den Preußen ihren glänzenden Sieg von 1866 nicht verziehen hatten und nur mühsam deren Stolz ertrugen, würden glücklich sein, für Sadowa Rache nehmen zu können. Sie war überzeugt, der Sieg werde den kaiserlichen Thron befestigen und ihrem Sohne, dessen frühreife Intelligenz und edelmütigen Charakter sie schätzte, gestatten, ohne Schwierigkeit auf Napoleon III. zu folgen. Daher nahm sie die dunkelhaften Versicherungen der bonapartistischen Presse, die von Jérôme David, Granier de Cassagnac, Clément Duvernois

[1]) Doch hat sie es stets abgestritten, das Wort gesprochen zu haben, das man ihr immer vorgeworfen hat: „Das ist mein Krieg, das ist mein eigener kleiner Krieg!" Sie hat es formell am 16. Juli vor Fräulein Riedel, der Gouvernante des Fräulein d'Albe zurückgewiesen. Doch hat sie nicht leugnen können, dazu beigetragen zu haben, die Feindseligkeiten entfesselt zu haben. Auch andere Frauen als die Kaiserin haben mehr als einmal Kriege veranlaßt. So kann man daran erinnern, daß Zar Nikolaus zu der anmaßenden Politik, die den Krieg von 1854 hervorrief, durch die Prinzessin von Lieven und gewisse Damen der russischen Kolonie in Paris aufgereizt worden ist. Die Kaiserin Eugenie sagte von ihnen: „Diese Gesandtschaft von Frauen hat den Krimkrieg gemacht."

und Dugué de La Fauconnerie geleitet wurde, mit Wohlwollen auf. Andererseits sagten die Oppositionszeitungen, wie der Temps, Siècle, Rappel, daß die Hohenzollernsche Kandidatur für die Stellung Frankreichs in Europa beunruhigend sei, und fragten sich, ob die kaiserliche Diplomatie imstande sein würde, unsere Interessen zu vertreten. Sie bekundeten ihr Mißtrauen gegen die Fähigkeit ihrer Agenten und den Wert ihrer Staatsmänner. Sie wiesen auf die Katastrophe von Sadowa hin und bezweifelten stark, daß das von Nutzen gewesen sei. So versetzten sie durch ihre Befürchtungen und ihren Spott die Mitglieder der Majorität des Gesetzgebenden Körpers in Unruhe, doch waren diese noch nicht so eifrig darauf erpicht, die Gefahren eines immerhin zu fürchtenden Krieges mit Preußen auf sich zu nehmen, wie man gesagt hat.

Der General du Barail glaubt im dritten Bande seiner Erinnerungen die ganze Verantwortung der Kaiserin zuschreiben zu können, die wollte, daß ihr Sohn auf einen durch militärischen Ruhm befestigten Thron steigen sollte. Sie war es nicht allein, die so dachte, denn am 12. Juli sagten die Befürworter des Krieges zu Emile Ollivier: „Sie sind der Minister des Plebiszits; Sie können der des Sieges sein!"

General du Barail behauptet, die Kaiserin habe über den Kaiser eine unbegrenzte Macht gehabt. Ebenso übte sie auf den Ministerrat einen bedeutenden Einfluß aus, besonders auf den Herzog de Gramont und auf Chevandier de Valdrôme. Um ihr gehorsam zu sein, forderte dieser von Emile de Girardin den berühmten Artikel, der zum Kriege anfeuerte. Es scheint angebracht, hier daran zu erinnern, daß Prévost-Paradol, der den Posten eines Botschafters bei den Vereinigten Staaten angenommen hatte, in der Mitte des Monats Juni 1870 vom Kaiser und der Kaiserin in Saint-Cloud in Abschiedsaudienz empfangen wurde. Er hat die sehr interessanten Einzelheiten dieser Audienz in einer Notiz aufbewahrt, die später unter seinen Papieren gefunden worden ist[1]). Nach einigen gleichgültigen Worten über die Handelsverträge und die Zolltarife begann die Kaiserin unvermittelt von einem Gegenstande zu sprechen, der ihren Geist zu beherrschen schien, „indem sie mit außerordentlicher Beredsamkeit und größter Leidenschaftlichkeit von Preußen und Repressalien sprach, als hätten wir eine Beleidigung zu rächen; von der Notwendigkeit für Frankreich, seinen Platz wieder einzunehmen, als ständen wir vor einem europäischen Komplotte; daß sie ihren Sohn über alles liebe und bereit sei, alles zu tun um seine Thronbesteigung vorzubereiten; wie sie noch schlecht über die Tragweite der Politik des 2. Januar aufgeklärt sei, da sie es mit der Hofpartei halte." Prévost-

[1]) Prévost-Paradol, von Octave Gréard.

Paradol zeigt uns neben ihr den Kaiser „sehr leutselig und bemüht zu gefallen, wie er sich frei und natürlich unterhält als ein Mann, dem es leicht ums Herz geworden ist, sogar glücklich, nach allen bestandenen Abenteuern auch noch dieses bestehen zu können, der verständig über die Krönung des Werkes, über die Presse und die Dienste, die sie in England leistet, und die Leidenschaften, die sie in Frankreich erregt, spricht." Seiner Leutseligkeit war aber eine gewisse Traurigkeit beigemischt, die von seinem Gesundheitszustande herrühren mochte. Am Morgen war ein Brief Gambettas erschienen. „Ist das die nahende Republik?" fragte der Kaiser. — „Was wollen Sie, Sire?" erwiderte Prévost-Paradol. „Es sind drei oder vier Regierungen da, die mit dem Hute in der Hand auf den großen Fehler warten, um einzutreten." Napoleon wiederholte, er wolle den Frieden, fügte dann aber ernst hinzu: „Wir können uns auf einen Krieg nur einlassen, wenn wir die Hände voller Bündnisse haben."

Die Leidenschaftlichkeit der Kaiserin war dem neuen Botschafter aufgefallen. „Warum dieses Gespräch über Preußen?" fragte er sich, als er von Saint-Cloud zurückkehrte. Aber die Sprache des Kaisers hatte schließlich seine Besorgtheit zerstreut, und er behauptete am 30. Juni, am Vorabende seiner Abreise, seinen Freunden gegenüber, der Frieden sei niemals gesicherter gewesen. Und damit wiederholte er nur die Behauptung Emile Olliviers. Kaum einen Monat später war der Frieden unwiderruflich kompromittiert; und die sterblichen Reste Prévost-Paradols kamen mit demselben Schiffe zurück, das ihn nach den Vereinigten Staaten getragen hatte.

Frankreich ließ sich ohne die notwendigen Vorbereitungen und ohne die versprochenen Bündnisse in einen verderblichen Krieg ein; die kaiserliche Dynastie und das Vaterland waren bedroht. „Der große Fehler", den Prévost-Paradol befürchtete, war begangen. Er hat ihn nicht überlebt.

Die Kaiserin hatte keinen Augenblick daran gezweifelt, daß das ganze Land die Absicht, einen Hohenzollern auf den Thron Spaniens zu setzen, wie eine Beleidigung und Herausforderung betrachten würde. Der Enthusiasmus, mit dem die Erklärung des Herzogs de Gramont vom 6. Juli aufgenommen worden war, hatte sie über die wirklichen Gefühle der öffentlichen Meinung getäuscht[1]). Sie legte sich keine Rechenschaft darüber ab, daß die hochmütige Sprache des Ministers des Auswärtigen

[1]) Nach der Sitzung hatte Emile Ollivier dem Kaiser telegraphiert: „Die Erklärung ist in der Kammer mit Bewegung und ungeheurem Beifall aufgenommen worden. Sogar die Linke, mit Ausnahme einer kleinen Zahl, hat erklärt, die Regierung unterstützen zu wollen. Die Bewegung ist gleich von Anfang an über das Ziel hinausgegangen. Man hätte glauben können, es wäre eine Kriegserklärung

auch die am günstigsten gesinnten Mächte beunruhigt und beleidigt hatte, die nicht zugeben wollten, daß man der Versöhnung auf so brüske Weise jeden Zugang abschneide.

Fürst Poniatowski, der Stallmeister des Kaisers, hat erklärt, die Kaiserin habe am Abend des 11. Juli in Saint-Cloud die Befürchtung ausgesprochen, Preußen möge zurückweichen. „Wenn aber Preußen", hatte der Fürst erwidert, „nach der doch gewiß hochmütigen Aufforderung, die von der Tribüne der Kammer ergangen ist, Genugtuung gibt, dann ist das für Frankreich doch ein diplomatischer Sieg." — „Sie verstehen nichts von den Angelegenheiten unseres Landes!" antwortete die Kaiserin mit verächtlicher Lebhaftigkeit[1]).

Ganz Europa so gut wie der Gesetzgebende Körper und das ganze Volk glaubten an einen bevorstehenden Krieg, so stolz und beleidigend schien die Erklärung des Ministers des Auswärtigen. Andererseits hatten die neuen Forderungen der kaiserlichen Regierung, die sich nicht mit der Verzichtleistung des Prinzen Leopold, die der König von Preußen anerkannt hatte, begnügen wollte, die Unzufriedenheit der Mächte vergrößert, wie das die offiziellen Depeschen beweisen. Die Kaiserin ahnte nicht, daß Frankreich, infolge der geschickten Manöver Preußens, die Meinung von fast ganz Europa gegen sich haben werde, und daß sein Gegner zum Kriege gezwungen zu sein scheinen würde, um einen Angriff zurückzuweisen, den nichts entschuldigen konnte. Diesen Eindruck hatte Lord Lyons, wie ich gesagt habe, am 13. Juli morgens in Saint-Cloud deutlich zu erkennen gegeben. Aber Jérôme David, Clément Duvernois und ihre Partei waren mächtiger als Lord Lyons und Lord Granville, selbst wenn sie im Namen der Königin Victoria sprachen. Die neue Forderung des Herzogs de Gramont, der Emile Ollivier zugestimmt hatte, und die auf Drängen des Kaisers und der Kaiserin gestellt worden war, überraschte und betrübte unsere Freunde sehr.

Ich habe im vorhergehenden Kapitel gezeigt, wie die heimtückische Emser Depesche schließlich den Funken ins Pulverfaß geworfen und Frankreich dazu geführt hatte, sich blindlings in das gefährliche Abenteuer zu stürzen.

Jedoch war der Kaiser nicht so geneigt zum Kriege wie die Kaiserin. Er hat mehr als einmal zu seinem Ministerpräsidenten gesagt, er sei

gewesen. Ich habe eine Unterbrechung Crémieux': „Wollen Sie denn Krieg?" benutzt, um die Sache wieder in Ordnung zu bringen. Wir wollen den Frieden, nur mit Ehren. Im Publikum ist die Aufregung auch groß, aber diese Aufregung ist edel, patriotisch. Das Volk ist hochherzig gesinnt (F. Giraudeau, La Vérité sur la campagne de 1870, S. 63).

[1]) G. Bapst, Le Maréchal Canrobert, Bd. IV.

fest entschlossen nichts zu unternehmen. „Er ist ein sonderbarer Mensch", sagte von ihm der Marquis de Chasseloup-Laubat am 6. August zum Grafen d'Haussonville. „Er ist der mißtrauischeste Mensch von der Welt, argwöhnisch und unruhig. Es gibt keinen größeren Zerstörer des Bestehenden. Er hat immer eine Gesellschaft von Hanswürsten um sich, die allerlei dummes Zeug anstellen. Er hat Ideen, an denen ihm nichts gelegen ist, und die verschwinden, wie sie gekommen sind, man weiß nicht warum. Dagegen hat er andere, die festsitzen und die nie weggehen. Wenn die auf Hindernisse stoßen, dann tauchen sie unter wie Enten im Wasser, aber um etwas weiter wieder aufzutauchen[1])." Napoleon III. hatte seinen Ministern nichts von seinen Versuchen, mit Österreich und Italien ein Bündnis abzuschließen, gesagt, denn die Umstände, unter denen sie hätten stattfinden können, waren noch nicht eingetreten, er wünschte sie auch nicht. Entmutigt, durch Krankheit geschwächt, dachte er nicht daran das Kaiserreich wieder in Frage zu stellen, das er durch den Erfolg des Plebiszits glaubte befestigt zu haben. Er wollte in aller Ruhe das liberale Regime, dem er seine Zustimmung gegeben hatte, dem Versprechen gemäß sich entwickeln lassen. Er sah es nicht, oder wollte es nicht sehen, daß Preußen eine neue Intrige vorbereitete und ihm von neuem eine Falle stellte. Er sah nicht, daß man in Hinsicht auf die nationale Verteidigung einer Verwirrung, einem Zögern, einer tödlichen Apathie preisgegeben war. Kurze Zeit vor dem Kriege tadelten noch viele die, die für unentbehrliche Vorbereitungen Kredite forderten. Und doch mußte man blind sein, um nicht zu begreifen, die kaiserliche Regierung werde über kurz oder lang zwischen einer Beleidigung oder einem Kriege zu wählen haben. Es genügte also nicht immer wieder zu sagen, man sei entschlossen Frieden zu halten; man mußte sich darauf vorbereiten, jeder Herausforderung begegnen zu können. Man mußte in dem Falle, daß der Krieg unvermeidlich wurde, die nötigen Streitkräfte haben, um ihn mit Erfolg durchführen zu können, wie es die verlangten, die für das Geschick Frankreichs und des Kaiserreichs ein wirkliches Interesse hatten. Es genügte nicht, Preußen die Verantwortung für den Krieg in die Schuhe zu schieben; man mußte ihm zu verstehen geben, es werde sich einem zweifelhaften Erfolge aussetzen, wenn es uns zu einem Kampfe zwänge, den wir nicht wünschten. „Regieren heißt vorausseh'n", hat man oft gesagt. Der Kaiser sah nichts voraus, und die Minister, die seine Politik unterstützten, begriffen erst in der letzten Stunde, wie bedauernswert ihre Illusionen und ihre Unvorsichtigkeit gewesen waren. Bismarck und der König von Preußen haben auch bis zuletzt behauptet, friedliche

[1]) Journal du comte d'Haussonville.

Absichten zu haben. Haben sie deswegen die geringste Vorbereitung vernachlässigt? Die Erklärungen vom 6. und 15. Juli haben sie vorbereitet gefunden zu handeln, und am 1. August konnte der Kronprinz in sein Tagebuch schreiben: „Wir sind bereit"[1]), drei packende Wörter, die keine Prahlerei waren, wie die Erklärung des Marschalls Le Boeuf!

Nach der Aussage Emile Olliviers hat der Kaiser ihm einige Augenblicke vor der Eröffnung des neuen Ministerrates in Saint-Cloud, abends gegen sechs Uhr, anvertraut, die Erklärung, die den Kongreß, d. h. den Appell an Europa beträfe, schiene ihm jetzt wenig befriedigend. Es war das dieselbe schwankende und schwache Haltung, beunruhigt von dem, was er eben getan hatte, auf die das bekannte Wort paßt:

Video meliora proboque,
Deteriora sequor.

Und Emile Ollivier, der bei der Befürwortung des Kongresses eine „rednerische und pathetische" Form gefunden hatte, die dem Kaiser Tränen in die Augen brachte, sagte schließlich, man würde ihn auspfeifen, wenn er diese Erklärung vor die Kammer brächte. Und doch war Napoleon III. trotz des scheinbaren Einspruches, der sich nur auf die Form aber nicht auf den Inhalt des Vorschlages bezog, noch nicht zum Kriege entschlossen und bedauerte, daß seine Regierung mit der unbeständigen Meinung rechnen mußte. Darüber kam Le Boeuf und setzte von neuem seine Besorgnisse auseinander. Am Nachmittage hatte man ihn beauftragt, die Reserven einzuberufen, und nun widerrief man den Befehl. Er erklärte, abdanken zu wollen, wenn man diesen neuen Entschluß aufrecht erhielte. Sein Kollege von der Marine war bereit, ihm zu folgen. Und am Mittage um halb ein Uhr hatte der Minister des Auswärtigen auch schon damit gedroht. Wie sollte nun ein Kabinett, in dem derartiges vorkam, wo drei oder vier Minister die Absicht aussprachen, sich zurückziehen zu wollen, die nötige Kaltblütigkeit und Freiheit bewahren?

Und da verlas der Kaiser — ich entnehme diese genauen Einzelheiten einer unveröffentlichten Aufzeichnung des früheren Ministers und Senators Grivart, der sie vom Marschall de Mac Mahon und dem Herrn de Pienne, dem Kammerherrn der Kaiserin, hatte — im Ministerrate

---

[1]) Die Lage Deutschlands zu dieser Stunde wird uns deutlich durch den Reichskanzler General von Caprivi dargestellt, der am 23. November 1892 im Reichstage sagte: „Ich bitte Sie, meine Herren, sich daran zu erinnern, daß wir beim Überschreiten der französischen Grenze im Jahre 1870 siebzehn Armeekorps bereit hatten, einschließlich der Kontingente Süddeutschlands, während uns nur acht französische Korps gegenüberstanden."

eine Note, die friedliche Absichten zeigte. Er hatte sie einige Augenblicke vorher der Kaiserin mitgeteilt, die vor Herrn de Pienne durch eine Kopfbewegung ihre Mißbilligung ausgedrückt hatte. „Der Kaiser" — sagt die Aufzeichnung, die mir übergeben worden ist — „trat von der Kaiserin begleitet in den Ministerrat. Er las seine Rede vor und mußte in dem Augenblicke, wo er darüber eine Abstimmung vornehmen wollte, den Saal verlassen, da er sich unwohl fühlte. Nach einer halben oder dreiviertel Stunde kehrte er trotz seiner Schmerzen zurück. Während dieser Zeit hatte die Kaiserin die Mitglieder des Rates beeinflußt, und die Abstimmung ergab vier Stimmen Mehrheit für den Krieg." Was die Kaiserin bewogen hatte einzugreifen, — es war das erstemal, daß sie dem Ministerrate beiwohnte, — waren die Depeschen, die im Laufe des Abends eingetroffen waren, die von Ems und Berlin, der Bericht des Geschäftsträgers Lesourd über die Haltung Bismarcks und die pessimistischen Eindrücke Lord Loftus' infolge einer Unterredung mit dem Kanzler; dann ein Telegramm aus Bern an den Minister des Auswärtigen von unserem Gesandten de Comminges-Guitaut und eine andere Depesche des Herrn de Cadore, des Gesandten in München, die die Emser Depesche wiedergaben nebst der Weigerung des Königs, Benedetti zu empfangen. Der Ministerrat glaubte an den offiziellen Charakter dieser beiden Telegramme, obwohl die Emser Depesche nach der Ansicht von Berufsleuten diesen Charakter nicht hatte, wenn sie auch in diplomatischen Kreisen eine große Erregung hervorgerufen hatte. Die anwesenden Minister waren der Ansicht, daß der Krieg unvermeidlich wäre, da sie sich durch den Anschein täuschen ließen und glaubten, man müsse sofort auf die Herausforderung antworten. Sie hielten die Einberufung der Reserven aufrecht und beschlossen, der Herzog de Gramont und Emile Ollivier sollten den Entwurf einer Kriegserklärung vorbereiten. Die Kaiserin hatte im Ministerrate bewiesen, man könne nur noch den Kampf annehmen, zu dem Preußen uns zwang.

Marschall de Mac Mahon hat zu Herrn Grivart gesagt, der Gedanke der Kaiserin sei der gewesen, daß die Politik, die man mit Herrn Ollivier betreibe, zum Verderben führe. Eine Ablenkung nach außen scheine notwendig zu sein. Nach vierzehn Tagen oder drei Wochen werde man Erfolge erreicht haben. Dann hätte man Frieden geschlossen, und der Kaiser, der sein Prestige wiedergewonnen hätte, könne die gefährlichen Zugeständnisse, die er gemacht habe, widerrufen. Nun hatte aber der Kaiser vor der Sitzung des Ministerrates allen ergebenen Journalisten die Losung gegeben, eine friedliche Lösung anzuzeigen. Gegen Mitternacht telegraphierte man, um ihnen gegenteilige Instruktionen zu geben und auf den Krieg vorzubereiten. Das sind die Aussagen des Marschalls

de Mac Mahon, der diese Einzelheiten vom Marquis de Pienne hatte, Aussagen und Einzelheiten, die ein scharfes Licht auf die verhängnisvolle Nacht werfen, in der der Krieg beschlossen wurde.

Es steht also fest, daß die Minister, die wenig geneigt schienen, sofort Feindseligkeiten hervorzurufen, während der Abwesenheit Napoleons unter dem Einflusse des beredten Verweises der Kaiserin dahin gebracht worden waren, einen Entschluß zu fassen, der die schrecklichsten Folgen haben sollte. Napoleon hatte die Absicht noch auszuweichen und irgendein kluges Mittel ausfindig zu machen, um Europa zur Einmischung zu bewegen; er stieß aber bei den Ministern, die davor zurückscheuten, die Verantwortung für eine Frankreich ungestraft angetane Beleidigung zu übernehmen, auf einen solchen Widerstand gegen seine versöhnlichen Absichten, daß er nachgeben mußte. Diesmal waren nun die eisernen Würfel gefallen.

Ein gelehrter Geschichtschreiber, de La Gorce, hat also mit Recht sagen können: „Eine sehr ehrenwerte Zurückhaltung, begründet durch das Mitleid mit dem Unglücke und auch durch die Treue für eine erhabene Souveränin, hat später die Mehrzahl der öffentlichen Zeugnisse verschleiert und gemildert, die sie hätten anklagen können. Aus allen handschriftlichen Aufzeichnungen und aus allen Privatpapieren geht sehr deutlich hervor, daß es die Kaiserin war, die auf seiten Frankreichs hauptsächlich den Krieg veranlaßt hat."

Saint-Marc-Girardin schwächt ebenfalls diese Verantwortung ab: „Einige Personen, selbst solche, die Anhänger des Kaiserreichs sind, glauben, die Kaiserin habe keinen glücklichen Einfluß auf die Politik des Kaiserreiches gehabt. Es ist möglich, daß die Kaiserin seit Sadowa geglaubt hat, die kaiserliche Dynastie, d. h. die Zukunft ihres Sohnes könne nur durch einen Krieg befestigt werden und dadurch das, was sie retten wollte, verloren hat. Auf keinen Fall ist es ihre Regentschaft der letzten Tage, die diese Politik in die Tuilerien eingeführt hat. Sie hat, selbst wenn sie es gewollt hätte, die kriegerische Politik des Kaiserreichs in diesem letzten Augenblicke nicht mehr ändern können. Diese Politik war eine unverbesserliche Lage, ein wirkliches Mißgeschick geworden. Jede Maßregel war, wohl oder übel, ein Schritt näher auf den Abgrund zu, der sich aufgetan hatte und unmöglich wieder ausgefüllt werden konnte[1])."

Bringen wir nur nicht, wie die griechischen Tragödiendichter, zu sehr das Schicksal mit den menschlichen Ereignissen in Verbindung. Offenbar hat die Politik des Kaiserreiches und seines Kabinetts die

[1]) Rapport Saint-Marc-Girardin. — Enquête sur le gouvernement du 4 septembre.

Dinge zum Schlimmsten geführt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kaiserin, die mutig, tätig und leidenschaftlich war, wogegen den Souverän seine physischen Schmerzen und seine niedergedrückte Stimmung zu einer Art Unfähigkeit verurteilten, nicht zugeben wollte, Frankreich irgendwie zurückstehen zu sehen und auf die bedauerliche Überstürzung, mit der man den Krieg erklärte, einen entscheidenden Einfluß gehabt hat.

Am Abend des 14. Juli hatte Robert Mitchell eine Unterredung mit Emile Ollivier im Garten des Ministeriums des Auswärtigen: „Wenn wir morgen", sagte ihm der Minister, „dem Wunsche der Majorität nicht gerecht werden, werden wir gestürzt und dann beginnt ein reaktionäres Kabinett unter ungünstigeren Bedingungen den Krieg." — „Dann nehmen Sie eben Ihre Entlassung!" erwiderte Mitchell. — „Ich kann es nicht. Das Land hat Vertrauen zu mir; ich bin die Garantie des neuen Paktes, der Frankreich mit dem Kaiserreiche verbindet. Wenn ich mich zurückziehe, wird man die Übernahme der Regierung durch ein Ministerium Rouher als eine Art Staatsstreich gegen die parlamentarischen Reformen ansehen, und dann ist zu befürchten, daß die schon so schwierige Lage noch durch innere Schwierigkeiten verschlimmert werde. Und dann ist der Krieg auch eine beschlossene Sache. Er ist unvermeidlich. Keines Menschen Macht könnte ihn heute noch beschwören. Da wir ihn nicht verhindern können, ist es unsere Pflicht ihn populär zu machen. Durch unseren Rückzug würden wir das Land entmutigen, würden wir Frankreichs Recht und die Gerechtigkeit seiner Sache in Abrede stellen." — „Was erhoffen Sie denn noch?" — „Für mich, nichts. Was auch kommen wird, ich werde geopfert; denn der Krieg wird das Regime wegreißen, mit dem mein Name verknüpft ist. Wenn wir besiegt werden, möge Gott Frankreich schützen! Sind wir Sieger, möge Gott unsere Freiheiten beschützen!"[1])

So gestand denn der Ministerpräsident am 14. Juli, der Krieg sei unvermeidlich, nachdem er am 12. in der Gesetzgebenden Versammlung behauptet hatte, der Hohenzollernsche Zwischenfall sei abgetan, ohne daß es ihm in den Sinn kam, ihm ebensowenig wie dem Herzog de Gramont oder einem seiner Kollegen, Benedetti als Schiedsrichter anzurufen, der am 15. morgens in Paris angekommen war und schon auf telegraphischem Wege gegen die tendenziösen Mitteilungen Bismarcks Verwahrung eingelegt hatte. So waren es also die Leidenschaften der imperialistischen Partei, die den Krieg unvermeidlich gemacht hatten, und die Minderheit im Ministerrate, die sich bis dahin mit der Verzichtleistung des Prinzen Leopold und der Bestätigung des Königs begnügt

[1]) Courrier de France, 21. September 1872.

hatte, hörte auf gegen die neuen Forderungen zu protestieren und beugte sich, wie vor einem unveränderlichen Schicksalsspruche.

„Erst am Abend wurde die Einberufung der Reserven beschlossen", sagt Herr de Parieu, einer der aufrichtigsten Zeugen dieser beklagenswerten Ereignisse. Das bis dahin geteilte Kabinett wurde zum Teil mit fortgerissen, zum Teil in dem neuen Ministerrate in Saint-Cloud zum Schweigen verurteilt, wo die Telegramme Bismarcks, in denen die Weigerung des Königs von Preußen, Benedetti zu empfangen, den deutschen Gesandten an fremden Höfen mitgeteilt wurde, zur Verlesung kamen. Da sie wie eine diplomatische Mitteilung dargestellt wurden, brachten sie die lebhafteste Erregung hervor und veranlaßten, daß man den Vorschlag wegen des Kongresses fallen ließ, um an seine Stelle eine Forderung an das Parlament um Geldbewilligung zu setzen[1]). "

Herr de Parieu bedauert die Minister, seine Kollegen, die plötzlich vor eine Ehrenfrage gestellt, die von der Presse der überreizten öffentlichen Meinung überliefert werden würde, im Interesse Frankreichs und seiner Würde glaubten patriotischerweise einer Bewegung folgen zu müssen, die aufzuhalten, sie nicht imstande waren.

Ich wiederhole es, nichts kann die Verwirrung schildern, die in der kaiserlichen Regierung herrschte. Der Kaiser hatte seine Politik und die Kaiserin die ihre. Der Ministerpräsident kannte die wahren Absichten des Ministers des Auswärtigen nicht; er hatte nur das Gefühl, daß der Hof ihm mißtraute und ihm hinterlistige Fallen stellte. Trotzdem trat er nicht dagegen auf und bestand darauf, an der Regierung bleiben zu wollen. Die anderen Minister wurden beiseite gehalten und erfuhren wichtige Nachrichten erst sehr spät oder auf Umwegen. Projekte folgten auf Projekte, Illusionen auf Illusionen, und während die kaiserliche Politik den Eindruck einer Verwirrung ohnegleichen machte, hatte die kräftige und entschlossene Politik Preußens nur das eine Ziel, dem sie unentwegt treu blieb: die Einheit Deutschlands per fas et nefas. Während wir, unter der Führung phantastischer Theoretiker und eingebildeter, oberflächlicher Köpfe jeder Windrichtung folgten, wußten unsere Feinde, was sie wollten und wohin sie gingen. Sie waren bereit, im vollen Sinne des Wortes.

Ich erinnerte oben daran, wie Herr de Parieu in seiner Schrift über das zweite Kaiserreich seine Kollegen bedauerte, die durch die Macht der Ereignisse und aus Korpsgeist gezwungen wurden, einen Krieg über sich ergehen zu lassen, den sie vergeblich zu vermeiden versucht

[1]) de Parieu, Considérations sur l'histoire du second Empire.

hatten. Einer derselben hat uns gerade hierüber ergreifende Einzelheiten berichtet, die ich hier zusammenfassen will.

In der Sitzung der Deputiertenkammer vom 25. Dezember 1885 hatte Herr Plichon, der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten des Kabinetts Ollivier, im Namen der konservativen Minderheit die Kredite für Tonkin und Madagaskar verweigert. Diese Haltung erregte auf der Linken lebhaften Widerspruch, namentlich bei Herrn Guillemain, der antwortete: „Sie hätten diese Dinge vorbringen sollen, als Sie 1870 Minister waren und den Krieg erklärten. Wir hätten dann nicht Sedan und Metz gehabt." Und Herr Maurice Faure hatte hinzugefügt: „Der da so spricht, ist ein früherer Minister des Kaiserreichs, der unheilvollen Regierung, die den Krieg von 1870 erklärt hat und Frankreich hat Elsaß und Lothringen verlieren lassen!" Am 29. Dezember antwortete Herr Plichon bei der Verlesung des Protokolls, er habe nicht sofort auf diese Unterbrechungen antworten können, da er sie seiner Taubheit wegen nicht gehört habe, und gab folgende Erklärung ab: „Ich gehörte allerdings dem Kabinette in dem Augenblicke an, als der Krieg erklärt wurde. Es gibt aber keinen Politiker aus jener Zeit, der nicht weiß, daß ich in den Sitzungen des Ministerrates mit der größten Energie den Frieden verteidigt habe, nicht weil die Gründe für den Krieg nicht gerecht gewesen wären, sondern weil ich aus verschiedenen Ursachen geglaubt habe, die Aufrechterhaltung des Friedens sei für mein Land vorzuziehen. Ich füge hinzu, daß ich nicht an dem Ministerrate teilgenommen habe, worin der Krieg erklärt und der Befehl zur Mobilmachung gegeben wurde. Als ich diesen schwerwiegenden Entschluß erfuhr, war mein erster Gedanke, zurückzutreten. Ich habe aber bald begriffen, daß ein derartiger Entschluß in meiner Stellung als Minister, gegenüber einem Kriege, der unvermeidlich geworden war, für mein Land nicht ohne Nachteile hätte sein können. Denn wenn ich mich zurückzog, gab ich meinem Lande vor dem Feinde Unrecht. Ich wußte, daß ich eine große Verantwortung auf mich nähme, wenn ich im Kabinette verblieb, und der Krieg nicht glücklich verlief, ich habe es aber vorgezogen, mich einem persönlichen Nachteil auszusetzen, wie groß er auch sein mochte, als meinem Lande in einer so schwierigen Lage den geringsten Schaden zu verursachen. Meine Mitbürger haben auf diese meine Haltung Wert gelegt, denn im Jahre 1871, nach unseren schrecklichen militärischen Niederlagen, haben sie mich mit mehr als 277 000 Stimmen in die Nationalversammlung geschickt, ohne daß ich um ihre Stimmen gebeten hatte. Und seitdem haben sie nicht aufgehört, mir die deutlichsten Beweise ihres Vertrauens zu geben. Wenn ich einen Fehler begangen habe, so haben sie mich davon losgesprochen und ich bin überzeugt, meine Herren, im Grunde ihres Herzens

sprechen Sie mich alle frei!" Dieses Geständnis fand in der Kammer ebensoviel Widerspruch wie Zustimmung. Es sollte außerdem auch noch eine lebhafte Kritik bei Emile Ollivier erfahren.

Dieser hatte gleich nach der Wahl des Herrn Plichon in die Nationalversammlung in herrischen Ausdrücken die Haltung diktiert, wenn eine Debatte über den Ursprung und die Folgen des Krieges entstehen sollte: „Meine Meinung ist, daß Sie soviel wie möglich vermeiden müssen in die Debatte einzugreifen. Solange der Kaiser gefangen ist und Frankreich okkupiert, können wir nicht alles sagen; und da wir nicht alles sagen können, ist es besser nichts zu sagen." Plichon richtete sich nach diesem Rate und enthielt sich, als die Absetzung erklärt wurde, jeglicher Kundgebung. Die Erklärung, die er erst im Jahre 1885 in der Kammer abgab, die ich eben angeführt habe, erregte die Empfindlichkeit Emile Olliviers, der seinen früheren Kollegen sehr von oben herab behandelte. „Sie haben gesagt, Sie seien nicht in dem Ministerrat gewesen, in dem der Krieg erklärt worden ist. Das ist nicht wahr. Der Krieg ist einstimmig beschlossen worden in einem Ministerrate am 15. Juli morgens in Saint-Cloud, dem die Kaiserin beigewohnt hat. Sie waren anwesend, wie alle Ihre Kollegen und Sie haben abgestimmt wie sie." Ollivier gesteht allerdings zu, daß Plichon am 14. abends nicht zugegen war, da ihm die Einladung nicht zugegangen war. „Aber in diesem Rate hat man nichts endgültig beschlossen, gerade weil wir nicht vollzählig waren, und unsere offiziellen und unwiderruflichen Entschlüsse sind erst am anderen Morgen in Gegenwart aller gefaßt worden. Sie wären der loyale Mann nicht, der Sie sind, wenn Sie zugestimmt hätten mit Ihrem Namen eine Kriegserklärung zu decken, die ohne Sie gefaßt worden wäre und die Sie verurteilt hätten. Ihr Gedächtnis verleumdet Sie." Er fügte hinzu, Plichon habe unrecht zu glauben, er habe eine Amnestie nötig für seine Haltung im Jahre 1870, und er gestatte sich, ihm so eine Lehre zu geben: „Was mich anbelangt, so werde ich nie aufhören, meine Haltung als patriotisch und ehrenhaft zu betrachten, und ich will lieber mein ganzes Leben abseits von den öffentlichen Geschäften bleiben, als durch die traurige Verleugnung unserer gerechten Sache dazu zurückkehren[1])."

Einige Tage darauf antwortete Plichon: „Nicht mein Gedächtnis, das Ihrige ist nicht treu." Und er stellte seine Erinnerungen fest: „Der Krieg ist beschlossen und der Befehl zur Mobilisation in einem Ministerrate gegeben worden, der am Abend des 14. Juli in Saint-Cloud abgehalten worden ist." Er erkennt an, daß er und Emile Ollivier in der Sitzung

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 607. — 7. Januar 1886.

am Morgen und am Nachmittage energisch für den Frieden eingetreten sind und daß vor dem Schlusse der Sitzung eine Friedensbotschaft zur Kammer gebracht worden ist. Die Einladung zur Sitzung in Saint-Cloud am Abend war ihm erst sehr spät zu Händen gekommen; daher hatte er erst um ein halb zwölf Uhr dort ankommen können, als die Minister gerade auseinander gehen wollten. „In den Sitzungssaal eingeführt, war ich sehr erstaunt, die Kaiserin dort zu sehen. Sie nahm sogleich das Wort, um mir zu sagen, daß man von allen unseren Agenten im Auslande Telegramme erhalten hätte, wonach Herr von Bismarck der Weigerung des Königs von Preußen, unseren Botschafter zu empfangen, einen beleidigenden Charakter gegeben hätte; daß man eine solche Beleidigung nicht dulden könne; daß der Krieg beschlossen und die Mobilmachungsordre gegeben sei; der Kaiser werde das Kommando der Armee übernehmen und die Kaiserin Regentin werden; daher habe man es für nötig gehalten, sie zum Ministerrate zuzuziehen, an dessen Sitzungen sie künftig stets teilnehmen werde ... Über diese Nachricht war ich so überrascht, daß ich kein Wort hervorbringen konnte. Die Sitzung wurde aufgehoben. Man hatte im Rate die endgültige Fassung der Kriegsbotschaft, die schon vor meiner Ankunft zum großen Teil vorbereitet war, auf die Sitzung am folgenden Morgen verschoben. Ich kehrte ganz verwirrt ins Ministerium zurück und um so bestürzter, als ich über den Ausgang des Krieges die ernstlichsten Befürchtungen hegte, die dem Kaiser mitzuteilen ich für meine Pflicht gehalten hatte[1]). In der schlaflosen Nacht fragte ich mich, ob ich im Kabinette bleiben oder mich zurückziehen sollte. Ich begriff, daß es meine Pflicht sei zu bleiben, wie auch immer meine persönliche Meinung über den Krieg sein möge, und wie groß die Verantwortung, der mich dieser Entschluß aussetzte. Im Rate, der am anderen Morgen in den Tuilerien stattfand, und nicht in Saint-Cloud, wie Sie sagen, unterrichteten Sie Segris und Louvet über das, was am Abende vorher in Saint-Cloud vorgekommen war. Diese beugten sich vor der vollendeten Tatsache, und die Kriegsbotschaft, die der Kammer überbracht werden sollte, wurde fertig redigiert." Herr Plichon verteidigte sich, je nach einer schlecht angebrachten Popularität gestrebt zu haben. Er verachte sie und sei unfähig, die Wahrheit zu verraten oder zu vertuschen. Er fahre fort zu denken, „obwohl er zugebe, der Krieg

[1]) Im Ministerrate des Nachmittags hatte Pinard zu Napoleon III gesagt: „Die Partie zu leben Ew. Majestät und dem Könige ist nicht gleich. Der König kann mehrere Schlachten verlieren, für Ew. Majestät ist eine Niederlage die Revolution." — „Oh, Herr Pinard, antwortete der Kaiser, „Sie sagen mir recht traurige Sachen, aber ich danke Ihnen für Ihre Offenheit", und er entzog sich der Unterhaltung (P. de La Gorce, a. a. O. Fr. VIII, S. [illegible]).

habe eine gerechte Ursache gehabt, sei es doch besser gewesen, ihn nicht anzufangen[1])."

Emile Ollivier antwortete heftig auf diesen Brief. Er beschuldigte seinen früheren Kollegen, die Tatsachen zu verwirren und besteht darauf, daß nur zwei Ministersitzungen stattgefunden hätten, am 14. und 15. in Saint-Cloud; die Mobilmachungsorder sei am 14. um 4 Uhr 40 Minuten nachmittags gegeben worden, in seiner Gegenwart, aber als Vorsichtsmaßregel und nicht als Vorspiel zum Kriege, und am 14. abends sei kein anderer Beschluß gefaßt worden; am 15. morgens wäre die Lage noch ganz so gewesen, wie am Tage vorher und jedes Mitglied habe laut abgestimmt. Ollivier bedauert, daß Herr Plichon da nicht seine Meinung gesagt hätte, denn seine Kollegen hätten sich vielleicht durch seine Gründe überzeugen lassen. „Bismarck ist am Kriege schuld, nicht wir. Er ist uns aufgezwungen worden[2])." Plichon wollte nicht überführt erscheinen durch diese handgreiflichen Gründe und antwortete: „Der Krieg war am 14. abends so fest beschlossen, daß der Ministerrat Sie und den Herzog de Gramont beauftragt hat, eine Kriegserklärung aufzusetzen, die der Kammer überbracht werden sollte, nachdem der Text im Ministerrate vom folgenden Tage festgestellt sein würde." In bezug darauf, daß der Krieg nur im Prinzip beschlossen sei, so habe ihm Ollivier den gefaßten Entschluß bei seiner Ankunft im Ministerrate am 14. nicht so mitgeteilt. Plichon begriff übrigens die Nuance nicht. „Ein Krieg ist beschlossen oder er ist es nicht; ob er es im Prinzip ist oder nicht, was macht das aus?[3])"

Emile Ollivier erwiderte darauf: „Nein, ich habe Ihnen nicht gesagt, der Krieg sei beschlossen und die Mobilisierungsorder ist gegeben ... Ohne Zweifel war der Krieg von den am 14. abends anwesenden Ministern für unvermeidlich erklärt worden, aber er war nur im Prinzip beschlossen, das will sagen, es habe noch keine Betätigung dieser Entscheidung nach außen, offiziellerweise, die unwiderruflich war, stattgefunden, die somit also provisorisch blieb ... So war denn die Lage am 15. morgens für alle noch unentschieden. Nichts konnte den Ministerrat daran verhindern, die Erklärung des Herrn de Gramont zurückzuweisen anstatt sie anzunehmen, und wenn Sie das nicht vorgeschlagen haben, dann beweist das, daß Ihnen das nicht zugesagt hat[4])." Herr Plichon machte diesem Streite ein Ende: „Sie sagen mir, die Lage sei am 15. morgens noch unentschieden gewesen: vonseiten der Kammer, ja; vonseiten Europas, das ist möglich; vonseiten des Kabinetts, nein. Das

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 607. — 5. Januar 1886.
[2]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 610. — 9. Januar 1886.
[3]) Ebenda, S. 613. — 9. Januar 1886.
[4]) Ebenda, S. 614. — 20. Januar 1886.

Kabinett hatte am Abend des 14. mit sehr großer Mehrheit den Krieg beschlossen." Das hat auch der Marquis de Pienne berichtet. „Ich konnte keine Hoffnung mehr haben, es von seinem Entschlusse abzubringen; es blieben nur zwei Wege offen: entweder mich zurückzuziehen oder mit dem Kabinett zusammenzugehen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, diese Solidarität anzunehmen und habe es getan. Ich habe nichts weiter hinzuzufügen[1])." Indem er diesen letzten Brief kommentiert, sagt Emile Ollivier, wenn Plichon geschwiegen hat, dann beweist das, daß er keine stichhaltigen Gründe vorzubringen hatte. Darauf ist es nun gestattet zu antworten, daß Plichon nicht der einzige gewesen ist, der gezögert hat, den Krieg zu erklären und daran dachte seine Entlassung zu geben. Herr Ollivier hat sich in derselben Lage befunden. Er ist geblieben, hat er gesagt, weil der Krieg unvermeidlich war; weil ein anderes Kabinett die parlamentarischen Reformen über Bord geworfen haben und innere Schwierigkeiten erregt haben würde, weil das soviel bedeutet hätte, wie die Rechte Frankreichs und die Gerechtigkeit seiner Sache zu bestreiten. Plichon hat gerade so gehandelt. Er hat die Ministersolidarität angenommen, aber mit diesem Vorbehalte: „Ich habe gedacht, obwohl der Krieg eine gerechte Ursache hat, wäre es doch besser gewesen, ihn nicht anzufangen." So haben einige Minister, den Tod im Herzen, Frankreich in den Krieg getrieben, den sie beklagten.

Plichon hatte Ollivier daran erinnert, daß die Friedenspolitik die Oberhand gehabt habe, als er am 14. gegen sechs Uhr abends den Ministerrat verlassen habe, und der Gesetzgebenden Versammlung eine versöhnliche Botschaft überreicht werden sollte. Seine Überraschung, als er spät abends nach Saint-Cloud kam und die neue Entscheidung erfuhr, die Krieg bedeutete, war also wohlberechtigt. Das, was er uns in seinen Briefen gesagt hat, stimmt mit den Einzelheiten überein, die der Marquis de Pienne dem Marschall de Mac Mahon gegeben hat.

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 616. — 23. Januar 1886.

Fünftes Kapitel.

Der 15. Juli.

Am Morgen des 15. Juli wurde in Saint-Cloud die Kriegserklärung, die Herzog de Gramont und Emile Ollivier aufgesetzt hatten, vorgelesen und angenommen. In dieser Erklärung wurde gesagt, das französische Kabinett habe es abgelehnt, in die Hohenzollernsche Streitfrage irgendwelche Vorwürfe über die Vergangenheit zu mischen und den Gegenstand selbst zu verlassen, um den es sich von Anfang an gehandelt habe, nämlich um die Zurücknahme der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron. Die Punkte, die hervorgehoben wurden, um unsere Haltung zu rechtfertigen, waren folgende: Anerkennung der Berechtigung unserer Forderung durch die Mehrzahl der Mächte; abschlägige Antwort des preußischen Ministeriums unter dem Vorwande, von der Angelegenheit nichts zu wissen; Behauptung des Königs, den Verhandlungen zwischen dem Prinzen Leopold und Spanien fern geblieben zu sein; spitzfindige Unterscheidung zwischen dem Souverän und dem Familienoberhaupte; Forderung Frankreichs um Zustimmung des Königs zu der Verzichtleistung des Prinzen Leopold mit dem Versprechen, die Wiederaufnahme der Kandidatur nicht gestatten zu wollen; Zustimmung des Königs zu der Verzichtleistung, aber formelle Weigerung, die Wiederkehr der Kandidatur für die Zukunft untersagen zu wollen, darauf brutale Weigerung, den französischen Botschafter in Audienz zu empfangen; plötzliche Mitteilung dieser Weigerung an die Kabinette Europas, begonnene Rüstungen in Preußen und die Notwendigkeit sofort Maßregeln ergreifen zu müssen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu schützen.

Wer diese Erklärung mit Ruhe studiert, wird zu wichtigen Bemerkungen Veranlassung finden. Wenn sie in Wahrheit weder von der Verletzung des Prager Vertrags, noch von der noch unentschiedenen Streitfrage wegen Luxemburg, noch von den beständigen Herausforderungen und der bösen Absicht des preußischen Kabinetts spricht, so sagt sie dagegen, der Gegenstand der Streitfrage sei nicht aus dem Rahmen herausgetreten, worein er von Anfang an gestellt worden sei. Vom 7. bis zum 11. Juli forderte aber das Kabinett Ollivier die Verzicht-

leistung des Prinzen Leopold und die Zustimmung des Königs, erst vom 12. ab fügte das Kabinett neue Garantieforderungen hinzu[1]). Es behauptete, die Mehrzahl der fremden Kabinette gäbe die Berechtigung unserer Forderungen zu. Dagegen riet uns doch England eindringlich, es mit der Verzichtleistung bewenden zu lassen. Rußland wunderte sich über unsere neuen Forderungen. Österreich war deswegen besorgt, und Italien verhehlte nur schwer seine Mißbilligung. Einen unbestreitbaren Vorwurf konnte man dem preußischen Kabinette daraus machen, daß es vorgab, von der Sache nichts zu wissen, während es doch den Konflikt hervorgerufen und alles vorbereitet hatte, was daraus folgen sollte. Dann wieder war es wahr, daß der König eine unzulässige Unterscheidung zwischen dem Souverän und dem Familienoberhaupte machen wollte. Schließlich konnte es als eine wirkliche Beleidigung angesehen werden, daß in Frankreich und in ganz Europa eine beleidigende Depesche veröffentlicht worden war, worin gesagt wurde, der preußische Botschafter habe Befehl erhalten seinen Abschied zu nehmen. Hatte man aber nichts unterlassen, um diesen Krieg zu vermeiden? Was in den vorigen Kapiteln gesagt und gezeigt worden ist, genügt um das Gegenteil zu beweisen. Mit Klugheit und Kaltblütigkeit wäre Preußen und seinem Kanzler ihr Unrecht nachgewiesen worden, und das vor ganz Europa.

Unter den Ministern, die der Sitzung vom 14. abends nicht beigewohnt hatten, war auch Segris, der Le Boeuf besorgt fragte, ob wir Aussicht hätten zu siegen. Der Kriegsminister antwortete ihm „wir seien bereit und hätten uns nie in einer besseren Lage befunden, unseren Streit mit Preußen auszufechten." Derselbe Minister hatte dem Kaiser eine Note überreicht, in der er sagte: „Wir sind stärker als Preußen, sowohl auf dem Friedensfuß wie auf dem Kriegsfuße." Er soll sogar dem Kaiser geraten haben, diese Note zu veröffentlichen, so groß war sein Vertrauen und seine Gewißheit[2]). Doch war Napoleon III. nicht so vertrauensvoll wie Le Boeuf, da er beim Verlassen des Ministerrates, in dem der Krieg von ihm und allen Ministern beschlossen worden war, den Grafen von Vitzthum heimlich bat, zum Kaiser Franz Joseph zu gehen und ihn zu bitten, die Initiative zu dem Kongresse zu ergreifen, dessen Vorschlag er mit so großer Freude aufgenommen hatte[3]).

[1] „Da der König außer Spiel bleiben wollte (bei der Verzichtleistung), baten wir ihn zuzustimmen und zu erklären, wenn die Krone dem Prinzen Leopold von neuem angeboten würde, würde er ihn nicht autorisieren sie anzunehmen." Und die Erklärung gibt als Datum dieser Forderung den 12. Juli an. Sie ist also nicht vom Anfange des Zwischenfalles an gestellt worden.

[2] L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 393 und 379.

[3] Ebenda, S. 393.

Nachdem nun die Erklärung vom Ministerrate angenommen war, ging Emile Ollivier nach Paris zum Ministerium des Auswärtigen. „Ich fand dort Benedetti," sagt er, „der am Morgen angekommen war." Der Botschafter hatte am 14. telegraphiert, daß er am 15. um ein Viertel nach zehn Uhr in Paris ankommen und sich sofort zum Quai d'Orsay begeben werde. Ollivier bestätigt seine Ankunft und berichtet, daß Gramont und er ihn aufs eingehendste befragt hätten. „Er sagte uns nichts Neues über das, was in Ems vorgefallen war, und bestätigte ohne etwas hinzuzufügen die Einzelheiten seiner Depeschen und seiner Berichte. Über das, was in Berlin vorgefallen war, und über Bismarcks Manöver wußte er absolut nichts. Es war daher vollständig unnütz, ihn im Ministerrate sprechen zu lassen." Wenn Benedetti den beiden Ministern „die Einzelheiten seiner Depeschen und Berichte" bestätigt hat, dann hat er ihnen auch sicher in unumstößlicher Weise bewiesen, daß es in Ems weder einen Beleidiger noch einen Beleidigten gegeben hat; daß er das Extrablatt der Kölnischen Zeitung gelesen hat, das mit dem der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung übereinstimmte, und daß er vom Könige nicht in brutaler Weise verabschiedet worden war. Das geht zur Gewißheit aus den Tatsachen selbst hervor, und der Botschafter hätte es vor dem Ministerrate nur von neuem vorzubringen brauchen, um dadurch die ganze Hinterlist und Falschheit der Emser Depesche darzulegen. Wenn er seine Depeschen und Berichte bestätigt hat, wie Herr Ollivier bemerkt, dann hat er sicher gesagt, daß er vom Könige empfangen worden ist, während die Emser Depesche erklärte, er sei verabschiedet worden, woraus die deutschen Zeitungen dann gemacht hatten, er wäre vor die Tür gesetzt worden. Er hat endlich dartun müssen, der wahre Grund, warum der König die Forderung des Herzogs de Gramont und Olliviers nicht habe erfüllen können, sei die Furcht gewesen, sich vor dem deutschen Volke, das schon sehr erregt gewesen sei, zu kompromittieren, und der Würde der Krone und der Nation einen großen Schaden zuzufügen. Hätte er auch nur das wiederholt, und das mußte doch notwendigerweise geschehen, dann wäre seine Aussage vor dem Ministerrate ungeheuer nützlich gewesen. Da man aber über die Kriegserklärung abgestimmt hatte, fand man seine Anwesenheit hinderlich und man ließ ihn dies merken. In diesem so bedeutenden Augenblicke, wo einige Worte des Botschafters so helles Licht über die Lage hätte verbreiten können, klagt ihn Emile Ollivier an, viel mehr an sich selbst als an den Krieg gedacht zu haben. Benedetti beklagte sich, wie es scheint, über einen Artikel des Constitutionnel, das Ministerblatt, worin man ihn anklagte, die Regierung nicht über die Hohenzollernsche Kandidatur unterrichtet zu haben. Diese Anklage war ungerecht, denn er hatte alles gesagt,

was er wußte, und darauf hingewiesen, daß die Garantieforderung die Lage verschlimmern würde. Wären die Minister besser über die Politik unserer Nachbarn auf dem laufenden gewesen, dann hätten sie das Wort Bismarcks begriffen, das er im Jahre 1866 ausgesprochen hatte: „Es wird kaum möglich sein, in einem äußeren Konflikte zum Friedensschluß zu gelangen, wenn man von einer der Parteien das Geständnis fordern wollte: ‚Ich erkenne, daß ich unrecht gehabt habe‘."

Der Siegelbewahrer behauptet, Benedetti habe ihn mit seinen Klagen über den Artikel im Constitutionnel verfolgt und er habe ihm zu verstehen geben müssen, daß er sich nicht damit abgeben könne die Angriffe zurückzuweisen, die einen anderen angingen, da er sich nicht um die Angriffe gegen seine eigene Person kümmere. Es wäre aber wohl besser gewesen, wenn Ollivier statt dieser ironischen Zurechtweisung den Botschafter gebeten hätte, dem Ministerium zur Verfügung zu bleiben, falls die Deputierten irgendwelche Einzelheiten über die Verhandlungen und den Ursprung der Emser Depesche gewünscht hätten.

Diese Depesche, die am 13. Juli von Ems um sechs Uhr dreißig Minuten nach Berlin gelangt war und dann von Bismarck zurechtgestutzt wurde, war eine Irreführung, aber keine Ohrfeige, wie Emile Ollivier das immer wiederholt. Überlassen wir dem deutschen Geschichtschreiber Erich Marcks den Ruhm dieses falschen und beschimpfenden Vergleichs. Nein, das erhabene Antlitz Frankreichs hat am 13. Juli keinen Streich empfangen, und der Graf von Bismarck, so keck er auch gewesen ist, hat selbst nicht gewagt so weit zu gehen. Er hat nicht offen eine Gewalttat begangen. Er hat sich nicht auf uns gestürzt, wie man das in einem Wutanfalle tut, um den Gegner zu vernichten, er hat etwas getan, was weniger edel ist: er hat uns in gewöhnlicher Weise ein Bein gestellt.

Man wußte also in Paris am 14. abends durch ein Extrablatt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, das eine gewisse Anzahl von Zeitungen infolge einer Mitteilung der Agence Havas abgedruckt hatte, die den Text der Depesche selbst veröffentlichte, daß der französische Botschafter nach der offiziellen Verzichtleistung des Prinzen Leopold vom Könige verlangt hatte, ihn zu ermächtigen nach Paris zu telegraphieren, Seine Majestät verpflichte sich, für die Zukunft seine Zustimmung nicht mehr geben zu wollen, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten, und daß der König sich geweigert habe, Benedetti [illegible] und ihm durch einen Adjutanten vom Dienst habe sagen [illegible]te ihm nichts mehr mitzuteilen. Diese Nachricht war in [illegible]n eine offenbare Beleidigung; aber gab es denn kein Anzeichen, [illegible] hätte darauf schließen lassen, man habe es mit einer herausfordernden

List zu tun, deren wirklichen Urheber man doch leicht hätte erraten können, da die engen Beziehungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mit dem preußischen Kanzleramte bekannt waren?

Am 13. Juli, um drei Uhr fünfundvierzig Minuten nachmittags hatte derselbe Benedetti, von dem man gewagt hatte zu behaupten, seine Aussage im Ministerrate sei vollständig unnütz, dem Herzog de Gramont über die unglückselige Garantieforderung telegraphiert: „Ich habe gewichtige Gründe zu glauben, daß ich in dieser Beziehung kein Zugeständnis erreiche." Und dann hatte er ihn an demselben Tage um sieben Uhr benachrichtigt, der König habe ihm in sehr höflicher Weise durch seinen Adjutanten sagen lassen, er könne wegen der Garantie für die Zukunft die Verhandlung mit ihm nicht wieder aufnehmen. Der König verwies ihn auf die Gründe, die er ihm am Morgen auseinandergesetzt habe, die Benedetti in einem Berichte zusammenfaßte, den der Minister des Auswärtigen am Morgen des 14. erhielt. Dieser wichtige Punkt ist bemerkenswert.

Der Bericht sagte wörtlich, daß der König von Preußen sich weigere die Schwierigkeiten zu lösen, die er hatte entstehen lassen, obwohl er die Bitten des französischen Botschafters stets mit Freundlichkeit entgegengenommen habe. Der König verhehle sich ebenfalls die Schwere der Schlappe nicht, der er sich ausgesetzt habe und fürchte die Unzufriedenheit zu vermehren, die in Deutschland durch die Verzichtleistung des Prinzen Leopold hervorgerufen worden sei. Es mißfalle ihm, mit dem Botschafter eine Unterredung wieder aufzunehmen, die seiner beleidigten Eigenliebe sehr peinlich sei. Wenn die Minister mehr Kaltblütigkeit gehabt und sich Zeit gelassen hätten nachzudenken, würden sie begriffen haben, was an dieser Haltung Berechtigtes war. Bei den so klaren Angaben Benedettis hätten sie herausfühlen müssen, der König wolle in einer zweiten Unterredung über die unannehmbaren Garantien seine Würde nicht kompromittieren und sich in Deutschland keine unhaltbare Stellung schaffen, daß er aber nicht die Absicht gehabt habe, Frankreich zu verletzen. Und hier ist der Beweis dafür, der das deutlich zeigt.

Am 14. Juli um 12 Uhr 30 nachts hatte Benedetti von Ems aus telegraphiert: „Das gestrige Telegramm, das die Kölnische Zeitung veröffentlicht hat, besagt, der König habe gestern einen seiner Adjutanten beauftragt mir zu erklären, er übernähme keine Verpflichtung für die Zukunft und habe sich geweigert mich zu empfangen, um mit mir die Verhandlung über diesen Gegenstand fortzusetzen. Da ich keinem Menschen etwas davon gesagt habe, bin ich berechtigt anzunehmen, dieses Telegramm stamme aus dem Kabinette des Königs. Nun fällt es mir auf, daß man seit gestern in seiner Umgebung eine bedauernswerte

Sprache führt." Es geht aus diesem Telegramm hervor, daß unser Minister des Auswärtigen davon benachrichtigt war, daß die Emser Depesche, die ihn in eine so berechtigte Aufregung versetzte, aus dem Kabinett des Königs hervorgegangen war, wo die Minister Eulenburg und Camphausen und Rat Abeken, die Bismarcks Pläne getreulich ausführten, und mit ihm in steter Verbindung standen, offenbar gegen uns feindlich gesinnt waren. So war denn das Kabinett Ollivier vor den geheimen Umtrieben des Kanzlers und seiner Anhänger gewarnt. Es war außerdem davon benachrichtigt, durch eine andere Depesche vom 14., die um 3 Uhr 45 Minuten nachmittags in Ems aufgegeben worden war, daß unser Botschafter den König von Preußen gesehen hatte, der ihm mitteilte, die Verhandlungen, die noch stattfinden könnten, würden von seiner Regierung fortgesetzt werden. War diese Depesche nicht schon ein erstes Dementi der durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlichten Depesche?

Wenn am 15. Juli, vor der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers, Benedetti vor Emile Ollivier und dem Herzog de Gramont die Tatsache betont hat, seine Regierung rechtzeitig über die Hohenzollernsche Kandidatur benachrichtigt zu haben, dann hat er auch die wichtigste Tatsache, vom Könige nicht beleidigt worden zu sein, nicht verschweigen können. Von dieser feststehenden Tatsache bis zu der Annahme, man habe es mit einer vom Kanzler selbst gestellten Falle zu tun, war nur noch ein Schritt. Auf jeden Fall hätte man den Botschafter vor der Kammersitzung angesichts des ganzen Ministerrates anhören müssen. Einige der Minister, wie die Herren Louvet, Segris und Plichon — wie das P. de La Gorce aus unveröffentlichten Papieren festgestellt hat — wollten den Krieg nicht, und der Vortrag Benedettis hätte nützliche Fragen veranlassen, erklärende Antworten hervorrufen, das Dunkel aufhellen und vielleicht einen anderen Entschluß herbeiführen können.

Verfolgen wir nun alle Vorgänge dieses bedauernswerten Tages. Gehen wir in den Gesetzgebenden Körper und hören wir, was dort gesagt wird.

Emile Ollivier verliest die Denkschrift des Kabinetts, in der die Besprechungen in Ems und das heftige Vorgehen des Königs von Preußen erzählt wird, der dem französischen Botschafter mitteilen läßt, er wolle ihn nicht mehr empfangen und diese Weigerung den europäischen Kabinetten und der Presse mitteilt. Infolgedessen habe es das Kabinett für richtig gehalten, die Reserven einzuberufen und die notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um die Sicherheit und die Interessen Frankreichs zu wahren. Darauf behauptet Thiers, in einer von heftigen Unterbrechungen und schmählichen Beleidigungen zerstückelten Rede, das

Kabinett habe in der Hauptsache Genugtuung für seine Forderungen erhalten und schließt mit der Frage, ob es sich um Empfindlichkeit handle. „Wenn es einen Tag," sagt er, „eine Stunde gibt, wo man ohne Übertreibung sagen kann, die Geschichte blicke auf uns, dann ist es dieser bejammernswerte Tag; es scheint mir, daß alle ernsthaft darüber denken müßten. Wenn der Krieg erklärt ist, dann wird niemand eifriger und mehr bemüht sein als ich, der Regierung die Mittel zu gewähren, deren sie bedarf, um ihn siegreich durchzuführen ... Ich füge hinzu, daß Frankreich und auch die Welt die Augen auf uns gerichtet haben. Man darf die Schwierigkeit der Lage nicht übertreiben. Denken Sie daran, daß die Entscheidung, die Sie treffen werden, den Tod Tausender von Menschen herbeiführen kann." Was würde der Gesetzgebende Körper gesagt und getan haben, wenn die Zukunft sich plötzlich vor seinen Augen geöffnet hätte? Wenn er das schreckliche Bild des Jammers und des Elendes des Landes, wie es sechs Monate darauf war, hätte sehen können; zweihunderttausend Franzosen getötet oder verwundet, zwei Provinzen vom Feinde weggerissen, fünf Milliarden Kriegsentschädigung, neun Milliarden Kriegskosten und dahinter der Bürgerkrieg!

Einer patriotischen Pflicht gehorchend verlangte Thiers, um Gewißheit zu haben über die uns zugefügte Beleidigung, Mitteilung der Depeschen, auf die hin man den Entschluß gefaßt habe, Krieg zu erklären. Ollivier verweigerte das und antwortete, es habe nie einen notwendigeren Entschluß gegeben, denn man habe uns jede Genugtuung verweigert. Seiner Aussage nach hatte der König von Preußen nie die Absicht gehabt einzugreifen, um die Verzichtleistung des Prinzen Leopold herbeizuführen oder zu erleichtern, und nachdem die Verzichtleistung erlangt worden sei, habe er sich gestellt, als sei er daran unbeteiligt. Er habe gleichfalls verweigert, Versicherungen für die Zukunft zu geben, die das Kabinett doch „in der höflichsten Form" verlangt habe. Schließlich könne die Europa mitgeteilte Weigerung, den Botschafter zu empfangen, nicht geduldet werden. „Von diesem Tage an", fügte er hinzu, „beginnt für die Minister, meine Kollegen, und mich eine große Verantwortung, die wir leichten Herzens übernehmen."

Daß diese Phrase, die dem Redner in einer erklärlichen Erregung entschlüpft ist, unglücklich gewesen ist, steht fest. Weder literarisch noch politisch kann sie Zustimmung finden. Das Wort ist zu bedauern und wird es bleiben. Herr Ollivier hat damit wohl nicht sagen wollen, er nähme den Krieg mit Freuden an, aber er hat durch diesen Ausdruck behauptet, er habe Vertrauen im Herzen und keine Reue. Es lag ihm daran, sein und seiner Kollegen gutes Gewissen damit zu bezeichnen, denn er hatte gesagt: „Wir übernehmen die Verantwortung." Ihre Absicht mochte

gut sein, aber ihre Tat hat leider schlechte Früchte getragen, denn, obwohl er den Krieg nicht wollte, ist er doch dahin gelangt, ihn zu erklären, und unter welchen Umständen!

Nach der Kreditforderung und der Vorlage der militärischen Gesetze wurde die Sitzung um fünf Minuten vor drei Uhr unterbrochen. In den Wandelgängen bildeten sich erregte Gruppen. Alle waren der Meinung, das Kabinett müsse dem Gesetzgebenden Körper ausführlichere Erklärungen geben, ehe man sich über den beabsichtigten Krieg entscheide. Um drei und einhalb Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen, und Ollivier geht wieder auf die Tribüne. Er sagt, die Regierung habe nichts zu verheimlichen. Wenn sie der Kammer nichts vorlege, so liege das daran, daß sie von den französischen Vertretern im Auslande nur mündlich empfangene Mitteilungen erhalten habe, die der diplomatische Gebrauch mitzuteilen verbiete. Es war das der mehr oder weniger vollständige Text der Emser Depesche, der durch die Presse lief, und da ihn die Regierung nicht offiziell erhalten hatte, bestand sie darauf, ihn nicht mitteilen zu wollen. Herr Ollivier sagte unglückseligerweise nichts von der Depesche Benedettis vom 14. um drei Uhr fünfundvierzig, noch von der von halb ein Uhr nachts, die den Deputierten Aufklärung hätten geben können, woraus sie dann ersehen haben würden, daß die Weigerung des Königs, den Botschafter zu empfangen, die durch Extrablätter der preußischen Zeitungen verbreitet worden war, ein Manöver unserer Feinde und des Grafen Bismarck war. Darin lag aber doch ein sicheres Anzeichen der hinterlistigen Handlungsweise des Kanzlers. Ollivier sagte aber auch nichts von der Depesche Lesourds, die Lord Lyons schon kannte und nach London geschickt hatte, worin fast wörtlich die Emser Depesche wiedergegeben war. Er sagte nichts von dem Extrablatte der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, das dem Ministerrate am 14. abends vorgelegen hatte. Darauf erklärte er, daß der Adjutant, der Benedetti die Verweigerung der Audienz meldete, in nichts die Formen der Höflichkeit verletzt habe, so daß der Botschafter zunächst die ganze Bedeutung, die man einer Ablehnung sonst beilegt, nicht ahnte. Diese Bemerkung beweist, daß Benedetti am 15. morgens im Ministerium doch wohl etwas anderes gesagt hat, als Lobsprüche auf seine eigene Haltung. Ollivier, der ihn in seinem letzten Buche nicht gerade gut behandelt, sagt den Deputierten nicht, daß der Botschafter, dessen Abschied man in beleidigender Weise Europa mitgeteilt hat, am Bahnhofe von Ems vom König empfangen worden ist, nachdem die Depesche Bismarcks der deutschen Presse und dem Auslande übergeben worden war. Er sagte auch nicht, daß unser Botschafter vom Könige selbst wüßte, die Verhandlungen könnten in Berlin mit seiner Regierung fortgesetzt

werden. Und in der Tat schrieb der König an die Königin Augusta: „Die Aufregung hier und in Süddeutschland wächst so, daß wir eine Frage in Paris stellen und die Negoziation in Berlin anweisen müssen ... Vielleicht läßt sich noch eine Vermittelung auffinden, aber nur eine, die nicht meine persönliche und nicht die Ehre der Nation tangiert." Ollivier behauptet vor dem Gesetzgebenden Körper, unser Botschafter sei, ebenso wie die Regierung selbst, erst nachdem er die geflissentliche Veröffentlichung vor Europa kennen gelernt habe, von einer Handlung betroffen worden, die er im ersten Augenblicke „ganz einfach gemeldet hatte, ohne sie besonders hervorzuheben". Benedetti aber hatte bemerkt und darauf Nachdruck gelegt, daß diese Depesche aus dem Kabinette des Königs stamme, das Frankreich feindlich gesinnt sei, seitdem der Bericht Werthers in der bekannten Form die Garantien angegeben hatte, die der Minister des Auswärtigen und der Siegelbewahrer forderten.

Indem nun Ollivier in derselben Sitzung die Depeschen Benedettis wieder vornimmt, zitiert er die vom 13. Juli (von 3 Uhr 45), worin der Botschafter die Zustimmung des Königs zu der Verzichtleistung meldet, aber er liest die Erklärung, die sich auf die Garantieforderung bezieht, den Deputierten nicht vor: „Ich habe gewichtige Gründe zu glauben, daß ich in dieser Beziehung kein Zugeständnis erreiche." Dann führt er die zweite Depesche an (von 7 Uhr abends), worin der Botschafter meldet, Seine Majestät beschränke sich darauf, auf die am Morgen auseinandergesetzten Gründe zu verweisen, „die ich", sagt Benedetti, „heute in einem Berichte zusammengefaßt habe, den Sie morgen früh erhalten werden". Diese letzte Phrase, die auf einen überaus wichtigen Bericht hinweist, der der Versammlung ganz besonders hätte Aufschluß geben können, wird ebenfalls ausgelassen. Die zweite Depesche vom 13. Juli hörte damit nicht auf. Benedetti sagte in einem letzten Absatze: „Der König hat eingewilligt, hat mir sein Gesandter im Namen Seiner Majestät nochmals gesagt, seine vollständige und rückhaltlose Zustimmung zu der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern zu geben. Er kann nicht mehr tun. Ich erwarte Ihre Befehle, um Ems zu verlassen."

Ollivier hat diesen Absatz dem Gesetzgebenden Körper nicht vorgelesen und diese Unterlassung ist höchst bedauernswert.

Als Thiers sagte, die Hauptforderung des Kabinetts habe vom Könige eine günstige Antwort erhalten, schrie die Majorität: „Nein! Nein!" und diese Depesche Benedettis bestätigt das aufs bestimmteste. Was würde Thiers gesagt haben, wenn er diese Stelle gekannt hätte, die so unglückseliger Weise ausgelassen worden ist? Welcher Deputierte hätte dann noch „Nein! Nein!" schreien können? Der so scharfsichtige Staatsmann hätte bewiesen, daß die Verweigerung einer neuen Audienz keine

persönliche Beleidigung des Königs für den Botschafter und für Frankreich sei, sondern die Unmöglichkeit, eine Unterredung wieder aufzunehmen, die doch keinen Zweck hatte. Und wenn schließlich der Gesetzgebende Körper den Bericht Benedettis gekannt hätte, dann hätte er gewußt, „daß der König erklärt hatte, keinen Hintergedanken zu haben und daß ihm diese Angelegenheit zu schwere Sorgen bereitet habe, als daß er nicht wünschen sollte, sie endgültig beseitigt zu sehen." Benedetti fügte hinzu, einige Stunden später durch den Adjutanten des Königs erfahren zu haben, Prinz Leopold habe seine Kandidatur zurückgezogen, „und Seine Majestät bäte ihn, seiner Regierung zu telegraphieren, er betrachte diese Angelegenheit als endgültig erledigt".

Wenn also der Gesetzgebende Körper, wenn die Kreditkommission das gewußt hätten, wenn sie alle Depeschen und Berichte des Botschafters vor Augen gehabt hätten, dann hätte die Sache gewiß einen anderen Ausgang genommen. Ich glaube zwar nicht, daß der Krieg hätte vermieden werden können, denn Deutschland und Frankreich waren in eine gleiche fieberhafte Aufregung geraten. Alles war zum Losgehen bereit. Bei einer aufmerksamen Prüfung aller diplomatischen Aktenstücke wäre aber für Europa die Wahrheit zutage getreten, daß die Emser Depesche eine von den Agenten Bismarcks oder von diesem selbst zurechtgestutzte Depesche war, daß wir die Beleidigten waren und nicht die Beleidiger. Der Beweis dafür liegt darin, daß Bismarck nach der Kriegserklärung, um für den Augenblick gerechten Vorwürfen zu entgehen, zu sagen wagte, die Depesche sei keine offizielle Depesche, und daß der König, vom Kanzler getäuscht, wie man weiß, der Königin Auguste schrieb, „das preußische Zirkular, durch das die Kriegserklärung hervorgerufen sei, habe nie existiert"[1]).

Alle diese wichtigen Punkte würde man gekannt haben, wenn der Gesetzgebende Körper alle Depeschen zur Einsicht erhalten hätte, wie dies Jules Favre und dann Buffet verlangt hatten: „Ich glaube, es ist kein Grund vorhanden, der Kammer die Mitteilung aller Schriftstücke zu verweigern ... Ich möchte hinzufügen, daß ich vor den Erklärungen des ehrenwerten Herrn Siegelbewahrers diese Mitteilung für außerordentlich nützlich erachtete. Nachdem ich sie gehört habe, halte ich sie für unumgänglich notwendig. Ich bestehe also darauf, daß diese Mitteilung stattfindet, damit wir genau wissen, was für einen Charakter diese Depesche hat, die die Weigerung, unseren Botschafter zu empfangen,

[1]) Wie man im zweiten Kapitel hat sehen können, war also die vom Könige Bismarck erteilte Erlaubnis, die Depesche nach seinem Gutdünken zu veröffentlichen, die Gortschakow im Anschluß an die Emser Depesche vom 13. verlesen hatte, eine nachträgliche Hinzufügung.

enthält." Der Siegelbewahrer erhob sich, um Herrn Buffet zu sagen: „Beschränken Sie ihren Vorschlag auf die Vorlage der Dokumente, die von der französischen Regierung abgeschickt sind, und wir nehmen ihn an"; aber die Majorität, deren Meinung feststand und die blindlings in den Abgrund rannte, schrie: „Antworten Sie nicht!" Und Emile Ollivier schwieg — dann verweigerte der Gesetzgebende Körper mit 159 gegen 84 Stimmen die Vorlegung der Dokumente. Warum diese Ablehnung? Es war das in dieser Stunde ebenso unverständig wie albern. Gestand man damit nicht ein, daß man etwas zu verheimlichen hatte und das Licht scheute! Die Abgeordneten sollten die von der Wolffschen Agentur veröffentlichte Depesche, die von allen französischen und ausländischen Zeitungen abgedruckte Depesche, die als eine beleidigende und gegen den diplomatischen Gebrauch verstoßende Kundgebung betrachtet wurde, nur obenhin kennen? Die Depeschen und Berichte, die vorhergegangen waren und die Lage aufhellen konnten, die beweisen konnten, daß es sich um ein Manöver und einen Vorwand handelte, die wollte man nicht mitteilen, weil das, wie man sagte, nicht gebräuchlich war; weil das Protokoll sich dem widersetzte, weil die Regierung Herrin ihrer Handlungen und Dokumente war! Wie! Als man im Begriffe war, zwei Nationen in einen schrecklichen Krieg zu verwickeln, wollte man Frankreich zwingen, sich mit Behauptungen ohne Beweise zu begnügen, weil die Mitteilung dieser oder jener Depesche der Stellung irgendeines unserer Agenten hätte schaden können! Und doch hatten 84 Abgeordnete, und nicht gerade die geringsten, wie Barante, Brame, Buffet, Daru, Chesnelong, Durfort de Civrac, J. Grévy, Johnston, Gambetta und die ganze Opposition verlangt, daß alle Dokumente dem Gesetzgebenden Körper vorgelegt würden, und man verwarf eine solche berechtigte Forderung. Mit fortgerissen von der hochmütigen Erklärung Gramonts, der, auf die Audienzverweigerung hinweisend, gesagt hatte: „Wenn, was unmöglich ist, in meinem Lande eine Kammer wäre, die das ertrüge oder erduldete, würde ich nicht fünf Minuten länger Minister des Auswärtigen bleiben", hatten 159 Abgeordnete sich befriedigt erklärt. Die Sitzung wurde von neuem aufgehoben und der Kreditkommission Zeit gegeben, ihren Bericht vorzubereiten. Marquis de Talhouët, der sich nur mit Widerstreben dazu bereit gefunden hatte, der Berichterstatter dieser Kommission zu sein[1]), hatte, nach Wiederaufnahme der Sitzung dem Gesetzgebenden Körper erklärt, die Majorität der Kommission habe die Regierung aufgefordert, ihr die diplomatischen Urkunden vorzulegen, und habe den Siegelbewahrer, den Kriegsminister und den Minister des Auswärtigen angehört.

[1]) Diese Kommission bestand aus den Herren Herzog d'Albuféra, de Kératry, Dréolle, de Lagrange, Pinard, Sénéca, Chadenet und Millon.

„Wir haben die Genugtuung," behauptete er, „Ihnen sagen zu können, daß die Regierung vom Anfange des Zwischenfalls an und seit der ersten Phase der Verhandlungen bis zur letzten Stunde in loyaler Weise dasselbe Ziel verfolgt hat." So schließt die erste Depesche, die unserem Botschafter zugeschickt wurde, als er in Ems angekommen war, um mit dem Könige von Preußen zu verhandeln, mit der Phrase, die bezeugt, daß die Regierung ihre berechtigte Forderung deutlich ausgesprochen hat: „Damit diese Verzichtleistung wirkungsvoll sei, ist es nötig, daß der König von Preußen ihr zustimme und Ihnen die Versicherung gebe, diese Kandidatur nicht wieder gestatten zu wollen. Begeben Sie sich zum König, um diese Erklärung von ihm zu fordern." Und Herr de Talhouët fügte hinzu: „So ist denn das, was der Streitpunkt dieser großen Debatte geblieben ist, von der ersten Stunde an gefordert worden, und Sie werden die entscheidende Wichtigkeit dieser Tatsache nicht verkennen, die die öffentliche Meinung bisher nicht gekannt hat."

Leider ist Herr de Talhouët ebenso wie die ganze Kommission getäuscht worden. Es war nicht die erste Depesche, wie der Herzog de Gramont hat glauben lassen, die Garantien für die Zukunft verlangte, es war die vom 12. Juli. Die erste Depesche, die vom 7., und die anderen vom 9., 10. und 11. enthielten diese Garantieforderung nicht. Sie beschränkten sich einfach darauf, die Zurücknahme der Kandidatur zu verlangen, dann die Zustimmung des Königs zu dieser Entsagung, und nur zu diesem Zwecke hatte die Regierung die guten Dienste Englands erbeten.

Als Entschuldigung für Herrn de Talhouët kann gelten, daß er die bejahende Antwort des Herzogs de Gramont als zweifellos hingenommen hat, als der Herzog d'Albuféra die Frage stellte: „Sind die Ansprüche der französischen Regierung vom ersten Tage bis zum letzten dieselben gewesen?" Gramont wagte das zu behaupten und verlas dann die Depeschen, aber ohne die Daten anzugeben, und indem er mit der elften Depesche begann, die von den Garantien sprach. Er verlas seine Depeschen, wie gesagt, ohne die Daten anzugeben, indem er nur sagte, Depesche Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3 usw., und so glauben machte, die Forderungen des kaiserlichen Kabinetts seien immer dieselben gewesen, was nicht der Fall war. Die Kommission nahm diese Behauptungen als wahr an, und der Berichterstatter führte in loyaler Weise einen unvollständigen Text an, wie das Albert Sorel nachgewiesen hat![1]) Als Gramont seine Depeschen vorgelesen hatte, sagte der Herzog d'Albuféra: „Es scheint mir aus diesen Depeschen hervorzugehen, daß Sie stets dieselbe Forderung

[1]) Histoire diplomatique de la guerre franco-allemande. Bd. I, S. 186.

gestellt haben. Wir halten diesen Punkt für sehr wichtig." Und Herr de Talhouët, der am 9. Januar 1872 in der Sitzung der Untersuchungskommission vom Grafen Daru befragt wurde, antwortete: „Herr de Gramont hat uns nichts gesagt, was in irgendeiner Weise die vom Herzog d'Albuféra gesprochenen Worte hätte dementieren können. Wir haben daher auch mit großer Genugtuung diese Tatsache festgestellt und dem Herzog de Gramont erklärt, das im Berichte bemerken zu wollen."

Somit hatte also der Minister des Auswärtigen behauptet, das Kabinett habe vom ersten bis zum letzten Tage dieselben Forderungen gestellt; er läßt zu, daß das im Berichte der Kommission bemerkt wird, und bei der Erklärung vor dem Gesetzgebenden Körper bestätigt er das durch sein zustimmendes Schweigen. Herr de Talhouët sagte aus, daß die Kommission nach der Verlesung der Depeschen durch den Minister des Auswärtigen diesen gebeten habe, ihr die notwendigen Dokumente zu überlassen, um einen Paragraph in den Bericht setzen zu können, der sich auf die erste Depesche, oder die, die als solche angesehen wurde, bezöge. „Ich kann die Depesche, die uns gegeben worden war, nicht wiedergeben," fügte Herr de Talhouët hinzu, „aber wir haben die im Bericht angeführte Phrase in loyaler Weise abgeschrieben. Ich kann nicht behaupten, daß wir nicht getäuscht worden sind, aber ich erkläre, daß unser Bericht den Depeschen genau entsprochen hat. Es sind noch Schriftstücke auf dem Tische gewesen, ich kann nicht sagen, wie viele. Wir haben stets so verstanden, als wäre die Garantieforderung vom ersten Tage an gestellt gewesen... Als ich den Bericht vorgelesen hatte, habe ich Herrn de Gramont die Schriftstücke zurückgegeben, es waren sehr wenige; er hat mir gedankt, aber nicht die geringste Bemerkung gemacht."

Aus diesen genauen Erklärungen geht hervor, daß der Herzog de Gramont der Kommission nur das mitgeteilt hat, was ihm zusagte, und daß diese sich auf sein Wort verlassen hat. Es wäre die Pflicht des Ministers gewesen, alle Schriftstücke vom 7. an, der Kommission vorzulegen. Dann hätte diese feststellen können, daß die Forderung der Regierung, entgegen ihrer Behauptung, nicht stets dieselbe gewesen war.

Nun begreift man, warum die Majorität des Gesetzgebenden Körpers, in blinder Gefolgschaft des Kabinettes, sich geweigert hatte, die vollständige Vorlage der Depeschen zu verlangen. Sie schloß sich sklavisch einer Handlung an, die auf ewig bedauernswert bleibt; denn es war nicht wahr, daß der strittige Punkt, die Garantieforderung, von der ersten Stunde an aufgestellt worden war. Und was soll man von dem gesamten Kabinett sagen, das nach der Verlesung des Berichtes dem Gesetzgebenden

Körper seine Zustimmung in Bravos und langandauerndem Beifall zum Ausdruck bringen ließ?

In bezug auf die Emser Depesche erklärte Herr de Talhouët, die Kommission habe von den Depeschen verschiedener französischer Agenten Kenntnis nehmen wollen, worin bestätigt wurde, Bismarck habe den europäischen Kabinetten offiziell mitgeteilt, der König von Preußen hätte sich geweigert, den Botschafter Frankreichs zu empfangen, und ihm durch seinen Adjutanten sagen lassen, er habe ihm weiter nichts mitzuteilen. Bei dieser Stelle des Berichtes entstand ein langandauerndes Gemurmel, und ein Deputierter rief: „Das ist eine grobe Beleidigung!" Herr de Talhouët bezeugte später der Untersuchungskommission, die diplomatischen Agenten Frankreichs hätten von dieser Depesche durch die Gefälligkeit fremder Vertreter Kenntnis erhalten. Herr de Gramont gab der Kreditkommission keine Abschrift davon; er begnügte sich damit, die Depeschen anzuführen, die besagten: „Man versichert uns, daß das von Herrn von Bismarck geschrieben worden ist."

So war also der Text einer Depesche, die den Krieg herbeiführen sollte, nur durch die mehr oder weniger vollständigen Mitteilungen diplomatischer Agenten bekannt, während es leicht gewesen wäre, sich die Extrablätter der deutschen Zeitungen, wie der Kölnischen oder der Norddeutschen Allgemeinen zu beschaffen. Was man aber nicht genug bedauern kann, das ist, daß die Kommission nicht daran gedacht hat, Herrn Benedetti kommen zu lassen, um ihn selbst zu vernehmen. Er war doch gewiß nicht unerreichbar. Ich habe ihn gesehen, wie er bleich und traurig in der Diplomatenloge, in der ersten Reihe, der bedauernswerten Sitzung beiwohnte und nicht eingreifen konnte, da ihn das Berufsgeheimnis daran hinderte. Diejenigen aber hätten sprechen müssen, die seinen Bericht gehört hatten, oder ihrerseits sein Erscheinen vor der Kreditkommission veranlassen müssen. Dies ist aber nicht der Fall gewesen, wo es doch so nützlich und notwendig war. Und der Herzog de Gramont, der durch Benedetti wußte, daß er in dem reservierten Salon des Emser Bahnhofes eine Unterredung mit dem Könige gehabt hatte, und daß es noch möglich war, mit dem preußischen Ministerium weiterzuverhandeln, hat davon der Kommission kein Wort gesagt.

Auf zwei Fragen also, die von der größten Wichtigkeit waren: „Sind die Forderungen des Kabinetts immer dieselben gewesen? — Hat die Beleidigung wirklich stattgefunden?" hatten Kabinett und Kommission bejahend geantwortet. In bezug auf die Bündnisse, denen ich ein besonderes Kapitel widme, weil das ebenfalls eine Frage von äußerster Wichtigkeit ist, hatte der Herzog de Gramont zu verstehen gegeben, wir hätten Österreich und Italien für uns, und die ganze Kommission hat

das so verstanden. Auch da hat der Herzog de Gramont seine Pflicht nicht erfüllt und die Kammern und das ganze Land zum Irrtum verleitet.

Emile Ollivier sagt, der Bericht des Marquis de Talhouët sei von Dréolle, einem Mitgliede der Kreditkommission, denn dieser habe sich ihm gegenüber damit gebrüstet. Das ist ein Irrtum. Der Bericht ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Protokoll. Er ist auf dem Tische der Kommission von dem Marquis de Talhouët, Dréolle und de Kératry gemeinschaftlich gemacht worden. Man hat darin alle Bemerkungen der Kommission verzeichnet, und es ist wirklich das Werk der Kommission selbst, was dem Gesetzgebenden Körper vorgelesen worden ist, so wie das der Marquis de Talhouët vor der Untersuchungskommission ausdrücklich bezeugt hat. „Ich habe es nur unter der Bedingung angenommen, Berichterstatter zu sein, daß der Bericht gemeinschaftlich abgefaßt würde." Ollivier hat einen Irrtum darin gefunden, den er Dréolle zuschreibt, „diesem Journalisten, der daran gewöhnt war, die Sachen obenhin zu betrachten, und nicht auf den Grund der Tatsachen ging." Es handelt sich um „die erste Depesche" an Benedetti, wobei der Verfasser des Berichtes die Worte vergessen hatte: „Wir haben aus den Händen des spanischen Botschafters die Entsagung des Fürsten Anton erhalten", was bewiesen hätte, daß diese Depesche nicht die erste war, die Benedetti geschickt wurde. Wie kommt es also, daß der Herzog de Gramont vor der Kreditkommission auf die Frage des Herzogs d'Albuféra, die so formuliert war: „Es scheint mir aus diesen Depeschen hervorzugehen, daß Sie stets dieselbe Forderung gestellt haben", bejahend geantwortet hat? Wie kommt es, daß der Minister des Auswärtigen, als der Herzog d'Albuféra diesen so wichtigen Punkt besonders hervorhob, nicht gesagt hat, was die Ansicht des Herzogs d'Albuféra und der anderen Kommissionsmitglieder hätte richtig stellen müssen? Wie kommt es, daß er im Gesetzgebenden Körper auf diese angebliche Verwirrung nicht aufmerksam gemacht hat? Er war doch da, wie der Marquis de Talhouët bestätigt: „Ich bin vor den Gesetzgebenden Körper getreten und habe von der Tribüne den Bericht verlesen. Der Herzog de Gramont saß mir gegenüber. Er hat die Ausdrücke des Berichtes alle gehört, der eine Aufzählung der in der Kommission gemachten Erklärungen war. Wenn wir etwas falsch verstanden haben, dann war es Sache des Herzogs de Gramont, unsere Auffassung richtig zu stellen, was wir bereitwilligst hätten geschehen lassen. Die Schriftstücke hat er selbst verlesen, und die Kommission hat daraus die Überzeugung gewonnen, daß die Forderungen Frankreichs vom ersten bis zum letzten Tage dieselben geblieben sind."

Als Herr de Talhouët sagte, er habe den Text der Emser Depesche gesehen, da handelte es sich um die Mitteilungen des Herrn de Cadore und de Comminge-Guitaut, die er gesehen hatte, und sein etwas zu schüchterner guter Glaube kann nicht bezweifelt werden. Er hat später sein Vertrauen beklagt, und als er dies Bedauern aussprach, war er noch recht Herr über sich, obschon sehr leidend und von seiner Verantwortlichkeit niedergedrückt. Er hat nicht gesagt, man habe die Emser Depesche verändert; er hat behauptet und wiederholt gesagt, man habe der Kreditkommission nicht alle notwendigen Schriftstücke gezeigt und sie glauben lassen, die Regierung hätte von Anfang an die Verzichtleistung des Prinzen Leopold, die Zustimmung des Königs und Garantien für die Zukunft verlangt. „Wir haben stets verstanden, die Garantieforderung sei vom ersten Tage ab gestellt gewesen." Der Herzog de Gramont hatte aber der Untersuchungskommission gesagt, die Form des Eingreifens, das man vom Könige von Preußen gefordert habe, sei am Anfang verschieden von der am Ende gewesen, und die Kreditkommission hätte sich davon überzeugen können, daß die Garantieforderung vom 13. datiert sei[1]). Auf den Vorwurf, den ihm die Kommission gemacht hat, sie glauben gemacht zu haben, diese Depesche sei die unveränderte Wiedergabe der Absicht der Regierung, wie sie schon am 7. ausgesprochen gewesen sei, antwortet der Herzog de Gramont, es sei das „ein unbeabsichtigter Irrtum" des Berichterstatters, worauf Herr de Talhouët ganz treffend antwortet: „Wenn wir uns getäuscht haben, mußte uns der Minister darauf aufmerksam machen. Er kommt achtzehn Monate nachher, um zu erklären, wir hätten einen Irrtum begangen, und er sagt das gewiß in gutem Glauben, aber das hätte er bei einer anderen Gelegenheit tun müssen." Und Herr de Talhouët fügt hinzu, auf die Frage hinweisend, die der Herzog d'Albuféra dem Herzog de Gramont in ganz bestimmter Form gestellt hatte, „Wir hatten verstanden, daß man vom ersten Tage an Garantien verlangt habe." So liegt diese bejammernswerte Angelegenheit des Berichtes Talhouët, der einen so großen Einfluß auf die Bewilligung der Kredite hatte, d. h. also auf den Krieg selbst.

Nach der Verlesung des Berichtes, dem die allzu vertrauensselige Majorität Beifall geklatscht hatte, nahm Gambetta das Wort, um vernünftigerweise festzustellen, daß die geforderten Kredite nur vorbereitende Maßnahmen für die berechtigte Verteidigung seien und daß die Deputierten sich nicht mit den angeführten Ursachen begnügen könnten, um den Krieg endgültig zu beschließen. Er sagte, der Premierminister, d. h. Herr Ollivier, habe, als er die Beschwerden gegen Preußen anführte, den heftigen Ausfall des Herzogs de Gramont nötig gehabt,

[1] In Wirklichkeit war sie vom 12 Juli, sieben Uhr abends.

um nicht durch den patriotischen Widerwillen des Gesetzgebenden Körpers hinweggefegt zu werden. Der Redner kommt auf die direkte Vorlage der ganzen Emser Depesche zurück, die vor der Kommission hätte geschehen müssen, damit man klar erkennen könne, auf welcher Seite die ungerechte Beleidigung, und auf welcher Seite die berechtigte Verteidigung sei. Er warf dem Kabinett vor, der Kammer die Verantwortung für den Krieg aufbürden zu wollen. „Wir haben sie übernommen," entgegnete Emile Ollivier, „wir nehmen sie auf uns!" Das verhinderte aber Gambetta nicht zu antworten, das Kabinett habe noch nicht alle notwendigen Nachweise erbracht. Es sei nötig zu beweisen, daß Frankreich wirklich beleidigt worden wäre; in bezug hierauf hätten die Minister nur zwei sich widersprechende Aussprüche angeführt: der erste, eine Antwort des Königs von Preußen, in der er sage, keine Verpflichtung wegen der Hohenzollernschen Kandidatur übernehmen zu wollen; der zweite, daß er sich auf die Ausdrücke seiner Unterredung mit Benedetti vom Morgen berufe. War es diese Erklärung, die den Botschafter veranlaßt hat, seine Pässe zu fordern, einen diplomatischen Skandal herbeizuführen? Darauf machte Gambetta eine Bemerkung, die dem Gesetzgebenden Körper hätte auffallen müssen, nämlich, daß Benedetti die Emser Depesche, die das Kabinett so sehr in Aufregung versetzt hatte, gekannt hat, ohne daß sie ihn beunruhigt hätte. Die Kammer mußte also notwendigerweise den Text der beleidigenden Depesche Bismarcks an die europäischen Kabinette selbst haben. Gambetta wußte von einem der Mitglieder der Kommission, daß der Minister des Auswärtigen die Depeschen seiner Agenten in München und Bern vorgelesen und gesagt hatte: „Dies versichert man uns, sei von Herrn von Bismarck geschrieben worden." Das war nicht genügend.

Darauf erhob sich der Herzog de Gramont und sagte: „Ich erkläre, der Kommission das Schriftstück vorgelegt zu haben, die es gelesen hat," was Herzog d'Albuféra bestätigte. Jedoch beschränkte sich der Bericht des Herrn de Talhouët darauf zu sagen, die Kommission habe Kenntnis erhalten von den Depeschen, die von unseren diplomatischen Agenten herrührten. So war also der Bericht in bezug auf die Emser Depesche nicht so bestimmt, wie der Präsident der Kommission und der Minister des Auswärtigen behaupten wollten. Gambetta gab aber nicht nach, und er tat recht daran. War es wahr, daß die Depesche an alle europäischen Kabinette geschickt worden war, oder nur an die süddeutschen? Es war das ein Unterschied von großer Bedeutung. An zweiter Stelle, wenn die Depesche wichtig genug war, um daraus einen Kriegsfall zu machen, ob es dann nicht notwendig wäre, sie Frankreich und Europa wörtlich vorzulegen?

Emile Ollivier bestieg wieder die Tribüne, um zu erklären, es sei das erstemal, daß man in einer französischen Versammlung bei einer gewissen Partei auf so große Schwierigkeiten stoße, eine Ehrensache zu erklären. Die Linke protestierte heftig dagegen. Horace de Choiseul und Magnin forderten den Präsidenten auf, seine Kollegen gegen solche Anschuldigungen zu verteidigen. Ollivier entschuldigte seine lebhaften Ausdrücke durch einen Einwurf, den er gehört zu haben behauptete: „Dieses Telegramm existiert nicht. Es ist erfunden." Er sagte, durch die Worte, die man seit einigen Stunden an ihn richte, berechtigt zu sein, sich beleidigt zu fühlen. Er begriff nicht, wie Gambetta immer wieder nach der preußischen Depesche fragen konnte: „Geben Sie uns die preußische Depesche, um zu beweisen, daß Sie beleidigt worden sind!" In der Hitze der Erwiderung rief Ollivier: „Wer hat Ihnen denn etwas von einer preußischen Depesche gesagt? Wann haben wir uns, um festzustellen, daß Frankreich eine Beleidigung zugefügt worden ist, auf die Protokolle der Kanzleien, auf mehr oder weniger geheimnisvolle Depeschen berufen? Wir haben eine ganz andere Sprache geführt. Wir haben gesagt: In dieser Stunde, wo wir verhandeln, gibt es in Europa etwas, was keinem Gesandten, keinem Journalisten, keinem Politiker, keinem Menschen, der über politische Dinge auf dem laufenden ist, unbekannt sein kann, nämlich, daß nach der Darstellung Preußens unser Botschafter vom Könige von Preußen nicht empfangen worden ist und daß man ihm durch einen Adjutanten verweigert hat, ein letztes Mal in höflicher, maßvoller, versöhnlicher Weise eine höfliche, maßvolle, versöhnliche Forderung vortragen zu dürfen, deren Berechtigung außer allem Zweifel ist."

Der Redner vergaß, als er eine Stunde vorher in derselben Sitzung die von Bismarck telegraphierte und den Kabinetten Europas offiziell mitgeteilte Depesche vorgelesen hatte, daß er in einer anderen Rede die Depesche Benedettis angeführt hatte, wodurch er die französische Regierung benachrichtigte, der König habe die Verzichtleistung des Prinzen Leopold erhalten und billige sie, ohne jedoch die Unterhandlung wegen der Zusicherungen für die Zukunft wieder aufnehmen zu können. In dieser Mitteilung war aber von einer Beleidigung für das Land keine Rede, und der Gesetzgebende Körper hätte verstehen müssen, daß ausführlichere Erklärungen am Platze gewesen wären. Es war eine schnelle Untersuchung nötig. Und nochmals, hätte man Benedetti, der anwesend war, befragt, würde man in weniger als einer Stunde alles gewußt und erklärt haben; dann hätte man aber auch gewußt, daß der Minister des Auswärtigen und der Siegelbewahrer die Unvorsichtigkeit begangen hatten, in letzter Stunde Garantien zu verlangen, und das in einer Weise,

die dem Kanzler gestattet hatte, die hinterlistige und kühne Depesche in die Welt zu schicken. Das würde nun wohl den Krieg nicht verhindert haben, aber Europa hätte dann doch wenigstens Frankreich nicht ungerechterweise anklagen dürfen, den Krieg gesucht und erklärt zu haben.

Das muß Ollivier selbst zugestehen: „Wenn man im Begriff ist, eine Entscheidung zu treffen, die das Gewissen erbeben macht, dann muß man klar sehen, viel Licht haben. Selbst die Gewißheit ist nie gewiß genug." Und das ist wahr. Der gute Glauben des Redners mag unbezweifelt sein, es steht fest, daß der Gesetzgebende Körper nicht hinlänglich aufgeklärt war. Aber die Erregung, die Begeisterung war so groß, daß man nach nichts mehr fragte. Man muß dieser Sitzung vom 15. Juli beigewohnt haben, um sich von dem Ungestüm, von der Wut, mit der man den Widerspruch zurückwies, eine Vorstellung machen zu können. Herzog d'Albuféra, Graf de Kératry, sogar Marquis de Talhouët erklärten in guter Absicht, die authentischen Schriftstücke gesehen zu haben, während man sich doch darauf beschränkt hatte, ihnen eine Auswahl von Depeschen vorzulesen, die erst am 12. Juli begannen.

Ich erinnere mich, daß der hitzigste, der wütendste unter allen der Baron Zorn von Bulach war, der hin und her lief und zur Linken gewendet ausrief: „Eine solche Sprache würde man in der preußischen Kammer nicht führen!" Und dieser eifrige Patriot sollte eines Tages Frankreich verlassen, um Preußen zu dienen!

Wie kommt es, daß der Herzog de Gramont, dem die ganze Wahrheit bekannt war, den Krieg über eine Tatsache hat entstehen lassen, die falsch war? Er wußte von der Unterredung zwischen dem König und dem Botschafter am Emser Bahnhofe, ebenso daß das letzte Wort des Königs gewesen war, die Verhandlungen könnten fortgesetzt werden. Und er schwieg. Es war ihm bekannt, daß Benedetti der Kommission Aufschluß geben konnte, wodurch jedes Mißverständnis beseitigt, und die schändliche Täuschung des Kanzlers aufgedeckt wurde. Und er schwieg. Warum? Weil er aus der verwirrten und falschen Lage, in die er sich selbst gebracht hatte, vor den Drohungen der Ultras und der Wut der Opposition keinen anderen Ausweg zu finden wußte als den Krieg. Um diesen Krieg zu vermeiden, hätte er seine neuen Zumutungen vom 12. Juli abends und vom 13. eingestehen müssen. Er hätte zugestehen müssen, die Sache schlecht eingeleitet und ausgeführt zu haben, er hätte bekennen müssen, man habe Bismarck Gelegenheit gegeben, sich aus der schwierigen Lage herauszuwinden und eine neue Falle zu stellen. Er hätte anerkennen müssen, in ungeschickter Weise darauf eingegangen zu sein, gedrängt durch eine betörte Partei und

den Willen einer Souveränin, die in unsere Macht und unsere Stärke ein blindes Vertrauen setzte. So ließ denn das Kabinett Ollivier der Emser Depesche den ganzen herausfordernden Charakter, den ihr die zynische Kühnheit des Kanzlers gegeben hatte, ohne zu versuchen, ihn durch eine getreue Darstellung der Tatsachen abzuschwächen. „Dieselbe Lüge täuschte beide Länder."

Thiers hatte also recht, als er sagte, wir seien durch die Schuld des Kabinetts zum Kriege veranlaßt worden. Seine erregten Worte tönen mir noch in den Ohren: „Sie haben schlecht angefangen und Sie haben schlecht geendet!" Das war die Wahrheit.

Was wäre in dieser Stunde, die so schwerwiegend und so entscheidend war, nötig gewesen? Ein vorsichtiger und kaltblütiger Minister, der das Spiel seines Gegners durchschaut hätte, fähig seine Ränke und seine Intrigen zu durchkreuzen, der es vermocht hätte, seiner Fähigkeit eine gleiche entgegenzusetzen, der einen genau bestimmten und genau bedachten Plan und Zweck gehabt hätte, ganz Herr über sich, und nicht ein feierlicher Diplomat, der seine Unfähigkeit hinter einer wichtigen und stolzen Miene verbarg, der Hochmut für Autorität hielt, der von einem Gedanken auf den anderen überging, ohne ernstlich erwogen zu haben, der naive oder phantastische Einfälle hatte, und der der Wirklichkeit Möglichkeiten entgegenstellte. Es wäre ein Mann nötig gewesen, der den Mut gehabt hätte, selbst im letzten Augenblicke seinen Irrtum einzugestehen, den Mut, seine Kollegen davon zu unterrichten, anstatt ihr Vertrauen und ihre Leichtgläubigkeit zu mißbrauchen. Es wäre ein Mann nötig gewesen, der den Illusionen einer überspannten Partei und der Aufregung, die sich der Presse und der öffentlichen Meinung bemächtigt hatte, Widerstand zu leisten verstanden hätte. Der Herzog de Gramont war der Mann nicht. Er sagte sich nur: „Die Lage ist äußerst gespannt; die Sache ist höchst gefährlich, aber, wer weiß? Vielleicht haben wir Glück dabei ..." Und ohne Zweifel rechnete er mit der launenhaften Macht, der einst der große Friedrich den ironischen Trinkspruch ausbrachte: „Seiner Majestät dem Zufalle!" Der Minister des Auswärtigen verließ sich auf Seine Majestät den Zufall und wie viele Franzosen machten es nicht ebenso?[1])

Hat wohl der Herzog de Gramont je die Definition eines Ministers des Auswärtigen gelesen oder darüber nachgedacht, die einer der geschicktesten Diplomaten des 19. Jahrhunderts, Fürst Talleyrand, gegeben hatte: „Ein Minister des Auswärtigen muß eine Art Instinkt haben,

[1]) Wie es Fichte im Jahre 1806 von den Preußen sagte: „Sie haben sich der Sorge um die Zukunft entledigt. Sie haben die unbestimmte Hoffnung gehabt, daß irgendein Glückszufall die lange Kette der Ursachen und Wirkungen zerreißen würde."

der ihn, durch eine rechtzeitige Warnung, davor bewahrt, sich zu kompromittieren. Er muß die Fähigkeit haben, sich offen zu zeigen, während er undurchdringlich bleibt, zurückhaltend sein, während er sich hinzugeben scheint, geschickt sein, selbst bei der Wahl seiner Zerstreuungen; seine Unterhaltung muß einfach, vielseitig, unerwartet, stets natürlich und selbst naiv sein; mit einem Worte, er darf in den vierundzwanzig Stunden nicht einen Augenblick aufhören, ein Minister des Auswärtigen zu sein." Wenn der Herzog de Gramont diese Definition nicht kannte oder sie verachtete, dann kannte sie aber Bismarck sehr gut und hatte sie für sich selbst ins Praktische übersetzt.

Er hütete sich als praktischer und vorsichtiger Diplomat wohl, sich auf die Launen und die Willkür des Schicksals zu verlassen. Er hatte alles vorbereitet, alles überdacht, alles geordnet, und sein Vertrauen auf eine Armee gestellt, die bereit war zu marschieren und sich in tadelloser Verfassung befand, auf eine wohlgeordnete Verwaltung, auf alles, was die Kraft, die Macht, die Sicherheit eines Staates ausmacht. In dem Augenblick, wo seine Feder eine friedliche Depesche in eine beleidigende umwandeln soll, hört man, wie er Moltke genaue Fragen stellt über dessen Vertrauen in den Zustand der Bewaffnung, über die Mobilisation, über die Schnelligkeit, mit der man ins Feld rücken könne, und den voraussichtlichen Erfolg. Als er sich versichert hat, daß alles seinen Absichten entspricht, wagt er die Fälschung der Texte und die Entfesselung des Krieges. Er begeht wissentlich eine schändliche Handlung, aber er weiß, was er will, und wohin er geht. Wir aber sollten mit einem Schlage unsere beneidete und noch gefürchtete Macht zusammenbrechen sehen, als wären wir der brutalen Gewalt eines Sturmes preisgegeben, der das schlecht errichtete Gebäude erzittern macht, um es dann zu einer jämmerlichen Ruine einstürzen zu lassen.

Über dem Minister des Äußern hätte der Premierminister sich als ein Mann von kaltem Blute und bewußter Entschlossenheit zeigen müssen. An dem Tage, wo er sah, daß die Sache schlecht eingefädelt war, als er begriff, daß der Kaiser nur noch ein kranker Souverän war, der durch sich widersprechende Einflüsse hin und her geworfen wurde, hätte Emile Ollivier einer verderblichen Politik energisch Einhalt gebieten und zu verstehen geben müssen, daß man sich mit dem Preußen entrissenen Zugeständnis begnügen müsse. Seine Freude beim Empfang des Telegramms, das ihm von Spanien aus die Zurücknahme der Hohenzollernschen Kandidatur anzeigte, schien aufrichtig zu sein. Sie ging bis zum Enthusiasmus, wie ich gesagt habe, ein ehrlicher, unvorsichtiger Enthusiasmus, den aber die Unzufriedenen, die Skeptiker, die Hetzer oder die Ungläubigen nicht teilten. Emile Ollivier wollte den Frieden,

und seine hitzige, leidenschaftliche Natur hat ihn zum Kriege geführt. Ohne sich die Zeit zu nehmen, die Tragweite und Ungerechtigkeit des Angriffs zu prüfen, ohne abzuwarten, daß man beweisen konnte, die Beleidigung, so schwer sie war, wäre nichts als eine heimtückische Erfindung des preußischen Kanzlers, und ohne den Minister des Auswärtigen durch genaue Fragen auszuhorchen, wird er vor den Drohungen der einen und dem Spotte der anderen, dem Geschrei der Straße und den Beschwörungen der Presse, den sarkastischen und heftigen Angriffen der Opposition schwach. In dem Gedanken, sein Werk, die liberale Reform, werde auf ewig verloren sein, wenn er zurückträte, und auch wohl, daß er seinem Lande eine Revolution angesichts des Feindes ersparen könne, blieb er auf seinem Posten und verzögerte die Katastrophe nur um einige Wochen. Er blieb und hatte das Unglück, inmitten des Sturmes das Wort auszusprechen, das wie ein vergifteter Pfeil an ihm hängen blieb: „haeret lateri letalis arundo“[1]) und den nichts, selbst nicht seine letzten beredten Erklärungen, aus seiner Wunde zu reißen vermag.

Gewiß hat er nicht leichten Herzens gesagt, er und seine Kollegen übernähmen die schwere Verantwortung, die über sie hereinstürzen sollte. War es aber nicht leichtfertig und fast tollkühn, daß sie sich auf ein so schreckliches Abenteuer einlassen wollten? Die geringfügigsten Einzelheiten, seien es politische oder diplomatische oder militärische, beweisen das mehr als genügend. Will man z. B. wissen, wie der Ministerrat in dem Augenblicke, wo man den Krieg entfesseln wollte, über das, was vorging, unterrichtet wurde? Darimon fragte den Minister Mège, warum Ollivier sich mit Gramont der von Buffet geforderten Mitteilung der Depeschen widersetzt hätte. Und der Minister des öffentlichen Unterrichts antwortete: „Diese ganze Verhandlung ist über die Köpfe des Kabinetts hin geführt worden, und außer dem Herrn de Gramont ist niemand über alle die Vorgänge unterrichtet worden, die sich ereignet haben. Sogar Herr Emile Ollivier hat nicht alles gewußt. Ich habe gehört, wie er sich beklagt hat, daß man gewisse Schritte getan habe, ohne es ihn wissen zu lassen und also auch ohne seine Ansicht einzufordern. Als ich ihn heute nachmittag die Politik, die Herr de Gramont durchgesetzt hat, habe mit Löwenmut verteidigen hören, habe ich seine Selbstverleugnung bewundert. Wir anderen Kollegen haben die Depeschen nur bruchstückweise gekannt und sozusagen nur zufällig. In dem Ministerrate, wo darüber verhandelt wurde, ob man Preußen für die neuen Vorgänge zur Rechenschaft ziehen sollte, hat man sie wohl

[1]) Es steckt in der Seite der tödliche Pfeil.

den Ministern vorlegen müssen; man hat sich aber damit begnügt, sie uns vorzulesen. Wie die meisten Deputierten hätte ich gewünscht, sie selbst zu sehen, bloß um zu wissen, ob ich recht daran getan hätte, für den Krieg zu stimmen!"

Ist ein solches Geständnis, das sehr tief blicken läßt, nicht unerhört? „Warum haben Sie denn aber verlangt, die Depeschen zu sehen?" fragte Darimon. — „Man hat einen Grund vorgebracht, der uns dazu bestimmt hat. Es scheint, daß eine der Depeschen, die wichtigste (die vom 14.), wodurch man eben den Text der von Herrn von Bismarck den fremden Regierungen übersandten Note kennen gelernt hat, nur durch eine Vertrauensverletzung eines unserer Agenten zur Kenntnis der Regierung gelangt ist, und man fürchtet, daß dieser Agent (es war Herr de Comminges-Guitaut in Bern) von der Regierung, bei der er akkreditiert ist, getadelt und genötigt werde, seine Pässe zu fordern." Also wegen der erbärmlichen Furcht vor einem Zwischenfalle mit der Schweiz wollte man eine Depesche nicht vorlegen, die schon in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, in der Kölnischen Zeitung, in der Wolffschen und der Havasschen Agentur erschienen war? Darimon lächelte und hielt Mège eine Nummer der France hin, worin dieselbe Depesche stand. Hierbei fällt es nun am schwersten ins Gewicht, daß man mit der Kreditkommission ebenso verfahren hat, wie mit dem Ministerrate. So war denn alles mit ebenso großer Leichtfertigkeit wie Unbesonnenheit gehandhabt worden, und es ist unbegreiflich, wie der Leiter einer solchen Politik sich hat rühmen können, Vertrauen gehabt zu haben und keine Gewissensbisse zu verspüren.

Nach der Katastrophe haben gewisse Minister ihrem Bedauern Ausdruck gegeben und ihre Klagen laut werden lassen.

Einer von ihnen hat furchtbar gelitten. Es ist das der unglückliche Marquis de Talhouët, der nach unserer Niederlage, nach einem mehrtägigen furchtbaren Todeskampfe an dem Schmerze darüber gestorben ist, den Krieg gutgeheißen zu haben, geglaubt zu haben, die Garantieforderung sei von der ersten Stunde an der strittige Punkt bei unseren Verhandlungen gewesen, und die Regierung habe seit dem ersten Auftreten der Krise immer denselben Zweck verfolgt. Er konnte es sich nicht verzeihen, nicht durch eingehende Auseinandersetzungen und durch den Botschafter selbst versucht zu haben, in Erfahrung zu bringen, ob das Kabinett nicht für den ersten und wichtigsten Punkt seiner Reklamationen Genugtuung und dadurch einen moralischen Sieg erlangt habe, der es ermöglicht hätte, auf einen politischen Fehler des Feindes zu warten, um zu geeigneter Zeit berechtigte Rache für Sadowa zu nehmen. Er ist buchstäblich aus Verzweiflung gestorben.

Emile Ollivier vergleicht seine eigenen Qualen und seinen Kummer mit den Folterqualen des gefesselten Prometheus[1]). Er klagt in seiner langen Verteidigungsschrift über sein eigenes Unglück, sagt aber nichts über die Schmerzen des zerrissenen und zerfleischten Frankreichs. Und doch ist es Frankreich, dem der schwarze Adler am Tage nach dem schrecklichen Kriege, der mit so großer Leichtfertigkeit und Unbedachtsamkeit entfesselt worden war, zwei Stücke seines geheiligten Fleisches entrissen hat!

Sehen wir nun, wie es mit unseren Bündnissen oder vielmehr mit unseren Bündnisprojekten stand.

---

1) . . . Διὸς δέ τοι
πτηνὸς κύων, διαφοινὸς αἰετὸς λάβρως
διαμαρτήσει σώματος μέγα ῥάκος,
ἄκλητος ἕρπων δαιταλεὺς πανήμερος,
κελαινόχρωτον δ' ἧπαρ ἐκθοινήσεται.
(Προμηθεὺς δεσμώτης.)

„Doch der geflügelte Hund des Zeus, der blutige Adler wird mit Gier ein großes Stück deines Körpers herausreißen und als unerwarteter Gast täglich wiederkommen, um sich mit deiner schwarzen Leber zu sättigen!"

Sechstes Kapitel.

Die Bündnisse im Jahre 1870.

Der Marquis de Talhouët hat am 9. Januar 1872 die sibyllinische Antwort des Herzogs de Gramont zur Kenntnis gebracht, als ihn der Herzog d'Albuféra im Namen der Kreditkommission gefragt hatte, ob wir Bündnisse hätten: „Wenn ich die Kommission habe warten lassen, so war der Grund davon, daß ich im Ministerium den Botschafter Österreichs und den Gesandten Italiens empfing. Ich hoffe, die Kommission wird mich nicht weiter fragen." Und auf die Frage Saint-Marc-Girardins: „Hat er Ihnen zu verstehen gegeben, daß wir Bündnisse hätten?" antwortete der Marquis de Talhouët: „Wir haben es geglaubt, als er uns dies gesagt hat." Der Herzog de Gramont, der über denselben Gegenstand befragt wurde, verschanzte sich hinter seine Pflichten als früherer Minister des Auswärtigen und sein Diplomatengewissen, um keine bestimmten Erklärungen über diesen so wichtigen Punkt zu geben. „Welche Bündnisse ein Land auch haben mag," hat er gesagt, „und welche gegenseitigen Versicherungen und synallagmatische Versprechungen zwischen Regierungen und Fürsten bestehen, alles das verschwindet und verfliegt bei solchem Unglücke, wie das unsrige, und nach solchen Vorgängen, wie die vom 4. September." Der Herzog de Gramont weigerte sich mehr zu sagen. Es lag ihm daran, von der Untersuchungskommission feststellen zu lassen, daß der Minister des Auswärtigen des Kaiserreiches die diplomatischen Verhandlungen nicht hatte preisgeben wollen, wie man es von ihm gefordert hatte. Jedoch sagte er zum Schluß: „Übrigens wird die Zeit selbst in kurzem den Schleier zerreißen, den ich heute noch nicht berühren darf. Bis dahin will ich lieber für unfähig gelten, aber vor meinem Lande, vor Europa und vor mir selbst ehrlich bleiben."

In seinem Buche La France et la Prusse avant la guerre bewahrt der Herzog de Gramont ungefähr dieselbe majestätische Zurückhaltung. Doch läßt er sich zu einigen Erklärungen herbei, die nicht solcher Art waren, die Geheimnisse zu verletzen, deren Bewahrung ihm anvertraut war. Er läßt durchblicken, daß England Frankreich in Wirklichkeit nicht feindlich gesinnt war, daß Spanien von der ersten Phase unserer

Verhandlungen keinen Groll zurückbehalten hatte, daß Rußland uns durch seine zweideutige Neutralität, besonders aber durch seine drohende Haltung gegen Österreich viel geschadet habe. War uns dieses selbst jemals feindlich? „Die Frage stellen," sagt er, „heißt sie lösen. War Italien uns feindlich? Wir haben ständig zweifellose Beweise seiner Sympathien erhalten, bis zu unseren ersten Niederlagen ..." Dann macht der Herzog de Gramont eine kurze Andeutung auf die freundschaftlichen Verhandlungen des Kaiserreiches mit Italien wegen des Heiligen Stuhles und der Abberufung der Besatzungstruppen und glaubt dann hinzufügen zu können: „Wie uns scheint, ist es von da ab weit bis zu der Vereinsamung Frankreichs mitten im feindlichen Europa." Um dieser allerdings wenig zutreffenden Ansicht Nachdruck zu geben, sagt der frühere Minister: „Es versteht sich von selbst, daß man sich nicht zu einem ernsthaften Kriege entschließt, wenn er auch unerwartet kommt, ohne durch alle möglichen Mittel zu versuchen, die Streitkräfte zu vergrößern. Es ist ebenfalls gewiß, daß Unterstützungs- und Freundschaftsversprechen, die bei Beginn eines Feldzuges ausgetauscht werden, wenn sie noch gegen Unglück geschützt sind, doch solchen Niederlagen wie den unsrigen und einer Revolution, wie der vom 4. September, nicht zu widerstehen vermögen."

Daraus muß man nun wohl schließen, daß wir Bündnisse und Verträge hatten, und daß eine unerwartete Revolution sie leider hat verschwinden lassen. Verlassen wir nun das geheimnisvolle Dunkel, um auf den Grund der Wirklichkeit zu gelangen und sehen wir zu, was an diesen Erklärungen Wahres ist und ob diese Bündnisse, diese Verträge beabsichtigt waren, ehe von einem Kriege die Rede war.

Hatte man bei Italien und Österreich sondiert, ob sie uns unterstützen würden? Hatten wir mit diesen beiden Mächten Verhandlungen angeknüpft, uns mit ihnen geeinigt, Verträge unterzeichnet? Ist der Heilige Stuhl, wie man so oft behauptet hat, schuld daran gewesen, daß diese Bündnisse nicht zustande gekommen sind? Ist es wahr, daß die Besetzung Roms durch die Franzosen alle Projekte eines gemeinsamen Zusammengehens Frankreichs mit Österreich und Italien unmöglich gemacht hat? Ist es wahr, daß der Kaiser, der aus diesen Bündnissen den Drehpunkt seiner auswärtigen Politik gemacht hatte, den Vorschlag Österreichs zurückgewiesen hat, das wünschte, „man möge ihm die Ehre lassen, die römische Frage zu lösen?" Ist es wahr, daß Napoleon III. sogar noch nach der Kriegserklärung die von Italien in Tausch gegen diese Räumung angebotene Hilfe zurückgewiesen hat, und sich so einer Unterstützung beraubt hat, die ihm den Sieg hätte sichern können? Kann man schließlich als sicher hinstellen, daß die römische Frage der

wirkliche Mittelpunkt oder nur ein Vorwand für die Verhandlungen von 1869 und 1870 zur Herstellung einer Tripelallianz zwischen Frankreich, Österreich und Italien gewesen ist? Hat diese Frage durch den Fehler unglücklicher Ratgeber, die das Interesse des Landes ihren religiösen Vorurteilen untergeordnet haben, das Unglück von 1870 und den Verlust von Elsaß-Lothringen herbeigeführt, wie das unter anderen Prinz Napoleon erklärt hat? Das sind die Punkte, die man mit der peinlichsten Aufmerksamkeit prüfen muß.

Um den Gegenstand recht ins Licht zu setzen, ist es nötig, einen kurzen Überblick über die römische Frage von 1849 bis 1864 zu tun, wo das Übereinkommen zustande kam, dessen Ziel die Unabhängigkeit und Sicherheit des Heiligen Stuhles war.

Die Ereignisse, durch die im Jahre 1849 in Rom die Republik ausgerufen, und der Verlust der zeitlichen Gewalt des Papstes herbeigeführt wurde, hatten besonders in Frankreich, großen Eindruck gemacht. Man kann nicht in Abrede stellen, daß zu dieser Zeit die öffentliche Meinung die Wiedereinsetzung Pius IX. in seine Staaten wünschte, da sie diese zeitliche Gewalt zur Ausübung der geistigen für unentbehrlich hielt. Sie zeigte sich ihr um so mehr günstig, als Österreich, Spanien und das Königreich beider Sizilien, die sich vor den Drohungen und Gewalttaten Mazzinis fürchteten, an eine Expedition gegen die neue Republik dachten. Der Prinzpräsident, der seit 1831 für die Sache der italienischen Patrioten eingetreten war, wollte den Römern eine liberale Regierung verschaffen, ähnlich der von 1846, und auch Österreich daran verhindern, in Rom den Einfluß an sich zu reißen, den die Franzosen bisher gehabt hatten. Es war eine äußerst schwere Aufgabe, Pius IX. mit seinen aufständischen Untertanen wieder auszusöhnen. Jedoch wünschte die Gesetzgebende Versammlung, daß den revolutionären Umtrieben ein Ende gemacht würde und der Papst nach Rom zurückkehre, „denn die Ordnung stände überall auf der Tagesordnung". Louis Bonaparte, der die italienischen Patrioten gern zu einer Verständigung mit dem Heiligen Stuhle gebracht hätte, und mit beiden Parteien in gutem Einvernehmen bleiben wollte, gab für den Augenblick den Wünschen der Katholiken nach, weil die Ereignisse es forderten und weil seine augenblicklichen und zukünftigen ehrgeizigen Bestrebungen ihre Rechnung dabei fanden. Die französischen Truppen zogen am 3. Juli 1849 in Rom ein und blieben dort mit einer zweijährigen Unterbrechung bis zum 6. August 1870.

Während dieser langen Zeit schwankt der Präsident, der Kaiser geworden ist, von einer Politik zur anderen. Er unternimmt es, die

Wünsche der italienischen Nationalisten zu erfüllen und zu gleicher Zeit es dem Heiligen Vater und den französischen Katholiken recht zu machen. Indem er im Norden die Unabhängigkeit Italiens und in den päpstlichen Staaten die zeitliche Gewalt unterstützte, indem er den einen und den anderen dieselben Versprechungen machte, im geheimen die Einheitsbestrebungen unterstützte und die revolutionären Versuche tadelte oder zurückwies, sich auf den Zufall verließ, auf die verschiedenen Einflüsse, auf das Drängen der öffentlichen Meinung, indem er, ich weiß nicht welchem Fatalismus oder welchen Träumereien gehorchte, es bald abschlug den Heiligen Stuhl zu verlassen oder einen Fuß seines Gebietes abzugeben, bald sich darüber verwunderte, daß der Papst kein Zugeständnis machen wollte, rief er sowohl bei den Italienern wie bei den französischen Katholiken Unzufriedenheit hervor und verdiente ihre Vorwürfe, weil er nicht entschlossen Partei ergriffen hatte. Ohne Zweifel war Napoleon an die Katholiken gebunden, denen er ausdrücklich versprochen hatte, daß der Papst in Rom bleiben solle. Er war aber geradeso an die Italiener gebunden, denen er ernstliche Versprechungen gemacht hatte, und diese sollten noch anspruchsvoller sein, als die Katholiken Frankreichs. Kein Nachgeben und kein Zugeständnis konnte sie zufrieden stellen. Und als das schreckliche Unglück hereinbrach, wobei Frankreich unterliegen sollte, beschränkten sie sich auf leere Versicherungen ihrer Treue, ihrer Sympathie und ihrer Ergebenheit.

Nach Mentana befand sich Napoleon III. in der größten Verlegenheit. Wenn er nun, nachdem er den Katholiken Genugtuung gegeben hatte, Italien freie Hand ließ und ihm gestattete auf seine nationalen Bestrebungen, d. h. die Einheit mit Rom als Hauptstadt, zurückzukommen, dann gab er dem berühmten „Niemals" Roubers ein Dementi[1]). Wenn er die Tore Roms den Italienern für immer verschloß, dann zerstörte er damit alle Dienste, die er ihnen seit 1859 geleistet hatte. Sowohl die eine, wie die andere Politik schien seinem unentschlossenen Geiste zu absolut, und so beschloß er denn, sich dem Zufall zu überlassen. Als er nun aber aus dem deutsch-österreichischen Kriege gar keinen Vorteil hatte ziehen können, begriff er den Irrtum, der ihn verführt hatte zu sagen: „Wenn das Haus Österreich geschwächt wird, wächst unser Einfluß in Europa", und das wollte er wieder gut machen. So suchte er sich denn Franz Joseph zu nähern, und dachte an ein Bündnis nach dieser Seite hin, dem er früher oder später Italien zuführen würde. Der Minister des Auswärtigen Österreich-Ungarns, Graf von Beust, war

[1]) Man erzählt sich, der Kaiser habe, als er Rouher zu dem Erfolge seiner Rede im Gesetzgebenden Körper beglückwünschte, in seiner Weise gesagt: „In der Politik darf man nie niemals sagen."

weit davon entfernt, die Rache zurückweisen zu wollen, aber alles wies ihn darauf hin, nichts leichtfertig zu entscheiden. Die Niederlage bei Sadowa war eine zu grausame Lehre gewesen, als daß man sie hätte schnell vergessen können. Herr von Beust, den Fürst Metternich über die geheimen Absichten Napoleons III. unterrichtet hatte, riet zur größten Vorsicht, um es zu vermeiden, die süddeutschen Staaten in die geschickte Hand Bismarcks zu geben. Der ungarische General Türr, der mit einer Bonaparte verheiratet war und in Florenz sehr geschätzt wurde, unternahm es, Österreich mit Italien zu versöhnen. Im Jahre 1869 nahmen diese Verhandlungen festere Gestalt an und das von Nigra, Vimercati und Metternich vorbereitete Einvernehmen schien zwischen Frankreich, Italien und Österreich möglich.

Aber Napoleon, der auch seinen geheimen Rat hatte, verheimlichte diese Absichten dem Herzog de Gramont, unserem Botschafter in Wien, und Herrn de Malaret, unserem Gesandten in Florenz. Nur Rouher, de La Valette und Prinz Napoleon waren davon unterrichtet. Erst am 20. März 1869 erhielt Preußen Kenntnis davon, und das erklärt auch, warum Bismarck danach strebte, die beabsichtigte Einigung zu hintertreiben, indem er dem Gedanken, den er schon im November 1868 gefaßt hatte, einen Hohenzollern als Nachfolger der Königin Isabella vorzuschlagen, als sie durch die Erhebung der Unionisten, Progressisten und Demokraten aus Spanien vertrieben worden war, eine feste Gestalt gab. Österreich wollte zunächst nur ein Defensivbündnis unterzeichnen, durch das die drei Mächte zur Erhaltung des Friedens beitragen sollten, indem sie sich ihre Gebiete garantierten, wogegen aber Italien vor allem die Abberufung der französischen Truppen als Unterstützung verlangte. Rouher und Beust leiteten die Verhandlungen, Metternich, Vitzthum, Vimercati und Nigra dienten als Vermittler, aber Napoleon, der zwischen den Italienern und den französischen Katholiken schwankte, konnte sich nicht entschließen, die römische Frage sofort zu regeln. Die geheime Hoffnung des Kaisers war, daß Pius IX., der schon sehr bejahrt war, bald stürbe und dann das Konklave einen Papst erwählte, der sich vielleicht zu einem modus vivendi mit dem Königreiche Italien herbeiließe. Vorläufig aber beleidigte das Zögern Napoleons die Italiener, die schon alles vergessen hatten, was er für sie getan hatte. Emile Bourgeois und andere Schriftsteller haben behauptet[1]), der Widerstand sei hauptsächlich von der Kaiserin und den Ministern ausgegangen, während der Kaiser aber auch zu jener Zeit der Räumung des römischen Gebiets entgegen war. Nach den Wahlen von 1869, die den Liberalen

[1]) Vgl. Bourgeois et Clermont, Rome et Napoléon III. Colin, 1908.

mehr Hoffnung gaben, wurden die Verhandlungen zwischen Wien, Florenz und Paris wieder aufgenommen, und man konnte glauben, die Konvention vom 15. September 1864 würde nun endgültig zur Ausführung gelangen. Es kam aber zu keinem bestimmten Vertrage und die persönlichen Briefe Franz Josephs, Viktor Emanuels und Napoleons III., durch die man den Abmachungen eines Einvernehmens zu dreien, einen endgültigen Charakter gab, ersetzten, wie bekannt, vorläufig den Text eines Vertrages. Der König von Italien erkannte wohl an, daß sein Land Österreich die Hand reichen und mit Frankreich zur Erhaltung des Weltfriedens beitragen könne, aber er wollte keine Verpflichtung eingehen, bevor nicht die Konvention von 1864 vollständig zur Ausführung gelangt sei. Napoleon glaubte in diesen Briefen die Versicherung zu halten, daß man früher oder später zur Unterzeichnung des geschriebenen Bündnisvertrages kommen werde, ohne zu bedenken, wie Bismarck sagte, „daß die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großmächten eine bedingte ist, sobald sie im Kampf ums Dasein auf die Probe gestellt werden“[1]). Dieses wurde im September 1869 gesagt, als Preußen Serrano die Kandidatur Leopolds von Hohenzollern empfahl, und der Baron von Werther Palazar mit dem Fürsten Anton bekannt machte. Dies ganze Unternehmen, das dazu bestimmt war, das Projekt und die Absichten der Tripelallianz zu vernichten, war vom preußischen Kanzler geschickt eingeleitet worden. Und König Wilhelm, der sich später dagegen wehrte, den Anfang gekannt zu haben, ließ doch zu, daß Prinz Leopold mit den spanischen Agenten in Unterhandlung trat.

Hat nun Napoleon III. unrecht gehabt, das Projekt der Tripelallianz zu verschieben und zu glauben, es stände ihm frei, es gelegentlich wieder aufzunehmen? Man sollte die Frage so nicht stellen, denn der Kaiser war nicht frei, allein diese wichtige Angelegenheit durchzuführen. Was ihn verhinderte, sie abzuschließen, das war einerseits das Zögern Österreichs und andererseits die Ansprüche Italiens, das die sofortige Räumung des päpstlichen Gebietes verlangte, ohne dafür formelle Garantien geben zu können, die imstande gewesen wären, die Wiederholung solcher Vorkommnisse, wie das von Mentana, zu verhindern. Bei der Reise des Erzherzogs Albrecht nach Paris (im April 1870) hatte man berechnet, daß drei Armeekorps von je 100 000 Mann, ein französisches, ein italienisches und ein österreichisches den Süden Deutsch-

[1]) „Obgleich im Prinzip selbst einverstanden,“ sagt der General Govone, „wurde die Antwort der italienischen Regierung doch von der Annahme mehrerer Bedingungen abhängig gemacht: Zurückziehung der französischen Truppen aus Rom, Anerkennung des Prinzips der Nichtintervention, Verpflichtung, die in Deutschland seit 1866 durch Italiens Beistand bestehende Ordnung zu respektieren (Memoires. S. 357).

lands besetzen müßten, um Bayern, Württemberg und das Großherzogtum Baden von Preußen zu trennen. Marschall Le Boeuf und die Generäle Lebrun, Jarras und Frossard erklärten, es sei, um das zu erreichen, die erste Bedingung, daß die drei Mächte sich verpflichteten den Krieg zusammen anzunehmen oder zu erklären, an demselben Tage mobil zu machen und sofort die Operationen zu beginnen.

Es wurde beschlossen, daß General Lebrun nach Wien gehen sollte, um alles aufzuwenden, um vom Kaiser von Österreich die Annahme dieser Bedingung zu erlangen. Am 6. Juni langte Lebrun in Wien an und kam, nach einer Verhandlung mit dem Erzherzoge, die fünf Tage dauerte, auf die Hauptfrage zu sprechen, d. h. die Forderung, an demselben Tage in Frankreich, in Österreich und in Italien zu mobilisieren und die Operationen zu derselben Stunde zu beginnen. Da wurde denn festgestellt, daß Italien und Österreich diese wesentliche Bedingung nicht erfüllen konnten, und daß beide vom Tage der Kriegserklärung an sechs Wochen brauchten, um mobil zu machen. Alles, was Österreich und Italien tun konnten, war, eine bewaffnete Neutralität zu bewahren, die Preußen zwänge, in Sachsen und Schlesien Truppen zurückzulassen. Und Österreich war nicht allein nicht fertig für einen Krieg, seine Bevölkerung war auch nicht im geringsten dazu geneigt, denn die Niederlagen von 1859 und 1866 waren noch zu sehr in aller Erinnerung. Franz Joseph sagte selbst zum General Lebrun, es genüge seinen Untertanen nicht, den unersättlichen Ehrgeiz Preußens zu bekämpfen, man müsse ihnen beweisen, daß der Krieg notwendig sei. „Ich will den Frieden. Wenn ich zu gleicher Zeit mit dem Kaiser Napoleon Krieg anfange," sagt er, „dann ist kein Zweifel, daß Preußen von neuem den deutschen Gedanken ausbeuten und zu seinen Gunsten die deutsche Bevölkerung, sogar im Österreich-Ungarischen Reiche, begeistern und zur Erhebung bringen wird. Wenn aber Kaiser Napoleon gezwungen wird, den Krieg anzunehmen oder zu erklären und sich mit seinen Armeen im Süden Deutschlands einstellt, nicht als Feind, sondern als Befreier, dann würde ich gezwungen sein, zu erklären, mit ihm gemeinsame Sache zu machen." Franz Joseph gab somit dem Plane des Erzherzogs Albrecht seine Zustimmung, aber er wünschte sehr, daß Napoleon III. sich keiner Illusion über die Unterstützung hingäbe, die er von Österreich erwarten konnte. General Jarras, der ebenso gut über diese Vorbesprechung unterrichtet war, wie der General Lebrun, fügt in seinen Erinnerungen hinzu: „Es wurde ausdrücklich gesagt, daß man sich bei Annahme des Projektes des Erzherzogs Albrecht vor unangenehmen Enttäuschungen bewahren müsse und nicht blindlings an die Mitwirkung einer Macht glauben dürfe, die nur Versprechungen

mache und dabei vermeide, sich formell zu verpflichten. Der Kaiser wurde dadurch aber nicht beeinflußt und wollte bei seinen Verbündeten, und besonders bei Österreich, nicht an eine so machiavellistische Berechnung glauben. Es gelang ihm aber nicht, dieses Vertrauen seiner Umgebung mitzuteilen." Die vier Generäle erklärten also den österreichischen Vorschlag für nicht annehmbar. Er mußte so umgeändert werden, daß Frankreich nicht sechs Wochen einem an Zahl sehr überlegenen Feinde allein gegenüber bliebe. Und Jarras sagt, indem er seine Karten zusammenlegt: „Es versteht sich, daß Frankreich Preußen den Krieg nur erklären kann, wenn es sicher ist, daß ernsthafte und mächtige Verbündete zugleich mit ihm ins Feld rücken." Diese Versicherung hat Frankreich nie erhalten, ebensowenig von Italien wie von Österreich[1]).

Wenn Österreich nun die nötigen Geldmittel und Mannschaften nicht hatte, um sofort ins Feld zu rücken, was soll man dann von Italien erst sagen? Der Bestand der italienischen Armee war auf 130 000 Mann beschränkt worden. Es brauchte wenigstens sechs Wochen, um sich für irgend eine Aktion vorzubereiten, wie aus den Worten Visconti-Venostas hervorgeht, der am 27. Juli 1870 zu Sir Paget sagte: „Italien ist über alle Maßen entwaffnet." Und am 18. September 1870 schrieb Crispi an Philippe, den Präfekten der Haute-Savoie, „daß die Italiener nicht imstande wären, fünfzig Mann über die Alpen zu schicken. Wir könnten einen Verteidigungskrieg bei uns führen, aber keinen Angriffskrieg unternehmen." Bei den Besprechungen wegen der Tripelallianz wurde

[1]) Am 9. Juli hatte Herr von Beust, beunruhigt und überrascht, die unzeitige Erklärung Gramonts getadelt und sagte zum Marquis de Cazaux: „Wenn Frankreich eine gemeinsame Handlung wollte, hätte es uns vorher benachrichtigen müssen!" Und er fügte hinzu, indem er der Aufforderung zur Mitwirkung zuvorkam: „Ich habe hier Depeschen von Metternich, die besagen, man rechne auf unser werktätiges Bündnis. Wie groß meine Vorliebe für Frankreich auch ist, glaubt man denn, ich könne so mir nichts dir nichts zum Kaiser gehen und zu den österreichischen und ungarischen Ministern und zum Lande selbst sagen, wir würden nun in den Krieg ziehen? Wenn ein Bündnisvertrag existierte, dann wäre es was anderes, aber Sie wissen, daß der nicht da ist." Am 11. Juli vervollständigt Beust diese Aussage und läßt Gramont durch Metternich sagen, die einzige Abmachung zwischen Frankreich und Österreich sei die, sich mit keinem Dritten ohne Vorwissen des anderen verständigen zu wollen. Außerdem war abgemacht worden, wenn Preußen allein mit Frankreich Krieg führte, daß sich Österreich dann das Recht vorbehielte neutral zu bleiben. Und Beust, der sich für frei hielt, da kein Vertrag abgeschlossen worden war, warf Gramont vor, am 6. Juli Preußen ein Ultimatum überreicht zu haben, dessen Ausdrücke in Europa den Glauben erwecken müßten, das Kaiserreich wolle den Krieg um jeden Preis. Von anderer Seite meldete General Fleury an demselben Tage, es sei gefährlich, sich mit Österreich zu kompromittieren, das überall und aller Welt erkläre, es könne und wolle sich vor zwei Jahren auf nichts einlassen.

immer zugestanden, daß Italien eine gewisse Zeit nötig habe, um seine friedliche Politik zu ändern und sich in Kriegszustand zu versetzen. Wenn die Finanzen und die Streitkräfte Österreichs geschwächt waren, so waren es die Italiens im Jahre 1870 nicht weniger. Endlich war Österreich der Unterstützung der Ungarn nicht sicher, die damals eher den Deutschen geneigt waren, und Italien hatte auch nicht die Zustimmung der ganzen Bevölkerung zugunsten Frankreichs. Ein großer Teil der Italiener war gegen uns, und die Presse verhehlte ihren Haß und ihre Abneigung gegen den Kaiser der Franzosen und seine Regierung nicht. Sie wollte nicht zugeben, daß Italien gegen seinen Verbündeten von 1866 für seinen Gegner von Mentana marschiere. „Sie wollte nicht," wie General Govone sagt, „daß die italienische Regierung Opfer bringe, um Frankreich dabei zu helfen Siege zu erringen, in deren Folge Italien unter eine Vormundschaft gestellt worden wäre, die ihm unangenehm war, und die Zahl und die Macht der Hindernisse vergrößert wurde, die seinen nationalen Bestrebungen im Wege standen." Und mit solchen Verbündeten wollte das Kaiserreich den Gefahren eines Krieges mit einer Macht entgegentreten, die ihrer Streitkräfte und ihrer Hilfsmittel sicher war, und ebenso sicher der Untätigkeit oder der Mitwirkung Europas!

Bei den Besprechungen, die der Bildung des liberalen Kabinettes vorhergingen, hatte Napoleon III. zu Emile Ollivier gesagt, als hätte er dieser Forderung zuvorkommen wollen: „In bezug auf Rom muß man einen Entschluß fassen und es so schnell wie möglich räumen." Und der Kaiser war nicht wenig überrascht, als er hörte, wie Emile Ollivier dagegen vorbrachte: „Sire, das scheint, solange das Konzil dauert, schwer, denn unsere Regierung muß ihre Ehre darein setzen, dessen Freiheit zu sichern." Napoleon III. stimmte dem zu und sprach nicht mehr darüber. Das Konzil bereitete der Regierung übrigens einige Sorge. Seine Einberufung hatte den Grafen Daru beschäftigt, der eine Bestimmung über das Eingreifen der kirchlichen Macht in bürgerliche Angelegenheiten fürchtete und nicht glaubte, daß das Konzil sich darauf beschränken werde, die Unfehlbarkeit des Papstes als höchsten Lehrers aller Christen in Sachen des Glaubens oder der Moral zu verkünden. Der Konzilsbeschluß hatte aber in Wirklichkeit nur eine theologische Bedeutung in Übereinstimmung mit dem Glauben fast aller Katholiken. Von dieser Seite war der Kaiser also beruhigt. Nun schwankte er zwischen dem Gedanken, sich die Katholiken Frankreichs nicht durch die Räumung Roms zu entfremden und die Italiener, deren er für seine Pläne gegen Preußen bedurfte, nicht unzufrieden zu machen. Prinz Napoleon hörte übrigens nicht auf, ihn an seine früheren Versprechungen zu erinnern. Das Höchste von Unbedachtsamkeit einer solchen Politik

war doch aber, daß keins der seit zwei Jahren beabsichtigten Bündnisse abgeschlossen oder auch nur soweit gediehen war, zum Abschluß gebracht werden zu können. Von London war nichts zu erwarten; ebensowenig von Sankt Petersburg; von Österreich nichts Sicheres, und in bezug auf Italien stand es so, daß seine Agenten nach leeren Versicherungen der Ergebenheit und Treue eine regelrechte Fortsetzung der Vorbesprechungen von 1868 verlangten, ehe sie einen endgültigen Entschluß fassen wollten.

Um jedoch den Faden nicht zu verlieren und sich dem Zorne des Kaisers nicht auszusetzen, falls der Sieg die Armeen Napoleons III. begünstigen sollte, was damals mancher für möglich hielt, bot Vimercati an, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und machte auf die Unterstützung Italiens Hoffnung, wenn das päpstliche Gebiet geräumt sei. Es wurde ihm die Antwort zuteil, der Kaiser werde die Brigade aus Civitavecchia zurückrufen, aber unter der Bedingung formeller Garantien für die Sicherheit und Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles. Im Namen Österreichs, das auch den Zorn Napoleons im Falle des Sieges befürchtete, bot Vitzthum seine Dienste als Vermittler an, was aber erfolglos blieb. So standen die Sachen, als Herzog de Gramont die Kommission der Gesetzgebenden Versammlung glauben ließ, er verhandle ernstlich mit Österreich und Italien. Er ging in seinen Träumen und Einbildungen noch weiter. Obgleich Nigra und Vimercati nichts versprochen hatten, und Beust offiziell erklärt hatte, Österreich wolle sich nicht in die spanischen Angelegenheiten und in den preußisch-französischen Konflikt mischen und werde höchstens in friedlicher Absicht und mit Vorsicht vermitteln, kurz, daß man unter Wahrung der eigenen Interessen, eine passive Haltung und Neutralität beobachten werde, schrieb der Herzog de Gramont, der tat, als hörte er nichts, am 17. Juli an Andrassy, er hoffe, „in vierzehn Tagen die Österreicher an der böhmischen Grenze und die Italiener in München zu sehen“[1]). Dem Grafen Beust schrieb er, der Süden zögere mitzugehen, und fragte ihn um Rat, wo man Preußen angreifen müsse. Diese im letzten Augenblicke stattfindende Erkundigung beweist unumstößlich, daß die Abmachungen, deren man sich zu rühmen wagte, erst im Zustande des Entstehens waren. Erst am 18. Juli benachrichtigte der Herzog de Gramont Herrn de Malaret, unseren Agenten in Florenz, der Kaiser sei bereit, die Grenzen des Kirchenstaates unter die Obhut Viktor Emanuels zu stellen, wenn der König sich verpflichten wolle, den Heiligen Vater gegen jeden Angriff

[1]) In dem Augenblicke, als die Armeen schon anfingen zu marschieren, verlangte der Herzog de Gramont, als wäre nichts passiert, Italien möge die Verhandlungen wieder aufnehmen (Mémoires du général Govone, S. 301).

zu schützen. Nachdem man also im Jahre 1869 gezögert hatte, dies Zugeständnis zu machen, das selbst zu jener Zeit die Vorteile nicht gebracht haben würde, die man angibt, schien das Kaiserreich in dieser Stunde, als alles zusammenbrach, zustimmen zu wollen.

Also nach der Kriegserklärung hat der Minister des Auswärtigen gesagt, es handle sich nun darum, endlich die Bedingungen der Tripelallianz festzustellen, und so täuschte er das Parlament, das an wirkliche Bündnisse geglaubt hatte, und den Kriegsminister, der ohne diese förmliche Versicherung nie den Entschluß gefaßt hätte mobil zu machen. Der Gedanke, Italien, dessen Wünsche alle befriedigt waren, hätte nun Österreich gegen Preußen mitfortreißen können, wie man das gesagt hat, ist vollständig irrtümlich. Das mit Preußen schon verbündete Rußland war entschlossen sich auf Österreich zu stürzen, sowie es sich zeigte, und das hatte man Österreich zu wissen getan. Deshalb flüchtete es sich in eine bewaffnete Neutralität, in der es die Ereignisse abwartete, um, je nachdem der Sieg der einen oder anderen Seite zuneigte, seine Haltung danach einrichten zu können. Die Dummheit und Gedankenlosigkeit des Herzogs de Gramont spotten hier jeder Beschreibung. Als er erfuhr, Rußland zeige sich mehr als reserviert, sagte er: „Desto besser, das gibt unserem Dreibunde mehr Macht!" Dann rief er aus: „Verzichten wir auf Rußland, oder noch besser, führen wir Krieg mit ihm!" Wie sollte nun wohl Bismarck nicht mit Leichtigkeit über einen solchen Gegner haben triumphieren können, der am 19. Juli auf 80 000 Italiener in Bayern und 100 000 Österreicher in Böhmen zählte?

Herr von Vitzthum, der gemäß seinen Instruktionen den Kaiser der Franzosen beruhigen sollte, kam am 18. Juli in Wien zum Konseil in der Hofburg an und erhielt das Versprechen einer Neutralität, wodurch Rußland in Respekt gehalten und ein geheimes Zusammengehen mit Italien ermöglicht würde. „Die Neutralität Rußlands," sagte Graf Beust zu Metternich, „hängt von unserer ab. Je wohlwollender es sich gegen Preußen zeigt, desto sympathischer können wir uns Frankreich gegenüber zeigen. Unser Eingreifen in den Feldzug würde sofort das Rußlands nach sich ziehen, das uns nicht nur in Galizien, sondern auch an der Pruth und der Donau bedroht. Rußland neutral halten, es bis zu dem Augenblicke beschäftigen, wo die fortgeschrittene Jahreszeit ihm nicht mehr gestattet an seine Truppen zu denken, alles vermeiden, was es beleidigen kann oder ihm einen Vorwand gibt, sich in den Streit zu mischen, das muß für den Augenblick der offenbare Zweck unserer Politik sein[1])." Den Herzog de Gramont überrascht diese Neutralität und er

[1]) Fürst de La Tour d'Auvergne, der als Botschafter nach Wien gesandt worden war, hatte dem Grafen Beust zu verstehen gegeben, Napoleon III. würde sich nach

drängt von neuem darauf, daß ein österreichisches Armeekorps nach Bayern geschickt werde, was Herr von Beust für unmöglich erklärt. Allerdings fügt dieser in einem Briefe an Metternich am 28. Juli hinzu: „Getreu unserer Verpflichtung, wie das in den zwischen den beiden Souveränen im vorigen Jahre ausgetauschten Briefen festgesetzt ist, betrachten wir die Sache Frankreichs als die unsrige und werden zum Erfolge seiner Waffen soviel beitragen, als uns dies möglich ist." Was für Verpflichtungen waren denn da? Sich auf die verschiedenen Möglichkeiten vorzubereiten und sich nicht mit einer dritten Macht zu verbinden ohne Wissen des anderen. „Nachdem einmal der Krieg begonnen hatte," sagt Graf Beust, „schickte man nicht Versicherungen, durch die wir gebunden gewesen wären, sondern nur freundschaftliche Erklärungen nach Paris. Es war unnötig, die französische Regierung zu entmutigen, denn das hätte uns sehr viel schaden können!"[1]) Schon hatte der Marquis de Cazaux gegenüber der vorsichtigen Zurückhaltung des Wiener Kabinetts ausgerufen: „Sie kommen mir vor wie Leute, die ihr Geld im kleinen Spiel verlieren!" und Beust hatte ihm heftig geantwortet: „Wenn wir unser Geld verlieren, geht das nur uns an!" In Wirklichkeit war Österreich, wie das Napoleon III. selbst vor dem General Lebrun anerkannt hat, nur moralisch verpflichtet, und die Worte „soviel als uns möglich ist" schränken das Versprechen seiner Beihilfe in sonderbarer Weise ein[2]).

Der Brief des Grafen Beust zeigt das deutlich an: „Diese Grenzen sind uns einerseits durch unsere inneren Schwierigkeiten und andererseits durch politische Bedenken von allergrößter Wichtigkeit gezogen. Wir glauben zu wissen, daß Rußlands Bündnis mit Preußen soweit geht, daß das Eingreifen der moskowitischen Armeen unter gewissen Umständen nicht wahrscheinlich, sondern sicher ist." Graf Beust hob noch eine andere Gefahr hervor. „Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere zehn Millionen Deutsche in dem gegenwärtigen Kriege nicht ein Duell zwischen Frankreich und Preußen sehen, sondern den Anfang eines nationalen Kampfes ... Unter diesen Umständen wird uns das Wort Neutralität, das wir nicht ohne Bedauern aussprechen, durch eine gebieterische Notwendigkeit und eine logische Würdigung unserer gemeinschaftlichen Interessen aufgezwungen." Der Herzog de Gramont

dem ersten Erfolge mit Preußen auf Kosten Österreichs verständigen, wenn das Wiener Kabinett Frankreich nicht Genugtuung gäbe. Diese authentische Tatsache gibt den Schlüssel zu der Mission Vitzthums und zeigt, unter welchem Drucke die letzten Verhandlungen geführt worden sind.

[1]) v. Beust, Erinnerungen und Aufzeichnungen.

[2]) Mémoires du général Lebrun.

hat also nicht recht gehandelt, als er erklärte, die Mitwirkung Österreichs sei uns gesichert, denn er hat die Worte, „soviel als möglich" und den entscheidenden Kommentar nicht beachtet, der sie begleitete.

Er war umso besser über die strikte Neutralität unterrichtet, als einer der Sekretäre unserer Botschaft in Wien, Baron de Bourgoing, nach einer Unterredung mit dem Grafen Beust nach Paris gekommen war, um zu sagen, es sei dieser Macht augenblicklich unmöglich, der französischen Armee eine direkte Unterstützung zuteil werden zu lassen. Aber Gramont beachtete diese Warnung nicht.

In Florenz erhielt Vitzthum ebenfalls nur eine Neutralitätserklärung und Viktor Emanuel schrieb am 21. Juli an Napoleon III.: „Ich bin verpflichtet die Empfindlichkeit eines Ministeriums zu schonen, das in friedlicher Absicht gebildet worden ist, und die Schnelligkeit, mit der die Ereignisse sich abgespielt haben, hat mich verhindert, so schnell, wie ich es gewünscht hätte, unsere alten Projekte zu verwirklichen." Dann sagte er ferner, als Antwort auf die Versicherung des Kaisers, das Besatzungskorps baldigst zurückrufen zu wollen, und auf das von ihm ausgesprochene Vertrauen auf seine Biederkeit in bezug auf die dem Heiligen Stuhle schuldige Ehrfurcht: „Ew. Majestät meldet mir den Wunsch, die Konvention vom 15. September ausführen lassen zu wollen, deren Verpflichtungen meine Regierung aufs genaueste erfüllt. Ew. Majestät kann also nicht daran zweifeln, daß sie fortfahren wird die Klauseln derselben innezuhalten, im Vertrauen auf eine gerechte Gegenseitigkeit Frankreichs seinerseits die Verpflichtungen zu erfüllen." Diese Bemerkung war in dieser Fassung nicht ganz korrekt, und man versteht, warum Viktor Emanuel sich später entschuldigt hat, in der Eile eine Antwort unterzeichnet zu haben, die die Empfindlichkeit seines Ministeriums gefordert hatte. Der König glaubte hinzufügen zu müssen, er bedaure es, wegen der Schnelligkeit der Ereignisse nicht Zeit gehabt zu haben, seine Ratgeber dahin zu bringen, die Ausführung der früheren Projekte so schnell zu bewerkstelligen, als er es gewünscht hätte. Es würde ihm schwer gefallen sein, denn Sella, der ein großer Bewunderer Preußens war, und Lanza, den vor allem die wirtschaftlichen Interessen des Landes interessierten, waren für eine absolute Neutralität.

Der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, wollte außer den für die Einberufung zweier Klassen und die Ausrüstung dreier Panzerschiffe geforderten 16 Millionen keinen weiteren Kredit und keine Ergänzungseinberufung mehr verlangen, denn es war sein fester Wille, neutral zu bleiben und den Krieg zu beschränken. Er vertraute einige Tage später Sir Paget an, daß die Entwaffnung bis zu der äußersten Grenze getrieben sei, und die Armee, vor der Einberufung der beiden

Klassen „unter der Zahl war, die sie haben müßte, um alle ihre Aufgaben erfüllen zu können, selbst im tiefsten Frieden." Am 26. Juli ließ Vimercati Napoleon III. wissen, Österreich und Italien wünschten sehr, Frankreich zu helfen, die Lage in Österreich und Italien sei aber ganz anders als man in Frankreich glaube; er ließ sich zu dem Geständnis herbei, das Bände spricht: „Das preußische Geld hat in den beiden Ländern nicht umsonst gearbeitet!"

Wie hat man nach alledem am 24. Juli sagen können, die Minister und der Kaiser Franz Joseph seien bereit die Tripelallianz abzuschließen? Es genügt, die offiziellen Depeschen zu lesen, um das Gegenteil zu finden. Vom 6. bis zum 20. Juli ist nur die Rede davon, sich nicht in den preußisch-französischen Konflikt einmischen zu wollen, eine passive Haltung einnehmen und neutral bleiben zu wollen, und wenn es nötig würde, aus dieser Haltung herauszugehen, daß das nur zum Zwecke der Aussöhnung oder des Friedens geschehen sollte. Das Zirkular Beusts vom 20. Juli an seine Agenten stellt fest, daß die einzige Sorge Österreichs die Erhaltung des Friedens gewesen ist, und daß ihm nun die Neutralität vorgeschrieben ist, mit der Pflicht, über seine Sicherheit und seine Interessen zu wachen, jedem Drucke und jedem unüberlegten Ausbruche der Begeisterung zu widerstehen und nicht der Spielball der Ereignisse zu werden. Es ist allerdings wahr, daß Viktor Emanuel am 26. Juli Napoleon III. benachrichtigte, Österreich schlage einen vorläufigen Vertrag bewaffneter Neutralität zwischen Österreich und Italien vor, „was," wie er sagt, „im Notfalle unseren Beistand erleichtern würde." Aber das sind, wie gesagt, nur leere Versprechungen eines Vertrages, der gestatten würde, sich erst später in Bewegung zu setzen, d. h. in mehreren Monaten, wenn der Krieg zwischen Preußen und Frankreich schon über das Los der einen oder der anderen dieser beiden Mächte entschieden haben wird. Die versprochenen Rüstungen, die an Preußen im Notfalle zu richtende Aufforderung, den status quo in Deutschland aufrecht zu erhalten, die Mobilmachung österreichischer und italienischer Korps, alles das war trügerisch oder ohne bleibenden Wert.

„Das nationale Bewußtsein," sagt General Govone, „schwankte zwischen sich widersprechenden Neigungen, zwischen Herzenserinnerungen und politischen Erwägungen, zwischen dem Wunsche, das nationale Programm durchzuführen, und der Ungewißheit in der Wahl des Weges, den man einschlagen sollte, zwischen dem Gefühl der politischen Notwendigkeit, die Italien zwang, den großen Fragen des europäischen Gleichgewichts nicht fremd zu bleiben, und der Verpflichtung, unter allen Umständen Frieden zu halten und vor allem seine wirtschaftliche Stellung zu verbessern. Wenn der König und die Mehrzahl der Staats-

männer und Generäle der französischen Allianz günstig waren, so waren dagegen andere Staatsmänner und der größere Teil der Nation vollständig entschlossen, sich dem zu widersetzen ... Während Vimercati, als Überbringer nutzloser Bündnisprojekte, zwischen Paris, Florenz, Wien und Metz herumreiste, und Vitzthum von Wien nach Paris und Florenz eilte, um dort die Verlegenheiten und Sorgen Österreichs darzulegen, während die Neutralen in ganz Europa Stellung nahmen, um dem großen Zweikampfe beizuwohnen, blieb Italien noch vor den verschiedenen Absichten in Unentschlossenheit, unter denen es wählen mußte[1])." So sprach General Govone über dieses Bündnis, von dem man sagte, es sei abgeschlossen. Und er, der Kriegsminister Italiens, erklärte am 15. Juli: „Italien war in Wirklichkeit entwaffnet ... Wenn die Kader der Armee auch existierten, so war doch die lebendige Kraft und besonders die Möglichkeit, sie schnell zu gebrauchen, bis aufs geringste Maß herabgemindert ... Der Übergang aus dem Friedenszustand in den Kriegszustand, hätte nur äußerst langsam vor sich gehen können ... Auf alle Fälle war es für Italien ganz unmöglich, einen großen Krieg aushalten zu können[2])." Ist das nun wohl deutlich genug? Wie kann man also noch behaupten wollen, Italien sei imstande gewesen uns zu unterstützen?

Auf das Drängen des Herzogs de Gramont und seiner Agenten trug Graf Beust Sorge, zu sagen, die Lösung der römischen Frage sei die wesentliche Bedingung zur Bildung der Tripelallianz und es sei nötig, diesen Dorn aus dem Fuße Italiens zu ziehen, wenn man wolle, daß es frei mit uns marschieren solle. Er bestand mit Nachdruck und Geschicklichkeit darauf, weil er wußte, daß das Kaiserreich noch immer schwankte und daß dessen Zögern das eigene Zögern Österreichs erleichterte.

Viktor Emanuel hatte unseren Botschafter, Herrn de Malaret, benachrichtigt, er wünsche einige strategische Punkte des Kirchenstaates zu besetzen „zu dem Zwecke, über die Sicherheit des Heiligen Vaters zu wachen." Herr de Malaret erwiderte, daß diese Besetzung die Preisgabe der Septemberkonvention im Gefolge hätte, und wollte seine Regierung nicht verpflichten. Graf Beust verharrte dabei, die Ehre zu beanspruchen, die römische Frage zu lösen, aber unter welchen Bedingungen? Unter der Bedingung, die Italiener in unserem Namen zu ermächtigen in Rom einzurücken, sich allein mit der Sicherheit des Heiligen Vaters zu befassen und nicht mehr durch die Konvention von 1864 gebunden zu sein, was das Kaiserreich nicht annehmen konnte,

[1]) Mémoires du général Govone, S. 362 und 365.
[2]) Ebenda, S. 308, 369 und 371.

da man ihm als Entgelt dafür nur leere Versprechungen machte und es dann auch das dem Heiligen Stuhle gegebene Wort gebrochen hätte. Andererseits konnte Italien, selbst wenn es von seinem römischen Dorn befreit war, ohne Wissen Österreichs nichts tun, wegen seiner besonderen Abmachungen mit ihm. Und da dieses vor einem Einfalle Rußlands Furcht hatte, zog seine gezwungene Untätigkeit die Italiens nach sich. Es geht aus dem Studium dieser Tatsachen außerdem hervor, daß Österreich, als es für Italien viel mehr verlangte, als diese Macht selbst beanspruchte, — denn sie begnügte sich mit der Rückkehr zur Septemberkonvention — die Schwierigkeiten noch vergrößerte, um die Unterzeichnung eines Vertrages zu vermeiden, der es zu einem allzu schnellen Handeln gezwungen haben würde.

Der 25. und der 26. Juli 1870 waren die kritischen Tage; sie aber mit dem Tage von Sedan vergleichen zu wollen, ist doch etwas übertrieben. Am 25. sagte Viktor Emanuel zum italienischen Parlamente, er habe sich zur Neutralität entschlossen. Man muß die Ausdrücke der königlichen Erklärung abwägen. „Diese Neutralität wird strikt eingehalten werden. Aber Italien bewahrt seine volle Freiheit zur Verteidigung seiner Rechte und seiner Interessen. Die Regierung ist der Ansicht, es sei eine verächtliche Politik, sich in diesem Augenblick gegen Frankreich auszusprechen, um durch Gewalt die Erfüllung der Wünsche des Landes zu erreichen." Die Worte „in diesem Augenblicke" geben diesem Ausspruche eine ganz besondere Bedeutung. Man hatte also die Möglichkeit ins Auge gefaßt, gegen Frankreich vorzugehen, falls dieses sich weigern sollte, den nationalen Wünschen Italiens nachzugeben. Und man sagte nichts davon, daß der preußische Gesandte in Florenz, Graf Brassier de Saint Simon, dem italienischen Kabinette zusetzte, um ihm zu zeigen, daß die Allianz von 1866 der französischen vorzuziehen sei; daß Frankreich nur Rom geben könne und vielleicht sogar sein Zugeständnis wieder zurücknähme, während Preußen außerdem auf Tirol, Nizza und Savoyen Hoffnung machte. Alle diese Anerbietungen setzten den König und die Minister in Verwirrung und trugen dazu bei, daß sie auf ihren Forderungen bestehen blieben und zugleich abwarteten und Vorbehalte machten.

Unser Vertreter in Wien, Fürst de La Tour d'Auvergne, gestand wohl die Räumung Roms durch die Franzosen zu, aber nicht dessen Besetzung durch die Italiener. Er ließ dies den Kaiser Franz Joseph wissen, der, um diese Räumung zu beschleunigen, geantwortet haben soll, Österreich beeile seine Vorbereitungen, um uns zu Hilfe kommen zu können. Aber seine Truppen rührten sich nicht; der Bestand wurde ebensowenig vergrößert. General Lebrun wurde davon benachrichtigt

und sagte es traurig dem Herzog de Gramont, der ihm erwiderte: „Wer hat Ihnen das geschrieben? — Oberst de Bouillé, unser Militärattaché. — Weiß denn der Oberst alles, was in Wien vorgeht?... Haben Sie nur Vertrauen!" Es ist uns, die wir die offiziellen Dokumente vor Augen haben, unbegreiflich, wie er so blind sein konnte! Daß Andrassy sich, wie man sagt, zu der österreichischen Intervention habe bereden lassen, wundert uns sehr bei dem ungarischen Minister, der stets das Gegenteil behauptet hat und mit der Bismarckschen Politik aufs engste verknüpft war. Vergessen wir auch nicht, daß Graf Beust an demselben Tage den Gesandtschaften mitteilte, Österreich-Ungarn werde sich auf eine bewaffnete Neutralität beschränken und deshalb nur einen Kredit von zwanzig Millionen verlangen. Um jedoch zu vermeiden, den Kaiser der Franzosen noch mehr zu verletzen, und um die Zeit nützlich anzuwenden, bereiten Beust und Vimercati den Entwurf eines Vertrages vor, betreffend eine bewaffnete Vermittelung nebst gegenseitiger Garantie des Gebietes, ein Zusammengehen bei späteren Schritten, die Mobilisierung der österreichischen und italienischen Armeen „sobald das geschehen kann" und die gemeinschaftliche Vorbereitung der Feldzugspläne, ohne die Regelung der römischen Frage zu vergessen. Dieser ganze Apparat wurde in eitelen Vorschlägen gerade in dem Augenblicke dargelegt, als die Preußen in dichten Haufen auf die französische Grenze losmarschierten. Kann man wirklich an die Aufrichtigkeit und den Erfolg solcher Verhandlungen glauben, als Preußen, der Hilfe der Südstaaten, der Unterstützung Rußlands, der Neutralität Österreichs und Italiens, der Zustimmung fast ganz Europas sicher, unbehindert mit überlegenen und geordneten Streitkräften an die Verwirklichung wohlüberlegter Pläne ging? Auf dessen Seite war alles bereit.

Man konnte sich auf die militärische Mitwirkung Österreichs nicht verlassen, denn, um es zu wiederholen, dieses hat das nie ausdrücklich versprochen. Mit Vorbehalten und Bedingungen, mit unbestimmten Ausdrücken, wie „soviel als möglich", hat diese Macht auf seine Unterstützung hoffen lassen. Sie wollte sich nicht ohne Italien verpflichten und Italien wieder nicht ohne Österreich. Die Wahrheit ist, daß die eine wie die andere auf das Ergebnis des ersten Zusammenstoßes wartete. Österreich wollte den günstigen Augenblick erwählen, um für die eigene Sicherheit nichts befürchten zu müssen. Italien wartete ungeduldig darauf, nicht um für uns zu handeln, sondern um Rom zu besetzen. Es überlegte so: Wenn Napoleon nicht jetzt gleich nachgäbe und zufälligerweise Sieger blieb, dann würde die römische Frage ein für allemal begraben sein; wenn dagegen Napoleon geschlagen würde, wer sagte dann gut dafür, daß Europa es Italien gestattete, Rom zu besetzen? Eingedenk

des alten Sprichwortes „ein Sperling in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dache", wollte es, ohne Frankreich etwas anderes als gute Worte und die Versicherung der Ergebenheit und Treue zu geben, verlangen, Rom zu haben. Nehmen wir an, der Vertrag sei unterzeichnet gewesen, dann würden unsere ersten Niederlagen sofort dessen Natur verändert haben nach dem bekannten Satze: Nemo ultra posse obligatur.

War nun die Konvention vom 15. September wirklich ein feierlicher Akt oder nicht? Ja. Konnte man sie also brutalerweise umstoßen? Nein. Konnte man nicht von Italien das feste Versprechen verlangen, diese Konvention zu achten und ihr Achtung zu verschaffen? Warum also zögerte Italien, förmliche Garantien zu geben? Warum soll man Frankreich allein der Unentschlossenheit und des Mangels an Offenheit beschuldigen können? Warum allein Italien die Verdienste der Entschlossenheit und des rechten Handelns vorbehalten? Die Ankündigung des Abzuges der französischen Truppen, zu dem sich die kaiserliche Regierung entschließen sollte, schloß keineswegs die endgültige Aufhebung der Septemberkonvention in sich... Man hat behauptet, Österreich und Italien hätten den geheimen Gedanken gehegt, sich auf Kosten des Papstes zu verständigen. Wie groß nun auch der Einfluß des Grafen Beust auf Franz Joseph gewesen sein mag, man darf doch wohl nicht glauben, der Kaiser von Österreich habe daran gedacht, dem Heiligen Stuhle direkt Schaden zuzufügen, wenn er auch sehr wünschen mochte, jeder Verwicklung auszuweichen. Das wäre doch alle dem entgegen gewesen, was man von seinen Überzeugungen, seinen Gefühlen, seiner Stellung als katholisches Oberhaupt einer Großmacht wußte, bei der die Überlieferung der Achtung und Treue zum Papsttum vorherrschen. Ist es auch wahr, daß man wirklich vor der Wahl gestanden hat: „Frankreich zu retten, indem man Rom aufgab, oder Frankreich zu verderben, um Rom zu retten?" Nein. Das vollständige Preisgeben Roms würde Frankreich nicht gestattet haben, da weder Italien noch Österreich zu jener Zeit in der Lage war, ihm materiell und wirksam zu Hilfe zu kommen. Die authentischen Dokumente sind da, um diese Wahrheit zu bezeugen, von der man sich zu sprechen hütet. Soll es noch einmal wiederholt werden, daß Österreich erklärt hatte, „es sei ihm unmöglich vor Ende des September marschieren zu können", und daß Italien nicht bereit wäre? Was hätten auch Bündnisverträge genutzt, die Frankreich wenigstens fünf Wochen lang einem an Truppenzahl überlegenen Feinde allein gegenüber ließen? Außerdem wäre die Besetzung Roms ohne bestimmte Garantien, — denn Versprechungen waren keine Garantien — eine unredliche Handlung gewesen; denn die Septemberkonvention war noch nicht außer Kraft gesetzt worden.

Und selbst wenn das der Fall gewesen wäre, so war doch die plötzliche Absage einer Schutzpolitik gegenüber der durch einen Krieg gegen Preußen hervorgerufenen Furcht nur der Beweis außerordentlicher Schwäche und zu gleicher Zeit eine Beleidigung, nicht für die katholische Partei, wie man zu behaupten liebt, sondern für alle französischen Katholiken, die diese Konvention bestätigt hatten. Man muß es wiederholen, daß Graf Beust, dem sehr daran lag Österreich aus einer gefährlichen Lage zu befreien, und der wohl voraussah, Napoleon III. würde die Bedingung nicht annehmen, weswegen der Kaiser zögerte Rom den Italienern ohne besondere Garantien zu überlassen, sich das zunutze machte, um seine Neutralität zu erklären. Ebenfalls muß wiederholt werden, daß Italien von Anfang an dem Vorwurfe entgehen wollte, den man ihm später machen würde, den Kirchenstaat besetzt zu haben, ohne dazu von Frankreich berechtigt worden zu sein; und dabei muß schließlich noch gesagt werden, wenn es auch diese Ermächtigung erhalten hätte, würde es doch alle Folgen dieser Handlung uns zur Last gelegt haben.

Man kann ebensowenig glauben, der Zar habe Österreich angeboten, es gegen das siegreiche Preußen zu schützen, und das englische Kabinett habe Italien dasselbe angeboten. Das sind Annahmen, zu denen nichts berechtigt.

Rußland nahm gegen Preußen eine mehr als wohlwollende Haltung an, und doch macht sich das Kabinett der Tuilerien große Hoffnungen darauf[1]). Es glaubte an eine ihm günstige Politik. Da diese Illusion sowohl bei Beginn des Krieges, wie noch einen Monat später, für ernst gehalten worden ist, soll kurz geprüft werden, was diese Macht in bezug auf uns vorhatte. Bis zur Kriegserklärung hatte Napoleon III. geglaubt, Alexander würde ihm nicht nur keine Falle stellen, sondern ihm eine herzliche Zuneigung bezeigen. Selbst mitten unter seinen Niederlagen glaubte er es noch. Man hat in jener Zeit viel von einer Depesche des Generals Fleury gesprochen, die er am 29. August 1870 an den Fürsten de La Tour d'Auvergne gerichtet hatte, und worin er dem Kaiserreiche die Unterstützung Rußlands versprochen habe. Sie lautet so: „Ich habe heute morgen eine lange Unterredung mit dem Kaiser Alexander gehabt. Er hat vor kurzem an den König von Preußen geschrieben. Er hat ihm

[1]) General Fleury rechnete allzu vertrauensvoll auf die Unterstützung Kaiser Alexanders. Er schien bei ihm in Gunst zu stehen, das ist sicher, und sein Attaché, Herr de Verdière, hatte davon in einer berühmten Depesche den Beweis geliefert: „Der Kaiser von Rußland hat den General ganz und gar in seine Gunst aufgenommen. Er nimmt ihn fortwährend mit auf die Bärenjagd und läßt ihn in seinem einsitzigen Schlitten neben sich auf einem Backen reiten. Das ist die höchste Gunst!"

zu verstehen gegeben, daß in dem Falle eines Sieges über Frankreich ein auf einer Demütigung beruhender Frieden nur ein Waffenstillstand sein würde, und diese Waffenruhe wäre gefährlich für alle Staaten. Der König habe darauf in zufriedenstellender Weise geantwortet, aber auf die große Schwierigkeit aufmerksam gemacht, Deutschland zur Zurückgabe eines Teiles der eroberten Provinzen zu bewegen. Nach einem Gedankenaustausche und einem heftigen Proteste meinerseits hat der Zar nachgegeben. Unter dem offenbaren Eindrucke meiner Worte hat er mir lebhaft gesagt, er teile meine Ansicht und werde, wenn der Augenblick gekommen sei, falls es nötig wäre, aufzutreten wissen." Der Botschafter fügte hinzu: „Wenn ich hierauf besonderen Nachdruck lege, so geschieht das, um wieder einmal festzustellen, wie sehr der Kaiser Alexander von preußischen Einflüssen beherrscht ist und wie sehr es nötig ist, von Zeit zu Zeit diese ununterbrochene Arbeit des Grafen von Bismarck zu bekämpfen[1])". Der General Fleury stellte beim Zaren eine noble Gesinnung fest, aber voller Schwäche und Unbeständigkeit. Alexander machte sich Sorgen um die Aufregung in Paris, die Kühnheit der Opposition und die Schwäche der Majorität. Er stellte sich nicht deutlich genug die Treue und Energie der französischen Heerführer vor und schien seine Unterstützung von der Festigkeit der Regierung abhängen zu lassen[2]). In Wirklichkeit hatte der Botschafter nur ein sehr begrenztes Vertrauen zu dem möglichen Eingreifen des Zaren. Die Seele Alexanders schwankte zwischen den beiden Gefühlen: Preußen verpflichten, ohne Frankreich zu verletzen. Im Grunde genommen gab er uns nur Hoffnungen, sonst nichts.

Was Gortschakow anbelangt, der am Ende des Dezember 1869 zum General Fleury gesagt hatte: „Ich, der Urheber des Gedankens einer

[1]) Der Attaché des Generals Fleury, Herr de Verdière, beklagt sich vom Beginne des liberalen Kabinetts vom 2. Januar an darüber, daß man aus den vorzüglichen Absichten Rußlands keinen Nutzen zöge. „Man hat uns hierher geschickt, um die seit der polnischen Affäre schlecht gewordenen Beziehungen wieder herzustellen. Das ist geschehen. Da ist nun das neue Ministerium gekommen, das uns gleich gesagt hat: „Tun Sie nichts, sagen Sie nichts!" Wir haben natürlich gehorcht, aber die Sache war einmal im Gange und lief ganz von selber. Man sagt uns das, und wir berichten es nach Paris. Was antwortet man uns? „Tun Sie nichts!..." Wenn Bismarck das wüßte, und er wird es erfahren, daß wir nichts sagen und nichts tun wollen, wer und was stände ihm dann noch im Wege?" (Papiere der Kaiserlichen Familie). — Verdière wies offenbar auf den Wunsch Rußlands hin, im Schwarzen Meere mit Zustimmung Frankreichs freie Schiffahrt zu haben. Die französische Regierung fürchtete aber den Widerspruch und die Feindschaft Englands und glaubte, nicht an den Pariser Vertrag rühren zu dürfen.

[2]) Papiere des Generals Fleury. — La France et la Russie en 1870, veröffentlicht vom Grafen Fleury.

Allianz mit Frankreich, werde der Verteidiger dieser Politik sein, solange ich lebe", so folgte er der vorsichtigen Haltung seines Herrn, der Frankreich schonen wollte, dabei aber Preußen schmeichelte und selbst half. Bei einer Anspielung in einer Broschüre, die Aufsehen erregt hatte, l'Impasse politique, auf die französische Allianz, hatte der russische Kanzler am 23. Mai 1870 zu Fleury gesagt, das Wort „Allianz" sei nicht der richtige Ausdruck, es handle sich einfach um ein „freundschaftliches Einvernehmen" zwischen den beiden Ländern. Man darf nicht vergessen, daß der Zar im Juni 1870 seinem Onkel dem König Wilhelm in Ems einen Besuch gemacht hatte. Es war dies ein rein politischer Besuch, und der Grund hierfür ist folgender: General von Manteuffel war nach Sankt Petersburg gegangen, um dort die verbindlichsten Versprechungen in der Orientfrage zu machen und zu erklären, Preußen werde in dieser Beziehung nichts einzuwenden haben. Die Revision des Vertrages von 1856 war schon in der Luft. Als Erwiderung für diese guten Versprechungen war dann die wohlwollende Neutralität Rußlands für zukünftige Fälle Preußen sicher.

Es muß noch daran erinnert werden, daß Gortschakow keine Gelegenheit vorübergehen ließ, ohne es Fleury zu verstehen zu geben, daß unsere französischen Minister und Agenten, wenn es sich um die Orientfragen handelte, stets zu weit oder nicht weit genug gingen und gegen Rußland Mißtrauen und Unzufriedenheit hervorriefen. So scheute sich denn auch am 6. Juli 1870, als die Erklärung Gramonts den Funken ins Pulverfaß schleuderte, der russische Kanzler nicht, unserem Botschafter zu erklären, Frankreich müsse, wenn es zu einem vollständig herzlichen Einvernehmen gelangen wolle, versöhnliche Unterpfänder im Orient geben. Nachdem Gortschakow dies gesagt hatte, bestätigte er, der Zar habe in Berlin der Aussöhnung das Wort geredet, wobei er aber noch einmal bedauerte, daß der Herzog de Gramont von Anfang an eine zu drohende Form angewandt habe. Alles schien eine bessere Wendung nehmen zu wollen, als die neuen Forderungen Gramonts und Olliviers die Lage buchstäblich kompromittierten. Die Nachrichten darüber reizten den Zaren in einer solchen Weise gegen uns auf, daß General Fleury einen Augenblick glaubte, sich zurückziehen zu müssen.

Da geschah es denn auch, daß die russische Regierung den Anspruch machte, uns zu verhindern, Dänemark in unser Bündnis zu ziehen, und uns benachrichtigte, wenn Österreich rüste, würde Rußland rüsten; und wenn Österreich Preußen angriffe, würde Rußland Österreich angreifen. Der Baron Jomini scheute sich nicht hinzuzufügen, zwischen Rußland und Frankreich würde sich ein unüberbrückbarer Abgrund auftun, wenn Frankreich darüber hinweggehen wollte.

Durch die immer schlimmer werdenden Ereignisse zum Äußersten gebracht, ersuchte der Herzog de Gramont den General Fleury, Rußland zu einer wohlwollenden Neutralität zu bewegen, bat aber zu gleicher Zeit den Botschafter, nichts zu versprechen und keine Verpflichtung für die Zukunft zu übernehmen. So bot denn unsere Regierung dem Zaren nichts, während Preußen ihm im Orient die Arme frei ließ, wodurch, wie man begreifen wird, der Versuch des Generals Fleury recht schwierig gemacht war. Es war offenbar, daß das russische Kabinett die Absichten Bismarcks unterstützte und Preußen und Frankreich sich aufs erbittertste bekämpfen ließ, ohne im geringsten daran zu denken, zu unseren Gunsten etwas zu unternehmen. Es ließ Österreich wissen, es dürfe nicht versuchen gemeinsame Sache mit uns zu machen, wenn es sich nicht der größten Gefahr aussetzen wolle, und gab zu verstehen, es sehe das als eine persönliche Sache an. Ebenso bedrohte es Dänemark und zwang es gegen seinen Willen zu einer strikten Neutralität[1]).

Zu gleicher Zeit suchte die deutsche Partei in Rußland den Zaren gegen uns aufzureizen. Sie erinnerte ihn an den Krimkrieg, die Folgen dieses Krieges und den unglücklichen Vertrag, der darauf gefolgt war, dann an die französischen Wühlereien zugunsten Polens und selbst an das Attentat Berezowskis. Gortschakow hatte sich beeilt, die italienisch-englische Auffassung der Neutralität anzunehmen, die jedes gemeinsame Vorgehen gegen Preußen zurückwies. Der Augenblick sollte kommen, wo Rußland aus dem Unglücke Frankreichs und der Bestürzung Europas Nutzen ziehen und die Aufhebung des Artikels 2 des Vertrages von 1856 verlangen konnte. Preußen, das es nach dem Kriege sicher hintergangen hätte, wie es das bei Frankreich nach Sadowa getan hatte, konnte ihm diese Entschädigung nicht verweigern, es geschah aber sehr ungern, obwohl man später durch den König erklärte, man würde nie vergessen, was man dem Zaren schuldig sei.

Hätte Rußland, wie Graf Beust glaubte und vorschlug, die Initiative zu einer europäischen Verständigung ergreifen können, um mit gemäßigten Bedingungen den Frieden zwischen Preußen und Frankreich herbeizuführen?

Das hätte es zweifellos wagen können, man muß aber zugestehen, daß seine militärischen Vorbereitungen nicht sehr bedeutend waren und es nicht imstande war, im Notfalle einen gefährlichen Kampf aufzunehmen. Es zog vor, ohne jegliches Risiko einen Vorteil zu erlangen, den ihm

[1]) Das kaiserliche Kabinett hatte übrigens erst an ein Bündnis mit Dänemark gedacht, als die Lage schon kompromittiert war und das mutige kleine Ländchen durch die Drohungen mächtiger Feinde in die Unmöglichkeit versetzt worden war, uns handgreifliche Beweise seiner wirklichen Sympathie zu geben.

die französische Regierung auf einem europäischen Kongreß hätte zugestehen müssen, wenn sie ein besseres Verständnis von der Lage gehabt hätte. Das Staatsrecht hätte darunter nicht zu leiden gehabt, wie es das in dem Augenblicke tat, als sich eine der Parteien, die am Vertrage von 1856 interessiert waren, in die Unmöglichkeit versetzt sah, die Stimme zu erheben. So ließ uns Rußland denn im Stiche und bedachte nicht, daß es Preußen erlaubte, sich von der Kontrolle Europas zu befreien, und ein Tag kommen würde, wo diese Macht, stolz auf ihre Entwicklung und Stärke bei dem Wiederauftauchen der Orientfrage und nach dem Mißerfolge des japanischen Krieges, es wagen würde, ihm ihren Willen vorzuschreiben. Es ist für keinen Menschen ein Geheimnis, trotz allem interessierten Ableugnen der offiziösen Presse Deutschlands, daß die Regierung Wilhelms II. kürzlich Rußland die Anerkennung der von Österreich in Bosnien und der Herzegowina gemachten Eroberung unter Mißachtung des Berliner Vertrags aufgezwungen hat.

Die Politik Lord Granvilles, die der Lord Clarendons folgte, war offenbar nicht von großer Sympathie für uns durchdrungen. Die Königin Viktoria, die früher für Napoleon III. eine wirkliche Freundschaft an den Tag gelegt hatte, teilte nun die Ansichten des Prinzen Albert, des Herzogs von Koburg, und des Königs Leopold und fühlte sich eher zu Preußen hingezogen. Das Schwanken der kaiserlichen Politik, ihr offenbarer Mißerfolg nach Sadowa, das alles war danach angetan, die Engländer von uns abzulenken. Sie erkannten jedoch an, daß die Kandidatur eines preußischen Prinzen auf den Thron Spaniens wohl in Frankreich auf berechtigten Widerspruch stoßen konnte, sie erwarteten aber, daß das in Ruhe, mit Klugheit und Entschlossenheit geschähe. Emile Ollivier beschuldigt Gladstone nach Preußen hingeneigt zu haben. Das ist nicht richtig. Gladstone, der eben zur Leitung der Geschäfte berufen worden war, hatte keinen anderen Gedanken als den Frieden und wünschte ihn ebensosehr für die anderen, wie für sich selbst. Aber als die Hohenzollernsche Kandidatur bekannt wurde, forderte der Herzog de Gramont, der sich durch eine fieberhafte Entrüstung hinreißen ließ und seine ganze Kaltblütigkeit verloren hatte, am 5. Juli Lord Lyons auf, seine Regierung zu benachrichtigen, Frankreich werde diese Beleidigung nicht auf sich sitzen lassen und der Friede Europas sei bedroht. An demselben Tage sprach Emile Ollivier in ähnlicher Weise mit dem englischen Botschafter. Nach einer Unterredung mit unserem Botschafter in London, La Valette, am 5. Juli, schloß also der englische Minister, das Kaiserreich wolle den Krieg auf alle Fälle und suche dafür alle möglichen Vorwände. Er fand die Worte des französischen Ministers des Auswärtigen übertrieben und wurde noch mehr beunruhigt, als er die Er-

Klärung der französischen Regierung im Gesetzgebenden Körper und im Senate kennen lernte. Der französische Minister schwächte nicht nur den herausfordernden Charakter nicht ab, sondern er stieß vor Lyons heftige Drohungen gegen Preußen aus. Da forderte nun Granville den englischen Gesandten in München, Layard, auf, Prim zu veranlassen, alles aufzubieten, daß die Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern zurückgenommen würde. Aber der Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, Herr von Thile, der ein vorsichtiges Schweigen bewahrt hatte, beklagte sich am Abend dieses heißen Tages bitter über den Ton des Herzogs de Gramont. Ein anderer Agent, Herr von Solms, machte die Bemerkung, die französische Regierung hätte die Rückkehr des Botschafters Werther abwarten müssen und kein so scharfes Ultimatum stellen dürfen wie das vom 6. Juli. Der Botschafter Preußens in London, Graf von Bernstorff, erhob dieselben Klagen wie die Herren von Thile und von Solms. Gladstone entschloß sich, an die Seelengröße Wilhelms zu appellieren und mit aller seiner Macht darauf hinzuwirken, daß Prinz Leopold entsage. Aber Gladstone hatte wie Granville das Gefühl, der Herzog de Gramont wolle viel mehr als die Entsagung, und der Gedanke an einen Krieg habe für ihn nichts Abstoßendes.

Am 10. Juli schloß sich Lord Lyons den Vorwürfen an und beklagte sich bei Gramont über den Mangel an Zurückhaltung in den Erklärungen des französischen Kabinetts und den übermütigen Ton der Zeitungen. Er fand, daß sie jede versöhnliche Vermittlung erschwerten, und verhehlte seine Unruhe in dieser Beziehung nicht. Das verhinderte ihn nicht, einen ernstlichen Vermittlungsversuch zu machen, und es wäre ungerecht das abstreiten zu wollen.

Als er schließlich die Verzichtleistung des Prinzen Leopold für sicher halten durfte, sagte er zum Herzog de Gramont, die Sache sei auf dem besten Wege, geregelt zu werden, und es wäre zu bedauern, wenn das Kaiserreich einen Krieg anfinge, dessen Ursache mit ein wenig Geduld beseitigt werden könnte. Es schien ihm, daß er auf seinen Zuhörer keinen großen Eindruck gemacht habe, und zog sich zurück, indem er feststellte, die Zahl der Anhänger des Krieges nehme immer mehr zu. In der Tat genügte die Verzichtleistung der kaiserlichen Regierung nicht; der Herzog de Gramont, weniger enthusiastisch als Emile Ollivier, der schon den Frieden verkündigte, fand, daß die Antwort des Königs von Preußen Frankreich keine ausreichende Genugtuung gäbe. Darüber ist Gladstone sehr überrascht und beauftragt Granville, Lord Lyons möge dem Herzog de Gramont bemerken, wie ungeheuer die Verantwortung sei, die das Kaiserreich auf sich lade, wenn es sich nicht mit der Zurücknahme der Kandidatur begnüge.

Infolgedessen schickt Lord Lyons am 13. Juli um 10 Uhr vormittags einen besonderen Boten nach Saint Cloud, um die französische Regierung zu veranlassen, sich mit der Zurücknahme der Hohenzollernschen Kandidatur befriedigt zu erklären. Man nimmt aber von dieser so klugen Warnung keine Notiz, der Minister des Auswärtigen wagt im Gegenteil sogar Lord Lyons zu fragen, ob Frankreich auf die Unterstützung Englands rechnen könne, um vom Könige von Preußen zu erlangen, daß er sich in Zukunft der Wiederaufnahme der Kandidatur des Prinzen Leopold widersetze. Natürlich weist es Lord Lyons von der Hand, eine solche Verpflichtung zu übernehmen, und beschränkt sich darauf zu sagen, er wolle darüber an seine Regierung berichten. Diese erklärt am 14. Juli, eine solche Forderung Frankreichs sei unzulässig. Um aber zu zeigen, daß ihr eine so ungemein gefährliche Lage, woraus das größte Unglück entstehen könnte, nicht gleichgültig ist, läßt die englische Regierung dem Grafen Bismarck sagen, der König von Preußen könne Frankreich seine Zustimmung zu der Verzichtleistung des Prinzen Leopold mitteilen unter der Bedingung, daß Frankreich keine weiteren Verpflichtungen für die Zukunft beanspruche. Der preußische Kanzler antwortet darauf, es sei an der preußischen Regierung, vom Kaiserreiche Garantien gegen eine fernere Herausforderung zu verlangen. Er tut noch mehr. Er gibt, wie man gesehen hat, der Emser Depesche eine herausfordernde Form, und als diese sophistische Depesche ihre Wirkung getan hat, wundert er sich darüber, daß man sie der Kammer nicht offiziell mitgeteilt habe, als wenn ein so scharfer und brutaler Text den Frieden hätte retten können.

England wurde im ersten Augenblicke wie ganz Europa getäuscht. Es glaubt, Frankreich habe den Krieg mit Absicht entfesselt, während die französischen Minister einem kühnen Gegner gestattet hatten, alle Listen gegen sie anzuwenden. Daher tadelt England unsere Überstürzung und unsere Zumutungen und beeilt sich, eine egoistische Neutralität zu bewahren, die in der Folge jeden Versuch einer Einmischung unmöglich machte. Es hält sich so lange zurück, bis Frankreich nach einem heldenhaften Widerstande von sechs langen Monaten um Gnade flehen muß. Man kann aber nicht sagen, das Kabinett Gladstone habe nichts versucht, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Es hat das Kabinett Ollivier auf die Gefahren aufmerksam gemacht, in die es sich stürzen würde. Es hat gebeten, man möge sich mit der Zurücknahme der Hohenzollernschen Kandidtur begnügen. Man hat nicht darauf gehört. Daher darf man auch die Bemerkungen Gladstones vom September 1870 nicht zu strenge finden: „Das Erstaunen erreicht seinen Höhepunkt, wenn man bedenkt, daß dieser fieberhafte Entschluß, auf alle Fälle einen

Streit hervorrufen zu wollen, sich mit einem absoluten Vertrauen auf die mächtige Vorbereitung und auf die militärische Überlegenheit der französischen Streitkräfte, auf die Minderwertigkeit der Deutschen, auf die Abneigung der kleineren Staaten, Preußen zu unterstützen, und sogar auf die Absicht Österreichs, als Verbündeter Frankreichs die Waffen zu ergreifen, verband. Bald wurde es offenbar, daß die Ratgeber des Kaisers, wie sie von dem Staatsrechte und der Stimmung Europas keine Ahnung hatten, noch weniger von dem Zustande Österreichs und der kleineren Staaten Deutschlands und besonders von der wirklichen Stärke der preußischen und ihrer eigenen Armee wußten[1])."

Ich habe dargelegt, daß Rußland und England, von denen das eine eine für Preußen freundschaftliche Neutralität und das andere eine abwartende Haltung bewahrten, nichts Wohlwollendes für uns hatten. Ich habe gezeigt, wie Italien, um den drängenden Bitten Frankreichs zu entgehen, England eine gemeinsame Untätigkeit vorgeschlagen hatte, die durchaus egoistisch war, aber angenommen wurde.

Wenn behauptet worden ist, Viktor Emanuel und Franz Joseph seien damals entschlossen gewesen, Preußen ein Ultimatum zu schicken, so hat man eine Behauptung aufgestellt, die durch nichts bewiesen wird. In Wirklichkeit hat Viktor Emanuel, der hartnäckig an seiner Absicht festhielt, Rom zu besetzen, Herrn de Malaret erklärt, die italienische öffentliche Meinung mache aus dieser Besetzung eine unumgängliche Bedingung, wenn man wolle, daß sie die Möglichkeit eines Krieges mit Preußen zugäbe. Darauf antwortete der Herzog de Gramont, wenn der König die Septemberkonvention vollständig innehalten wolle, würde die Räumung der Kirchenstaaten am 5. August stattfinden. Sonst müsse die französische Regierung warten, bis ihr die italienische zu wissen täte, ob sie die Konvention erfüllen wolle oder nicht. Herr Emile Bourgeois hat selbst anerkannt, daß die von den Protestanten Wiens, den Freidenkern in Paris und Florenz gegen das Papsttum vorbereitete Intrige durch den Eifer der französischen Agenten hintertrieben worden sei[2]). Wenn das aber eine Intrige war, warum fügt man dann hinzu, daß die französische Diplomatie die vorbereiteten und abgeschlossenen Bündnisse im Hintergrunde ließ, während doch erst Vorbesprechungen stattgefunden hatten? Warum daran zweifeln, daß die Aufrechterhaltung der Konvention, wie Nigra am 28. Juli gemeldet hatte, ein entschiedener Erfolg war? Wenn Italien sich bereit erklärte, die Klauseln dieser Konvention im Vertrauen auf einen entsprechenden

[1]) Francis de Pressensé. L'Angleterre pendant la guerre de 1870. — Vgl. La Revue vom 1. Juli 1908.

[2]) Rome et Napoleon III.

Gegendienst der kaiserlichen Regierung zu erfüllen, warum begnügte man sich damit nicht? Um so mehr als sich das gegen die Italiener selbst wendet, wenn man es nach dem Kommentar des Verfassers von Rome et Napoléon III. beurteilt: „Das italienische Ministerium hatte seine Freude nicht verhehlt, daß es einen Vorwand hatte, Napoleon III. zu befriedigen, ohne daß Viktor Emanuel ihm zu Hilfe zu kommen brauchte. Das Ergebnis und der Nutzen waren, die Franzosen von Rom entfernt zu haben, ohne verpflichtet zu sein, gegen Preußen Partei für sie zu ergreifen. Das seit Mentana bestehende Hindernis gegen die Forderungen der italienischen Patrioten war beseitigt für ein Versprechen, das nichts kostete." Diese paar Zeilen genügen wohl, um zu zeigen, was die italienische Unterstützung wert war, wodurch Frankreich gerettet werden sollte. Außerdem hatte der Kardinal Antonelli guten Grund weniger zufrieden zu sein, als unser Vertreter Herr de Banneville, denn die Erfahrung berechtigte den Heiligen Stuhl, den Versprechungen Italiens gar kein Vertrauen entgegenzubringen, „und die Folge sollte die Richtigkeit dieser Voraussicht und Befürchtungen beweisen."

Interessant ist es, was Graf Beust, der Napoleon zu reizen fürchtete und für eine Zukunft sorgen wollte, von der er noch nicht voraussah, wie sie sich gestalten würde, am 27. Juli dem Fürsten de La Tour d'Auvergne wiederholte, was seiner Meinung nach für die Räumung geschehen müsse. Österreich war bereit, Frankreich seine guten Dienste anzubieten, um eine Lösung der römischen Frage herbeizuführen, die den Wünschen Italiens möglichst entspräche, ohne daß es nötig sei, wenigstens für den Augenblick, die französische Besatzung durch eine italienische zu ersetzen. Am 29. Juli benachrichtigte die Kaiserin den Kaiser in Metz, es gehe aus den Depeschen Visconti-Venostas hervor, daß man ein Bündnis abschließen könne, ohne der geistlichen Macht des Papstes zu nahe zu treten, worauf Napoleon melancholisch antwortete: „Die Absicht ist gut, ich möchte aber Taten sehen." Vimercati, der geschrieben hatte, „die römische Frage bliebe außerhalb aller Abmachungen zwischen den drei Mächten", gestand nun ein, in Italien eine viel schwierigere Lage angetroffen zu haben, als er angenommen hätte. Aus allem schiene es hervorzugehen, daß die Ausführung der Septemberkonvention den Italienern nicht mehr genüge. Sie wollten nun die völlige Räumung der Kirchenstaaten und den Besitz der Hauptstadt Rom, „um ihre Verpflichtungen zu erfüllen und am Vorabende einer auswärtigen Handlung den Frieden im Innern zu sichern." Der Herzog de Gramont faßte die Sache aber nicht so auf. Indem er mit seiner allzu naiven Leichtgläubigkeit bis ans Ende ging, schrieb er am 31. Juli an de La Tour d'Auvergne: „Man will von uns nichts anderes, als die

Ausführung der Konvention vom 15. September; wir werden sie ausführen. Unser Besatzungskorps wird die päpstlichen Staaten am 5. August verlassen." Der Minister des Auswärtigen schien, wie man gesagt hat, sich leicht darein zu finden, von Österreich verlassen zu werden. Ohne die Politik des Herzogs de Gramont verteidigen zu wollen, muß man doch anerkennen, daß Österreich uns nicht verlassen hat, da es uns ja nichts Bestimmtes versprochen hatte. Als La Tour d'Auvergne an den Herzog de Gramont telegraphierte, der Erzherzog Albrecht habe ihm gesagt, Österreich brauche sehr viel Zeit, um zu mobilisieren, und hinzufügte: „Man darf kaum auf die bewaffnete Unterstützung Österreichs rechnen, wenn der Krieg schnell zu Ende geht", wiederholte er, was der Erzherzog Albrecht im April und im Juni 1870 gesagt hatte und was der General Lebrun ebenfalls bestätigt hat.

La Tour d'Auvergne glaubte aber noch sagen zu können: „Ich kann nur gutheißen, das russische Bündnis um den Preis des Ruins des Pariser Vertrages zurückgewiesen zu haben, da das England verstimmt haben würde." Dieser für gewöhnlich sehr kluge Diplomat war also hier auch den Umständen nicht gewachsen. Denn es wäre besser gewesen, wie ich wiederholen will, England um den Preis des Pariser Vertrages zu erzürnen (was übrigens einige Monate später sowieso stattfinden sollte) und dafür das russische Bündnis zu erlangen, das uns seit langem angeboten war, wodurch der Krieg wohl nicht verhindert, aber doch unsere Lage in ganz hervorragender Weise verbessert und das österreichische Bündnis gesichert worden wäre. Rußland hatte uns während des italienischen Krieges moralisch unterstützt; es hatte uns im Jahre 1860 nach der Annektierung Savoyens und Nizzas eine Koalition erspart. Was hätten uns dann also die Vorwürfe und die Undankbarkeit Italiens machen können? Wir wären imstande gewesen, siegreich gegen Preußen zu kämpfen und vielleicht sogar den Krieg zu vermeiden. Das ist es, was man der kaiserlichen Diplomatie vorwerfen kann, und das verschweigen die, die alles von der römischen Frage herleiten wollen. Das war aber der schwere Fehler, der Hauptfehler.

Hatte Preußen Österreich die Unversehrtheit seiner deutschen Besitzungen garantiert, um es zu verhindern, sich mit Frankreich zu verbünden? Der Herzog de Gramont behauptete, diese Information vom General Fleury zu haben, dem der Zar davon den Beweis geliefert hätte. Es ist möglich, daß Preußen Österreich mit seinem Zorne bedroht hat, wenn es uns zu Hilfe käme, und die heftigen Reden Bismarcks, die Busch überliefert, gestatten das zu glauben. Von der Gebietsgarantie haben wir aber keine Gewißheit. Man darf aber nicht vergessen, daß Graf Beust späterhin der einzige war, der, ohne sich zu kompromittieren

und ohne sich vollständig zu verpflichten, von Vermittlung oder Eingreifen gesprochen hat. Der Herzog de Gramont ist wie ein Blinder in dieser ganzen Sache herumgeirrt, ohne das geringste zu sehen. Er stand vor einer geschickt eingeleiteten Intrige und hat sie weder begriffen noch vereitelt. Man sagt, die Intrige sei weder in Wien noch in Florenz angesponnen worden, sondern in Paris, wo die Sorge um Rom stärker gewesen sei, als das Pflichtgefühl gegen Frankreich. Sie war in Berlin, in Florenz und daher auch in Wien, da man sich in Wien aller Mittel bediente, um im Augenblicke der Kriegserklärung einer Aufforderung zu handeln aus dem Wege zu gehen. Unwissenheit und Leichtfertigkeit zeigten sich in Paris, wo man von unmöglichen Bündnissen träumte, als die, die man zu Verbündeten haben wollte, sich nicht zu erklären wagten, ohne vorher gesehen zu haben, nach welcher Seite sich das Waffenglück neigen würde.

Um zu sehen, bis wohin der Minister des Auswärtigen gelangt war, muß man seine Aussage betrachten, die er drei Jahre später gemacht hat: „Wenn wir einige Tage länger das Feld behauptet hätten, ohne geschlagen worden zu sein, wäre der Bündnisvertrag von uns dreien unterzeichnet worden." Die offiziellen Dokumente beweisen das gerade Gegenteil, aber nehmen wir es einmal so an. Was würde dann geschehen sein? Der Herzog de Gramont wird es uns sagen: „Das hätte an der Lage nicht sehr viel geändert, aber es würde unsere Verbündeten gezwungen haben, einen abgeschlossenen Vertrag zu zerreißen, anstatt nur einen abgemachten Vertrag zu verleugnen." Diese Erklärung zeigt, welches Vertrauen der unglückselige Minister selbst in unsere Streitkräfte, in unsere Hilfsmittel und unsere Kriegsvorbereitung setzte. Sie zeigt auch, entgegen anderen Erklärungen desselben Ministers, daß man erst bei Verhandlungen war und nicht bei einem wirklichen Einvernehmen. Aber selbst wenn der 4. September nicht hereingebrochen wäre, wenn das Kaiserreich seine mühselige Existenz noch einige Zeit verlängert hätte, Italien und Österreich, die nichts unterschrieben hatten, würden doch keine endgültigen Verbindlichkeiten haben eingehen wollen, das eine nicht, bevor es Rom erhalten hätte, und das andere nicht, bevor es marschbereit wäre. Österreichische Offiziere hatten gesagt, ihre Armee würde mehrere Jahre brauchen, ehe sie imstande sei Krieg anzufangen. Gramont wußte das nicht, so daß Fürst Metternich vor einer solchen Unfähigkeit sogar zu Vitzthum sagt: „Es ist verlorene Mühe, jemandem Vernunft predigen zu wollen, der den Kopf verloren hat und nicht mehr zurechnungsfähig ist!" Wie man auch diese beklagenswerte Sache betrachten mag, es liegt klar auf der Hand, daß die vorgeblichen Bündnisse nicht existierten und sie, selbst wenn sie existiert

hätten, die unmittelbaren Erfolge nicht gehabt haben würden, die man davon erwartete. Das muß man immer wiederholen, damit es richtig aufgefaßt werde, denn da ist der Knotenpunkt, darauf kommt alles an.

Ferner, hat wohl Napoleon III., ehe im Elsaß die ersten Schlachten geschlagen wurden, Aussicht gehabt, sich mit Italien und Österreich zu verständigen? Haben Vimercati und Vitzthum, Freunde des Kaisers und Agenten Italiens und Österreichs, nach dem 25. Juli 1870 ernstliche Versuche gemacht, die Verhandlungen fortzusetzen? Das wollen wir nun genauer betrachten.

Vitzthum und Vimercati sind bei diesem letzten Versuche vom Grafen Arese[1]) und vom General Türr tatkräftig unterstützt worden. Aber der General Türr wünschte, daß man etwas mehr tue, um die Unterstützung Italiens zu erlangen, denn die Konvention vom 15. September war seiner Ansicht nach für die italienische Regierung eher ein Hindernis als eine Wohltat. Er vergaß die Worte des großen italienischen Patrioten Massimo d'Azeglio, der von 1860 an bis zu seinem Tode das Programm Rom Hauptstadt bekämpft hatte. „Einer der Vorteile der Konvention", sagte er, „ist, daß sie uns in engere Verbindung mit Frankreich und dem Kaiser Napoleon III. bringt, dem wahrsten Freunde, den Italien je gehabt hat ... Die Sucht, Rom zur Hauptstadt haben zu wollen, hat den Interessen vieler Leute gedient. Ich bin nicht sicher, daß sie den Interessen Italiens gedient hat." Es ist bekannt, daß Massimo d'Azeglio einen großen Unterschied machte zwischen Rom als Hauptstadt und einer einfachen italienischen Stadt, mit den Rechten und Pflichten einer jeden anderen Stadt, die für ihre kommunale Verwaltung als ein Munizipium eingerichtet worden ist, unter der Oberhoheit des Papstes, so wie es selbst französische Republikaner gewünscht hatten, wie z. B. Anatole de la Forge. „Die erste Hypothese", sagte er, „beleidigt das Gewissen der Katholiken, die wir dann alle auf dem Halse haben; die zweite dagegen erschreckt den Katholizismus nicht, und das Gewissen kann sich damit abfinden." Diese Rede hatte am 4. Dezember 1864 in Turin bei den Senatoren und dem Publikum Beifall gefunden. Aber heute genügte die Räumung Roms nicht mehr. Gramont antwortete Vimercati, Frankreich könne auf die Konvention nicht verzichten, und Vimercati begab sich am 29. Juli nach Metz, um dort den Kaiser um Rat zu fragen, während Vitzthum nach Florenz ging, um bei Viktor Emanuel eine Audienz zu

[1]) Arese war zu der Zeit, wo der Krieg ausbrach, auf Reisen in Deutschland und hatte an den Verhandlungen zwischen Frankreich, Österreich und Italien zu einem gemeinsamen Vorgehen oder zu einer bewaffneten Neutralität keinen Anteil genommen (vgl. J. Grabinski, Le Comte Arese. Paris, Plange, 1897).

erbitten. Dieser stimmt zu, ihn zu empfangen unter der Bedingung, daß die Besprechungen über den beabsichtigten Vertrag seinen Ministern verheimlicht würden. Dann beschränkt er sich darauf, zu erklären, er sei bereit Napoleon zu unterstützen, er habe aber Zeit nötig und stieße in seinem Kabinette auf große Schwierigkeiten „wegen dieser unglückseligen Septemberkonvention." Darauf entläßt er den Diplomaten, ohne ihm mehr zu sagen. Vitzthum sucht dann Visconti-Venosta auf, der ihm erklärt, die Verhandlungen vom Jahre 1869 hätten sich durch Napoleons Schuld zerschlagen, und Italien habe keine Verpflichtungen, sondern nur eine einfache Dankesschuld. Und er fügt hinzu, diese Erkenntlichkeit habe mit Mentana und der Besetzung Roms „eine arge Prüfung" zu bestehen gehabt; dann schließt er so: „Es ist nichts mehr zu machen, als abzuwarten." Einige Tage später sagt er in bezug auf den beabsichtigten Vertrag vertraulich zu Arese: „Der Vertrag an sich bedeutet nichts!" Um sich von einem solchen Empfange etwas zu erholen, besucht er den Palast Pitti und andere Museen in Florenz. Die Kunst zerstreut ihn einen Augenblick von der Politik.

Vimercati wird am 1. August vom Kaiser in Metz kalt empfangen, der den Vertragsentwurf dem Herzog de Gramont übersendet, und dieser antwortet, er könne den Artikel 7 nicht anerkennen, der sich auf die einfache Räumung Roms bezieht. Doch scheint plötzlich noch ein Hoffnungsschimmer aufzutauchen. Viktor Emanuel und Visconti-Venosta geben zu verstehen, man könne noch verhandeln, so daß Vitzthum wieder Mut faßt und Herrn de Malaret schreibt: „Es ist Grund vorhanden zu glauben, die Sache lasse sich noch einrichten." Man hat später gesagt, der König von Italien und sein Kabinett hätten damals mehr als je die Rüstungen betrieben, aber man hat für diese Behauptung keine Beweise beigebracht; denn die italienische Armee war in dieser Zeit ganz zusammengeschrumpft, und es waren wenigstens zwei Monate nötig, um Frankreich 60 000 Mann zur Verfügung zu stellen. Man kommt auf den Vertrag vom 26. Juli zurück und verhandelt telegraphisch zwischen Paris, Wien und Florenz. Eine fieberhafte und neue Art zu verhandeln!... Sieben Artikel standen in Frage. Durch die Artikel 1 und 2 erklärten Österreich und Italien ihre bewaffnete Neutralität; durch den Artikel 3 verpflichtete sich jede der beiden Mächte nicht allein mit einer dritten Macht zu verhandeln. Im Artikel 4 war von dem Versuche einer Verständigung zwischen Preußen und Frankreich die Rede. Durch den Artikel 5 wurde bestimmt, daß nach Fehlschlagen dieses Verständigungsversuches ein italienisches Armeekorps in Tirol und ein österreichisches in Böhmen sobald als das geschehen könnte aufgestellt werden sollte. Der Artikel 6 betraf die zu prüfenden Feldzugspläne und der Artikel 7 die

römiſche Frage, wegen deſſen Öſterreich ſeine Dienſte anzubieten ſchien; man hat ſchon geſehen, wie.

Waren dieſe Verhandlungen am 2. Auguſt, zwei Tage vor der Schlacht bei Weißenburg und vier Tage vor der bei Wörth[1]) nicht wirklich ſonderbar? Alſo am Vorabende entſcheidender Schlachten denken zwei Mächte daran, zwei Armeekorps marſchfertig zu machen, die vor ſechs Wochen nicht hätten bereit ſein können und dazu waren ſie erſt noch bei den Vorverhandlungen! Als das Kriegsglück ſchon zwiſchen Frankreich und Preußen entſchieden hatte, will man einen Kriegsplan entwerfen! Wären die offiziellen Depeſchen nicht da, würde man glauben zu träumen ... Aber dieſe Verhandlungen in letzter Stunde konnten nicht ernſt gemeint ſein. Welchen Wert ſoll man ſolchen Beſprechungen beilegen, die im Grunde nur da waren, um Zeit zu gewinnen, für Öſterreich um abzuwarten und für Italien um ſich zurückzuziehen? Napoleon III. ſah endlich, was ſein unkluger Miniſter des Auswärtigen nicht ſah; er verlangte, daß im 5. Artikel die Worte „ſobald als es geſchehen könnte" durch „ſofort" erſetzt und der Artikel 7 geſtrichen würde. Am 4. Auguſt reiſt Vimercati nach Florenz zurück und benachrichtigt zugleich in Wien, was der Kaiſer verlange. La Tour d'Auvergne ſcheint Vertrauen zu haben. „Ich hoffe noch", ſagt er am 5. Auguſt, „das Bündnis zu dreien zu unterzeichnen, beſonders wenn die preußiſche Armee ernſtliche Niederlagen erleidet." Und er macht das Geſtändnis, was an Naivität ſtreift: „Der Sieg wird das wichtigſte Element meiner Miſſion ſein." Ganz zweifellos! Das ſteht feſt, wären die Franzoſen ſiegreich geweſen, dann hätten Öſterreicher und Italiener ſofort mobil gemacht und Frankreich keine Bedingungen mehr geſtellt. Graf Beuſt iſt aber vorſichtig und weiſt das Wort „ſofort" zurück. Das war an dem Tage, wo leider Mac Mahon eine Schlacht und damit das Elſaß verliert. Es war an dem Tage, wo Froſſard in Lothringen eine andere Schlacht verliert.

Einige Zeit vorher hatte die Kaiſerin mit Julian Klaczko, dem Direktor im Miniſterium des Auswärtigen in Wien, eine geheime Unterredung gehabt, nach vorheriger Beſprechung mit Herrn de Gramont, der ein großes Vertrauen in unſere Erfolge hatte und ſo ſicher war, daß er in bezug auf Öſterreich ſagte: „Seien Sie ruhig! Sie werden Ihren Teil vom Kuchen haben!" Er zeigte ſich der franzöſiſchen Sache ſehr ſympathiſch, wie er das ſchon bewieſen hatte[2]), und war beauftragt,

[1]) Nach dieſer Schlacht ſagte Fürſt Metternich zum Fürſten Poniatowski: „Dies iſt um ſo unangenehmer, als ein Bündnis nun unmöglich wird." (J. Papſt, Le maréchal Canrobert, Bd. IV.)

[2]) Vgl. meine Studie über Klaczko in der Revue des Deux Mondes, Dezember 1907.

der Kaiserin auseinanderzusetzen, warum Österreich nicht sofort zu Hilfe kommen könnte. Er ließ durchblicken, daß die österreichische Regierung ihrer bewaffneten Neutralität, sobald es die Umstände gestatten würden, die größte Ausdehnung geben wolle. Er tat dies in den wärmsten Ausdrücken und stellte fest, daß die Kaiserin nicht am schließlichen Triumphe Frankreichs zweifle. Diese Unterredung Klaczkos mit der Regentin ist bestritten worden, sie hat aber wirklich stattgefunden. Verschiedene dazu wohl autorisierte Personen haben mir das bestätigt, so Herr Dorez, ein früherer Schüler der französischen Schule in Rom, der von Klaczko selbst den Bericht darüber gehört hat, und dann Herr von Schweitzer, der frühere Gesandte Badens in Wien. Die Depesche des Fürsten de La Tour d'Auvergne vom 5. August 1870 an Gramont ist in dieser Beziehung sehr bezeichnend. „Nach dem, was mir Herr von Metternich gesagt hat, wünscht die Kaiserin zu wissen, ob das, was unser Freund Herr Klaczko vor ihr zu erörtern die Ehre gehabt hat, irgend welche offizielle Bedeutung hat. Ich will Ihnen daher sofort mitteilen, daß Herr Klaczko keinerlei Mission hat, und daß er also nur in seinem eigenen Namen sprechen kann. Graf Beust hat ihn allerdings sehr gern und schätzt ihn sehr, sowohl was seine Gesinnung als auch seinen Geist anbelangt; es muß aber bemerkt werden, daß seine Phantasie oft mit ihm durchgeht und daß seinen politischen Kombinationen oft die praktische Seite fehlt. Wenn es also interessant sein mag, Herrn Klaczko zuzuhören, so muß man sich doch hüten, allen seinen Auffassungen, wie großherzig sie auch erscheinen mögen, eine Tragweite und einen Charakter beizulegen, die sie nicht haben und die Graf Beust selbst (ich habe soeben mit ihm darüber gesprochen) ihnen nicht geben kann." Man sieht also, daß der Chef des österreichischen Kabinetts, selbst vor unseren ersten Niederlagen, sich davor bewahrt, uns die geringste Illusion über eine tätige Unterstützung seiner Armee zu lassen.

In diesem Augenblicke versucht Arese, der auf der Durchreise in Wien war, den Fürsten de La Tour d'Auvergne zu ermutigen, den Abschluß eines österreichisch-italienischen Vertrages mit Herrn von Beust zu beeilen. Er tut dies auf Bitten Gramonts, aber ohne große Hoffnung, denn er weiß, daß Italien abgerüstet hat und ebensowenig imstande ist wie Österreich, von einem Tage zum anderen genügend Truppen zu Frankreichs Unterstützung abzuschicken. Jedoch dringt er darauf, daß in dem fraglichen Arrangement das Wort „sofort", wie es Napoleon wollte, an Stelle der Phrase „sobald das geschehen kann" trete. Da erfährt er nun die Niederlagen von Wörth und Forbach, und er befürchtet für Italien den Rückschlag der französischen Ereignisse. Er telegraphiert an Visconti-Venosta: „Glaube notwendig ohne Aufsehen Verona und

Übergang Etsch zu befestigen. Bismarck, der zu Napoleon gesagt hat: ‚Nehmt Belgien', könnte zu Österreich sagen: ‚Nehmt Mincio, natürliche Grenze Deutschlands, nach ihnen.'". — „Recht gut möglich," fügt Arese hinzu, „wenn Beust fiele. Untersucht ob Österreich Tirol befestigt, wie man sagt." Das war das Vertrauen, das Österreich Italien einflößte.

Man mißtraute sich von beiden Seiten. Unsere Niederlagen waren bald in ganz Europa bekannt, nur unser Botschafter in Wien war schlecht unterrichtet, denn er schrieb am 5. August: „Die Wolfsche Depesche aus Berlin, die den Sieg der Preußen bei Weißenburg meldet, hat uns arg erschüttert. Ich hoffe, daß sie nicht richtig ist, wenigstens in den Einzelheiten. Ich habe an den Herzog de Gramont telegraphiert, um zu wissen, wie es damit steht. Es wäre recht wünschenswert, wenn man mich auf dem laufenden hielte über das, was in der Armee vorgeht, um die guten Nachrichten verbreiten und die richtig stellen zu können, die erdichtet sind." Leider folgen Niederlagen auf Niederlagen. Alles wird nun durch einen unheilvollen Schein erleuchtet, und Napoleon III. telegraphiert an Viktor Emanuel: „Als Besiegter will ich nichts von Ihnen verlangen", fügt aber hinzu: „Ich kann mich auf Ihre Freundschaft und Ergebenheit berufen." Der Herzog de Gramont schreibt ganz außer Fassung an Herrn de Malaret: „Es ist nicht mehr möglich zu warten. Der Augenblick ist gekommen. Fragen Sie die Italiener, ob sie geneigt sind ohne Österreich am Kriege teilzunehmen, und ein Armeekorps zur französischen Armee stoßen lassen wollen. Sie könnten über den Mont Cenis zu uns kommen, es ist derselbe Weg, den wir 1859 genommen haben, um nach Italien zu gehen." Er erinnert an diese glorreiche Zeit, was aber auf unsere alten Verbündeten nicht den geringsten Eindruck macht, und wagt hinzuzufügen, „daß der Kaiser von Rußland dem Gedanken, Italien könne uns zu Hilfe kommen, zustimmt." Die Russen stimmen dem aber nicht im Geringsten zu; die Italiener denken auch nicht daran, und unter ihnen lehnt sich mehr als einer dagegen auf, ihr König könne den Franzosen zu Hilfe kommen wollen[1]).

Hierher gehört eine wichtige Tatsache, die uns Graf von Bismarck enthüllt hat. „Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, zu welchen Entschließungen man in Wien und Florenz gelangt sein würde, wenn bei Wörth, Spichern, Mars-la-Tour der Erfolg auf Seite der Franzosen oder für uns weniger eklatant gewesen wäre. Ich habe zur Zeit der

[1]) Das Geschick Frankreichs war nun bestimmt, schrieb der General Govone. Die Unterstützung Italiens, die nur dazu hätte dienen können, die ersten Verluste zu ersetzen, selbst wenn sie gleich von Anfang an beschlossen gewesen wäre, konnte doch erst wirksam werden, als Frankreich schon keine Armee mehr hatte . . . Ein Eingreifen in den Krieg selbst war aber unmöglich geworden (Memoires. S. 382).

genannten Schlachten Besuche von republikanischen Italienern gehabt, die überzeugt waren, daß der König Viktor Emanuel mit der Absicht umginge, dem Kaiser Napoleon beizustehen, und diese Tendenz zu bekämpfen geneigt waren, weil sie von der Ausführung der dem Könige zugeschriebenen Absichten eine Verstärkung der ihrem Nationalgefühl empfindlichen Abhängigkeit Italiens von Frankreich befürchteten. Schon in den Jahren 1868 und 1869 waren mir ähnliche antifranzösische Regungen von italienischer und nicht bloß republikanischer Seite vorgekommen, in denen die Unzufriedenheit mit der französischen Suprematie über Italien scharf hervortrat. Ich habe damals wie später, auf dem Marsche nach Frankreich, in Homburg (Pfalz) den italienischen Herren geantwortet: „wir hätten bisher keine Beweise davon, daß der König von Italien seine Freundschaft für Napoleon bis zum Angriffe auf Preußen betätigen werde; es sei gegen mein politisches Gewissen, eine Initiative zum Bruch zu ergreifen, welche Italien Vorwand und Rechtfertigung zu feindlicher Haltung gegeben hätte. Wenn Viktor Emanuel die Initiative zu dem Bruche ergriffe, so würde die republikanische Tendenz derjenigen Italiener, welche eine solche Politik mißbilligten, mich nicht abhalten, dem Könige, meinem Herrn, zur Unterstützung der Unzufriedenen in Italien durch Geld und Waffen, welche sie zu haben wünschten, zu raten[1])." Denen, die sich darüber wundern sollten, den Kanzler in einer solchen Intrige zu sehen, möge es genügen, sich an das Geständnis Bismarcks Schleinitz gegenüber zu erinnern, als er zur Zeit des Frankfurter Bundestages das Bündnis mit Piemont befürwortete: „Ich bin nur in Preußen Legitimist und würde mich selbst mit dem Teufel verbinden, wenn ich glaubte, daß es im Interesse des deutschen Vaterlandes geschähe." Im Jahre 1866 hatte Bismarck, bei der Einmischung Frankreichs durch die Depesche Napoleons vom 4. Juli, nicht gezögert, den ungarischen Aufstand zu unterstützen. Alles war ihm recht, um sein Ziel zu erreichen. So drohen die besorgten Italiener, als Viktor Emanuel von seiner Weigerung, die auf das Bündnis mit Frankreich bezüglichen Verhandlungen fortsetzen zu wollen, zurückkommen zu wollen scheint, diese Neigung des Königs mit Hilfe des Auslandes zu bekämpfen.

Unsere ersten Niederlagen halten aber diese Regung auf. Viktor Emanuel beruft seine Minister und beglückwünscht sich mit ihnen den Gefahren entgangen zu sein, die ihm durch die Langsamkeit der französischen Diplomatie erspart worden sind. „Wir sind glücklich davongekommen," sagt er; „daß die Franzosen keine Generäle hatten, wußten wir seit 1859. Aber dieses Auseinanderlaufen bei Wörth ist mehr als

[1]) Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, S. 124, 125.

unbegreiflich!" Das war die Erkenntlichkeit des Königs für die wirksame Tätigkeit Canroberts und Mac Mahons im italienischen Kriege, ohne die doch Österreich mit der italienischen Armee wenig Federlesens gemacht hätte. Und derselbe Fürst wagte den glorreichen Widerstand unserer Truppen bei Wörth als ein „Auseinanderlaufen" zu bezeichnen! Er setzte zum Schluß aber noch hinzu: „Ich will sehen, ob ich auf diplomatischem Wege noch etwas für diesen armen Napoleon tun kann."

Wir werden sehen, wie es mit dieser diplomatischen Unterstützung aussieht. Aus Furcht, daß Frankreich seine Bitte wiederhole oder daß Österreich sich mit Preußen gegen Italien verbinde, verhandelt Minghetti mit Lord Granville. Dieser telegraphiert am 18. August an Lord Lyons, Graf von Bernstorff sei zu ihm gekommen, um zu fragen, ob zwischen Frankreich und Italien ein Vertrag abgeschlossen sei, denn Italien solle 100 000 Mann stellen und habe das Recht erhalten, Rom nach dem Friedensschlusse besetzen zu können. „Ich habe gesagt, ich glaubte nicht an das Bestehen eines solchen Vertrages; die italienische Regierung habe der Königin mitgeteilt, von Frankreich eine solche Aufforderung erhalten zu haben, und daß sie um die Unterstützung der Regierung Ihrer Britischen Majestät bitte, um einem solchen Ansinnen widerstehen zu können. Darauf haben wir geantwortet, es sei zwar nicht die Politik Englands, bestimmte Verpflichtungen für eine gemeinschaftliche Neutralität einzugehen, doch seien wir bereit — wenn wir dadurch Italien helfen könnten, gegen einen Druck von außen zu widerstehen — uns mit Italien zu verständigen, daß weder die eine noch die andere Regierung die Neutralität aufgeben solle ohne eine vorherige Verständigung und ohne vorher eine Änderung in der Politik anzuzeigen. Die (italienische) Regierung hat diesem Abkommen lebhaft zugestimmt." Dieses Vorgehen Italiens veranlaßte die Entstehung der berühmten Liga der Neutralen, die Europa endgültig von den beiden kriegführenden Mächten fern hielt und Preußen gestattete, Frankreich zu Boden zu werfen. So kamen uns Viktor Emanuel und seine Minister zu Hilfe! ... Italien brauchte nun nur noch zu sagen: „Ich tue, was England tut", und da England sagte: „Ich werde nichts tun", war Italien aller Verbindlichkeiten ledig.

In bezug auf Österreich teilte Lord Granville Herrn von Bernstorff ebenfalls mit, es für nötig gehalten zu haben, die Regierung Seiner Majestät Franz Joseph zu benachrichtigen, vielerlei Umstände hätten bei der preußischen und russischen Regierung Zweifel an ihrer Neutralität aufkommen lassen; er habe aber von der österreichischen Regierung die Versicherung erhalten, „sie sei von jeder Verbindlichkeit frei und bereit, sich mit der Regierung Ihrer Britischen Majestät

über eine andauernde Neutralität zu verständigen." Lord Bloomfield, der den Grafen von Beust aufforderte, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um zwischen Frankreich und Preußen zum Frieden zu raten, erhielt eine Antwort, die er so wiedergibt: „Für den Augenblick sähe Herr von Beust keinerlei Gelegenheit, mit dem einen oder dem anderen der Kriegführenden Verhandlungen anzuknüpfen. Er fügte hinzu, wenn das Glück weiterhin so mit den preußischen Waffen wäre wie bisher, dann fürchte er, keine Aussicht zu haben über den Frieden sprechen zu können, ehe nicht die deutschen Armeen vor den Mauern von Paris angekommen seien."

Was bedeuten nun vor diesen deutlichen Erklärungen alle die Versicherungen von Verträgen oder Interventionen? Österreich stimmt einer andauernden Neutralität zu. Italien veranlaßt selbst die Bildung der neutralen Liga. So liegen die Sachen in Wirklichkeit.

Da Napoleon III. nicht daran glauben konnte, so vollständig verlassen zu sein, schickte er am 19. August den Prinzen Napoleon nach Florenz. Er sagte ihm, es bliebe nur noch eins übrig, daß Italien sich für Frankreich erkläre und Österreich mit fortreiße. Er übergibt ihm einen dringenden Brief für den König. Der Prinz kommt am 21. August in Florenz an. Ich finde in bezug hierauf in einem interessanten Briefe Michel Bakunins, der mit den italienischen Republikanern in naher Beziehung stand, folgende Bemerkungen vom 25. August: „Prinz Napoleon kommt nach Florenz in einer außerordentlichen Mission für den König von Italien, nicht vom französischen Ministerium, sondern direkt von Napoleon III., was die Lage der italienischen demokratischen Zeitungen äußerst schwierig macht, die gern für das revolutionäre Frankreich Partei ergreifen möchten, das von den Soldaten des deutschen Despotismus besetzt ist, und nicht können, weil sie noch kein revolutionäres Frankreich sehen. Sie sehen nur ein kaiserliches Frankreich, an dessen Spitze der in Italien am meisten verhaßte Mann steht, Napoleon III." So dachte unter anderen die Gazetta di Milano, die erklärte, „man habe bis jetzt noch nichts in Frankreich gesehen, was das große Volk, das das Mittelalter zerstört habe, am Leben zeige, denn es unterwerfe sich einer Regierung, die es im Namen des Kaisers verwalte und es im Namen des Kaisers täusche und ins Verderben stürze. Mit dem besten Willen von der Welt können wir keine Sympathie, kein Vertrauen für dieses Land hegen." Es geht also aus diesen Zeugnissen hervor, daß die öffentliche Meinung in Italien uns nicht günstig war, und daß Viktor Emanuel, selbst wenn er es gewollt hätte, wenn er es ernsthaft gekonnt hätte, weder seine Minister noch sein Volk hinter sich gehabt haben würde. „Wenn einer unserer Freunde sich aus dem Fenster stürzt, ohne uns zu

benachrichtigen, und den Hals bricht," sagte Visconti-Venosta später zu Rothan, „dann wäre es eine Verrücktheit, hinter ihm herspringen zu wollen und sich die Beine zu brechen, ohne ihn retten zu können." Gambetta, dem Rothan diesen Ausspruch wiederholte, sagte: „Man springt doch, nur muß man Stroh hinlegen!" In Wirklichkeit wurden von Italien nach unseren Niederlagen alle Vorwände hervorgesucht, und dabei gab man uns die Versicherung großer Sympathie und Ergebenheit. „Die Unterstützung Garibaldis", schrieb Rothan am 26. November 1870 an Chaudordy, „würde Italiens einziger Anspruch auf unsere Erkenntlichkeit sein, wenn sie nicht den unschätzbaren Vorteil böte, es von den revolutionären Elementen zu befreien in dem Augenblicke, wo es sich in Rom festsetzt."

Kommen wir aber wieder auf die Mission des Prinzen Napoleon zurück. Er forderte 70 000 Mann, um nach Lyon einen Ablenkungsmarsch machen zu können. Der Minister Lanza antwortete ihm: „Wir würden einen Monat brauchen. In einem Monat ist das Schicksal Frankreichs entschieden." Was auch der Sinn dieser traurigen Antwort sein mag, nach einem Monat war das Geschick Frankreichs noch nicht entschieden, trotz allem Unglück. Fünf Monate glorreichen Widerstandes, der unsere Feinde in Erstaunen setzte, während deren die Neutralen aus ihrer egoistischen Untätigkeit hätten hervortreten und den Erfolg Preußens aufhalten können, fünf Monate hartnäckigen Widerstandes sind Europa und der Welt in Erinnerung geblieben, die nichts hat verwischen können. Während Italien eine ungeheuerliche Undankbarkeit an den Tag legte, bewies Frankreich, daß es, selbst derer beraubt, die sich seine Freunde nannten, nicht an seinem Geschicke verzweifelte. Alles was die Geschichte von der Tätigkeit Italiens aufbewahren muß, ist der Ausruf Viktor Emanuels am Tage nach Sedan: „Verflucht! da bin ich gut davon gekommen!"; das ist sein Befehl, aus unserer Niederlage Nutzen zu ziehen und von der Regierung der nationalen Verteidigung sofort zu verlangen, die Septemberkonvention zu kündigen und ihn in Rom einziehen zu lassen.

Am Tage von Sedan selbst suchte der Minister Lanza dem Prinzen Napoleon begreiflich zu machen, daß seine Anwesenheit in Florenz unbequem sei: „Ah! Sie verabschieden mich!" sagte der Prinz bitter. — „Monseigneur, ich sage das nicht!" — „Schon gut. Lassen Sie mir meine Pässe geben!" — „Eure Hoheit werden sie in einer Stunde haben." Und nach diesem kurzen Gespräche wurde der Verteidiger der nationalen Bestrebungen Italiens und Roms als Hauptstadt durch das italienische Kabinett schleunigst vor die Tür gesetzt. Dieses benachrichtigte Europa dreist, daß die Konvention vom 15. September, die zwischen dem Heiligen

Stuhle und Italien eine Versöhnung möglich machen sollte, ihren Zweck nicht habe erfüllen können, da der Hof von Rom fremde Mächte für einen angeblichen Kreuzzug zu Hilfe nähme und so die Ordnung in der Halbinsel erschwere. Somit stehe die italienische Regierung vor der Notwendigkeit, die römische Frage zu lösen. Auch der General Govone erkennt an, die Besetzung Roms sei nunmehr eine unvermeidliche Sache, doch betrachtete er einen sofortigen Marsch als etwas Unschickliches und sagte, das hieße, der an und für sich peinlichen Tatsache die Grausamkeit einer nutzlosen Beleidigung hinzuzufügen. „Ein wie großer Mut hätte dazu gehört", sagte er, „Frankreich am Tage nach Sedan herauszufordern und zu beleidigen!" Zu jeder anderen Zeit würde der General Govone mit Freuden vom Könige den Befehl erhalten haben, auf Rom loszumarschieren, das von einer fremden Armee verteidigt wurde; nun hatte er nur noch einen Wunsch: eine friedliche Lösung, die das besiegte und unglückliche Frankreich möglichst wenig beleidigen würde[1]). Seine erschütterte Gesundheit zwang den General am 7. September seinen Abschied einzureichen, und es war ein anderer, der den Auftrag übernahm, die römische Provinz ohne Gefahr zu besetzen. So wurde Frankreich gleich beim Beginne der Feindseligkeiten, umgeben von den schrecklichsten Schwierigkeiten, allein und ohne Hilfe gelassen[2]).

Kurz und gut, England, das dem Kaiserreiche seine Absichten auf Belgien nicht verzieh, die Bismarck am 25. Juli in der Times enthüllt hatte, verhinderte die anderen Staaten, uns zur Hilfe zu kommen, unter dem Vorwande, den Streit lokalisieren zu wollen. Rußland dachte nur daran, den Vertrag von 1856 zu seinen Gunsten revidieren zu lassen, und verbot Dänemark, sich unserer Sache günstig zu zeigen. Österreich hätte gern etwas für uns tun wollen, konnte aber, durch das kurz vorher Geschehene gewitzigt, seine sympathischen Absichten nicht kund geben, denn es fürchtete die Drohungen Rußlands und den Zorn Preußens. Und Italien, das keine genügenden Streitkräfte hatte und in der großen Majorität Frankreich nicht günstig gesinnt war, bewahrte seine volle Freiheit für die Verteidigung seiner Rechte und seiner Interessen, und hatte die Augen nur auf Rom gerichtet. Man kann also behaupten, daß wir am 15. Juli, als der Herzog de Gramont die Kreditkommission glauben ließ, er sei im Einverständnisse mit Österreich und Italien, nur ganz unbestimmte Versprechungen hatten, und waren das überhaupt Versprechungen? Verbindliche Worte, allerhöchstens. Ge-

[1]) Memoires, S. 388 und 389.

[2]) Mehr Einzelheiten über diese Tatsachen findet man im Kapitel VI und VII der Histoire diplomatique de la guerre franco-allemande von Albert Sorel und in der traurigen Broschüre des Prinzen Napoleon, La Vérité à mes calomniateurs.

ſchriebenes hätte vielleicht einigen Wert gehabt, aber Worte! Am 7. Auguſt, nach Wörth und Forbach, wird man ſehen, was ſie wert ſind. Noch drei Tage und die Liga der Neutralen wird uns zu einer ſtrengen Vereinſamung verurteilen. Graf von Beuſt wird ſozuſagen kein Europa mehr ſehen, und das, was von dieſem Europa bleibt, wird egoiſtiſch und gleichgültig gegen ſeine eigenen Intereſſen pour le roi de Prusse arbeiten. Was war aus der Erklärung Napoleons III. geworden: „Wir können einem Kriege nur entgegenſehen, wenn wir die Hände voll Bündniſſe haben?“ Was war aus dem Ausſpruche des Marſchalls Niel zum General Lebrun im Jahre 1869 geworden: „Ich ſtehe Ihnen dafür, ſolange ich Miniſter bin, ſorge ich dafür, daß Frankreich keinen Krieg anfängt, oder es hat Verbündete, um es zu unterſtützen?“ Le Boeuf traute aber den Behauptungen des Herzogs de Gramont, und dieſer nahm eitle Worte für ernſtliche Verpflichtungen[1]). Napoleon III., die Kaiſerin, der Hof, der Geſetzgebende Körper und der Senat, alle ließen ſich davon täuſchen.

[1]) Man vergleiche in den Belegen zu dem Berichte Saint-Marc-Girardins, des Präſidenten der Unterſuchungskommiſſion über die Handlungen der nationalen Verteidigung (Dokumente Nr. 14), die Briefe des Herzogs de Gramont an einen Freund vom 9. Dezember 1872 und an den Präſidenten der Unterſuchungskommiſſion vom 28. Dezember 1872, den Brief des Grafen von Beuſt an den Herzog de Gramont vom 4. Januar 1873 und die Antwort Gramonts vom 8. Januar. Es geht daraus, trotz der Spitzfindigkeiten Gramonts, hervor, daß Öſterreich keine militäriſche Unterſtützung verſprochen, ſondern nur die Hilfe ſeiner diplomatiſchen Tätigkeit angeboten hatte

Siebentes Kapitel.

Vom 17. Juli bis zum 4. September.

Aus der Rede des Kaisers an die Abordnung des Gesetzgebenden Körpers vom 17. Juli klang die Trauer und Unruhe des Souveräns heraus. Einer der Überlebenden jener Zeit erzählte mir kürzlich diese beängstigende Szene. Der Saal, in dem sie stattfand, trug den Stempel einer düsteren Traurigkeit, die bald auf die Anwesenden überging, so daß einer der Deputierten seinem Nachbar ins Ohr flüsterte: „Man sollte meinen, es wäre der Abschied von Fontainebleau!..." In der Antwort auf die Rede des Präsidenten Schneider hatte Napoleon diese Empfehlung gemacht: „Ich vertraue Ihnen bei meiner Abreise die Kaiserin an, die Sie zu sich berufen wird, wenn es die Umstände erheischen. Sie wird die Pflichten mutig erfüllen, die ihr ihre Stellung auferlegt." Herr de Parieu bestätigt folgendermaßen die ahnungsvolle Niedergeschlagenheit, die den Kaiser ergriffen zu haben schien: „Er hatte am 14. Juli nicht nur in seinem Herzen, sondern auch mit bleichen, müden Lippen das alea jacta est ausgesprochen. Doch ist es wahrscheinlich, daß in den zwölf Tagen, die zwischen diesem Tage und seiner Abreise nach Metz verflossen, im Grunde seiner verschlossenen Seele eine Aufregung stattgefunden hat, von der kein anderer als er vielleicht je das ganze Geheimnis kennen wird, zumal er auch schon mit physischen Schmerzen zu kämpfen hatte[1])." Und was für Enttäuschungen erwarteten ihn aber auch! Rußland fast feindlich, England unzufrieden, Österreich voller Versprechungen, aber unbeweglich, Italien verlegen und anspruchsvoll, bereit sogar nach den in Rom erlangten Zugeständnissen das Joch der unerträglichen Dankbarkeit abzuschütteln. Preußen hatte die öffentliche Meinung Europas derart bearbeitet, daß man uns nicht wegen des Abenteuers beklagen konnte, in das wir uns törichterweise gestürzt hatten. Wir galten damals für Spielverderber, und die Mißerfolge, die unseren wagehalsigen Unternehmungen vielleicht beschieden waren, erschienen schon verdient. Auf alle Fälle kündigte sich der von uns entfesselte Krieg, — denn Graf Bismarck hatte das in kühner Weise

[1]) Considérations sur l'histoire du Second Empire (5. Auflage, 1874).

Europa glauben lassen, — als lang, schwierig und reich an tragischen Ereignissen an. „Man bemerkte auf den Zügen des Kaisers", sagt Herr de Parieu, „einen Ausdruck, der an die schlechtesten Tage der Expedition nach Mexiko erinnerte. Dann wieder war man überrascht, ihn von einigen Anordnungen sprechen zu hören und sie nachahmen wollen zu sehen, die Napoleon I. im Jahre 1815 im letzten Augenblicke seines hinschwindenden Glückes ergriffen hatte." In einer wenig gekannten Broschüre, die heute sehr selten ist, hat Napoleon III. selbst auf Wilhelmshöhe die Eindrücke über die Ursachen niedergeschrieben, die die Feindseligkeiten herbeigeführt und die Kapitulation von Sedan veranlaßt haben[1]). Er sagt darin, daß er sich nur mit Widerstreben entschlossen habe, Preußen den Krieg zu erklären, und die großen Schwierigkeiten für den bevorstehenden Feldzug vorausgesehen habe. Er erinnert daran, daß er seine Niedergeschlagenheit nicht habe verbergen können, als er die Aufgeregtesten habe schreien hören: „Nach Berlin! Nach Berlin!", als habe es sich um einen einfachen militärischen Spaziergang gehandelt und genügt zu marschieren, um die Nation zu besiegen, die in Europa am besten für das Kriegshandwerk und für den Krieg vorbereitet war!

Am 28. Juli reiste Napoleon III. um zehn Uhr morgens direkt von Saint-Cloud ab, um sich zur Armee zu begeben, da er die fieberhafte Berührung mit Paris vermeiden wollte. „Am Morgen eines prachtvollen Tages verließen der Kaiser, traurig, bleich und schwerfällig, Prinz Napoleon aufgeregt und zornig diesen Palast, über den die Geißel des Krieges bald darauf die schrecklichste Verwüstung bringen sollte." Die Kaiserin sah traurig zu wie sie abreisten, an ihrer Seite den Sohn, der unter die Soldaten gehen sollte, um dort seine Pflicht zu lernen, und den ein grausames Schicksal bald darauf zu ihr zurückführen sollte, aber nicht nach Frankreich, sondern ins Ausland. Napoleon war sehr beunruhigt, als er Saint-Cloud verließ; er zweifelte nicht nur am Siege, er war auch für die Sicherheit des Landes besorgt. In Paris waren schon Unruhen ausgebrochen, und das Ministerium hatte seine Unfähigkeit bewiesen, sie niederzuhalten. Es gingen böse Gerüchte um über die Unordnung in der Verwaltung und die Schwäche unserer Vorbereitungen. Die Vorwürfe und Kritiken der Opposition bewahrheiteten sich jeden Tag mehr. Die Kaiserin hatte, wie man weiß, bei der Abreise des Kaisers die Befugnisse als Regentin erhalten. Diese Maßregel war nach der Behauptung des Herzogs de Gramont unglücklich, „denn es wäre besser gewesen, daß dies erst dann geschehen wäre, als der Kaiser das französische Gebiet verlassen hatte". Der Herzog meint, es sei gefährlich gewesen,

[1]) Des causes qui ont amené la capitulation de Sedan. Bruxelles, chez Rozez, 1871.

in Frankreich eine doppelte Regierung zu schaffen, und seiner Ansicht nach ist das ein Beweis dafür, daß das Ministerium, dem er angehörte, die Abreise Napoleons nur zwölf Tage überlebte. Soll man da aber nicht die Bemerkung machen, daß dieser Sturz doch wohl eher eine Folge der ersten Niederlagen war, als eine Schuld der Regentschaft?[1]) Was das Verlassen des Gebietes anbelangt, so war das eine „Mythe", da der ganze Feldzug auf dem Boden unseres Landes stattfand.

Der Hof verbarg seine Befürchtungen nicht, denn der Enthusiasmus, den die Erklärung vom 15. Juli hervorgerufen hatte, war schon verflogen. Ein Zeuge dieser schmerzlichen Tage, ein Mitglied des kaiserlichen Großarmenpflegeramtes, hat einige ergreifende Notizen über das, was er in Saint-Cloud gesehen und erfahren hat, hinterlassen[2]). „Die arme Frau", sagt er von der Kaiserin, „fühlt die ganze Bitterkeit ihrer Verantwortung, ihr Blick ist voller Sorgen, schwerer Sorgen ..." Mitten bei einer Mahlzeit sah der Almosenier sie vor dreißig Gästen plötzlich weinen, ohne nur zu versuchen, ihre Tränen zu verheimlichen, die in dicken Tropfen aus ihren Augen fielen. Monseigneur Darboy, der nach Saint-Cloud gekommen war, um der Eidleistung mehrerer Bischöfe beizuwohnen, bemerkte, daß die Kaiserin von den traurigsten Vorahnungen erfüllt war. Das kleine Gefecht von Saarbrücken, wo der junge Prinz sich so mutig benommen hatte, beruhigte sie einen Augenblick. „Er wird im Feuer Glück haben, wie alle Bonapartes", sagt sie. „Er ist ja auch im Monat August zuerst auf dem Schlachtfelde gewesen, das ist Napoleons Monat. Er hat einem Erfolge beigewohnt, und es ist keinem aus seinem Gefolge etwas passiert. Nun bin ich zufrieden, denn ich bin sicher, daß er mutig ist." Sie war glücklich und stolz zu sehen, wie er die Mühen und Gefahren unserer tüchtigen Soldaten teilte. Herr von Metternich, der dem Diner beiwohnte, wo die Kaiserin dieses sagte, da sie an einen Erfolg glaubte, erhob langsam und schweigend sein Glas, als wenn er einen Toast ausbrächte ... Wer hätte in diesem Augenblicke voraussehen können, daß ganz nahe bevorstehende Niederlagen den kaiserlichen Thron umstürzen und die Kaiserin zur Verbannung verurteilen würden; daß der Prälat, der sie tröstete, von Banditen füsiliert werden, und das Schloß, wo diese dramatische Szene vor sich ging, von den Deutschen in Asche gelegt werden, und daß der junge Prinz, der Gegenstand so vieler

[1]) Nach einer Note Napoleons an den Grafen de La Chapelle hat sich der Kaiser darüber beklagt, daß zwei Regierungen beständen, die eine bei der Armee, ohne gesetzliche Vermittler um sie auszuüben, die andere in Paris, ohne die Vorrechte der gesamten Macht, die ohne die Zustimmung des Kaisers die Kammern einberiefe und Minister wähle.

[2]) Les derniers jours de Saint-Cloud. — Figaro vom 27. Mai 1894.

Sorgen, einige Jahre später unter den Sagajen der Wilden des Kaps erliegen würde!

Bald darauf stürmten schwerere Sorgen auf die Regentin ein. Die Unglücksbotschaften überstürzten sich. Die Niederlagen von Weißenburg, Forbach und Fröschweiler, obgleich glorreich für unsere Soldaten, riefen eine große Bestürzung hervor. Am Abend dieser Niederlagen, nach einem schweigsamen Diner, stellte sich die Kaiserin in eine Fensternische und sagte zum Almosenier, dessen Erinnerungen ich anführe: „Stellen Sie sich vor mich! Dienen Sie mir als Schirm!" Und der Almosenier schreibt bewegt: „Ich weiß, wie viele Tränen in den Augen der Armen sind, ich habe viele Mansarden und Hütten besucht. Trotzdem habe ich in Palästen häufiger und bitterer weinen sehen. Die Kaiserin vergoß Ströme von Tränen. — Sprechen Sie etwas, sagte sie, sprechen Sie mit mir! Damit man nicht merkt, daß ich weine! Ich bin zu nichts etwas wert. Ich dürfte nicht an meinen häuslichen Kummer denken, und ich fühle mich doch als Gattin und Mutter. Gott weiß es aber, daß ich alles Frankreich opfern möchte, für das Wohl Frankreichs, für den Ruhm Frankreichs!"

Am 6. August fand eine schreckliche Szene statt.

„Auf einmal", berichtet der Almosenier, „erschallten schrille Schreie im Dunkeln, wie ein Haufen Weiber sie bei der plötzlichen Erscheinung eines schrecklichen Gespenstes ausstoßen würden. In der Tat hatte sich das Gespenst der Niederlage in seinem ganzen Schrecken gezeigt. Ich werde nie das Schauspiel in Saint-Cloud mitten in dieser grausigen Nacht vergessen: die Kaiserin fuhr plötzlich nach Paris, die Frauen weinten und rangen die Hände, die Soldaten stumm und krampfhaft zuckend, die Diener verstört hin und her rennend, die Türen alle offen, die Zimmer und Salons erleuchtet und leer ..." Man hatte soeben die Niederlage Mac Mahons, den Tod des Generals Douay, die Niederlage Frossards erfahren. Man mußte sich aufs Schlimmste gefaßt machen; man mußte den Belagerungszustand erklären, die Hauptstadt bewaffnen und versuchen, sich zur tragischen Höhe der Umstände zu erheben.

Seit langem dachte die Kaiserin über die wirkliche Lage des Kaiserreichs nach. Man findet den Beweis davon in einem Briefe, der am 27. Oktober 1869 von Kairo aus an Napoleon III. gerichtet war: „Wenn man andere Völker sieht," sagte sie, „beurteilt und bemerkt man viel besser die Ungerechtigkeit des unseren. Ich denke trotz alledem, daß man den Mut nicht verlieren darf und auf dem Wege fortschreiten muß, den Du vorgezeichnet hast ... Folgerichtigkeit der Gedanken, das ist die wirkliche Macht. Ich liebe das Plötzliche nicht, bin aber überzeugt, daß man in derselben Regierung nicht zweimal einen Staatsstreich macht ...

Man muß seine Moral wiederherstellen, wie man eine geschwächte Gesundheit wiederherstellt; und eine beständige Idee nutzt schließlich auch das bestorganisierte Gehirn ab ... Mein Leben ist zu Ende, ich lebe es aber in meinem Sohne von neuem und ich glaube, das sind die wahren Freuden, die durch sein Herz gehen, um zum meinigen zu gelangen ...[1])." Und nun war dieser so sehr geliebte Sohn an der Seite seines Vaters in der Stunde der schrecklichsten Angst ausgesetzt, wo das Glück unsere Fahnen verließ. Wer weiß? Ein energischer Aufschwung, und dieses Glück kehrt vielleicht treu zu denen zurück, die es so sehr begünstigt hatte. „Ich bin sehr mit den im Ministerrate gefaßten Entschlüssen zufrieden", schreibt die Kaiserin am 7. August an den Kaiser. Sie war eben in die Tuilerien zurückgekehrt. „Ich bin überzeugt, daß wir die Preußen mit dem Degen bis an die Grenze vor uns her treiben werden. Also Mut! Mit Energie beherrschen wir die Lage. Für Paris sage ich gut und umarme Euch alle beide von ganzem Herzen[2])." Die Schwierigkeiten waren aber unerhört. Alle Berechnungen schlugen fehl, und unsere Streitkräfte waren im Vergleich zu denen des Feindes in offenbarer Minderheit. Nach dem eigenen Geständnis des Kaisers[3]) hatte er darauf gerechnet, daß Preußen 900 000 Mann ins Feld stellen würde und mit der Unterstützung der Nordstaaten 1 100 000, während Frankreich ihm nur 600 000 Mann entgegenstellen konnte. Die Deutschen waren imstande schnell 550 000 Mann auf die Schlachtfelder zu bringen, und Frankreich nur etwa 300 000. Um diese numerische Schwäche auszugleichen, wäre es nötig gewesen, daß die Franzosen schnell über den Rhein gegangen wären, den Süden vom Norden getrennt und durch den Glanz eines ersten Erfolges Österreich und Italien als Verbündete an sich gezogen hätten. Der Plan Napoleons, den er Mac Mahon und Le Boeuf anvertraut hatte, war in Metz 150 000, in Straßburg 100 000 und in Chalons 50 000 Mann zu vereinigen. Man sollte dann die beiden Armeen von Metz und Straßburg vereinigen und über den Rhein gehen, wobei man Rastatt rechts und Germersheim links lassen sollte; man zwang den Süden zur Neutralität und marschierte direkt auf die Preußen los. Die 50 000 Mann von Chalons sollten unter Canrobert nach Metz geführt werden, um die nordöstliche Grenze zu überwachen, und im Norden Preußens hielt man durch die Flotte einen Teil der feindlichen Streitkräfte zurück. Um das auszuführen, mußte man es den Deutschen an Schnelligkeit zuvortun. Das erwartete auch der Kronprinz von Preußen, der in sein Tagebuch schrieb: „In vierundzwanzig Stunden werden die

[1]) Papiers de la famille impériale, Bd. I, S. 220.
[2]) Ebenda, S. 420.
[3]) Causes de la capitulation de Sedan.

Franzosen vor Mainz sein." Napoleon hatte es für möglich gehalten, aber die Verzögerung der Mobilisation, die Verwirrung in den Bahnhöfen, die verwickelte Reiseroute der Reserven, die Unordnung, die durch die Routine und die Konfusion der Militärverwaltung verschuldet war, legten dem Plane des Kaisers Hindernisse in den Weg. In Metz hatte man statt 150 000 Mann nur 100 000, in Straßburg 40 000 statt 100 000, und das Canrobert anvertraute Deckungskorps enthielt nur einen sehr geringen und schlecht vorbereiteten Bestand. Man erfuhr, daß der Feind vor uns bereit war und blieb im Ungewissen darüber, welche Bewegungen er ausführte, bis zu dem Unglückstage von Weißenburg und Fröschweiler, der allen Illusionen ein Ende machte. Bei Spichern und anderen Orten wurden unsere Truppen überrascht, während sie sich formierten. Infolgedessen beschloß der Kaiser, die Armee auf Chalons zurückzuführen, wo sie die Reste der Armeen Mac Mahons, Faillys und Douays aufnehmen könnte. Dieser Plan wurde vom Ministerrate angenommen, zwei Tage darauf telegraphierte aber Emile Ollivier dem Kaiser, die durch den Rückzug auf Chalons hervorgebrachte Wirkung sei nicht gut. Der Ministerrat hätte sich zu sehr beeilt diesen Rückzug gutzuheißen, und bäte deshalb den Kaiser, darauf zu verzichten[1]). Andererseits fand Emile Ollivier, daß die Wahl des Generals Dejean als Kriegsminister niemand Vertrauen einflößte und daß der Gesetzgebende Körper sie wahrscheinlich nicht gutheißen würde. „Ich bitte Ew. Majestät, mich berechtigen zu wollen, in Ew. Majestät Namen den Erlaß unterzeichnen zu dürfen, wodurch Trochu ernannt wird. Der Erfolg ist unfehlbar." Aber General Trochu, gegen den man seit seinem Buche über die französische Armee im Jahre 1867 Mißtrauen hegte, wollte den Posten nicht annehmen, da er weder das Vertrauen der Kaiserin noch das seiner Kollegen haben würde. So blieb der General Dejean provisorisch im Ministerium. Infolgedessen erhielt die Armee von Metz, die durch die Ankunft Canroberts auf 170000 Mann angewachsen war, Befehl, sich um den Platz zu konzentrieren, um sich auf eine der preußischen Armeen zu stürzen, ehe diese ihre Vereinigung hätte ausführen können. Die Konzentration der französischen Streitkräfte wurde durch die Niederlage von Spichern und durch schlechtes Wetter verzögert. Auch war man noch in Unwissenheit

[1]) „Haben Sie an alle die Folgen gedacht," schrieb die Kaiserin am 22. August an Napoleon III., „die Ihr Rückzug nach Paris unter der Wucht zweier Niederlagen haben wird? Ich wage es nicht, die Verantwortung eines Rates auf mich zu nehmen. Wenn Sie sich dazu entschließen, müßte diese Maßregel wenigstens dem Lande wie eine provisorische dargestellt werden: der Kaiser kehrt nach Paris zurück, um die zweite Armee zu organisieren, und vertraut provisorisch den Oberbefehl über die Rheinarmee Bazaine an." (Papiers de la famille impériale. Bd. I, S. 64.)

über die Stellung und die Stärke des Feindes, und in Paris war man nicht besser unterrichtet. Der Druck der öffentlichen Meinung zwang den Kaiser, den Oberbefehl dem Marschall Bazaine zu übertragen, dem die Opposition, die seine Uneinigkeit mit dem Souverän höher schätzte als seine wirklichen Fähigkeiten, Verdienste zuschrieb, die die Ereignisse bei weitem nicht bestätigten.

Seit diesem Augenblicke wagten die Minister nicht mehr, den Namen des Kaisers auszusprechen, und dem unglücklichen Monarchen wurde es unmöglich gemacht, eine erfolgreiche Rolle zu spielen. Man hatte einen Augenblick die Absicht, den kaiserlichen Prinzen von ihm zu entfernen, um diesen Prinzen nach Paris zurückzubringen. Die Kaiserin aber, die von einem Tage zum anderen eine revolutionäre Bewegung fürchtete, der sie ihren Sohn nicht aussetzen wollte, bat im geheimen den Kaiser, ihn bei sich zu behalten. Der Kaiser dachte, er könne in Metz nützlicher sein, wenn er dort mit 100 000 Mann bliebe, und glaubte, es sei gut, wenn Canrobert nach Paris zurückkehre, um dort den Kern einer neuen Armee zu bilden. Metz und Paris sollten die beiden großen Zentren unserer militärischen Streitkräfte sein. Aber die Kaiserin bat ihn, Canrobert seinen Truppen nicht zu entziehen. Ihrer Ansicht nach könne der Kaiser nie Soldaten genug haben, um sie den Deutschen gegenüberzustellen. Der unglückliche Souverän war zu dieser Zeit von unglaublichen Leiden gequält. Seine Krankheit hatte sich verschlimmert, und die Niederlagen der Armee hatten seine moralischen Kräfte geschwächt. Er hörte nicht auf zu seufzen, zu klagen und sah die schlimmsten Katastrophen voraus. Am 8. August begab sich eine Abordnung des Gesetzgebenden Körpers, bestehend aus je sechs Mitgliedern des linken Zentrums, des rechten Zentrums und der Rechten zur Regentin in die Tuilerien, um sie zu bitten, das Ministerium Ollivier zu entlassen, den General Trochu zum Kriegsminister und den General Montauban, Grafen de Palikao, zum Kommandanten der Armee von Paris zu ernennen. Die Kaiserin machte die Deputierten darauf aufmerksam, daß eine Ministerkrise gegenüber dem Feinde sehr gefährlich sei, da sie den Glauben an eine Uneinigkeit zwischen der Regierung und dem Gesetzgebenden Körper erwecke. Sie sagte, General Trochu wolle das Portefeuille des Krieges nur annehmen, wenn er ermächtigt würde, auf der Tribüne alle seit 1866 begangenen Fehler aufzudecken. Diese Bedingung sei unzulässig, da man dem Feinde nicht zeigen dürfe, was man zu verbergen ein großes Interesse habe. Die Ereignisse entschieden. Der Polizeipräfekt Pietri hatte einen Augenblick die Rückkehr Napoleons empfohlen. Die Kaiserin widersetzte sich dem sehr lebhaft, indem sie sagte, man denke nicht an alle Folgen einer solchen Rückkehr unter dem Eindrucke solcher

Niederlagen. Man bestand darauf. Sie blieb bei ihrem Widerstande, wobei sie richtig bemerkte, Napoleon könne nur siegreich nach Paris zurückkehren. Die öffentliche Meinung war durchaus gegen das Ministerium Ollivier aufgebracht, das nichts vorauszusehen, nichts vorzubereiten verstanden hatte. Der Ansturm war so stark, daß am 9. August das Ministerium sich gezwungen sah, dem Ministerium Palikao Platz zu machen, noch nicht einen Monat nach der Kriegserklärung. Es ist vollständig ungerecht, daß Emile Ollivier später der Kaiserin den Vorwurf macht, ihn freiwillig aufgegeben zu haben; er war nur das Opfer seiner Unfähigkeit.

Er hatte einen Augenblick geglaubt, wie man das in einer seiner Depeschen gesehen hat, sich halten zu können, wenn er einen Mann ins Ministerium aufnähme, der damals sehr populär war, den General Trochu. Wie aber der General richtig bemerkte, sein Eintritt konnte nicht dazu beitragen, „die Existenz des Kabinetts zu verlängern, das ihm unwiderruflich am Ende zu sein schiene." Der Ministerpräsident hatte den Gedanken gehabt, die Kammern sofort nach der Bewilligung der militärischen Steuern und Gesetze aufzulösen, er mußte aber, unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, am 9. August davon zurückkommen und konnte nicht daran denken, ihre Verhandlungen einzuschränken. Herr Ollivier beklagte sich darüber und erklärte, ein Teil des Gesetzgebenden Körpers, den sein Haß blind mache, bereite eine Revolution vor.

In seinem letzten Buche[1]) hat er eine wahre Anklage gegen die Opposition im Gesetzgebenden Körper und in der Presse erhoben. Er sagt, nicht ohne Recht, die einen haben die preußische Herausforderung verschärft, im Glauben, das Ministerium wage nicht sie anzunehmen, und sich angeschickt, von Schwäche und Schande zu schreien; daß die anderen gegen den Krieg gewesen seien aus denselben Gründen, weswegen sie sich gegen das Plebiszit erklärt hätten. Sie befürchteten eine Kräftigung des Kaiserreichs durch einen Sieg[2]), und Emile Ollivier greift ganz besonders Thiers an, dessen zweideutige Haltung, seiner Aussage nach, ihn verletzt und empört. Er spottet über dieses „Orakel der Orakel", das im Jahre 1867 sagte, nichts gebe über die französische Armee, dann im Juni 1870, wir seien stark und mächtig, und dann sich in schrecklichen Prophezeiungen erging. Diese Prophezeiungen waren, seiner Meinung nach, wie die Versicherungen seines Patriotismus, seiner Aufrichtigkeit und seiner Begeisterung „Gemeinplätze seiner Beredsamkeit". Er

[1]) L'Empire libéral. Bd. XIV, S. 185.

[2]) In einem Briefe an Meurice vom 26. August 1870 sagte Victor Hugo in dem sybillinischen Stile, den er damals liebte: „Frankreich hat ein Anrecht auf den Sieg, das Kaiserreich hat ein Anrecht auf den Sturz. Was wird Gott wählen?"

tadelt ihn, daß er über unseren Niedergang klage und schließlich friedliche Ratschläge gebe. Er vergleicht ihn mit einem Schalk, der einem Kutscher, der wilde Pferde hat, zuruft: „Halte sie!" und zu gleicher Zeit den Pferden ein Dornbündel unter den Schwanz steckt. „Wenn man auf die Erhaltung des Friedens so hohen Wert legt," sagt er, „dann reizt man nicht unaufhörlich im Herzen einer Nation, die so wie so schon empfindlich ist, einen Ehrenpunkt, der schon gereizt ist." Und Ollivier führt hierüber einen Brief des Kaisers aus Wilhelmshöhe an, wo diese Worte stehen: „Zeigen Sie, daß es Thiers und Jules Favre sind, die seit 1866 so oft in allen Tonarten wiederholt haben, Frankreich sei durch den Erfolg Preußens verkleinert und müsse Rache dafür nehmen, daß der erste beste Zwischenfall genügt hat, die öffentliche Meinung zum Aufwallen zu bringen. Sie haben den Zündstoff zusammengetragen, und da hat ein Funke genügt, um den Brand zu entfachen."

Es ist nicht die Opposition, die die Luxemburger Frage oder die Hohenzollernangelegenheit 1869 und 1870 hervorgerufen hat. Wenn sie sich vorzuwerfen hat, ein zu großes Vertrauen in eine der Zahl nach verringerte Armee gehabt zu haben, wenn sie gewagt hat die Entwaffnung anzuraten, wenn sie das Unrecht begangen hat zu sagen, man mache aus Frankreich eine Kaserne, worauf der Marschall Niel ihr mit dem schrecklichen Ausspruche antwortete: „Hüten Sie sich, einen Kirchhof daraus zu machen!", wenn sie nicht vorausgesehen hat, daß Preußen gegen uns einen Vernichtungskampf vorbereitete und alle Deutschen aufforderte, mit dem „Erbfeinde" ein Ende zu machen, wenn sie allzuoft die Gemeinplätze vom Kamaschendienst und Chauvinismus gebraucht hat, wenn sie unvorsichtigerweise der Verringerung der Truppenzahl und des Militärkredits zugestimmt hat, wenn sie diese sogar veranlaßt hat, — was sehr bedauerlich war — so hat sie doch nicht unrecht gehabt, als sie verlangte, über die geheimnisvollen Ursachen eines Krieges aufgeklärt zu werden, der vielleicht nicht vermieden, aber doch unter diplomatischen Bedingungen unternommen werden konnte, die für Frankreich günstiger gewesen wären.

Und kann man von Thiers mit Recht sagen, er habe am 15. Juli kein Wort der Warnung über die Schwäche unserer Streitkräfte und die Unzulänglichkeit unserer Vorbereitungen gesagt? Seine Rede, in der er den Gesetzgebenden Körper anflehte, sich nicht unbesonnen auf gefährliche Abenteuer einzulassen, war das keine hinreichende Warnung? Man wirft ihm vor, daß er das geheime Komitee nicht verlangt habe, um sich gründlich auszusprechen. Schon allein dieser Antrag wäre eine große Gefahr gewesen, und wäre das dreihundert Deputierten anvertraute Geheimnis wohl bewahrt geblieben? Man fügt hinzu, Thiers

habe beantragen können, Mitglied der Kreditkommission zu sein, oder doch an dessen Tür klopfen sollen. Würde er von den Ministern mehr Aufschlüsse erhalten haben als in der Sitzung? War nicht das Votum der 159 für das Kabinett Ollivier, das sich der Mitteilung der Depeschen widersetzte, eine formelle Aufforderung, sich nicht auf verspätete Auseinandersetzungen einzulassen? War die einstimmige Annahme des Krieges durch das Kabinett nicht ein Beweis, daß jede weitere parlamentarische Forderung mit einer Abdankung empfangen sein würde? Und warum sollte die Kreditkommission lieber Thiers angehört haben, der nicht an der Gewalt war, als die kompetenten Minister? Man verlangte von ihnen die volle Wahrheit über alles. Warum haben sie sie nicht ganz gesagt?

„Thiers", sagt Herr Ollivier ironisch, „hat sich verleumdet, als er sich die Rolle der mißachteten Kassandra zuschrieb. In Wirklichkeit zweifelte er am 15. Juli weder an der Unbesiegbarkeit noch an dem Siege der französischen Armee ..." Das ist wahr. Thiers war ein zu guter Franzose, als daß er nicht an die Tüchtigkeit und den Mut unserer Soldaten, die er so sehr liebte, geglaubt hätte. Er war ein zu guter Franzose, um ihre Fähigkeiten in Zweifel zu ziehen und das vor der Kammer und dem Auslande. Aber alle Warnungen, die er in den beiden Reden am 15. Juli gegeben hat, die Befürchtungen, die er ausgesprochen hat, die Gefahren, die er hat durchblicken lassen, alles das hat sich, leider! verwirklicht, und ihn Kassandra nennen und zu wagen, ihm Frechheit und Unbesonnenheit vorzuwerfen[1]), das ist eine erbärmliche Spötterei, die gegen den zurückprallt, der, wie es scheint, nichts vergessen und nichts gelernt hat.

Auch Gambetta erhält ein gut Teil Vorwürfe von Herrn Ollivier. Und doch hat Gambetta klar gesehen. Sein Drängen, die Emser Depesche sehen zu wollen und aufgeklärt zu werden über die Wirklichkeit der unserem Botschafter zugefügten Beleidigung, beweist, wie sehr er recht hatte, sich vor einem Manöver des Feindes zu hüten, das man hätte aufdecken müssen. Er hat aber, sagt man, mit Jules Simon und Ernest Picard später für den Krieg gestimmt. Ist das ein ernstlicher Vorwurf? Als einmal die Fahne im Winde flatterte, folgte er ihr. Offenbar war Gambetta für den Krieg, er wollte ihn aber für ein besseres, deutlicheres Motiv und nicht für eine Intrige, die von einem abenteuerlustigen General im Einverständnisse mit einem ehrgeizigen Prinzen angezettelt, durch einen Kanzler noch perfider geworden war, der weder vor der Lüge, noch vor der ewigen Schmach einer Fälschung zurückscheute.

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 490.

Daß einige Elende eines Tages vor dem Café de Madrid geschrien haben: „Es lebe der Friede, es lebe Bismarck!“ dafür kann man die Opposition des Gesetzgebenden Körpers nicht verantwortlich machen. Und was hindert anzunehmen, daß unter diesen unflätigen Schreihälsen keine Helfershelfer des Auslandes waren? ... Jules Favre wird von Emile Ollivier nicht besser behandelt als Gambetta. Da auch er die Vorlegung der Depeschen verlangt hat, wird er so gezeichnet: „Da erhob sich Jules Favre, bleich, mit zusammengepreßten Lippen, mehr als je seine galligen Worte mit dem gellenden Röcheln seines Hasses verschärfend. Er hatte dem Kaiser zum Kriege gegen Österreich geraten, er wünschte einen für Polen, einen anderen für Dänemark, und er zog gegen den einzigen Krieg los, an dem Frankreich ein wirkliches Interesse hatte! Ich kann die früheren Oppositionen nicht beurteilen, da ich nie in ihrem Feuer gestanden habe, aber sicher hat nie eine existiert, die der an Unredlichkeit gleichkommt, die ich mir gegenüber gesehen habe[1]).“

Warum aber hat er der Opposition den Weg geebnet, indem er sich einer Mitteilung widersetzte, die notwendig war? Und wie kann er eine Forderung so behandeln, die ein aufrichtiger und besonders gemäßigter Redner, der ehrenwerte Herr Buffet, mit allen Kräften verteidigt hatte? Waren denn alle die vierundachtzig Deputierte, die diese Forderung unterstützten, Feinde des Herrn Ollivier, und konnte ein so natürliches Begehren als ein Manöver bezeichnet werden? Alle, die das Unglück hatten, mit dem Ministerpräsidenten nicht derselben Meinung zu sein, befinden sich in seiner Porträtgalerie, die mit Scheidewasser geätzt ist: da ist der süßliche Bethmont, voller Hinterlist, da ist Esquiros mit dem haßerfüllten Kreischen, da ist Dréolle, ein Hallunke und ein Elender, da ist Stoffel, der Freund Bismarcks, da ist Nefftzer, mit dem mephistophelischen Tone. Und die parlamentarische Opposition hat keinen anderen Beweggrund, als den Haß gegen die Regierung. „Wären sie von der prophetischen Furcht vor künftigem Unglück inspiriert gewesen,“ sagt Herr Ollivier, „und hätten sie dieses von unserem Lande abwenden wollen, dann müßte man ihren Scharfblick und ihren Mut bewundern ... Aber sie waren aus denselben Gründen gegen den Krieg, die sie zu Feinden des Plebiszits machten. Sie befürchteten das Anwachsen der Macht, das ein Sieg, an dem sie nicht zweifelten, dem Kaiserreiche gegeben haben würde. Gerade diese Sicherheit des Erfolges war es, die den Männern der unversöhnlichen Opposition Kummer bereitete. Hätten sie die Niederlage von Sedan vorausgeahnt, dann würden sie dem Kriege ohne Groll entgegengesehen haben ...[2]).“

[1]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 446.

[2]) Ebenda, S. 486.

Daß einige Überspannte, eingefleischte Feinde des Kaiserreichs, soweit gegangen sind, dem Vaterlande eine Niederlage zu wünschen, um endlich davon befreit zu werden, das ist wahr, das ist verabscheuungswert; kann man aber damit alle Widersacher zusammentun, alle die, die, ehe sie einen Stimmzettel, der die schrecklichste Verantwortung in sich schloß, abgaben, die Dokumente des Streitfalles zu sehen verlangten und wissen wollten, ob man bereit sei? ... Die Leidenschaft, die Herr Ollivier seinen Gegnern vorwirft, zeigt er selbst nachträglich in Ausdrücken, die der langen Verteidigung, die er pro domo sua schreibt, in eigentümlicher Weise schaden.

In seinem Buche l'Agonie de l'Empire[1]) erzählt Darimon, einer der Fünf, Emile Ollivier habe dem Grafen de Chambrun gesagt, er habe den Gesetzgebenden Körper nur einberufen, um Truppen und Geld von ihm zu bekommen. Nachdem das einmal geschehen sei, habe er ihn vertagen wollen. Bei Abfassung des Senatsbeschlusses, der die Verfassung änderte, habe Herr Ollivier darauf Bedacht genommen zu sagen, der Gesetzgebende Körper könne durch ein einfaches Dekret einberufen werden. Am zweitfolgenden Tage nach der Vertagung habe er im Einverständnisse mit Chevandier de Valdrôme die Deputierten der Linken verhaften und nach Cherburg bringen lassen wollen, weil sie im Zustande offenbarer Verschwörung seien, und durch diesen Gewaltakt würde er die Gegner der Regierung vernichtet haben, ohne seine Kräfte abzunutzen zur Verteidigung gegen die Unternehmungen im Innern.

Diese Anschuldigung ist äußerst schwer, und ich muß erklären, daß ich mich ihr in keiner Weise anschließe, wenn ich sie wiedergebe. Die Sache ist sehr oft erzählt und wiederholt worden, aber nichts ist da, was sie beweist, kein authentisches Dokument. Herr Ollivier hat uns übrigens vor den Behauptungen Darimons gewarnt, der seines näheren Umgangs gewürdigt worden war und Notizen machte über alles, was er hörte. „Wenn diese Notizen die Wahrheit wiedergegeben hätten, wären sie ein wertvolles Dokument gewesen; sie waren aber immer von einem Dummkopfe oder von einem Einfaltspinsel abgefaßt, der schlecht verstanden hatte oder nicht verstehen wollte, so daß keine da ist, zu der man nicht schreiben könnte falsch oder zum Teil falsch ... Jeder ernste Geschichtsforscher muß die Behauptungen Darimons als falsch betrachten, wenn deren Wahrheit nicht vollständig erwiesen ist[2])."

Diesen heftigen Protest muß man wohl berücksichtigen; was aber wohl daran glauben lassen könnte, daß Herr Ollivier ernstliche Maßregeln hat ergreifen wollen, das ist sein eigenes Geständnis in der Vorrede seines

[1]) Kap. XVI, S. 190–192.

[2]) L'Empire libéral, Bd. XIV, S. 233–234.

Werkes: Principes et conduite. Er sagt: „Wäre das Kabinett vom 2. Januar an der Gewalt geblieben, würde es den Souverän in die Hauptstadt zurückgeführt und auf die Leitung der militärischen Bewegungen keinen Druck ausgeübt haben. Es hätte den Gesetzgebenden Körper nach der Bewilligung der Hilfsmittel entlassen und würde sich der revolutionären Permanenz widersetzt haben. Es hätte den Zeitungen verboten, den Feind zu benachrichtigen. Es würde der Regierung des 4. Septembers nicht gestattet haben, sich öffentlich und drei Wochen lang in aller Ruhe einzurichten. Unter keinerlei versteckter Form würde es selbst die Absetzung des Kaisers vorgeschlagen haben." Es soll im Jahre 1882 gewesen sein, daß Emile Ollivier dem Grafen de Chambrun den Plan von der Verhaftung der Deputierten auseinandergesetzt habe, die seiner Aussage nach mit dem Feinde konspirierten, und er soll dieses Vorgehen als eine Notwendigkeit bezeichnet haben. Herr Ollivier hat das Recht, die Behauptungen Darimons zurückzuweisen, es bleibt aber immerhin wahr, daß er den Gesetzgebenden Körper nach der Bewilligung der Hilfsmittel hat auflösen wollen, was bei der schlechten Regierungsverwaltung und den ersten Niederlagen eine Krise herbeigeführt haben würde, in der die Regierung wohl sofort unterlegen wäre.

Die Lage der Regentin am 10. August war schrecklich, und man fragt sich, wie die Kaiserin Eugenie sie noch einen Monat hat ertragen können. Jeder Tag war gezeichnet durch eine Niederlage oder klägliche Befürchtungen. Die unglückliche Frau, die dazu beigetragen hatte, einen solchen Krieg zu entfesseln, zitterte unaufhörlich für den Kaiser, für ihren Sohn, für die Armee, für Frankreich. Sie befürchtete für den kaiserlichen Prinzen das Los des unglückseligen Ludwig XVII. Was sie selbst anbetraf, so wußte sie, was für ein Los ihr bevorstand, wenn sie je die Beute eines Aufstandes würde. In dieser Hölle von Sorgen mußte sie zu großen Eifer im Zaum halten, unannehmbare Angebote zurückweisen, Eifersucht, Nebenbuhlerschaft aller Art zwischen höheren Offizieren wie dem Marschall Baraguay d'Hilliers und dem General de Palikao schlichten, die Gewaltmaßregeln verhindern, die auf gut Glück von den Ultras angeraten wurden. Sie wollte nicht, daß für die Sache des Kaiserreichs ein Tropfen französisches Blut unnötig vergossen würde, denn man mußte dieses wertvolle Blut für die Sache des Vaterlandes bewahren.

Sie denkt an nichts anderes, als Frankreich zu verteidigen. Sie bittet den Kaiser, die Truppen von Chalons heranzuziehen. Sie verspricht ihm Verstärkung zu schicken. Sie fordert die Entlassung Le Boeufs als Oberbefehlshaber, eine Entlassung, die von der gesamten öffentlichen Meinung gefordert wurde. Sie vermittelt die Ratschläge Palikaos, was

den Kaiser beleidigt, der sich fragt, ob man nicht zu den Zeiten zurückkehren wird, wo die Vertreter des Konvents sich in die Leitung der Armee mischten. Die Regentin bleibt nicht bei leeren Anschuldigungen stehen, sie ist sich der ungeheuren Verantwortung bewußt, die auf ihren schwachen Schultern ruht. Sie möchte den Marschall Canrobert bei sich behalten, denn Trochu flößt ihr kein Vertrauen ein, und sie sieht schon, wie der Aufruhr sich der Stadt bemächtigt. Sie verurteilt die Furcht der einen und die Untätigkeit der anderen. Das Ministerium, das auf das am 9. August gestürzte Ministerium Ollivier folgt, hat nur schwer gebildet werden können, und seine Autorität ist nicht groß.

Am 10. August ist Canrobert zur Audienz in die Tuilerien gekommen und hat die Kaiserin erschöpft, aber nicht entmutigt getroffen. Um nach den schrecklichen Tagen etwas schlafen zu können, gebraucht sie Chloral, es gelingt ihr aber kaum den Schlaf zu finden, der ihre Kräfte wiederhergestellt hätte. Sie läßt die Diamanten der Krone in der Bank deponieren, schickt ihre beiden Nichten, die Fräulein d'Albe, nach England, sie bekümmert sich mehr um die Leute ihrer Umgebung. Mit ihren schlaffen Gesichtszügen, dem matten Blick, dem vor Fieber erzitternden Körper scheint sie um zehn Jahre gealtert zu sein. Dieser prunkvolle Palast, der so viele Feste und große Pracht gesehen hatte, wo die höchsten Persönlichkeiten Europas zusammengekommen waren, wo die Höflinge und Weltleute die frivolsten und lustigsten Sachen gesagt hatten, ist ein Ort der Trauer und tiefer Verzweiflung geworden. Sie wollte den Marschall Canrobert als treuen und zuverlässigen Freund bei sich behalten und ihm den Befehl über die Armee von Paris anvertrauen: er bittet sie aber, ihn zu seinem Armeekorps nach Metz gehen zu lassen, denn er brennt danach, möglichst bald dem Feinde gegenüber zu stehen. Germain Bapst, dem ich diese Einzelheiten entlehne[1]), fügt hinzu, daß die Abreise des Marschalls, so gerechtfertigt sie auch sein mochte, für Frankreich die schwersten Folgen haben sollte, und indem er die Wahl des Generals Trochu bedauert, der seiner Ansicht nach am Nachmittage des 4. September gestattete, daß man in den Gesetzgebenden Körper eindrang, läßt er sich gegen den General zu den Worten hinreißen: „General Trochu hat durch seine Haltung vielleicht noch mehr als der Marschall Bazaine zum Verluste von Metz und Lothringen beigetragen, und wenn ihn die Gerichte nicht verurteilt haben, so muß die Geschichte seinen Namen auf ewig brandmarken."

Diese Ansicht ist ebenso ungerecht wie heftig. Angenommen, Canrobert wäre in Paris geblieben und hätte den Befehl über den Rest

[1]) Le Maréchal Canrobert. Bd. IV.

der Truppen übernommen, er würde doch niemals die Revolution haben verhindern können, die sofort auf die Kapitulation von Sedan folgte. Die Stellung des Kaiserreichs war in Wirklichkeit seit den ersten Niederlagen unwiderruflich kompromittiert. Die Schwäche und Unerfahrenheit des Kabinetts Ollivier hatten es an den Rand des Abgrundes gebracht. Das Kabinett Palikao war nicht stark genug, um seinen Sturz zu verhindern. Die großen Niederlagen bei Courcelles, bei Gravelotte und bei Saint-Privat, die für unsere tapferen Soldaten ebenso glorreich waren wie Siege und die wirklich hätten Siege sein können, wenn der erbärmliche Bazaine, den Herr Bapst weniger schuldig findet als Trochu, seine Pflicht getan hätte; die Aufregung im Gesetzgebenden Körper, in der Presse, auf der Straße, die grauenvollen Sorgen eines jeden Tages und die noch schlimmeren für den kommenden Tag, die moralische Zersetzung der Geister, die vollständige Gewißheit für jeden, „daß das nicht so bleiben könne", die Notwendigkeit einer durchgreifenden Änderung der Politik und der Regierung, die von allen eingesehen wurde, die mehr oder weniger richtige Idee, die sich allen aufgezwungen hatte, daß man keinen Frieden schließen könne, als mit einem anderen Regime, und daß alles, was sich ereigne, die Schuld des Kaiserreiches sei, die Entmutigung bei den letzten Vertretern der Ordnung, die bis in die konservativen Bataillone der Nationalgarde gedrungen war, alles das veranlaßte, daß man in dem Augenblicke, als man die Katastrophe erfuhr, durch die die Armee bedroht wurde, in Paris und in Frankreich den Zusammenbruch der kaiserlichen Dynastie, der in einem Nu und wie von selbst vor sich ging, als vom Geschick bestimmt ansah.

Nie hätte der brave Canrobert, trotz seiner Energie und seiner Hartnäckigkeit, einem derartigen Strome Widerstand leisten können. Er wäre ohne Zweifel mit fortgerissen worden und hätte vor den Tuilerien einen Heldentod gefunden, er hätte aber die Revolution vom 4. September nicht verhindert. Man muß in diesen schrecklichen Tagen in Paris gewesen sein, um sich davon Rechenschaft zu geben, daß es in keines Menschen Macht stand, wie groß auch sein Mut sein mochte, das Kaiserreich vor diesem unvermeidlichen Sturze zu bewahren. Und doch war Canrobert das Muster eines Tapferen und das Vorbild eines mutigen Mannes.

Wieviele hatten nicht mit Freuden gesehen, wie dem Marschall Le Boeuf der Oberbefehl entzogen und Marschall Bazaine auf den ersten Platz gestellt wurde! Wieviele glaubten da nicht, das Glück werde sich uns wieder zuwenden und es sei zu Ende mit unserer Trauer! Aber welche Enttäuschung sollten wir erleben und in welche unwürdige Hände hatte man das Geschick der Armee von Metz gelegt! Wer hätte an solchen Treubruch und solche Verräterei glauben können? Sogar der Kaiser

selbst hatte sich in ihm getäuscht. So trat er denn diesem Manne seinen Platz ab; er beauftragt ihn, den höchsten Entschluß zu fassen, der der Sache eine andere Wendung geben soll. Um die Pläne eines angeblichen Taktikers nicht zu behindern, der aber weder verstand etwas vorzubereiten noch etwas vorauszusehen, zieht er sich nach Chalons zurück; er überläßt ihn sich selbst, damit man ihn nicht beschuldige, den Erfolg, den alle vom neuen Oberbefehlshaber der Rheinarmee erwarten, verhindert zu haben.

Es ist von anderer Seite gesagt worden, daß General Trochu seine Stellung als Gouverneur von Paris der Gunst des Prinzen Napoleon verdankt habe. Dieser wichtige Punkt verdient untersucht zu werden.

General Trochu war in der Nacht des 15. August von Paris abgereist, um in Chalons ein Armeekorps mit vier Regimentern Infanterie aus dem Süden Frankreichs, drei Regimentern, die vom 6. Korps kamen, vier Regimentern Marineinfanterie, zwei Linienregimentern und vier Regimentern Kavallerie zu bilden. Als er im Bahnhofe von Mourmelon ankam, kreuzte er einen Zug, der nur aus Wagen dritter Klasse bestand, worin er den Kaiser und seine militärische Umgebung erkannte. Trochu begab sich sofort zum Kaiser und benachrichtigte ihn von den Befehlen, die er erhalten habe, das 12. Korps zu organisieren. Darauf fragte ihn der Kaiser ermüdet und zerstreut: „Wissen Sie, wo der König von Preußen ist?...“ Trochu, der Napoleon darüber keine Auskunft geben konnte, war sehr erstaunt. Sein Erstaunen wuchs, als der Kaiser ihm beim Abschied wiederholte: „Also Sie wissen nicht, wo der König von Preußen ist?...“ Diese einfache Frage gibt einen Begriff davon, in welcher Verwirrung sich Napoleon und seine Umgebung befanden. Kurze Zeit darauf brachte ein Adjutant dem General den Befehl, sich am anderen Morgen in die Wohnung des Kaisers zu begeben, wo eine militärische Konferenz über die zu ergreifenden Maßregeln stattfinden sollte. Man wird sehen, daß man trotz der schwierigen Umstände, am Vorabende der Schlacht von Saint-Privat, wo Bazaine die Deutschen hätte vernichten können, noch kühne Pläne zu machen wußte, die Frankreich noch einige Aussicht auf Heil boten, wenn sie sofort ausgeführt wurden.

General Trochu betrat die Konferenz mit der festen Überzeugung, daß Paris zu einer Belagerung bereit sei und als Stützpunkt für neue Unternehmungen dienen könne. Er wollte so schnell wie möglich aus dem Lager von Chalons die zahlreichen Truppen, die dort ohne Zusammengehörigkeit, ohne Zweck und Ordnung lagen, sowie das ungeheure Material, das dort in der Hast aufgehäuft war, fortbringen, um diese Elemente einer vorzüglichen Armee unter den Mauern der Hauptstadt zu sammeln und zu ordnen. Der Konferenz wohnten der Kaiser, Prinz Napoleon, Marschall de Mac Mahon, die Generäle Schmitz,

Berthaut und de Courson bei. Napoleon wandte sich sofort an den General Trochu und sagte: „Sie kennen die Ereignisse. Sie beurteilen deren Ernst. Welche Maßregeln schlagen Sie vor, um die Folgen abzuwenden?"

In Anlehnung an seinen Brief vom 10. August an den General de Vaubert, Flügeladjutanten des Kaisers, worin er erklärt hatte, die Rheinarmee müsse unter die Mauern von Paris zurückkommen, um die Belagerung auszuhalten und als Kern für die in Bildung begriffenen Armeen zu dienen, wenn man nicht Frankreich seiner letzten Hoffnung berauben wolle, schloß der General mit diesen drei Vorschlägen: „Sofortiger Abmarsch aller Streitkräfte von Chalons nach Paris; Bildung einer Armee unter den Mauern von Paris mit Mac Mahon als Oberbefehlshaber; Instandsetzung der Stadt Paris, daß sie die Belagerung aushalten könne." Diese so klugen Vorschläge gaben dem General Trochu eine untergeordnete Rolle, und doch hat der Parteigeist darin den geheimen Gedanken zu finden geglaubt, daß er der erste Held eines gewagten und neuen Dramas habe werden wollen. In Wahrheit unterstützten Prinz Napoleon und General Schmitz den Plan des zukünftigen Gouverneurs von Paris sehr energisch, und der Kaiser war von der augenscheinlichen Richtigkeit dieser Pläne ergriffen und beherrscht. Prinz Napoleon sprach mit einer gewissen Schärfe zum Kaiser. „Für diesen Krieg haben Sie in Paris die Regierung abgegeben," sagte er, „in Metz geben Sie das Kommando ab. Wenn Sie nicht nach Belgien hinübergehen wollen, müssen Sie das eine oder das andere wiedernehmen. Für das Kommando ist das unmöglich. Für die Regierung ist es schwer und gefährlich, denn man müßte nach Paris zurückkehren. Aber, zum Teufel! wenn wir fallen sollen, laßt uns wie Männer fallen!..." Dann zeigte er auf Trochu, der allein von allen Generälen militärische Reformen, die absolut notwendig waren, verlangt hatte: „Ernennen Sie ihn zum Gouverneur von Paris, beauftragt mit der Verteidigung des Platzes; er mag einige Stunden vor Ihnen hingehen und Sie der Bevölkerung ankündigen ... Sie werden sehen, es geht alles gut." Der Kaiser dachte nach und sagte dann zu Trochu gewandt: „Sie haben den Prinzen Napoleon gehört, würden Sie diesen Auftrag annehmen?"

Ohne zu zögern und durchdrungen von der wohlüberlegten Gewißheit, daß die letzte Anstrengung des Kampfes unter Paris stattfinden werde, das so der Stützpunkt, das Magazin unserer festen Plätze im Norden und Osten würde, nahm Trochu die gefährliche Mission an, Paris während der Belagerung zu verwalten, die beginnen würde. Es fanden in der Konferenz weder Widersprüche noch Einreden statt, und die Vorschläge des Generals wurden angenommen. Es wurde sofort ein telegraphischer Bericht über diese Entschlüsse an die Kaiserin-Regentin und an den

Kriegsminister Grafen Palikao gesandt. Ehe wir nun zeigen, wie eine Art Geschick sich der Ausführung der Maßregeln entgegenstellte, die Frankreich und vielleicht auch die kaiserliche Dynastie hätten retten können, ist es angebracht, ein Wort über die hauptsächlichsten Teilnehmer der Konferenz von Chalons zu sagen.

Der Kaiser war höflich und wohlwollend, außerordentlich ruhig, aber wie geistesabwesend und fast stumm, ohne Initiative, mit dem Aussehen eines Mannes, der gealtert und enttäuscht sich dem Zufalle überläßt. Prinz Napoleon, dem die Uniform eines Generals im Felde schlecht zu Gesichte stand, war im Gegenteil lebhaft und Herr über sich. Trochu schreibt ihm den Gedanken dieser Konferenz zu, wo diese so wichtigen Entschlüsse gefaßt wurden. Da er sich formell den Kriegen in Mexiko und gegen Preußen widersetzt hatte, genoß der Prinz in diesem Augenblicke der Autorität eines Mannes, dessen Ansichten durch die Ereignisse selbst bestätigt werden. „Seine feste Haltung," erklärt der General, „seine Logik und kluge Behandlung der hohen Interessen, über die es zu bestimmen galt, gestatten es mir zu sagen, daß in Chalons kein anderer Napoleon war als dieser." Was den Marschall de Mac Mahon betrifft, die größte militärische Autorität, die alle anderen verdunkelte, so erwartete man mit Spannung seine Ansicht, aber er sprach keine aus. „Unbeweglich auf seinem Stuhle", sagt Trochu, „schien er aufmerksam zuzuhören, blieb aber schweigsam, als interessiere ihn die Verhandlung und die Wahl der Mittel nicht, die wir angaben, um dieses schreckliche Problem zu lösen ..." Jedoch ist General Trochu wegen einiger zustimmender Gebärden, wegen einiger Worte, die er im letzten Augenblicke mit dem General Schmitz wegen der beiden Rückzugslinien für seine Armee nach Paris wechselte, geneigt zu glauben, er habe ohne Vorbehalt seinen Vorschlägen zugestimmt. Marschall de Mac Mahon war vor allem bereit zu gehorchen. Wenn er Schweigen bewahrte, dann geschah das nicht, weil er seine ganze Verantwortung nicht begriffen hätte. Er wußte recht gut, er würde getadelt werden, er könne tun was er wolle; wenn er nicht zur rechten Zeit anläme, um Bazaine zu unterstützen, und wenn er vom Feinde geschlagen würde, der in der Übermacht war, oder wenn er direkt in die Hauptstadt zurückkäme, er würde unter allen Umständen der Gegenstand unerbittlicher Kritiken werden, bei den einen wie bei den anderen. Diese würden ihm nach den Ereignissen einen unheilvollen Marsch auf die Ardennen zu vorwerfen; jene während der Ereignisse selbst Bazaine verlassen und so die Gelegenheit, den Feind zu besiegen, verpaßt zu haben. Das war es, was Mac Mahon nachdenklich und schweigsam machte. „Niemand wird je die Not und Verlegenheiten des Marschalls in jenen Tagen kennen", sagte nach dem

Kriege die Marschallin zu einem gemeinsamen Freunde, der mir dies wiedererzählt hat.

Zu seinem Ordonanzoffizier, dem Vicomte d'Harcourt, sagte er bei der Rückkehr von der Konferenz, indem er an die Aussprüche Rouhers und de Saint Pauls, eines der eifrigsten Bonapartisten, erinnerte: „Die Unglückseligen! sie werden uns zum Abgrunde führen! Oh, die Politik, die Politik!" Seit seiner Rückkehr von Algier hatte er seine Unruhe nicht verborgen und sah er das Unheil voraus.

Der General Schmitz schloß sich seinerseits der Meinung des Prinzen Napoleon an, mit fester Überzeugung und unbestreitbarer Kompetenz.

Die Konferenz war zu einer Entscheidung gekommen, die folgendermaßen lautet: „General Trochu, der zum Gouverneur von Paris ernannt worden ist, reist sofort nach Paris ab. Er wird dort einige Stunden vor dem Kaiser eintreffen. Marschall de Mac Mahon marschiert mit seiner Armee auf Paris." Aber man sollte durch Zögern und Gegenbefehle die letzten Stunden Frist verlieren, „die uns in diesem wahrhaft unerhörten Zusammentreffen unserer Fehler und Niederlagen das Glück noch zugestehen wollte".

General Trochu, der nicht den geringsten Vorwurf einer Verzögerung auf sich nehmen will, steigt sofort in den Zug. Während eines mehrstündigen Aufenthalts in Epernay, wo ein ungeheurer Zug beladen mit Werkzeugen und Faschinen für die ersten Bedürfnisse der Belagerung von Mainz an ihm vorbeifährt, setzt er die für die Bevölkerung von Paris bestimmte Proklamation auf. Er sagte darin, daß der Kaiser ihn bei der Gefahr, in der sich das Vaterland befände, zum Gouverneur von Paris ernannt habe und ihm in einigen Stunden folgen würde. Er appellierte in den edelsten Ausdrücken an den Mut, den Patriotismus, den tiefen und überlegten Ernst einer großen Stadt; um das so schwere Werk zu vollbringen, das ihm so vielen Zorn und so viele unverdiente Beschimpfungen einbrachte, nahm er als Devise den alten bretonischen Spruch an: „Mit Gottes Hilfe für das Vaterland!"

Um Mitternacht in Paris angekommen, begab er sich nach den Tuilerien, um der Regentin den Brief zu übergeben, durch den ihn der Kaiser zum Gouverneur von Paris ernannt hatte. Er wird durch Herrn Chevreau eingeführt. Die Kaiserin hatte den Vizeadmiral Jurien de la Gravière zur Seite. Trochu setzte ihr seine Mission auseinander. Aufrecht, mit funkelnden Augen, nervös, mit glühenden Wangen, fragt sie ihn ironisch, ob es nicht angebracht wäre, die Prinzen von Orleans zu rufen. Der General begreift zuerst den Sinn eines Vorschlages nicht, der aus ihm einen der wichtigsten Agenten des Orleanismus zu machen schien, und bleibt bestürzt stehen, bis ihn der Admiral heftig auf die Kaiserin zuschiebt

und dabei sagt: „Schenken Sie dem General Ihr ganzes Vertrauen, er verdient es!“ Aber die Kaiserin antwortet heftig: „Die dem Kaiser diese Entschlüsse geraten haben, die Sie mir da überbringen, sind meine Feinde. Der Kaiser darf nicht nach Paris zurück... er kommt nicht lebend herein! Die Armee von Chalons soll sich mit der von Metz vereinigen!“ Die Kaiserin glaubte mit Recht, daß den Kaiser die größten Gefahren bedroht hätten, wenn er zurückgekommen wäre. Aber wenn man zugibt, Napoleon habe nicht nach Paris kommen können, so hätte die Armee von Chalons sich doch unter den Mauern der Hauptstadt zusammenziehen müssen. Aber entgegen den gefaßten Beschlüssen sollte Paris belagert werden, ohne eine aktive Armee zu seiner Unterstützung zu haben, d. h. verurteilt sein, nach einer mehr oder weniger hartnäckigen Verteidigung, die bewundernswert sein sollte, zu kapitulieren. Andererseits sollte der Marschall Bazaine, der dem Marschall de Mac Mahon versprach, sich mit ihm zu verbinden, indem er der Linie der befestigten Plätze des Nordens über Montmédy und Sedan folgen wollte, so tun, als verließe er Metz, und absichtlich seinen tapferen und unglücklichen Kameraden vernichten lassen, wie er das am 6. August mit Frossard und am 18. mit Canrobert gewagt hatte.

Der Kriegsminister General Palikao, der den Plänen der Kaiserin beistimmte, wenn er sie nicht angab, sagte darauf zu Trochu, der Plan, den die Konferenz von Chalons angenommen habe, sei schlecht kombiniert und die Ideen des Generals über den Krieg schienen ihm falsch zu sein. Er erklärte, er widersetze sich vollständig dem Rückzuge der Armee von Chalons auf Paris, und bestimmte, sie müsse der von Metz entgegengehen und mit ihr zusammen operieren... Er wagte hinzuzufügen, „die Belagerung von Paris läge in unsicherer Ferne,“ für die er mit den provisorischen Marschbataillonen, den Mobilgarden und der Nationalgarde sorgen würde. Vergebens versuchte Trochu ihm begreiflich zu machen, daß alles, was auf den Kriegsschauplatz geschickt würde, zusammengehörige Korps, vereinzelte Korps, Material, Verproviantierung, kurz alles in einen Abgrund stürzen und verschwinden würde; daß in der gegenwärtigen Krise Paris das wahre, das einzige mögliche Zentrum der nationalen Verteidigung sei. Die Furcht vor den Parisern und einer doch unvermeidlichen Revolution machte den Minister taub gegen diese Erklärungen.

Die Kaiserin und ihre Ratgeber veranlaßten also den Kaiser, von dem gefaßten Entschlusse, auf seine Gefahr nach Paris zurückzukehren und die Regierung wieder zu übernehmen, abzulassen.

Es muß hier festgestellt werden, daß die Kaiserin nach dem von ihr am 14. Juli aufgedrängten Entschlusse in bezug auf den Krieg in Saint-

Cloud eine neue und recht gefährliche Verantwortung auf sich genommen hat. Gewiß schien die Lage unentwirrbar. Wenn die Regentin die Armee von Chalons mit dem Kaiser nach Paris zurückkommen ließ, würde sie sicher in der Hauptstadt einen Aufstand hervorrufen. Man würde die Preisgabe Bazaines tadeln, wie man glaubte des Einzigen, der Frankreich retten konnte. Man würde sogar von Verrat geschrieen haben und sagen, eine prätorianische Armee käme nur deshalb unter die Mauern der Hauptstadt, um das Kaiserreich zu retten, das schon durch die ersten Niederlagen in Mißkredit geraten und zugrunde gerichtet war. Alle diese Gefahren, alle diese Unordnung war zu befürchten. Wenn Napoleon III. die Armee Mac Mahons nicht begleitete oder nicht in Metz einzog, würde man sagen, er habe selbst seinen eigenen Thronverlust ausgesprochen. Aber war es andererseits nicht tollkühn und fast Wahnsinn, eine Armee, die nur eine ungewisse Hoffnung hatte, dem Feinde zuvorzukommen und der Armee Bazaines die Hand zu reichen, ohne genaue Angaben und ohne ein bestimmtes Ziel marschieren zu lassen? Alle diese Bedenken waren schrecklich und ließen noch einmal erkennen, wie unvorsichtig und bedauerlich es war, den Krieg vorzeitig erklärt zu haben.

In seiner Rede in der Nationalversammlung am 13. Juni 1871 gab General Trochu über diese Tatsachen genauere Auskunft. Er erzählte, daß er in der Nacht des 16. August in den Tuilerien angekommen sei und die Regentin fest und mutig, aber gereizt und ihm gegenüber mißtrauisch angetroffen habe. Sie wußte, daß der Kaiser zurückkommen wollte, und sagte: „General, nur Feinde des Kaisers haben ihm diese Rückkehr nach Paris anraten können. Er wird nicht lebend in die Tuilerien kommen." Der General antwortete, er habe mit dem Prinzen Napoleon, dem Marschall de Mac Mahon und anderen Generälen dazu beigetragen, diese Rückkehr als einen Akt männlicher Regierungsführung betrachten zu lassen. Er habe den gefährlichen Auftrag übernommen, diese Nachricht der Bevölkerung mitzuteilen. Die Armee Mac Mahons werde eine Regierung bilden, die das Land verteidigen und retten würde. „Nein, General," sagte die Regentin, „der Kaiser bleibt in Chalons." — „Ja, aber dann hat die Verabredung, infolge deren ich hierhergekommen bin, keinen Sinn mehr. Der Kaiser hat mich geschickt, um ihn zu verteidigen, und er folgt mir nicht! — „Sie verteidigen Paris, sie erfüllen Ihre Aufgabe ohne den Kaiser." — „Gut, ich werde Paris ohne den Kaiser verteidigen und habe hier die Proklamation, durch die ich anzeige, daß er mich zum Gouverneur ernannt hat." — „Der Name des Kaisers darf in dieser Stunde nicht in einer Proklamation vorkommen." — „Ich vertrete aber doch den Kaiser. Ich habe gesagt, ich käme um

ihn zu verteidigen; ich kann nicht zu der Bevölkerung von Paris sprechen, ohne den Kaiser vor mich zu stellen und ohne zu sagen, daß ich auf seinen Befehl komme, um die Hauptstadt zu verteidigen." — „Nein, General, glauben Sie mir, es ist nicht angebracht bei dem Zustande, in dem sich die Bevölkerung befindet, dies zu sagen." Und der General Trochu beendet seine Erzählung mit den Worten: „Und diese Angabe verschwand."

Späterhin hat die Kaiserin bemerkt, daß man die erste Phrase der Proklamation habe ändern müssen, da die Möglichkeit der Rückkehr des Kaisers ausgeschlossen gewesen sei, und hat dem General Trochu vorgeworfen, sie als eine Ehrgeizige dargestellt zu haben, die bereit gewesen sei, das Land und den Kaiser zu verraten, und ihre eine häßliche Rolle zuerteilt zu haben. Der General hat sich lebhaft dagegen verteidigt, derartige Gedanken gehegt zu haben. „Obwohl sie den Krieg von 1870 gewollt hat, vor dem der Kaiser unwillkürlich zurückwich, habe ich sie doch stets für eine entschlossene Frau gehalten, die eines Opfers fähig war." Er hat sie am Morgen des 4. September gesehen und von ihr gesagt: „Die Kaiserin zeigte Ruhe, Charakter, Mut und eine Gesinnung, die viel mehr französisch als kaiserlich war. Ich will ihr hier diese Gerechtigkeit widerfahren lassen: sie ist wirklich mutig und sieht dem Unglücke mit entschlossener Würde entgegen."

Die Feinde Trochus haben ihn mit Beschimpfungen und schändlichen Schmähungen überhäuft. Sie werden das Lob Mac Mahons nicht verwischen können, der ihn für einen hochherzigen und ehrenhaften Mann erklärte, und nicht das des Grafen de Maillé, und das seines früheren Chefs, des Generals Bugeaud. Es ist auch nicht unangebracht daran zu erinnern, was Monseigneur Dupanloup an Lachaud, den Advokaten der verbissenen Gegner Trochus, am 7. April 1872 geschrieben hat: „Er ist einer der selbstlosesten und unerschrockensten Männer, denen ich je begegnet bin. Ich bin ihm treu geblieben, wie er selbst sich und Frankreich treu geblieben ist. Gewiß, er hat es nicht gerettet. Aber wenn ich die sehe, die es ins Verderben geführt haben, dann frage ich, wo die sind, die es gerettet haben, und ich werde die bis zum Ende in Ehren halten, die mutig dafür gekämpft haben."

So verhinderten denn das Ministerium Palikao und die Regentin den Kaiser nach Paris zurückzukehren und zwangen die unglückliche Armee von Chalons auf Metz zu marschieren, einem Marschall Frankreichs entgegen, der seine Pflicht vergaß, um mit dem Feinde zu unterhandeln. Man zwang den heldenmütigen Mac Mahon dazu, den fürchterlichen Entschluß zu fassen, mit 145000 Mann, die gewiß recht tapfer, aber doch schlecht organisiert und schlecht ausgerüstet waren, gegen eine siegreiche Armee zu marschieren, die fast 250000 Krieger zählte.

Es ist von einigen Schriftstellern behauptet worden, die Kaiserin habe den Obersten Baron de Stoffel zur Armee von Chalons geschickt mit dem Auftrage, jede Depesche aufzufangen, die geeignet wäre, den dem Marschall de Mac Mahon vorgeschriebenen Plan zu ändern, d. h. Bazaine zu Hilfe zu eilen und nicht nach Paris zurückzugehen. Wenn das wahr wäre, würde die Verantwortung der Kaiserin beim Unglück von Sedan von selbst erwiesen sein. Es ist aber nicht wahr. Nach den Texten und den Tatsachen hat sich das in Wirklichkeit so zugetragen. Mac Mahon war am 17. August im Lager von Chalons eingetroffen und hatte den Oberst Stoffel, wegen der besonderen Kenntnisse dieses Offiziers von den deutschen Armeen und wegen der Dienste, die er in bezug auf die Zusammensetzung und die Bewegungen der feindlichen Streitkräfte leisten konnte, in seinen Stab aufgenommen. Am 18. August erfuhr man, daß Bazaine nach der Schlacht bei Gravelotte, die er hätte gewinnen können, wenn er unsere Truppen rechtzeitig unterstützt hätte, sich nach Metz zurückgezogen hatte, aber zwei Tage später seinen Marsch auf Verdun wieder aufnehmen wolle, was die Ratlosigkeit Mac Mahons vergrößerte, da die Armee des Kronprinzen von Preußen nur noch wenige Tagemärsche vom Lager von Chalons entfernt war. Da er einsah, daß seine eigene Armee nicht imstande war, einen eigentlichen Feldzug zu unternehmen, neigte er dazu, sich Paris zu nähern. Von ihm zu verlangen, Bazaine zu befreien, hieß nach seiner Ansicht soviel, wie ihn einer sicheren Niederlage entgegenzuführen. Mac Mahon rechnete aber auf eine Depesche aus Metz, durch die die Lage aufgehellt und er instand gesetzt würde, seine Verantwortung zu vermindern. Stoffel machte es möglich, zwei kühne Agenten zu Bazaine zu senden, die mit der deutschen Sprache vertraut waren. Da erfuhr man, daß die Armee des Kronprinzen nur noch 44 km vom Lager von Chalons entfernt sei. Mac Mahon entschloß sich darauf nach Reims zu marschieren. Am 21. August begab er sich zu Napoleon und zeigte ihm, daß es nötig sei, Frankreich die einzige Macht zu bewahren, die noch zur Verfügung stand: die Armee von Chalons, die imstande war 250 000—300 000 Mann in sich aufzunehmen, und Napoleon billigte diesen klugen Ratschlag. So wurde denn der Befehl zum Marsche auf die Hauptstadt gegeben. Trotz der Bemühungen Rouhers, der nach Chalons gekommen war um zu bitten, Bazaine zu Hilfe zu eilen, da er hoffte, ein unerwarteter Beistand werde die bedrohte Dynastie retten, behielt doch die Ansicht, Paris müsse gedeckt und Frankreich die einzige verfügbare Armee bewahrt werden, die Oberhand. Rouher schien sich darein zu finden und nahm einen Brief vom Kaiser, der diese Rückzugsbewegung erklärte, und eine Proklamation Mac Mahons mit. Der Brief war von Rouher nach dem Diktate des

Kaisers geschrieben worden. Er war an Mac Mahon gerichtet und lautete:

„Marschall.

Unsere Verbindungen mit dem Marschall Bazaine sind unterbrochen. Die Umstände werden schwierig und bedenklich. Ich appelliere an Ihren Patriotismus und an Ihre Ergebenheit und vertraue Ihnen den Oberbefehl über die Armee von Chalons und die Truppen an, die sich um und in Paris versammeln. Sie werden den größten Ruhm haben, Marschall, den, die feindliche Invasion zu bekämpfen und zurückzuweisen! Was mich anbelangt, den keine politische Voreingenommenheit außer dem Heile des Vaterlandes beherrscht, ich will Ihr erster Soldat sein, kämpfen und siegen oder an Ihrer Seite inmitten meiner Truppen sterben."

Der Marschall hatte diesen Brief mit einer Proklamation begleitet, deren erste Fassung lautete:

„Soldaten!

Der Kaiser vertraut mir die Führung aller militärischen Streitkräfte an, die sich mit der Armee von Chalons um die Hauptstadt vereinigen werden. Es wäre mein sehnlichster Wunsch gewesen, dem Marschall Bazaine zu Hilfe zu kommen: aber ich habe nach reiflicher Überlegung dieses Unternehmen unter den gegenwärtigen Umständen als unausführbar erkannt. Wir würden uns Metz erst in einigen Tagen nähern können. Bis dahin würde der Marschall die Hindernisse beseitigt haben müssen, die ihn aufhalten ... Während unseres Marsches nach Osten wäre Paris ohne Deckung geblieben, und eine zahlreiche preußische Armee hätte unter seinen Mauern ankommen können. Nach den Niederlagen, die Preußen unter dem ersten Kaiserreiche erlitten hatte, hat es eine militärische Organisation geschaffen, die ihm ermöglicht, sein Volk rasch zu bewaffnen und in wenigen Tagen seine gesamte Bevölkerung unter die Fahnen zu versammeln. Es verfügt also über bedeutende Streitkräfte. Die Befestigungswerke von Paris werden den Strom des Feindes aufhalten und uns Zeit gewähren, unsererseits alle militärischen Streitkräfte des Landes zu organisieren und zu benutzen. Die nationale Begeisterung ist ungeheuer. Das Vaterland ist aufgestanden. Ich nehme vertrauensvoll das Kommando an, das mir der Kaiser überträgt. Soldaten! ich rechne auf euren Patriotismus, auf euren Mut, und ich habe die feste Überzeugung, daß wir mit Ausdauer den Feind besiegen und aus unserem Lande verjagen werden."

Rouher hatte seinerseits einen anderen Entwurf einer Proklamation gemacht, der für die Armee von Chalons bestimmt war:

„Soldaten!

Der Kaiser vertraut mir den Oberbefehl über alle die militärischen Streitkräfte an, die sich mit der Armee von Chalons um Paris und in der Hauptstadt vereinigen werden. Mein lebhafter Wunsch und mein erster Gedanke waren, dem Marschall Bazaine zu Hilfe zu eilen, aber dieses Unternehmen war unmöglich. Wir hätten uns Metz erst in einigen Tagen nähern können. Bis dahin wird Marschall Bazaine ohne Zweifel die Hindernisse überwunden haben, die ihn aufhalten. Andererseits aber blieb Paris, während unseres Marsches nach Osten, unbedeckt, und eine zahlreiche preußische Armee konnte unter seinen Mauern anlangen. Das System der Preußen besteht darin, ihre Streitkräfte zu konzentrieren und mit großen Massen zu wirken. Wir müssen ihre Taktik ebenfalls befolgen. Ich werde Euch unter die Mauern von Paris führen, die das Bollwerk Frankreichs gegen den Feind bilden. In wenigen Tagen wird die Armee von Chalons verdoppelt sein. Die alten Soldaten von 25—30 Jahren strömen von allen Seiten zusammen. Die nationale Begeisterung ist ungeheuer ..."

Dieser Entwurf der Proklamation schloß dann wie der erste Text des Marschalls. Er wurde angenommen, und man kam überein, daß ihn das Kabinett zugleich mit dem Briefe Napoleons erscheinen lassen sollte. Am 22. August unterzeichnete Mac Mahon den Marschbefehl auf Paris zu.

Der Marschall änderte aber seine Absicht, weil ein Bericht Bazaines, der am 20. August, am zweiten Tage nach der Schlacht bei Saint-Privat, abgesandt war und am 22. dem Kaiser übergeben wurde, sagte, er beabsichtige, nach der Aufstellung der Rheinarmee auf dem linken Ufer der Mosel, sich nach Norden zu wenden und sich über Montmédy auf dem Wege von Sainte-Menehould nach Chalons zurückzuziehen, wenn diese Route nicht zu stark besetzt sei. In diesem Falle würde er über Sedan und selbst über Mézières weitermarschieren, um nach Chalons zu gelangen. Dem Marschall wurde diese Depesche mitgeteilt, und da er an die Aufrichtigkeit Bazaines und seine ernstliche Absicht glaubte, sich auf den Weg machen zu wollen, so daß er bei Montmédy zu ihm stoßen würde, gab er Befehl am folgenden Tage in der Richtung nach Osten aufzubrechen[1]). Er benachrichtigte den Kriegsminister von seinem Entschlusse und meldete Bazaine, daß er in der Richtung nach Montmédy marschiere. An eben

[1]) „Diese Depesche ließ mich denken, Bazaine werde sich auf den Weg machen und ich würde ihn in der Gegend von Montmédy treffen. Infolgedessen gab ich die notwendigen Befehle, um am folgenden Tage in der Richtung nach Osten aufzubrechen. Diese Depesche allein ist es gewesen, die meine Pläne änderte und mich bestimmte, über Stenay auf Metz zu marschieren." (Aussage Mac Mahons. – Untersuchung über die nationale Verteidigung.)

diesem selben Tage aber, am 22. August, kamen von Bazaine drei Depeschen an, für den Kaiser, für den Kriegsminister und für den Marschall de Mac Mahon, die der Oberbefehlshaber der Rheinarmee einem Boten übergeben hatte, und worin er sagte, daß die Armee sich unter Metz verproviantiere. Bazaine informierte Mac Mahon noch einmal, „daß er wahrscheinlich die Linie der Festungen im Norden verfolgen würde, um zu ihm zu stoßen, und daß er ihn von seinem Marsche benachrichtigen würde, wenn er ihn unternehmen könne, ohne die Armee zu kompromittieren." Diese Depesche ist es, von der gesagt wird, Oberst Stoffel habe sie auf Befehl der Kaiserin abgefangen; denn wenn Mac Mahon die Depesche Bazaines erhalten hätte, sagt man, würde die ungewisse Abfassung, das Zögern, das in ihr zum Ausdrucke kam, ihn veranlaßt haben, die Bewegung nach Osten zu unterbrechen, die Katastrophe von Sedan wäre vermieden und Paris vielleicht gerettet worden. Ist es aber wahr, daß dieses Dokument nicht an seine Adresse gelangt ist? Ist es wahr, daß Oberst Stoffel seinem Chef weder das Original noch die Abschrift, die er davon in Händen hatte, mitteilte? Ist es schließlich wahr, daß er so gehandelt hat, um die Rückkehr Napoleons nach Paris zu verhindern, was die Kaiserin vor allem befürchtete?

Die Agenten Miès und Rabasse hatten vom Obersten Massaroli in Longwy die Depesche Bazaines erhalten und wurden damit zum Obersten Stoffel nach Reims geschickt. Stoffel behauptet steif und fest, diese Depesche sei von Reims nach Courcelles geschickt und zum Schlosse gebracht worden, das Mac Mahon und die beiden Generalstäbe bewohnten[1]). „Ich fragte, ob die Depesche dechiffriert und dem Marschall mitgeteilt worden sei. Es wurde dies bejaht, und ich fand auch wirklich eine vollständige Übersetzung der Depesche auf einem Arbeitstische . . ." Jedoch haben mir der General de Vaulgrenant und Vicomte d'Harcourt, Ordonanzoffiziere des Marschalls, versichert sie nicht gesehen zu haben. Oberst Stoffel glaubt bestätigen zu können, daß diese Depesche, die nichts Neues enthielt und nicht unbestimmt war, weder dem Marschall noch seinem Generalstabe besonders auffiel, und daß Mac Mahon keinen Augenblick daran dachte, seine Pläne zu ändern. Bazaine sagte nichts anderes, als was er in seinen früheren Depeschen gesagt hatte, außer daß er über seinen Marsch Nachricht geben würde, wenn er ihn, ohne die Armee zu kompromittieren, unternehmen könne. Eine fast unnötige Bemerkung, denn es verstand sich von selbst, daß Bazaine sich nicht mit 170 000 Mann in Bewegung setzen würde, ohne seinen Untergebenen, den Oberbefehlshaber der Armee von Chalons, zu benachrichtigen.

[1]) La Dépêche du 20 août 1870, S. 32.

In der vorhergehenden Depesche, die Mac Mahon kannte, hatte er gesagt, er werde die nördliche Richtung verfolgen und auf Montmédy marschieren, „wenn die Route nicht zu stark besetzt sei". Der ganze Plan war also doch bedingt. General Zurlinden, der der Untersuchung dieser delikaten Frage einen besonderen Artikel gewidmet hat (im Gaulois vom 22. August 1907), behauptet dagegen, daß der Vorbehalt Bazaines von der größten Wichtigkeit sei. Er beschuldigt Stoffel nicht, die Depesche verheimlicht zu haben, wohl aber der Nachlässigkeit. Das hat mir auch General de Vaulgrenant erklärt, der persönlich an ein fatales Vergessen glaubt. Zurlinden wirft Stoffel vor, die Depesche, die er fertig dechiffriert auf dem Tische gefunden habe, eingeräumt und sich damit begnügt zu haben, zu denken, sie sei dem Marschall mitgeteilt worden. Der General glaubt nicht, daß sie einen Gegenbefehl gegen den Marsch vom 23. nach Osten herbeigeführt hätte, sie würde aber Mac Mahon verhindert haben, seine Operation mit der Überzeugung zu beginnen, Bazaine sei entschlossen Metz zu verlassen oder vielleicht schon unterwegs. „In Verbindung mit der Kenntnis des Charakters Bazaines hätte sie vielleicht voraussehen lassen, daß der Chef der Metzer Armee das verschanzte Lager nicht verlassen werde; daß er dort herumlavieren würde, wie er es in Mexiko getan hatte, und daß infolgedessen der Marsch der Armee von Chalons nach Osten nicht nur gefährlich, sondern auch unnötig würde. Die Depesche vom 20. August hätte Mac Mahon veranlaßt, ernstlich und mit völliger Kenntnis der Lage über die Größe seiner Pflichten, über die Schwere seiner Verantwortung Frankreich gegenüber nachzudenken . . ." Mac Mahon hatte das aber alles schon gesehen und begriffen, denn er hat bei der Vernehmung im Prozesse gegen Bazaine gesagt: „Es ist wahrscheinlich, daß ich selbst nach Empfang dieser Depesche meinen Marsch nach der Maas fortgesetzt hätte." Es waren die wiederholten Befehle des Kriegsministers, die seinen Entschluß herbeigeführt hatten.

Die neuen Bemerkungen Mac Mahons würden ebensowenig Beachtung gefunden haben wie die früheren, selbst wenn sie durch das Schwanken unterstützt gewesen wären, das in der Depesche vom 20. August ausgedrückt schien. Das Ministerium Palikao wollte um jeden Preis den Kaiser von Paris fernhalten, selbst wenn ihm die Armee von Chalons nachfolgte, und es rechnete außerdem mit einem Siege. Es ist aber falsch, behaupten zu wollen, daß die Depesche auf Befehl der Kaiserin von einem gefälligen Offiziere unterschlagen worden sei. Nichts spricht ernstlich für diese schwere Anschuldigung. Doch beschuldigt der Bericht des Generals de Rivière über den Fall Bazaine vor dem obersten Kriegsgerichte, das im Trianon seinen Sitz hatte, formell den Obersten Stoffel,

die Depesche Bazaines an Mac Mahon unterschlagen zu haben, wodurch er sich an einem Manöver beteiligt habe, das bestimmt war, seinen eigenen Chef zu täuschen. Der Referent glaubte, wie viele andere, der Kaiser habe dem Marschall das Kommando nicht freiwillig abgetreten und habe immer noch vor ihm die Depeschen erhalten, die er nach Gutdünken weitergab oder behielt, wodurch er ihm die Leitung der Operationen fortnahm, deren Verantwortung ihm aber verblieb. Oberst Stoffel, der im Prozeß gegen Bazaine als Zeuge geladen war, während er, wenn er wirklich schuldig gewesen wäre, zur Aburteilung vor ein Kriegsgericht hätte gestellt werden müssen, verwahrte sich in der heftigsten Weise gegen die Aussagen des Generals de Rivière und wurde, da er sich weigerte seine Ausdrücke zurückzunehmen, von dem Schwurgericht von Versailles wegen Beamtenbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Regierungskommissar im Trianon, General Pourcet, präzisierte die Anklage des Generals de Rivière und behauptete, Oberst Stoffel habe die Depesche zerstört, verbrannt oder zerrissen, die infolgedessen nicht in die Hände des Marschalls de Mac Mahon gelangt sei; er machte daher den nötigen Vorbehalt, um gegen den Obersten das entsprechende Verfahren einzuleiten. Am 5. November 1873 verlangte Oberst Stoffel, der nicht eine solche Anklage auf sich sitzen lassen wollte, offiziell vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Der Minister befahl darauf die Sache zu untersuchen, und nach Verlauf einer Untersuchung von sechs Monaten benachrichtigte er den Obersten am 16. Juli 1874, daß er, nach Prüfung des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens, den Prozeß niedergeschlagen habe. Das ist das Ergebnis der Anklagen der Generäle de Rivière und Pourcet. Man kann daher Stoffel nicht den Vorwurf machen, die Depesche vom 20. August unterschlagen zu haben, die nach dem Geständnisse Bazaines nur eine Wiederholung der Depesche war, die er am Tage vorher mit mehr Einzelheiten dem Kaiser gesandt und die Mac Mahon gelesen hatte. Es ist von Wichtigkeit dabei zu sagen, daß weder im Prozesse im Trianon noch sonstwo jemand die Kaiserin beschuldigt hat, den Obersten Stoffel zu einer Unterschlagung von Depeschen veranlaßt zu haben. Höchstens hatte man den Kaiser im Verdacht, Mac Mahon nur ungenügend über die genaue Lage der Rheinarmee aufgeklärt zu haben und Stoffel veranlaßt zu haben ebenso zu handeln, was aber die Verhandlungen nicht erwiesen haben. Man hat auch gesagt, Palikao habe Stoffel zum Marschall de Mac Mahon geschickt, um ihn zu veranlassen, Bazaine entgegenzugehen, ohne aber hierüber sichere Beweise beibringen zu können.

Es ist also ganz ohne Zweifel, wie ich oben bewiesen habe, daß der Marschall de Mac Mahon aus eigenem Antriebe nach Paris zurückgehen

wollte. Wenn er ſeine Abſicht geändert hat, dann kommt das daher, daß eine Depeſche Bazaines ihn veranlaßt hat zu glauben, eine Vereinigung der beiden Armeen ſei möglich. Wenn er im letzten Augenblick traurig den Marſch auf Montmédy unternommen hat, dann geſchah das nach dem Willen der Regentin und auf Befehl des Kriegsminiſters, der lautete: „Im Namen des Miniſteriums und des Geheimen Rates fordere ich Sie auf, Bazaine zu Hilfe zu eilen, indem Sie den Vorſprung von dreißig Stunden, den Sie vor dem Kronprinzen von Preußen haben, benutzen.“ Nur einige Tage lagen dazwiſchen, daß ſich derſelbe Miniſter ſelbſt ein Dementi gab, denn er hatte am 19. an Mac Mahon geſchrieben: „Ich bin zu weit vom Zentrum Ihrer Operationen entfernt, um Ihnen die Bewegungen angeben zu können, die auszuführen ſind. Ich laſſe Ihnen daher die Freiheit zu handeln, wie Sie es für gut halten.“ Und nun gab er mit überraſchender Genauigkeit den Vorſprung an, den Mac Mahon vor dem Kronprinzen von Preußen haben ſollte, und verhinderte ihn ſo, die einzige verfügbare Armee, die prachtvoll die in aller Eile in der Hauptſtadt zuſammengebrachten Streitkräfte in ſich aufnehmen konnte, zurückzuführen, wodurch die Belagerung faſt unmöglich geworden wäre. Dieſe Depeſche Palikaos, die den Marſch nach Oſten vorſchrieb, beweiſt allein ſchon, daß die Kaiſerin die Depeſche vom 20. Auguſt nicht hat durch Stoffel unterſchlagen laſſen, da ſie denſelben Zweck verfolgte. Sie beweiſt auch, daß die Regentin und Palikao, die befürchteten, den Kaiſer mit der Armee zurückkehren zu ſehen, — was eine Revolution entfeſſelt haben würde, — offenbar den abenteuerlichen Marſch dieſer Armee nach Oſten, d. h. in den Abgrund von Sedan, vorgezogen haben. „Mac Mahon“, ſagte Napoleon, „gehorchte. Alles, was einem Opfer für das allgemeine Wohl glich, ſagte ſeinem hochherzigen Sinne zu.“

Die Lage war für Frankreich ſchrecklich. Die Schlachten bei Courcelles, bei Gravelotte und bei Saint-Privat, die durch den Fehler Bazaines verloren worden waren, der ſich geweigert hatte, den heldenmütigen Truppen im entſcheidenden Augenblicke die Unterſtützung zu bringen, die ihnen den Sieg gebracht hätte, der unnötige und gefährliche Marſch, der Mac Mahon von der Pariſer Regierung aufgezwungen wurde, der traurige Zuſtand des Kaiſers, der krank, ſchwach, aller Autorität beraubt, für die Truppen ein Hindernis und eine Gefahr bildete, die heftigen Streitereien und Vorwürfe in der Kammer, der Parteihader, die drohenden Unruhen in den Straßen, alles war dazu angetan, tödliche Unruhe zu verurſachen. Welcher Mann hätte da Macht genug gehabt zu regieren? Und es war eine Frau, auf der dieſe Laſt lag! Jedoch wollte die Regentin nicht verzweifeln. Wer ſie in dieſer Zeit

gehört hat, war betroffen von ihrer Energie und ihrer Kaltblütigkeit: „Sie ist fest wie ein Fels," schrieb damals Mérimée an Panizzi, „obwohl sie sich die Schrecken ihrer Lage sicher nicht verheimlicht." Die unaufhörlich aufeinander folgenden Depeschen, die denen Recht gaben, die die Fahrlässigkeit und Sorglosigkeit der Regierung getadelt haben, hatten schon über das Schicksal des Kaiserreiches entschieden.

Am 9. August hatte die Opposition die Bildung eines Exekutivausschusses beantragt, um die feindliche Invasion zurückzuweisen, sie hatte aber nur 53 gegen 190 Stimmen vereinigt. Die Ereignisse nahmen bald eine solche Wendung, daß sich der Teilnahme des Parlaments an der ausübenden Gewalt, die von dem Gesetzgebenden Körper vorgeschlagen wurde, der Verlust der Krone reißend schnell zugesellen sollte.

Am 2. September nachmittags hatte Fürst de La Tour d'Auvergne die grausame Aufgabe, der Regentin die Niederlage von Sedan und die Gefangennahme des Kaisers mitzuteilen. „Sie lügen, mein Herr!" rief ihm die Kaiserin bebend zu. „Er ist tot!..." Einen Augenblick später, — es war vier Uhr, — übergab ihr Herr de Bougy folgende Depesche: „Die Armee ist geschlagen. Ich selbst bin Gefangener. — Napoleon." Das Unheil war also nicht mehr zu bezweifeln. Aber obgleich die Stunde schmerzvoll war, zum Klagen war keine Zeit. Es mußte der Versuch gemacht werden, sich um jeden Preis zu verteidigen. Die Kaiserin hatte den Mut, die Unglücksbotschaft zu verschweigen und einen Versuch zum Handeln zu machen. Sie entschloß sich, sich an Thiers zu wenden, als den einzigen, der helfen könnte, und sandte nacheinander Mérimée, den Kammerherrn d'Arguesvives und den Fürsten Metternich zu ihm. Jedem von diesen gab Thiers dieselbe Antwort: „Es ist zu spät!"

Augustin Filon, den man gewiß nicht im Verdacht haben kann, Sympathien für Thiers zu haben, erkennt selbst an, daß er nichts für das Kaiserreich zu tun vermochte. „Ein Strom, stärker als aller Wille, riß die Menschen und Ereignisse mit sich fort[1])."

Nach dem Tagebuche des Grafen d'Haussonville, der nach der eigenen Angabe Thiers „beauftragt war, seine Memoiren zu schreiben", soll es nicht am 2. September gewesen sein, daß Mérimée Thiers aufgefordert habe, dem Kaiserreiche zu Hilfe zu kommen, sondern am 18. und am 20. August. Die Aufforderung war zunächst in einem Briefe an ihn ergangen, dessen Postskriptum lautet: „Seien Sie versichert, daß man

[1]) Mérimée et ses amis.

keiner persönlichen Sorge weicht. Man ist nur besorgt um das, was das Heil des Landes betrifft." Das scheint wahr zu sein. Denn zwanzigmal seit der Kriegserklärung und besonders seit den ersten Niederlagen hatte die Kaiserin wiederholt: „Denken wir nur an Frankreich!" Mérimée kam ein erstes Mal zu Thiers und sagte zu ihm: „Die Kaiserin verlangt Ihren Rat. Sie weiß, daß Sie ein guter Bürger sind. Sie bezweifelt nicht, daß die Ratschläge, die Sie ihr geben, zum Besten des Landes sind. Sie hofft, daß Sie ihr das nicht abschlagen werden." Thiers soll geantwortet haben: „Ja, ich bin ein guter Bürger; ich würde gern raten, einerlei wem, und in jeglicher Lage, und es soll nicht von mir abhängen, daß diese Ratschläge nicht zum Besten unseres Landes seien." Dann überließ er sich einige Augenblicke der Erinnerung an alle seine Vorwürfe gegen das Kaiserreich, das ihn wie einen Feind behandelt hätte, und wiederholte seine Vorwürfe gegen dieses Regime und die Politik, die Frankreich an den Abgrund geführt hätten, dann rief er aus: „Zu kommen um in dem Augenblick, wo dieses Regime und diese Politik ihre bittersten Früchte tragen, das heißt sich selbst und dem, an den man sich in extremis wendet, eine unmögliche Lage schaffen. Was könnte ich sagen, was ich nicht schon gesagt hätte?" Und dann enthüllte er seine ganzen Gedanken und sprach das Wort abdanken aus. Mérimée schrak einen Schritt zurück, aber Thiers wiederholte und betonte dieses Wort.

In einer zweiten Unterredung, die am 20. August stattfand, bat Mérimée von neuem um einen letzten Rat. Thiers sträubte sich dagegen, da er befürchtete, man werde nicht an seine Aufrichtigkeit glauben. „Ich würde selbst nicht mit ruhigem Sinne raten können. Ich würde für den Beweis des Vertrauens danken, müßte es aber ablehnen." Als er später ein Urteil über die Kaiserin abzugeben hatte, sagte er: „Sie hat sich auf dem Throne gut betragen. Sie ist leichtfertig, aber nicht ohne Stolz und Ehrgeiz. Im Unglücke denkt sie daran, ihren Gatten zu opfern, um ihr Kind zu retten." Und Herr d'Haussonville fügt hinzu: „Dieses Urteil ist ungefähr das, was ich nach dem, was ich gehört habe, über sie fälle. Sie muß eine spanische Seele haben." Sie hatte eine spanische und französische Seele, und ihre Energie, ihr Mut in diesen Tagen der Angst und der Gefahr sind bemerkenswert. „Man hat von mir verlangt abzudanken," sagte sie, „aber wie hätte ich das tun können? Ich war gern bereit, alle meine Gewalt als Regentin in die Hände der Vertreter des Volkes zu legen, es schien mir aber im Interesse des Landes notwendig, daß die Regentschaft dem Namen nach beibehalten würde, denn die einzige Sache, um die wir uns bekümmern durften, war die militärische Lage, war der Feind. Zur Verteidigung des Landes war ich bereit jedem zu helfen, ganz einerlei wem, wenn er nur das Ver-

trauen der Nation hatte." Dann lehnte sie sich gegen die Aufforderung auf, ihren Posten zu verlassen: „Ich bin vom Kaiser hierhergestellt worden. Hier sind alle Interessen der Armee und des Landes vereinigt. Es ist meine Pflicht zu bleiben." Am 3. September kam Graf d'Auguesvives aus freien Stücken abends zu Thiers. Er war der Kaiserin sehr ergeben. Mit äußerster Delikatesse fragte er: „Was soll diese unglückselige Frau, die als Gattin und als Mutter so unglücklich ist, tun?" — „Sagen Sie ihr," antwortete Thiers, „daß meine Freunde und ich nicht die Feinde sind, die man ihr geschildert hat. Ich kann fest behaupten, daß sie bei uns nur Achtung und Ehrerbietung finden wird ... Meinem Gefühle nach wird sie, wenn sie ihren Aufenthalt in Paris verlängert, eine Lage verlängern, die bis jetzt nicht ohne Würde gewesen ist, die, wie ich hoffe, ohne Gefahr bleiben wird, die mir aber nicht vorteilhaft scheint, weder für sie noch für das Land." Die Bonapartisten haben Thiers seine Härte vorgeworfen. Das ist unrecht. Was hätte er zugunsten des Kaisertreiches tun können, wo alles zusammenstürzte und wo seine besten Freunde selbst zugeben mußten, daß die Partie verloren sei?

Die schreckliche Nachricht von der Kapitulation von Sedan und der Gefangenschaft Napoleons III. hatte sich schon in Paris verbreitet. Die Aufregung war ungeheuer und die Leidenschaften entfesselt. Auf den Boulevards ertönte nur ein Schrei: „Absetzung! Absetzung!" Da begab sich die Opposition mit Herrn de Kératry an der Spitze zum Präsidenten Schneider und forderte ihn auf, sofort die Gesetzgebende Versammlung einzuberufen. Herr Schneider glaubte aber, man könne sich noch der Regentin und dem kaiserlichen Prinzen anschließen, und suchte offenbar Zeit zu gewinnen. Er wollte gern den Gesetzgebenden Körper direkt mit der Landesverteidigung verbinden und ihm einen Teil der ausübenden Gewalt geben. Jules Favre und seine Freunde bereiteten eine Regierungskommission vor, in die sie den General Grafen de Palikao, Schneider und Thiers eintreten zu lassen gedachten. Endlich wurde die Sitzung vom Präsidenten auf den 4. September um Mitternacht angesetzt, die dann in Wirklichkeit um ein Uhr eröffnet wurde.

Herr Martel hatte bei Herrn Schneider und den Ministern vergeblich darauf gedrungen, daß die Nachtsitzung entscheidend sein solle, damit man über den Antrag Thiers abstimmen könne, der verlangte, „in Anbetracht der Umstände" für die Regierung und für die nationale Verteidigung eine Kommission zu ernennen. Da man sich über die Regierungskommission nicht hatte einigen können, brachten Jules Ferry und siebenundzwanzig seiner Kollegen einen Antrag auf Absetzung Louis Napoleons und seiner Dynastie ein, gegen den sich

nur eine einzige Stimme, die des Herrn Pinard, erhob. Dann wurde die Sitzung, in der, mit Ausnahme dieser Unterbrechung, ein eindrucksvolles Schweigen herrschte, nach Verlauf von zwanzig Minuten auf Mittag verschoben, ohne daß man über irgend etwas zum Beschlusse gelangte. „Unter so schwierigen Umständen", sagt Graf Daru, „hätte die Gesetzgebende Versammlung unverzüglich auf Mittel sinnen müssen, um die Gefahren zu beschwören, von denen Frankreich bedroht war ... Es war höchst gefährlich, zwölf Stunden verstreichen zu lassen zwischen dem Augenblicke, wo der Ruf nach Absetzung auf der Tribüne erschallt war, und dem Augenblicke, wo dieser Ruf wie ein Echo auf allen Plätzen und in allen Straßen wiederholt, zum Aufstande der Vorstädte Veranlassung geben sollte." Nach der Aufhebung der Nachtsitzung suchte Herr Buffet, der im Sitzungssaale geblieben war, mit einigen seiner Freunde aus der Vertagung Nutzen zu ziehen, und er soll, wie uns Baron de Courcel in der beredten Biographie berichtet, die er diesem großen Franzosen gewidmet hat[1]), den Gedanken gehegt haben, durch die Kaiserin eine Botschaft an den Gesetzgebenden Körper richten zu lassen, wodurch sie erklärte, dieser Versammlung die Leitung der Geschäfte zu übertragen, und sie aufforderte, eine Kommission zu ernennen, die regieren sollte, mit dem Versprechen, Frankreich nach dem Kriege wegen der Regierungsform zu befragen.

Diese Botschaft sollte so lauten: „Seit der Abreise des Kaisers führe ich die Regierung auf Grund bestimmter, mir übertragener Ermächtigungen. Diese sind nicht mehr ausreichend. Ich kann vom Kaiser keine neuen, weitergehenden verlangen, da er nicht mehr frei ist, auch nicht vom Lande, da das Land nicht imstande ist, schnell genug auf meine Aufforderung zu antworten. Infolgedessen übertrage ich dem Gesetzgebenden Körper, der einzigen aus einer allgemeinen Wahl hervorgegangenen Körperschaft, die Handhabung der ausübenden Gewalt, die mir anvertraut worden ist, und ich fordere den Gesetzgebenden Körper auf, eine Regierungskommission zu ernennen. Das Land wird, sobald das möglich ist, befragt werden und entscheiden." Herr Buffet hoffte, daß der Gedanke einer derartigen Botschaft von einer großen Anzahl von Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen der Kammer günstig aufgenommen werden würde. Er wurde Herrn Schneider mitgeteilt, der ihn billigte. Während die Deputierten sich im Gesetzgebenden Körper am Morgen des 4. September versammelten, um einen vom Ministerrate ausgearbeiteten Entwurf zu prüfen, der bezweckte, durch

---

[1]) Vie et travaux de Louis Buffet, par le baron de Courcel, membre de l'Institut, S. 80—82.

die Versammlung einen Regentschaftsrat erwählen zu lassen, der unter Vorsitz des Generals de Palikao die ausübende Gewalt innehaben sollte; während die Gruppen noch den Antrag Thiers prüften, der sich auf die Errichtung einer Kommission für die Regierung und die nationale Verteidigung bezog, bat der Präsident des Gesetzgebenden Körpers die Herren Buffet, Alfred Le Rour, Daru, Dupuy de Lôme, Kolb-Bernard, Genton, de Talhouët, de Piennes und d'Anguesvives gegen Mittag zu den Tuilerien zu kommen, um der Kaiserin ihren Vorschlag zu unterbreiten. Herr Buffet versuchte also der Regentin begreiflich zu machen, sein Vorschlag sei das einzige Mittel für die Zukunft zu sorgen und dem Gesetzgebenden Körper den genügenden Einfluß zu bewahren, um die Lage beherrschen zu können. Die Haltung der Kaiserin war ruhig und ihre Antwort sehr würdig. Sie erklärte, den Posten nicht verlassen zu können, auf den sie durch das Vertrauen des Kaisers gestellt sei.

„Nach den schrecklichen und so schmerzhaften Prüfungen, die ich durchgemacht habe," sagte sie, „liegt mir wenig daran, dem Kaiser und meinem Sohne die Krone zu erhalten. Was mir aber sehr zu Herzen geht, das ist die Lage Frankreichs. Nur das Einzige beschäftigt mich ausschließlich, die mir auferlegten Pflichten in ihrer ganzen Ausdehnung zu erfüllen und dafür, wenn es nötig ist, allen Gefahren ins Auge zu sehen; nicht aber im kritischen Augenblick den Posten zu verlassen, der mir anvertraut ist."

Sie forderte dann die Deputierten auf, denen sie das Beispiel der Cortes in Cadix ins Gedächtnis rief, sich um die Regierung zu scharen und sich zu vereinigen, um den Einfall zurückzuweisen. „Wenn eine energische Verteidigung dann für unmöglich erachtet wird," fügte sie hinzu, „kann ich immer noch besser als jeder andere die am wenigsten ungünstigen Friedensbedingungen erlangen. Der Vertreter einer Großmacht hat mir gestern angeboten, den neutralen Staaten vorzuschlagen, eine Vermittlung auf der zweifachen Grundlage anzubahnen: die Unversehrtheit des Gebietes Frankreichs und Beibehaltung der kaiserlichen Dynastie. Ich habe die erste Grundlage angenommen, die zweite aber zurückgewiesen. Die Beibehaltung der Dynastie ist eine rein innerliche Frage, die Frankreich allein das Recht hat zu lösen, wie das es gut dünkt, und in die ich niemals die Einmischung einer fremden Macht gestatten werde."

Graf Daru, der dieser Unterredung beigewohnt hat, hat die Richtigkeit dieser Worte anerkannt und noch einige hinzugefügt, die sein Gedächtnis bewahrt hat, an die Herr Buffet sich ebenfalls erinnert hat: „In dem Falle, wo man die Beibehaltung der Gewalt in meinen Händen als ein

Hindernis für die Einigung aller Franzosen und das Interesse der Verteidigung ansehen würde," schloß die Kaiserin, „glauben Sie, meine Herren, daß es von einer Frau, die freiwillig vom Throne herabgestiegen ist, eine zu anspruchsvolle Forderung ist, von der Kammer die Berechtigung zu erbitten in Paris zu bleiben, in der Residenz, die man für gut befände ihr anzuweisen, wenn es ihr nur gestattet ist die Leiden, die Gefahren und die Qualen der belagerten Hauptstadt zu teilen?"[1]) Die Regentin wollte nicht, daß es den Anschein habe, als wolle sie sich ihrer Pflicht entziehen und einem Fremden nicht die Möglichkeit bieten, in unsere inneren Angelegenheiten einzugreifen. „Krieg durch ihn, meinetwegen", sagte sie; „die Wahl einer Regierung, niemals!" Diese so klare Äußerung der Kaiserin muß bemerkt werden, denn in den Tagen, die nun folgen, bildet sie die fast unveränderte Regel ihrer Haltung, was für verlockende Versprechungen oder geschickte Versuche es immer sein mögen, deren Gegenstand sie sein wird. Sie kam den Deputierten sogar noch weiter entgegen. „Wenn Sie glauben," sagte sie, „daß ich ein Hindernis bin, daß der Name des Kaiserreichs ein Hindernis ist anstatt eine Macht zu sein, sprechen Sie unsere Absetzung aus! Ich werde nicht klagen. Ich wäre von der schweren Last befreit, die auf mir liegt, und könnte mich mit Ehren zurückziehen." Herr Buffet kann sich nicht enthalten, die beredte Würde der Regentin anzuerkennen. „Ich war davon aufs tiefste bewegt und bin sicher, daß diese Bewegung von allen meinen Kollegen geteilt wurde."

Da die Kaiserin darauf zurückkam, das beste würde es sein alle politischen Fragen beiseite zu lassen und sich um die Regierung zu scharen, um dem Feinde die Stirn zu bieten, war Herr Buffet genötigt ihr zu antworten, daß dies bei der Aufregung, die draußen und auch in der Kammer selbst herrsche, unmöglich sei. Darauf antwortete die Kaiserin nach einer kurzen Überlegung: „Ich ermächtige Sie, zum Gesetzgebenden Körper zurückzukehren und dem General de Palikao und seinen Kollegen zu sagen, daß ich mich vollständig auf sie verlasse und daß sie frei sind die Entscheidung zu treffen, die ihnen am besten den Interessen des Landes zu entsprechen schiene. Wenn meine Minister mit Ihnen über die Maßregeln, die Sie mir zu ergreifen vorschlagen, einig sind, dann wird Ihnen von mir kein Hindernis bereitet werden."

Auf Antrag einer gewissen Anzahl Deputierter stimmte General de Palikao zu, die Worte „Regentschaftsrat" durch „Rat der Regierung" zu ersetzen, wovon er die Kaiserin benachrichtigte, die diese Änderung

---

[1]) Aussage Buffets vor der Untersuchungskommission über die nationale Verteidigung.

gutheß. Aber es war zu spät. Obwohl Thiers um ein Uhr nachmittags in der Absicht, die Einigung aller Gruppen zu erhalten, vorgeschlagen hatte, an Stelle der Worte angesichts des Fehlens einer Regierungsgewalt die Fassung zu setzen „angesichts der Umstände, — ernennt die Kammer eine Kommission für die Regierung und die nationale Verteidigung. Eine verfassunggebende Versammlung soll einberufen werden, sobald es die Umstände gestatten", was notgedrungen die Absetzung des Kaisers in sich schloß ohne es auszusprechen, zog sich doch die Verhandlung in den Bureaux über diesen Antrag, über den der Regierung und den der Opposition sehr in die Länge. Als Herr Buffet und seine Freunde aus den Tuilerien kamen, fanden sie ihre Kollegen damit beschäftigt, über den Antrag Palikaos und die beiden Vorschläge Thiers' und Jules Favres zu verhandeln. Die Umstände veranlaßten es dann, daß man sich dem Vorschlage Thiers' anschloß, der zur Ernennung einer Kommission der Verteidigung und der Regierung führte, die aus fünf durch den Gesetzgebenden Körper erwählten Mitgliedern bestand. Die Kaiserin legte diesem Entschlusse kein Hindernis in den Weg. Herr Martel, der Berichterstatter der Kommission, wollte sich gerade in den Sitzungssaal begeben, als das Eindringen des Volkes stattfand.

Seit ein Uhr fünfundvierzig Minuten, wo die Sitzung vertagt worden war, wartete der Präsident Schneider geduldig auf die Entscheidung der Bureaux. Gegen zweiundeinviertel Uhr wurden die Tribünen plötzlich von einer unordentlichen Masse überschwemmt, die schrie: „Absetzung! Absetzung!" Zahlreiche Deputierte waren in aller Eile in den Sitzungssaal getreten. Sie wurden mit dem Rufe begrüßt: „Es lebe die Republik!" Gambetta erbat Ruhe und Schweigen. Man klatschte ihm Beifall, und dann begann der Tumult wieder. Kolbenschläge ertönten gegen die äußeren Türen, und man hörte das unheimliche Geklirr zerbrochener Fenster. Der Präsident versuchte Gambetta zu unterstützen; man klatschte, pfiff und heulte dann. Eine Anzahl Deputierte verließ den Saal. Glais-Bizoin und Girault versuchten vergeblich zu sprechen. Gambetta erschien wieder auf der Tribüne und erklärte, man werde über die Absetzung abstimmen. Man klatschte Beifall, da entstand ein furchtbarer Lärm. Die Türen im Hintergrunde wurden zertrümmert. Eine buntscheckige und brüllende Menge kam wie ein Strom in den Saal, stürzte sich auf die Sitze und Pulte, warf die Druckschriften in die Luft und stieß Rufe aus, wobei die Worte: „Abdankung! Republik!" vorherrschten. Herr Schneider setzte seinen Hut auf und stieg eilig von seinem erhöhten Sitze herab, gefolgt von seinem Kabinettschef Bouillet, und wandte sich dem Garten zu, wo er von den

Aufrührern angegriffen wurde, die ihn bespieen und heftig schlugen und ihn auch wohl in Stücke gerissen hätten, wenn nicht die Herren Bodin und Chesnelong energisch eingeschritten wären und ihn ihren Schlägen entzogen. Während dieser Zeit kletterten junge Burschen auf seinen Sessel und läuteten mit aller Kraft die Glocke. Ein Nationalgardist schwenkte eine große Fahne mit der Inschrift: 73. B^{on} — 5. Cie — XII. Arr^{t}. Nun versuchten Estancelin und Jules Ferry die Aufrührer hinauszutreiben. Sie wurden umzingelt. Einige Zuschauer springen von den Tribünen in den Saal und bilden dort dichte Knäuel. Gambetta steigt zum dritten Male auf die Tribüne und erklärt die Absetzung Napoleons und seiner Dynastie. Er wird mit langem und lautem Beifall begrüßt, worauf Wutschreie und wiederholt der Ruf: „Es lebe die Republik!" folgen. Régère, Malon, Jaclard, Miot, Peyrouton, Razoua, die künftigen Helden der Kommune waren unter den aufgeregtesten.

Nationalgarden zeigten an den Bajonetten ihrer Gewehre die Worte „Zum Rathaus!" auf ein Blatt Papier geschrieben. Jules Favre schrie plötzlich aus Leibeskräften: „Zum Rathaus!" und stürzte hinaus, gefolgt von der Menge. Nur die Neugierigen, die Stenographen und Sekretäre blieben in dem Saale, der voll von Staub und zerrissenen Papieren war ... Im Senate schlug der Vizepräsident Boudet, als er diese heftigen Szenen erfuhr, den Senatoren in ernsthafter Weise vor, sich am folgenden Tage um halb zwei Uhr zu versammeln. Am folgenden Tage waren an den Türen des Saales von Eugène Pelletan Siegel angelegt worden, der wohl kaum daran dachte, daß er in demselben Palast Quästor eines neuen Senates werden würde.

Um vier Uhr desselben Tages hatte ein großer Teil der Deputierten — es waren hundertsiebzig — im Eßzimmer der Präsidentschaft des Gesetzgebenden Körpers unter dem Vorsitze des Herrn Alfred Le Rour den Antrag Thiers angenommen, der sich auf die Bildung einer Regierungskommission bezog. Man schickte acht Delegierte zum Rathause, um sich mit den Deputierten zu verständigen, die dort waren. Jules Ferry antwortete der Delegation, an deren Spitze Jules Grévy marschierte, daß die Entscheidung des Gesetzgebenden Körpers zu spät komme und daß die Republik so gut gegen den Gesetzgebenden Körper sei wie gegen das Kaiserreich. Er ging abends um acht Uhr selbst zur Präsidentur, um diese Nachricht zu bestätigen und zu erklären, die Regierung, an deren Spitze General Trochu stehe, sei ausgerufen und vom Volke angenommen worden mit dem Auftrage, Paris und Frankreich zu verteidigen. Thiers antwortete, daß die Mitglieder der Regierung der nationalen Verteidigung, — ein Titel, den sie auf eigene Anregung angenommen hatte, — eine ungeheure Verantwortung auf sich geladen

habe, er wünsche aber mit allen seinen Kollegen, daß das Unternehmen Erfolg haben und das Land befreien möge. Um zehn Uhr abends zogen sich die Deputierten bewegt zurück. Am 5. September waren achtzig von ihnen bei Herrn Johnston, Avenue de l'Alma versammelt, um gegen das Eindringen in den Gesetzgebenden Körper zu protestieren und zugleich um zu erklären, sie seien entschlossen sich ausschließlich dem Werke der Verteidigung des Landes zu widmen, die einen in Paris, die anderen in der Provinz. Sie versprachen vor dem Feinde kein Beispiel von Rechtsverletzung noch von Zwietracht geben zu wollen. Damit begann die Aufgabe der nationalen Verteidigung.

Als Jules Favre sich an die Spitze des Haufens stellte, der sich zum Rathause begab, war er nicht ohne Sorgen um das, was vorgehen könne. Seine Aufregung wuchs, als er an der Concordienbrücke den gefährlichen Ruf hörte: „Zu den Tuilerien!" Er wandte sich aber um und gab der ihm folgenden Kolonne ein Zeichen ihm zu folgen und wiederholte: „Zum Rathause!" Bei dem Gittertor an der Solferinobrücke traf er den General Trochu, dem er in seinem Quartier im Louvre für wichtige Mitteilungen Rendezvous gab. Am Morgen noch war der General zu den Tuilerien gegangen und war von der Regentin auf Bitten des Herrn Chevreau, des Seinepräfekten, empfangen worden. Die Unterredung hatte eine Viertelstunde gedauert. Was war zwischen dem General und der Souveränin vorgegangen? Herr Chevreau beschränkt sich darauf zu sagen: „Als die Kaiserin zum Ministerrate kam, näherte ich mich ihrem Sessel und sagte nur die Worte: „Nun, Majestät?" Sie antwortete nichts, wandte den Kopf zur Seite und richtete die Augen zum Himmel. Ich legte mir diese Bewegung dahin aus, daß sie vom General die Versicherungen nicht erhalten hätte, die sie von ihm erwartete, und daß sie kein Vertrauen in ihn habe, das ist aber nur meine Auffassung." Herr Chevreau glaubt, wenn der General Trochu sich am 4. September in Uniform an die Spitze der Truppen und der Nationalgarde zwischen den Aufruhr und den Gesetzgebenden Körper gestellt hätte, wäre die nationale Vertretung bewahrt geblieben. Das ist ein vollständiger Irrtum. Man muß die Ereignisse selbst gesehen haben, um zu begreifen, daß dies eine sonderbare Einbildung des Seinepräfekten war. Es ist auch wichtig daran zu erinnern, daß der Kriegsminister in der Nacht vom 3. zum 4. September aus Mißtrauen vor dem Gouverneur von Paris die Wache des Gesetzgebenden Körpers unter den direkten Befehl des Generals Soumain gestellt hatte. Dieses beleidigende Vorgehen erregte den General Trochu, der sich von nun an nicht mehr um die Verteidigung der Versammlung zu kümmern brauchte und die Ereignisse

abwartete. Nach seiner Unterredung mit der Kaiserin war er zum Louvre zurückgegangen, hatte aber keine Anstalten zur Verteidigung der Tuilerien getroffen, obwohl er sah, wie aufgeregt Paris war, bereit das noch zu stürzen, was von der Gewalt noch übrig war. Er trat erst aus seiner Untätigkeit hervor, als ihn der Quästor General Le Breton dringend darum bat, und sandte dann seinen Generalstabschef General Schmitz zum Palaste. Dann stieg er zu Pferde, um zu betrachten, was in der Nähe des Gesetzgebenden Körpers vor sich ginge. Aber der Concordienplatz und die anstoßenden Straßen glichen einem stürmischen See. Nationalgarden ohne Waffen, Arbeiter in weißen Blusen und junge Leute drängten sich zwischen den Soldaten durch, und so fand nach und nach das Eindringen in den Gesetzgebenden Körper statt. Die Nationalgarde, die im Hofe war, es war ein ausgezeichnetes Bataillon, das 18., ließ die Menge eintreten ohne ein Wort zu sagen, ohne eine Bewegung zu machen. Die Truppen und Schutzleute, die den Bourbonenpalast eng umstanden, wurden in einigen Minuten vom Volke durchbrochen, das einen wahren Strom bildete. Der Ministerrat in den Tuilerien hatte nur wenige Minuten gedauert, als man auch schon das Gefühl hatte, man müsse an die Rettung der Kaiserin denken. General de Palikao, der dem Einbruch in den Gesetzgebenden Körper beigewohnt hatte und in das Bureau des Archivs gegangen war, um einen letzten Widerstandsversuch anzubefehlen, um zu verhindern, daß das Rathaus besetzt werde, erfuhr von einem seiner Offiziere, es sei zu spät, und ging fort mit den Worten, die ich aus seinem eigenen Munde gehört habe: „Gehen wir, es ist nichts mehr zu machen!"

In dem Augenblicke, als das Rathaus von der Menge besetzt wurde, war die Kaiserin in den Tuilerien; bei ihr waren der General Mellinet, der Admiral Jurien de La Gravière, der Polizeipräfekt Pietri, Herr von Metternich, der Chevalier Nigra, die Prinzessin Clotilde, Frau Lebreton und einige treue Freunde. Da öffnete ein Teil des Volkes, das dem Eindringen in den Gesetzgebenden Körper beigewohnt hatte, das Gitter des Tuileriengartens, das nach dem Concordienplatze geht, und drang unter lautem Geschrei bis zu dem reservierten Garten vor. General Mellinet war da mit einem Regiment Voltigeurs, das bald darauf von der Nationalgarde abgelöst wurde. Mellinet sprach zu dem Volke und sagte, die Kaiserin sei abgereist. Während dieser Zeit entschloß sich die Kaiserin, auf dringendes Anraten ihrer Freunde und nach lebhaftem Widerstande die Tuilerien zu verlassen. Sie nahm einen Reisemantel um und setzte einen Hut mit einem dichten braunen Schleier auf, dann ging sie durch den Staatssaal, den linken Flügel des Louvre und das assyrische Museum zu dem Tore, das nach dem Platze Saint-Germain-

l'Aurerrois führt, begleitet von Frau Lebreton, Herrn von Metternich und dem Chevalier Nigra. Dort stieg sie in eine geschlossene Droschke und gab dem Kutscher die Adresse des Herrn Staatsrat Besson, dann des Marquis de Pienne, eines treuen Freundes, der in der Avenue Wagram wohnte. Da Herr de Pienne nicht zu Hause war, gab sie die Wohnung des Doktor Evans in der Avenue du Bois-de-Boulogne an, wo sie Aufnahme fand[1]). Am Morgen des 5. September fuhr sie mit Doktor Evans und Doktor Crane in einem geschlossenen Landauer ab, ging über Mantes und kam am 6. abends in Deauville an. Dort willigte sie um Mitternacht ein, die Yacht Sir John Burgoynes, eines ergebenen Freundes des Kaisers, zu besteigen, und gelangte, nicht ohne Gefahr, auf stürmischem Meere nach Ryde, von wo aus sie am 8. September nach Hastings fuhr, wo sie den Kaiserlichen Prinzen vorfand, der vom Grafen Clary nach England gebracht worden war. Das unglückliche Kind war seinem Vater und der Armee von Saarbrücken nach Verdun und Chalons gefolgt; als er dann gezwungen war, den Kaiser zu verlassen, der ihm beim Abschied versprach, daß ihre Trennung kurz sein solle, war er über Mézières, Maubeuge, Mons, Namur und Verviers nach Ostende gelangt. Am 6. September hatte er sich nach einer schmerzlichen Reise, die ihm wie eine verzweifelte Flucht vorkam, nach England eingeschifft. Die Kaiserin und ihr Sohn richteten sich in Chislehurst in einer Villa ein, die Doktor Evans für sie gemietet hatte. Einige Tage vorher hatte Lord Granville an Lord Lyons geschrieben, als er ihm die Kapitulation von Sedan meldete: „In dem Falle, daß Ihre Majestät die Kaiserin sich entschließt, Paris zu verlassen mit der Absicht, die kaiserliche Regierung aufrecht zu erhalten, sei es auch nur mit einem Schatten von Autorität, dann folgen Sie Ihrer Majestät unter keinen Umständen; aber tun Sie alles, was in Ihrer Macht steht, um zur Sicherheit und zum Komfort Ihrer Majestät beizutragen, wenn Sie berufen werden, mit Rat und Tat beizustehen[2])." Diese Depesche bewies schon, daß die britische Regierung den Sturz des Kaiserreiches als unwiderruflich betrachtete und nicht daran dachte, dem Kaiser oder der Regentin beizustehen, die Macht wiederzugewinnen. Als sie bei prachtvollem Wetter Paris verließ, angesichts des Volkes, das durch Freudenrufe den Sturz des kaiserlichen Regimes wie eine Befreiung begrüßte, sagte sie bitter zu Frau Lebreton: „In Frankreich hat man kein Recht unglücklich zu sein!" Und zum Doktor Evans, dem gegenüber sie ihr Bedauern ausgesprochen hatte, nicht in Paris bleiben zu können, um die Gefahren der Belagerung und die

[1]) Für alle Einzelheiten der Abreise der Kaiserin vgl. Les Souvenirs du docteur Evans und das Buch Quentin-Bauchards.

[2]) Archives diplomatiques. 1871 – 1872. Bd. II.

Leiden der Pariser zu teilen, Hospitäler zu besuchen und die Elenden zu unterstützen, sagte sie: „Oh! Warum hat man mich nicht in den Mauern von Paris sterben lassen? Die Franzosen haben große und glänzende Eigenschaften, aber sie haben keine Überzeugungen, es fehlt ihnen an Beständigkeit. Sie sind einfach von Sinn, aber beweglich von Charakter. Sie lieben den Ruhm, verstehen aber kein Unglück zu ertragen. Für sie ist Recht und Erfolg ein und dasselbe. Es gibt kein Land auf der Welt, wo die Entfernung zwischen dem Erhabenen und dem Lächerlichen so klein ist wie in Frankreich. Und wie die Geschichte Frankreichs sich wiederholt! Seit hundert Jahren haben alle Regierungen durch eine Revolution oder eine Flucht ein Ende genommen. Noch ganz kürzlich sprachen einige Personen die Befürchtung aus, eine neue Depesche könne den Sturz der kaiserlichen Regierung herbeiführen. Ich erklärte ihnen, ich würde niemals die Tuilerien in einer Droschke verlassen wie Louis Philippe. Und nun habe ich es doch gerade so gemacht!“[1]) Und trotz der trüben Umstände konnte sich die Kaiserin nicht erwehren zu lächeln.

Über diesen Tag des 4. September, der strahlend von Licht war, erleuchtet von „einer der schönen Sonnen, die Paris in Freude versetzen, wenn sie einen Sommersonntag bescheinen“[2]), kenne ich nichts Ergreifenderes als diese wenigen Zeilen Mérimées an Panizzi: „Alles, was die grausigste Einbildungskraft an Unglück ausdenken kann, ist von den Ereignissen übertroffen worden. Es ist ein allgemeiner Zusammenbruch. Eine Armee, die kapituliert, ein Kaiser, der sich fangen läßt, alles stürzt auf einmal zusammen. Ich schreibe Ihnen vom Senat.“ Mérimée war zum Luxemburgpalast gegangen und hatte Mühe gehabt, dort seinen Platz einzunehmen. Es würde ihm nicht mißfallen haben, auf dem kuruli schen Stuhle zu sterben, aber die Aufrührer verschmähten den Senat. „Man vertagte sich auf den folgenden Tag, ein folgender Tag der nie gekommen ist.“ Was war nun übrig geblieben von den Vorwürfen und den Kriegsrufen, die diese Greise ausgestoßen hatten? Ein Murmeln, und auch das kaum!... Mérimée erfuhr das Eindringen in den Gesetzgebenden Körper, den Triumph des Aufruhrs, die Herrschaft der Nationalgarde. „Ich kann mir nicht vorstellen, was aus unserer Freundin werden soll“, schreibt er an Panizzi. „Ich halte es für unwahrscheinlich, daß sie nach England geht, und wenn ich ihr über diese delikate Angelegenheit einen Rat geben sollte, würde ich ihr das nicht vorschlagen. Ich würde den Far-West vorziehen oder irgendeinen

---

[1]) Mémoires du doctor Evans.

[2]) Mérimée et ses amis, par A. Filon.

vergessenen Winkel des Adriatischen. Nun, wer lebt, wird's sehen!" Kurze Zeit nach dem Sturze des kaiserlichen Regimes machte er seiner Freundin Frau de Beaulincourt dieses aufrichtige Geständnis: „Ich habe mein ganzes Leben gesucht mich von Vorurteilen freizumachen, erst ein Weltbürger und dann erst Franzose zu sein. Ich weine über ihre Erniedrigung und wie undankbar und absurd sie auch sein mögen, ich liebe sie doch immer noch!" Das hatten die tragischen Ereignisse aus dem Skeptizismus Mérimées gemacht! Wieviele Skeptiker wie er begriffen und bedauerten nun am Tage nach Sedan die indifferente Ruhe, in der sie so lange gelebt hatten und die Unkenntnis über die Absichten Preußens gegen Frankreich.

Ein Brief Gambettas an Frau Adam, der am 4. September 1874 geschrieben, aber erst ganz kürzlich veröffentlicht worden ist, erinnert in bewegten Ausdrücken an diesen berühmten Tag: „Die Erinnerung an diesen schmerzhaften und tragischen Tag legt mir immer schwarzen Flor auf den Geist. Trotz der Befreiung, die uns dieser Tag gebracht hat, kann ich doch den grausamen Gedanken nicht loswerden, daß wir das Kaiserreich nicht mit unseren Händen gestürzt haben; daß wir es haben unter den Schlägen der Fremden sinken sehen, und ich denke zurück an diesen Marsch eines ganzen Volkes zum Rathause, dessen Weg es zwanzig Jahre lang vergessen hatte ... Ich erinnere mich mit ebensolcher Bitterkeit wie am ersten Tage, daß ich am 4. September auf dem Wege zum Rathause, mitten unter dem Zujauchzen des Volkes von Paris, an den Seinekais entlang zu meinem Wegegenossen sagte: „Die Rufe, die Freude dieses Volkes machen mich tottraurig. Die Unglückseligen hören das Geklirre der germanischen Legionen in der Ferne nicht!" Ich zürnte dieser prachtvollen Sonne, die wie das Aufleuchten eines letzten Festes auf den Niedergang eines großen Volkes strahlte. Wie ich es einige Wochen vorher auf der Tribüne des Bourbonenpalastes gesagt hatte, ging Frankreich dem Abgrunde entgegen, ohne es zu merken!" Es verdankte es dem Aufrufe eben dieses Mannes, der am Tage nach Sedan das schmerzlichste Schicksal befürchtete, daß es das abgebrochene Schwert wieder ergriff und noch fünf Monate einen heldenmütigen Kampf gegen die feindlichen Massen aushalten konnte, die es von allen Seiten bedrängten und Europa zur Bewunderung zwang, das allzulange feindlich oder gleichgültig gewesen war.

Ein berühmter Zeuge des Krieges hat in einer bewundernswerten Schilderung der nationalen Verteidigung das gerechte Lob zu spenden vermocht: „Die Erinnerung an 1792 und an den zu dieser berühmten Zeit glücklich durchgeführten Kampf für die nationale Unabhängigkeit hatte nicht aufgehört allen gegenwärtig zu sein. Man erweckte sie, um

den Mut anzufachen und die Hoffnung zu beleben. Da war eine ganze heroische Legende: der Boden des Vaterlandes erhob sich gewissermaßen von selbst unter dem Fuße des Eindringlings. Es war wie ein Wunder. Mein Vater, der es gesehen hatte, erzählte es uns in unserer Jugend. Bis zur letzten Stunde, in der größten Gefahr, und als alle menschliche Hilfe ausblieb, erhoben wir unsere Augen zum Himmel in der Erwartung, daß irgendein Zeichen uns Besserwerden verspräche. Warum nicht? Galt es nicht dieselbe Sache zu verteidigen, oft gegen denselben Gegner? Wenn es eine Täuschung war, so war sie doch heilsam, denn sie stärkte manche Seele, und mehr als ein glorreicher Toter hat den Trost mit ins Grab genommen!"[1])

[1]) Rede des Herzogs de Broglie in der französischen Akademie am 7. Februar 1895.

Achtes Kapitel.

Der Tag von Sedan und seine Folgen.

Was war um den Kaiser vor sich gegangen, während Paris in Aufregung geriet und eine Revolution vorbereitete? Das muß jetzt betrachtet werden.

Einige Tage vor der Schlacht, die mit der Niederlage der Armee Mac Mahons und dem Sturze des Kaiserreiches endigen sollte, hatte Napoleon III. geglaubt, seine Soldaten durch eine Proklamation beruhigen zu sollen, worin er behauptete, daß Bazaine unter den Mauern von Metz seine Truppen wieder geordnet habe und ganz Frankreich sich erhöbe, um den Eindringling zurückzuweisen. „Da die Kaiserin mich in Paris würdig vertritt, habe ich unter diesen ernsten Umständen die Rolle des Soldaten der des Souveräns vorgezogen. Nichts wird mir zu teuer sein, um das Vaterland zu retten!... Seid würdig Eures alten Rufes! Gott wird unser Land nicht verlassen, wenn ein jeder seine Pflicht tut!" Aber am 1. September, bei Sedan, hatte er schon beim Beginn der Schlacht begriffen, daß die Armee, gegenüber einer zweifach überlegenen Macht einer Niederlage entgegenging, trotz ihres bewundernswerten Mutes. General Ducrot, der Kommandierende des 1. Korps der Armee von Chalons, wurde benachrichtigt, daß der Marschall de Mac Mahon, der gleich im Anfange der Schlacht schwer verwundet worden war, ihm den Oberbefehl übertrage, und hatte schon um acht Uhr morgens seine Maßregeln getroffen, um den Rückzug auf Mézières sicher zu stellen. Seine Befehle, die das Heil der Armee oder doch wenigstens eines großen Teiles der Truppen sichern konnten, wurden schon ausgeführt, als er vom General de Wimpffen einen mit Bleistift geschriebenen Brief erhielt, worin ihm gesagt wurde, er solle nicht an den Rückzug denken. Wimpffen stützte sich auf einen Brief des Generals Palikao, des Kriegsministers, der ihm den Oberbefehl übertrug im Falle, daß Mac Mahon getötet oder in die Unmöglichkeit versetzt würde zu handeln. Ducrot machte sich sofort auf, um Wimpffen aufzusuchen, und sagte ihm, als er ihn getroffen hatte, er käme nicht, ihm den Oberbefehl streitig zu machen, er beschwöre ihn aber im Namen des Heils der Armee, die Rückzugsbewegung fortsetzen zu lassen, die einzige, die gegenüber der erdrückenden

Macht des Feindes und bei der unglücklichen Stellung, in der der französische Soldat sich befinde, möglich sei. Wimpffen ließ sich nicht überzeugen, und Ducrot ritt fort, den Tod im Herzen; er ergab sich darein, die Truppen ins Feuer zu führen, von denen er im voraus wußte, daß sie ohne Nutzen aufgeopfert würden. So gab er ein großes Beispiel von Selbstverleugnung und Disziplin, wie Mac Mahon getan hatte, als er die Befehle ausführte, die er für unheilvoll hielt. Schon vom 30. August ab war er von der unbedingten Notwendigkeit überzeugt gewesen, sich auf Mézières zurückziehen zu müssen, denn die unglücklichen Gefechte von Beaumont und Mouzon hatten bei ihm großen Zweifel hervorgerufen. Er wußte in dem Augenblicke, als Mac Mahon ihm den Oberbefehl übertrug, daß der Abzug der Armee nach Mézières gesichert war, selbst wenn der Feind Herr über die Linie von Vrigne-aux-Bois war, da der Wald an der Grenze entlang passierbar war. Er wußte, daß der Feind noch nicht mit dem 7. Korps bei Saint-Menger in Berührung gekommen war; daß die Deutschen sich in Massen auf Illy zögen und die Richtung nach Osten versperrten, da sie versuchten, uns einzuschließen. Er wußte schließlich auch, wenn man auf dem von Mac Mahon gewählten Standorte bliebe, daß man dann verurteilt sei, unsere Arme umzingelt und verloren zu sehen; daß die Offensive nach Osten hin mit einer an Zahl und Tragweite unterlegenen Artillerie eine ebenso unvorsichtige wie unnütze Operation sei, und daß man, wollte man sich nicht fangen lassen, in aller Eile in der Richtung nach Mézières fliehen müsse, wo der einzige offene Weg war, wobei man die Truppen, die den Weg versperren wollten, hätte zurückdrängen müssen. Das schlimmste, was passieren konnte, wäre gewesen, daß ein Teil der französischen Armee über die belgische Grenze gedrängt worden wäre, das Gros der Armee aber, das die, die den Rückzug abschneiden wollten, zurückwerfen konnte, hätte sich nach Mézières und Rocroy zurückziehen können. Man hat diesen Plan des Generals Ducrot heftig getadelt. Es war jedoch der einzig mögliche, und wie der Autor der Retraite sur Mézières das sehr gut gesagt hat[1]), „es gibt in einer solchen Sache keinen besseren Richter als den Marschall Bugeaud, der gesagt hat, es gäbe Umstände, wo ein braver Mann auch zur rechten Zeit auszureißen wissen müßte“[2]).

Aber der General de Wimpffen wollte sich diesem, für den Rückzug so günstigen Plane nicht anschließen und führte die Armee tapfer zu

[1]) Reponse à M. Alfred Duquet. 1 vol. in 8°. Berger-Levrault, 1904. S. 6.

[2]) Das hat auch Napoleon III. anerkannt in seinen Betrachtungen Sur les causes de la capitulation de Sedan.

einer unvermeidlichen Niederlage[1]). Sie erfüllte den General Ducrot mit ungeheurem Schmerze, der sich in den wenigen Zeilen wiederspiegelt, die er nach der Schlacht an seine Frau schrieb: „Warum bin ich nicht auf dem Schlachtfelde gefallen, wo soviele andere neben und hinter mir getroffen worden sind?... Es gibt keinen Ausdruck, der meine Verzweiflung schildern könnte. Dein Herz allein kann sie begreifen. Diese Verzweiflung wird noch durch den Gedanken vergrößert, daß wir, wenn die unselige Verblendung des Generals de Wimpffen nicht die Ausführung der Bewegung aufgehalten hätte, die ich um neun Uhr morgens befohlen hatte, um das Dorf Illy zu besetzen, unseren Rückzug auf Mézières ausführen konnten, und statt einer schrecklichen Niederlage vielleicht einen relativen Erfolg zu verzeichnen gehabt hätten.

Eine ebensolche Verzweiflung kam über den Kaiser, als die heroischen und nutzlosen Kavallerieattaken, die übermenschliche und erfolglose Aufopferung aller unserer Truppen, die von Gegnern in der Überzahl, mit einer bedeutend wirksameren Artillerie umzingelt waren, ihm eine nahe Katastrophe anzeigten. Er blieb mehrere Stunden zu Pferde, unbeweglich und stumm an gefährlichen Stellen. Neben ihm wurden Offiziere getroffen. Ein Geschoß krepierte in seiner Nähe. Es bewegte ihn nicht, er erwartete, erwünschte den tödlichen Schuß. Aber, wie Etienne Lamy gesagt hat, „das Glück verweigerte ihm alles, sogar den Tod, oder vielmehr es gab ihm den Todeskampf, ohne den Tod[2])." Müde die tapferen Soldaten ohne den geringsten Vorteil hinschlachten zu sehen, entschloß sich der Kaiser zu kapitulieren. „Bis zu einem Gipfel des Unglücks gelangt, der höher war als der Ehrgeiz, nahm er die Schmach auf sich, die keiner wollte, und nahm seine Macht wieder an sich, um die Parlamentärflagge aufzustecken." Nachdem er dem König von Preußen durch den General Reille den Brief hatte überbringen lassen, durch den er ihm seinen Degen übergab, ging er am Morgen des 2. September

[1]) Wegen der Einzelheiten sehe man La Journée de Sedan des Generals Ducrot. — In bezug auf das Werk über Sedan, wo Wimpffen alle Zwischenfälle der Schlacht erzählt, sagt ein deutscher Offizier, der General von Moltke, in seinem Buche über Napoleon auf Wilhelmshöhe, daß der französische General nur daran denkt, seine Taten in Algier zu rühmen. „Man hat den Eindruck beim Lesen, daß der Verfasser um drei Uhr nachmittags bei Sedan nur an eins gedacht hat: aus dem ungeheuren Zusammenbruch für sich selbst einen Ruhmesstrahl zu erbeuten, daß aber seine Absicht nicht war, einen Durchbruch zu versuchen um seine Armee zu retten, denn zu dieser Zeit war das unmöglich. Der Zustand der französischen Armee war rettungslos, und man konnte nichts anderes als ein unglückliches Ende erwarten." General de Wimpffen bereute es, aber zu spät, den Rat Ducrots nicht befolgt zu haben. Er sagte am folgenden Tage zum General Chazal, die Armee würde sich auf Belgien geworfen haben, wenn die Grenze nicht so gut bewacht gewesen wäre.

[2]) Etudes sur le Second Empire. S. 336, 337.

zum Dorfe Donchery, wo er mit Bismarck eine für ewig denkwürdige Unterredung hatte. Achthundert Meter von der Maasbrücke war ein kleines Häuschen eines belgischen Webers, nur einen Stock hoch, Zeuge der Zusammenkunft des Kaisers und des Kanzlers. Bismarck erzählt die Szene selbst so: „Ich traf Napoleon auf der Chaussee bei Fresnois, drei Kilometer von Donchery. Er saß in einem Wagen mit zwei Pferden. Drei Offiziere waren bei ihm. Drei andere begleiteten den Wagen zu Pferde. Ich erkannte nur Reille, Castelnau, La Moskowa und Vaubert. Ich hatte meinen Revolver am Gürtel. Der Kaiser bemerkte ihn, sah ihn einen Augenblick an und erbleichte, denn er hielt mich einer schlechten Handlung für fähig[1]). Ich begrüßte ihn militärisch. Er nahm sein Käppi ab und seine Offiziere ebenfalls. Da lüftete ich auch meine alte Mütze, obwohl das nicht vorschriftmäßig war. Er sagte zu mir: „Bedecken Sie sich doch!" Ich behandelte ihn mit derselben Rücksicht, wie ich das in Saint-Cloud getan hatte, und bat ihn um seine Befehle. Er wollte wissen, ob er den König sprechen könnte; ich sagte ihm, das sei unmöglich, da das Quartier Seiner Majestät vierzehn Kilometer entfernt sei. In Wirklichkeit wollte ich nicht, daß er ihn träfe, ehe die Kapitulation abgeschlossen sei". Der Kaiser fragte darauf Bismarck, wo er Unterkunft finden könne. Der Kanzler bot ihm sein Logis in Donchery an. Sie näherten sich dem Dorfe, und Napoleon zeigte auf das Haus des Webers. Bismarck bemerkte, es sei recht ärmlich. „Das macht nichts!" sagte der Kaiser mit einer entsprechenden Bewegung[2]).

Sie stiegen zur ersten Etage empor und setzten sich in einem kleinen Zimmer auf zwei Strohstühle. Die Unterredung dauerte ungefähr dreiviertel Stunden. „Der Kaiser beklagte zunächst", berichtet Bismarck, „diesen unglückseligen Krieg, den er nicht gewollt habe und zu dem ihn die öffentliche Meinung gezwungen habe. Ich antwortete ihm, bei uns habe auch niemand, und der König weniger als alle, diesen Krieg gewünscht; daß wir die spanische Thronfrage wie eine spanische, nicht aber wie eine deutsche Sache betrachtet hätten und daß wir bei den guten Beziehungen, die zwischen der Hohenzollernfamilie und ihm beständen, geglaubt hätten, der preußische Prinz, dem man die Krone Spaniens antrüge, würde sich leicht mit ihm verständigen."

Am Tage vorher aber hatte der Kanzler, der mit einigen Offizieren auf dem Wege nach Donchery ritt, sich über die Ursachen des Krieges

[1]) Bismarck, der in wenig feinfühlender Weise die Erregung des Kaisers dem Anblicke eines Revolvers zuschrieb, von dem er glaubte, er sei bestimmt ihn zu töten, begriff nicht, daß sein plötzliches Erscheinen dem Monarchen die direkte Ursache des Krieges und so vielen Unglücks ins Gedächtnis rief.

[2]) Vgl. die Etapes douloureuses des Barons A. Verly (Daragon, 1908).

mit lauter Stimme so ausgelassen: „Ich erwähnte," sagt er in seinen Gedanken und Erinnerungen[1]), „daß ich geglaubt hätte, der Prinz Leopold werde dem Kaiser Napoleon kein unerwünschter Nachbar in Spanien sein und seinen Weg über Paris nach Madrid nehmen, um dort die Fühlung mit der kaiserlich-französischen Politik zu gewinnen, die zu den Vorbedingungen gehörte, unter denen er Spanien zu regieren gehabt haben würde. Ich sagte: wir wären viel mehr berechtigt gewesen zu der Besorgnis vor einem engeren Verständnisse zwischen der spanischen und französischen Krone, als zu der Hoffnung auf Herstellung einer spanisch-deutschen und antifranzösischen Konstellation nach Analogie Karls V.; ein König von Spanien könne eben nur spanische Politik treiben, und der Prinz wäre Spanier geworden durch Übernahme der Krone dieses Landes. Zu meiner Überraschung erfolgte aus der Finsternis hinter mir eine lebhafte Erwiderung des Prinzen von Hohenzollern, von dessen Anwesenheit ich keine Ahnung gehabt hatte; er protestierte lebhaft gegen die Möglichkeit, bei ihm französische Sympathien vorauszusetzen ... Ich machte dem Prinzen meine Entschuldigung über eine in seiner mir unbekannten Gegenwart getane Äußerung." Man sieht daraus, was man von Bismarcks Behauptungen Napoleon gegenüber, wegen des freundschaftlichen Einverständnisses zwischen Leopold von Hohenzollern und ihm, zu halten hat.

Der Kanzler fährt in seinem Berichte über seine Unterredung mit dem Kaiser fort: „Er sprach darauf von seiner Lage. Er wünschte vor allem günstigere Bedingungen. Ich erklärte ihm, daß ich mich darüber nicht mit ihm besprechen könne, das sei eine rein militärische Angelegenheit, über die Moltke allein entscheiden könne, daß man aber über die Möglichkeit eines baldigen Friedens verhandeln könne. Er antwortete, da er Gefangener sei, wäre er nicht in der Lage, darüber eine Entscheidung treffen zu können. Als ich ihn darauf fragte, mit wem ich verhandeln müsse, sagte er mir, das sei Sache der Regierung zu Paris. Ich bemerkte ihm, daß sich dann die Lage seit gestern nicht geändert habe und daß wir darum auf unseren alten Forderungen in betreff der Armee in Sedan bestehen müßten, um ein Pfand dafür zu haben, daß die Resultate der gestrigen Schlacht uns nicht verloren gingen. Moltke, der mittlerweile, von mir benachrichtigt, eingetroffen war, war derselben Meinung und begab sich zum Könige, um ihm das zu sagen[2])."

Am Abende vorher hatte in demselben Dorfe Donchery die Unterredung zwischen Wimpffen und Moltke stattgefunden, der außerdem der Kanzler, General von Blumenthal, General de Castelnau, Capitaine

[1]) Bd. II, S. 99.

[2]) Moritz Busch, Graf Bismarck und seine Leute, Bd. I, S. 160.

d'Orcet und einige französische und deutsche Offiziere beiwohnten. Dem Berichte d'Orcets entlehne ich die Einzelheiten, die folgen[1]). Wimpffen wollte die Bedingungen des Feindes wissen. „Sie sind sehr einfach", erwiderte Moltke. „Die ganze Armee kriegsgefangen mit Sack und Pack. Die Offiziere ebenfalls gefangen. Sie behalten aber ihren Degen als Zeichen der Achtung für ihren Mut." Wimpffen bot die Festung Sedan an und forderte die Freiheit für die Armee unter der Bedingung, während des Krieges nicht mehr zu dienen. Moltke schlug das ab. Wimpffen sprach von Widerstand. Moltke antwortete ihm: „Was können 80 000 Mann gegen 240 000 Mann und 500 Kanonen machen?" Wimpffen bedrohte Preußen mit der Wut und dem Hasse der Franzosen. Bismarck bemerkte, das sei ein Scheingrund. Man könne, wenn man ihm bessere Bedingungen anböte, nicht auf die Erkenntlichkeit des französischen Volkes rechnen. Es habe doch auch Preußen Sadowa nicht verziehen. Daher müsse man gegen es Garantien haben, die für die Zukunft Ruhe sicherten. „Wenn das französische Volk ein Volk wie andere wäre," sagte er mit bitterer Impertinenz, „wenn es feste Einrichtungen hätte, wenn es, wie das unsere, Achtung und Ehrerbietung vor seinen Einrichtungen hätte, wenn es einen Souverän hätte, der in beständiger Weise auf dem Throne fest säße, dann könnten wir an die Erkenntlichkeit des Kaisers und seines Sohnes glauben, aber seit achtzig Jahren sind die Regierungen in Frankreich so wenig von Dauer und so verschiedenerlei gewesen, sie haben mit einer so befremdenden Schnelligkeit gewechselt, daß man in Ihrem Lande auf nichts rechnen kann... Das hieße in die Luft bauen!" Er fügte ironisch hinzu: „Sind Sie sicher, morgen die Regierung zu haben, die Sie heute haben, und können Sie dafür einstehen, daß jene die Bedingungen anerkennt?"

Der Kanzler betonte diesen Gegenstand mit grausamer Bitterkeit. „Es wäre übrigens Torheit glauben zu wollen, daß Frankreich uns unseren Erfolg verzeihen könnte! Sie sind ein leicht erregbares Volk, neidisch, eifersüchtig, hochmütig. Seit Jahrhunderten hat Frankreich Deutschland dreißigmal Krieg erklärt, und diesmal haben Sie ihn erklärt, wie immer, aus Eifersucht, weil Sie uns unseren Sieg bei Sadowa nicht verzeihen konnten, und doch hatte Sadowa Sie nichts gekostet und konnte Ihrem Ruhme keinen Abbruch tun." Wimpffen, Castelnau, d'Orcet und die anderen französischen Offiziere hörten mit nicht verheimlichtem Groll die beleidigenden Worte dessen, der das Kabinett Ollivier dahin gebracht hatte, in seine Falle zu gehen, und sich nun, am Tage nach einem unerhofften Triumphe darin gefiel, den Besiegten schwerfällig mit Füßen zu treten. „Sie haben geglaubt," sagte Bismarck,

[1]) Archives diplomatiques, 1871—1872, Bd. II.

„der Sieg sei etwas, das ihnen ganz allein vorbehalten sei, und der Waffenruhm sei ein Monopol für Sie ... Und Sie sollten uns die Niederlage von Sedan verzeihen? Niemals! Wenn wir jetzt Frieden schlössen, in fünf Jahren, in zehn Jahren, sobald Sie es könnten, würden Sie wieder Krieg anfangen. Das ist die ganze Erkenntlichkeit, deren wir uns von der französischen Nation zu versehen hätten!" Und dann lobte er das ehrliche und gemäßigte Deutschland, — „wie die geschickten Gaudiebe tun," bemerkte d'Orcet, „die einen Unglücklichen ausrauben und dann: ‚Haltet den Dieb!' rufen"[1]), — und sagte mit verstellter Bewegung: „Wir dagegen sind im Gegensatz zu ihnen eine ehrbare und positive Nation, die nicht von dem Verlangen nach Eroberungen gequält wird und nichts anderes verlangt, als in Frieden zu leben, wenn Sie nicht beständig kämen, uns mit Ihrer Streitkraft zu reizen. Heute ist es nun genug! Frankreich muß für seinen Hochmut, für seinen streitsüchtigen Charakter und seinen Ehrgeiz gezüchtigt werden. Wir wollen endlich die Ruhe unserer Kinder sichern, und deshalb müssen wir zwischen Frankreich und uns ein Glacis haben. Wir brauchen ein Gebiet, Festungen und eine Grenze, die uns für immer gegen Ihre Angriffe schützen."

Wimpffen glaubte antworten zu müssen, daß die Zeiten sich geändert hätten. Man wäre nicht mehr im Jahre 1815. Frankreich hege keine bösen Absichten. Es sei es im Gegenteil gewesen, das die Völkerverbrüderung proklamiert habe. Der Kanzler erwiderte: „Nein, Frankreich hat sich nicht geändert. Es hat diesen Krieg gewollt, und um dieser Manie des Volkes nach Ruhm zu schmeicheln und aus dynastischem Interesse ist Napoleon III. gekommen, uns herauszufordern. Wir wissen recht gut, daß der vernünftige und gesunde Teil Frankreichs nicht zum Kriege gedrängt hat. Doch hat er den Gedanken wohlwollend aufgenommen ... Die Partei in Frankreich, die zum Kriege gedrängt hat, ist die, von der die Regierungen gemacht und gestürzt werden, es ist der Pöbel, es sind die Journalisten; die sind es, die wir strafen wollen. Und darum müssen wir nach Paris gehen. Wer weiß, was sich ereignen wird? Vielleicht kommt bei ihnen eine Regierung ans Ruder, die nichts achtet, die Gesetze nach Gutdünken macht, die die Kapitulation nicht anerkennt, die vielleicht die Offiziere zwingt das Versprechen zu brechen, das sie uns gegeben haben, denn man wird sich ohne Zweifel um jeden Preis verteidigen wollen ... Wir müssen Frankreich in die Unmöglichkeit versetzen, Widerstand zu leisten. Das Geschick der Schlachten hat uns die

[1]) Das Urteil des Tacitus über die Deutschen ist heute noch ebenso wahr wie gestern: „Eadem semper causa Germanis transcendendi in Gallias, libido atque avaritia et mutandae sedis amor ut fecundissimum hoc solum vosque ipsos possiderent."

besten Soldaten in die Hand gegeben, die besten Offiziere der französischen Armee, sie für nichts wieder freigeben und uns dem aussetzen, sie von neuem gegen uns marschieren zu sehen, wäre Verrücktheit; das hieße den Krieg verlängern, und das ist gegen das Interesse des Volkes."

Nun ergriff der General Castelnau das Wort und sagte: „Der Kaiser habe dem Könige seinen Degen in der Hoffnung übersandt, daß dieser der französischen Armee eine ehrenvollere Kapitulation zugestehen würde ..." „Ist es der Degen Frankreichs oder sein eigener Degen?" fragte Bismarck. „Wenn es der Frankreichs ist, dann können die Bedingungen bedeutend geändert werden, und Ihre Sendung hätte dann einen ganz besonders wichtigen Charakter." — „Er ist nur der Degen des Kaisers", antwortet Castelnau. — In dem Falle, bemerkte Moltke, ändert das nichts an den Bedingungen. Nur der Kaiser erhält für seine Person alles, was ihm zu verlangen gefällt. — „Wir werden die Schlacht wieder beginnen", sagte Wimpffen gereizt. — „Ganz recht, um Punkt vier Uhr eröffne ich das Feuer," erwiderte Moltke. Alle Anwesenden dieser peinlichen Szene hatten sich erhoben. Die Franzosen hatten ihre Pferde verlangt und bewahrten ein eisiges Schweigen. Bismarck, der seinen heftigen Ausfall vergessen machen wollte, nahm wieder das Wort um den französischen Soldaten zu loben, der Wunder der Tapferkeit vollbringe, aber wozu? „Morgen abend werden Sie das Blut Ihrer und unserer Soldaten auf dem Gewissen haben, das Sie unnützerweise vergossen haben. Ein Augenblick des Unwillens lasse Sie doch nicht die Konferenz abbrechen! Der Herr General von Moltke wird Sie überzeugen, daß jeder Versuch Ihrerseits, Widerstand zu leisten, Tollheit wäre." Moltke behauptet denn auch in einer kurzen Ansprache, es sei ihm ein Leichtes, Sedan in wenigen Stunden in Brand zu stecken. Er rühmte die Stärke seiner Stellungen[1]). Wimpffen verlangte sich davon zu überzeugen. „Sie werden keine einzige sehen," erwiderte der Generalfeldmarschall, „das ist unnötig." Und er wiederholte seine Drohung, das Feuer um vier Uhr wieder zu beginnen. Wimpffen verlangte Aufschub, um mit den höheren Offizieren verhandeln zu können, die in Sedan geblieben waren. Moltke wollte das verweigern, aber Bismarck bewog ihn, eine Frist bis neun Uhr anzunehmen. Die Konferenz war

[1]) Der Oberstleutnant Cunéo d'Ornano, der als Gefangener am Abend von Sedan hinter die preußischen Linien geführt worden war, hatte eine Unterredung mit dem Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen, der auf eine ungeheure Ansammlung von Artillerie zeigte und sagte: „Wenn die im Feuer befindlichen Stücke nicht genügt hätten, dann hatten wir diese noch, um sie in die Reihe zu stellen. Ihre Vernichtung war sicher." Und Cunéo d'Ornano fügte hinzu: „Die Artilleristen tun gut daran, diese Worte des Prinzen von Hohenlohe nicht zu vergessen."

zu Ende. Leider ließ alles darauf schließen, daß die Kapitulation beschlossen war und daß Wimpffen nur den Schein hatte wahren wollen.

Ich habe absichtlich den getreuen Bericht des Capitaines d'Orcet ganz wiedergegeben, um an die Forderungen und den Übermut des Siegers zu erinnern und zu zeigen, wessen man sich von einem solchen Feinde im Falle einer Niederlage zu gewärtigen hat. Das sind Erinnerungen, die kein Franzose vergessen darf.

Der Geheimsekretär Bismarcks schildert die Person des Kaisers nach der Unterredung mit dem Kanzler folgendermaßen: „Ein kleiner untersetzter Mann, der eine rote, mit Goldborte verzierte Mütze, einen schwarzen rotgefütterten Paletot mit Kapuze und rote Hosen trägt, weiße Glacéhandschuhe an hat und eine Papierzigarre raucht. Es ist der Kaiser. Ich konnte sein Gesicht in der geringen Entfernung, in der ich mich von ihm befand, genau sehen. Der Blick seiner lichtgrauen Augen hatte etwas Weiches, Träumerisches, wie der von Leuten, die stark gelebt haben. Die Mütze saß ihm ein wenig nach rechts, wohin auch der Kopf neigte. Die kurzen Beine standen nicht im rechten Verhältnis zu seinem langen Oberkörper. Seine ganze Erscheinung hatte etwas Unmilitärisches. Der Mann war zu sanft, ich möchte sagen, schwammig für die Uniform, die er trug, man hätte meinen können, daß er imstande sei, bei Gelegenheit sentimental zu werden — lauter Empfindungen, die sich einem um so mehr aufdrängen, wenn man den kleinen molluskenhaften Herrn mit der hohen, strammen Gestalt unseres Kanzlers verglich. Napoleon sah abgespannt, aber nicht sehr niedergeschlagen aus, auch nicht so alt, als ich ihn mir vorgestellt hatte, er hätte ein leidlich konservierter Fünfziger sein können. Nach einer Weile ging er auf Bismarck zu und sprach ungefähr drei Minuten mit ihm, worauf er wieder allein, rauchend, die Hände auf dem Rücken, an dem weißblühenden Kartoffelfelde hin und her wandelte[1])."

Andererseits schilderte der englische Zeitungskorrespondent Archibald Forbes die Ankunft und den Aufenthalt Napoleons III. in Donchery, der, von Wimpffen über die harten Bedingungen des Feindes unterrichtet, sich entschlossen hatte, selbst ins preußische Hauptquartier zu gehen, um eine annehmbare Kapitulation zu erbitten. Dieser Bericht eines gewissenhaften Zeugen erklärt und ergänzt was vorhergeht.

„Da er glaubte nach Sedan zurückkehren zu können, obwohl er sich persönlich als Kriegsgefangener gestellt hatte, verabschiedete er sich von niemand. Als er etwas vor sechs Uhr aus dem Torcytore herausfuhr, riefen die Zuaven, die die Wache hatten: „Vive l'empereur!" Das

[1]) Busch, Graf Bismarck und seine Leute, Bd. I, S. 154–155.

war der letzte Abschied, von französischen Soldaten dargebracht, den die Ohren des Kaisers hören sollten. Es ist zu bemerken, daß der erste Achtungsbeweis, den er erhielt, als er über die Zugbrücke kam, ein stummer und ehrerbietiger Gruß amerikanischer Offiziere war. General Sheridan und sein Adjutant, Oberst Forsyth, sprachen mit deutschen Unteroffizieren von der Vorpostenwache, als sie einen offenen Wagen auf sich zukommen sahen, worin vier Offiziere saßen, von denen einer, der Generalsuniform trug und eine Zigarette rauchte, als der Kaiser erkannt wurde. Sie folgten dem Wagen, der langsam nach Donchery fuhr. Bei einem Weiler, der ungefähr eine englische Meile vor Donchery lag, hielt der Wagen einige Zeit. Napoleon blieb auf seinem Platze, ununterbrochen rauchend und die Blicke einer Gruppe deutscher Soldaten gleichgültig ertragend, die ganz nahe bei ihm standen und den gestürzten Monarchen mit sonderbarem und warmem Interesse betrachteten.

Als ich an diesem Morgen um ein viertel vor sechs Uhr aus dem Fenster meines Schlafzimmers auf den kleinen Platz von Donchery blickte, sah ich einen französischen Offizier, wie ich später erfuhr, den General Reille, der zu Pferde aus dem Hauptquartier Bismarcks kam. Kaum war er verschwunden, als Bismarck selbst in Helm und kleiner Uniform, mit seinen langen Kürassierstiefeln, die schmutzig und bestaubt waren, aus dem Hause kam, auf seinen großen Falben stieg und hinter Reille herritt. Ich folgte ihnen schnell zu Fuß, blieb aber zurück, da er auf der großen Chaussee von Sedan galoppierte. Ich setzte meinen Weg fort und sah etwa anderthalb Meilen vor Donchery einen recht ärmlichen offenen Wagen; rechts, auf dem Hauptsitze, saß ein Mann mit bleigrauem Gesichte, schwerfällig und gleichgültig, dessen Gesichtszüge wie im Krampf verzerrt waren. Auf den ersten Blick erkannte ich den Kaiser. Er trug einen blauen Mantel mit rotem Futter, der zurückgeworfen war, so daß man die Orden sehen konnte, mit denen seine Brust bedeckt war. Neben dem Wagen ritt Bismarck, dem Reille und zwei andere französische Offiziere folgten. So ging der Zug einige hundert Meter weit. Dann hielt man auf Verlangen Napoleons vor dem Häuschen eines Webers an der Chaussee. Das Haus, das aus zwei Etagen besteht und gelb angestrichen ist, ist das nächste nach Sedan zu, von drei Häusern, etwa fünfzehn Fuß südlich von der Chaussee und etwas hochgelegen.

Dort setzten Napoleon und Bismarck, die bald im Innern des bescheidenen Häuschens auf und ab gingen, bald auf zwei Strohstühlen saßen, die der Weber mit blondem Barte vor die Schwelle gestellt hatte, ihre Unterredung ungefähr anderthalb Stunden fort. Während sie draußen waren und wir sie sehen konnten, war es Bismarck, der mit gleichbleibender Energie die Unterhaltung führte. Der Kaiser bewahrte

seine Gleichgültigkeit, nur hie und da lächelnd und einige Worte sprechend. Moltke ging einen Augenblick zu ihnen und ritt dann davon, um den König aufzusuchen, der nach Vendresse ging. Etwas später verließ Bismarck, während Napoleon in dem Häuschen blieb, Donchery, um zu frühstücken und sich umzukleiden. Als er vor Sheridan vorbeiging, um sein Pferd zu holen, fragte er den amerikanischen General, ob man bemerkt habe, wie der Kaiser in dem Augenblicke gezittert habe, als er ihn zuerst erblickt hätte. Da Sheridan das bejahte, fügte Bismarck hinzu: ‚Dann muß das von dem Benehmen herrühren, aber nicht von meinen Worten, denn ich habe gesagt: ‚Ich begrüße Ew. Majestät wie ich meinen König begrüßen würde!' Sheridan hatte schon erzählt, wie Bismarck, während der Wagen Napoleons beim benachbarten Weiler hielt, plötzlich in vollem Galopp angekommen wäre, sein Pferd auf einen Ruck zum Stehen brachte, abgesprungen sei und die Zügel losgelassen habe, worauf er dann stolz, mit großen Schritten auf den Kaiser zugegangen sei und seine Mütze erst abgenommen habe, als er den Wagen erreichte.

Napoleon blieb in der oberen Etage des Häuschens anderthalb Stunden lang nach dem Fortgange Bismarcks unsichtbar. Dann trat er heraus, totenbleich, und begann in der kleinen Allee des Gemüsegärtchens, der rechts war, auf und ab zu gehen, die weiß behandschuhten Hände hinter dem Rücken und eine Zigarette nach der anderen rauchend. Sein Gang war sonderbar. Er hinkte leicht auf einem Beine und schob sich so seitwärts vorwärts, die linke Schulter voraus, wie die Krabben. Später setzte er sich zwischen die Offiziere und bewahrte vollständiges Stillschweigen, während sie um ihn herum mit größter Lebhaftigkeit sprachen und gestikulierten. Um ein viertel nach neun sahen wir in Donchery einen Zug preußischer Kürassiere im Trab ankommen, die hinter dem Dorfe schnell einen Kordon bildeten. Der Leutnant befahl zwei Leuten abzusteigen und ließ sie, ohne auch nur zu tun, als ob er die Gruppe der Franzosen kenne, sogar ohne in irgend einer Weise zu grüßen, hinter den Stuhl des Kaisers treten und kommandierte: ‚Gewehr auf!', worauf er ihnen mit leiser Stimme Befehle gab. Napoleon erhob sich brüsk und blickte mit überraschter Miene hinter sich, wobei ihm das Blut ins Gesicht stieg. Das war das erste Zeichen von Erregung, das er sehen ließ.

Gegen zehn Uhr kam Bismarck wieder, diesmal in großer Uniform. Er stieg vom Pferde, näherte sich dem Kaiser und sprach einige Augenblicke mit ihm. Er gab dann dem Wagen, den Napoleon bestieg, eine Wache und der Zug ging, begleitet von einer Ehrenwache von Kürassieren, im Schritt zum Schloß Bellevue, das näher bei Sedan lag als das Häuschen des Webers. Von diesem schönen Wohnsitze hat man durch

die Bäume einen schönen Blick auf die Maas, die hier recht breit ist, und auf die Ebene, in der Sedan sich erhebt. Man gelangt durch eine breite Treppe in den Garten. Der Kaiser trat in den Salon und blieb dort allein, nachdem Bismarck ihn verlassen hatte. Es war noch nichts für die Unterredung mit dem deutschen Monarchen geordnet, um die er gebeten hatte."

Nun muß man vom Könige von Preußen selbst die Erzählung seiner Unterredung mit dem Kaiser nehmen. „Moltke zeigte mir an, daß Napoleon früh fünf Uhr Sedan verlassen habe, nach Donchery gekommen sei und Bismarck habe wecken lassen, der ihn vor einem kleinen einzeln gelegenen Hause mit seinen Herren sitzend gefunden habe und ihm gesagt, er wünsche zu mir. Auf Bismarcks Bemerkung, daß ich in einigen Stunden gegen Sedan reiten würde, hat er sich mit B. in das kleine Haus zurückgezogen und Conversation über ganz nichtssagende Dinge gepflogen[1]). Da der Kaiser immer wieder auf ein Wiedersehen mit mir zurückkam, auf der Straße, die ich kam, aber kein ordentliches Lokal zu finden sei, ganz in der Nähe aber ein Schlößchen mit Parc sich befand, so schlug dies Brck zum Rendezvous vor. Um zehn Uhr kam ich auf einer Höhe vor Sedan an. Ungefähr um zwölf Uhr erschien Moltke und Bismarck mit der vollzogenen CapitulationsUrkunde. Nach angehörten Erzählungen des oben vorgetragenen, um 2 Uhr, setzte ich mich mit meiner und Fritzens Suite, vorauf die CavallerieStabswache, in Bewegung zum Rendezvous! Beim Eintreten in den Parc sahen wir die ganze FeldEquipage in wohlbekannter Livree des Kaisers, woraus es klar war, daß er Sedan verlassen hatte um nicht mehr dahin zurückzukehren! Ich stieg vor dem Schlößchen ab und fand den Kaiser in einer Veranda vitrée, die in ein Zimmer führte, in das wir gleich eintraten. Ich begrüßte ihn mit Darreichung der Hand und den Worten: ‚Sire, le sort des armes a décidé entre nous, mais il m'est bien pénible de revoir V. M. dans cette situation! Wir waren beide sehr bewegt. Er fragte, was ich über ihn beschlösse, worauf ich ihm Wilhelmshöhe vorschlug, was er annahm; er fragte nach dem Weg, ob über Belgien oder durch Frankreich, was Letzteres angeordnet war, jedoch noch geändert werden könne (was auch geschehen ist). Er bat seine Umgebung mitnehmen zu dürfen, die Generale Reille, Moskwa, Pr. Murat II. usw., ebenso daß er seinen Hausstand beibehalten dürfe, was alles ich natürlich accordierte. Dann lobte er meine Armee, vorzüglich die Artillerie, die nicht ihres Gleichen habe, und tadelte die Indisciplin seiner Armee[2])."

[1]) Was oben erzählt wurde, ist, wie man gesehen hat, nicht ganz nichtssagend.

[2]) „Mangel an Disziplin, Mangel an Zusammenhang und Ordnung, ein übermäßiges Gewicht, das der Soldat zu tragen hat, und zu viel Offiziersgepäck, das sind

Indem Napoleon III. die deutsche Artillerie lobte, sollte er sich wohl an die Opposition erinnern, die das Komitee vom Platze Saint-Thomas-d'Aquin der Umwandlung der gezogenen Kanonen in Hinterlader gemacht hatte, und daß er nicht Energie genug gehabt hatte, ihr die Kanone des Obersten Reffye aufzuzwingen. Was er über die Disziplinlosigkeit der Armee gesagt hatte, war berechtigt durch die bei Sedan durch das Bombardement der Preußen herbeigeführte Unordnung, aber diese schmerzliche und wahrhafte Bemerkung wäre in einem solchen Augenblicke besser unterblieben. „Beim Abschied", fährt der König fort, „sagte ich ihm, daß ich glaubte ihn hinreichend zu kennen, um überzeugt zu sein, daß er den Krieg nicht gewünscht habe, aber glaubte zu demselben gezwungen zu sein! Er: ‚Vous avez parfaitement raison, mais l'opinion publique m'y a forcé'. Ich: ‚l'opinion publique forcée par le ministère', ich hätte bei Ernennung dieses Ministeriums sofort gefühlt, daß der mit demselben eingetretene PrinzipienWechsel nicht zum Heil seiner Regierung ausfallen werde, was er achselzuckend bejahte[1]). Die ganze Conversation schien ihm wohlzutun, und ich darf glauben, daß ich ihm seine Lage sehr erleichtert habe, und wir schieden Beide tief bewegt![2]) Was ich Alles empfand, nachdem ich ihn vor drei Jahren im Culminations Punkt gesehen habe, kann ich nicht beschreiben!"

Der englische Korrespondent Archibald Forbes, der an Ort und Stelle war, vervollständigt die Einzelheiten der Unterredung:

„Der König von Preußen hatte auf der Höhe von Frénois mit seinem Sohne und ihren beiden Generalstäben gewartet, bis die Kapitulation beendet sei. Dann begaben sich alle zum Schlosse. Als Wilhelm vom Pferde stieg, kam Napoleon die Stufen der Treppe hinab, um ihm entgegen zu gehen. Der Unterschied war sonderbar und schmerzlich. Der Deutsche groß, aufrecht, kräftig, breitschulterig, mit dem Feuer des Erfolges in den blauen Augen, die unter seinem Helm hervorblitzten, und dem Glanze des Triumphes auf den frischen Wangen; der Franzose, mit hängenden Schultern, bleifarbigem Gesichte, tränenden Augen,

die Mißbräuche, die in unserer Armee eingerissen sind" (Des Causes de la capitulation de Sedan. S. 29).

[1]) Beim Überreiten des Schlachtfeldes am 16. August machte König Wilhelm beim Anblicke der umherliegenden Leichen diese Bemerkung: „Bei einem solchen Anblicke muß man an die denken, die die Ursache solcher Metzeleien sind; man sollte Gramont, Ollivier und andere noch höher stehende hierherbringen, um ihr Gewissen zu erregen!" (Onden, Unser Heldenkaiser.) — Er hätte auch seinen eigenen Kanzler hinzufügen können, der es gewagt hatte, der Emser Depesche den aggressiven Charakter zu geben, der die beiden Völker täuschte.

[2]) „Der 2. September war ein Tag, dessen traurige Erinnerung nie aus unserem Gedächtnis schwinden wird" (Napoleon. Les causes de la capitulation de Sedan).

zögernder Lippe und das etwas kahle Haupt in Unordnung. Als beide sich schweigend die Hände drückten, führte Napoleon sein Taschentuch an die Augen und im Gesichte Wilhelms zeigte sich Mitleid. Ihre Unterredung im Schlosse währte etwa zwanzig Minuten. Dann stieg der König von Preußen zu Pferde, um seine siegreichen Truppen zu begrüßen, und der andere blieb allein im Schlosse von Bellevue bis zum anderen Morgen, wo er in die Gefangenschaft nach Wilhelmshöhe abreiste."

Schließlich enthält das Tagebuch des Kronprinzen einen Bericht über diesen historischen Tag, den man hier anführen muß.

„Graf Bothmer bringt Nachricht, Napoleon sei in Sedan; der König sagt mit ungläubigem Scherz zu mir, was wir wohl mit Napoleon machen sollten, wenn er gefangen? Die weiße Fahne geht auf Sedan auf, Napoleon ist da, Bronsart hat ihn gesprochen, dem er gesagt, er werde General Reille schicken. Mißglücktes Hurrah, es entsprach der Größe des Ereignisses nicht, vielleicht wußte man auch nicht, ob es ein Glück sei[1]). Ein Parlamentär kommt, die anwesenden Fürsten bilden mit Bismarck, Moltke und Roon einen Kreis um den König, ich neben Seiner Majestät. Reille erscheint, gebeugt, aber nicht würdelos, und bringt dem König folgenden Brief: „Mein Herr Bruder. Da ich in der Mitte meiner Truppen nicht habe sterben können, bleibt mir nichts anderes übrig, als meinen Degen in die Hände Ew. Majestät zu legen. Ich bin Ew. Majestät guter Bruder Napoleon. Sedan 1. Sept. 1870." Nach einer Besprechung mit Bismarck, Moltke und mir diktiert der König Hatzfeld den Entwurf der Antwort, die später eigenhändig geschrieben wird. Mühe Schreibmaterialien zu finden, mein Schreibpapier mit Adlerstempel aus der Satteltasche, Großherzog von Weimar gibt Tinte und Feder, zwei Strohsessel bilden den Tisch, auf den ein Offizier seine Husarentasche als Platte legt[2]): ‚Mein Herr Bruder. Indem ich die Umstände bedaure, unter denen wir uns treffen, nehme ich den Degen Ew. Majestät an und bitte Sie, mir einen Ihrer Offiziere mit Vollmacht senden zu wollen, um über die Capitulationsbedingungen der Armee zu verhandeln, die sich unter Ihrer Führung so tapfer geschlagen hat. Von meiner Seite habe ich den General von Moltke dazu bestimmt. Ich bin Ew. Majestät guter Bruder Wilhelm. Vor Sedan am 1. Sep=

[1]) Gerade in diesem Augenblicke hatte König Wilhelm zu Schneider, seinem Sekretär, gesagt: „Der Krieg fängt jetzt erst an."

[2]) Während Seine Majestät den Brief des Kaisers las, herrschte Totenstille in der ganzen Umgebung, die von einem Augenblick zum anderen wuchs; und man hörte nur das dumpfe Geräusch von hunderten von tausend Menschen den Hügel hinaufsteigen, die im Grunde des Tales noch eine drohende Haltung einnahmen" (Ludwig Schneider).

tember 1870.' Inzwischen unterhalte ich mich mit Reille; ein liebenswürdiger, im besten Sinne vornehmer Mann, er war mir 1867 attachiert, meine Teilnahme tat ihm wohl, der Prince impérial ist nicht da. Als er fort war, fielen der König und ich uns um den Hals, die Erinnerung an den 3. Juli (Sadowa) drängte sich uns auf, ungeheurer Jubel der Truppen, ‚Nun danket alle Gott,' ich konnte die hellen Tränen nicht zurückhalten.

2. September. Das Wort ‚Weltgeschichte ist das Weltgericht' erfaßt mich aus meinem Knaben-Geschichtsunterricht. Wimpffens Schwierigkeiten, Napoleon kommt, hält in einem Kartoffelfeld unweit Donchery, Bismarck und Moltke eilen zu ihm, er wünscht günstigere Bedingungen der Capitulation und Abzug der Armee nach Belgien, wünscht den König zu sprechen. Moltke glaubt, das seien Vorwände, er fühle sich nicht mehr sicher in Sedan und sei besorgt um seine Wagen und Fourgons. Moltke sucht ein schicklicheres Quartier, während Bismarck mit Napoleon Conversation führt. Der König bleibt bei unbedingter Waffenstreckung, die Offiziere werden auf Ehrenwort frei, um zwölf Uhr wird die Capitulation unterzeichnet. Moltke erhält das eiserne Kreuz erster Klasse, Bismarck kommt, sie haben rauchend über alles, nur nicht über Politik gesprochen; ich schlage Wilhelmshöhe als Aufenthalt für Napoleon vor, widerrate die Entbietung auf die Höhe, angesichts der Truppen, als demütigend ... durch bayrische Biwaks nach Bellevue, wo die kaiserlichen Wagen und Fourgons, Diener und Postillons à la Longjumeau gepudert. Napoleon erschien am Eingang des Glaspavillons in voller Uniform und führte den König hinein, ich schloß die Türen, um vor derselben stehen zu bleiben ... Die Unterredung ging, wie mir der König später mitteilte wie folgt: Der König begann, daß, nachdem das Schicksal des Krieges sich gegen den Kaiser gewandt und dieser ihm seinen Degen anbiete, er gekommen sei, um ihn zu fragen, welches jetzt seine Absichten seien? Napoleon stellte seine Zukunft lediglich Seiner Majestät anheim. Dieser erwiderte, daß er mit aufrichtigem Mitgefühl seinen Gegner in solcher Lage sehe, zumal ihm nicht unbekannt sei, daß es dem Kaiser nicht leicht geworden, sich zum Kriege zu entschließen. Diese Äußerung tat Napoleon offenbar wohl, und er beteuerte mit Wärme, daß er nur der öffentlichen Meinung gewichen sei, als er sich zum Kriege entschlossen, worauf der König erwiderte: ‚daß aber die öffentliche Meinung diese Richtung genommen, das haben diejenigen verschuldet, welche Sie zu Ihren Ratgebern berufen.' Auf den unmittelbaren Zweck des Besuches eingehend, fragte der König, ob Napoleon jetzt irgendwelche Unterhandlungen beabsichtige? was der Kaiser mit dem Bemerken verneinte, daß ihm als Gefangenen keinerlei Einfluß auf die Regierung zustehe.

Auf die weitere Frage, wo denn diese Regierung sei? antwortete er, ‚in Paris'. Der König leitete darauf die Unterredung auf die nächste persönliche Lage des Kaisers und bot ihm Wilhelmshöhe als Aufenthalt an, was er sofort annahm; er schien besonders befriedigt, als Seine Majestät bemerkte, er werde ihm zur Sicherheit eine Ehrenwache über die Grenze geben. Als Napoleon im weiteren Verlauf der Unterredung die Vermutung aussprach, daß er die Armee des Prinzen Friedrich Karl sich gegenüber gehabt, berichtigte ihn der König, daß ich und der Kronprinz von Sachsen es gewesen seien. Auf seine Frage, wo denn Prinz Friedrich Karl sei? antwortete der König scharf betonend: ‚Mit sieben Armeekorps vor Metz.' Mit allen Zeichen schmerzlicher Überraschung trat der Kaiser einen Schritt zurück, ein schmerzliches Zucken fuhr über sein Gesicht, denn erst jetzt ward ihm klar, daß er nicht die ganze deutsche Armee gegen sich gehabt. Der König lobte die Tapferkeit der französischen Armee, was Napoleon zwar gern bestätigte, aber er bemerkte, es fehle ihr die Disziplin, welche unsere Armee so sehr auszeichne. Die preußische Artillerie sei die erste der Welt, und seine Truppen hätten unserem Feuer nicht widerstehen können. Die Unterredung mochte eine gute Viertelstunde gedauert haben, als sie wieder heraustraten; des Königs hohe, hehre Gestalt hob sich wunderbar erhaben von der kleinen gedrungenen Figur des Kaisers ab. Als dieser meiner ansichtig ward, reichte er mir die Hand, während er mit der anderen die schweren Tränen, die über seine Wangen liefen, abtrocknete. Voller Dankbarkeit gedachte er gegen mich der Worte und der großmütigen Art überhaupt, mit der der König ihm begegnet sei. Ich sprach natürlich in demselben Sinne und fragte, ob er einige Nachtruhe gefunden? worauf er erwiderte, die Sorge um die Seinigen habe ihn keinen Schlaf finden lassen. Auf mein Bedauern, daß der Krieg einen so furchtbar blutigen Charakter angenommen, erwiderte er, daß sei leider nur zu wahr und um so furchtbarer, „wenn man den Krieg nicht gewollt hat!" Von der Kaiserin und seinem Sohne hatte er seit acht Tagen keine Nachricht und bat ihr chiffriert telegraphieren zu dürfen. Wir nahmen Abschied mit shake hands. Boyen und Lynar begleiten ihn, seine Umgebung blickte finster, in funkelnagelneuen Uniformen neben unseren, durch den Krieg mit genommenen ... Nachdem Napoleon abgereist kam ein Chiffretelegramm der Kaiserin, das ich ihm durch Seckendorff nachsandte. Meine Sorge, daß das Resultat des Krieges den gerechten Erwartungen des deutschen Volkes nicht entspreche."

Man hat gesagt, Bismarck habe Napoleon angeboten, ihn mit einer Eskorte passieren zu lassen, um ihm zu gestatten nach Paris zu gehen und Frieden zu schließen, Napoleon habe das aber abgelehnt. Das Gerücht

ist unwahrscheinlich. So mächtig auch der Kanzler sein mochte, er würde beim König und den Führern der deutschen Armee zu einem solchen Vorschlage keine Zustimmung gefunden haben. Und wie hätte der Kaiser nach einer solchen Niederlage nach Paris zurückkommen können?

Am 4. September telegraphierte die Kaiserin Eugenie an ihre Mutter die Gräfin de Montijo in Madrid: „General Wimpffen, der nach der Verwundung Mac Mahons den Befehl übernommen hatte, hat kapituliert und der Kaiser ist zum Gefangenen gemacht worden! Allein, ohne Kommando, hat er ertragen, was er nicht verhindern konnte. Den ganzen Tag ist er im Feuer gewesen. Mut, liebe Mutter! Wenn Frankreich sich verteidigen will, kann es das. Ich werde meine Pflicht tun. Deine unglückliche Tochter Eugenie[1])."

Napoleon III. und seine Eskorte sollten über Stenay nach der preußischen Grenze gehen; wie uns aber Geheimrat von Wilmowski, der Chef des Zivilkabinetts König Wilhelms, sagt, „war es ihm peinlich, auf diese Weise mehrere Tage als Gefangener in Frankreich zu bleiben. Er bat also darum, durch Belgien gehen zu können, natürlich ohne jede militärische Eskorte, um die belgische Neutralität nicht zu verletzen. Dies wurde ihm zugestanden auf sein Ehrenwort hin sich an einem bestimmten Tage in Aachen zu stellen." Der Kaiser drückte den Wunsch aus, unter die Bewachung des Generals Baron Chazal, eines der tüchtigsten Offiziere der belgischen Armee, zu dem er in engen Beziehungen stand, gestellt zu werden. Dieser General, französischen Ursprungs und Sohn des Konventsmitgliedes Chazal, hatte sich im Jahre 1844 in Belgien naturalisieren lassen und war 1847 Kriegsminister geworden. Achtundzwanzig Jahre lang wurde er als der Meister der belgischen Armee betrachtet, die er ganz neugestaltet hatte. Ihm war es zu verdanken, daß diese Armee mit Schnellfeuerkanonen versehen war. General Chazal hatte sogar Napoleon III. auf die Überlegenheit der deutschen Artillerie aufmerksam gemacht und den Souverän zu bestimmen gesucht, die Hinterladekanone einzuführen, was leider nicht begriffen wurde, und was den Prinzen Napoleon einige Jahre nach dem Kriege bewog, ihm zu schreiben: „Wenn Ihr Rat besser beachtet worden wäre, dann wären wir nicht in dem Abgrunde, weder Frankreich noch Napoleon."

Am 3. September reiste Napoleon III. nach Wilhelmshöhe ab. Ein Reisender, Herr Emile Taudel, begegnete ihm vormittags in der Gegend von Bouillon, mitten unter einem Zuge von Bereitern und Pferden, die sich nach Libramont begaben, wo er den Zug nach Kassel nehmen sollte. Der Kaiser lag, in Begleitung des Generals Castelnau,

[1]) Papiers de la famille impériale. Bd. I, S. 424.

in einem Wagen mit dem kaiserlichen Wappen, ausgestreckt, bleich, mit schlaffen Zügen und verschleiertem Blicke, trübseligen Gemütes und ohne seine gewohnte Zigarette zu rauchen. Neben den Türen trabten zwei belgische Offiziere. Dem kaiserlichen Wagen folgte ein Wagen mit Bänken, in dem sich der General de Boyen, Prinz Lynar, Doktor Corvisart und sechs französische Offiziere befanden. In Verviers, wo die zusammengerottete Menge dem Kaiser übel mitspielen zu wollen schien, hatte General Chazal, der die belgische Armee befehligte, eingreifen müssen um ihn zu schützen. Durch seinen Einfluß und sein persönliches Ansehen verwandelte er die Feindseligkeit der Belgier in Achtung vor dem Besiegten. In Verviers schrieb Napoleon III., noch unter dem Eindrucke seiner Niederlage, einen kurzen Bericht über die Schlacht bei Sedan, den Herr Roland de Marès vom Original abgeschrieben hat, das ihm die Söhne des Generals Chazal gegeben haben. Dieser Bericht ist zu wichtig, als daß er hier nicht wörtlich aufgeführt werden sollte[1]). Er lautet:

„Es ist schwer, sich über ein so außerordentliches Ereignis, wie das ist, das soeben unter den Mauern von Sedan stattgefunden hat, wo eine auf eine Festung gestützte Armee gezwungen wurde sich zu ergeben, Rechenschaft abzulegen, ohne die verschiedenen Umstände zu kennen, die sie dahin gebracht haben. Wir wollen versuchen, sie unseren Lesern auseinanderzusetzen.

Nach der Schlacht von Mars-la-Tour war Marschall Bazaine gezwungen sich auf Metz zurückzuziehen, um sich mit Lebensmitteln und Munition zu versehen, obwohl er Herr des Schlachtfeldes geblieben war; aber die preußische Armee, durch zahlreiche Truppenkörper verstärkt, war ihm gefolgt und drohte, nach mehreren für die französische Armee glorreichen Kämpfen, ihm den Rückzug abzuschneiden. Marschall de Mac Mahon, dessen Armee im Lager von Chalons gebildet worden war, entschloß sich, den Marschall Bazaine zu unterstützen, und obwohl er die Kühnheit dieser Unternehmung recht gut erkannte, da große Truppenmassen unter dem Befehl des Kronprinzen auf Paris zu marschierten, die ihm in die Flanke fallen konnten, während ein großer Teil derer, die vor Metz standen, ihn in der Front angreifen konnte, beschloß er doch der Armee von Metz zu Hilfe zu kommen. So marschierte er denn von Reims über Rethel nach Stenay. Als er bei Chêne-le-Populeur

[1]) Bericht über die Schlacht bei Sedan, geschrieben vom Kaiser in Verviers. Authentisches Manuskript von $7^1/_2$ Seiten von der Hand Napoleon III. — Vgl. den Temps vom 2. September 1908. — Ursprünglich war dieser Bericht von seinem Verfasser für die Times bestimmt, um zu versuchen eine günstige Sinnesänderung für das Kaiserreich herbeizuführen.

ankam, erfuhr er, daß die Vorhut des Kronprinzen schon gesehen worden war, und daß die Kolonnenspitzen schon mit den Korps Douay und Failly in Berührung gekommen seien. Sofort befahl er eine Rückzugsbewegung auf Mézières zu, denn er konnte, wenn er von dieser Stadt abgeschnitten war, seine Armee nicht verproviantieren. Die Bewegung hatte schon begonnen, als eine Depesche aus Paris, die während der Nacht angekommen war, ihn zwang, einen Marsch fortzusetzen, der verderblich für ihn werden sollte. Die französische Armee fuhr also fort vorwärts zu gehen; schon hatte sie zum Teil die Maas bei Mouzon überschritten, als die Korps der Generäle Failly und Douay, die allein auf dem linken Ufer geblieben waren, lebhaft angegriffen wurden und sich in Unordnung zurückzogen, nachdem sie den Kampf lange ausgehalten hatten. Da erkannte Marschall de Mac Mahon zum zweiten Male, wie außerordentlich schwer es sei, nach Metz zu gelangen, und fühlte die Notwendigkeit, diesen Plan aufzugeben. Er gab sogleich Befehl, auf Sedan zurückzugehen, und obwohl die Truppen übermüdet waren, marschierten sie noch einen Teil der Nacht vom 30. zum 31. August.

Das 12. Korps mußte bei seiner Ankunft nahe bei Sedan ein Treffen aushalten, das ganz zu seinem Vorteil ausfiel. Während dieser Zeit vervollständigte aber die preußische Armee ihren Übergang über die Maas oberhalb und unterhalb Sedan und begann sich auf allen Höhen, die die Stadt beherrschen, festzusetzen. Es ist nicht ohne Interesse hier zu sagen, daß Sedan eine Festung ist, die von Hügeln beherrscht wird und nicht imstande ist, der neuen Artillerie zu widerstehen. Das Vorterrain ist nicht durch Befestigungen und vorgeschobene Forts verteidigt, wie bei Metz und vielen anderen Plätzen. Andererseits war die Bewaffnung sehr unvollständig und die Verproviantierung mit Lebensmitteln und Munition sehr knapp.

Am folgenden Tage, am 1. September, wurde die französische Armee um fünf Uhr morgens auf dem rechten und auf dem linken Flügel zugleich angegriffen. Die rechte Seite der Stellung war von den Korps Ducrot und Lebrun, die linke von den Korps Wimpffen und Douay besetzt. Marschall de Mac Mahon stieg sofort zu Pferde und begab sich auf die am meisten vom Angriff bedrohten Stellen, um zu rekognoszieren. Der Kaiser, den er hatte benachrichtigen lassen, war ebenfalls zu Pferde gestiegen und verließ eben die Stadt, als er den Marschall traf, den man in einem Krankenwagen brachte, am linken Schenkel von einem Granatsplitter verwundet. Das Kommando war vom General Wimpffen als dem ältesten General übernommen worden. Der Kampf wurde mehrere Stunden energisch ausgehalten, aber gegen zwei Uhr nachmittags wurden die Truppen zurückgedrängt und flohen bis in die Stadt, wo die Straßen

bald von Wagen, Artillerie, Infanteriſten und Kavalleriſten angefüllt waren, alles in der größten Verwirrung. Als der Kaiſer ſich aufs Schlachtfeld begab, ging er zunächſt zum Korps des Generals Lebrun in Balan, wo das Gefecht ſehr heftig wütete, und von da zum Zentrum, wobei er die Truppen durch ſeine Anweſenheit ermutigte und inmitten der Geſchoſſe, die um ihn herum niederfielen, die größte Kaltblütigkeit zeigte. Nachdem er vier Stunden auf dem Schlachtfelde geweilt und die Stätten aufgeſucht hatte, wo die Gefahr am größten war, kehrte er zur Stadt zurück und begab ſich zum Marſchall de Mac Mahon. Als er darauf wieder fortreiten wollte, konnte er nicht weiter, ſo ſehr waren die Straßen verſperrt, und er war gezwungen in der Stadt zu bleiben, die mit Geſchoſſen überſchüttet wurde, wodurch einige Brände entſtanden, Verwundete in Privathäuſern getroffen wurden und der Tod in den Straßen wütete, da ſie in die gedrängten Soldatenhaufen einſchlugen, die dort zuſammengepfercht lagen. General Guyot de Lespart wurde in dieſem Augenblicke in einer Straße getötet.

Gezwungen in der Stadt zu bleiben, richtete ſich der Kaiſer in der Unterpräfektur ein, die ſich im Zentrum dieſes Kugelregens befand. Mehrere Geſchoſſe platzten auf dem Dache und im Hofe dieſer Reſidenz, wo bald die Kommandanten der verſchiedenen Korps ankamen, um zu melden, daß ein Widerſtand unmöglich geworden ſei. Ihre Soldaten, die ſich faſt den ganzen Tag tapfer geſchlagen hatten, wären, von allen Seiten angegriffen, auf die Stadt zugeeilt und befänden ſich nun aneinandergedrängt in den Straßen und den Gräben. Bald wurde die Verwirrung allgemein und jede Bewegung unmöglich. Die preußiſchen Geſchoſſe fielen in dieſen Menſchenhaufen und trugen bei jedem Schuſſe den Tod dorthin; die Mauern der Stadt wurden, weit entfernt unſerer Armee als Schutz zu dienen, die Veranlaſſung zu ihrem Verluſte. Da man nun die Unmöglichkeit eines nützlichen Widerſtandes einſah, war man gezwungen zu verhandeln, und eine weiße Flagge ward um fünf Uhr abends auf der Zinne der Feſtung gehißt. In dieſem Augenblicke hatte die preußiſche Armee, die 240 000 Mann ſtark war, die Einſchließung vollzogen; eine fürchterliche Artillerie beſetzte alle Höhen um die Stadt, und ihre Infanterie hatte bis zum Glacis vordringen können.

Da ſandte der König von Preußen einen Adjutanten zum Kaiſer, um die Übergabe des Platzes und die Kapitulation der Armee zu verlangen. Der Kaiſer wollte nicht für die Armee antworten und überließ dies dem General Wimpffen, der den Oberbefehl hatte, ließ aber den König von Preußen wiſſen, daß er ſich ihm perſönlich anvertraue. Der König verlangte, daß man Bevollmächtigte ernenne, um die Vorſchläge wegen der Armee kennen zu lernen; General Wimpffen begab ſich zu

einer Konferenz mit dem General von Moltke und kam zurück, um einem Kriegsrat, der aus allen Generälen der Armee bestand, die gestellten Bedingungen zu unterbreiten. In dieser Versammlung erkannte man einstimmig an, daß es der Armee, ohne Lebensmittel, ohne Munition, eingezwängt in die Straßen der Stadt, schon in Unordnung, unmöglich sei, irgend eine Bewegung zu machen, und nicht mehr hoffen könne, sich mit Gewalt einen Weg durch die Kette der Feinde zu bahnen. Es war infolgedessen unangebracht, einen Widerstand zu verlängern, dessen einziges Ergebnis gewesen wäre, unsere Soldaten abschlachten zu lassen, und alle waren genötigt, die Kapitulation anzunehmen. General Wimpffen ging zum Kaiser, um ihm das Ergebnis dieser Beratung mitzuteilen und ihm zu sagen, daß nur er allein bessere Bedingungen für die Armee zu erhalten imstande sei. In der Tat hatte der König dem Kaiser eine Unterredung angeboten, die am anderen Tage gegen ein Uhr in einem Schlosse bei Sedan stattfand. Obgleich gesagt worden war, die Feindseligkeiten würden um neun Uhr wieder beginnen, wenn die Bedingungen nicht angenommen worden seien, wurde diese Zusammenkunft verzögert, bis die Bedingungen der Kapitulation vom General Wimpffen angenommen waren.

Das ist der genaue Tatbestand dieser Katastrophe, die das Herz jedes Soldaten mit Schmerz erfüllt."

Man wird in diesem Berichte bemerken, daß der Kaiser das Telegramm des Ministerrates tadelt, das Palikao abgeschickt hatte, um Mac Mahon trotz seines Widerstandes zu zwingen, dem Marschall Bazaine zu Hilfe zu eilen, der nicht aus Metz heraus konnte und wollte[1]). Aber Napoleon sagt nichts über den von Ducrot vorgeschlagenen Plan sich auf Mézières zurückzuziehen, was, wie ich festgestellt habe, wenigstens einen Teil der Armee hätte retten können[2]). Der Kaiser sorgt dafür, wie das sein Recht war, daran zu erinnern, daß er vier Stunden lang auf dem Schlachtfelde zugebracht hat, und daß er mehrere Male nahe daran war, unter den feindlichen Geschossen zu fallen. Er hat festgestellt, daß vor einer fürchterlichen Artillerie und einer Armee von 240 000 Mann, die den Platz von allen Seiten einschloß, die Kapitulation nach einem heldenmütigen Widerstande unvermeidlich war. Die prächtigen Kavallerieangriffe der Division Margueritte, die nicht weniger glorreichen Angriffe der afrikanischen Jäger unter dem General Galliffet

[1]) In seiner Broschüre über die Ursachen der Kapitulation von Sedan nennt er diesen Plan, der von Paris aus gekommen war, „den schwierigsten und den tollkühnsten".

[2]) Napoleon hat dies in seiner Schrift über die Kapitulation von Sedan wieder gut gemacht. — Man sehe auch La Retraite sur Mézières. 1901.

auf dem Kalvarienberge von Illy[1]), die Kämpfe, die Wimpffen, Ducrot, und Martin des Pallières ausgefochten haben, der Widerstand von Bazeilles, wo der Oberst Lambert sich unsterblich gemacht hat, neunundzwanzig Generäle tot oder verwundet, werden diesem Tage, wie schmerzlich er auch als Niederlage sein mag, eine unvergängliche Erinnerung im Herzen aller Franzosen bewahren. Die Deutschen mögen alle Jahre ihren Triumph bei Sedan mit großem Jubel feiern. Sie haben gesiegt, gut, aber mit 240 000 Mann gegen 124 000 und dabei hatten sie die bessere Stellung und eine überlegene Artillerie. Ihr Triumph, der durch jährliche Feste gefeiert wird, ist übertrieben. Dazu kommt, daß sich in ihren so leicht errungenen Sieg Taten mischen, die wir verachten müssen, wie ihre Rache an den Bewohnern von Bazeilles, von der Bismarck mit Gleichgültigkeit spricht: „Man verspürte einen kräftigen Duft von gebratenen Zwiebeln. Ich bemerkte, daß dieser Geruch von Bazeilles herüberkam. Es waren wahrscheinlich die französischen Bauern, die von den Bayern, weil sie aus den Fenstern auf sie geschossen hatten, niedergemacht und in ihren Häusern verbrannt waren[2])."

Die Deutschen hatten den Sieg von Sedan mit so lärmendem Beifallsjubel begrüßt, daß ein jeder von ihnen glaubte, das Ende des Krieges sei da. Aber der Feldzug in Frankreich sollte nicht so kurz sein, wie der in Österreich, und, wie König Wilhelm vorausgesagt hatte, „begann der Krieg nun erst". Die Regierung der nationalen Verteidigung, die am 4. September aufgetaucht war, war entschlossen, nur einen Frieden anzunehmen, der mit der Ehre des Landes vereinbar war. Diese neue Regierung wurde von Busch, dem Vertrauten Bismarcks, so gewürdigt:

„Die Herren wollen, wie es scheint, den Krieg gegen uns fortsetzen. So hätte sich die Lage für uns nicht gebessert, so weit wir den Frieden wünschen müssen, aber auch keineswegs verschlimmert, zumal wenn die Republik sich hält ... Mit Napoleon und Lulu ist es vorläufig vorbei, die Kaiserin hat es wie Ludwig Philipp im Februar 1848 gemacht, sie hat das Feld geräumt und soll sich in Brüssel befinden. Was die Advokaten und Literaten, die an ihre Stelle getreten sind, für Seide spinnen werden, wird sich bald zeigen müssen."

Die „Seide" sollte von den Landsleuten des Moritz Busch nicht leicht zu entwirren sein, die sich wohl nicht auf einen fünfmonatlichen hartnäckigen Widerstand gefaßt gemacht hatten, trotz ihrer unerhörten Erfolge. „Es war", wie Gambetta gesagt hat, „eine Regierung der

[1]) Vgl. Les Charges à Sedan vom General Rozat de Mandres, 1907.

[2]) Graf Bismarck und seine Leute, Bd. I, S. 164.

nationalen Verteidigung, eines Kampfes gegen den Fremden bis aufs Messer."

Unterdessen verheimlichte Bismarck die Absichten Preußens nicht. Es wollte, wie er selbst zu Wimpffen gesagt hatte, aus seinem Vorteil soviel Nutzen ziehen wie möglich. Am Tage nach Sedan wurde es deutlich ausgesprochen: Preußen wollte Elsaß-Lothringen. Die Times, sein Sprachrohr, sagte es klar heraus und fand sogar, daß das eine gemäßigte Forderung sei. Wenn man sich auf die geheimen Erinnerungen Wilhelms I., die vom Deutschen Kaiser selber durchgesehen sind, beziehen kann, dann sieht man, wie die im preußischen Hauptquartier angenommenen Instruktionen deutlich sagten: „Preußen erstrebt keinen Landgewinn. Allerdings muß der Elsaß und, soweit es deutsch ist, auch Lothringen Frankreich abgenommen werden, aber nicht für Preußen, sondern für Bayern, Baden oder irgendeine andere Kombination." Schneider, der Redakteur dieser Erinnerungen, fügt hinzu: „Von dem Augenblicke an, wo unsere Armee Paris umschlossen hatte, zweifelte niemand mehr an der Einverleibung Elsaß-Lothringens. Baden soll den Elsaß erhalten und Bayern Lothringen, oder man macht aus Elsaß-Lothringen, Luxemburg und Belgien ein neutrales Reich und der König der Belgier soll König von Frankreich werden![1])."

Zu jener Zeit behauptete Bismarck Lord Russell gegenüber, der nach Versailles gekommen war, Thiers habe vorgeschlagen, den König Leopold II. auf den Thron Frankreichs zu setzen. Der Kanzler wich vor keiner Kühnheit zurück, selbst wenn sie eine Lüge enthielt! Woher stammte dieses lächerliche Gerücht? Von einem Rate der deutschen Botschaft in London, der es von einem Sekretär des Herrn von Rothschild hatte.

Die Annalen des Deutschen Reiches haben im Februar 1907 einen von Herrn von Poschinger unterzeichneten Artikel gebracht, der auch von der Indépendance belge angeführt worden ist, mit Auszügen aus Briefen des Herrn von Kusserow, der im Jahre 1870 Legationssekretär in London war, die sich auf diese sonderbare Kombination beziehen. Im Verlaufe einer Unterredung des eminenten französischen Staatsmannes mit Herrn von Rothschild aus Wien, die am Tage nach der Schlacht von Wörth stattfand, soll der Gedanke von Thiers ausgesprochen worden sein, und Herr von Kusserow soll am 14. August davon durch Herrn Betzold, den Privatsekretär des Herrn von Rothschild, Kenntnis erhalten haben.

Die Unterredung soll so gelautet haben:

[1]) Aus dem Leben Kaiser Wilhelms. Bd. II, S. 166 und 264.

„—Wenn der Kaiser geschlagen wird," soll Thiers gesagt haben, „dann ist er verloren. Wenn er noch eine große Schlacht gewinnen könnte, dann würde der Pöbel, der ihn heute verleugnet, sich von neuem ihm zuwenden; die Aussichten auf einen dauernden Erfolg für die französischen Waffen sind aber leider sehr gering."

„—Was wird also geschehen?"

„— Wir werden zunächst einige Wochen oder einige Monate lang die Republik haben und werden uns dann später einen neuen König geben. Da sind zunächst die Herzöge von Orleans, aber wer weiß ob nicht ein Mittel da ist, um zugleich mit dem Könige eine Gebietsentschädigung zu erhalten, wodurch die Bedingungen ausgeglichen würden, die das siegreiche Deutschland uns auferlegen wird? Mit einem Worte," soll er hinzugefügt haben, „wir könnten aus Leopold II. unseren König machen."

„— Was würden dann aber Preußen und England tun?"

„— Das eine wie das andere würde zufrieden sein, und das um so mehr, als sie eine Republik in Frankreich nur ungern sehen würden. Und dann würde Preußen mit dem Elsaß und etwas anderem entschädigt (Herr Betzold glaubt, Thiers habe damit Holland gemeint), und England sähe in der Person Leopolds II. und in dieser ganzen Kombination die beste Garantie für einen langen Frieden, der es vor allem interessiert. Was diesen Fürsten anbelangt, so ist er, wenn auch vollständig Belgier, doch sehr ehrgeizig, und es würde ihn wenig kosten, sich dazu herzugeben."

Nach Kusserow war Betzold derselben Ansicht. Er war seinerzeit drei Monate lang der Reisebegleiter des damaligen Prinzen Leopold in Indien gewesen und kannte ihn sehr gut. Der Prinz habe damals die holländischen Kolonien sehr aufmerksam betrachtet und soll sich nur sehr schwer haben überzeugen lassen, daß ein so kleines Land wie Belgien nicht imstande sei, überseeische Besitzungen auf die Dauer zu behalten.

Kusserow fährt fort: „Hiernach würde sogar die orleanistische Partei die Familie Orleans aufgegeben haben, in Tausch gegen eine Gebietsentschädigung, und das um so mehr, als klarblickende Leute in Paris schon begannen, den Elsaß und noch mehr für verloren zu halten."

„In der Annahme, daß ein siegreiches Deutschland", fügt Poschinger hinzu, „einer Annektierung Belgiens durch Frankreich seine Zustimmung nicht versage, wenn Holland sich durch eine feste Verbindung mit Deutschland aus der französischen Interessensphäre zurückgezogen hätte, konnte Kusserow wohl glauben, daß die Tatsache, zeitig zu erfahren, daß ein solcher Gedanke im Kopfe eines so einflußreichen Mannes wie Thiers bestände, danach angetan war, unseren Chef zu interessieren, und darum

sandte er seinen Brief an den Legationssekretär von Keudell, der sich damals im preußischen Hauptquartier befand."

Der Legationssekretär von Kusserow muß recht naiv gewesen sein, um solche Behauptungen zu glauben. Der Vorschlag Thiers' in bezug auf die Wahl Leopolds als König von Frankreich ist eben so wahr wie die Aufgabe des Elsaß und anderer Provinzen „durch klarblickende Leute in Paris". Es ist nicht weniger erstaunlich, daß Bismarck geglaubt hat, sich einen Augenblick zum Echo einer so lächerlichen Fabel machen zu sollen. Sie gelangte bis nach Wilhelmshöhe, und Napoleon III., der sich stellte, als glaube er daran, sagte zu einem seiner Offiziere: „Da Herr Thiers findet, daß nicht Prätendenten genug in Frankreich sind, weiß ich einen, der ernsthafter ist als Leopold." General Vaubert de Genlis fragte darauf, von wem der Kaiser sprechen wolle. „Von Herrn von Bismarck", antwortete Napoleon. „Denn wenn der König von Frankreich wäre, dann wette ich, daß er, mit seiner Manier sein Land abzurunden, in zehn Jahren ganz Preußen zu Frankreich gebracht haben wird." Dieser Scherz wurde Bismarck hinterbracht, der ihn natürlich herzlich schlecht fand.

Kommen wir aber wieder auf positivere Tatsachen zurück. Am 16. September benachrichtigte der Kanzler die Vertreter des Norddeutschen Bundes, daß Deutschland im Interesse Europas Straßburg und Metz nehmen wolle, um Frankreich zu verhindern, anzugreifen und in Zukunft den Frieden zu stören. Bei der Gelegenheit fertigte der preußische Generalstab die Karte an, die zwei der schönsten Provinzen dem französischen Gebiete entreißen sollte.

In seinem Berichte über die Unterredung Wimpffens mit Moltke und dem Kanzler meldet General Ducrot, Graf Bismarck habe den französischen Offizieren gesagt, Preußen habe die Absicht, nicht nur eine Kriegsentschädigung zu verlangen, sondern auch die Abtretung des Elsaß und des deutschen Lothringens, eine notwendige Garantie für Preußen, denn Frankreich bedrohe es immer und „es bedürfe einer guten, vorgeschobenen strategischen Linie." Unterm 1. September meldet Wilmowski einen sehr sonderbaren Zwischenfall. „Vorgestern," schrieb er an seine Familie, „ist ein eigenhändiger Brief vom Kaiser von Rußland eingetroffen, worin er den König zu seinen Siegen beglückwünscht, zu gleicher Zeit aber das Vertrauen ausspricht, der König werde großmütig sein und nicht daran denken, das Gebiet Frankreichs zu verkleinern. Der Ton ist, wie es scheint, nichts weniger als familiär. Ihr könnt Euch denken, wie unangenehm das berührt hat! Gerade von Rußland, das seit zehn Jahren von unseren deutschen Fürsten, unserer Regierung und unserer Aristokratie wie ein Heiligtum betrachtet und fast vergöttert

wurde, hatte man so etwas nicht erwartet! Man hätte sich aber doch daran erinnern sollen, daß seit der berühmten Klausel im Tilsiter Vertrage, wodurch Alexander I. seinem Verbündeten das große Gebiet von Bialystock abgenommen hatte, Rußland uns ununterbrochen soviel wie es konnte geschadet hat, während wir ihm ununterbrochen Freundesdienste leisten mußten. Man hat noch gestern in verneinendem Sinne auf diesen Brief geantwortet." Dieses war wenig bekannt, und Wilmowski garantiert durch seine Eigenschaft als Chef des Zivilkabinetts des Königs für die Richtigkeit. Die Bedingungen, die man Frankreich auferlegen wollte, wurden von Wilmowski ebenso angegeben, wie Bismarck sie Wimpffen gestellt hatte. „Man hat die Absicht", sagte er, „Elsaß und Lothringen von Frankreich zu trennen. Den Franzosen, die keinen Fuß ihres Landes abgeben wollen, wird das Stück zu groß erscheinen; dagegen wird es den Deutschen zu klein sein. Man trifft schon Maßregeln, um die Verwaltung dieser Provinzen einzurichten, als wären sie schon abgetreten[1]) ... Eine Annektierung durch Preußen würde die Eifersucht Österreichs und Rußlands erwecken, das sich schon ohnedies rührt. Infolgedessen erwägt man die Gedanken, aus dem Elsaß und dem deutschen Lothringen ein Gebiet zu machen, das ganz Deutschland angehört, in dem der König von Preußen der militärische Chef sein soll und folglich die Militärorganisation nach der von Norddeutschland einrichten wird." So war am Tage nach der Einnahme von Sedan schon über das Los von Elsaß-Lothringen entschieden, und alles ließ darauf schließen, daß Europa die Tatsache ruhig hinnehmen werde[2]).

Als Jules Favre das Ministerium des Auswärtigen übernahm, hatte er die kühne Äußerung getan: „Wir treten keinen Fuß breit von unserem Gebiete ab und keinen Stein von unseren Festungen. Auf einen schmachvollen Frieden würde in kurzer Zeit ein Vernichtungskampf folgen. Wir verhandeln nur für einen dauerhaften Frieden ... Und wären wir allein, wir würden nicht weichen!" Auf die Kritiken, denen Jules Favre ausgesetzt wurde, hatte er geantwortet, je entschlossener die Haltung der Regierung der nationalen Verteidigung sei, um so größere Aussicht habe sie, günstige Bedingungen zu erhalten. Und das muß man anerkennen,

---

[1]) Es war der Vetter des Kanzlers, Graf von Bismarck-Bohlen, der zum Gouverneur von Elsaß-Lothringen ernannt wurde.

[2]) Deutschland verhandelt in diesem Augenblicke, vierzig Jahre nach der Annektierung, wieder über das Geschick der beiden Provinzen und sieht, daß ihre Germanisierung nicht weiter vorgeschritten ist als im Jahre 1871. Die Erinnerung und das Bedauern sind dort ebenso lebendig geblieben wie am ersten Tage, und die Persönlichkeit Elsaß-Lothringens, weit entfernt zu verschwinden, hat sich gekräftigt.

daß trotz der Kühnheit seiner Erklärung oder vielleicht auch gerade deshalb die öffentliche Meinung Frankreichs einstimmig mit ihm war. Jules Favre erinnerte auch daran, daß der König von Preußen erklärt habe, nur gegen die kaiserliche Dynastie Krieg zu führen und nicht gegen Frankreich. Diese Dynastie lag aber am Boden. Wollte er nun gegen Frankreich den Kampf fortsetzen?

Auf den Rat des Lords Granville und die dringende Aufforderung Thiers', der Paris verlassen hatte, um durch Europa zu reisen, um einige Unterstützung für uns zu suchen, wollte Jules Favre die Hauptstadt verlassen, um sich mit Bismarck zu treffen, von dem er erfahren wollte, welches die Bedingungen Preußens seien, ehe die Belagerung von Paris begönne. Am 18. September reiste er nach Meaux und von da nach Montry, wo er den Kanzler treffen sollte, der zuerst fragte, ob die Armeen von Metz und Straßburg die beabsichtigten Abmachungen anerkennen würden, und sich dann, nach vorheriger Verständigung mit dem König, mit der Versicherung zu begnügen schien, daß die Regierung der nationalen Verteidigung einen Waffenstillstand abschließen und eine Versammlung einberufen werde, um die Friedenspräliminarien zu bestätigen. Schon jetzt dachte Bismarck daran — was betont werden muß —, die Armee von Metz und sogar die Garnison von Straßburg zu seinen Intrigen zu gebrauchen, denen er eine politische Rolle geben wollte. Einige Tage vorher hatte Thiers von London aus Jules Favre mitgeteilt, daß er mit Lord Granville, bei dem er den Irrtum berichtigt habe, zu glauben und zu sagen, Frankreich habe den Krieg gewollt, auf einen Gegenstand zu sprechen gekommen sei, der ihn seit seiner Abreise von Paris beschäftige, nämlich „eine Intrige der Bonapartes, die dahin gehe, das Kaiserreich mit dem kaiserlichen Prinzen unter der Regentschaft der Kaiserin wieder herzustellen“[1]). Lord Granville behandelte diese Sache als ein Hirngespinst. „Erkundigungen, die ich an anderer Stelle eingezogen habe“, fügte Thiers hinzu, „beweisen mir, daß daran nichts Ernstliches ist ... Wenn die bonapartistische Intrige besteht, dann hat sie eher festen Boden im preußischen Lager. Lord Granville hat mir gesagt, daß der Hof Preußens nicht verhandeln wolle oder doch sich so stelle, und deshalb wohl diesen Vorwand benutzen werde zu behaupten, nur die kaiserliche Regierung habe in seinen Augen einen regulären Charakter; die neue Regierung sei aus einer Volksbewegung hervorgegangen; sie habe keine gesetzmäßige Berechtigung und man sei, wenn

[1]) In diesem Augenblicke schrieb die Gräfin Bismarck an ihren Mann: „Und die erste Bedingung zum Frieden: Beibehaltung Louis Napoleons auf dem französischen Throne für ewige Zeiten, ist die endgültig festgestellt?“ Worauf der Graf antwortete: „Wenn möglich, ja.“

man mit ihr verhandle, dem ausgesetzt, mit niemand zu verhandeln."

In der Tat ließ Bismarck Sir Alexander Malet, der einige Tage darauf zu ihm gekommen war, um ihm im Namen der englischen Regierung Mäßigung anzuempfehlen, durchblicken, daß er, wenn die Regierung der nationalen Verteidigung seine Bedingungen zurückwiese „noch einen anderen Pfeil in seinem Köcher habe." Thiers hatte Lord Granville geantwortet, als dieser die Untätigkeit der Deputierten bedauerte und sagte, daß der Gesetzgebende Körper die Gewalt hätte übernehmen müssen, wenn er entschlossen genug gewesen wäre, da er aber zu sehr zögerte, habe er einer Volksbewegung seinen Platz eingeräumt: „daß aus dieser Bewegung die jetzige Regierung hervorgegangen sei, es sei müßig und gefährlich über ihren Ursprung zu streiten, man müsse auf ihre Handlungen sehen, und die seien gut." Lord Granville billigte diese Bemerkungen, ohne jedoch zuzustimmen die Regierung der nationalen Verteidigung schon endgültig anzuerkennen, wie es doch die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Italien, Spanien und Portugal getan hatten. Es steht aber fest und es muß betont werden, daß Bismarck trotz der pessimistischen Vermutung des Königs glaubte, nach Sedan werde Frankreich Frieden schließen, wie Österreich das nach Sadowa getan hatte. Er gab sich alle mögliche Mühe und war sehr erstaunt, es nicht zu erreichen.

Die kaiserliche Partei, von der Thiers sagte, sie sei „eingeschüchtert und untätig", war es nicht so sehr, wie er sich das einbildete. Diese Partei glaubte, oder wollte glauben machen, daß der Kanzler ihr nicht feindlich gesinnt sei, und daß er aus Furcht vor einer demokratischen Republik sogar die Wiederherstellung des Reiches wünsche. Die Wahrheit ist aber, daß Bismarck ein doppeltes Spiel spielen wollte: das heißt bei den Kaiserlichen den Gedanken erregen, es sei möglich, daß man mit ihnen verhandle, und bei den Republikanern, daß diese Verhandlung eifrig betrieben würde, um ihnen seine Bedingungen aufzuzwingen. Er würde gewiß ein geschwächtes Kaisertum, das unfähig gewesen wäre an Rache zu denken, einer tätigen und kräftigen Republik vorgezogen haben, die auf Deutschland eine Rückwirkung hätte haben können. „Die Regierungen der monarchischen Staaten", sagte er zu Busch, „müssen darin eine Gefahr sehen und suchen, sich enger aneinander anzuschließen. Es ist eine Gefahr für einen jeden und sogar für Österreich." Dann antwortete er den Deutschen, die die Rücksicht tadelten, die man in Wilhelmshöhe Napoleon III. erwies: „Wer wird uns nützlicher sein, ein gut oder ein schlecht behandelter Napoleon?" Im Grunde wollte er aber Frieden, einerlei mit wem, wenn er nur schnell abgeschlossen würde, einträglich wäre und ernsthafte Garantien böte. Welcher Ruhm

für Preußen, wenn es den Stolz Frankreichs in wenigen Wochen hätte beugen können, wie es das mit Österreich gemacht hatte!

Schon am 10. September hatte der Kanzler dem Courrier de la Champagne und dem Indépendant Rémois diese Notiz übersandt: „Wenn die Zeitungen, die in Reims erscheinen, die neue französische Regierung anerkennen und die Erlasse dieser Regierung abdrucken, dann möchte man daraus schließen, daß diese Blätter ihre Meinung mit Zustimmung der deutschen Regierung zum Ausdrucke bringen, die die Stadt beherrscht. Das ist nicht so. Die deutschen Regierungen haben noch keine andere Regierung anerkannt, als die kaiserliche Regierung, die folglich allein berechtigt ist, mit ihnen zu verhandeln."

Eine andere offizielle Notiz sagte, die verbündeten Regierungen könnten mit dem Kaiser Napoleon oder mit der Regentschaft in Verhandlung treten. Dann hieß es — und dieser wichtige Punkt ist beachtenswert —: „Sie würden auch mit dem Marschall Bazaine in Verbindung treten können, der sein Kommando vom Kaiser hätte." Man wußte aber im Moseldepartement schon, daß Bazaine, als er bei Metz blieb, selbst gestand „strategischen und politischen Forderungen zu gehorchen." Im Falle, daß die neue Regierung, die sich in Paris gebildet hatte, gestürzt würde, was damals nicht unmöglich schien, dann schien die Armee von Metz das Geschick Frankreichs in Händen zu haben. Bismarck dachte, dann werde Bazaine allein berechtigt sein zu verhandeln, im Einvernehmen mit dem alten Gesetzgebenden Körper oder mit einer neuen Versammlung.

„Die zweideutige Haltung des Marschalls seit dem 18. August", sagt Albert Sorel sehr richtig, „ließ vermuten, daß er sich für irgend eine Rolle dieser Art aufsparte. Es war übrigens nichts wahrscheinlicher, wenn man seinen Charakter nach der Politik beurteilt, die er in der merikanischen Expedition verfolgt hat. Es war etwas von einem Abenteurer in ihm. Die Preußen wußten recht gut, daß er von einer Krone geträumt hatte. Eine Regentschaft, ein Protektorat konnte den Marschall wohl verführen. Wenn man sich mit ihm nicht verständigte, wenn der Frieden auch von dieser Seite aus entging, dann hatte man doch wenigstens den Vorteil gehabt, die Tätigkeit der Metzer Armee zu behindern ... Die Diplomatie konnte damit rechnen. Und unglücklicherweise für Frankreich waren ihre Berechnungen richtig[1])."

Es hat den Anschein — dies nach Valfrey, der sagte es aus authentischer Quelle zu haben[2]), — daß Napoleon III. sich geweigert habe, mit

[1]) La Diplomatie de la guerre franco-allemande. Bd. I, S. 342.

[2]) Histoire de la diplomatie du gouvernement de la Défense nationale. Bd. I, S. 105—108.

dem Kanzler in Verhandlung zu treten, da er die Fortsetzung des Krieges „für eine Pflicht und eine Notwendigkeit für Frankreich halte." Trotz dem Drängen des Kanzlers, der durchblicken ließ, Preußen werde gegenüber einer Regierung ohne Garantien seine Ansprüche höher stellen, soll Napoleon sich auf nichts haben einlassen wollen und seine Weigerung soll Bismarck dazu gebracht haben sich an die Kaiserin zu wenden, bei der Herr von Bernstorff schon sondiert hatte. Aber gerade in dem Augenblicke, als sie Gegenstand der verfänglichsten Anliegen war und für Frankreich und das gestürzte Kaiserreich jede Kombination fürchtete, die der Unversehrtheit des Gebietes Abbruch tun könnte, ergriff sie die Initiative, sich direkt an den Kaiser von Rußland zu wenden. Sie sandte am 13. September von Hastings aus diesen wichtigen Brief an ihn:

„Sire!

Fern von meinem Vaterlande schreibe ich heute an Ew. Majestät. Vor wenigen Tagen noch, als das Geschick Frankreichs noch in den Händen der vom Kaiser eingesetzten Gewalt lag, würde es in den Augen Ew. Majestät und denen Frankreichs geschienen haben, als zweifle ich an der Lebenskraft meines Landes, wenn ich diesen Schritt getan hätte. Die letzten Ereignisse geben mir meine Freiheit wieder, und ich kann mich an das Herz Ew. Majestät wenden. Wenn ich die Berichte unseres Gesandten, des Generals Fleury richtig verstanden habe, wies Ew. Majestät die Zerstückelung Frankreichs a priori von der Hand. Das Geschick ist gegen uns gewesen. Der Kaiser ist gefangen und wird verleumdet. Eine andere Regierung hat die Aufgabe übernommen, die wir zu erfüllen als unsere Pflicht betrachtet hatten. Ich komme, um Ew. Majestät zu bitten, Ihren Einfluß zu benutzen, daß ein ehrenhafter und dauernder Friede geschlossen werde, wenn die Zeit dazu gekommen ist. Möge Frankreich bei Ew. Majestät stets dieselben Gefühle finden, was es auch für eine Regierung habe, die Sie uns in dieser harten Prüfung bewiesen haben! In der Lage, in der ich mich befinde, kann alles schlecht ausgelegt werden, ich bitte daher Ew. Majestät, diesen Schritt den Ihr scharfer Geist begreifen wird und der mir von der Erinnerung an Ihren Besuch in Paris eingegeben wird, geheim zu halten."

An demselben Tage schrieb sie mit gleicher Dringlichkeit an den Kaiser von Österreich:

„Sire!

Die Regierung, die sich in Paris der Gewalt bemächtigt hat, hat sich direkt an den Grafen von Bismarck gewandt, um die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erlangen. Herr Thiers ist beauftragt worden, bei den neutralen Mächten um deren Vermittlung bei den Kriegführenden zu bitten. Ich will die Aussichten auf Befreiung nicht prüfen, die

meinem Lande die Rheinarmee versprechen kann, die unter den Mauern von Metz heldenmütig kämpft, auch nicht den Mut der Verteidiger von Paris. Ich kann über diese Fragen nur eine persönliche Ansicht haben. Frankreich aber, das von dem Unglücke, das es betrifft, betrübt ist, will dem Blutvergießen Einhalt tun und wünscht Frieden.

Haben die neutralen Mächte nicht eine Pflicht zu erfüllen, indem sie die Interessen der Zukunft in Schutz nehmen und durch ihr freundschaftliches Eingreifen einen billigen Frieden ermöglichen? Das Unglück ist über uns hereingebrochen, Sire. Der gefangene Kaiser kann in diesem Augenblick nichts für sein Land tun. Ich aber bin durch Umstände, die nicht meinem Willen unterstehen, von Frankreich entfernt und muß einen Kampf mit ansehen, der mein Herz zerreißt; ich kann bei solchem Schmerze und sovielem Unglück nicht schweigen. Ich weiß, wenn ich mich an Ew. Majestät wende, daß Sie verstehen werden, wie meine einzige Sorge Frankreich ist und daß für es allein mein so grausam geprüftes Herz Wünsche hat. Ich hege die Hoffnung, Ew. Majestät werden Ihren Einfluß anwenden, um mein Land vor erniedrigenden Forderungen zu bewahren und für es einen Frieden zu erlangen, der die Unversehrtheit seines Gebietes achtet."

Franz Joseph antwortete auf die Bitte der Kaiserin, indem er seiner lebhaften Sympathie für das Unglück Frankreichs Ausdruck gab, machte aber darauf aufmerksam, daß es Umstände gäbe, wo die Souveräne nicht Herren seien, den Eingebungen ihres Herzens zu folgen ... Was war aus den großen Freundschaftsbezeugungen des Fürsten von Metternich und aus den Illusionen des Herzogs de Gramont geworden? Was aus den Behauptungen dieses Ministers in bezug auf die Bündnisse des Kaiserreiches? Der Zar antwortete am 2. Oktober aus Zarskoje-Selo:

„Ich habe den Brief erhalten, den Ew. Majestät mir zu senden geruht haben. Ich begreife und würdige die Regung, die ihn Ihnen eingegeben hat und Sie alle Ihr Unglück vergessen läßt, um nur an das Frankreichs zu denken. Ich nehme aufrichtig Anteil und wünsche sehnlichst, daß ein baldiger Friede zustande komme und dem Kriege ein Ende mache, sowie alle den Übeln, die für ganz Europa daraus erwachsen. Ich glaube, dieser Friede wird um so dauerhafter sein, je billiger und gemäßigter er sein wird. Ich habe alles getan und werde auch fortfahren alles zu tun, was von mir abhängt, um zu diesem Ergebnis beizutragen, das ich mit allen meinen Wünschen herbeisehne. Ich danke Ihnen für Ihr gütiges Gedenken und für Ihr Vertrauen auf meine Gesinnung."

Dieser Brief war dem Anscheine nach wärmer als der des Kaisers Franz Joseph, in der Versicherung aber, die der Zar seinen Friedens-

bemühungen gab, war mehr Banales als Aufrichtigkeit[1]). Der Kanzler Gortschakow, der schon der Bismarckschen Politik anhing, war zu sehr mit der Lösung der Frage wegen des Schwarzen Meeres beschäftigt, als daß er Rußland und den Zaren durch eine dringende Vermittlung hätte sich kompromittieren lassen. Die Bemühungen der Kaiserin, die nur das Interesse Frankreichs im Auge hatte und von Rußland und Österreich verlangte, der französischen Regierung zu Hilfe zu kommen, wie es auch immer sein möge, waren sehr ehrenwert, hatten aber keine nützliche Wirkung. Ob Frankreich ein Kaiserreich oder eine Republik war, seine Feinde dachten nur daran es zu schmälern, und die Neutralen, eingeschüchtert oder interessiert, ließen es geschehen. Der deutsche Kanzler wandte seine ganze List und seine ganze Energie auf, um ebensowohl die alte kaiserliche Regierung wie die neue republikanische zu täuschen, sie gegeneinander auszuspielen und durch Manöver von seltener Geschicklichkeit sich nicht von dem Zweck abbringen zu lassen, den er erreichen wollte, d. h. einen Frieden, der Deutschland das Elsaß, einen großen Teil Lothringens und eine ungeheure Kriegsentschädigung sicherte. Nun müssen wir sehen, welche Erfolge Thiers mit seinen dringenden Bitten bei den verschiedenen Höfen Europas hatte.

---

[1]) Fünf Monate später, am 27. Februar 1871 schrieb der Zar dem Kaiser Wilhelm: „Ich danke Ihnen, mir die Einzelheiten der Friedenspräliminarien mitgeteilt zu haben. Ich teile Ihre Freude ... Ich bin glücklich, mich in der Lage befunden zu haben, Ihnen meine Sympathie als ergebener Freund bezeigen zu können."

Neuntes Kapitel.

Europa und Thiers nach dem 4. September.

Am 6. September war Nigra, der Botschafter Italiens ins Auswärtige Amt am Quai d'Orsay gekommen. Er hatte nochmals den neuen Minister des Auswärtigen gebeten, die Konvention des 15. September zu kündigen, denn es widerstrebte der italienischen Regierung, aus unseren Niederlagen Nutzen zu ziehen zu scheinen, um eine offizielle Konvention zu verletzen und in Rom einzudringen ohne eine andere Gefahr als die, ihre eigene Ehre zu beschmutzen. „Wäre Frankreich siegreich," antwortete Jules Favre, der in der Opposition immer die Septemberkonvention bekämpft hatte, „würde ich Ihrem Wunsche sehr gern nachkommen ... Aber mein Land ist besiegt. Ich bin zu unglücklich, um den Mut zu haben, einen ehrwürdigen Greis zu betrüben, der selbst schmerzlich betroffen ist, und der unter der unnützen Zurschaustellung des Imstichelassens leiden würde. Ich will auch meine katholischen Mitbürger nicht betrüben, die vom Unglück des Papstes schmerzlich berührt sind. So werde ich denn die Septemberkonvention nicht kündigen. Ich werde mich aber auch nicht darauf berufen. Ich persönlich kann das nicht. Ein anderer Minister würde das ebensowenig können, ohne die Würde Frankreichs durch eine Drohung zu beleidigen, die von vornherein verurteilt ist, unwirksam zu sein. Ich kann und will nichts verhindern ... Es ist aber so zu verstehen, daß Frankreich Ihnen keine Zustimmung gibt und daß Sie die Unternehmung auf Ihre eigene und alleinige Verantwortung hin machen." Die Überraschung und Trauer Jules Favres waren groß gewesen. Als er Nigra in sein Kabinett treten sah, hatte er an die Ankunft einer Unterstützung gedacht, und nun dachte die italienische Regierung nur daran, sich von ihren Verpflichtungen loszumachen, und erklärte zugleich, Italien könne gegenüber der Untätigkeit Englands und Rußlands nichts für uns tun. Andererseits schien Nigra überrascht über die kalte Antwort Jules Favres. Zwei Tage darauf kam er wieder darauf zurück. „Sie werden Ihre Entscheidung nicht aufrecht erhalten," sagte er, „sie ist zu sehr im Widerspruche mit Ihrer politischen Vergangenheit. Sie wird Italien beleidigen, ohne daß Sie Nutzen davon haben. —" „Ist das eine Bedingung, die Sie mir stellen?" fragte Jules Favre stolz.

— „In keiner Weise." — „Nun, dann würde ich Ihnen sehr verbunden sein, wenn Sie auf diesen Gegenstand nicht wieder zurückkommen wollten, der mir peinlich ist und uns zu nichts führen wird!"[1])

Nigra zog sich zurück, ließ aber am 12. September in das Grünbuch setzen, daß der Minister des Auswärtigen auf die Nachricht von dem, den königlichen Truppen gegebenen Befehle die Grenzen des Kirchenstaates zu überschreiten, geantwortet habe, die französische Regierung werde es „mit Sympathie" geschehen lassen. Diese gewagte Behauptung rief bei Jules Favre einen formellen Protest hervor. „Ich glaube nicht," sagt er, „mich eines ähnlichen Ausdruckes bedient zu haben, der unter der Feder des italienischen Ministers eine Formel geworden ist, durch die er meinen Gedanken übersetzt hat." Ich weiß nicht, ob in den Erinnerungen, die Nigra hinterlassen hat, aus denen die Zeitungen nach seinem Tode nur wenig wichtige Auszüge bekannt gegeben haben, besondere Enthüllungen über die Besetzung Roms enthalten sind, wie einige behaupten. Es ist möglich; ich weiß aber durch einen von ihm im Jahre 1895 an den Vicomte E. M. de Vogué geschriebenen Brief, daß zu dieser Zeit Nigra „das arme Italien zu verteidigen suchte, die große Undankbare gewesen zu sein, wie man in Frankreich allgemein denke". Seine hauptsächliche Entschuldigung war, daß die Untätigkeit seines Landes sich durch die feindliche Haltung der meisten Mächte uns gegenüber erkläre ... Jules Favre hatte sich das wohl gedacht und der Schmerz über diese Politik ließ ihn den Ruf ausstoßen: „Wenn Italien uns seine Hilfe verweigert, dann ist es entehrt!" Diese Klagen waren aber nutzlos. Die italienische Regierung, die sich an die englische Politik anlehnte, wollte neutral bleiben, aus Furcht seine Interessen zu verletzen und sich der Rache Preußens auszusetzen. Und doch hätte im gegebenen Augenblick eine Intervention der mit den Österreichern verbündeten Italiener sicher der Lage eine andere Wendung gegeben und vielleicht die Belagerung von Paris aufgehoben.

Die Bündnisse, mit denen der Herzog de Gramont sich unvorsichtigerweise brüstete und dessen wirkliches Bestehen man heute als sicher oder möglich hinstellen will, waren zerstoben wie Schatten. Jules Favre fragte den Fürsten de La Tour d'Auvergne, der auch das Unrecht begangen hatte daran zu glauben, was man davon denken müsse. „Das österreichische Kabinett ist sondiert worden," antwortete der Fürst aufrichtig, „es hat sich aber auf die drohende Haltung Rußlands berufen, die für keinen Menschen ein Geheimnis ist." Und der General Fleury, der so viele Illusionen über Rußland gehabt hatte, macht dieses Geständnis: „Konnte

[1]) Jules Favre, Rome et la République française, S. 7 und 8.

das von den Deutschen und Böhmen verratene Österreich, das mit den Ungarn im Streite lag, die den Krieg nicht wollten, in Wirklichkeit den Vorstoß Rußlands ertragen? Ich glaube es nicht." Graf Andrassy hatte doch auch dem Herzog de Gramont gesagt: „Machen Sie sich keine Illusionen. Man täuscht Sie, wenn man Ihnen die Unterstützung Österreichs verspricht." Was den König von Italien betrifft, so beschränkte der sich darauf, Thiers zu sagen, als er in Florenz war, er würde eingreifen, „wenn er frei wäre". Man weiß, in welcher Weise er gebunden war und durch wen. „Einige Tage der Abschließung, die die internationale Konvenienz verlangt," hatte Marquis de Gabriac gesagt, „und kein Mensch zweifelte daran, daß Italien suchte, sich so bald wie möglich dem Sieger zu nähern." Der Papst wurde also seinen Feinden überlassen, aber es muß festgestellt werden, daß Jules Favre, der die zeitliche Macht weder wiederaufrichten konnte noch wollte, sich doch verpflichtete, ihr Achtung und Schutz zu bezeigen, weil der Heilige Vater trotz allem doch das geistliche Oberhaupt der Kirche blieb, deren Doktrin und Glauben die des größten Teiles der Franzosen waren." Während Österreich, Italien und die anderen Frankreich im Stiche ließen, schrieb Pius IX. zwei Monate vor der Einnahme Roms (am 22. Juli 1870) an den König von Preußen und an Napoleon: „Als Vertreter des Gottes des Friedens könne er nicht umhin, ihm seine Vermittlung anzubieten, um die unvermeidlichen Übel des Krieges zu verhindern. Es ist die eines Souveräns, der in seiner Eigenschaft als König keinerlei Eifersucht erregen, der jedoch durch den moralischen und religiösen Einfluß, den er verkörpert, wohl Vertrauen einflößen kann." Der König antwortete ihm, er habe den Krieg nicht gewünscht und nicht herausgefordert, als wenn die Emser Depesche die Feindseligkeiten nicht beschleunigt und das Kaiserreich veranlaßt hätte, sich mit gesenktem Kopfe in die von Bismarck gegrabene Falle zu stürzen!... Der König von Preußen verlangte seinerseits Garantien, von denen er recht wohl wußte, daß sie ihm nicht gegeben werden konnten, die er auch wohl als ungenügend betrachtet haben würde, wie groß sie auch sein mochten. Jules Favre war von dem Anerbieten des Papstes sehr gerührt und bemerkte, daß er der einzige Souverän in Europa sei, der sich vorangestellt habe, während alle anderen sich befragten, um zu wissen, wer zuerst das Signal zum Eingreifen geben werde. Pius IX. wiederholte seinen Schritt im November 1870, um einen Waffenstillstand mit Wiederverproviantierung zu erbitten. Diesmal blieb sein Brief ohne Antwort. „Aber diese Schlappe", sagt wieder Jules Favre, „macht die edle Wallung seines Herzens nur noch verdienstvoller, besonders wenn man sie mit der kalten Gleichgültigkeit vergleicht, an der die ununterbrochenen Versuche, von unseren früheren Ver-

bündeten eine Unterstützung zu erhalten, abprallten, die ihnen, wenn nicht die Sympathie, so doch das persönliche Interesse anriet." Ein einziger Mann wagte diese so edlen Schritte Pius IX. zu verspotten. Das war Prinz Napoleon, der, um seinen Ärger zu verbergen, bei Viktor Emanuel nichts ausgerichtet zu haben und von seinen Ministern fortgeschickt worden zu sein, acht Jahre nach dem Kriege sich die gehässige Genugtuung verschaffte, die französischen Katholiken und den Papst zu beleidigen, indem er sie anklagte, die Urheber des Krieges von 1870 und seiner Niederlagen zu sein[1]), wobei er vergaß, daß die Nationalversammlung vom 1. März 1871 das Kaiserreich allein für schuldig erklärt hatte, die Invasion, den Ruin und die Zerstückelung Frankreichs veranlaßt zu haben.

Am 7. September 1870 benachrichtigte Visconti-Venosta die diplomatischen Agenten Italiens, daß die Konvention von 1864 der Regierung des Königs die Freiheit zum Handeln gelassen habe für den Fall, daß die in der päpstlichen Regierung bestehenden Dinge eine Gefahr oder Drohung gegen die Sicherheit Italiens bildeten. Er sagte, daß der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich einen so heftigen Charakter angenommen habe, daß man dringende Pflichten erfüllen, die Ordnung in der Halbinsel aufrecht erhalten und der allgemeinen Sicherheit wegen die wichtigsten Punkte besetzen müsse. Am 20. September antwortete derselbe Minister des Auswärtigen, der vom Grafen von Beust einen Brief erhalten hatte, worin im Namen des Kaisers von Österreich beruhigende Versicherungen erbeten wurden in bezug auf die Unverletzlichkeit und Sicherheit des Heiligen Vaters, Italien werde nie die Hand an seine Vorrechte legen und suche nicht, ihm eine Stellung zu geben, die der hohen Mission unwürdig sei, die der Papst in der Welt erfülle. An demselben Tage drangen die italienischen Truppen nach einem scheinbaren Widerstande der päpstlichen Truppen durch die Porta Pia in Rom ein. Die Verteidiger des Papstes zogen sich langsam durch die Porta Cavaleggeri zurück. „In diesem Augenblicke", sagt Jules Favre, der dies Ereignis in seinem Buche über Rom und die französische Republik erzählt, „erschien Pius IX. allein oben auf den Stufen der Sankt Peterskirche und gab seinen Soldaten, die er nicht wiedersehen sollte, einen letzten Segen. Die Bewegung war allgemein und groß. Alle knieten nieder und in der Stille dieser knieenden Truppe hörte man nur die Stimme eines Greises, die sich melancholisch zum Himmel erhob, als suche sie dort ihre einzige und letzte Zuflucht. Das Opfer war vollbracht. Die italienische Flagge wehte von der Engelsburg ... Nach mehr als zehn Jahr-

[1]) Vgl. Revue des Deux Mondes vom 1. April 1878.

hunderten machte das Papsttum eine Wandlung durch, und für diese letzte Wandlung hatte Gott die edelste Figur gewählt, die die Geschichte je zu verzeichnen gehabt hat." In diesen Ausdrücken würdigte der Minister des Auswärtigen der nationalen Verteidigung das Haupt der Christenheit, das seiner zeitlichen Macht beraubt war, dafür aber mit einer Majestät bekleidet wurde, die der anderer Souveräne überlegen war[1]).

Der Vertreter Frankreichs in Italien beim Könige beging den Fehler, sofort Viktor Emanuel seine aufrichtigen Glückwünsche im Namen seiner Regierung darzubringen. „An dem Tage, wo die französische Republik durch Recht und Gerechtigkeit eine gewundene Politik ersetzt hat, die nicht geben konnte ohne etwas zu erhalten, hat die Septemberkonvention von selbst aufgehört zu bestehen, und wir müssen Ew. Majestät dafür danken, daß Sie den Gedanken begriffen und gewürdigt haben, der allein uns an der offiziellen Kündigung eines Vertrags gehindert hat, der auf beiden Seiten gegenstandslos geworden war. So haben Ew. Majestät, die Freiheit zum Handeln, mit größter Weisheit benutzt ..." Dieser Brief war ebenso ungeschickt wie unpolitisch. Herr de Chaudordy, der das Departement des Auswärtigen bei der Abordnung in Tours leitete, war über die Initiative des Herrn Senart erstaunt, der wohl ein guter Advokat, aber ein schlechter Diplomat war. „Die Regierung", schrieb er ihm streng, „hat keine bestimmte Entscheidung über die römische Frage getroffen. Es gibt da eine Tradition der französischen Politik, die man nicht so leicht aufgeben darf. Ich würde im Interesse der zukünftigen Beziehungen, die man schwer vorausbeurteilen kann, lieber gesehen haben, wenn Sie eine größere Zurückhaltung bewahrt hätten. Unsere Beziehungen zu Rom und Italien, zu Europa und dem Orient, wo wir die Beschützer der Katholiken sind, sind verwickelt. Ich bitte Sie daher, in dieser Beziehung die größte Zurückhaltung zu bewahren und das Wort Frankreichs nicht zu verpfänden, bis es befragt werden kann." Herr de Chaudordy fügte hinzu, es könne für uns von Nutzen sein, nicht zu leicht die Vorteile aus der Hand zu geben, bevor wir nicht sicher seien, auf Italien zählen zu können. Man sollte bald über seine Absichten durch Thiers benachrichtigt werden, der auf Bitten der Regierung der natio-

[1]) Sechs Wochen später schrieb Napoleon III. von Wilhelmshöhe an seinen Freund, den Grafen Arese: „Sie wissen, ein wie großes Interesse ich für Italien und den König habe. Ich möchte, daß er nicht vor dem Tode des Papstes nach Rom ginge, was bei seinem Alter nicht lange dauern kann. Vor dieser Zeit würde seine Lage in Rom voller Schwierigkeiten sein. Das ist ein recht uninteressierter Rat, den ich Ihnen gebe." Victor Emanuel ging erst im Januar 1871 nach Rom, wie Herr Nathan sagt, den Geist aufgeregt durch den sacer horror der Alten.

nalen Verteidigung zugestimmt hatte, Europa zu durcheilen, um irgendwelche Hilfe zu suchen.

Der Herzog de Broglie hat in vorzüglicher Weise über diese peinliche Pilgerfahrt zu den Höfen gesprochen, die uns untergehen sahen: „Eine hochherzige Unternehmung," sagte er, „die ungemein schmerzlich war. Wie bitter mußte es für einen Franzosen sein, der sein Vaterland im Schmerze verließ, um in der Fremde die kalte, etwas verächtliche Sympathie zu suchen, die die Staaten für die Übel haben, deren sie sich zu erwehren verstanden haben! Es war gewiß angebracht, hier zu sagen wie Dante im Exil, daß es hart ist, die Treppen anderer zu ersteigen"[1]). Ohne das Eingreifen des mutigen Staatsmannes wäre die Nationale Verteidigung von Europa getrennt geblieben und Bismarck hätte leichtes Spiel gehabt, in unsere Angelegenheiten direkt einzugreifen.

Am 12. September hatte Thiers Paris mit dem letzten Zuge der Nordbahn verlassen; der Genieoffizier, der den Auftrag hatte, die Verbindung abzuschneiden, hatte seine Durchfahrt abgewartet, um die Brücke von Creil in die Luft zu sprengen. Er kam am 13. morgens um 7 Uhr in London an und stieg im französischen Gesandtschaftshotel ab. Genau um Mittag kam Lord Granville zu ihm, um ihm die Mühe zu ersparen, ins Foreign Office zu gehen[2]). Die Unterredung war lang und freundschaftlich. Thiers beseitigte mehr als einen Irrtum, indem er bewies, daß Frankreich den Krieg nicht gewollt hätte und daß die Kammer selbst sich am 15. Juli nicht hätte fortreißen lassen, ohne eine angebliche Beleidigung unseres Landes. Man kannte die Fälschung der berühmten Emser Depesche und die ungeheure Verantwortlichkeit noch nicht, die hierdurch auf Bismarck zurückfiel. Lord Granville behandelte, auf eine Anfrage Thiers', die von einigen Bonapartisten eingefädelte Intrige zur Wiederherstellung des Kaiserreiches mit dem Kaiserlichen Prinzen unter Regentschaft der Kaiserin als phantastisch. Auf die Bemerkungen des preußischen Kanzlers, der dabei blieb, daß die Kaiserin-Regentin bis jetzt noch die alleinige gesetzliche Autorität in Frankreich sei, hatte Gladstone geantwortet: „Das hieße die Theorie aufstellen wollen, kein Land könne sich eine neue Regierung geben ohne Zustimmung der alten[3])." Und nun zu der Hauptfrage übergehend wollte Thiers wissen, was England tun würde; er erinnerte an unser vierzigjähriges Bündnis, unsere Waffenbrüderschaft in der Krim und die Aufrichtigkeit unserer Haltung während des indischen Krieges. Darauf erging sich Lord Gran-

[1]) Rede vom 7. Februar 1895 in der Akademie.

[2]) Vgl. Thiers, Notes et Souvenirs, Paris, 1901.

[3]) Vgl. L'Angleterre pendant la guerre de 1870 par F. de Pressensé in der Revue vom 1. Juli 1908.

ville in Achtungsbezeigungen für Frankreich, suchte aber mit größter Schonung allen Bemühungen Thiers' auszuweichen. Gewiß hätte England uns gern helfen wollen; da es aber keinen Krieg führen konnte, wozu ihm die Mittel fehlten, wollte es sich nicht im Namen der Neutralen dem aussetzen, Preußen zu mißfallen, und dadurch unserer Sache einen schlechten Dienst erweisen. Es war die Politik der Untätigkeit, die darin besteht, alle größeren Sachen zu vermeiden und das Feld der Feindseligkeiten zu beschränken, indem man andere Mächte daran hindert, am Kriege teilzunehmen. Obwohl England zugestand, daß Preußens Ehrgeiz fürchterlich werde, wollte es doch lieber die Augen und die Ohren schließen, als sehen und hören. Der Gedanke eines großen Krieges war ihm schrecklich, und der Vorschlag eines Schrittes, der, wenn er abgeschlagen würde, es vor die Wahl stellte, die Beleidigung einzustecken oder zu den Waffen greifen zu müssen, erschreckte es noch mehr. Jedoch hatte die Königin Viktoria am 4. September aus eigenem Antriebe an den König von Preußen geschrieben, um ihn zu bitten die Friedensbedingungen so mäßig zu stellen, daß sie von dem Besiegten angenommen werden könnten; das hatte man aber Thiers nicht gesagt. Der König hatte geantwortet, er dächte an nichts anderes, als Deutschland instand zu setzen einem neuen Angriffe Frankreichs widerstehen zu können, einem Angriff, den keine Hochherzigkeit Deutschlands verhindern würde.

Lord Granville riet zuletzt Thiers, Jules Favre direkt mit Bismarck zusammenkommen zu lassen. Thiers erklärte, einem solchen Schritte nicht entgegenzusein, man müsse sich aber vorher einer günstigen Antwort vergewissern, und da wäre England wohl am besten imstande, diesen Vorschlag zu vermitteln. Lord Granville antwortete, er werde sich mit Gladstone darüber verständigen. An demselben Abende, um sechs Uhr, sprach Gladstone bei der Botschaft vor. Er war milde, ernst, freundlich, aber tief betrübt über die Ereignisse. Er wollte gern zugeben, daß England die Vermittlung übernähme bei einem Vorschlage, dessen Zweck es sei, eine Zusammenkunft zwischen Bismarck und Jules Favre zu erlangen. „Wenn England die Friedensbotschaft bringt," sagte Thiers, „muß es deren Annahme fordern wie eine Pflicht gegen die Menschheit. Es muß im Namen Europas sprechen; es muß schließlich einen dauerhaften und billigen Frieden fordern, der dem europäischen Gleichgewichte keinen Schaden tut." — „Ja," antwortete Gladstone mehrere Male, „ja, Lord Granville wird das sagen ..." Thiers ging nach dieser Unterredung zu Lord Granville, der ihm immer noch so besorgt schien, die Finger nicht in das Räderwerk zu stecken, das ihm den Arm ergreifen und den ganzen Körper nachziehen könnte. Auf sein Drängen gab ihm der Minister des Auswärtigen diese deutliche Antwort: „Geben Sie

sich weiter keine Mühe; wir wollen einfach Vermittler sein ohne irgendeine Lösung zu unterstützen. Wenn man von uns verlangt einen Frieden zu empfehlen, der dem europäischen Gleichgewichte nicht mehr Schaden tut als schon geschehen ist, so hieße das, uns in die Verhandlungen eintreten lassen und für eine Lösung gegen eine andere Partei ergreifen. Ich weiß nicht, ob wir später weiter gehen werden, aber heute schon tun wir einen Schritt über die Grenzen hinaus, die wir uns gesteckt hatten; begnügen Sie sich damit und verlangen Sie nicht von uns, was wir nicht tun können."

Thiers war betrübt und unzufrieden zu sehen, daß ein altes Bündnis im Augenblicke großer Gefahr zu so wenig Beistand führte, aber er hütete sich wohl, die Unvorsichtigkeit zu begehen, zu reizen ohne etwas zu gewinnen. Am 15. September bekam er Kenntnis von der Depesche Lord Granvilles an Bismarck, die den von Jules Favre gemachten Vorschlag, sich ins preußische Lager begeben zu wollen, warm empfahl. „Der erste Schritt Englands ist getan," schrieb er; „ich verzweifle nicht daran, es noch andere tun zu sehen ... Ich hoffe, meine Bemühungen nicht ganz verloren zu haben, als ich es zu einem gewissen Einschreiten bringen wollte." Ohne Zweifel hatte sich Thiers größere Hoffnungen gemacht, es überstieg aber damals den Mut Europas, sich in einen Krieg zu stürzen, um Möglichkeiten vorzubeugen, die man fürchten mußte, und England, das Preußen die Freiheit ließ, alles zu unternehmen, sollte das eines Tages lebhaft bedauern, wie Frankreich sein Nichteingreifen im Jahre 1866 bereut hat.

Nach dem geringen Erfolge seiner Mission in London hatte Thiers einen Augenblick daran gedacht, sich von Cherbourg aus auf dem Seewege nach Rußland zu begeben; auf die Bemerkung des Admirals de Gueydon, daß er sein Schiff nicht mit seinen großen Kriegsschiffen begleiten könne, bis es außerhalb der Gefahr vor den Preußen sei, entschloß er sich den Landweg zu wählen. Als er vom Admiral Fourichon über die militärische Lage unterrichtet worden war, beschloß er zuerst nach Wien zu gehen. Er kam dort am 23. September an. Am 24. trat er mit dem Minister des Auswärtigen, dem Grafen von Beust, in Unterhandlung. Er wurde von ihm aufs liebenswürdigste empfangen. „Von stattlichem Wuchse," sagt Thiers, „mit einiger Eitelkeit für seine Person, immer lächelnd, geistreich, ist es der Mann, der unter allen, die ich gekannt habe, am wenigsten an das zu glauben scheint, was er sagt, der mit Vorliebe die Fehler des früheren Österreichs hervorhebt und nur den vergißt, den er es hat begehen lassen, als er es mit fortriß, als er Sachsen veranlaßte, sich in die Angelegenheiten Dänemarks zu mischen." Nachdem er ihm eine sehr offene Darstellung von der Kriegserklärung gemacht und fest

gestellt hatte, daß die Republik in Frankreich die einzig mögliche Regierungsform sei, fügte Thiers hinzu: „Nun müssen wir sehen, was die Mächte für uns tun können; wenn sie das ungeheure Interesse fühlen, das Europa hat, Preußen nicht tun zu lassen was es will, und wenn sie nicht jede in ihrer Weise denselben Fehler begehen wollen, den Napoleon III. nach Sadowa gemacht hat." Graf von Beust bemerkte, die österreichische Armee habe Zeit nötig, um ihre Neuordnung zu vollenden; die ersten Niederlagen hätten überallhin Verwirrung gebracht; die Ungarn wären weniger gewillt als je, einzugreifen; fast die ganze Presse sei von Bismarck eingenommen, und sogar der Hof könne nichts tun, was von Preußen oder von Rußland das Gewitter über Österreich heraufbeschwören könnte. Daraufhin kommt Thiers mit dem Grafen Beust darin überein, auf seiner Rückreise von Rußland in Wien Halt zu machen. „Sie müssen wiederkommen", sagte der Minister, „und uns mitteilen, was die Russen wollen. Wir können uns dann bei dem, was Sie von uns wünschen, besser ihnen anschließen." Andrassy führte dieselbe Sprache und versicherte ihm, Österreich empfinge ihn wie einen Freund und großen Patrioten; aber dieser ungarische Staatsmann war in Wirklichkeit Preußen viel günstiger gesinnt als Frankreich.

Am 27. September kam Thiers in Sankt Petersburg an, und an demselben Tage, um zwei Uhr, machte er dem Fürsten Gortschakow Besuch, der ihn recht herzlich empfing. Er hatte ihn früher als einfachen Gesandten in Stuttgart gekannt. „Damals war Gortschakow mager, bescheiden und zurückhaltend." Heute nun war er voller Gesundheit, selbstvertrauend und hatte die Gewohnheit zu herrschen angenommen, seitdem er Europa in der bedauerlichen polnischen Angelegenheit in Schach gehalten hatte. Thiers wiederholte nun, ohne dessen überdrüssig zu werden und obwohl er sowohl moralisch wie physisch sehr niedergeschlagen war, die Auseinandersetzung der verschiedenen Ereignisse, wie er das schon in London und Wien getan hatte, um zu beweisen, daß Frankreich an dem Kriege nicht schuld hatte; dann suchte er die Befürchtungen zu zerstreuen, die in Rußland durch die Schaffung der französischen Republik entstanden waren. Auf die Bemerkung: „Wielange wird die republikanische Regierung bestehen? Kann man etwas Dauerhaftes mit ihr machen?" antwortete Thiers: „Diese Regierung ist ehrlich, und ich kann versichern, daß die bevorstehenden Wahlen die Leitung der Geschäfte in gemäßigte Hände legen werden." — „Ja, wenn Sie es wären! Aber Sie werden es sein, das möchte ich wohl hoffen[1])."

Das Zirkular Jules Favres vom 6. September, worin der neue Minister des Auswärtigen erklärte, Frankreich werde keinen Fuß breit

[1]) Thiers, Notes et Souvenirs.

von seinem Gebiete und keinen Stein von seinen Festungen abgeben, erschien Gortschakow übertrieben; er hatte darüber unserem Geschäftsträger, dem Marquis de Gabriac, die Bemerkung gemacht: „Was würden Sie denn noch außerdem sagen können, wenn der Krieg in seinem Ergebnisse unentschieden wäre?" Das Drängen Gabriacs wegen einer russischen Intervention zugunsten Frankreichs hatte keinen anderen Erfolg gehabt als die Sendung dieser für Gortschakow und den Zaren wenig kompromittierenden Phrase: „Der Wunsch Rußlands, daß uns eine Zerstückelung erspart werden möge, sei in Berlin nicht unbekannt, aber der Kanzler denke, daß bis jetzt wenigstens Preußen jede Vermittlung der Neutralen verweigern werde." Thiers wußte das, aber er verlor den Mut nicht. Er rechnete auf seinen persönlichen Einfluß und auf seine Zähigkeit, um Besseres zu erlangen[1]).

Nachdem er die Wahrheit über die politische und militärische Lage Frankreichs wiederhergestellt hat, geht er an die Prüfung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Seiner Ansicht nach würden alle Neutralen Rußland folgen, wenn es durch eine entschlossene Haltung dem immer zunehmendem Ehrgeize Preußens Einhalt tun wolle. „Drohungen!" sagt der Fürst, „das tut der Kaiser nicht. Wenn man droht, muß man bereit sein, zu schlagen; unsere Gedanken stehen nicht auf dieser Seite." Dann kam er auf die Unterredung zwischen Jules Favre und Bismarck in Ferrières zu sprechen und bedauerte, daß man den Waffenstillstand nicht angenommen habe, indem man Straßburg, Toul und Verdun als Pfand gegeben habe, ohne Metz und den Mont Valérien zu rechnen. Thiers erklärte die Ablehnung durch den Schmerz, Straßburg ausliefern zu sollen, gerade als sich diese Festuug so gut verteidigte. Er machte auch begreiflich, daß die anderen geforderten Pfänder derartig gewesen seien, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich geworden wäre. Dann ließ er den Gedanken durchblicken, zwischen Frankreich und Rußland sei ein Bündnis möglich. „Heute ist aber nicht der Augenblick, das abzuschließen; kein Geschäft!" rief Gortschakow aus. „Wir bekümmern uns später darum, Frankreich mit Rußland zu vereinigen, für den Augenblick wollen wir uns damit beschäftigen, es aus der schlechten Lage zu befreien, in der es sich befindet." Thiers wollte noch weiter auf ein Eingreifen Rußlands drängen, dem notgedrungen das Österreichs, Englands und Italiens folgen würde, aber der Fürst unterbrach ihn mit den Worten: „Oh! ein Zusammengehen, ein Zusammengehen! Ich verstehe Sie, aber das wollen wir nicht; das würde nur dazu dienen, Preußen noch mehr zu reizen, und wir verlören wirklich den großen Einfluß, den wir in Berlin haben."

[1]) Souvenirs diplomatiques, Plon, 1896.

Am folgenden Tage, dem 28., wurde Thiers vom Zaren empfangen, der über seine Erklärungen über den Ursprung des Krieges und die wahrscheinliche Beständigkeit der republikanischen Regierung befriedigt zu sein schien. Er hörte auf die Bemerkungen des berühmten Staatsmannes über die Absichten Preußens, das danach strebe, eine Eroberungsmacht zu werden, die sich vom Sunde bis zur Donau ausdehnen wolle, und über die Notwendigkeit, einem solchen übergroßen Ehrgeiz Einhalt zu tun. „Ich weiß," sagte er, „wie ernsthaft für Europa das Entstehen einer Macht ist, wie Sie sie beschreiben. Ich würde gern ein Bündnis schließen wie das mit Frankreich, ein Friedensbündnis, keins für einen Krieg oder Eroberungen. Sagen Sie mir das Mittel, Ihnen zu helfen, ich werde es gern anwenden ... Ich werde alles tun, was ich kann, aber einen Krieg dürfen Sie von mir nicht fordern." Nach der kaiserlichen Audienz kam Gortschakow zu Thiers und wiederholte ihm, was sein Herr gesagt hatte: „Krieg? Den können wir nicht führen." — „Dann wird also Europa sich so betragen, wie Frankreich im Jahre 1866." — „Nicht ganz so, denn im Jahre 1866 hätte ein Wort genügt, um Preußen aufzuhalten, und heute würde ein großer Krieg nötig sein." — „Nein, wenn ganz Europa deutlich redete, selbst ohne Drohungen, würde es die Haltung Preußens beeinflussen." — „Preußen will von den Neutralen nichts hören. Es würde nur vor den Waffen der Neutralen nachgeben, und die nehmen diese Haltung nicht an." — „Sie wollen nichts tun, gut, aber dann hindern Sie wenigstens andere nicht daran. Warum widersetzen Sie sich der Rüstung Österreichs?" — „Sie berühren da eine sehr heikle Sache, über die man schwer sprechen kann. Es ist eine Verbindlichkeit des Kaisers, an die man nicht rühren darf. Lassen wir diesen Gegenstand ruhen, bitte." — „Wenn ich österreichischer Kanzler wäre," erwiderte Thiers, „würde ich mich wenig daran kehren und es darauf ankommen lassen, ob sie mit mir Krieg anfingen!" Gortschakow war verlegen und beschränkte sich darauf zu antworten, das hinge von der Grenze ab, auf die die österreichischen Truppen zumarschierten. Diese Antwort überzeugte Thiers, daß das Veto Rußlands nur eine Drohung war, und wenn die Österreicher keine Rücksicht darauf nähmen, sie sich keiner Gefahr aussetzen würden. Dann verließ er dieses heikle Gebiet und brachte den Kanzler auf Italien zu sprechen. Gortschakow sagte ihm in sehr klaren Ausdrücken, da könne er machen, was er wolle, und er fügte fast unbefangen hinzu: „Ja, wenn Sie auch nur einen kleinen Erfolg hätten, wie sich dann alles einrichten ließe!" Einen Monat später schrieb er an Lord Granville, der eine schüchterne Vermittlung anbot: „Preußen hat seine Friedensbedingungen angegeben. Nur ein Sieg würde etwas daran ändern können, aber dieser Sieg ist nicht wahrscheinlich."

Am 2. Oktober sah Thiers den Thronfolger, der ihm große Sympathie bezeugte, darauf den Großfürsten Constantin, der ihn ebenfalls gut aufnahm. Dann sah er Gortschakow nochmals, der ihm versicherte, man habe in Berlin das Bedürfnis, dem Kriege ein Ende zu machen, die Preußen wollten aber Straßburg und Metz behalten, also den Elsaß und Lothringen. Schließlich las er ihm ein Telegramm des Zaren an den König von Preußen vor, dessen Sinn war: „Herr Thiers ist hier. Er ist ruhig und gemäßigt; er allein kann von Frankreich die Zugeständnisse erlangen, die zum Friedensschlusse notwendig sind; senden Sie ihm Geleitbriefe." Thiers wies diesen Text zurück, da er nicht den Anschein erwecken wollte zuzugeben, daß die Franzosen unrecht hätten, keine Zugeständnisse machen zu wollen. Er bat nur als ein Mann von gesundem Menschenverstande hingestellt zu werden, der vielleicht ein Mittel zur Annäherung fände, unter der Bedingung, daß das Telegramm erst nach erfolgter Verständigung mit der Regierung der nationalen Verteidigung abgesandt werde. Aus diesen langen Unterhandlungen geht hervor, daß Alexander und Gortschakow den Frieden zu wünschen schienen; daß sie uns wohl dienlich sein wollten aus Willfährigkeit gegen die öffentliche Meinung in Rußland, aber doch hauptsächlich nicht auf ihre Rolle als Freunde Preußens verzichten wollten, wegen vorher eingegangener Verpflichtungen[1]).

Es bestand in Wirklichkeit zwischen Rußland und Preußen ein Bündnis. Bismarck, der wenigstens seit drei Jahren die Eroberung des Elsaß und Lothringens vorbereitete, hatte dem Fürsten Gortschakow begreiflich gemacht, wenn er ihm bei allem, was am Rhein passieren könnte, freie Hand ließe, dann gebe er dagegen dem Ehrgeize der Russen im Orient alle Freiheit. Das Kabinett von Sankt Petersburg, das zu guter Letzt für seine guten Dienste sich mit der Abschaffung des 2. Artikels des Vertrages von 1856 begnügen mußte, hatte am 15. Juli 1870 schon das Wiener Kabinett benachrichtigt, daß es es ihm nicht gestatte, sich zu-

[1]) Man hat später in Rußland gesagt, daß Gortschakow von Thiers gedrängt, und ungeduldig geworden, gerufen haben soll: „Wir haben Verpflichtungen gegen Preußen, und mehr als ein Russe hier wünscht ihm den Sieg; denn so werden wir erhalten, was wir im Orient wollen. Wenn dagegen Frankreich siegte, würde es gegen uns irgendeinen neuen Vertrag ersinnen, wie den von 1856." Eine Mitteilung an die Debats vom 10. Oktober 1908 stellt die Sache so dar: Gortschakow soll so weit gegangen sein, Thiers zu sagen: „Aber, lieber Freund, ich bin gezwungen Ihre Niederlage zu wünschen, aber wirklich!" Und als Thiers darauf aufmerksam machte, daß ein großer deutscher Militärstaat Rußland schaden könne, habe Gortschakow erwidert: „Das mag sein, das ist möglicherweise eine Gefahr für unsere Zukunft; aber die gegenwärtige Gefahr liegt auf dem Schwarzen Meere. Wenn Sie aber die Stärkeren sind, dann kommen Sie sicher und bombardieren Odessa und Sebastopol!"

gunsten Frankreichs auszusprechen, und auch Dänemark Neutralität aufgezwungen. Außerdem sollte Gortschakow noch in geschickter Weise aus der Liga der Neutralen, wie sie Lord Granville gerühmt wurde, eine Liga machen, bestimmt jedes gemeinsame Eingreifen zu verhindern, indem er behauptete, die vereinzelte Handlung einer jeden der Mächte sei vorzuziehen. Diese Art auszuweichen brachte dem russischen Kabinette die Glückwünsche Bismarcks und dem Zaren die berühmte Depesche des Kaisers Wilhelm ein, der am 26. Februar 1871 sagte: „Nie wird Preußen vergessen, daß es es Ihnen verdankt, wenn der Krieg keine größere Ausdehnung angenommen hat."

Es ist kürzlich durch den General Faverot berichtet worden, daß unser Botschafter in Sankt Petersburg, der General Fleury, im Namen Napoleons III. das kräftige und energische Eingreifen des Zaren Alexander beim Könige Wilhelm erbeten habe, um zu verhindern, daß der Krieg ausbreche, und der Zar habe darauf den General Fleury gebeten, vom Kaiser zu verlangen, ob er für sein Eingreifen zustimme, den Vertrag von 1856 aufzuheben. Auf diese sofort den Tuilerien telegraphierte Anfrage soll Napoleon geantwortet haben: „England ist für uns immer ein treuer Freund gewesen. Ich kann meine Verpflichtungen nicht verleugnen, die ich ihm gegenüber eingegangen bin." Darauf soll der Zar betrübt gesagt haben: „Trotz meiner Freundschaft für Ihren Kaiser und für Frankreich bin ich genötigt, den Ereignissen ihren Lauf zu lassen." Diese Tatsache, die nach der Angabe des Generals Fleury erzählt ist, ist recht wahrscheinlich, sie muß aber vor dem 14. Juli stattgefunden haben, denn an diesem Datum war Rußland schon mit Preußen verbunden und hatte sich förmlich zur Neutralität verpflichtet[1]).

Gortschakow hatte geglaubt recht diplomatisch zu handeln, wenn er sich Preußen und Frankreich allein schlagen ließ, während die europäischen Staaten als untätige Zuschauer diesem dramatischen Zweikampfe beiwohnten, aus dem nach seiner Meinung die beiden Kämpfer geschwächt hervorgehen würden. Der preußische Kanzler lobte diese Haltung sehr und sagte zu Rußland: „Sie nehmen den Orient", wie er Frankreich gesagt hatte: „Sie nehmen Belgien"; um dann später den Vertrag zu veröffentlichen, wie er es am 25. Juli 1870 tat, indem er uns anschuldigte, ehrgeizige Absichten gehabt zu haben, wodurch er uns ganz England auf den Hals hetzte. Klaczko hat recht gehabt festzustellen, daß Gortschakow von Bismarck so betört worden sei, daß er sagte: „Rußland wird sich über die Macht Preußens nicht aufregen", wie das in Frankreich mit dem Prinzen Napoleon die Eiferer des neuen Rechtes

[1]) Vgl. über die Haltung Rußlands vor der Kriegserklärung das sechste Kapitel über die Bündnisse.

nach dem Feldzug in Böhmen gesagt hatten. Die Überraschung war nach Gravelotte in Sankt Petersburg gerade so groß wie die in Paris nach Sadowa. Die Enttäuschung war dieselbe und „die Politik der Gerechtigkeit und des Gleichgewichtes der Trinkgelderpolitik geopfert worden." Die Revision des Vertrages von 1856 war für die Russen nur eine kleine Entschädigung, denn es war nichts als das Aufheben eines theoretischen Prinzips ohne sofortige Anwendung, aber nicht die Herrschaft über den Orient, wie das Bismarck trügerischerweise hatte durchblicken lassen. Dazu kommt denn noch, daß es ebenso bedauernswert für Rußland wie für Italien war, gerade den Augenblick zu wählen, wo das Glück Frankreichs wankte, um dem öffentlichen Rechte einen so schmählichen Streich zu spielen und Europa ein solches Beispiel zu geben[1]).

Hiernach ist es angebracht hinzuzufügen, daß Europa nicht mehr wie Rußland die klugen Worte Thiers verstanden habe: „Wenn ganz Europa deutlich redete, selbst ohne Drohungen, würde das die Haltung Preußens beeinflussen." Das war es, was man am meisten befürchtete. Europa blieb aber ebenso feige wie stumm, und seine Verantwortung bei diesen Ereignissen ist ungeheuer.

Thiers hatte geglaubt, von Sankt Petersburg aus der Abordnung von Tours schreiben zu können, die Russen hätten weniger Befürchtungen wegen der Form der Republik als wegen der Unbeständigkeit des Regimes. Man würdigte die Gegenwart gemäßigter Männer an der Gewalt, man befürchtete aber immer das Auftreten von Männern der Unordnung. Als er von der Möglichkeit einer Vereinigung der beiden Nationen sprach, waren dieselben Befürchtungen der Unbeständigkeit hervorgetreten. Er hatte sich vergewissert, daß das russische Volk Frankreich günstig gesinnt war, daß aber die Art, wie nach der Zurücknahme der Hohenzollernschen Kandidatur der Krieg erklärt worden war, uns vollständig geschadet hatte. Alles was er vom Zaren glaubte erreicht zu haben, der die Erfolge Preußens bewunderte und im Könige Wilhelm den Gegner der Revolution sah, war, daß er sein Möglichstes tun wollte, um einen annehmbaren Frieden herbeizuführen. Thiers glaubte hinzufügen zu können, wenn der Frieden nicht gerecht wäre, „würde Rußland ihn als eine Gewalttätigkeit betrachten, dem jede europäische Garantie fehle." Marquis de Gabriac hatte den Mut gehabt Thiers zu sagen, er täusche sich etwas zu sehr über den sympathischen Empfang bei Alexander, „der allerdings verdient sei, denn der berühmte Staatsmann stellte eine Art nationaler Autorität dar, mit der man rechnen mußte, wenn nicht für den Augenblick, dann doch in einer mehr oder weniger

[1]) Julien Klaczko, Les deux chanceliers.

naben Zukunft". Das einzige praktische Resultat seiner Reise nach Sankt Petersburg sollte also ein Geleitbrief sein, mit dem er nach Versailles hineinkommte. Rußland mit seinen zerrütteten Finanzen, einer Bewaffnung, die erst in der Bildung begriffen war, einer schwierigen inneren Lage, war um so mehr zu dem Prinzipe des Fernbleibens verurteilt, als im Anfange des Krieges — wie man wiederholen muß — zwischen ihm und Preußen das geheime Abkommen getroffen worden war, daß jedes Vorgehen Österreichs zugunsten Frankreichs die Wirkung haben solle, Rußland zu einer ähnlichen Demonstration zugunsten Preußens zu veranlassen. Der Marquis de Gabriac machte sich auch keinerlei Illusionen und berichtete am 14. Oktober an Chaudordy über die Stellung Rußlands und der anderen Mächte: „Wir haben nichts zu erwarten[1])." Fürst Gortschakow hatte beim Abschiede zu Thiers gesagt: „Sie müssen nach Versailles gehen und mutig unterhandeln, dann werden Sie annehmbare Bedingungen bekommen, besonders wenn Paris sich etwas verteidigt hat. Seien Sie ein großer Bürger und nehmen Sie das auf sich! Man erwartet Sie in Versailles. Sie werden dort gut aufgenommen werden und alles erreichen, was in diesem Augenblicke zu erreichen ist." In Wirklichkeit waren es die Abtretung des Elsaß und des deutschen Lothringens und zwei oder drei Milliarden Kriegsentschädigung, die man als günstigste Bedingungen voraussehen konnte.

Hätte Rußland, wie Beust glaubte und riet, die Initiative ergreifen können zu einer europäischen Verständigung, um den Frieden zwischen Preußen und Frankreich bei gemäßigten Bedingungen wieder herzustellen? Ohne Zweifel konnte es das wagen. Doch muß man auch anerkennen, daß es nicht mächtig genug war, um sofort, wenn es die Umstände erfordert hätten, in den gefährlichen Kampf eingreifen zu können. Es zog vor, ohne irgendwelches Risiko einen Vorteil zu erlangen, den die französische Regierung in besserer Würdigung der Lage ihm hätte auf gesetzlichem Wege in einem europäischen Kongresse zukommen lassen sollen. Rußland verließ uns für ein besonderes und gegenwärtiges Interesse, wobei es sich nicht darüber Rechenschaft ablegte, daß es Preußen gestattete sich von der Kontrolle Europas zu befreien, und daß ein Tag kommen würde, wo diese Macht, stolz auf ihre Entwicklung und ihre Stärke, bei Wiederauftauchen der orientalischen Frage und am Tage nach dem Kriege mit Japan wagen würde, ihm ihren Willen zu diktieren. Es ist für niemand ein Geheimnis, und das trotz dem interessierten Ableugnen der offiziösen deutschen Presse, daß die Regierung Wilhelms II. kürzlich Rußland die Anerkennung der von Österreich gemachten Eroberung

[1]) Souvenirs diplomatiques. 1871.

Bosniens und der Herzegowina unter Mißachtung des Berliner Vertrages aufgezwungen hat. Noch unter dem Einflusse der Schwächung seiner so sehr geprüften Streitkräfte mußte Rußland sich beugen, alles aber deutet darauf, daß es sich daran erinnern wird.

Am 4. Oktober reiste Thiers nach Wien ab, wo er am 8. ankam. Diesmal sah er den Kaiser Franz Joseph, der ihm über das Unglück Frankreichs seinen Kummer und den Wunsch bezeugte, den er gehabt habe, ihm zu Hilfe zu kommen. Der Souverän war abgemagert, gealtert, tief traurig, von Sorgen verzehrt. Die Triumphe Preußens und das Auseinanderfallen der österreichisch-ungarischen Monarchie schien ihn zu betrüben. Thiers sah darauf Beust und Andrassy wieder, die ihm nochmals sagten, daß die Vorbereitungen Österreichs noch zu ungenügend seien, um ihm zu gestatten, sich den Gegenmaßregeln Preußens und dem Angriffe Rußlands auszusetzen. „Das Eingreifen Italiens", sagte Graf von Beust, „ist das einzige Mittel, den Krieg zu verallgemeinern. Um zu Ihnen zu gehen, müßte man bei uns vorbei; wir sind also Ihre notwendigen Verbündeten. Wenn der Krieg sich verallgemeinert, sind Sie gerettet." Im Grunde genommen war Österreich unfähig, England glaubte kein Interesse daran zu haben, Partei für uns zu ergreifen, und Rußland wurde durch seine Verbindlichkeiten zu Preußen zurückgehalten. So blieben noch die Italiener.

Am 12. Oktober kam Thiers in Florenz an, und schon am folgenden Tage sah er den König. Auf das Verlangen Thiers' einzugreifen, zog er sich hinter seine Minister und das Parlament zurück. Am 15. Oktober verhandelte Thiers mit den italienischen Ministern und gab sich die größte Mühe sie zu überzeugen, ohne jedoch dazu zu gelangen, sie mit fortzureißen, da sie im voraus schon entschlossen waren. Vergeblich suchte er sie über die Furcht eines äußeren Druckes zu beruhigen und ihnen gegen die Gefahren eines unglücklichen Zusammentreffens mit den Preußen Mut einzusprechen; dann versuchte er es mit einem Angebote einer Unterstützung; er erhielt nur erbärmliche Antworten. Die Minister brachten vor, es sei zu gewagt ohne das Parlament etwas zu unternehmen, und das könne erst in einem Monate zusammentreten. Mit vieler Vorsicht suchte Thiers bei ihnen das Gefühl der Dankbarkeit zu erwecken, aber ohne Erfolg. Er sprach eine bedeutend politischere und patriotischere Sprache, als Herr Senart, unser Gesandter, geführt hatte, er sagte ihnen: „Frankreich geht zugrunde, weil es die Einheit Italiens gemacht hat, wodurch die Bildung der deutschen Einheit hervorgerufen worden ist. Als wir Italien unterstützten, hatten wir uns vorbehalten dem Heiligen Vater Rom zu bewahren aus Gründen hoher Politik, und Italien hat

es sich zunutze gemacht, daß wir durch unsere Feinde bedrängt waren, um Rom wegzunehmen. Wenn nun Frankreich eine Unterstützung verlangt, wodurch es gerettet wird, und Italien kann diese ohne Gefahr gewähren, wird es sie dann abschlagen? Wird Preußen nach diesem Kriege Europa in Ruhe lassen? Und wer weiß, ob die italienische Einheit ohne unsere Unterstützung bestehen kann?" Die ganze Antwort war, daß Victor Emanuel und seine Minister ihre Versicherungen wiederholten und zu gleicher Zeit ihr Bedauern, uns nicht wirksam beistehen zu können.

Mit energischen und dringenden Worten erneuert Thiers seine Bitten. Vergeblich bot er die nötigen Millionen an, um die beabsichtigte Demonstration zu unterstützen. Vergebens suchte er die Regierung gegen die Drohungen Rußlands zu versichern. Vergebens erinnerte er an die Vergangenheit und wiederholte er beredt: „Frankreich geht zugrunde, weil es die Einheit Italiens gemacht hat, wodurch die Bildung der deutschen Einheit hervorgerufen worden ist." Auf seine Bemerkungen, seine Klagen antwortete man mit leeren Sympathiebezeugungen und mit dem Bedauern, nichts tun zu können. Die erhofften Bündnisse waren ein Traum. „Beust und Andrassy", sagt später Thiers zu der Untersuchungskommission über die Nationale Verteidigung, „sagten mir in Wien, sie hätten alles getan, um Herrn de Gramont jede Illusion über die Möglichkeit eines Bündnisses mit Österreich und Italien zu nehmen." Diese Macht hatte sich mit England verbündet, um sich selbst zu verhindern, etwas tun zu müssen, und um die anderen Staaten zu einer gezwungenen Untätigkeit zu bringen, was den Grafen von Beust veranlaßte, traurig zu sagen: „Ich sehe Europa nicht mehr[1])."

Wenn man also, wie der Prinz Napoleon, behauptet, daß vor dem 15. Juli und sogar noch später Bündnisse möglich gewesen seien, daß Österreich seine Mobilmachung beeilt, daß Italien sich dafür vorbereitet hätte und daß alles uns hätte günstig sein können, wenn die französische Politik nicht den Interessen der katholischen Partei geopfert worden wäre, die von der Kaiserin unterstützt wurde, dann spricht man Behauptungen aus, die keine ernstliche Grundlage haben. Die authentischen Dokumente geben ihnen ein formelles Dementi. „Frankreich", hat Saint-Marc-Girardin gesagt, „hatte vor dem Kriege einige Versprechungen erhalten, aber alles war in einem Augenblicke verschwunden, als die ersten Niederlagen stattfanden. Was davon wieder auftauchen wird, wird immer

[1]) Nach dem Kriege sagte ein Diplomat zum Grafen von Beust, der Botschafter in London geworden war: „Wie sehr hatten Sie recht zu sagen, Sie sähen Europa nicht mehr!" — „Nicht doch," erwiderte Beust, „jetzt sehe ich es ... aber in welcher Entblößung!"

nur wie ein eitler Schatten das Bild kaum erblickter Möglichkeiten sein, die verschwinden, ehe sie entstehen."

Wenn die Franzosen das Recht haben, dem Kaiserreiche vorzuwerfen, den Krieg erklärt zu haben, ohne sich förmlicher Bündnisse versichert zu haben, ohne wirkliche Verträge unterschrieben zu haben, ohne auf etwas anderes als Versprechungen gerechnet zu haben, dann haben sie ebenfalls das Recht, denen vorzuwerfen, die sich ihre Freunde nannten und Verpflichtungen gegen sie hatten, nichts für uns getan und versucht zu haben. „Und doch würde es genügt haben, — Bismarck hat es selbst erklärt, — wenn ein Kabinett den geringsten Anstoß gegeben hätte, um am Ende des Septembers oder in der Mitte des Oktobers 1870 eine gemeinsame Vermittlung der Neutralen herbeizuführen, die sicher einen Kongreß veranlaßt haben würde, wo die Forderungen des Siegers vermindert worden wären." Diesen Anstoß hat Italien, das im Besitze Roms war und dessen Wünsche und Ehrgeiz befriedigt waren, nicht gegeben, und es konnte es ohne Gefahr. Warum suchen die, die diese traurigen Ereignisse erzählen, ihm den Vorwurf zu ersparen und nur Frankreich mit Tadel zu überhäufen?

Früher genügte es, um unser Land mit fortzureißen, wenn man von Ehre sprach, und ich glaube, daß es diese Sprache auch noch versteht, obwohl der Verfasser von Rome et Napoleon III., Herr Bourgeois, ironisch sagt: „Es war das der Ausdruck, der hauptsächlich die Wünsche und Bedingungen dieser ritterlichen Politik umfaßte. Unterdrückten Nationen beistehen, der Sache des Rechtes dienstbar sein, Macht gebrauchen gegen den Mißbrauch der Macht, die im Dienste des Rechtes unerschöpflich und unbesieglich zu sein schienen, ohne jedoch die Genugtuung zu verachten, die diese Rolle seiner Eitelkeit als große Nation bieten konnte, das waren die Dinge, um die sich die Franzosen damals kümmerten." Aber wenn Italien diese edlen Gefühle, über die man heute zu spotten scheint, im Jahre 1870 nicht gehabt hat, dann hat sie Frankreich nicht für immer beiseite geschoben. Ohne Zweifel ist es gefesselt wegen der immer noch klaffenden Wunde in seiner Seite und muß sich mehr zurückhalten als zu der Zeit, wo es alle seine Kräfte und sein ganzes Blut hatte. Aber zu glauben, daß die Ungerechtigkeiten, die in der Welt begangen werden, es gleichgültig lassen, das hieße seine Natur beleidigen, die vor allem hochherzig geblieben ist. Wenn noch so viele Gewalttaten in Polen, in Armenien, auf Kreta und anderswo begangen werden, dann kommt das daher, weil Frankreich, zu seinem Bedauern, die edle Bewegung unterdrückt hat, vor der sich die geblendeten Nationen beugten. Die Bedrückten unterstützen, der Sache des Rechtes dienen ist ein wesentlicher Teil seiner Überlieferungen, und man wird

früher oder später sehen, daß es darauf nicht verzichtet hat. Die Trikolore, die in Italiens Ebenen flatterte, um die Freiheit dieses Landes zu sichern, ist dieselbe, die, wie ich denke, nicht ohne Ehre auch in anderen Ländern entfaltet worden ist. Wäre die Regierung vorsichtiger gewesen, dann wäre der Krieg zu gelegenerer Stunde begonnen worden und hätte früher oder später zu unserem Ruhme und unserem Vorteile geendet. Dafür aber hätte man die täuschenden Versprechungen von Höflingen wie Nigra und Metternich nicht ernst nehmen dürfen, die in ihren vertraulichen Unterhaltungen und täglichen Ergüssen den Kaiser und seine Anhänger glauben machten, die Bündnisse seien etwas Leichtes und sogar gesichert. „Nigra und Metternich", gesteht Prinz Napoleon selbst, „behaupteten im geheimen die guten Absichten ihrer Regierungen mehr, als sie dazu berechtigt waren. Sie haben Napoleon III. und seine Umgebung verwirrt. Das ist die Gefahr intimer und persönlicher Beziehungen zwischen dem Souverän und fremden Ministern, die nur zu gefallen suchen." Prinz Napoleon hat zu sagen vergessen, daß er sich selbst zu diesen Illusionen und dieser Leichtgläubigkeit hat hinreißen lassen. Hatte er nicht im Jahre 1866 gesagt, die Sache des Fortschritts und des Rechtes wäre auf seiten Preußens?

Es ist also nicht die Verteidigung der zeitlichen Macht, die den Ruin des Kaiserreichs herbeigeführt hat. Nach allem, was ich ausgeführt, zitiert und festgestellt habe, kann man nicht mit Wahrheit sagen, daß nur die Weigerung, die Italiener Rom besetzen zu lassen, die Bündnisse verhindert und alle Pläne eines gemeinsamen Vorgehens mit Österreich und Italien gegen Deutschland unmöglich gemacht habe. Der geringste Vorwand zur Untätigkeit wurde, wie Thiers das beobachten konnte, mit Eifer von allen Neutralen ergriffen.

Eins überraschte in Frankreich fast ebenso wie die undankbare Haltung Italiens uns gegenüber, das war die Haltung der Vereinigten Staaten, die man bei uns nach alter Gewohnheit als gute und treue Freunde betrachtete. Die amerikanische Regierung brauchte nicht von einem Eingreifen zugunsten Frankreichs abwendig gemacht zu werden, denn sie verheimlichte nicht, daß die Sache Preußens ihr sympathischer war als die unsere. Man sah das deutlich in Berlin, in Washington, in Paris und anderswo. Ich will das in Kürze anführen.

Am 16. Juli benachrichtigte der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, Herr Bancroft, korrespondierendes Mitglied des Institut de France und hervorragender Historiker, den Staatssekretär in Washington, Hamilton Fish, daß der Krieg erklärt sei, und behauptete, der König von Preußen habe alles getan, um ihn zu vermeiden. Er

schrieb die Ursachen dieses Krieges den Schwierigkeiten zu, in die die innere Verwaltung Frankreichs geraten war, auf Leidenschaften und Groll, die von 1866 herrührten, auf die Eigenliebe Benedettis und Napoleons, der durch die Verweigerung von Entschädigungen nach Sadowa beleidigt war. Er lobte die Macht und die Einigkeit Deutschlands, das patriotische Gefühl dieses Landes, seine unaufhörlichen Fortschritte in der Industrie, seinen Wohlstand, seine Ruhe und Vorsicht. Er stellte zugleich den Niedergang Frankreichs als eine Folge der Politik dar und hob schon die Überlegenheit Deutschlands hervor... Dann hoffte Bancroft, der aufs Praktische bedacht war, Frankreich werde sich der Bewegung der amerikanischen Postdampfer nicht allzusehr widersetzen, die trotz des Krieges fortfahren würden die deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten zu begünstigen. Er bemerkte sogar, sein Land werde durch die gegenwärtigen Umstände viel gewinnen, denn die Ernte wäre in Frankreich schlecht ausgefallen und die Franzosen würden gezwungen sein, sich in großem Maßstabe an Amerika zu halten, um Brot zu haben. Dann bewunderte Bancroft die Begeisterung Deutschlands, und stellte fest, daß der deutsche Offizier arbeitsamer sei als der französische, ausdauernder in seinen Studien über die Bedürfnisse und die Disziplin der Soldaten. „Außerdem", sagte er, „war das allgemeine Gefühl, Deutschland kämpfe für die öffentliche Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker[1])." Bancroft sah mit den Augen Bismarcks, dessen begeisterter Verehrer er war.

Am 22. August erklärten die Vereinigten Staaten ihre Neutralität. Am 2. September schrieb Jay Morris, der die Gesandtschaft in Konstantinopel leitete, an Fish, daß die türkische Regierung für sich selbst den Rückschlag der Schwächung des militärischen Prestiges in Frankreich fürchte, sodann die Wiederaufnahme der orientalischen Frage mit den Drohungen Rußlands, das den Vertrag von 1856 gern revidiert sehen wolle. Jay Morris sah eine große republikanische Konföderation entstehen, gebildet aus Frankreich, Spanien, Italien, der Schweiz, Griechenland usw. Er sah darin auch den Anfang vom Ende des monarchischen Regimes in Europa und hoffte, daß die Politik der neuen Konföderation friedlich sein und die Aufhebung der stehenden Heere herbeiführen werde, „das Aufhören der Kriege und die Verbesserung der moralischen und geistigen Lage der Massen." Die große Konföderation würde „die natürliche Verbündete der Vereinigten Staaten sein, was," wie er sagte, „ihre moralische und politische Macht vergrößern würde."

[1]) Schon in seiner Geschichte der Vereinigten Staaten hatte Bancroft „in dem deutschen Charakter die allgemeinen Interessen hervorgehoben, die die Vorsehung dem Schutze gerade dieses Teiles der Menschheit anvertraut hatte."

Und indem er sich zu Prophezeiungen hinreißen ließ, die sich nicht verwirklicht haben, sagte er: „Wir haben keinen Grund, die Entstehung solcher Regierungsformen zu bedauern, die Europa von dem Übel der Kriege befreien, die stets wiederkehren, und die dem Mißbrauch und den Übelständen ein Ende machen werden, gegen die die beleidigte Menschheit seit Jahrhunderten vergeblich ankämpft!"

Doch mußte man wohl etwas für die in Frankreich proklamierte Republik tun. Davis beauftragte also am 7. September Benjamin Washburne, das Haupt der amerikanischen diplomatischen Mission in Paris, den früheren Staatssekretär und berühmten Advokaten, die Nationale Verteidigung zur glücklichen Errichtung der Republik zu beglückwünschen, denn wenn das amerikanische Volk „wenig Sympathie für die kaiserliche Dynastie gezeigt hatte, die im letzten Kriege die Aufständischen unterstützt, und versucht hatte, an der Südgrenze eine fremde Monarchie zu errichten, so wäre es doch dem neuen Regime, das zu dem seinigen in engerer Beziehung stand, günstig". Am 12. September machte sich Washburne zum Dolmetscher des Enthusiasmus seines Landes, „das sich von ganzem Herzen der großen Bewegung anschlösse, die reich sein werde in glücklichen Ergebnissen für das französische Volk und das Wohl aller." Er erinnerte daran, daß die Amerikaner den Bemühungen des französischen Volkes „das lebhafteste Interesse entgegenbrächten, an das sie die Bande einer überlieferten Freundschaft knüpfe!..." Jules Favre glaubte an diese Sympathie, an diesen Enthusiasmus, an diese Freundschaft. Er lobte seinerseits den Vertreter eines Volkes, das der Welt das heilsame Beispiel einer vollständigen Freiheit gäbe. Er rühmte seine Einrichtungen, „gegründet auf den Bürgerstand". Er erklärte, die Völker sollten der Spur der Vereinigten Staaten folgen, indem sie sich wie diese ergeben, mutig, gemäßigt zeigten und als Symbol „die Liebe zur Arbeit und die Achtung des Rechtes aller" nähmen! Dann ließ er vernehmen, die französische Regierung rechne auf den diplomatischen Beistand der Vereinigten Staaten, „sowie aller Regierungen, die am Triumpfe des Friedens Anteil nähmen". Sofort fragte Washburne bei Fish an, der ihm unverzüglich antwortete, es sei weder die Politik noch das Interesse der Vereinigten Staaten, sich um europäische Angelegenheiten zu kümmern.

Seinerseits schrieb Bancroft, der das Sprachrohr Bismarcks geworden war, am 11. September an Fish, „die Zeit sei für Amerika noch nicht gekommen zu intervenieren". Übrigens wiese Deutschland jede fremde Einmischung zurück, und alle Mächte enthielten sich derselben. „Das Interesse, die Würde Amerikas verlange es also, daß es für den Augenblick zurücktrete." So geschah es während des Krieges und auch

nachher ... Vergeblich machte Frankreich bekannt, es würde nur einen ehrenvollen Frieden abschließen. Man hörte nicht darauf. Jules Favre bat Washburne, doch wenigstens als „einfacher Bürger" einzugreifen. Selbst dadurch erlangte Washburne nicht das geringste Zugeständnis zu dem bescheidensten Versuche einer Vermittlung. Jules Favre mußte sich mit der „moralischen Unterstützung" der Vereinigten Staaten begnügen, und diese moralische Unterstützung, worin bestand sie? In der Anerkennung der Tatsachen gegen uns ... Am 21. September erklärte Bancroft den in diesem Augenblicke von Frankreich vorgeschlagenen Friedensgarantien keinen Glauben beizumessen, und erinnerte an die „Unbeständigkeit des Charakters der französischen Nation". Indem er wiederholte, was er in Deutschland hörte, befürchtete der amerikanische Gesandte eine baldige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, „denn," sagte er, „die französische Nation wird nie die Reihe von Niederlagen vergessen, die ihr jetziger Angriffskrieg erlitten hat". Er behauptete, selbst wenn die Deutschen sich mit dem Ruhme ihrer Waffen begnügen wollten, müsse man noch mit „der verletzten Eitelkeit des französischen Volkes und ihrer vererbten Eroberungssucht rechnen". Man müsse sich also auf die unvermeidlichen Racheversuche gefaßt machen und suchen sich dagegen zu verteidigen. „Die Garantien, die im Jahre 1815 gegen denselben Ehrgeiz des französischen Volkes genommen worden waren, haben ihre Wirkung verloren und Deutschland kann sich jetzt nur auf seine eigene Stärke und auf seine eigenen Hilfsquellen verlassen." Was waren aber die neuen Garantien, die man verlangen wollte? „Die Änderung der gegenwärtigen Verteidigungsgrenzen Süddeutschlands, so daß der Angriffspunkt in Zukunft weiter entfernt sei und daß die Festungen, durch die Frankreich bisher Deutschland bedroht hatte, in die Gewalt Deutschlands kämen." Bancroft fand, daß diese Garantien noch durch die politische Einigung der Deutschen gewännen, die durch die Verhandlungen zwischen dem Norden und dem Süden vorbereitet würde. Das war die Jules Favre versprochene moralische Unterstützung.

Einige Tage darauf, am 24. September, wundert sich Bancroft darüber, daß der Minister des Auswärtigen Bismarcks Bedingungen zurückweist, d. h. die Abtretung von Straßburg, Verdun und Toul. Er betrachtete mit Europa diese Bedingungen als gemäßigt und bedauerte, „daß Frankreich durch Parteien zerrissen sei und noch keine Einigkeit in den Wünschen oder dem Tun zeige, die sich auf die Wiederherstellung seiner bürgerlichen Regierung bezögen". In Wirklichkeit mochte er uns nicht leiden. Eine bezeichnende Tatsache wird das beweisen. In seiner Geschichte des Unabhängigkeitskrieges hatte Bancroft in dem Teile, der sich auf das gemeinsame Handeln Frankreichs und Amerikas

für die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten bezieht, die kühnsten Behauptungen aufgestellt. Etwas Unerhörtes ist es, daß Deutschland, das keinen Taler ausgegeben und keinen Soldaten bewaffnet hatte, bei dieser Angelegenheit „einen hervorragenden moralischen Anteil" gehabt haben soll. Es war Kant, Lessing, Herder, Klopstock, Goethe, Schiller und Niebuhr zu verdanken, daß die Amerikaner ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Frankreich hatte ihnen etwas geholfen, aber ohne Hochherzigkeit und ohne Herzlichkeit, „ohne die Gründe ihrer Entscheidungen von Überlegung und Erfahrung herzuleiten"[1]).

Wie soll man verlangen, daß ein Amerikaner, der von Geschmack und Herzen so ganz Deutscher war, 1870 daran gedacht haben soll, zugunsten Frankreichs vermitteln zu wollen, wie man das behauptet hat? Als Dank für unsere Hilfe findet Bancroft nur diese liebenswürdige Bemerkung: „Wie würde das Geschick Frankreichs besser sein, wenn es anstatt die Verfassung Amerikas in den Himmel zu erheben, daran gedacht hätte sie zu studieren!" Das beweist doch, daß seine Absicht, eingreifen zu wollen, eine Fabel ist, wenn ihm am 12. September der Staatsminister in Washington antwortet, seine Gründe hätten den Präsidenten Grant bewogen, „jeden Gedanken einer Vermittlung zurückzuweisen, wenn es nicht auf Ersuchen der beiden kriegführenden Parteien geschieht". Fish sprach übertrieben freundliche Wünsche zur baldigen Beendigung des Krieges aus, er vermochte aber keine Ansicht über die künftigen Bedingungen des Friedens auszusprechen, da es ihm unmöglich sei, sich zwischen den beiden Regierungen zu erklären, für die er eine gleiche Freundschaft hege. Doch hoffte er, diese Bedingungen würden nicht erniedrigend sein „für den Stolz der großen Nation, die unsere älteste und treuste Verbündete gewesen ist".

Am 30. September antwortete Bancroft auf einen liebenswürdigen Brief Bismarcks: „Ich bin ebenso überrascht wie befriedigt darüber, daß Sie bei der auf Ihnen lastenden Arbeit, Europa zu verjüngen, Zeit gefunden haben mir zu schreiben, um mich zu beglückwünschen, so lange gelebt zu haben ..." Bancroft war siebzig Jahre alt geworden. Er bekennt, es sei ihm „eine große Ehre", in einer Zeit zu leben, wo drei oder vier Männer (Bismarck, Roon, Moltke und Wilhelm) in einem Verteidigungskriege mehr militärischen Ruhm ernten, als die kühnste Phantasie sich das habe ausmalen können und in drei Monaten die Hoffnungen, die Deutschland seit tausend Jahren hegte, auf den Weg der Verwirklichung geleitet hätten. Und dann schließt er: „Sollte ich nicht auf meine Zeitgenossen stolz sein?"

[1]) Vgl. Revue critique de 1877. Etude d'Albert Sorel.

Doch beunruhigte und enttäuschte Bismarck die hartnäckige Verteidigung von Paris. Ein amerikanischer General, Burnside, der als Zuschauer ins deutsche Hauptquartier gegangen war, um den Krieg aus der Nähe zu verfolgen, hatte plötzlich die Absicht ausgesprochen, als Vermittler dienen zu wollen. „Er lobte laut unsere ausgezeichnete Organisation und die großen Taten unserer Truppen", sagt Moritz Busch. Bismarck, der bis dahin diese Art Vermittlung nicht mit günstigen Augen betrachtet hatte, gab es zu, „wegen seiner Vorliebe für die Amerikaner", und ließ den General Burnside in Begleitung des Obersten Forbes die französischen Linien passieren. Am 1. Oktober brachten diese beiden Boten Jules Favre einen Brief Bismarcks über die Mitteilungen, die die Mitglieder des Diplomatischen Korps, die in Paris geblieben waren, ihren Regierungen etwa zu machen hätten. Dieses diente als Einführungsbrief. Zwei Tage darauf gehen Burnside und Forbes, aber mit Washburne, wieder zu Jules Favre. Dieser, wie immer vertrauend und leicht gerührt, beglückwünscht sich zu der hochherzigen Freundschaft der Vertreter der Vereinigten Staaten. Gambetta, der weniger leichtgläubig war, hätte gewünscht, die Boten festzuhalten, deren Kommen ihm verdächtig war. Man spricht von der Möglichkeit eines Waffenstillstandes. Jules Favre gibt als wesentliche Grundlagen der zu eröffnenden Verhandlungen an: die Unversehrtheit des Gebietes und einen Waffenstillstand von genügender Dauer, um eine Nationalversammlung einberufen zu können. Die Amerikaner erbitten die Berechtigung, diese Worte nach Versailles bringen zu dürfen. Sie gehen dorthin, um zu sagen, was sie gehört und was sie selbst beobachtet haben. Sie haben darauf vier Unterredungen mit Bismarck und gehen dann am 9. Oktober wieder nach Paris, um zu erklären, Preußen gestehe nur einen Waffenstillstand von achtundvierzig Stunden zu, von diesem Waffenstillstande sei die Armee von Metz ausgenommen, wobei jede Verproviantierung verweigert und die Vornahme von Wahlen in Elsaß-Lothringen untersagt würde[1]). Die Ablehnung so drakonischer Bedingungen verstand sich für Frankreich von selbst, was aber den Kanzler, der in den beiden Amerikanern gefügige Instrumente für seine verschlagene Politik gefunden hatte, nicht hinderte zu sagen, Deutschland sei für eine solche Starrköpfigkeit nicht verantwortlich. So wurde das arme Frankreich von denen unterstützt, die es für seine alten, treuen Freunde hielt! ...

[1]) Zu derselben Zeit veröffentlichten amerikanische Zeitungen „eine Adresse an das deutsche Volk", in der man verlangte, dieses Volk solle aus den Festungen, die es bisher bedroht hätten, die Wächter ihrer Grenzen machen und Elsaß-Lothringen behalten, dessen man es beraubt habe. — Vgl. eine Broschüre von Rovald, Français et Allemands aux Etats-Unis en 1870.

Doch ist es uns wohl gestattet anzunehmen, daß der im Jahre 1870 von den Vereinigten Staaten gegen uns begangene Fehler von den Amerikanern selbst erkannt worden ist, und daß wir heute, bei der Aufrichtigkeit unserer freundschaftlichen Beziehungen in sie Vertrauen haben können, die bei jeder Gelegenheit in uns die Urheber oder Miturheber ihrer Unabhängigkeit begrüßen. Vergessen wir aber nicht, daß für einen Staat die vollkommene Sicherheit zunächst in seiner eigenen Kraft liegt, in einer Armee, einer Marine und guten Finanzen, in der Einigkeit und im vollkommenen Einvernehmen seines Volkes. Vergessen wir nicht, daß vor vierzig Jahren das monarchische Europa und selbst das republikanische Amerika das Recht und den Vorrang der Macht anerkannten, nach dem berühmten Ausspruche: Macht geht vor Recht![1])

Ehe wir nun zeigen, wie die Mission Thiers' in Versailles und in Paris so schmerzlich zuschanden wurde durch die Forderungen Bismarcks und den Fehler des Aufstandes vom 31. Oktober, dem die Kapitulation von Metz zum Vorwande diente, müssen wir eine vor allen wichtige Frage prüfen, die Angelegenheit Regnier—Bazaine.

[1]) Hierher halte man die Erklärung Lord Salisburys in einer Vereinigung der Primrose League am 4. Mai 1898, „daß die schwachen Nationen immer schwächer würden und die starken immer stärker, daß die dekadenten und schlecht regierten Nationen dem Untergange geweiht sind, und daß England sich bereit halten muß, bei der Umwälzung, die stattfinden kann, gut mitzuteilen." — Vgl. dieselben Gedanken in der Sammlung energischer Reden von Th. Roosevelt.

Ende des ersten Bandes.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort I

Erſtes Kapitel.

Kriegspräliminarien.

Unterredung Karl Schurz' mit dem Grafen Bismarck im Jahre 1867. — Vorausſagung des Krieges mit Frankreich. — Untätigkeit des franzöſiſchen Kaiſerreiches 1866. — Übertreibung der friedlichen Neigungen des Parlamentes. — Unruhe im Geheimen Rat. — Brief der Königin Sophie von Holland an den Baron d'André, den Geſandten Frankreichs im Haag. — Vertraulicher Bericht Magnes. — Diplomatiſche Fehler Napoleons III. — Tadel Perſignys. — Perſigny und die Kaiſerin. — Vorſchläge des Kaiſers an Preußen. — Abſichten Belgiens. — Scheinbare Unterſtützung Bismarcks. — Dilatoriſche Verhandlungen. — Die Depeſche vom 29. Juli 1870. — Die Luxemburger Angelegenheit. — Preußen bereitet ſich auf den Krieg vor. — Verſuche einer militäriſchen Neuordnung in Frankreich. — Warnungen des Generals Ducrot und des Oberſten de Stoffel im Jahre 1866. — Intrige Bleichröders. — Berichte Stoffels von 1866—1870. — Gegen dieſen Offizier gerichtete Anklagen. — Berichte Benedettis in den Jahren 1866, 1868 und 1869. — Die Pläne Bismarcks enthüllt. — Intrigen in Spanien und in Preußen. — Benedetti und Herr von Thile. — Benedetti und Bismarck. — Prinz Friedrich Karl als Kandidat auf den Thron Spaniens. — Verſuch der Bildung eines Kabinettes Ollivier. — Clément Duvernois als Vermittler. — Bildung des Kabinettes vom 2. Januar. — Ollivier, Präſident des Miniſterrates. — Zwieſpalt zwiſchen Herrn Ollivier und dem Grafen Daru. — Die Frage der Umwandlung des Titels Präſident des Norddeutſchen Bundes in den des deutſchen Kaiſers. — Widerſtand Darus gegen dieſen Plan ſowie gegen den Eintritt Badens in den Norddeutſchen Bund. — Herr Ollivier berichtet der Kölniſchen Zeitung über ſeine Meinungsverſchiedenheit mit Daru und erklärt ſich für die Einigungsbewegung. — Enthüllungen der Kölniſchen Zeitung. — Beſchwerde Darus. — Sein Rücktritt. — Seine Erſetzung im Auswärtigen Amt durch den Herzog de Gramont. — Warnungen Rothans an Emile Ollivier wegen der Südſtaaten. — Geheimer Widerſtand Württembergs und Bayerns gegen die Bismarckſche Politik. — Notwendigkeit der Tätigkeit des Kanzlers. — Antwort Olliviers. — Schilderung des Herzogs de Gramont. — Sein Antritt wird in Preußen wie eine Kriegsdrohung angeſehen. — Herzog de Gramont erfährt in Wien die geheimen Verhandlungen zwiſchen Öſterreich, Italien und Frankreich. — Seine Empfindlichkeit, hierüber nicht befragt worden zu ſein. — Das Geheimnis des Kaiſers. — Die Frage der deutſchen Einheit. — Intrigen Bismarcks. — Das kaiſerliche Plebiszit. — Furcht vor äußeren Verwicklungen.

Seite

— Militärische Sorgen Napoleons III. — Die kaiserliche Note vom Februar 1870. — Fehlen der Vorbereitungen. — Die Forderung des Generalintendanten Blondeau. — Neue Warnungen Benedettis. — Bismarcks Rede vom 25. Mai über die Sankt Gotthard-Bahn. — Antwort Gramonts. — Untätigkeit und Mangel an Scharfblick des Kabinetts Ollivier. — Schilderung Napoleons III. — Sein politisches Verhalten. — Seine Beziehungen zu Bismarck. — Seine Haltung in bezug auf Italien, Österreich und Preußen. — Seine Kenntnis der Intrige Hohenzollern seit dem Jahre 1869. — Seine Ungeschicklichkeit und Unentschlossenheit. — Tätigkeit Benedettis als Berichterstatter. — Die Kandidatur Hohenzollern in den Jahren 1868, 1869 und 1870. — Bemühungen Rances v Villanuevas und Salazar y Mazarredos. — Erklärung Prims. — Ministerrat vom 15. März 1870 in Berlin. — Schluß der Cortes am 24. Juni. — Benachrichtigung Mercier de Lostendes. — Die Kandidatur des Prinzen Leopold und die öffentliche Meinung in Madrid. — Rede Thiers im Gesetzgebenden Körper am 30. Juni. — Prim und Mercier de Lostende. — Illusionen Mercier de Lostendes. — Schlechte Gesundheit Napoleons III. — Herzog de Gramont erfährt die Kandidatur des Prinzen Leopold. — Le Sourd und Herr von Thile. — Gramont und Herr von Werther. — Die Interpellation Cochery. — Ollivier und Lord Lyons. — Illusionen des Marschalls Le Boeuf und der Minister. — Der König von Preußen und die Königin Augusta. — Erstaunen des Königs und Entschluß Bismarcks 1

Zweites Kapitel.

Die Erklärung vom 6. Juli 1870 und die Garantieforderung.

Verlesung der Erklärung vom 6. Juli im Gesetzgebenden Körper. — Prüfung des Manuskripts dieser Erklärung. — Änderungen an der ersten Fassung. — Wichtigkeit des letzten Abschnittes. — Meinung des Marschalls Le Boeuf. — Bemerkungen des Herzogs de Gramont und Saint-Marc-Girardins. — Urteil Napoleons III. über diese Erklärung. — Würdigung durch Emile Ollivier. — Friedliche Versicherungen. — Was England und Österreich über die Erklärung vom 6. Juli denken. — Allgemeine Aufregung in Europa. — Bemerkungen des Generals Govone. — Urteil Emile Olliviers und Mitteilung an den Kaiser. — Schwerer Fehler dieses Ultimatums. — Tadel des Herrn Ernest Pinard. — Kritiken des Temps und der Debats. — Humoristische Beurteilung John Lemoinnes. — Würdigung und Kommentar der Erklärung durch Bismarck. — Würdigung durch den König von Preußen und seine Unruhe. — Ableugnen des Herrn von Thile. — Befehl Gramonts an Benedetti am 7. Juli, sich nach Ems zu begeben. — Privatbrief Gramonts an Benedetti. — Der König und die Königin von Preußen. — Ungeduld Gramonts. — Kriegsdrohungen. — Unkenntnis der in Madrid und Berlin geschehenen Tatsachen seitens Emile Ollivier. — Benedetti und der König von Preußen. — Forderungen des französischen Botschafters. — Die Zurücknahme der Kandidatur Leopolds. — Was König Wilhelm dachte und wollte. — Schwierigkeit der Lage. — Schwäche des Ministeriums Ollivier. — Mäßigung Benedettis. — Forderungen Gramonts. — Die öffentliche Meinung. — Ausweichende Antworten König Wilhelms. — Fehlen eines festen Willens beim Ministerium Ollivier. — Der König, Fürst Anton und die Königin. — Lord Lyons und der Herzog de Gramont. — Er-

Seite

klärung des Miniſters des Auswärtigen im Geſetzgebenden Körper am 11. Juli. — Sein Befehl an Benedetti, eine ſchärfere Sprache zu führen. — Drängen Benedettis. — Dilatoriſche Antwort des Königs. — Rückkehr Werthers nach Paris. — Unruhe Bismarcks. — Zurücknahme der Kandidatur des Prinzen Leopold vom Fürſten Anton von Hohenzollern gemeldet und durch den Schwäbiſchen Merkur veröffentlicht. — Mitteilung dieſer Nachricht durch Ollivier an die Preſſe und die Deputierten. — Zorn der Kaiſerin und der Ultras. — Emile de Girardin und der Conſtitutionnel. — Bemerkungen des Herrn Pinard und der Temps. — Interpellationen Duvernois' und Jérôme Davids. — Unpolitiſche Haltung Gramonts. — Offizielle Anzeige der Zurücknahme der Kandidatur durch Olozaga. — Unterredung zwiſchen von Werther, de Gramont und Ollivier. — Bericht Werthers an den König von Preußen. — Gramont beſtimmt den Kaiſer, ſich der Forderung von Garantien anzuſchließen. — Depeſche Gramonts an Benedetti am 12. Juli um 7 Uhr abends. — Überraſchung Olliviers. — Brief Napoleons III. an Gramont. — Neue Depeſche an Benedetti vom 13. Juli um 1 Uhr 45 morgens. — Dieſe Depeſche kommt erſt nach dem Berichte Werthers an. — Unwillen des Königs von Preußen. — Sein Brief an die Königin Auguſta und ſein Billett an Abeken. — Weigerung, die verlangten Garantien zu geben. — Überraſchung Lord Lyons. — Europa und Frankreich. — Neue Depeſche Gramonts an Benedetti. — Der König von Preußen und Benedetti am Morgen des 13. Juli. — Der König erkennt die Zurücknahme an, aber ohne Garantien. — Von Bismarck geſtellte Falle. — Brief des Königs an die Königin Auguſta. — Wirkung des Wertherſchen Berichtes. — Erſte Unterredung des Fürſten Radziwill mit Benedetti. — Annahme des Zurücktretens Leopolds durch den König, der die Angelegenheit dadurch für erledigt hält. — Drängen Benedettis wegen der Garantien. — Zweite Unterredung mit Radziwill. — Weigerung des Königs. — Erneutes Drängen Benedettis, der um eine Audienz bittet. — Neue Weigerung des Königs. — Offizieller Bericht Radziwills. — Gründe für die Weigerung des Königs und Übergabe der Angelegenheit in die Hände Bismarcks. — Mitteilung an den Conſtitutionnel. — Schilderung Gramonts und Olliviers. — Illuſionen dieſer beiden Miniſter und der Mehrheit des Geſetzgebenden Körpers. — Haltung der Oppoſition. — Erklärung Gramonts im Geſetzgebenden Körper am 14. Juli. — Neue Depeſche an Benedetti. — Bismarck tritt aus dem Schatten hervor und reizt die deutſche Preſſe und öffentliche Meinung. — Was er mit der Hohenzollernſchen Angelegenheit bezweckte. — Seine Vorwürfe gegen Spanien. — Wie er die Kandidatur Leopolds erklärt. — Die Verantwortung wird von ihm auf Frankreich geſchoben 40

Drittes Kapitel.

Die Emſer Depeſche.

Offizieller Bericht über die Zuſammenkunft des Königs von Preußen und des Grafen Benedetti am 13. Juli. — Urteil Bismarcks über die perſönliche Politik des Königs. — Einfluß der Königin Auguſta. — Abdankungsgeſuch des Kanzlers im Augenblicke der Zurücknahme der Kandidatur Leopolds. — Mitteilungen Bismarcks an die Neue Freie Preſſe im Jahre 1892. — Text der von Ems am 13. durch Abeken an Bismarck geſandten Depeſche. — Mißbräuchliche Auslegung

Seite

des letzten Abſchnittes durch Bismarck. — Kommentare, die Abeken und Eulenburg der Depeſche vom 13. Juli hinzugefügt haben. — Gewollte Auslaſſung der beiden Beſuche Radziwills bei Benedetti. — Widerſpruch zwiſchen den Geſtändniſſen Bismarcks an die Neue Freie Preſſe und der Wirklichkeit der Tatſachen. — Durch Bismarck eingerichteter Text. — Folgen dieſer Sophiſterei. — Erzählung Bismarcks. — Prüfung ſeiner Angaben und Betrachtung ſeines Vorgehens. — Darſtellung des Generals von Caprivi im Jahre 1892. — Die Verantwortung für den Krieg fällt auf Preußen und nicht auf Frankreich. — Depeſche Bismarcks an Bernſtorff vom 19. Juli. — Überſicht der Emſer Angelegenheit. — Verſchiedene Würdigung der Emſer Depeſche durch Deutſche. — Urteile der Germania, der Voſſiſchen Zeitung, der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung, der Hamburger Nachrichten, der Daily News und des Oſſervatore Romano. — Meinung Horſt Kohls. — Liebknecht und ſein Buch über die Emſer Depeſche. — Meinung Sybels, Bleibtreus, Rathleſs, Erich Marcks'. — Wirkliche Gründe der Fälſchung der Emſer Depeſche. — Urteil Benedettis 83

Viertes Kapitel.

Die Verhandlungen vom 13. und 14. Juli.

Der Miniſterrat in Saint-Cloud vom 13. Juli. — Vorwürfe Le Boeufs gegen eine unentſchloſſene Politik. — Bedauern der Minderheit wegen der Garantieforderung. — Herr Ollivier denkt einen Augenblick daran, zurückzutreten. — Warum er auf ſeinem Poſten blieb. — Depeſche des Lord Granville, der rät die Zurücknahme der Hohenzollernſchen Kandidatur anzunehmen. — Ollivier bekämpft die Einberufung der Reſerven. — Zornausbruch Le Boeufs und Unzufriedenheit der Kaiſerin. — Vertagung der Erklärungen im Geſetzgebenden Körper. — Zuſammenkunft zwiſchen Thiers, Segris, Chevandier de Valdrôme, Maurice Richard, Mège und Louvet. — Thiers rät Geduld zu haben und nicht einen verfrühten Krieg zu wagen. — Forderungen der Ultras im Geſetzgebenden Körper und im Senate. — Erneuter friedlicher Verſuch Lyons bei Gramont. — Forderungen des Miniſters des Auswärtigen. — Depeſche Le Sourds vom 14. Juli morgens. — Das Extrablatt der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung. — Die gefälſchte Emſer Depeſche. — Miniſterrat am 14. Juli morgens. — Meinungsverſchiedenheit hierüber zwiſchen Ollivier und Plichon. — Die Depeſche Benedettis, die am 13. Juli mittags 12 Uhr 5 aus Ems abging. — Offizielle Zurücknahme der Kandidatur Leopolds. — Der König von Preußen betrachtet die Angelegenheit als erledigt. — Neue Depeſche Benedettis am 13. um 3 Uhr 15 nachmittags. — Der Miniſter des Auswärtigen iſt am 14. Juli über alles unterrichtet, was in Ems vorgegangen iſt. — Weigerung der Garantien und Annahme der Zurückziehung der Kandidatur. — Der franzöſiſche Botſchafter iſt nicht vom Könige fortgeſchickt worden. — Weder Beleidiger noch Beleidigter. — Warum hat Gramont Benedetti nicht befragt? — Die Fälſchung der Depeſche hätte entdeckt werden können. — Herr von Werther verabſchiedet ſich. — Neuer Verſuch Granvilles beim Könige von Preußen. — Gramont droht im Miniſterrate vom 14. um halb ein Uhr abzudanken, wenn man einen unvermeidlichen Krieg zurückweiſt. — Zögern der Miniſter. — Man prüft das Extrablatt der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung. — Herr Ollivier ſchlägt vor, ſich mit der Zurücknahme der Kandidatur zu begnügen

Seite

und will den Geſetzgebenden Körper davon benachrichtigen. — Der Kaiſer widerſetzt ſich dem. — Vorſchlag eines Kongreſſes durch den Herzog de Gramont. — Der Kaiſer ſtimmt dem bei. — Text des Vorſchlages. — Herr Ollivier unterſtützt ihn mit Erfolg. — Man vertagt es, ihn der Kammer vorzulegen, bis zum folgenden Tage. — Aufſchub der Einberufung der Reſerven. — Überraſchung und Zuſtimmung des Marſchalls Le Boeuf. — Entrüſtung der Kaiſerin. — Ihre Verantwortlichkeit bei der Kriegserklärung. — Was General Barail darüber denkt. — Worte der Kaiſerin an Prévoſt. — Seine Ernennung zum Geſandten in den Vereinigten Staaten. — Bemerkungen des Fürſten Poniatowski. — Aufregung in der Partei Jérôme Davids und Clément Duvernois'. — Zögern Napoleons III. — Meinung Chaſſeloup-Laubats über ihn. — Neue Unvorſichtigkeit und neue Ausflüchte. — Geſtändniſſe des Kaiſers an Emile Ollivier am 14. Juli abends. — Plötzliche Wiederkehr friedlicher Gedanken. — Ohnmachtsanfall des Kaiſers. — Direkte Einwirkung der Kaiſerin auf das Miniſterium in kriegeriſchem Sinne. — Zeugnis des Marquis de Pienne, des Marſchalls de Mac Mahon und des Herrn Grivart. — Das Kabinett entſcheidet ſich für den Krieg. — Meinung Saint-Marc-Girardins. — Unterredung Emile Olliviers mit Robert Mitchell am Abend des 14. Juli. — Der Krieg ein Schickſal. — Erzählung des Herrn de Parieu. — Verwirrungen im Miniſterium und in der Kammer. — Geſtändnis des Herrn Plichon im Jahre 1885 in der Kammer. — Bemerkungen Olliviers darüber. — Korreſpondenz zwiſchen ihm und Herrn Plichon. — Uneinigkeit darüber, ob der Krieg am 14. Juli abends beſchloſſen worden ſei. — Widerſpruch Olliviers. — Erneute Verſicherung des Herrn Plichon, die durch den Bericht des Herrn de Pienne bekräftigt wird 106

Fünftes Kapitel.

Der 15. Juli.

Verleſung der Kriegserklärung in Saint-Cloud. — Der Miniſterrat. — Prüfung dieſer Erklärung. — Segris fragt Le Boeuf, ob man bereit iſt. — Le Boeuf bejaht dies und ſagt, es habe ſich nie eine beſſere Gelegenheit geboten. — Fortgeſetzte Unruhe Napoleons, der Vitzthum bittet, durch Franz Joſeph die Vereinigung eines Kongreſſes zu veranlaſſen. — Unterredung Olliviers mit Benedetti im Miniſterium des Auswärtigen am Morgen des 15. Juli. — Der Botſchafter habe Herrn Ollivier und dem Herzog de Gramont nichts Neues geſagt, aber ſeine Depeſchen und Berichte beſtätigt. — Seine Gegenwart vor der Kreditkommiſſion und dem Geſetzgebenden Körper wäre notwendig geweſen. — Herr Ollivier ſpottet über ihn wegen ſeiner Beſchwerden über einen ungünſtigen Artikel im Conſtitutionnel, fragt ihn aber nicht genauer nach der Emſer Depeſche. — Man kannte dieſe Depeſche in Paris am 14. abends durch die Agence Havas. — Die letzte Mitteilung Benedettis und ſein Bericht vom 14. hätte das Kabinett aufklären müſſen. — Seine Unterredung am 15. morgens mußte ſeine Mitteilungen beſtätigen. — Das geſamte Miniſterium hätte ihn hören müſſen. — Die Sitzung des 15. Juli im Geſetzgebenden Körper. — Verleſung der Kriegserklärung durch Herrn Ollivier. — Rede Thiers'. — Er verlangt die Mitteilung der Depeſchen, die die Kriegserklärung herbeigeführt haben. — Antwort Olliviers. — Das leichte Herz. — Wirkung dieſes Wortes. — Bei der Wiederaufnahme der Sitzung neue

Seite

Rede Olliviers. — Weigerung der Vorlage der Emſer Depeſche. — Keine Mitteilungen über die Depeſchen Benedettis vom 14. um 3 Uhr 45 und um 12 Uhr 30 nachts, noch über die Depeſche Le Sourds und über das Extrablatt der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung. — Unvollſtändige Verleſung der Depeſche vom 14. Juli, 7 Uhr abends. — Nichtbeachtung des Berichtes Benedettis, der die Verhandlung hätte aufklären können. — Was Thiers geſagt haben würde, wenn er dieſen Bericht gekannt hätte. — Die Prüfung der diplomatiſchen Dokumente würde bewieſen haben, daß die Emſer Depeſche gefälſcht war. — Der Geſetzgebende Körper verwirft die Mitteilung mit 159 gegen 84 Stimmen. — Beklagenswerter Fehler dieſes Beſchluſſes. — Der Bericht des Herrn de Talhouet. — Die Kreditkommiſſion hat nicht die ganzen Tatſachen gekannt. — Herzog de Gramont hat behauptet, die Garantieforderung ſei vom erſten Tage an gemacht worden. — Die Depeſchen beweiſen das Gegenteil. — Die Emſer Depeſche hat die Kommiſſion nur aus den Berichten der diplomatiſchen Agenten in München und Bern kennen gelernt. — Über die Bündnisfrage hat der Herzog de Gramont an eine Verſtändigung mit Öſterreich und Italien glauben laſſen. — Der Bericht Talhouët iſt nicht von Herrn Drôlle. — Der Herzog de Gramont hat den Bericht Talhouëts erſt zwei Jahre nach dem Kriege beſtritten. — Der Marquis de Talhouët hat ſeine Erklärungen aufrecht erhalten. — Forderung der Vorlage der ganzen Emſer Depeſche durch Gambetta. — Weigerung Gramonts und Olliviers. — Der Geſetzgebende Körper beſchließt den Krieg, ohne aufgeklärt zu ſein. — Proteſt des Barons Zorn von Bulach. — Warum der Herzog de Gramont die Depeſchen nicht mitgeteilt hat. — Das Kabinett hatte ſchlecht angefangen und ſchlecht aufgehört. — Unfähigkeit des Herzogs de Gramont als Miniſter des Auswärtigen. — Überlegenheit und Kühnheit Bismarcks. — Schwäche des Miniſterpräſidenten. — Geſtändniſſe des Herrn Mège. — Unkenntnis der Tatſachen im Kabinett. — Schmerz des Marquis de Talhouët. — Emile Ollivier und der gefeſſelte Prometheus. — Das Leiden Frankreichs 132

Sechſtes Kapitel.

Die Bündniſſe im Jahre 1870.

Geheimnisvolle Antwort Gramonts an die Kreditkommiſſion über die Bündniſſe. — Weigerung genauer Erklärungen vor der Unterſuchungskommiſſion. — Majeſtätiſche Zurückhaltung in dem Buche La France et la Prusse avant la guerre. — Hatten Italien und Öſterreich wirklich ihre Unterſtützung zugeſagt? — Prüfung dieſer Frage. — Überſicht der römiſchen Frage von 1845—1864. — Der Gegenſtand der Napoleoniſchen Politik. — Mentana. — Vorverhandlungen mit Öſterreich und Italien 1868 und 1869. — Warum gelangten ſie nicht zum Ziele? — Briefe Franz Joſephs und Victor Emanuels. — Vertagung der Tripelallianz. — Reiſe des Generals Lebrun im Juni 1869 nach Wien. — Zuſammenkunft mit Franz Joſeph und dem Erzherzog Albrecht. — Öſterreich kann ſeine wirkſame Mithilfe erſt ſechs Wochen nach der Kriegserklärung verſprechen. — Bemerkungen des Generals Jarras. — Unmöglichkeit, Preußen Krieg zu erklären. — Die italieniſche Armee, auf 130000 Mann herabgeſetzt, kann Frankreich nicht helfen. — Notwendigkeit einer langen Friſt. — Crispis Geſtändniſſe. — Das italieniſche Volk zum Teil Frankreich ungünſtig geſinnt. — Antipathie der ita-

lieniſchen Preſſe gegen Frankreich. — Was der General Govone ſagt. — Die Frage der Räumung Roms und die Bildung des liberalen Kabinetts. — Widerſpruch Olliviers. — Aufreizungen des Prinzen Napoleon gegen Rom. — Vimercati bietet an, die Vorbeſprechungen wieder aufzunehmen. — Vitzthum ſpricht von einer Vermittlung. — Illuſionen Gramonts. — Er glaubt am 17. Juli an das baldige Eingreifen der Italiener und Öſterreicher. — Er ſchlägt Victor Emanuel die Räumung vor, wenn er ſich verpflichtet die Grenze des Kirchenſtaates zu achten. — Er will endlich die Bedingungen der Tripelallianz feſtſtellen. — Vitzthum erlangt in Wien das Verſprechen der Neutralität. — Gramont verlangt die Sendung eines Armeekorps nach Böhmen. — Weigerung Beuſts. — Begrenzung der Verbindlichkeiten Öſterreichs. — Nach Möglichkeit. — Marquis de Cazaux und Graf von Beuſt. — Neutralität und Nichtmitwirkung. — In Florenz dieſelbe Erklärung. — Victor Emanuel und Napoleon III. — Sella und Lanza ſind jeder Mitwirkung entgegen. — Geſtändnis Visconti-Venoſtas an Sir Paget. — Zirkular Beuſts vom 20. Juli. — Die Frage eines vorläufigen Vertrages über eine bewaffnete Neutralität zwiſchen Öſterreich und Italien. — Eitle Verſprechungen. — Bemerkungen Govones. — Unnütze Bemühungen Vitzthums und Vimercatis. — Beuſt macht Gramont Schwierigkeiten. — Victor Emanuel und Herr de Malaret. — Kritiſche Tage, der 25. und 26. Juli. — Offizielle Erklärung Victor Emanuels, neutral bleiben zu wollen. — La Tour d'Auvergne verweigert den Italienern die Beſetzung Roms. — General Lebrun und Herzog de Gramont. — Unerhörtes Vertrauen des Miniſters des Auswärtigen. — Öſterreich will ſich nicht mehr verpflichten als Italien. — Die Konvention vom 15. September. — Die Aufgabe Roms würde Frankreich nicht gerettet haben. — Italien und Öſterreich waren nicht bereit. — Rußland bedrohte Öſterreich. — Illuſionen des Kabinetts der Tuilerien über die einen und die anderen. — Die Depeſche des Generals Fleury vom 29. Auguſt 1870. — Sehr begrenztes Vertrauen in das Eingreifen des Zaren. — Die Politik Gortſchakows. — Die Broſchüre L'Impasse politique. — Der Zar und Wilhelm in Ems. — General von Manteuffel in Sankt Petersburg. — Verſprechen, den Vertrag von 1856 zu revidieren. — Gortſchakow und Fleury. — Ihre Unterredung über die Politik im Orient. — Pfänder für ein Einvernehmen verlangt und nicht gegeben. — Initiative des Zaren nach der Garantieforderung. — Drohungen Rußlands gegen Dänemark, deſſen Bündnis Frankreich ſuchte. — Die deutſche Partei reizt den Zaren gegen Frankreich auf. — Rußland, das nicht bereit war, konnte die Initiative zu einem Kongreß nicht ergreifen. — England mit Lord Granville war der kaiſerlichen Politik wenig günſtig. — Emile Ollivier und Gladſtone. — Hochmütige Haltung Gramonts gegenüber den verſöhnlichen Vorſchlägen des engliſchen Kabinetts. — Drohungen gegen Preußen und Ultimatum. — Gladſtone ſucht bei Wilhelm zu vermitteln. — Bedauern und Klagen Lord Lyons wegen der franzöſiſchen Politik. — Man nimmt auf ſeine Meinung keine Rückſicht. — England glaubt an ein ſtreitſüchtiges Vorgehen Frankreichs. — Durch die Emſer Depeſche hervorgerufener Irrtum. — Bemerkungen Gladſtones im September 1870. — Victor Emanuel macht aus der Beſetzung Roms eine unvermeidliche Notwendigkeit. — Gramont verſpricht die Räumung für den 5. Auguſt, wenn Italien die Septemberkonvention aufrecht erhält. — Intrigen gegen das Papſttum durch die Proteſtanten Wiens und die Freidenker von Florenz und Paris. — Ratſchlag Beuſts an La Tour d'Auvergne. — Napoleon will Tatſachen. — Unpolitiſche Haltung Rußland gegenüber. — Preußen und Öſterreich. — Geheime Verſprechungen Preußens. — Irrtümer und Illuſionen Gramonts. — Vitzthum beſchuldigt ihn, den Kopf verloren zu

Seite

haben. — Die letzte Chance einer Verſtändigung. — Beſprechung zwiſchen Vitzthum, Vimercati, Areſe und Türr. — Urteil Maſſimo d'Azeglios. — Verhandlungen zwiſchen Vimercati, Gramont und Napoleon III. — Vimercati in Metz am 1. Auguſt. — Verhandlungen über den am 16. Juli entworfenen Vertrag. — Napoleon III. verlangt ſofortiges Handeln. — Die Niederlage vom 4. Auguſt beendet die Beſprechungen. — Unterredung der Kaiſerin mit Julian Klaczko. — Widerruf Beuſts. — Depeſche de La Tour d'Auvergnes vom 5. Auguſt 1870 an Gramont. — Areſe und die Niederlagen von Wörth und Forbach. — Befürchtungen für Italien. — Napoleon beruft ſich auf die Freundſchaft Victor Emanuels und Gramont erbittet ſofortige Hilfe. — Schritte der italieniſchen Republikaner; ihre Bemühungen bei Bismarck gegen Victor Emanuel und gegen Frankreich. — Berechnete Verſprechungen des Kanzlers. — Victor Emanuel beglückwünſcht ſich, einem kompromittierenden Bündniſſe entgangen zu ſein. — Er nennt Wörth „ein Auseinanderlaufen". — Verhandlungen Minghettis mit Granville. — Sie führen zur Liga der Neutralen. — Öſterreich beſtätigt ſeine Neutralität. — Letzter Verſuch Napoleons III. — Sendung des Prinzen Napoleon nach Florenz. — Fehlſchlagen dieſer Miſſion. — Der Prinz muß Florenz gerade am Tage von Sedan verlaſſen. — Das italieniſche Kabinett benachrichtigt Europa, daß die Septemberkonvention die Aufrechterhaltung der Ordnung ſchwierig macht. — Notwendigkeit der Löſung der römiſchen Frage. — Abdankung des Generals Govone. — Reſervierte Haltung Europas. — Die erhofften Bündniſſe waren nur leere Verſprechungen. — Irrtümer und Einbildungen der Tuilerien und des Kabinetts Ollivier 157

Siebentes Kapitel.

Vom 17. Juli bis zum 4. September 1870.

Napoleons Rede an den Ausſchuß des Geſetzgebenden Körpers am 17. Juli. — Bemerkungen des Herrn de Parieu. — Trauer und Unruhe des Kaiſers. — Was er ſpäter in Wilhelmshöhe ſagte. — Die Abreiſe am 28. Juli. — Die Kaiſerin-Regentin. — Befürchtungen des Hofes. — Trauer und Unruhe der Kaiſerin. — Erzählung des Großalmoſeniers in Saint Cloud. — Der Kampf bei Saarbrücken. — Die Niederlagen bei Weißenburg, Forbach und Fröſchweiler. — Tränen der Kaiſerin. — Rückkehr zu den Tuilerien. — Briefe der Kaiſerin an Napoleon III. — Die franzöſiſchen Streitkräfte den deutſchen unterlegen. — Erſter Plan Napoleons. — Warum er nicht zur Ausführung gebracht wurde. — Verzögerungen und Unordnung. — Unzulänglichkeit der Streitkräfte. — Rückzug der Reſte der Armeen Mac Mahons, Failly's und Douay's auf Chalons. — Bildung einer neuen Armee. — General Trochu von Ollivier als Kriegsminiſter vorgeſchlagen. — Weigerung des Generals Trochu. — Das Oberkommando an Bazaine übertragen. — Der Kaiſer zu einer untätigen Rolle verurteilt. — Seine phyſiſchen und moraliſchen Leiden. — Fall des Miniſteriums am 9. Auguſt. — Was Ollivier von der Oppoſition dachte. — Seine Anklagen gegen Thiers. — Was er von Gambetta, Jules Favre, Bethmont, Esquiros, Dicelle ſagt. — Pläne gegen die Oppoſition, die Darimon Ollivier zuſchreibt. — Was Ollivier in ſeinem Buche Principes et conduite ſagt. — Schreckliche Lage der Regentin. — Energie und Entſchloſſenheit. — Die Regentin wollte Gambetta bei ſich behalten. — Dieſer hätte die Revolution vom 4. September nicht verhindern können. — Irrtümer über die

Seite

Fähigkeiten Bazaines. — Die Konferenzen zu Chalons. — General Trochu und Napoleon III. — Trochu nimmt es an, Gouverneur von Paris zu sein mit der Armee Mac Mahons, die vor den Mauern der Hauptstadt bleibt. — Zustimmung Mac Mahons. — Unterredung der Kaiserin und Trochus. — Die Kaiserin will nicht, daß Napoleon nach Paris zurückkommt. — Palikao schließt sich dieser Weigerung an. — Neue Verantwortlichkeit der Kaiserin. — Bericht des Generals Trochu. — Seine Meinung über die Kaiserin. — Gegen ihn gerichtete Anschuldigungen. — Stoffel und die Depesche vom 21. August. — Geschichtliche Darstellung dieser Angelegenheit. — Proklamation des Marschalls de Mac Mahon an die Armee von Chalons. — Marschbefehl auf Paris geändert durch die Depesche Bazaines vom 19. August. — Eine andere Depesche vom 20. August soll Mac Mahon nicht mitgeteilt worden sein. — Erklärungen Stoffels, des Generals de Vaulgrenant und des Vicomte d'Harcourt. — Vergessen, aber nicht Unterschlagung. — Protest Stoffels. — Seine Antwort an den General de Rivière. — Die Niederschlagung des Prozesses am 16. Juli 1874. — Befehl des Ministerrates, Mac Mahon solle Bazaine entgegengehen. — Dieser Befehl hat die Niederlage von Sedan herbeigeführt. — La Tour d'Auvergne meldet der Kaiserin die Gefangennahme Napoleons. — Die Kaiserin wendet sich an Thiers. — Mérimée und Thiers. — „Es ist zu spät!" — Erzählung des Grafen d'Haussonville. — Urteil Thiers über die Kaiserin. — Graf d'Ayguesvives und Thiers. — Aufregung in Paris. — Einberufung des Gesetzgebenden Körpers. — Vorschlag Thiers über eine Kommission der Regierung und der Nationalen Verteidigung. — Erste Sitzung vom 4. September um ein Uhr morgens. — Antrag auf Absetzung. — Vorschlag einer Botschaft an die Kaiserin wegen einer Regierungskommission. — Vorschlag eines Regentschaftsrates durch die Minister. — Abordnung an die Kaiserin in die Tuilerien. — Rede der Kaiserin. — Sie verlangt vom Parlament, sich um die Regierung zu scharen. — Sie will ihren Posten nicht verlassen. — Erzählung des Grafen Daru, der der Unterredung beigewohnt hat. — Die Kaiserin unterwirft ihre zu treffende Entscheidung dem Gesetzgebenden Körper. — Die Bureaux verhandeln sehr lange über die verschiedenen Anträge. — Gewaltsames Eindringen in den Gesetzgebenden Körper um zwei ein viertel Uhr. — Aufbruch des Herrn Schneider. — Erklärung der Absetzung. — Die Menge läuft mit Jules Favre und Gambetta zum Rathause. — Sitzung von 170 Deputierten im Eßzimmer des Präsidenten. — Annahme des Antrages Thiers' über eine Regierungskommission. — Abordnung zum Rathause. — Die Revolution wird gegen den Gesetzgebenden Körper und das Kaiserreich gemacht. — Erklärung Jules Favres. — Letzte Worte Thiers'. — Jules Favre und Trochu. — Abreise der Kaiserin. — Sie geht unter der Führung des Doktor Evans nach Déauville und schifft sich dort nach England ein. — Sie trifft am 8. September den Kaiserlichen Prinzen in Hastings. — Der 4. September beschrieben von Mérimée. — Der Aufruhr verachtet den Senat. — Brief Gambettas an Madame Adam über den 4. September. — Die nationale Verteidigung gewürdigt vom Herzog de Broglie 197

Achtes Kapitel.

Der Tag von Sedan und seine Folgen.

Proklamation Napoleons an die Armee am Vorabende von Sedan. — Verwundung Mac Mahons. — Das Oberkommando Ducrots. — Wimpffen verlangt

Seite

und erhält das Kommando. — Er weigert sich den Rückzug anzutreten und verliert die Schlacht. — Napoleon III. läßt nach langem Widerstande die weiße Fahne aufziehen. — Unterredung mit Bismarck in Donchery am 2. September. — Erzählung Bismarcks. — Zusammenkunft Wimpffens und Moltkes wegen der Kapitulation. — Erzählung des Kapitäns d'Orcet. — Rede Bismarcks. — Antwort Wimpffens und Castelnaus. — Frist bis zum anderen Morgen neun Uhr. — Urteil Buschs über Napoleon III. — Erzählung Archibald Forbes' über die Zusammenkunft in Donchery und Bellevue. — Erzählung des Kronprinzen. — Brief Napoleons III. — Brief Wilhelms. — Depesche der Kaiserin an die Gräfin von Montijo. — Abreise Napoleons nach Wilhelmshöhe durch Belgien. — Erzählung des Reisenden Taudel. — General Chazal und Napoleon III. — Bericht des Kaisers über den Tag von Sedan. — Tadel gegen das Ministerium Palikao, Mac Mahon gezwungen zu haben, Bazaine zu Hilfe zu eilen. — Prächtiger Widerstand der Franzosen bei Sedan. — Die Metzeleien in Bazailles. — Die Deutschen irren sich, wenn sie glauben der Krieg sei zu Ende. — Bemerkungen Buschs über die Regierung der nationalen Verteidigung. — Absichten Preußens. — Es will Elsaß-Lothringen. — König Leopold, König der Franzosen. — Dieser Vorschlag von Kusserow und Bezold fälschlich Thiers zugeschrieben. — Was Napoleon III. darüber dachte. — Der Zar empfiehlt dem König Wilhelm, das Gebiet Frankreichs nicht zu verkleinern. — Wilmowski, der Kabinettschef des Königs, verrät die Bedingungen, die Frankreich auferlegt werden sollen. — Erklärung Jules Favres. — Einmütige Ansicht Frankreichs hierüber. — Zusammenkunft Bismarcks mit Jules Favre in Verrières. — Thiers, Granville und die Bonapartistische Partei. — Bismarck und Sir A. Malet. — Doppeltes Spiel Bismarcks mit den Imperialisten und den Republikanern. — Note Bismarcks an den Courrier de Champagne und an den Indépendant Rémois. — Hinweis auf den Marschall Bazaine, mit dem die Verbündeten Regierungen in Verhandlungen treten können. — Zweideutiges Benehmen Bazaines. — Brief der Kaiserin an den Zaren und an den Kaiser von Österreich zugunsten Frankreichs. — Antworten des Zaren und des Kaisers. — Frankreich kann auf sie nicht zählen . 240

Neuntes Kapitel.

Europa und Thiers nach dem 4. September.

Nigra und Jules Favre am 6. September. — Jules Favre weigert sich die Septemberkonvention zu kündigen. — Er gibt seine Zustimmung nicht zur Besetzung Roms durch die Italiener. — Neue Schritte Nigras. — Neue Weigerung. — Nigra behauptet, der Minister habe versprochen, die Italiener in Rom einrücken zu lassen. — Jules Favre leugnet das. — Entschuldigungen nach dem Tode Nigras. — Die erhofften Allianzen zerstieben wie Schatten. — Geständnisse de La Tour d'Auvergnes, des Generals Fleury, des Grafen Andrassy, Victor Emanuels. — Aufgeben des Papstes. — Er hat am 22. Juli zugunsten Frankreichs Schritte getan. — Antwort Wilhelms. — Der Papst wiederholt seine Bitte im November 1870. — Bemerkungen Jules Favres und Verleumdungen des Prinzen Napoleon. — Zirkular Visconti-Venostas vom 7. September. — Besetzung Roms am 20. September. — Jules Favre zollt Pius IX. Achtung. — Senarts Glückwünsche an Victor Emanuel. — Tadel des Herrn de Chaudordy. — Reise Thiers

Seite

in Europa. — Günstige Beurteilung des Herzogs de Broglie. — Thiers' Abreise am 12. September. — Seine Ankunft in London. — Zusammenkunft mit Lord Granville und dann mit Gladstone. — Das englische Kabinett kann nur ein einfacher Vermittler sein. — Ankunft Thiers' in Wien. — Zusammenkunft mit dem Grafen von Beust. — Österreich will sich erst entschließen, wenn es weiß, was die Russen wollen. — Ankunft Thiers' in Sankt Petersburg. — Zusammenkunft mit Gortschakow, dem Zaren und dem Thronfolger. — Rußland ist mit Preußen verbunden. — Es verspricht nur sein Möglichstes zu tun, um einen annehmbaren Frieden herbeizuführen. — Gortschakow rät Thiers nach Versailles zu gehen. — Rußland will keine Initiative zu einem Kongreß ergreifen. — Thiers reist nach Wien zurück. — Er sieht Franz Joseph, Beust und Andrassy. — Österreich ist nicht imstande, einen Krieg zu wagen. — Es solle die Italiener sehen. — Thiers reist nach Florenz. — Victor Emanuel zieht sich hinter das Ministerium zurück. — Dieses kann ohne das Parlament nichts tun, und das ist abwesend. — Nutzloses Bitten Thiers'. — Europa ist nicht zu finden. — Eine einfache Vermittlung der Neutralen würde genügt haben, um einen Kongreß herbeizuführen und die Forderungen Preußens zu vermindern. — Frankreich allein ist eine großherzige Nation und sein Unglück vermindert seine Hochherzigkeit nicht. — Es ist nicht die Verteidigung der zeitlichen Macht, die das Kaiserreich zerstört hat, es ist die egoistische Untätigkeit Europas, die sich dazu aller Vorwände bedient hat. — Feindliche Haltung der Vereinigten Staaten. — Bancroft, Fish, Jay Morris und Washburne gegen Frankreich. — Absolute Neutralität der Vereinigten Staaten. — Garantien gegen Frankreich, die Preußen von Bancroft angegeben werden. — Wie dieser Geschichtsschreiber die Tätigkeit Frankreichs in seiner Geschichte der Unabhängigkeit beurteilt. — Sein Brief vom 20. September an Bismarck. — Sorgen des Kanzlers über den Widerstand von Paris. — Schritte des Generals Burnside und des Obersten Forbes bei Jules Favre. — Die Lage des Waffenstillstandes. — Burnside und Forbes gehen zu Bismarck und bringen als Bedingungen zu dem Waffenstillstande die Weigerung der Verproviantierung, die Untersagung der Wahlen in Elsaß-Lothringen und den Ausschluß der Armee von Metz aus dem Waffenstillstande. — Ablehnung dieser Bedingungen. — Frankreich ist von allen verlassen, sogar von seinen alten Freunden. — Was es erhoffen kann und was es tun muß 272

Inhaltsverzeichnis der Kapitel.

Vorwort I
Erstes Kapitel. Kriegspräliminarien 1
Zweites Kapitel. Die Erklärung vom 6. Juli und die Garantieforderung . . 40
Drittes Kapitel. Die Emser Depesche 83
Viertes Kapitel. Die Ministerräte vom 13. und 14. Juli. 106
Fünftes Kapitel. Der 15. Juli 133
Sechstes Kapitel. Die Allianzen vom Jahre 1870 157
Siebentes Kapitel. Vom 17. Juli bis zum 4. September 197
Achtes Kapitel. Der Tag von Sedan und seine Folgen 240
Neuntes Kapitel. Europa und Thiers nach dem 4. September 272
Inhaltsübersicht 297

APR
1 1
1984

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY